

MITTWOCH, 10. FEBRUAR 2010

VORSITZ: HERR PITTELLA

Vizepräsident-

1. Eröffnung der Sitzung

(Die Sitzung wurde um 08.30 Uhr eröffnet.)

2. Erdbeben in Haiti (eingereichte Entschließungsanträge): siehe Protokoll

3. Lage im Iran (eingereichte Entschließungsanträge): siehe Protokoll

4. Lage in Jemen (eingereichte Entschließungsanträge): siehe Protokoll

5. Menschenhandel (eingereichte Entschließungsanträge): siehe Protokoll

6. Ergebnisse des Kopenhagener Klimagipfels (eingereichte Entschließungsanträge): siehe Protokoll

7. Durchführungsmaßnahmen (Artikel 88 GO): siehe Protokoll

8. Fortschrittsbericht 2009 über Kroatien - Fortschrittsbericht 2009 über die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien - Fortschrittsbericht 2009 über die Türkei (Aussprache)

Präsident Der nächste Punkt auf der Tagesordnung ist die gemeinsame Aussprache über die Erklärungen des Rates und der Kommission zu folgenden Punkten:

– Fortschrittsbericht 2009 über Kroatien [2009/2767(RSP)]

– Fortschrittsbericht 2009 über die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien [2009/2768(RSP)]

– Fortschrittsbericht 2009 über die Türkei [2009/2769(RSP)]

Diego López Garrido, amtierender Ratspräsident. – (ES) Herr Präsident, zunächst sei erneut unterstrichen, dass sich der amtierende Ratsvorsitz einer Erweiterung der Europäischen Union eindeutig verpflichtet sieht. Unsere diesbezügliche Arbeit wird sich an dem im Europäischen Rat im Dezember 2006 gebilligten erneuerten Konsens über die Erweiterung und den ebenfalls vom Europäischen Rat befürworteten Schlussfolgerungen des Rates vom 8. Dezember 2009 orientieren.

In der das Thema unserer heutigen Aussprache darstellenden Entschließung des Parlaments wird betont, dass die erste Hälfte dieses Jahres für die Verhandlungen mit Kroatien von entscheidender Bedeutung sein wird. Die Verhandlungen sind in die Endphase eingetreten, es bleibt allerdings noch einiges zu tun, bevor wir zu einem erfolgreichen Abschluss kommen können. Wir werden uns mit schwierigen Kapiteln befassen müssen, etwa zu Wettbewerbsfragen, der Fischerei, der Justiz und den Grundrechten, der Umwelt und der Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Einige Kapitel mit finanziellen Auswirkungen werden wir auch vorläufig schließen müssen.

Somit liegt eine Fülle von Aufgaben vor uns. Auf den neuen Kommissar Štefan Füle (ein früherer Kollege von mir zu meinen Zeiten als Europaminister), den ich im Übrigen willkommen heißen und zu seiner Ernennung beglückwünschen möchte, wird, was Kroatien betrifft, im Zusammenhang mit der Erweiterungsfrage sehr viel Arbeit zukommen, da wir bereits in der nächsten Woche die Abhaltung einer ersten Regierungskonferenz auf Ministerialebene planen, um uns den Kapiteln Fischerei und Umwelt zuzuwenden. Es handelt sich hier um zwei sehr wichtige Kapitel, die – wie Sie sich sicher vorstellen können – enorm viel Arbeit und Engagement erfordern werden.

Erlauben Sie mir, Ihnen die im Dezember vom Rat angenommenen Schlussfolgerungen zu Kroatien in Erinnerung zu rufen. Sie kennen sie bereits, ich möchte jedoch einige Punkte hervorheben. Der Rat hat Kroatien für die im letzten Jahr erzielten beträchtlichen Fortschritte und die insgesamt erfreuliche Entwicklung gelobt. Ferner hat er sich auf eine Reihe finanzieller Maßnahmen für die Beitrittsverhandlungen Kroatiens bezogen und festgestellt, dass die Verhandlungen nunmehr in die letzte Phase eintreten würden.

Der Rat hat nachdrücklich betont, dass Kroatien auf Grundlage der bereits erzielten Fortschritte weiterhin deutliche Verbesserungen in so grundlegenden Bereichen wie dem Justizsystem, der öffentlichen Verwaltung und dem Kampf gegen die Korruption und das organisierte Verbrechen anstreben müsse. Darüber hinaus sei die Gewährleistung der Rechte Angehöriger von Minderheiten erforderlich, einschließlich der Rückkehr von Flüchtlingen und der Strafverfolgung von Kriegsverbrechen, um zu einer überzeugenden Bilanz in diesen Bereichen zu gelangen.

Weiterhin hat der Rat die Zusammenarbeit Kroatiens mit dem Internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien angeführt, auch wenn er der Meinung war, dass hier noch weitere Anstrengungen erforderlich seien. Unserer Ansicht nach könnten hier neue Ziele erreicht werden.

Selbstverständlich haben wir ebenfalls die Unterzeichnung der Schiedsvereinbarung zu der Auseinandersetzung über die umstrittene Grenze zwischen Kroatien und Slowenien begrüßt. Die Vereinbarung ist am 4. November in Stockholm unterzeichnet worden und wurde am 20. November vom kroatischen Parlament ratifiziert. Der Rat hat Kroatien ermutigt, auf diese Bemühungen aufzubauen, um alle noch ausstehenden bilateralen Fragen zu klären, insbesondere Grenzstreitigkeiten.

Die vor über einem Monat im Dezember erfolgte Einrichtung einer mit dem Entwurf des Beitrittsvertrags mit Kroatien betrauten Arbeitsgruppe wurde vom Rat ebenfalls begrüßt. Schließlich wird bei der Vorbereitung der späteren Eingliederung des Landes in die EU die Umsetzung der überarbeiteten Beitrittspartnerschaft von entscheidender Bedeutung sein. Wie ich bereits gesagt habe – es liegt viel Arbeit vor uns.

Da dies eine gemeinsame Aussprache über Kroatien, die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien und die Türkei ist, möchte ich feststellen, dass der westliche Balkan für die Europäische Union zu den wichtigsten Prioritäten zählt. Eine stabile Lage in dieser Region ist von entscheidender Bedeutung für uns und das Jahr 2010 wird – was den Übergang in der Region betrifft – mit einigen Meilensteinen aufwarten: Fortschritte bei den Beitrittsanträgen – worüber wir soeben gesprochen haben –, neue Impulse für das Netzwerk von Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen, eine engere regionale Zusammenarbeit und Schritte in Richtung liberalerer Visumregelungen.

Wir wissen, dass die Aussicht auf einen Beitritt zur Union – was wir als die europäische Perspektive des westlichen Balkans bezeichnen – der wichtigste Motor für Stabilität und Reformen in diesen Ländern ist. Hier handelt es sich zweifelsohne um eine echte Perspektive, nicht aber um ein automatisches Recht.

Wenn ich jetzt mit der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien fortfahre, möchte ich zu Beginn die allgemeine Lage in diesem Land zusammenfassen und auf die Entschliebung des Europäischen Parlaments eingehen. Der diesbezügliche Berichtersteller ist Herr Zoran Thaler gewesen. Die Entschliebung zeichnet in ganz ausgezeichneter Art und Weise ein dynamisches Bild mit einer Fülle von Möglichkeiten für die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien. Sie geht auf eine Reihe von Herausforderungen für das Land ein: Die weitverbreitete mangelhafte Einhaltung von Gesetzen, die Korruption, die Umsetzung der Empfehlungen der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa und des Büros für demokratische Institutionen und Menschenrechte, die Bereitstellung von Mitteln für eine wirksame Dezentralisierung, der Zugang zum Recht, eine stärkere Beteiligung von Frauen am politischen Leben, Hilfe für zivilgesellschaftliche Organisationen, die anhaltend hohe Arbeitslosigkeit, Umweltprobleme, etc.

Die Entschliebung unterstreicht die Bedeutung eines Zeitplans für die Aufnahme von Verhandlungen sowie des gemeinsamen Willens, so schnell wie möglich eine akzeptable Lösung für die Frage des Landesnamens zu finden, die, wie Sie wissen, derzeit Gegenstand eines Streits mit Griechenland ist.

Ich möchte einige, in Ihrer Entschliebung angesprochene Ereignisse kommentieren, wie etwa die Kommunalwahlen im März und im April - bei denen nach Meinung der OSZE die festgesetzten Standards erfüllt wurden - und das sechste Treffen des im Juli 2009 abgehaltenen Stabilitäts- und Assoziationsrats, aus dem wir unsere Schlüsse gezogen haben und das Fazit war, das Land habe tatsächlich die laut Abkommen eingegangenen Verpflichtungen erfüllt. Die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien hat weiter an ihren Beziehungen zu der Europäischen Union gearbeitet, daher hat die Europäische Kommission echte

Fortschritte seitens des Landes festgestellt und die Empfehlung ausgesprochen, die Beitrittverhandlungen aufzunehmen.

In seinen Schlussfolgerungen vom letzten Dezember hat der Rat die von der Kommission angeführten Fortschritte bestätigt und sich bereit erklärt, den Faden in den nächsten Monaten wieder aufzunehmen. Das Europäische Parlament hat, wie Sie wissen, von diesen Schlussfolgerungen des Rates vom 8. Dezember 2009 Kenntnis genommen.

Darüber hinaus konnten wir am 19. Dezember die offizielle Aufhebung der Visumpflicht für die Bürger der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien im Einklang mit dem Schengener System miterleben.

Auch einige typische Punkte in Bezug auf die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien sollten hier Erwähnung finden: Die Beziehungen zwischen den einzelnen Volksgruppen, die Meinungsverschiedenheiten der mazedonischen Slawen untereinander über die ‚Antike‘ des Landes und die Meinungsverschiedenheiten über seine Beziehungen zu Nachbarländern. Alle diese Themen finden sich in den verschiedenen Kapiteln der parlamentarischen Entschließung wieder.

Zusammengefasst möchte ich sagen, dass jenseits der bloßen Annahme und Anwendung von Gesetzen einige Aspekte eine genaue Betrachtung rechtfertigen. Einige Themen fallen unter die Federführung des Rahmenabkommens von Ohrid, bei anderen handelt es sich um rein nationale Angelegenheiten und manche beziehen sich auf Nachbarländer.

Die Europäischen Organe sind davon überzeugt, dass die Zukunft der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien mit einer Mitgliedschaft in der Europäischen Union verknüpft ist und dass diese Ambitionen die Form einer vollständigen nationalen Integration gemäß dem Rahmenabkommen von Ohrid annehmen müssen. So sieht es die Europäische Union und dies wird auch so bleiben.

Zum Schluss möchte ich die Gelegenheit ergreifen, den Stand der Verhandlungen mit der Türkei genauer unter die Lupe zu nehmen und die Pläne des spanischen Vorsitzes im Hinblick auf diese wichtige Erweiterungsfrage vorzustellen.

Es ist wichtig – und dies möchte ich gleich zu Beginn sagen –, dass wir unsere Verhandlungen mit der Türkei fortsetzen und den Prozess am Laufen halten. Aufbauend auf die Arbeit früherer Vorsitze hoffen wir, alle von der Notwendigkeit zu überzeugen, diesen Prozess in jeglicher Hinsicht voranzutreiben.

Die Verhandlungen sind in eine Phase eingetreten, die wir gewissermaßen als etwas komplizierter bzw. problematischer bezeichnen könnten und von der Türkei wird in diesem Zusammenhang verlangt, die Anstrengungen zur Erfüllung der festgelegten Bedingungen zu verdoppeln. Es warten eine Reihe technisch schwieriger Verhandlungskapitel auf uns. Dennoch ist es wichtig – und auch dies möchte ich gleich zu Beginn sagen –, dass die Türkei Fortschritte bei den die Europäische Union betreffenden Reformen macht.

Wie der neue Kommissar nur zu gut weiß, konzentriert sich die technische Arbeit derzeit auf vier Verhandlungskapitel: Öffentliches Auftragswesen, Wettbewerb, Lebensmittelsicherheit, Veterinär- und Pflanzenschutzpolitik sowie Sozialpolitik und Beschäftigung. Von unserer Seite ist zu betonen, dass das Energiekapitel ebenfalls wichtig ist und gerade nach der Unterzeichnung des Nabucco-Abkommens besondere Bedeutung erlangt hat.

In seiner letzten Sitzungsperiode hat das Parlament über die Türkei und insbesondere die Demokratisierung des Landes diskutiert. Der Prozess der demokratischen Initiative, wie ihn die türkische Regierung nennt, steht im Gegensatz zu einigen beunruhigenden Entscheidungen, wie die kürzlich getroffene Entscheidung des Verfassungsgerichts in Bezug auf das Verbot einer politischen Partei, die hier ebenfalls erwähnt worden und ein sehr sensibles Thema ist.

Daher sind trotz des erzielten Fortschritts weitere Anstrengungen in verschiedenen Bereichen erforderlich, um sicherzustellen, dass die Türkei die Kopenhagener Kriterien vollständig erfüllt, u.a. Freiheit der Meinungsäußerung, Pressefreiheit, Religionsfreiheit für alle religiösen Gemeinschaften laut Gesetz und in der Praxis, Achtung vor Eigentumsrechten, Gewerkschaftsrechte, Rechte für Angehörige von Minderheiten, zivile Überwachung des Militärs, Rechte von Frauen und Kindern, sowie Antidiskriminierungs- und Gleichstellungsmaßnahmen. All diese Dinge finden sowohl in der Entschließung des Parlaments und den Schlussfolgerungen des Rates vom 8. Dezember deutlich ihren Ausdruck.

Auch einige weitere Aspekte der Schlussfolgerungen des Rates möchte ich noch zur Sprache bringen. Der Rat hat beispielsweise darauf gepocht, dass sich die Türkei unmissverständlich zu guten nachbarschaftlichen

Beziehungen und der friedlichen Beilegung von Streitigkeiten in Übereinstimmung mit der Charta der Vereinten Nationen - ggf. unter Anrufung des Internationalen Gerichtshofs - verpflichten muss. In diesem Zusammenhang hat die Union die Türkei gedrängt – z.B. in den bilateralen Treffen mit der Türkei – von jeglichen Drohungen, Spannungsquellen oder Maßnahmen, welche den guten nachbarschaftlichen Beziehungen und der friedlichen Beilegung von Streitigkeiten abträglich sein könnten, abzusehen.

Zudem hat der Rat mit großem Bedauern festgestellt, dass die Türkei noch das Zusatzprotokoll zum Assoziierungsabkommen, das sogenannte Ankara-Protokoll, umsetzen muss und dass das Land noch keine ausreichenden Fortschritte in Bezug auf die Normalisierung seiner Beziehungen mit der Republik Zypern gemacht hat.

In der ersten Hälfte des Jahres 2010 werden wir im Assoziationsrat und Assoziationsausschuss mit der Türkei die Gelegenheit haben, die Entwicklung unserer Beziehungen zu bewerten. Dies wird eine gute Gelegenheit für die Betrachtung wichtiger Probleme bieten, wie z.B. die politischen Kriterien, die erzielten Fortschritte bei der Anpassung der nationalen Rechtsvorschriften und die Anwendung des *Besitzstands*.

Weiterhin haben wir eine Reihe von Zusammenkünften des politischen Dialogs auf Ministerebene, sprich zwischen politischen Entscheidungsträgern, geplant, die uns in die Lage versetzen werden, unsere Beziehungen in einem größeren internationalen Rahmen zu bewerten. Was dies angeht, so erwartet der Rat die Unterstützung der Türkei bei den laufenden Verhandlungen im Rahmen der Vereinten Nationen über den gerade von mir genannten Punkt, nämlich das Zypernproblem, entsprechend den einschlägigen Resolutionen des UN-Sicherheitsrates und in Übereinstimmung mit den Prinzipien, auf denen sich die Union gründet.

Herr Präsident, meine Damen und Herren, ich bin gespannt auf Ihre Ansichten und werde eventuelle Kommentare bzw. Fragen von Ihnen gerne beantworten.

Präsident –Ich gebe nun das Wort an Kommissar Füle weiter. Darüber hinaus möchte ich ihm gratulieren, denn dies ist sein erster Tag im Amt.

Štefan Füle, Mitglied der Kommission. – Herr Präsident, erst einmal freut es mich, dass mein allererster offizieller Einsatz seit meinem Amtsantritt vor gerade einmal ein paar Stunden hier im Europäischen Parlament stattfindet. Außerdem halte ich es für eine ausgezeichnete Fügung, dass die allererste Aussprache in diesem hohen Parlament mit einer neuen Kommission die Erweiterung zum Thema hat. Und drittens freue ich mich über die vom Europäischen Parlament in drei Berichten zum Ausdruck gebrachte nachhaltige Unterstützung für eine Erweiterung.

Die Entschließungen sind ein Beweis für das Bekenntnis des Europäischen Parlaments zu den Beitrittsaussichten von Kroatien, der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien und der Türkei. Dies ist ein klares Signal dafür, dass die Erweiterung immer noch höchste Priorität im Europäischen Parlament genießt und zusammen mit meinen Kollegen werde ich alles dafür tun, diese Erfolgsgeschichte weiterzuführen. Ich bin sehr froh, dass mein Freund, Staatssekretär López Garrido, gerade erst wieder im Namen des Rates und dessen Vorsitzes rückhaltlose Unterstützung für diesen Prozess zugesichert hat.

Was Kroatien angeht, so weiß ich den fairen und ausgewogenen Bericht des Parlaments zu schätzen und möchte dem Berichterstatte Herrn Hannes Swoboda dazu gratulieren. In dem Bericht werden die von Kroatien erzielten Fortschritte hinsichtlich der Erfüllung der Beitrittskriterien hervorgehoben, gleichzeitig wird aber auch eingestanden, welche Anstrengungen noch für den Abschluss der Verhandlungen erforderlich sind. Somit bekräftigt Ihr Bericht die Mitteilungen und unterstützt die Arbeit der Kommission. Ich möchte darauf hinweisen, dass 2010 ein Abschluss der Verhandlungen immer noch möglich ist, vorausgesetzt Kroatien macht weitere Fortschritte bei der Erreichung aller ausstehenden Benchmarks. Der Ball liegt jetzt eindeutig in Kroatiens Hälfte.

Kroatien hat in den letzten Jahren einen weiten Weg zurückgelegt, aber es sind immer noch wichtige Herausforderungen zu meistern. Hier deckt sich unsere Einschätzung. Kroatien muss sich insbesondere auf weitere Reformen seiner Justiz- und öffentlichen Verwaltung, den Kampf gegen die Korruption und das organisierte Verbrechen, die Achtung vor Minderheitenrechten einschließlich der Rückkehr von Flüchtlingen, sowie die Kriegsverbrecherprozesse und die bedingungslose Zusammenarbeit mit dem Internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien konzentrieren.

Wir sehen uns durch die neuesten Entwicklungen in der Bekämpfung von Korruption ermutigt und hoffen, dass die Untersuchungen von Fehlverhalten zu handfesten Ergebnissen führen werden. Was die Zusammenarbeit mit dem Internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien angeht, die eine

grundlegende Voraussetzung ist, hat der Chefankläger Brammertz bestätigt, dass immer noch keine hundertprozentige Zusammenarbeit erreicht worden sei. Er bestätigte jedoch neuerlich unternommene, positive Schritte, wie etwa die Einrichtung der Task Force zur Intensivierung der Aufklärungsbestrebungen. Ich hoffe, dass die Arbeit der Task Force bald zu konkreten Resultaten führen wird. Schließlich hat die Schiedsvereinbarung zwischen Slowenien und Kroatien vom November 2009 über die Handhabung der bilateralen Grenzfrage neuen Schwung in den Verhandlungsprozess gebracht, den Kroatien meiner Ansicht nach durch intensivierte Bemühungen bei der Behandlung der noch ausstehenden Fragen sicherlich aufgreifen kann.

Was die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien angeht, so war 2009 im Hinblick auf den Reformprozess ein gutes Jahr. Dank eines politischen Konsenses zwischen allen politischen Hauptkräften war das Land in der Lage, wichtige Fortschritte in Schlüsselbereichen zu erzielen. Es konnte eine Liberalisierung der Visumbestimmungen erreicht werden und die Kommission war in der Lage, eine Empfehlung für die Aufnahme der Beitrittsverhandlungen auszusprechen. Ich freue mich ebenfalls über die nachhaltige Übereinstimmung zwischen dem Parlament und der Kommission in Bezug auf die Notwendigkeit der Aufnahme von Beitrittsverhandlungen, die in Herrn Thalers konstruktivem und zukunftsweisendem Bericht zum Ausdruck gebracht wird. Die Herausforderung für das Land besteht nun darin, die Reformdynamik aufrecht zu erhalten.

Obwohl das Land den politischen Kriterien gerecht geworden ist, liegen immer noch große Aufgaben vor ihm. Eine gemeinsame Zukunftsvision und ein erfolgreicher politischer Dialog zwischen den politischen Kräften wird eine entscheidende Rolle für weitere Fortschritte spielen. Insbesondere für die vollständige Umsetzung des Rahmenabkommens von Ohrid und die Verbesserung der Beziehungen zwischen den einzelnen Volksgruppen, die Gewährleistung von Rechtsstaatlichkeit und eine unabhängige Justiz, sowie die erfolgreiche Strafverfolgung von Korruptionsfällen auf höchster Ebene sind ununterbrochene Anstrengungen erforderlich.

Die Wirtschaftskrise ist nicht spurlos an dem Land vorübergegangen. Leider hatte das Land bereits zuvor unter einer der höchsten Arbeitslosenquoten in Europa gelitten. Jetzt sind mehr denn je ein vorsichtiges makroökonomisches Management und aktive Arbeitsmarktmaßnahmen erforderlich, um die Arbeitslosigkeit zunächst einzudämmen und dann zu reduzieren.

Ich vertrete wie Sie die Überzeugung, dass die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen für das Aufrechterhalten der Reformdynamik in dem Land entscheidend ist. Gleichmaßen wichtig ist, dass sie die europäische Perspektive für die gesamte Region verbessern wird. Daher liegt dies im strategischen Interesse der Union. Diese Botschaft werde ich den Mitgliedstaaten und dem Land vermitteln, um die Entwicklungen weiter voranzutreiben.

Zum Thema Türkei möchte ich Ihrer Berichterstatterin, Frau Oomen-Ruijten, für ihre fortgesetzten Bemühungen im Hinblick auf einen fairen und ausgewogenen Ansatz in ihrem Bericht über die Türkei danken. Die Kommission bleibt dem Beitrittsprozess der Türkei weiterhin verpflichtet, da dieser Prozess in erheblicher Weise zu politischen und wirtschaftlichen Reformen anregt.

Der Arbeit an den politischen Kriterien wird immer noch äußerste Wichtigkeit beigemessen, insbesondere in Bezug auf die Grundfreiheiten. Im letzten Jahr gab es eine Reihe wegweisender Reformen. Einige davon wären noch vor ein paar Jahren schlichtweg unmöglich gewesen. Letzte Woche ist das Sicherheitsprotokoll, das es der Armee ermöglichte, im Falle von Bedrohungen der Sicherheit ohne Ermächtigung zu intervenieren, für ungültig erklärt worden. Dies stellt eine historische Errungenschaft in den zivil-militärischen Beziehungen dar. Wir werden die Situation im Anschluss an diese Vermittlung sehr genau beobachten. Die Vorlage eines Gesetzesentwurfs zur Schaffung einer unabhängigen Einrichtung für Menschenrechte und die sehnstichtig erwartete, im Prinzip am 21. Januar von der türkischen Regierung angenommene Antikorruptionsstrategie sind ebenfalls vielversprechend.

Wir werden die von der Regierung angestoßene, demokratische Öffnung weiter unterstützen. Ein Erfolg dieser Initiative erfordert die Beteiligung und Unterstützung aller politischer Parteien und aller gesellschaftlichen Gruppen. Die Kommission ist allerdings besorgt über die Entscheidung des Verfassungsgerichts, die im Parlament vertretene pro-kurdische Partei der demokratischen Gesellschaft (DTP) aufzulösen. Wir bedauern ebenfalls die Ende Dezember im Südwesten erfolgten Festnahmen. Die zur gleichen Zeit erfolgten Terrorangriffe werden von uns verurteilt. Keine dieser Entwicklungen ist der erfolgreichen Verwirklichung demokratischer Öffnung wirklich zuträglich.

Hannes Swoboda, Verfasser. – Herr Präsident! Zuerst möchte ich dem Rat und auch dem Herrn Kommissar für die Stellungnahmen, insbesondere zu Kroatien, herzlich danken. Sie zeigen, dass sowohl der Rat als auch die Kommission den Willen haben, diesen Prozess so bald wie möglich abzuschließen. Ich stimme auch mit dem Kommissar überein, dass es möglich ist, bei gutem Willen und bei entsprechender Politik gegenüber Kroatien noch in diesem Jahr die Verhandlungen abzuschließen. Aber es liegt natürlich insbesondere an Kroatien, die entscheidenden Schritte zu tun.

Ich möchte hier ganz klar festhalten: Kroatien hat viele Fortschritte gemacht, gerade in letzter Zeit, insbesondere auch was die Frage der Korruption betrifft, und gezeigt, dass niemand außerhalb des Gesetzes oder über der Korruptionsbekämpfung steht. Das ist ein wichtiges Signal. Kroatien hat es auch geschafft, mit Slowenien eine Vereinbarung zu treffen, und hat sie im Parlament auch relativ rasch ratifiziert, was einen starken gemeinsamen Willen zeigt, die notwendigen Voraussetzungen zu schaffen. Ich hoffe, dass das auch in Slowenien bald geschieht. Ich bin überzeugt, dass die slowenische Regierung voll hinter dem Abkommen steht, und ich hoffe, dass die innenpolitischen Probleme bald gelöst werden können, um die Vereinbarung auch zu ratifizieren.

Dennoch bleibt noch einiges zu tun. Es wurde bereits erwähnt: Der Kampf gegen die Korruption ist ein wichtiges Element. Das geht nicht von heute auf morgen. Hier gibt es viele offene Fragen. Aber ich bin eigentlich fest davon überzeugt, dass der Wille der Regierung und der entsprechenden Behörde vorhanden ist, diesen Kampf auch ohne politische Einflussnahme weiter zu führen.

Die Justizreform: Es geht ja nicht nur um die Bekämpfung der Korruption, sondern um viele andere Fragen, um die Ausbildung der Richter etc. Für ein modernes Gerichtswesen bedarf es noch einiger Schritte auf der kroatischen Seite, und ich hoffe, dass das bald geschieht.

Was nun die Zusammenarbeit mit ICTY anbelangt – der Herr Kommissar hat das differenziert und richtig dargestellt: Herr Brammertz hat uns ja im Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten bestätigt, dass sehr viel unternommen wird. Es fehlt nur noch das Auffinden einiger Dokumente im Zusammenhang mit dem Verfahren gegen General Gotovina, wobei Herr Brammertz selbst feststellen musste, dass er nicht weiß, ob es diese Dokumente überhaupt noch gibt oder ob sie nicht schon vernichtet worden sind, wenn sie in dieser vollen Breite überhaupt jemals existiert haben. Ich hoffe dennoch, dass Kroatien alles unternimmt. Ich würde mir wünschen, dass die Task Force, die der Kommissar erwähnt hat, breite Unterstützung erfährt, auch durch Experten aus anderen Ländern, ohne vorwegzunehmen, dass damit den kroatischen Bemühungen schon ein automatisches Placet erteilt wäre. Aber ich glaube, dass hier sehr viele Fortschritte zu verzeichnen sind. Ich hoffe, dass der letzte kleine Rest, der noch fehlt, um Herrn Brammertz von der vollen Kooperation zu überzeugen, auch noch in den nächsten Wochen oder Monaten geschieht.

Was nun die Rückkehr der Flüchtlinge bzw. der *internally displaced persons* betrifft, so ist ebenfalls schon sehr viel geschehen. Es gibt noch einige detaillierte Probleme, die auch nicht so leicht zu lösen sind. Wenn Menschen aus Häusern geflohen sind, die ihnen nicht gehört haben, in denen sie Mieter waren – zum Beispiel von Sozialwohnungen, wie das ja im früheren Jugoslawien noch der Fall war –, dann ist es schwierig, diese Rückkehr so zu organisieren, dass die Menschen wieder eine Wohnung bekommen. Die Wirtschaftskrise und die Arbeitslosigkeit haben ihren Beitrag dazu geleistet, dass zwar viele Menschen im Prinzip zurückkehren wollen, wenn sie dann aber in Regionen kommen, wo ohnedies eine hohe Arbeitslosigkeit besteht, ist einzusehen, dass sie die Rückkehr vielleicht nicht in diesem Ausmaß vollziehen.

In diesem Sinne haben wir also sehr viele Fortschritte gemacht. Ich bin überzeugt, dass die gegenwärtige Regierung – und ich hoffe das natürlich auch von der Opposition – gemeinsam diese letzten Schritte tut. Denn ganz wichtig ist – und das hat sich in letzter Zeit gerade auch in Kroatien doch immer wieder erwiesen – das gemeinsame Vorgehen in europäischen Fragen, das ist das Entscheidende. Es muss ein breiter Wille dazu vorhanden sein, die offenen Probleme zu lösen, und bei allen internen Differenzen klar zu sagen: Unser Weg geht nach Europa, und zwar so rasch wie möglich!

(Beifall)

Zoran Thaler, -Verfasser – (SL) 2009 war ein gutes Jahr für die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien als Bewerberland. Die Kommission der Europäischen Union hat dies bestätigt und beide amtierenden Vörsitze, sowohl Schweden als auch derzeit Spanien, haben es bestätigt. Und auch ich habe dies in meinem Berichtsentwurf zum Ausdruck gebracht.

Die Behörden in Skopje haben sich den wesentlichen Prioritäten der Beitrittspartnerschaft, allgemein als Benchmarks bekannt, gestellt und sie erfüllt. Zweitens war die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien

das erste Land in der Region, das allen Anforderungen an eine Liberalisierung der Visumbestimmungen gerecht geworden ist. Dies war bereits im Juli letzten Jahres der Fall und die visumfreie Regelung ist am 19. Dezember in Kraft getreten. Das Land hat den Grenzstreit mit dem Kosovo beigelegt und eine erfolgreiche Zusammenarbeit bei regionalen Initiativen, wie dem Mitteleuropäischen Freihandelsabkommen CEFTA und dem Südosteuropäischen Kooperationsprozess, unter Beweis gestellt. Es hat auch erfolgreich mit dem Internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien in Den Haag zusammengearbeitet. Letzte Woche hat das Parlament der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien eine Entschließung zu Srebenica verabschiedet.

Was versuchen wir hier im Parlament mit dieser Entschließung und mit meinem Bericht über den Fortschritt der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien zu erreichen? Wir möchten vor allem helfen. Wir möchten die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien dabei unterstützen, weiter auf dem Weg der Stabilität in Richtung Europäische Union voranzuschreiten. Wir sollten nicht vergessen, dass die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien die einzige ehemalige jugoslawische Republik war, die sich erfolgreich aus Miloševićs Kriegen herausgehalten hat.

Zweitens möchten wir unserem Mitgliedstaat Griechenland und somit der Europäischen Union insgesamt helfen, denn wir müssen im Hinterkopf behalten, dass jedes Land nur in dem Maße floriert, wie es auch seine Nachbarländer tun. Das ist empirisch festgestellt und nachweisbar. Daher fordere ich unsere griechischen Freunde, unseren Mitgliedstaat auf, gemeinsam mit der Regierung in Skopje den Versuch einer Lösung des Problems zu unternehmen und die Vorgehensweise nördlich der Grenze zu entschärfen. Ich fordere Griechenland auf, in ehrlicher, fairer und toleranter Art und Weise eine führende Rolle zu übernehmen und ein Mentor und Sponsor des Balkans zu werden. Der heutige Balkan braucht diese Unterstützung.

In dieser Hinsicht möchte ich insbesondere die Agenda 2014 begrüßen, eine seitens der neuen griechischen Regierung unter Herrn Papandreou vorbereitete Initiative. Herzlichen Glückwunsch zu dieser Initiative! Ich unterstütze Griechenland dabei. Wir sollten alles daransetzen, dieses Ziel zu erreichen. Wir sollten sowohl Solidarität mit Griechenland, unserem Mitgliedstaat, als auch mit der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien zeigen. Solidarität muss auf Gegenseitigkeit beruhen.

Mit dem Balkan ist es wie mit dem Fahrradfahren, dies sollten wir uns vergegenwärtigen. Solange das Rad in Bewegung ist, solange man in die Pedale tritt und vorwärts fährt, gibt es keine nennenswerten Probleme, aber wenn das Fahrrad stoppt, wenn es abrupt abbremst bzw. ein Stillstand eintritt, fallen wir herunter und stürzen alle miteinander. Genauso würde das plötzliche Einstellen unserer Bemühungen zum jetzigen Zeitpunkt zum Zusammenbruch von Frieden, Stabilität, Sicherheit und sozialem Zusammenhalt führen.

Abschließend möchte ich noch auf eine weitere Tatsache hinweisen: Die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien steht seit 2005 auf der Bewerberliste. Wir alle sollten uns der Konsequenzen unserer Entscheidungen bzw. nicht getroffenen Entscheidungen bewusst sein. Jedes Mal, wenn ich Skopje besuche, mache ich den Entscheidungsträgern dort deutlich, dass sie selbst dafür verantwortlich sind, eine Lösung mit Griechenland, ihrem Nachbarn, zu finden.

Daher sollten wir hier an die Behörden in Skopje, Athen und Sofia, sowie an den spanischen Vorsitz, Kommissar Füle, die Hohe Vertreterin für die Außenpolitik Ashton und das Parlament appellieren: Lassen Sie uns alles daransetzen, und zwar jeder in seinem eigenen Aufgabenbereich, dieses Problem zu lösen. So können wir mehr Veränderungen und Verbesserungen auf dem Balkan erreichen, als es in den letzten 20 Jahren gegeben hat.

Ria Oomen-Ruijten, Verfasserin – (NL) Zunächst möchte ich Kommissar Füle herzlich willkommen heißen: Meinen Glückwunsch zu Ihrer Ernennung, ich freue mich auf eine gute Zusammenarbeit mit Ihnen.

Herr Präsident, ich möchte all meinen Kollegen danken, deren konstruktive Beiträge zu dem Bericht es uns möglich gemacht haben, in den meisten Bereichen einen Konsens zu erzielen. Ich möchte ebenfalls wiederholen, dass mein Ziel als Berichterstatterin des Parlaments darin besteht, eine Situation herbeizuführen, in der wir eine klare, ausgewogene und schlüssige Botschaft aussenden. Meiner Ansicht nach können wir dies nur tun, wenn wir uns gemeinsam um eine breite Mehrheit bemühen.

Im Grunde genommen habe ich 3 Botschaften an die Türkei im Gepäck. Erstens, und damit beginnt auch der Bericht, geht es um die offene Diskussion, danach folgen die Verfassung und die Umsetzung von Rechtsvorschriften. Ich beginne mit der offenen Diskussion, der demokratischen Öffnung. Von einem ganz objektiven Standpunkt aus gesehen begrüßen wir die breite Debatte, welche die türkische Regierung letztes Jahr im Hinblick auf die Rechte der Kurden, der Aleviten, der Rolle der Armee, usw. angestoßen hat.

Das Urteil des Verfassungsgerichts vom letzten Dezember, Herr Präsident, hat jedoch dafür gesorgt, dass wieder terroristische Angriffe stattfinden werden. Es gab eine Verhaftungswelle unter den Mitgliedern der Partei der demokratischen Gesellschaft (DTP) und noch immer sind Mitglieder des türkischen Parlaments von Verhaftung bedroht. Die seit dem Sommer dort zustande gekommene offene und positive Aussprache scheint daher aller Voraussicht nach ein frühzeitiges Ende zu finden. Natürlich habe ich als Volksvertreterin Achtung vor Rechtsurteilen, Herr Präsident, aber nach meinem Verständnis hat das Verfassungsgericht zu dem Verbot politischer Parteien auch gesagt, dass die Türkei sich nun mit großer Motivation auf das, was der Europarat und die Venedig-Kommission empfohlen haben, einlassen sollte. Ich bitte die Türkei daher, dies zu tun, nämlich sicherzustellen, dass so eine unglückliche Situation nicht wieder entsteht.

Herr Präsident, dies bringt mich zu einem weiteren Urteil des Gerichts, nämlich der Aufhebung des Gesetzes zur Einschränkung der gerichtlichen Zuständigkeit des Militärgerichts. Als Parlamentarier steht es uns nicht zu, dieses Urteil zu kritisieren, es zeigt jedoch wieder einmal, dass die Grundlage der Urteile, die Verfassung, unzulänglich ist, und zwar in dem Sinne – und hier ist eine vorsichtige Formulierung erforderlich –, dass sie in jedem Fall eine Rechtfertigung für solche Urteile liefert. Daher fordern wir alle erneut von der Türkei, unverzüglich mit einer überarbeiteten Verfassung des Landes aufzuwarten, da nur das die echten, für eine Modernisierung der türkischen Gesellschaft so dringend benötigten Reformen hervorbringen kann.

Herr Präsident, der dritte wichtige Punkt, den ich vorzubringen habe, bezieht sich auf die Einführung und Umsetzung angenommener Rechtsvorschriften. Auf dem Gebiet der Rechte der Frauen, der Religionsfreiheit und der Misshandlung Verdächtigter müssen die festgelegten Standards auch in der gesamten Türkei eingehalten werden. Herr Präsident, ich fordere daher, mehr Aufmerksamkeit auf die Umsetzung zu legen.

Nun werde ich mich den Änderungsanträgen zuwenden. Beim Thema Zypern habe ich versucht, mit den Schattenberichterstattem einen klaren Kompromiss auf breiter Basis zu vereinbaren. Der Türkei muss bewusst sein, dass das vereinbarte Zusatzprotokoll unverzüglich anzuerkennen ist. In Absatz 34 habe ich alle Parteien aufgefordert, sicherzustellen, dass eine Lösung in Bezug auf die Teilung Zyperns gefunden wird. Mit diesem Absatz bitte ich also insbesondere die Türkei um das Aussenden positiver Signale.

Herr Präsident, in einem neuen Absatz 48 weisen wir darauf hin, dass beide Entscheidungsträger dazu angehalten werden müssen, ihren Mut unter Beweis zu stellen, um bald zu einer Lösung für die Insel zu kommen. Dies ist unumgänglich. Ihnen, Frau Cornelissen versichere ich, dass – obwohl Ihr Änderungsantrag zu dem Thema Gewalt gegen Frauen evtl. in mancher Hinsicht redundant ist – die Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten) diesen auch wie erwartet unterstützen wird.

Herr Präsident, zum Schluss möchte ich noch einmal wiederholen, dass es auch in diesem Jahr wieder mein Ziel ist, einen Bericht zu erstellen, der eine klare und kritische, aber auch ausgewogene Botschaft enthält. Wenn wir diesen Bericht mit einer breiten Mehrheit annehmen, werden wir meiner Überzeugung nach auch zu einer zufriedenstellenden Lösung für die Türkei mit einer Modernisierung des Landes und der Schaffung von Wohlstand für all seine Bürger gelangen.

Bernd Posselt, im Namen der PPE-Fraktion. – Herr Präsident! Unsere Erwartungen an Rat und Kommission sind klar: Wir erwarten, dass die Verhandlungen mit Kroatien noch in diesem Jahr abgeschlossen und die mit Mazedonien noch in diesem Jahr begonnen werden. Dazu gehört, dass wir anerkennen, dass die Minderheitenpolitik in beiden Ländern besser ist als in vielen Mitgliedstaaten der Europäischen Union und dass alle Minderheiten und Volksgruppen beider Länder in den Regierungen vertreten sind. Auch die Frage der Vertriebenenrückkehr, Herr Kommissar, ist – mit Verlaub gesagt – in Kroatien vorbildlich auch für andere Staaten geregelt. Deshalb möchte ich ganz klar festhalten, dass wir diesen Ländern natürlich sagen sollten, dass sie sich noch anstrengen müssen, aber zu sagen, dass der Ball allein bei Kroatien liegt, geht nun wirklich nicht. Kroatien hat das Grenzabkommen ratifiziert, und ich schließe mich dem Appell des Kollegen Swoboda an das slowenische Parlament an, dies nunmehr ebenfalls zu tun. Der Rat hat drei Verhandlungskapitel noch nicht eröffnet. Ich appelliere an die spanischen Vertreter des Ministerrats, dies noch unter der spanischen Ratspräsidentschaft zu tun. Dann kann Kroatien, wenn es fair beurteilt wird, die Verhandlungen noch in diesem Jahr abschließen.

Was die unsägliche Blockade Mazedoniens aufgrund der Namensfrage betrifft, so liegt der Ball eben auch nicht nur bei Mazedonien, sondern bei einem EU-Mitgliedstaat, der hier völkerrechtswidrig blockiert. Ich möchte ganz klar sagen, dass wir uns als EU schon glaubwürdig verhalten müssen, das heißt, dass wir zwar anderen etwas abverlangen, aber uns auch selbst an unsere eigenen Maßstäbe halten müssen. Sonst verlieren und verspielen wir unsere Glaubwürdigkeit. Ich halte es für ganz wesentlich, dass wir dafür arbeiten, dass wir nach einem langen, schweren Weg noch dieses Jahr hier in diesem Parlament über Kroatien abstimmen können, und dass dann die Beobachter kommen, wie wir es seinerzeit begrüßt haben, dass tschechische,

slowenische und ungarische Beobachter hierher gekommen sind. Ich hoffe, dass noch nächstes oder übernächstes Jahr in diesem Land Europawahlen stattfinden können und dass dann hier kroatische Kollegen unter uns sitzen und den Weg bereiten für den Beitritt der anderen südosteuropäischen Staaten, an deren Spitze Mazedonien steht.

Kristian Vigenin, *im Namen der S&D-Fraktion.* – (BG) Herr Präsident, Herr Füle, auch ich möchte Ihnen in Ihrer Position als neues Mitglied der Europäischen Kommission Glück wünschen und möglicherweise ist es durchaus ein wichtiges Zeichen, dass sich gerade heute die erste Aussprache in diesem Parlament zusammen mit der neuen Kommission tatsächlich auf das Thema Erweiterung bezieht.

Wir brauchen wahrlich nicht zu wiederholen, dass die Erweiterung sich als eine der erfolgreichsten Strategien der Europäischen Union erwiesen hat. Ich wünsche Ihnen hier jeden erdenklichen Erfolg. Unser Parlament wird alles in seiner Macht Stehende tun, um Sie bei diesen Anstrengungen zu unterstützen, denn wir hier im Europäischen Parlament sind in Wirklichkeit die stärksten Befürworter einer Erweiterung dieses Raums der Sicherheit, des Wohlstands und der Bürgerrechte, den die Europäische Union darstellt.

In diesem Zusammenhang haben die Erklärungen der drei Berichterstatter, wie ich finde, die ernsthafte Arbeit des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten und auch der Berichterstatter selbst deutlich zum Ausdruck gebracht. Daher möchte ich ihnen diesbezüglich meinen Glückwunsch aussprechen und es sei gesagt, dass die drei Berichte, welche heute Thema unserer Aussprache sind, von einer großen Mehrheit im Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten angenommen worden sind. Meiner Ansicht nach wird dies heute auch so sein.

Es sei nachdrücklich darauf hingewiesen, dass wir den Wunsch hegen, mit unseren Berichten auch ein sehr deutliches Signal an die drei Länder auszusenden, selbst wenn die von uns übermittelten Botschaften möglicherweise durch die allgemeine Aussprache hier und da verwässert werden, und dass wir dem Prozess verpflichtet bleiben. Trotzdem gibt es auch Themen, die nicht außer Acht gelassen werden können und bei denen die drei Länder aktiv werden müssen. Letzteres bezieht sich hauptsächlich auf die Tatsache, dass das Europäische Parlament die Augen gegenüber einer ganzen Reihe von Fragen im Zusammenhang mit der Erfüllung der Kopenhagener Kriterien zur Befürwortung des Schutzes der Grundrechte, Medienfreiheit und Versammlungsfreiheit, sowie des Schutzes von Minderheitenrechten, der guten nachbarschaftlichen Beziehungen, etc. nicht verschließen kann und wird.

Ich möchte kurz auf drei Fragen eingehen, die meiner Ansicht nach von grundlegender Bedeutung für einen Fortschritt in Bezug auf die Beitrittsabsichten der drei Länder sind. Erstens ist im Hinblick auf Kroatien klar, dass diesem Land der Weg zu einer Mitgliedschaft bereits offen steht. Das mit Slowenien erzielte Abkommen ist sehr wichtig, wir fordern jedoch dessen schnellstmögliche Ratifizierung, damit die Verhandlungen mit Kroatien Ende dieses Jahres zum Abschluss gebracht werden können.

In Bezug auf Mazedonien hoffen wir, dass die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien die erforderliche Flexibilität unter Beweis stellen wird. Wir hoffen auch, dass die neue griechische Regierung eine Lösung der Namensfrage herbeiführen wird, damit Mazedonien in diesem Jahr ein Datum für die Aufnahme der Verhandlungen genannt werden kann.

Was die Türkei anbelangt, so kann die Zypern-Frage nicht außer Acht gelassen werden. Ohne vorherige neue Entwicklungen bei diesem Thema kann die Türkei nicht auf einen nennenswerten Fortschritt seines Integrationsprozesses hoffen.

Ivo Vajgl, *im Namen der ALDE-Fraktion.* – (SL) Mit der Entschließung zu Kroatien, die das Parlament hier heute annehmen soll, werden wir die von diesem Land erzielten Fortschritte in Bezug auf die Erfüllung der Kriterien für einen Beitritt zur Europäischen Union durch die Durchführung demokratischer Systemreformen und die Harmonisierung seiner Rechtsvorschriften mit den Anforderungen *des Besitzstandes* würdigen. Kroatien hat sich dadurch einen festen Platz ganz oben auf der Liste derjenigen Länder mit Aussicht auf eine vollwertige Mitgliedschaft in der Europäischen Union erarbeitet. Zudem bietet sich so für Kroatien die Möglichkeit, die Verhandlungen bereits in diesem Jahr, wie wir in unserem Bericht festgestellt haben, unter Dach und Fach zu bringen.

Wir freuen uns ebenfalls über die Feststellung, dass der neue kroatische Premierminister Herr Kosor schnell und erfolgreich Schritte in den Bereichen unternommen hat, wo wir bislang auf die größten Hindernisse gestoßen sind: Im Kampf gegen die Korruption und das organisierte Verbrechen, bei der Umsetzung eines Programms mit administrativen Reformen, beim Umgang mit Kriegsverbrechen und der Gewährleistung rechtlichen bzw. verfassungsrechtlichen Schutzes für ethnische und sonstige Minderheiten.

Durch Unterzeichnung einer Schiedsvereinbarung über Grenzfragen mit dem Nachbarn Slowenien hat die neue kroatische Regierung nicht nur ein Hindernis für den Verhandlungsprozess aus dem Weg geräumt, sondern auch den Weg für die Lösung anderer Fragen bereitet. Es ist wichtig, dass Kroatien Grenzstreitigkeiten mit seinen anderen Nachbarn weiterhin aufarbeitet und sicherstellt, dass die Verhandlungen in gutem Glauben und nach dem Grundsatz *pacta sunt servanda* geführt werden.

Es sei ebenfalls darauf hingewiesen, dass in dieser unter der hervorragenden Federführung meines Kollegen und Berichterstatters Hannes Swoboda ausgearbeiteten Entschließung auch auf objektive und positive Art und Weise Problembereiche hervorgehoben werden, in denen noch eine Menge Arbeit auf Kroatien wartet. Stellvertretend seien hier die Zusammenarbeit mit dem Haager Tribunal, die bisher bei der Verfolgung von Korruption gemachten Anstrengungen, die Reform der Wirtschaft und des Finanzwesens und ein stärkeres Engagement und mehr Aufrichtigkeit bei der Ausräumung von Hindernissen für die Rückkehr von Kroatiens serbischer Bevölkerung angeführt. Kroatien ist auch ihre Heimat.

Die positiven Berichte über die Fortschritte Kroatiens und der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien sollten auch als ein eindeutiges Signal für die Offenheit der EU gegenüber einer Erweiterung, die alle Länder des westlichen Balkans umfasst, und als eine Bestätigung unseres Engagements für diese Länder, einschließlich der Türkei, gelten, vorausgesetzt, diese Länder erfüllen alle wichtigen Kriterien. Das wiederum hängt vornehmlich von ihnen selbst ab. Abschließend möchte ich Herrn Füle, unserem neuen Kommissar, alles erdenklich Gute wünschen. Er wird seine Sache bestimmt großartig machen.

Franziska Katharina Brantner, *im Namen der Verts/ALE-Fraktion*. – Herr Präsident, im Namen der Grünen/ALE-Fraktion möchte ich zunächst Herrn Füle als Kommissar in diesem Parlament herzlich begrüßen. Wir freuen uns auf Sie und unsere zukünftige Zusammenarbeit. Weiterhin möchte ich Herrn Swoboda für die gute Zusammenarbeit bei dem Bericht zu Kroatien danken. Meiner Ansicht nach war der Prozess von einer guten Zusammenarbeit gekennzeichnet und dafür danke ich meinen Kollegen.

Als kleine Anmerkung hätten wir eine Aussprache en bloc am Morgen – zwar unter Einbeziehung aller drei Länder, aber mit einer Gliederung in unterschiedliche Abschnitte – vorgezogen. Unserer Meinung nach hätte dies mehr Sinn gemacht als diese zusammengewürfelte Mischung, aber das sei nur am Rande gesagt.

im Namen der Verts/ALE-Fraktion. – Die Grüne/EFA-Fraktion ist für einen schnellen Beitritt Kroatiens, und wir begrüßen diesbezüglich ausdrücklich die zügigen Fortschritte des Landes. Der baldige Beitritt Kroatiens ist ein wichtiges sicherheitspolitisches Signal für die gesamte Region des Westbalkans. Er bedeutet, dass das Beitrittsversprechen der europäischen Staats- und Regierungschefs von Thessaloniki, welches sie für den gesamten Westbalkan gegeben haben, noch gilt. Die Glaubwürdigkeit und Gültigkeit dieses Versprechens ist ein enormer Anreiz für alle Staaten in der Region, tiefgreifende Reformen zu unternehmen, die Länder sicherer, stabiler und wohlhabender zu gestalten.

Zu Kroatien generell muss natürlich noch gesagt werden, dass der öffentliche Dienst gestärkt und transparenter gemacht werden muss. Entscheidend ist hier nicht nur die Annahme neuer Gesetze, sondern vor allen Dingen die verwaltungstechnische Umsetzung. An diesem Punkt wollen wir als Fraktion noch mehr Ergebnisse sehen. Wir glauben, dass nur eine konsequente Umsetzung von neuen Gesetzen und Richtlinien das Problem von Korruption und organisierter Kriminalität lösen kann. Gleiches gilt für den Justizbereich und das noch zu verhandelnde besonders wichtige Justizkapitel. Die Ankündigungen der kroatischen Regierung sind gut und richtig, aber auch ihnen müssen Taten folgen, die die Situation in den Gerichten *de facto* verbessern. Auch hier fordern wir mehr Transparenz und weniger politische Einflussnahme.

Wir haben deswegen vier Änderungsanträge, für die ich werben möchte. Beim ersten geht es um die Korruptionsbekämpfung. Dort möchten wir insbesondere den Bau- und Städteplansektor erwähnt haben, da es dort um die größten öffentlichen Aufträge geht.

Zweitens möchten wir, dass in Ziffer 19 darauf hingewiesen wird, dass die Situation von Schwulen und Lesben nicht zufriedenstellend ist. Es kommt zu regelmäßigen Angriffen auf die Angehörigen dieser Minderheiten. Wir haben unterdessen von der kroatischen Regierung Belege dafür bekommen, dass nun in einigen Fällen ermittelt wird. Wir halten das für ein sehr positives Zeichen und ermutigen die kroatischen Behörden, die Durchsetzung des Antidiskriminierungsgesetzes voranzutreiben.

Ein letzter Punkt: Uns fehlt eine Vision für eine neue Energiepolitik Kroatiens. Daher fordern wir Sie auf, unseren Änderungsantrag 7 zu unterstützen. Wir freuen uns darauf, wenn Kroatien bald beitreten kann. <

Charles Tannock, *im Namen der ECR-Fraktion*. – Herr Präsident, die EKR-Fraktion ist für eine Erweiterung der Europäischen Union. Wir können nicht nur bedeutende Vorteile in einem größeren gemeinsamen Markt sehen, sondern streben auch – anders als manch anderer Parlamentsabgeordneter – nach einer Milderung der föderalistischen Tendenzen im Inneren der Europäischen Union. Nichtsdestotrotz müssen gemäß Festlegung in den Kopenhagener Kriterien strenge und anspruchsvolle Maßstäbe an die Bewerber angelegt werden.

Daher unterstützen wir voll und ganz den gründlich durchdachten Ansatz der Kommission hinsichtlich einer Vorbereitung der Bewerber auf die Mitgliedschaft, sowie ihre Bereitschaft, aus den Lektionen vorheriger Erweiterungen zu lernen, insbesondere den letzten, Bulgarien und Rumänien umfassenden Erweiterungen, wo es außerordentliche Probleme in den Bereichen des organisierten Verbrechens und der Korruption gab. Zusammen mit Island – falls das Land als Bewerber zugelassen wird – ist Kroatien zweifelsohne das Land, das am ehesten für einen Beitritt zur Europäischen Union bereit ist und sein Beitritt wird zur Stabilisierung des westlichen Balkans beitragen. Obwohl wir uns des noch ausstehenden Grenzstreits mit Slowenien bewusst sind, dürfen bilaterale Streitigkeiten unserer Ansicht nach nicht dafür herhalten, Kroatiens Mitgliedschaft zu verzögern. Immerhin hat damals Italien Slowenien trotz strittiger Grenz- und Minderheitenfragen nicht an einem Beitritt gehindert.

Wie der Bericht der Kommission verdeutlicht, hat Kroatien auch einige wesentliche Fortschritte im Hinblick auf die Erfüllung der in den Verhandlungen genannten Benchmarks erzielt und das Land bekennt sich weiterhin deutlich zu den Erwartungen der EU. Auch Mazedonien fährt wieder einen geraden Kurs in Richtung Mitgliedschaft und wir begrüßen die dortige, auch für Serbien und Montenegro geltende Liberalisierung der EU-Visumbestimmungen. Ferner unterstützen wir direkte und umgehende Forderungen an die Kommission, der Aufnahme von Verhandlungen über eine Mitgliedschaft Mazedoniens zuzustimmen.

Nach Meinung der EKR-Fraktion sollte der fast schon skurrile Namensstreit mit Griechenland auf vernünftige und schnelle Art und Weise gelöst werden. Präsident Ivanov hat dazu beigetragen, Schwung in die EU-Ambitionen Mazedoniens zu bringen und wir hoffen, dass seine Bitte um ein Treffen mit dem neu gewählten griechischen Präsidenten auf ein freundschaftliches und nachbarschaftlich geprägtes Echo stoßen wird. Der EU-Beitrittsantrag der Türkei bleibt indessen problematisch, nicht zuletzt in Bezug auf die Menschenrechte. Der grausame jüngste Fall eines lebendig begrabenen jungen Mädchens, dessen Vergehen darin bestanden hatte, sich mit Jungen zu unterhalten, liefert lediglich denjenigen Munition, die keinen Platz für die Türkei in der EU sehen. Die Verweigerung einer Anerkennung Zyperns bzw. die nicht erfolgte Umsetzung der Ankara-Protokolle, sowie die gestoppte Ratifizierung des Abkommens zur Wiederaufnahme von Beziehungen mit Armenien enttäuschen schlichtweg.

Schließlich möchte ich als ständiger Beobachter des Parlaments für Montenegro hinzufügen, dass das erst kürzlich von mir besuchte Land auf dem besten Wege ist, den Bewerberstatus zu erlangen und ich hoffe, dass dies auch bald geschehen wird.

Als Letztes möchte ich im Namen meiner Fraktion, der EKR-Fraktion, die Gelegenheit ergreifen, Kommissar Füle zu seiner gestrigen, durch Wahl erfolgten Ernennung zu gratulieren und ihm die volle Unterstützung meiner Fraktion für die vor ihm liegenden, anspruchsvollen Aufgaben zusichern.

Takis Hadjigeorgiou, *im Namen der GUE/NGL-Fraktion*. – (EL) Gleich zu Beginn möchten wir betonen, dass wir die Integration der Türkei befürworten. Wir sind davon überzeugt und glauben daran. Hauptsächlich für die Türkei selbst ist es wichtig, zur Sicherung der Rechte aller Minderheiten die Wahlschwelle für Parlamentssitze zu senken und Arbeitsrechte, wie das Recht auf Streik und Tarifautonomie, zu sichern.

Die Ausarbeitung einer echten politischen Lösung für das Kurdenproblem, die Anerkennung des armenischen Genozids, die Normalisierung der Beziehungen mit den Nachbarländern und die Beendigung der Besatzung Zyperns sind einige der Themen, mit denen sich die Türkei befassen muss. Wie der Rat betont hat, muss das Land unbedingt und unverzüglich das Zusatzprotokoll zum Abkommen von Ankara vollständig und in nicht diskriminierender Weise umsetzen.

Indem sich die Türkei über internationales Recht hinwegsetzt, hindert sie die Republik Zypern daran, die Hoheitsrechte in ihrer ausschließlichen Wirtschaftszone auszuüben. Unter diesen Voraussetzungen lehnen wir die Haltung, das entsprechende Energiekapitel zu öffnen, erklärtermaßen ab.

Abschließend sei die Absicht einiger Mitglieder erwähnt, für einen Änderungsantrag zu stimmen, der alle Beteiligten dazu aufruft, bei der Lösung der Zypern-Frage zu helfen. Bestimmt werden alle dabei helfen. Stellt es nicht aber eine unannehmbare Situation dar, allen die gleiche Verantwortung zu übertragen und Opfer

und Besetzer in gleicher Weise verantwortlich zu machen? Wenn wir eine Lösung des Zypern-Problems anstreben, müssen wir auf die Verantwortung der Türkei pochen. Wir müssen offen mit der Türkei reden, deren Eingliederung wir befürworten, wie ich abschließend noch einmal zum Ausdruck bringe. Fest steht aber, dass wir eine Eingliederung der Türkei in die Europäische Union unterstützen - und nicht etwa eine Eingliederung der Europäischen Union in die Türkei.

Bastiaan Belder, im Namen der EFD-Fraktion. – (NL) Auf die Gefahr hin, die türkischen Diplomaten erneut zu verärgern – bedenken Sie ihre Reaktion auf eine Vielzahl von Änderungsanträgen des Europäischen Parlaments –, dränge ich den Rat und die Kommission dazu, die nachfolgenden fünf Punkte auf die Agenda für die anstehenden Verhandlungen mit den türkischen Behörden zu setzen.

1. Das Zugeständnis einer Rechtspersönlichkeit für alle religiösen Gemeinschaften in der Türkei als grundlegende Voraussetzung für die Umsetzung von Religionsfreiheit in der Türkei.
2. Die sofortige Beendigung der öffentlichen Hasskampagne gegen türkische Christen unter dem Deckmantel der Zulassung des in zweifacher Weise negativ besetzten Begriffes ‚Missionstätigkeit‘ in Schulbüchern und lokalen Medien, so dass der Eindruck entsteht, türkische Christen wären per Definition subversiv und darauf aus, den Staat zu unterminieren.
3. Die sofortige Beendigung der auffälligen Diskriminierung nicht islamischer Minderheiten bei der Besetzung wichtiger ziviler und militärischer Stellen innerhalb des türkischen Staatsapparats.
4. Wirksame Regierungsmaßnahmen gegen den wachsenden Antisemitismus im öffentlichen türkischen Leben. Erst kürzlich sprach ein türkischer Akademiker von einer vergifteten Atmosphäre. Ich freue mich darüber, dass die Atmosphäre noch so offen ist, dass ein Akademiker freimütig vortreten kann, um so etwas zu sagen. Daher werden wirksame Regierungsmaßnahmen gegen den ansteigenden Antisemitismus im türkischen öffentlichen Leben benötigt und insbesondere Premierminister Erdoğan sollte in dieser Hinsicht die Führungsrolle übernehmen.
5. Schließlich eine strikte Ausrichtung der Beziehungen zu der Islamischen Republik Iran auf die transatlantische Strategie zu Teheran und dessen kontroverses Nuklearprogramm. Die Türkei muss eine deutliche Haltung zu der immer dringlicheren Frage des Nuklearprogramms Teherans zeigen. Als NATO-Mitglied und EU-Bewerberland muss die Türkei hier Farbe bekennen. Das Land muss eine eindeutige Wahl treffen.

Ich fordere den Rat und die Kommission auf, die Kopenhagener Kriterien und die von mir vorgebrachte dringende Kritik an der Türkei ernst zu nehmen und, Herr Kommissar, ich wünsche Ihnen nochmals alles Gute für Ihr neues Amt. Ich freue mich auf konstruktive Beratungen und vertraue ebenfalls darauf, dass Sie die Kopenhagener Kriterien ernst nehmen und wir so in der Lage sein werden, an der Modernisierung der Türkei, einem Land, das ich auch respektieren möchte, zu arbeiten.

Barry Madlener (NI). – (NL) Herr Füle, willkommen im Parlament! Herr Präsident, die niederländische Partei für Freiheit PVV, meine Partei, hat sich entschlossen, unabhängig in diesem Parlament zu wirken. In diesem Fall haben wir eine hervorragende Zusammenarbeit mit der Fraktion Europa der Freiheit und der Demokratie und mit Herrn Messerschmidt genossen, dem ich hiermit meinen herzlichen Dank aussprechen möchte.

Herr Präsident, zunächst möchte ich sagen, dass die PVV eine Erweiterung nicht befürwortet – nicht für Kroatien, Mazedonien und sicherlich nicht für die Türkei. Die Besetzung von Zypern seitens der Türkei ist illegal, alle hier sind dieser Meinung und trotz allem unterhalten wir weiterhin Beziehungen mit der Türkei, ohne sie ernsthaft für dieses Verhalten zu verurteilen. Wir erlegen der Türkei keine Sanktionen oder ähnliche Maßnahmen auf. Dies ist meiner Ansicht nach eindeutig eine zu schwache Reaktion auf die Situation, daher habe ich einen Änderungsantrag vorbereitet, der diese Besetzung verurteilt und die Türkei dazu auffordert, ihre Truppen unverzüglich aus Zypern abzuziehen. Ich hoffe somit, dass Sie alle diesen Änderungsantrag unterstützen werden.

Zudem steht die Pressefreiheit in der Türkei stark unter Druck. Als ich in der Türkei zu Besuch war, wurde die Presse sogar angegriffen. Dies müssen wir aufs Schärfste verurteilen und daher habe ich Änderungsantrag Nummer 16 vorgelegt.

Nun, verehrte Damen und Herren, kommen wir zum Iran, einem Schurkenstaat. Herr Ahmadinedschad, ein islamischer Diktator, der seine eigene Bevölkerung terrorisiert, Israel von der Landkarte löschen will und dies ganz offen sagt, arbeitet an Langstreckenraketen, führt regelmäßig Waffentests durch und begann gestern mit der Anreicherung von Uran, das der Herstellung von Nuklearwaffen dient. Meine Damen und Herren,

wir können hier nichts als unsere Abscheu zum Ausdruck bringen. Die Türkei, die der EU beitreten will, zählt die iranische Regierung zu ihren besten Freunden und muss dafür scharf kritisiert werden, daher habe ich den Änderungsantrag 17 vorgelegt. Ich zähle auf Ihre Unterstützung.

Als nächstes möchte ich auf die Verhandlungen mit der Türkei zu sprechen kommen. Die Türkei, die den Iran als einen Freund bezeichnet, besetzt Zypern, unterdrückt Christen, verletzt die Rechte von Frauen, ist ein Mitglied der Organisation der Islamischen Konferenz, wendet die Sharia an, schränkt die Menschenrechte ein und ist ein islamisches Land. -Sie kann niemals dieser Union beitreten. Wir sollten dies nicht zulassen, daher habe ich die Änderungsanträge 18 und 19 vorgelegt, die darauf abzielen, die Beitrittsverhandlungen zu beenden. Daher hoffe ich, dass Sie alle meine Änderungsanträge unterstützen werden.

Eduard Kukan (PPE). – Herr Präsident, zunächst einmal möchte ich Zoran Thaler zu seinem Bericht gratulieren und ihm und allen anderen Kollegen für ihre sehr konstruktive Arbeit bei der Vorbereitung dieses Entschließungsentwurfs danken. Ein herzliches Willkommen an Kommissar Füle, alles Gute für den Erfolg seiner künftigen Arbeit.

Die Europäische Volkspartei ist der Ansicht, dass die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien im letzten Jahr viele positive Entwicklungen durchlaufen hat. Der Fortschritt zur Erfüllung des Großteils der Kriterien für einen Start der EU-Beitrittsverhandlungen ist wirklich sowohl beachtlich als auch außerordentlich. Die Tatsache, dass die Kommission den Beginn der Verhandlungen mit der EJRM empfohlen hat, sollte als klare Botschaft betrachtet werden, dass dieses Land auf dem richtigen Weg ist.

Das Parlament sollte daher hinter dieser Empfehlung stehen und, durch die Annahme dieser Entschließung, ein positives Signal an das Land und somit auch an die ganze Region senden. Ich hoffe, dass der Europäische Rat die Entscheidung der Kommission und die in dieser Entschließung beinhaltete Aufforderung bestätigen und grünes Licht für die Verhandlungen mit der EJRM in naher Zukunft ohne weitere Verzögerung geben wird. Ich denke auch, dass bis es soweit ist, die Verhandlungen zur Namensgebung weiter voranschreiten werden und die Beziehungen mit Nachbarstaaten besser werden.

Die EJRM sollte sich der Herausforderung stellen und zeigen, dass sie bereit ist, alle Kopenhagener Kriterien zu erfüllen, auf Basis derer ihre Bestrebungen, ein Mitglied der EU zu werden, bewertet werden sollten.

Raimon Obiols (S&D). – (ES) Ich denke, dass der Bericht, über den wir heute abstimmen werden, hinsichtlich des Fortschritts der Türkei für einen EU-Beitritt, ein positiver ist. Er ist deutlich und einiges kann auch kritisiert werden. Er ist jedoch auch ausgewogen und ich möchte die Berichterstatterin, Frau Oomen-Ruijten, dafür beglückwünschen.

Natürlich hätte unsere Fraktion gewisse Aspekte stärker betont. Jedoch haben wir einen breiten Konsens erwirkt, denn wir denken, dass der Bericht so weit wie möglich durch diese Kammer unterstützt werden sollte.

Wir müssen hier eine klare Botschaft aussenden. Es sollte eine positive Botschaft sein, eine wohlwollende, sie sollte jedoch auch strikt sein, so dass der Verhandlungsprozess gefördert wird und das Voranschreiten modernisierender, demokratischer Reformen in der Türkei angeregt wird. Wir müssen uns in dieser Angelegenheit klar sein: Wir müssen diese Phase der Trägheit und Unentschlossenheit in diesem Verhandlungsprozess überwinden.

Laut Meinungsumfragen ist die Unterstützung der Öffentlichkeit für einen Beitritt in der Türkei geschrumpft, die öffentliche Wahrnehmung muss sich hier verändern. Der einzige Weg um dies zu erreichen, ist die Sicherstellung, dass Verhandlungen und Reformen weiter vorangetrieben werden, dass die Europäische Union ihre eingegangenen Verpflichtungen einhält und dass sie es vermeidet, widersprüchliche Signale, die Unsicherheit erzeugen, auszusenden. Natürlich muss die Türkei auch entschiedene Schritte auf dem Weg zu Reformen unternehmen.

Zwei Szenarien sind möglich: Ein Teufelskreis von Entzweigungen, Konfrontationen und Misstrauen, oder eine Aufwärtsspirale ernster, strikter und doch eindeutiger Verhandlungen.

Wenn dieser Bericht auch nur einen kleinen Beitrag für einen Fortschritt in diese Richtung macht, denke ich, können wir zufrieden sein.

Jorgo Chatzimarkakis (ALDE). - Herr Präsident! Als zuständiger Delegationsleiter möchte ich zunächst einmal Zoran Thaler zu seinem sehr ausgewogenen Bericht gratulieren. Skopje hat Reformen durchgesetzt und ist auf dem Weg in die Europäische Union. Wir begrüßen das ausdrücklich und freuen uns darüber. Die

Visa-Liberalisierung war vielleicht das deutlichste, sichtbarste Zeichen, war ein Meilenstein in der Zusammenarbeit. Dieses Ziel wurde nur durch enge Zusammenarbeit der EU-Mitgliedstaaten erreicht. Das steht für Öffnung, für Austausch, für Kooperation.

Aber wir dürfen nicht vergessen, dass ja schon vor vier Jahren der Status eines Beitrittskandidaten gewährt wurde, und seitdem fragen wir uns immer wieder, wann es denn endlich zu dem Datum kommt. Ich kann nur an alle Parteien appellieren: Der Namenskonflikt, der hier im Mittelpunkt steht, muss überwunden werden! Das Momentum, das im Dezember durch den Ratsbeschluss entstanden ist, durch die neue griechische Regierung, muss genutzt werden! Es schwindet jeden Tag mehr. Ich kann nur an die Parteien appellieren: Wenn wir jetzt andere Themen, wie die Finanzkrise, in den Vordergrund treten lassen, dann rückt dieses Ziel des Beitritts immer weiter in den Hintergrund. Daran kann uns nicht gelegen sein. Deswegen müssen wir jetzt weiterhin daran arbeiten.

Marije Cornelissen (Verts/ALE). – (NL) In den letzten sechs Monaten habe ich jede Gelegenheit genutzt, um auf den Balkan und in die Türkei zu reisen und mit den Menschen vor Ort zu sprechen. Es ist beeindruckend, in der Realität zu sehen, was im Hinblick auf einen Beitritt vor Ort vor sich geht: Wichtige politische Neuerungen, aber auch und vor allem, sehr praktische Veränderungen, von denen die dort lebenden Menschen profitieren.

In Montenegro etwa wurde die Existenz von Homosexualität nun endlich anerkannt. In der Türkei haben die Schutzunterkünfte für Frauen nun endlich gute Beziehungen mit der Polizei, um hier nur zwei Beispiele zu nennen. Wir sollten uns über die Dinge, die in diesen Ländern erreicht wurden und über die Dinge, die gut funktionieren freuen, aber gleichzeitig müssen wir doch deutlich sagen, was alles noch getan werden muss.

Das Europäische Parlament und die Mitgliedstaaten müssen weiterhin auf den Kriterien, die wir zu Beginn des Prozesses dargelegt haben, beharren. Jedoch müssen wir es auch vermeiden, die Macht des Beitrittsprozesses durch die Aufstellung von neuen Hindernissen zu verwässern.

Ich möchte mich für einen kurzen Moment auf Mazedonien konzentrieren. Wir stimmen alle überein, dass das bilaterale Problem mit dem Namen gelöst werden muss. Wir stimmen ebenso überein, dass die EU jegliche Unterstützung für diesen Prozess anbieten muss. Bilaterale Probleme sollten selbst kein Hindernis für den Beitrittsprozess darstellen. Dies betrifft Mazedonien, aber auch Kroatien, Serbien, die Türkei, den Kosovo und Island. Für die dort lebenden Menschen ist die Aussicht auf einen Beitritt zu wichtig, um von der Lösung einer bilateralen Unstimmigkeit gefährdet zu werden.

Daher möchte ich Sie alle bitten, für unseren Änderungsantrag 4 zu stimmen, der darauf abzielt, einen neuen Absatz 30(2) in den Bericht zu Mazedonien einzufügen. Ich möchte Sie auch alle, in Bezug auf diese drei Berichte, darum bitten nicht zu vergessen, wie wichtig der Beitrittsprozess ist.

Tomasz Piotr Poręba (ECR). – (PL) Herr Präsident, Herr Kommissar, zunächst möchte ich Herrn Füle zu seiner Wahl zu diesem Amt gratulieren. Ich bin mir sicher, dass wir erfolgreich und effektiv zusammen für eine Erweiterung der Europäischen Union arbeiten werden. Ich bin mir zudem sicher, dass Sie den Verhandlungsprozess der Europäischen Union mit Kroatien noch vor Jahresende abschließen werden. Ich bin mir weiterhin sicher, dass Sie auch bald den Verhandlungsprozess mit Mazedonien beginnen werden. Ich hoffe, dass dies auch dieses Jahr geschieht.

In dieser Rede möchte ich die außergewöhnliche Rolle Kroatiens als zukünftigem Mitgliedstaat der Europäischen Union betonen, insbesondere im Kontext der Verteidigung unserer gemeinsamen Werte und der Sicherheit unseres Kontinents. Wir schätzen die Tatsache, dass kroatische Einheiten, als Teil der NATO, im Kosovo und in Afghanistan vertreten sind. Etwa 300 kroatische Soldaten, Diplomaten und Polizeibeamte nehmen auch an ISAF-Einsätzen in drei Regionen in Afghanistan teil. Unser neuer Verbündeter hat unseren Kampf gegen Terrorismus in verschiedenen NATO-Missionen mutig unterstützt. Ich bin mir sicher, dass die Mitgliedschaft Kroatiens in der Europäischen Union zu weiterer Stabilität in einem Teil Europas beiträgt, der noch vor ein paar Jahren von einem grausamen Konflikt und ethnischer Säuberung heimgesucht wurde.

Wenn Kroatien alle Reformen umsetzt, kann es die Verhandlungen mit der Europäischen Union noch vor Jahresende abschließen. Dies ist ein gutes Ziel und ich fordere alle auf, diese Bemühungen zu unterstützen. Wir sollten auch die Tatsache schätzen, dass Zagreb zahlreiche Reformen durchgeführt hat, insbesondere in den Bereichen des Rechtssystems und der öffentlichen Verwaltung, aber auch im Kampf gegen Korruption und organisiertes Verbrechen. Die Eingliederung Kroatiens in unsere Familie von Mitgliedstaaten der Europäischen Union ist Teil unserer Strategie für die Bildung eines Kontinents der Demokratie und des

Wohlstands. Das Beispiel dieses Landes am Balkan bestätigt, dass der Prozess der EU-Erweiterung ein großer Anreiz für politische und wirtschaftliche Reformen in Ländern, die nach einer Mitgliedschaft streben, ist. Lassen Sie uns auch daran denken, wenn wir unseren östlichen Nachbarn, die Ukraine, betrachten.

Niki Tzavela (EFD). – (EL) Herr Präsident, im letzten Jahr hat die facettenreiche Außenpolitik der Türkei für Verwirrung innerhalb der internationalen Gemeinschaft aber auch innerhalb des säkularen Teils der türkischen Gesellschaft gesorgt. Welches Ziel verfolgt die Türkei? Geht sie den Weg zu einem multikulturellen Europa oder zu einem pan-islamischen Staat?

Darf ich das Parlament kurz an das politische Verhalten der Türkei bezüglich des Irans erinnern, ihre inakzeptablen diplomatischen Äußerungen gegen Israel, den Disput mit Ägypten über die Grenzen des Gazastreifens und die erst kürzlich erfolgte Entscheidung der türkischen Regierung, die Einreisevisa für 7 arabische Länder abzuschaffen? Wie wir wissen, befinden sich in vielen dieser Länder extremistische islamische Verbände, deren Mitglieder nun leicht nach Europa und in den Westen einreisen können. Insbesondere das Thema der Abschaffung der Einreisevisa hat den säkularen Staat in der Türkei empört.

Wenn wir neue Sanktionen gegen den Iran verhängen, wird die Haltung der Türkei im UN-Sicherheitsrat ein Ausgangspunkt für die Verdeutlichung der Zukunft der modernen Türkei sein, so dass wir hier dann anders über die Türkei sprechen werden.

Philip Claeys (NI). – (NL) Aus verständlichen Gründen ist die öffentliche Meinung in Europa stark gegen einen Beitritt der Türkei, einem nicht-europäischen und islamischen Land. Die vorige Kommission versicherte, dass Verhandlungen mit der Türkei ausgesetzt werden würden, wenn herauskäme, dass die Türkei ihre demokratischen Verpflichtungen nicht erfüllen kann und dass die Verhandlungen mit dem Reformprozess in der Türkei Schritt halten müssen. Keines dieser Versprechen wurde gehalten.

Im Gegenteil, neue Kapitel wurden nach und nach aufgeschlagen, während die Türkei sich mehr zurück als vorwärts bewegt. Politische Parteien werden verboten, kurdische Bürgermeister verhaftet und Christen eingeschüchtert, ihnen wird Gewalt angedroht und die Behörden sind ihnen gegenüber voreingenommen. Christliche Autoren und Wissenschaftler müssen sich nun verstecken. Ich bin noch nicht einmal bis zu dem Phänomen der erzwungenen Ehen und so genannten Ehrenmorde gekommen.

Welche Frist wird die Kommission der Türkei für die Anerkennung aller Mitgliedstaaten der Europäischen Union setzen? Wann muss die Türkei sich dem Ankara-Protokoll verpflichten? Wann wird die illegale Militärbesetzung von Zypern zu einem Ende kommen?

José Ignacio Salafranca Sánchez-Neyra (PPE). – (ES) Herr Präsident, wie meine Kollegen möchte auch ich Herrn Füle zu seinem Amt gratulieren und hoffe, dass der hervorragende Eindruck, den er bei der Anhörung des Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten gemacht hat, im Laufe seines Mandats bestätigt wird, insbesondere bei dem schwierigen Thema der Erweiterung.

Ich möchte nur einige Worte über die Türkei verlieren, zuerst einmal möchte ich unserer Berichtsteratterin, Frau Oomen-Ruijten, zu den hervorragenden Ergebnissen, die im Ausschuss erreicht wurden, gratulieren.

Ihr Bericht, der sich auf 2008 und 2009 bezieht, übertreibt die Angelegenheiten weder, noch spielt er sie herunter. Er betont die Bemühungen der Türkei, den Kopenhagener Kriterien und Bedingungen gerecht zu werden.

Meiner Ansicht nach müssen diese Bemühungen auch im Kontext der gegenwärtigen Situation der Türkei, auch in politischer Hinsicht, betrachtet werden: Sieben Jahre der moderaten islamischen Regierung Herrn Erdoğan, wobei Wahlen für Juli 2011 erwartet werden, ein Land, das unter den Fäulen der Operation Sledgehammer brodelte, eine Annullierung des Emasya-Protokolls, das wesentliche Machtbefugnisse an das Militär übergab, wurde vollzogen und insbesondere die Entscheidung, die Partei der demokratischen Gesellschaft in der Türkei zu verbieten.

All dies, Herr Kommissar, bedeutet, dass der Fall Türkei mit großer Vorsicht behandelt werden muss. Die Türkei muss die Bedingungen und Anforderungen der Kopenhagener Kriterien erfüllen und natürlich muss sie sich dem Ankara-Protokoll verpflichten. Jedoch muss man in diesem besonderen Zusammenhang nicht erwähnen, Herr Kommissar, dass wenn ein falsches Signal ausgesendet wird, dies schwerwiegende Konsequenzen für die Sicherheit der Europäischen Union haben könnte, insbesondere wenn die regierende Partei nicht die Dreifünftelmehrheit hat, die im Parlament benötigt wird, um die Verfassung zu ändern. Ein solches Signal könnte Anlass zu alarmierendem Aufruhr in einem bereits instabilen Land führen, das ein strategischer Partner für den Westen im Sinne der Atlantischen Allianz ist.

Wir müssen hier beim Verhandlungsprozess größtmögliche Vorsicht walten lassen, um keinerlei Fehler zu machen.

Richard Howitt (S&D). – Herr Präsident, zunächst möchte auch ich meine Glückwünsche an Kommissar Füle aussprechen. Sie mussten heute an Ihrem ersten Arbeitstag früh aufstehen, ich denke das wird nicht das einzige Mal bleiben.

In der Türkei herrscht bedeutende öffentliche Skepsis, ob die EU ihre Versprechen halten wird und so, wie über Skeptiker in der EU gesprochen wird, ist es nun Ihre Herausforderung, Herr Kommissar, fair und objektiv zu sein, denn damit gewinnt man das öffentliche Vertrauen. Es ist jedoch auch wichtig, die positiven Seiten einer Erweiterung hervorzuheben, um die Skeptiker zu überzeugen und unsere Fraktion wird Sie dabei unterstützen.

Bezüglich der Türkei stimmt die Sozialistische und Demokratische Fraktion weiterhin für einen Beitritt und für Reformen. Der Fortschrittsbericht der Kommission besagt, dass die Reformbemühungen wieder aufgenommen wurden, aber auch intensiviert werden sollten. Wir stimmen dem zu. Das heißt, zu diesem ersten Bericht während der fünf Jahre dieses Parlaments, möchte ich meine einführenden Bemerkungen dazu machen, wie wir als Parlament mit der Türkei umgehen sollten. Der Berichterstatterin möchte ich sagen, dass ich Ihr großes Engagement für die Verfolgung eines Konsens im Parlament achte und ihr für Ihre Zusammenarbeit danke. Ich hoffe, dass Sie zukünftig die Zustimmung der politischen Fraktionen einholen, bevor Sie Änderungsanträge im Plenum für bereits abgestimmte Kompromisse im Ausschuss einreichen, da unsere Differenzen gering sind.

Jedoch ist der wahre Test Ihrer Berichterstattung und für dieses Parlament die Sicherung der Nutzung unseres Einflusses zur Gewährleistung eines alljährlichen, stetigen Fortschritts bei der Führung der Türkei hin zu einem Beitritt, dies erfordert eine leitende Hand, sowohl hier als auch im Land selbst.

Unseren zypriotischen Kollegen möchte ich sagen, dass wir ihren Schmerz der Ungerechtigkeit gut verstehen können. In unserer Fraktion haben wir versucht, Sie vollständig in unseren Konsens miteinzubeziehen, aber wir sind jetzt, an diesem wichtigen Zeitpunkt, auch bemüht, eine Stellung zu beziehen, die die Versöhnungsbemühungen unterstützt, um Gerechtigkeit für beide Gemeinschaften zu bieten und nicht ihre Ergebnisse schon im Namen der jeweils anderen Seite vorschnell zu beurteilen.

Allen anderen hier möchte ich sagen, dass konstruktive Kritik für die Türkei nötig ist. Wir selbst sind kritische Freunde. Aber diejenigen, die sich in dieser Aussprache gegen die Türkei wenden, sind unserer Ansicht nach eine Minderheit. Zu viele von Ihnen sind durch religiöse Intoleranz gegen den Islam motiviert und suchen nach ihrem eigenen politischen Vorteil, indem sie bewusst falsche Ängste bezüglich Einwanderung schüren. Diese Argumente sind abscheulich und abstoßend, und so sind Sie auch.

Zuletzt möchten wir diejenigen unter Ihnen, die einen Beitritt der Türkei befürworten, erneut bestärken. Die schrille Stimme derjenigen, die den Prozess zurückweisen, darf uns nicht zurückhalten. Wir erwarten von unseren türkischen Partnern, dass sie weiterhin schmerzhaft Veränderungen in ihrer eigenen Gesellschaft durchlaufen, mit durchaus schwierigen Auswirkungen auf ihre Innenpolitik.

Diese Reformen sind gut an sich, jedoch muss denjenigen, die hier in diesem Parlament sagen, dass wir den Beitritt wollen, gesagt werden: Wir müssen diesen Schmerz lohnenswert machen, indem wir selbst das tun, was wir sagen, Kapitel je nach Leistung aufschlagen und beenden, die Versprechen des Rats einhalten und selbst in gutem Glauben handeln.

Norica Nicolai (ALDE). – (RO) Ich möchte in meiner Rede mich nur auf Mazedonien beziehen, da ich betonen möchte, dass der Bericht den Fortschritt bei der Situation Mazedoniens festhält und eine politische Entscheidung für den Start von Verhandlungen mit diesem Land unterstützt.

Ich werde nicht die Ausgewogenheit des Berichts erwähnen und die Art, wie er detailliert die positiven und negativen Faktoren, mit denen das Land ringen muss, beschreibt.

Ich möchte hier zwei Dinge hervorheben. Die Wählerbefragung und Meinungsumfragen in Mazedonien zeigen deutlich, dass dieses Land eines der euro-optimistischsten in der Region ist. Ich denke, dass Unterstützung seitens der Bevölkerung eine Bedingung für den Erfolg im Verhandlungsprozess ist. Zweitens denke ich, dass, als ein Mitgliedstaat der Europäischen Union, Griechenland die europäischen Modelle für Versöhnung mit der Geschichte verstehen muss und alles dafür tun muss, um sicherzustellen, dass der Streit über die Namensgebung für Mazedonien kein Hindernis für den Fortschritt des Landes hin zu Europa bedeutet, denn jede andere Einstellung ist entgegen dem Geiste und dem Schicksal Europas.

Hélène Flautre (Verts/ALE). – (FR) Herr Präsident, zuerst möchte ich Kommissar Füle begrüßen und ihm gratulieren.

Die 12. Anhörung des Prozesses der mutmaßlichen Mörder von Hrant Dink fand am Montag in Istanbul statt. Zum ersten Mal hatten offizielle Prozessbeobachter das Gefühl, dass das Gericht tatsächlich versuchte, die Wahrheit herauszufinden und dass die Verbindungen zwischen diesem Prozess, dem der mutmaßlichen Mörder von Hrant Dink und anderen gegenwärtigen Prozessen, wie dem des Ergenekon-Netzwerks, durch den Staatsanwalt hervorgehoben wurden.

Diese Tatsache ist sehr bedeutend, denn jeder politische Mord, jede Intoleranz innerhalb einer Gesellschaft und die Straflosigkeit, die immer noch vorherrscht, werden hier angeprangert. Zudem ist dies eine Ansicht, die die Familien der Opfer dieser politischen Morde eloquent darlegten, als sie, in Bezug auf den türkischen Tiefen Staat, sich selbst als Hrant Dinks "Tiefe Familie" bezeichneten. Ich erzähle Ihnen dies, denn die Dinge verbessern sich und innerhalb der türkischen Zivilgesellschaft gibt es einen Wunsch nach und eine Bewegung für Reformen, die darauf abzielen, Demokratie und weitere Rechte zu fördern, und dieser Wunsch und diese Bewegung sind außergewöhnlich stark.

Ich möchte auch noch ein weiteres Beispiel zitieren, das im Moment in den Schlagzeilen der Zeitungen ist – Familienehrenverbrechen wurden schon erwähnt – hierbei geht es um ein junges, 16-jähriges Mädchen, das in einem Hühnerstall begraben gefunden wurde und das vom Familienrat zum Tode verurteilt wurde, weil es mit Jungen gesprochen hatte. Dies ist erschütternd und ein Verbrechen. Die Mitglieder dieser Familie gehören natürlich ins Gefängnis.

Tatsache ist, dass noch vor ein paar Jahren solche Verbrechen nicht in die Schlagzeilen gelangten. Daher ist es heute schön zu sehen, dass diese so genannten "Ehrenverbrechen", die einfach nur barbarisch sind, nicht mehr länger in der türkischen Gesellschaft toleriert werden. Die türkische Gesellschaft befindet sich im ständigen Wandel, sie ist sogar in Aufruhr und ich denke, dass wenn wir über die Türkei sprechen, wir uns auch dessen bewusst sein müssen, dass jede Reform in diesem Land die Beziehungen zwischen Bürgern, dem Establishment, der Geschichte und der Demokratie der Türkei, sehr beeinflussen wird. Dies sind absolut wichtige Punkte.

Ich denke, dass unsere Vorgehensweise sehr offen sein muss. Heute ist die Offenheit unserer Vorgehensweise anerkannt und entspricht unserer Fähigkeit, den komplizierten, kritischen und historischen Prozess in Zypern zu unterstützen. Heute muss die EU Zypern klar sagen, dass wir bereit sind, jedes Übereinkommen zwischen dem Süden und dem Norden zu unterstützen und zu schützen, unter Bereitstellung aller uns zur Verfügung stehenden finanziellen und wirtschaftlichen Mittel, und dass wir ebenso entschlossen sind, dass nichts im EU-Recht das Erreichen eines Konsens in Zypern verhindern wird. Wir müssen voranschreiten. Die Zukunft der Mitgliedschaft der Türkei in der EU hängt auch von diesem Thema ab.

Geoffrey Van Orden (ECR). – Herr Präsident, ich stimme nicht oft mit Frau Flautre überein, jedoch stimme ich vielen ihrer soeben gemachten Bemerkungen zu. Zuerst möchte ich zu mehr Ehrlichkeit bei unserem Ansatz für die Türkei aufrufen. Ich bin mir sicher, dass alle hier sich gute Beziehungen mit der Türkei wünschen und viele von uns, vermutlich die Mehrheit, die Türkei eines Tages als Mitglied der Europäischen Union sehen wollen, einer anderen Europäischen Union, als die, die heute geschaffen wird. Denn einige erkennen, dass ein Beitritt der Türkei die Natur des EU-Projekts unvermeidlich verändern würde, da es nach ungewollter politischer Integration strebt, gegen die das Land sich so vehement wehrt.

Ich habe ein oder zwei Fragen an die Kommission. Was passierte mit den Verhandlungen mit der Türkei? Warum sind nur so wenige Kapitel offen? In einer Zeit, in der wir uns in allen Ländern ernsthafte Sorgen über die Energiesicherheit machen und die Türkei sich in einer so wichtigen geografischen Lage für die Strecken für Pipelines vom Kaspischen Meer befindet, frage ich mich, warum wir nicht über das Thema Energie sprechen. Und mit den unmittelbar bevorstehenden Präsidentschaftswahlen in Zypern und den laufenden Einigungsverhandlungen ist Zypern für uns momentan ein bedeutendes Thema. Die Türkei kann hier in diesem Plenarsaal natürlich kaum Diskussionsthema sein, ohne dass wir uns auf Zypern beziehen, aber vielleicht wäre es hilfreicher, wenn wir, anstatt die Türkei stets zu kritisieren, die EU versuchen würde, dem Land in dieser Hinsicht mehr Unterstützung anzubieten. Warum fordern wir die Türkei nicht auf, ihren Einfluss geltend zu machen, wenn Griechenland und die Republik Zypern, beide Mitgliedstaaten der EU, eine wichtige Rolle zu spielen haben?

Ich stimme zu, dass die Stärke der türkischen Besatzungstruppen in Nordzypern stark verringert werden sollte. Tatsächlich schlage ich türkischen Abgesandten regelmäßig vor, dass eine unilaterale Reduzierung der Truppen eine vertrauensbildende Maßnahme wäre, aber wir alle wissen, dass wenn der Annan-Plan

umgesetzt werden würde, die türkische Truppenstärke auf nur 650 reduziert werden würde und die der Griechen auf 950. Es ist skandalös, dass kein deutlicher Fortschritt bei der Öffnung des internationalen Handels mit Nordzypren gemacht wurde. Warum hat die Europäische Union ihr im Mai 2004 gegebenes Versprechen, die Isolation Nordzyprens zu beenden, nicht gehalten?–

Von allen Orten in der Welt, wo die EU tatsächlich eine nützliche Rolle spielen könnte und etwas günstigen Einfluss ausüben könnte, ist Zypern ein bedeutender davon – wir jedoch sind nicht dort. Lassen Sie uns nicht der Türkei die Schuld für die internen Schwierigkeiten der EU geben.

Charalampos Angourakis (GUE/NGL). – (EL) Herr Präsident, unser Standpunkt gegen eine Erweiterung der EU stimmt mit unserem Standpunkt gegen die Integration Griechenlands, meinem Vaterland, in die Europäische Union überein, und mit dem Kampf, es vom Imperialismus zu befreien.

Der gesamte Erweiterungsprozess steht im Einklang mit der Stärkung der NATO und der NATO-Besetzung des westlichen Balkans, mit der Spaltung des Kosovo und der Destabilisierung von Bosnien und Herzegowina, mit dem Kampf der EU für Grenzen und Stabilität in dieser Region, mit der Nötigung der Menschen in Serbien und neuen Reibereien und Oppositionen auf dem Balkan.

Denn die so genannten bilateralen Themen sind überhaupt nicht bilateral. Sie sind internationale Fragen, daher widmen die Vereinten Nationen sich ihnen. Gleichzeitig gibt es auf dem Balkan eine ungeheuerliche Krise, die offensichtlich durch die Reformen entstand, die die Menschen dort durchleben mussten, um der Europäischen Union beitreten zu können.

Dieser Prozess stimmt mit der Kompromisslosigkeit Ankaras zur Zypernfrage, mit der *casus belli* in der Ägäis, die durch die Frontex unterstützt wird, die um die Grenzen in dieser Region kämpft, und mit der tatsächlichen Verhinderung unionistischer Bestrebungen und anderer gegen die Demokratie gerichteter Einrichtungen in der Türkei überein.

Dies ist ein anderer Grund, warum wir auf der Seite der Arbeitnehmer in diesen Ländern, die sich gegen die Integration aussprechen, stehen, so dass sie für ihre Rechte kämpfen können.

Lorenzo Fontana (EFD). – (IT) Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die schwedische und die spanische Ratspräsidentschaft haben den Beitritt der Türkei zur Europäischen Union zu einem Schwerpunktthema erklärt, als ob dies nun eine ausgemachte Sache wäre.

Wir denken, dass der Beitritt der Türkei aus vielerlei Gründen weder realistisch noch opportun ist. Erstens weil die Türkei geographisch nicht zu Europa gehört, zweitens weil sich die Türkei immer mehr islamisiert und Ankara sogar ein führendes Mitglied einer der größten pan-islamischen Organisationen, der OIC, ist, drittens weil religiöse Minderheiten verfolgt werden und in der türkischen Gesellschaft die Meinung tief verwurzelt ist, dass sie geringwertig sind, viertens weil die Türkei den Völkermord an eineinhalb Millionen armenischen Christen weiterhin offiziell bestreitet und Nordzypern sowohl im militärischen als auch im politischen Sinne unter Missachtung des Völkerrechts besetzt hält.

Wir müssen auch beachten, dass wir, wenn die Türkei der Europäischen Union beiträte, solche Länder wie den Irak, den Iran und Syrien als direkte Nachbarn haben würden. Schließlich müssen wir auch bedenken, dass die Türkei mit ihren 90 Millionen Einwohnern bis 2030 das bevölkerungsreichste Land der Europäischen Union sein würde. Das bedeutet, dass sie die meisten Abgeordneten im Europäischen Parlament und den bedeutendsten Stimmenanteil im Europäischen Rat haben würde. Das Gleichgewicht in Europa wäre sicherlich destabilisiert.

Diane Dodds (NI). – Herr Präsident! Wie viele andere Kollegen heute Morgen in diesem Plenarsaal, möchte ich mich dafür aussprechen, dass die Debatte, insbesondere in Bezug auf die Türkei, von Ehrlichkeit und Realismus bestimmt wird. Ich begrüße es, dass einige meiner Kollegen sich dafür eingesetzt haben, Zypern auf eine proaktive Weise zu unterstützen, um mit der Türkei eine Lösung zu finden.

Ich möchte Ihre Aufmerksamkeit auf einen Aspekt lenken, von dem ich erfahren habe, nämlich die Notlage, in die viele Bürger, die ich vertrete, aufgrund gravierender finanzieller Verluste durch Fälle von Immobilienbetrug in der Türkei geraten sind. Seitdem ich im Juli Abgeordnete des Europäischen Parlaments geworden bin, wurde ich von vielen Bewohnern meines Wahlkreises kontaktiert, die beträchtliche Summen (zwischen 50 000 EUR und 1 50 000 EUR) in Immobilien investiert haben, und die anschließend verlustreich aus diesen Investitionen herausgegangen sind, die in vielen Fällen wie offensichtlich betrügerische Aktivitäten aussehen. Ich fordere die Kommission daher auf, diese Fälle genau in Augenschein zu nehmen und proaktiv zu handeln.

Elmar Brok (PPE). - Herr Präsident, Herr Ratspräsident, Herr Kommissar! Die bisherige Erweiterungspolitik ist erfolgreich gewesen, wenn wir auch bei der letzten Runde gesehen haben, dass wir genauer hinschauen müssen, insbesondere was die innere Entwicklung eines Landes im Zusammenhang mit Rechtsstaatlichkeit, Korruption und ähnlichen Fragen angeht. Ich glaube, dass dies bei den jetzigen Verhandlungen erfolgt. Ich bin der Ansicht, dass wir mit Kroatien sehr weit sind und hier schnell ein Abschluss erfolgen kann. Insgesamt gilt jedoch natürlich immer und in jedem Fall die Einhaltung der Kopenhagener Kriterien, zu denen auch die Integrationsfähigkeit der Europäischen Union gehört, denn das *overstretching* ist natürlich eine Gefahr, die wir sehen müssen.

Wir werden unsere Verpflichtungen gegenüber dem Westbalkan einhalten, aber das kann in Einzelfällen eine ganz lange Wegstrecke bedeuten. Dies sollten wir sehen, damit wir nicht falsche Hoffnungen wecken. Auf der anderen Seite ist es natürlich klar, dass die europäische Perspektive ein interessantes und vielleicht das einzige Instrument ist, um einen gewissen Druck aufrechtzuerhalten, damit der innere Reformprozess in diesen Ländern sowohl im Bereich der Entwicklung der Marktreife als auch des politischen Systems gewährleistet ist.

Bei der Türkei habe ich, wenn ich das Verhalten des Landes hinsichtlich Berlin plus, Zypern, Religionsfreiheit, Meinungsfreiheit, des Verbots von Parteien und ähnlichen Fragen sehe, Probleme und frage mich, ob da von der Mentalität – nicht von der Form her! – die notwendigen letzten Schritte gegangen werden, damit der Beitritt dieses Landes möglich ist, und ob die Fähigkeit zur Integration in die Europäische Union gegeben ist.

Herr Kommissar, Sie haben die große Chance, dass Sie eine größere Bandbreite haben, indem Sie für Erweiterungspolitik und Nachbarschaftspolitik zusammen zuständig sind. Beides betrifft die europäische Perspektive, aber unterschiedliche Instrumentenkästen. Deswegen haben Sie einen interessanten Job, bei dem ich Ihnen viel Freude wünsche.

Michael Cashman (S&D). – Herr Präsident! Ich begrüße die Beitrittsberichte und möchte mich insbesondere zur ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien und zu Kroatien äußern, und dann zur Türkei. Ich bin froh, nach meinem Freund Elmar Brok sprechen zu dürfen, der die Kopenhagener Kriterien erwähnt hat. Ich möchte noch einmal bekräftigen, dass die Kopenhagener Kriterien nicht verhandelbar sind, insbesondere wenn es um die Rechte von Minderheiten und um Menschenrechte geht, weshalb die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien und Kroatien es versäumen, den gemeinschaftlichen *Besitzstand* wiederzugeben, insbesondere, was die Nichtdiskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung betrifft.

Ich möchte beiden Ländern sagen, dass das Beitrittsverfahren eine Gelegenheit ist, ihre Rechtsvorschriften an die Rechtsvorschriften der EU anzupassen und ihren Bürgern die Notwendigkeit dafür zu erklären und außerdem, dass, wenn sie diesem Club beitreten, sie keinem Club angehören werden, der auf einem A-la-carte-Menü beruht. Wir werden den *Besitzstand* rigoros durchsetzen, insbesondere Artikel 19, der der Union das Recht gibt, Diskriminierung aus Gründen – und dies ist eine sehr wichtige Liste – der Rasse, Volkszugehörigkeit, Religion, Weltanschauung, des Alters, einer Behinderung oder der sexuellen Orientierung zu bekämpfen. Wieso ist dies wichtig? Weil eine Person aus jedem der genannten Gründe diskriminiert werden könnte und gegen eine Art der Diskriminierung nichts zu tun bedeuten würde, alle Erfolge, die bei der Bekämpfung der anderen Arten von Diskriminierung erzielt worden sind, zunichte zu machen. Daher sage ich, dass die Rechte von Lesben, Schwulen und Bisexuellen nicht verhandelbar sind. Führen Sie jetzt Antidiskriminierungsgesetze ein. Zivilisierte Gesellschaften werden nicht danach beurteilt, wie sie ihre Mehrheitsbevölkerung behandeln, sondern danach, wie sie die Minderheiten behandeln, aus der diese Mehrheit sich zusammensetzt.

In der Türkei sind Fortschritte zu verzeichnen und ich freue mich, Ban Ki-Moon zitieren zu können, der sagt, dass auch auf Zypern Fortschritte erzielt wurden. Wir sollten das in diesem Parlament begrüßen. Frau Dodds hat Recht: Wenn wir Teil der Lösung sein wollen, dann müssen wir absolut ehrlich sein und die beiden Seiten zusammenbringen. Bei den Antidiskriminierungsgesetzen wünsche ich mir jedoch, dass sie noch weiter gehen.

Die Nichtdiskriminierung ist in der Verfassung verankert, sie muss sich aber in den Gesetzen widerspiegeln, insbesondere in Bezug auf Lesben, homosexuelle Männer, Bisexuelle und Transgender, die oft ausschließlich aus dem Grund ermordet werden, dass sie transsexuell sind. Erlauben Sie also der Türkei, diesen Weg weiterzugehen, zu den gleichen Bedingungen, zu den gleichen Konditionen. Wenn wir die Beitrittskriterien aushöhlen, haben wir bald keine Kriterien mehr übrig.

Alexander Graf Lambsdorff (ALDE). - Herr Präsident! Lassen Sie mich zunächst sagen, dass ich etwas überrascht bin, dass ausgerechnet der sehr geschätzte Kollege Cashman aus England uns daran erinnert, dass

ein Land, wenn es der Europäischen Union beitrifft, alles mitmachen muss und nicht einen À-la-carte-Ansatz haben darf. Das ist schon etwas merkwürdig.

Ich will aber zum Thema Türkei reden. Hier wurde gesagt, die Türkei sei eine Gesellschaft in Bewegung. Das stimmt. Aber wir müssen der Ehrlichkeit halber klar sagen, das ist keine lineare Bewegung in Richtung europäischer Werte. Das ist eine Bewegung vor und zurück. Beispiel Militär: Wir freuen uns natürlich über den Erlass, dass das Militär nicht mehr ohne politische Ermächtigung eingreifen darf. Das ist gut so. Aber zum Bild gehört auch das Urteil des Verfassungsgerichts, das es verbietet, Angehörige des Militärs vor zivilen Gerichten anzuklagen. Das ist nicht gut.

Beispiel Rede- und Meinungsfreiheit: Ja, es gibt eine lebhafte Debatte über viele Themen, die früher tabu waren, inklusive übrigens auch der Rechte von Minderheiten, auch sexueller Minderheiten, Kollege Cashman. Das finden wir sehr gut, das ist richtig so. Aber gleichzeitig gibt es das Youtube-Verbot, es gibt Rechtsvorschriften, die einen Rahmen setzen, der auf dem Gebiet der gerade für die liberale Fraktion besonders wichtigen Frage der Rede- und Meinungsfreiheit Rechtsunsicherheit schafft. Es gibt den „Privatkrieg“ gegen die Doğan-Gruppe. Das ist alles unerfreulich.

Beispiel Rolle der Frau: Natürlich ist es gut, dass ein so genannter Ehrenmord – ein barbarisches Verbrechen – in den Medien diskutiert wird. Aber sind wir wirklich der Meinung, dass sich die türkische Gesellschaft linear in Richtung europäischer Werte bei der Gleichberechtigung bewegt? Ich glaube, das ist nicht so.

Lassen Sie mich eines auch zu dem sagen, was Kollege Howitt hier gesagt hat. Wir haben einen Prozess – Beitrittsverhandlungen –, die wir in gutem Glauben führen müssen, das stimmt. Aber das ist ein Prozess ohne Automatismus. In diesem Prozess tragen wir Verantwortung nicht nur für den Beitrittskandidaten, unsere primäre Verantwortung gilt der Europäischen Union. Wir brauchen Glaubwürdigkeit in unserer Erweiterungspolitik, wir brauchen Ehrlichkeit, auch Glaubwürdigkeit gegenüber den Kandidatenländern. Ich muss sagen, manchmal erschüttert es mich schon, wenn ich diese Allianz hier sehe zwischen Grünen, die ein starkes Europa wollen, aber die Erweiterung so schnell wie möglich, und Kollegen wie Geoffrey van Orden, die so schnell wie möglich alle Länder hereinholen wollen, um die Europäische Union zu schwächen. Das ist merkwürdig.

Ja, es gibt eine Beitrittsperspektive. Aber einen Beitritt gibt es nur, wenn alle Kriterien erfüllt sind.

(Nachfrage gemäß Artikel 149 Absatz 8 der Geschäftsordnung)

Michael Cashman (S&D). – Herr Präsident! Herr Lambsdorff hat eine Anschuldigung gegen das Vereinigte Königreich vorgebracht. Ich möchte ihn bitten, vor dem Parlament darzulegen, inwiefern das Vereinigte Königreich seine Vertragsverpflichtungen verletzt hat.

Alexander Graf Lambsdorff (ALDE). – Herr Präsident! Ich habe nicht gesagt, dass das Vereinigte Königreich den Vertrag verletzt. Ich habe nur darauf hingewiesen, dass das Vereinigte Königreich bestimmte wichtige Politikfelder der europäischen Integration nicht mitmacht, so z. B. Schengen, den Euro, die Sozialcharta und – wenn ich das richtig sehe – auch die Grundrechtecharta. Das sind alles Themen, die nicht gerade marginal sind. <BRK>

Ulrike Lunacek (Verts/ALE). – Herr Präsident! Zuerst an meinen Kollegen Lambsdorff: Ich muss Ihren Vorwurf zurückweisen! Sie haben gemeint, die Grünen würden Erweiterung um jeden Preis wollen. Es ist für uns ganz klar, dass wir für Erweiterung stehen, auch was die Türkei betrifft, den Balkan sowieso, aber mit Erfüllung aller Kriterien. Lassen Sie mich zur Türkei sagen: Bei allen heute schon erwähnten Problemen sehe ich bei der türkischen Regierung doch den Willen weiterzugehen. Zum Beispiel hat das Innenministerium jetzt das Protokoll annulliert, nach dem das Militär bisher eigenständig in Sicherheitsfragen eingreifen konnte. Das ist ganz wichtig. Ich hoffe, dass es von einer Mehrheit dieses Hauses Unterstützung für unseren Änderungsantrag Nr. 10 geben wird, in dem es darum geht, auch das Ziel des Beitritts im Auge zu behalten. Denn nur so ist auch die EU glaubwürdig in Bezug auf das, was sie einmal versprochen hat – das Ziel des Beitritts, wenn alle Kriterien erfüllt sind.

Zu Mazedonien: Hier gibt es – und auch das erkenne ich an und bin froh darüber – große Fortschritte in vielen Bereichen. Aber zu einem Punkt, den auch Kollege Cashman zuerst angesprochen hat: Es geht nicht an, dass eine Regierung hergeht und Antidiskriminierungsregelungen machen will und die sexuelle Orientierung herausnimmt. Das ist europäisches Recht. Menschenrechte sind unverhandelbar, und ich hoffe, dass eine Mehrheit auch diesen gemeinsamen europäischen Menschenrechten bei unserem Änderungsantrag zustimmt.

Ryszard Czarnecki (ECR). – (PL) Herr Präsident, Herr Kommissar! Ich möchte Ihnen gratulieren, Herr Füle, und Ihnen sagen, dass ich hoffe, dass Sie als Kommissar ebenso gut sind, wie Sie es als Anwärter waren. Ihre Anhörung ist wirklich hervorragend verlaufen. Ich möchte Herrn Lambsdorff versichern, dass Herr Van Orden Europa sehr liebt. Er will jedoch nicht, dass die Euro-Bürokratie zwischen dieses Europa und seine Bürger gerät.

Wir sprechen heute über die Erweiterung der EU, und es ist gut, dass wir darüber sprechen, weil, seien wir ehrlich, die Europäische Union sich in einer gewissen institutionellen Krise befindet und ein Weg aus dieser Krise ist die Erweiterung der Europäischen Union. Dies könnte uns eine gewisse Energie, eine gewisse Kraft verleihen und deshalb lohnt es sich, diesen Weg zu wählen. Ein Europa ohne diese Lunge des Balkans ist nicht Europa. Der Beitritt Kroatiens, eines europäischen Landes mit einer europäischen Kultur und einer europäischen Geschichte, sollte so schnell wie möglich zuwege gebracht werden. Lassen Sie uns jedoch auch realistisch über die schnellstmögliche Aufnahme solcher Länder wie Serbien, Montenegro, der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien und Bosnien und Herzegowina nachdenken. Dies ist etwas wirklich sehr Wichtiges. Der Beitritt der Türkei ist etwas, was viel weiter weg ist, und sicherlich nicht in den nächsten 10 Jahren passieren wird.

Nikolaos Chountis (GUE/NGL). – (EL) Herr Präsident! Die Tatsache, dass wir als Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke die Erweiterung der Europäischen Union befürworten, insbesondere in Bezug auf den westlichen Balkan, heißt nicht, dass wir uns über zwei Sachen keine Sorgen machen:

Unsere erste Sorge ist, dass das Ergebnis dieser Erweiterung kein Europa des sozialen Zusammenhalts und der Solidarität ist, es ist ein vom Markt dominiertes Europa und zweitens steht die Erweiterungspolitik in einigen Fällen in einem problematischen Verhältnis zum Völkerrecht. Ich beziehe mich hierbei auf den Bericht über die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, in der der Berichterstatter die Frage des Namens nicht einseitig löst, da er es in Absatz 17 systematisch vermeidet, festzustellen, dass nach einer Lösung gesucht wird und im Rahmen der UN gesucht werden muss. Dieser Absatz kennzeichnet das Problem als internationales Problem, was es in der Tat auch ist, kein bilaterales Problem, und er sendet eine angemessenere Botschaft aus, als die allgemeine Hoffnung, dass das Problem sich von selbst löst.

O tempora, o mores werden Sie wahrscheinlich sagen, denn die Tatsache dass die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien an Militärmissionen der EU in Afghanistan teilnimmt – ich wiederhole teilnimmt – wird als ein wichtiges Attribut der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien angesehen, einem Land mit geringen wirtschaftlichen und militärischen Ressourcen, ebenso wie die Tatsache, dass sie einseitig den Kosovo anerkennt, wodurch sie gegen UN-Resolution 1244/1999 verstößt.

Eine politische Erweiterung mit einem problematischen Verhältnis zum Völkerrecht ist meiner Meinung nach ein Problem an sich.

Jaroslav Paška (EFD). – (SK) Ich möchte eingangs sagen, dass ich der Meinung bin, dass die Berichte über Kroatien und die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien gute und gut vorbereitete Berichte sind und ich denke, dass wir der Arbeit der Berichterstatter unseren Beifall bekunden und die Annahme der Berichte unterstützen sollten.

Was die Türkei betrifft, habe ich das Gefühl, dass wir auf diesem Gebiet ein gewisses Versteckspiel betreiben. Die türkischen Behörden erklären nach außen, dass sie sich bemühen, Veränderungen zu erreichen, aber in der Realität gibt es in der türkischen Gesellschaft keine wesentlichen Veränderungen. Väter verkaufen immer noch ihre Töchter oder tauschen sie gegen Vieh. Die Männer, die sich ihre Ehefrauen kaufen, behandeln sie wie Sklaven.

Ich bin überzeugt, dass der Annäherungsprozess der Zivilisationen kompliziert und langwierig und weder für uns noch für die türkische Gesellschaft einfach sein wird. Daher denke ich, dass wir uns in diesem Fall in Geduld üben und auf lange Verhandlungen vorbereitet sein müssen, aber in diesen Verhandlungen müssen wir korrekt und ehrenhaft handeln und über all diese Probleme sprechen. Das ist in unserem Interesse und auch im Interesse des türkischen Volkes und wenn dieses Problem gelöst und zu einem erfolgreichen Abschluss gebracht worden ist, wird dies sowohl für Europa als auch für die Türkei ein Erfolg sein.

Ioannis Kasoulides (PPE). – Herr Präsident! Alle Mitglieder der EVP-Fraktion sind dafür, dass den Empfehlungen der Kommission, mit der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien Beitrittsverhandlungen zu beginnen, nachgekommen werden sollte. Wir wissen auch, dass die ehemalige

jugoslawische Republik Mazedonien und Griechenland in Bezug auf die Frage des Namens eine Einigung erzielen müssen, damit diese Verhandlungen beginnen können.

Die Frage des Namens der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien ist in Griechenland eine Angelegenheit von politischer Tragweite. Keine griechische Regierung wird es überleben, wenn Verhandlungen bewilligt werden, ohne dass eine Einigung über den Namen erzielt worden ist. Das ist eine politische Realität. Unabhängig davon, wie unsere Kollegen diese Frage beurteilen, müssen wir, wenn wir gute Ratgeber sein wollen, der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien einen freundlichen, flexiblen Rat geben. Wenn wir die Namensfrage nicht ernst nehmen, indem wir sie zum Beispiel „skurril“ nennen, sind wir für die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien schlechte Ratgeber und dienen nicht ihrer Sache.

Die Türkei sollte wissen, wie groß das türkische Dossier für ein Land mit einer so großen Bevölkerung ist. Es berücksichtigt die Fähigkeit der EU, eine so große Erweiterung zu bewältigen, die damit verbundene angespannte Haushaltslage etc., weshalb die Türkei begreifen sollte, wie viel einfacher – und ohne Hindernisse und ohne auf Eis gelegte Kapitel – ihr Beitrittsweg ohne das auf ihr lastende Gewicht des Zypernproblems wäre. Sie muss einen Beitrag leisten zu den Fragen der Garantien, der Anwesenheit von Truppen und dem Recht auf einseitige militärische Schritte, die Zypern nicht braucht.

Victor Boştinaru (S&D). – Herr Präsident! Ich begrüße die Anstrengungen Kroatiens und die Fortschritte, die es auf seinem Weg zum Beitritt zur Europäischen Union gemacht hat. Dies wird sicherlich einen wichtigen Schritt hin zu einer europäischen Integration der gesamten Region des westlichen Balkans darstellen. Ich hoffe, dass 2010 ein sehr gutes Jahr für Kroatien und auch für den westlichen Balkan sein wird, aber ich möchte gleichzeitig betonen, dass es notwendig ist, die Frage der Flüchtlinge und Binnenvertriebenen zu berücksichtigen und auf eine adäquate Weise zu behandeln.

Ich beziehe mich hierbei auf den jüngsten Bericht des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Flüchtlinge. Wie Sie wissen, haben Kroatien, Bosnien und Herzegowina, Serbien und Montenegro 2005 in Sarajewo ein Abkommen unterzeichnet, die sogenannte Erklärung von Sarajewo. Ziel des Abkommens war die Lösung des Problems der großen Zahl von Flüchtlingen und Binnenvertriebenen aufgrund des Konflikts in der Region. Die Lösung dieses Problems steht jedoch immer noch aus. Ich würde es sehr gerne sehen, wenn Kroatien sich dazu bereit erklären würde, der Erklärung von Sarajewo wieder Geltung zu verschaffen und dieser Situation, die ich für höchst sensibel halte, ein Ende zu setzen, zumindest vor seinem Beitritt.

Ich begrüße es sehr, dass sich die Kommission für die Wiederaufnahme der Verhandlungen in diesem Frühjahr bemüht und ich wiederhole noch einmal vor Ihnen, dass dieses Problem ein für allemal gelöst werden sollte, bevor Kroatien der EU beitrifft.

Eine letzte Bemerkung zur Türkei: Bei der Bewertung der Türkei sollten wir uns nicht von unseren religiösen oder ethnischen Vorurteilen oder Klischees leiten lassen.

Lena Ek (ALDE). – (SV) Herr Präsident! Als stellvertretende Vorsitzende der Delegation des Europäischen Parlaments für Kroatien freue ich mich auf den Tag, an dem kroatische Abgeordnete auf den Bänken in diesem Parlament sitzen werden. Kroatien hat bei seinen Bemühungen, Mitglied der EU zu werden, einen langen Weg zurückgelegt und viele schwierige Entscheidungen getroffen, um die europäische Dimension zu bewältigen. Es müssen jedoch noch wichtige Teile des Puzzles zusammengefügt werden, bevor eine Mitgliedschaft erreicht werden kann.

Ein Thema, das mir sehr am Herzen liegt, ist die Dezentralisierung, anders gesagt sollten politische Entscheidungen so nah wie möglich an der Bevölkerung getroffen werden. Wenn eine vierte Entscheidungsebene hinzugefügt wird, wie dies bei der Mitgliedschaft in der EU der Fall ist, dann ist es überaus wichtig, dass die Menschen sich darüber bewusst sind, welche Entscheidungen auf lokaler, regionaler, nationaler und EU-Ebene getroffen werden. In Bezug auf dieses Thema weist der Fortschrittsbericht darauf hin, dass noch viel zu tun ist.

Andere auffallend schwache Punkte sind die Rechtssicherheit, die Bekämpfung der Korruption und die Stellung der Frauen auf dem Arbeitsmarkt – dies sind Bereiche, auf denen Kroatien sich noch mehr engagieren muss. Dennoch kann ich sehen, dass sehr viele Fortschritte erzielt worden sind und dass die neue kroatische Regierung diesen Fragen auch große Bedeutung beimisst. Ich hoffe wirklich, dass es nicht mehr lange dauert, bis unsere kroatischen Kollegen bei uns in diesem Parlament sind.

Michail Tremopoulos (Verts/ALE). – (EL) Herr Präsident! Ich würde gerne darlegen, dass die Balkanländer heute versuchen, wie sie es schon das ganze 20. Jahrhundert über versucht haben, einen Mittelweg zwischen

dem schwierigen Erbe des Nationalismus und der Notwendigkeit einer gemeinsamen europäischen Perspektive in der unmittelbaren Zukunft zu finden.

Der heutige Entschließungsantrag zur ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien versucht diesen Mittelweg wiederzugeben. Das gelingt jedoch nicht vollständig. Der Druck, sofort Verhandlungen zu eröffnen, führt zu Befürchtungen, man könnte im Hinblick auf die Gespräche bezüglich der Namensfrage das falsche Signal aussenden. Die endlose Verschiebung der Verhandlungen könnte andererseits ein ebenso unproduktives Verhalten fördern.

Einige der Änderungsanträge sind positiv. Ich möchte jedoch hervorheben, dass jegliche Form des Nationalismus zuallerst dem eigenen Land schadet. Griechenland muss seinen eigenen Mittelweg finden. Als griechischer Mazedonier rufe ich zu einer größeren Gelassenheit auf. Was wir in diesem Disput über den Namen brauchen, ist, dass die Bevölkerungen, die sich beide als Mazedonier bezeichnen, koexistieren können. Ein derartiger Kompromiss würde als Katalysator für den Aufbau des gegenseitigen Vertrauens wirken, das in diesen Zeiten der ökologischen Krise, in denen unmittelbare Nachbarn als notwendige Partner bei ihrer Bekämpfung angesehen werden müssen, dringend notwendig ist.

Edvard Kožušník (ECR). – (CS) Ich möchte zu Beginn all meinen Kolleginnen und Kollegen für die Erstellung des Berichts danken. Gleichzeitig möchte ich den Kommissar willkommen heißen und ihm in seinem höchst interessanten Ressort viel Erfolg wünschen. Ich habe nur drei Kommentare, da in der Debatte schon einiges angesprochen worden ist. Meiner Meinung nach sollten wir auch die Tatsache hervorheben, dass die Erweiterung an sich als eine der möglichen Lösungen für die Wiederherstellung des Wirtschaftswachstums in der Europäischen Union verstanden werden muss und wir sollten dies nicht aus dem Blick verlieren. Mein zweiter Kommentar bezieht sich auf das Wort „Komplexität“. Meiner Meinung nach müssen wir uns einen umfassenden Überblick über die Balkanfrage verschaffen und wir können uns nicht nur auf ein bestimmtes Land konzentrieren, sei es Kroatien oder die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, sondern wir sollten die Frage auf der Grundlage eines umfassenden Ansatzes behandeln, der auch solche Länder wie Serbien mit einbezieht. Im Fall der Türkei müssen wir auch ganz klar mit „ja“ oder „nein“ antworten, da es nicht möglich ist, der Türkei etwas vorzumachen und ihr einen möglichen Beitritt in der Zukunft zu versprechen. Wir müssen klar mit „ja“ oder „nein“ antworten.

Willy Meyer (GUE/NGL). – (ES) Herr Präsident, Herr Kommissar, Herr Ratspräsident! Die Europäische Union sollte die in diesem Moment auf höchster Ebene stattfindenden Verhandlungen mit den politischen Führern der beiden größten Volksgruppen Zyperns genau verfolgen.

Die Türkei spielt bei diesen Verhandlungen eine sehr negative Rolle. Sie unterstützt keine vernünftige Lösung und die Europäische Union muss daher eine klare, eindeutige Botschaft aussenden: Die Türkei kann nicht weiterhin die 40 000 Soldaten, die den Nordteil Zyperns besetzt halten, in Verletzung des Völkerrechts stationieren. Sie kann nicht weiterhin die Stadt Famagusta unter Verletzung der Resolution des UN-Sicherheitsrates besetzt halten. Sie kann nicht weiterhin Siedler in den Nordteil der Insel schicken, die die türkisch-zyprische Gemeinschaft unterdrücken. Das ist der Weg, auf dem sich die Türkei momentan befindet.

Die Europäische Union, die Kommission, der Rat und das Parlament müssen eine unmissverständliche Botschaft an die Türkei senden: Wenn die Türkei an ihrer Position festhält, wird sie nie der Europäischen Union beitreten können. Das ist die Botschaft, die an diesem kritischen Punkt der Verhandlungen über die Wiedervereinigung Zyperns, das ein Mitgliedstaat der Europäischen Union ist, vermittelt werden sollte.

Nikolaos Salavrakos (EFD). – (EL) Herr Präsident! Ich übersehe nicht die Tatsache, dass die Türkei ein großes Land ist, das jedoch, abgesehen von den internen sozialen Problemen, die im Bericht erwähnt wurden, meiner Meinung nach in seiner Außenpolitik auf eine widersprüchliche Weise handelt.

Während die türkische Regierung versucht, moderat zu erscheinen, erscheint die Armee des Landes gegenüber Griechenland als Aggressor, indem sie permanent den griechischen Luftraum in der Ägäis verletzt und sich gegenüber Frontex despektierlich verhält. Hierbei ist zu beachten, dass trotz der Tatsache, dass Griechenland und die Türkei NATO-Staaten, und daher Verbündete sind, die Türkei Griechenland mit einem *Casus Belli* bedroht, indem es seine Hoheitsgewässer ausweitet und sich weigert, den zyprischen Staat anzuerkennen, der ein Mitglied der Europäischen Union ist.

Schließlich scheint die türkische Regierung derzeit nicht in der Lage zu sein, im eigenen Land die Souveränität des Volkes zu schützen und plant einen neuen osmanischen Staat, wie es auf dem Treffen Anfang November in Sarajewo, an dem Minister Davutoglu teilnahm, deutlich wurde. Außerdem halte ich die

Annäherungsversuche seitens der türkischen Regierung gegenüber dem Iran, die den Ansichten der internationalen Gemeinschaft und der Europäischen Union widersprechen, für befremdlich.

Darüber hinaus sollten wir nicht übersehen, dass die Türkei in Abweichung vom Fahrplan den Transit illegaler Einwanderer durch ihr Hoheitsgebiet in die Länder der Europäischen Union erlaubt und vielleicht sogar fördert, und ihre Verpflichtungen, zyprischen Schiffen und Flugzeugen Anlege- und Landeerlaubnis zu gewähren, nicht erfüllt.

Gunnar Hökmark (PPE). – Herr Präsident, ich danke Herrn Swoboda für seinen Bericht über Kroatien. Er würdigt die Anstrengungen und Erfolge der kroatischen Regierung. Ich denke, dass es wichtig ist, zu sagen, dass dieses Land einer Mitgliedschaft in der EU immer näher kommt, wodurch unterstrichen wird – und ich sage dies der Ratspräsidentschaft –, dass es notwendig ist, die Verhandlungen mit Kroatien im Laufe dieses Jahres abzuschließen.

Aber ich möchte auch unterstreichen, dass Kroatien diese Anstrengungen nicht für uns auf sich genommen hat. Sie machen Kroatien zu einem besseren Land und zu einer besseren Gesellschaft für ihre Bürger, wodurch Kroatien zu einem besseren Nachbarn wird und einen Beitrag in Europa leistet, weil der Kampf gegen das organisierte Verbrechen und gegen Korruption grenzübergreifend stattfinden muss. Daher ist es ein Vorteil für uns zu sehen, welche Erfolge in Kroatien erzielt wurden.

Das Gleiche gilt für andere Beitrittskandidaten. Alle Erfolge, die wir sehen können, sind von Vorteil für Europa und ich muss sagen, dass wir, angesichts unserer Erfahrungen mit dem Erweiterungsprozess, nur wenig im Hinblick auf die erreichten Erfolge bedauern müssen. Wir sollten diese Sichtweise beibehalten, wenn wir über die Türkei, die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien oder andere Länder des westlichen Balkans sprechen. Wenn sie Reformen durchführen, werden sie bessere Nachbarn. Wenn wir die Tür schließen, laufen wir Gefahr, dass die europäischen Werte mit neuen Problemen und neuen Bedrohungen konfrontiert werden. Wir sollten die Notwendigkeit unterstreichen, gemeinsam vorwärtszugehen, um eine bessere europäische Erweiterung auf der Grundlage der Kriterien zu erreichen, die wir alle unterstützen.

Luigi Berlinguer (S&D). – (IT) Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Abschluss der Verhandlungen mit Kroatien im Laufe des Jahres 2010 ist ein realisierbares Ziel und der Bericht von Herrn Swoboda ist eine ausgewogene Auswertung unseres Fortschritts und der Maßnahmen, die wir noch ergreifen müssen.

Das Gerichtswesen ist jetzt der Bereich, in dem noch weitreichende Reformen durchgeführt werden müssen. Es reicht nicht aus, die notwendigen Systemreformen durchzuführen, neue Gesetze zu verabschieden und mit dem Internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien zusammenzuarbeiten.

Ich unterstreiche, dass es notwendig ist, eine echte Rechtskultur und -mentalität in Übereinstimmung mit europäischen Standards aufzubauen. Entscheidend hierbei ist die Unabhängigkeit der Justiz, eine zentrale Angelegenheit, und außerdem die Ausbildung, Anstellung und Laufbahn von Richtern. Mit anderen Worten, die Tatsache, dass die Regierung Richtern keinerlei Auflagen machen darf. Ich fordere die Kommission auf, die Notwendigkeit für weitreichende Maßnahmen zu berücksichtigen, um diese Fragen in der letzten Phase der Verhandlungen behandeln zu können.

Andrew Duff (ALDE). – Herr Präsident! Ich möchte Kommissar Füle begrüßen. Die Gespräche zwischen Herrn Christofias und Herrn Talat befinden sich, wie wir wissen, in einer schwierigen Phase. Damit sie Erfolg haben, muss es auch zu einem Ausgleich in der öffentlichen Meinung kommen. Es muss dringend Vertrauen aufgebaut werden. Die Türkei sollte die entsprechenden Signale senden. Leider scheint das Handelsdossier völlig blockiert zu sein, weshalb der Abzug von Truppen eine schwierige, aber geschickte Geste zum Aufbau der öffentlichen Unterstützung im Süden und im Norden ist, und um zu zeigen, dass die Aussicht auf eine dauerhafte Einigung realistisch ist.

Wir alle sind uns dessen bewusst, dass, falls das Zypern-Problem nicht gelöst wird, die Aussichten auf einen Fortschritt in Bezug auf den Beitritt der Türkei sehr gering sind. Es ist jetzt an der Zeit zu handeln. Ich hoffe, dass die Kommission in ihrer Antwort auf die Beiträge der diversen Redner eingehen wird, die die Zypernfrage angesprochen haben.

Mario Mauro (PPE). – (IT) Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir möchten den Beitritt Kroatiens unterstützen und deshalb fordern wir die kroatischen Behörden auf, sicherzustellen, dass die Besitztümer von Italienern, die nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges verstaatlicht worden sind und sich immer noch im Besitz von staatlichen oder kommunalen Einrichtungen befinden, entgegen den Erfordernissen des europäischen Rechts, an die rechtmäßigen Besitzer zurückgegeben werden.

Wir wollen den Beitritt der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien unterstützen und deshalb fordern wir die Einhaltung der Konsensmethode, die Teil der Geschichte der Europäischen Union ist und wir fordern die europäischen Institutionen auf, die Ansichten der Mitgliedstaaten hinsichtlich der Gründe, die diesen Weg immer noch versperren, zu unterstützen.

Wir wollen gegenüber der Türkei die Sprache der Wahrheit sprechen. Dem Oomen-Ruijten-Bericht muss man Folgendes zugute halten: Er bestreitet nicht, dass der Weg voller Schwierigkeiten ist, er ist unvoreingenommen und nutzt die Kopenhagener Kriterien als festen Referenzpunkt. Das Parlament tut daher gut daran, die Menschenrechtsverletzungen und die mangelnde Demokratie mit Nachdruck zu kritisieren.

Aber diejenigen, die den weiteren Verlauf dieses Beitrittsantrags bestimmen, sitzen paradoxerweise nicht in diesem Plenarsaal. Sie sind unter den Vertretern vieler Regierungen zu finden, die auf jedem offiziellen Treffen das versprechen, was in ihrem Interesse liegt, um es nach außen hin zu leugnen. Auf der Grundlage des Oomen-Ruijten-Berichts ist es jedoch zweckdienlich, die Werkzeuge der privilegierten Partnerschaft zu stärken, da wir eine Entwicklung erwarten, die nicht von Vorurteilen bestimmt ist, sondern von der vollständigen und verantwortungsvollen Übernahme des Inhalts des gemeinschaftlichen *Besitzstandes*.

VORSITZ: Rodi KRATSA-TSAGAROPOULOU

Vizepräsidentin

Kinga Göncz (S&D). – (HU) Ich möchte zu dem Bericht über Kroatien und Mazedonien Stellung nehmen. Meiner Meinung nach ist es wichtig, festzuhalten, dass das Vorantreiben des Beitrittsprozesses der Länder Südosteuropas absolut im Interesse der Europäischen Union liegt, da Stabilität, Wohlstand und der Fortschritt der Reformen in der Region nicht nur für die Kandidatenländer wichtig sind, sondern für die gesamte Union. In beiden Ländern haben Fragen über nachbarschaftliche Beziehungen zum Stillstand geführt. Ich denke, dass es extrem wichtig ist, die geeignete politische Weisheit an den Tag zu legen und den Mut sowie gegenseitiges Wohlwollen aufzubringen, nicht nur auf Seiten dieser Kandidatenländer, sondern auch auf Seiten der Mitgliedstaaten der Europäischen Union. Dies war bei Kroatien der Fall und ich hoffe wirklich, dass die spanische Ratspräsidentschaft mit ihrem Engagement auch Fortschritte in der Namensfrage zwischen Mazedonien und Griechenland bewirken wird. Als drittes Land der Dreier-Präsidentschaft will auch Ungarn diesen Prozess fortführen und unterstützen.

Nadja Hirsch (ALDE). - Frau Präsidentin! Zuerst einmal herzlichen Glückwunsch an Herrn Füle zu seiner Ernennung zum Kommissar. Ich möchte den Berichterstatte Swoboda zu seinem Bericht beglückwünschen. Es ist eine sehr ausgewogene Darstellung, wie weit Kroatien gekommen ist. Zugleich aber wird deutlich aufgezeigt, wo Kroatien noch einige Themenbereiche abzarbeiten hat, um den Beitritt vollziehen zu können.

Bezeichnend ist auch, dass z. B. die Statistik, eine Erhebung von Eurobarometer aus dem Herbst letzten Jahres deutlich zeigt, dass 84 % der Kroaten mit der Demokratie in ihrem Land unzufrieden sind. Das heißt, es sind nicht nur Justizreformen notwendig, sondern auch eine bessere Stellung der Minderheiten. Man muss aber auch ein Auge darauf haben, dass die Pressefreiheit voll gewährleistet wird. Es ist wichtig, dass diese Reformen angestoßen und umgesetzt werden und vor allem die Unterstützung der Bevölkerung bekommen. Denn formal können die Kriterien sicher bald erfüllt werden. Aber die gesamte Bevölkerung Kroatiens muss dahinterstehen und den EU-Beitritt begrüßen.

Jarosław Leszek Wałęsa (PPE). – (PL) Frau Präsidentin! Der Beitritt der Türkei zur Europäischen Union ist in einigen Kreisen sehr umstritten. Damit der Beitrittsprozess in gegenseitigem Verständnis stattfindet, muss ein hohes Maß an Qualität gewährleistet werden. Die Erfüllung klarer aber strikter Bedingungen, die verständlich sind und von beiden Seiten akzeptiert werden, stellt die Basis für die Aufnahme neuer Mitgliedstaaten dar und das gilt auch für die Türkei.

Nun möchte ich mich bei der Berichterstatte, Frau Oomen-Ruijten, für den umfassenden Bericht über die Fortschritte der Türkei im Jahr 2009 bedanken. Dieses Jahr war der Bericht kritischer und macht leider zu Recht auf die Geringfügigkeit der Fortschritte aufmerksam, die die Türkei gemacht hat, insbesondere in Bezug auf die Freiheiten der Bürger und das Rechtssystem. Allerdings ist letztes Jahr nicht nur der Demokratisierungsprozess zum Stillstand gekommen und deshalb ist es notwendig, dort Kritik zu üben, wo keine Fortschritte gemacht wurden oder wo sich die Situation verschlechtert hat, aber auch zu zeigen, dass wir die Verbesserungen zu schätzen wissen. Auf der einen Seite wird die Notwendigkeit außer Acht gelassen, die Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit zu stärken, auf der die Verfassung basiert - deshalb sollte dieser Angelegenheit Priorität eingeräumt werden. Auf der anderen Seite unternimmt die Türkei bei den begonnen

Verhandlungen große Anstrengungen und ich begrüße die Veränderungen und den Wunsch der Türkei, die Reformen fortzuführen, um die Kopenhagener Kriterien zu erfüllen.

Allerdings sind gute Absichten nicht alles. Auf dem Weg in die Europäische Union hat Ankara immer noch viele Herausforderungen zu bewältigen und diese werden nicht einfach sein. Ich vertraue darauf, dass die Türkei diese Hindernisse erfolgreich überwindet und ich wünsche dem Land Erfolg bei seinen Reformen.

Debora Serracchiani (S&D). – (IT) Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die mögliche Mitgliedschaft Kroatiens in der Europäischen Union zeigt deutlich, dass sich eine europäische Identität herausbildet, die in der Lage ist, die gemeinsamen Werte unseres neuen Europas zu vermitteln, und die die Individualität der einzelnen Völker integriert, ohne sie zu vertuschen.

Die Republik Kroatien hat beachtliche Anstrengungen unternommen, um die erforderlichen Standards zu erfüllen, insbesondere im Kampf gegen das organisierte Verbrechen durch neue Maßnahmen gegen die Mafia, aber bevor die Beitrittsverhandlungen im Jahr 2010 abgeschlossen werden können, muss Kroatien noch mehr erreichen, besonders im Justizbereich.

Die Institutionen der Republik Kroatien können weitere Fortschritte machen, um die Bedingungen des ersten Zusatzprotokolls der Europäischen Menschenrechtskonvention, das in Paris im Jahr 1952 unterzeichnet wurde, zu erfüllen, indem sie in Erwägung ziehen, den rechtmäßigen Besitzern ihr verstaatlichtes Vermögen zurückzugeben.

Sophia in 't Veld (ALDE). – Frau Präsidentin! Zuallererst möchte auch ich Herrn Kommissar Füle hier im Parlament willkommen heißen.

Die Berichterstatterin hat einen sehr ausgewogenen Entschließungsentwurf vorgelegt. Die Türkei hat in der Tat gute Fortschritte gemacht, aber viele Problempunkte müssen dringend geklärt werden. Das schreckliche Phänomen der Ehrenmorde muss unterbunden werden, ebenso die Ermordung von Transsexuellen. Gerade gestern haben wir von der Ermordung einer transsexuellen Frau in Antalya gehört. Das war bereits der zigste Vorfall dieser Art. Die türkische Regierung muss dringend sicherstellen, dass die Ermordung von Transsexuellen nicht länger ungestraft bleibt.

Des Weiteren appelliere ich noch einmal an die türkische Regierung, die Vereinigungsfreiheit sicherzustellen und die systematischen Versuche, LGTB-Organisationen aufzulösen, zu beenden. Die Entschließung fordert zu Recht Religionsfreiheit und das Recht auf freie Meinungsäußerung. Für einen liberalen Politiker sind diese Freiheiten das Herzstück unserer Demokratie und nicht verhandelbare Voraussetzungen für eine Mitgliedschaft in der EU.

Wenn wir allerdings die Türkei auffordern, die europäischen Standards zu erfüllen, müssen wir dafür sorgen, dass auch wir selbst diese Standards einhalten. Das ist eine Frage der Glaubwürdigkeit und der moralischen Autorität. Homophobie, obligatorischer Religionsunterricht und Einschränkungen der Pressefreiheit müssen gleichermaßen in den aktuellen Mitgliedstaaten bekämpft werden.

Cristian Dan Preda (PPE). – (RO) Wie auch im Bericht von Frau Oomen-Ruijten hervorgehoben wurde, hat sich die Türkei 2009 deutlich für einen Weg der Reformen und für gute Beziehungen zu ihren Nachbarn engagiert. Des Weiteren haben die Behörden eine öffentliche Debatte über bestimmte Bereiche angeregt, die für den Reformprozess von zentraler Bedeutung sind, etwa die Rolle der Justiz, die Rechte ethnischer Minderheiten und die Rolle der Armee in der Politik des Landes.

Auf der anderen Seite hat die Unterzeichnung des Nabucco-Vertrags gezeigt, dass sich die Türkei an der Schaffung einer sicheren Gasversorgung in Europa beteiligen will, was auch an den türkischen Verhandlungen über einen Beitritt zur Europäischen Energiegemeinschaft deutlich wird.

Die Türkei hat gezeigt, dass sie in der Region eine Schlüsselrolle spielt, indem sie sich um normale Beziehungen zu Armenien und eine Verbesserung der Beziehungen zum Irak und zur kurdischen Regionalregierung bemüht. Wir dürfen auch keinesfalls ihre Kooperation innerhalb der Initiative Schwarzmeersynergie vergessen, die vor drei Jahren begonnen wurde und darauf abzielt, Stabilität und Reformen in den Ländern rund ums Schwarze Meer zu fördern.

Schließlich sollten wir einige wesentliche gute Gründe für einen Beitritt dieses Landes zur Europäischen Union nicht vergessen. Die Türkei ist eindeutig ein Mitglied der europäischen Familie und ein wichtiger Partner im Dialog zwischen den Kulturen. Eine säkulare, demokratische und moderne Türkei näher an die Europäische Union heranzuführen ist sicherlich ein Gewinn für unsere Gemeinschaft.

Csaba Sándor Tabajdi (S&D). – (HU) Ich freue mich sehr, dass Herr Kommissar Füle für den Bereich Erweiterung zuständig sein wird, denn als ein Politiker aus Mitteleuropa ist er am besten in der Lage, zu verstehen, welch schwere Last die Länder Südosteuropas und des Westbalkans in puncto ethnischer und interethnischer Konflikte sowie bilateraler nachbarschaftlicher Streitigkeiten zu tragen haben. Der westliche Balkan und der Balkan waren nie stabil, außer während der kurzen Zeit, in der Titos Jugoslawien bestand. Ein Beitritt zur Union ist die einzige Möglichkeit, diese Region zu stabilisieren. Dies haben die Beitritte der Jahre 2004 und 2007 bewiesen, beispielsweise durch den bedeutenden positiven Einfluss auf die Beziehungen zwischen Ungarn und Rumänien.

Zugleich möchte ich Herrn Kommissar Füle und das Parlament aber darauf aufmerksam machen, dass alle interethnischen Probleme, alle wichtigen Fragen und nachbarschaftlichen Beziehungen vor einem Beitritt gelöst werden müssen, da die Europäische Union nach einem Beitritt angesichts solcher Probleme machtlos sein wird. Sehen Sie sich nur einmal die ungelösten Probleme der Russen in Lettland an, oder nehmen Sie die Slowakei, wo die Politik der Fico-Regierung zu einer Verschlechterung der Beziehungen zwischen der slowakischen Mehrheit und der ungarischen Minderheit geführt haben.

Deshalb ist es im Fall der Westbalkanländer, wo die Probleme noch komplizierter sind, besonders wichtig, sie im Hinblick auf jedes einzelne Land zu lösen. Kroatien ist ein Nachbarland Ungarns, und deshalb ist es von größter Wichtigkeit, dass Kroatien so schnell wie möglich in die Europäische Union aufgenommen wird. Es ist sehr wichtig für Kroatien, sich seiner Verantwortung hinsichtlich des Krieges zu stellen und den Flüchtlingen zu erlauben, zurückzukehren. Dies ist ein sehr wichtiger Punkt. Die Verhandlungen mit Mazedonien sollten so schnell wie möglich beginnen, wie auch Herr Thaler in seinem exzellenten Bericht gesagt hat. Schließlich möchte ich noch etwas in Bezug auf die Türkei sagen: Solange den Kurden keine Autonomie im weitesten Sinne gewährt wird, solange die Rechte der Frauen und der sexuellen Minderheiten nicht geklärt sind und die Türkei sich nicht für den armenischen Völkermord entschuldigt, kann sie nicht der Europäischen Union beitreten.

Metin Kazak (ALDE). – (FR) Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, ich möchte Frau Oomen-Ruijten zu ihrer sorgfältigen Arbeit gratulieren. Allerdings scheint mir ein Unterschied zwischen dem Text, der im letzten Jahr angenommen wurde, und dem, der uns nun über die Türkei vorgelegt wurde, zu bestehen.

Das Parlament hat in seiner Entschließung von 2009 die Verhandlungen in Zypern hervorgehoben, aber keine Vorbedingungen in Bezug auf die Kolonien oder die Lage in Famagusta festgelegt. Diese Themen werden in den sechs Verhandlungskapiteln behandelt, die der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen unterliegen. Deshalb bin ich der Ansicht, dass ein so fester und einseitiger Standpunkt des Parlaments diese Verhandlungen gefährden könnte und uns parteiisch macht.

Wie der ehemalige Kommissar am 16. November 2006 hervorgehoben hat, muss die Rückgabe der Stadt Famagusta an ihre legitimen Einwohner unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen stattfinden, als Teil einer umfassenden Lösung der Zypernfrage.

Ich möchte noch eine weitere Schlussfolgerung des Rates nennen. Im Jahr 2004 hat die türkisch-zyprische Gemeinschaft klar den Wunsch geäußert, der EU beizutreten. Der Rat entschied, die Isolierung dieser Gemeinschaft zu beenden und die Wiedervereinigung Zyperns durch die Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung der türkisch-zyprischen Gemeinschaft zu erleichtern.

(Beifall)

György Schöpflin (PPE). – Frau Präsidentin! Ich möchte Herrn Kommissar Füle und den Herrn Minister willkommen heißen. Alle werden sich über die Fortschritte freuen, die Kroatien beim Abschluss seines Beitrittsprozesses macht. Schlüsselbereiche der Staatsführung müssen an die Anforderungen des *Besitzstands* angeglichen werden und einige dieser Änderungen - das muss man ganz offen sagen - werden wahrscheinlich der Tradition und den Erwartungen zuwiderlaufen. Deshalb erfordert die Verhandlung der Umgestaltung ein großes Maß an politischem Willen.

Lassen Sie mich hinzufügen, dass sich die Anstrengungen dennoch lohnen, insbesondere für einen relativ kleinen Staat wie Kroatien oder für die anderen Staaten des westlichen Balkans, denn hier gilt das Gleiche. Eine Mitgliedschaft in der EU - ich denke, das können wir als selbstverständlich erachten - bietet eine Reihe von Vorteilen in Bezug auf Politik, Wirtschaft, Kultur und Sicherheit.

Das größte Problem der Anpassung liegt allerdings woanders. Es ist eine Sache, die Regierungsstrukturen zu ändern, aber es ist eine ganz andere Sache, die Haltung der Gesellschaft radikal zu verändern und an die

Formen und die Inhalte anzugleichen, die in der Europäischen Union entwickelt wurden. Diese beiden Bereiche sind oft sehr weit voneinander entfernt und einige - relativ mächtige - Teile der Gesellschaft werden sicherlich nur ihre Nachteile in der neuen Situation sehen.

Wir sollten uns hier keine Illusionen machen. Die kroatischen Behörden müssen nicht nur ihre Verhandlungen mit der Europäischen Union abschließen, sondern zugleich auch alles in ihrer Macht Stehende tun, um die Haltung der Gesellschaft zu verändern. Das könnte sich als die schwierigere Aufgabe erweisen.

Maria Eleni Koppa (S&D). – (EL) Frau Präsidentin! Die drei Berichte, über die wir heute beraten, bringen den klaren Standpunkt des Europäischen Parlaments zu dem fortlaufenden Erweiterungsprozess zum Ausdruck. Allerdings bestehen bedeutende Unterschiede.

Ich möchte zu Beginn Hannes Swoboda zu seinem Bericht über Kroatien gratulieren. Wir freuen uns alle, dass dieses Land in Kürze der Europäischen Union beitreten wird.

Was die Türkei anbelangt, so bleibt die Botschaft des außergewöhnlich ausgewogenen Berichts von Frau Oomen-Ruijten dieselbe wie schon in den Jahren zuvor. Die Türkei muss all ihren vertraglichen Verpflichtungen nachkommen, wie dies auch alle früheren Beitrittsländer getan haben. Der Beitritt muss nach wie vor das endgültige Ziel sein. Allerdings können wir der Türkei keinen maßgeschneiderten *À-la-carte*-Beitritt bieten. Die Türkei ist ein großes Land und muss akzeptieren, dass kontinuierliche Reformen, die Wahrung der Menschenrechte, eine engagierte Mitwirkung an der Lösung der Zypernfrage, gutnachbarliche Beziehungen und die Beseitigung des *Casus belli* gegen einen Mitgliedstaat Schritte sind, die sie näher an die Union heranbringen.

Was die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien anbelangt, vermittelt der Bericht von Herrn Zoran Thaler eine positive Botschaft für das Land. Griechenland für seinen Teil ersucht die politische Führung der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedoniens, vertrauensvoll an den Verhandlungstisch zu kommen, sodass im Rahmen der Vereinten Nationen eine Lösung gefunden werden kann, die für beide Seiten akzeptabel ist. Die griechische Regierung weiß, dass der Prozess neuer Dynamik bedarf, und ist aufrichtig entschlossen, in dieser Angelegenheit eine Lösung zu finden. Wir erwarten eine ebenso redliche Haltung von der anderen Seite.

Andrey Kovatchev (PPE). – (BG) Frau Präsidentin, Herr Kommissar Füle! Willkommen im Europäischen Parlament. Ich wünsche Ihnen viel Erfolg bei Ihrer Arbeit. Ich möchte Herrn Swoboda, Herrn Thaler und Frau Oomen-Ruijten für ihre ausgewogenen und objektiven Berichte danken.

Das Europäische Parlament hat bei zahlreichen Gelegenheiten seinen politischen Wunsch zum Ausdruck gebracht, dass die Länder des westlichen Balkans der Europäischen Union beitreten, und hat seine Bereitschaft bekundet, die Staaten zu unterstützen, damit sie schnell die Beitrittskriterien erfüllen. Kroatien befindet sich bereits im Endspurt. Ich hoffe sehr, dass der Beitrittsvertrag mit diesem Land noch dieses Jahr unterzeichnet wird. Die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien hat Fortschritte bei der Erfüllung der Kriterien gemacht, die für den Beginn des Heranführungsprozesses notwendig sind. Es wird erwartet, dass der Europäische Rat die Entscheidung der Europäischen Kommission vom Ende des letzten Jahres noch einmal bestätigt und den Beitrittsprozess anstößt. Damit dies geschehen kann, muss die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien meiner Ansicht nach weitere Anstrengungen unternehmen, um die Probleme mit ihren Nachbarn in europäischem Geiste zu lösen. Wenn die Behörden in Skopje den politischen Willen aufbringen, nicht die Geschichte zu bemühen - weder die Antike noch die Neuzeit -, sondern über aktuelle politische oder nationale Anliegen zu verhandeln, dann kann ein Kompromiss erreicht werden. Die Geschichte muss uns vereinigen und nicht trennen. Die Historiker können ruhig ihre akademischen Schlüsse ziehen, aber sie dürfen nicht dem europäischen Schicksal eines Kandidatenlandes im Wege stehen. Sogenannte „Hassreden“ dürfen nicht toleriert werden. Ich möchte hier insbesondere auf Schulbücher eingehen, die Kinder in der Schule benutzen. Diese dürfen keine Darstellungen enthalten, die eine feindliche Haltung gegenüber anderen Mitgliedstaaten hervorrufen.

Eine Stärkung des Vertrauens in den Balkanländern ist nicht nur über die Visa-Liberalisierung möglich, die bereits läuft, worüber ich mich sehr freue, sondern meiner Ansicht nach auch über gemeinschaftliche Gedenkfeiern zu historischen Ereignissen und Helden, die einige Balkanländer gemeinsam haben. Ich hoffe, dass die Empfehlungen der Berichte von den zuständigen Institutionen in den Mitgliedstaaten berücksichtigt werden. Ich wünsche Kroatien, Mazedonien und der Türkei viel Erfolg auf ihrer Europareise.

Evgeni Kirilov (S&D). – Frau Präsidentin! Wir sollten die Perspektive für die Länder des westlichen Balkans auf eine EU-Mitgliedschaft weiterhin unterstützen. Der gesamte Prozess wirkt stabilisierend, deswegen dürfen wir hier nicht nachlassen.

Als Berichterstatter für Visaerleichterung in der Delegation im Gemischten Parlamentarischen Ausschuss EU-Ehemalige Jugoslawische Republik Mazedonien bin ich der Meinung, dass die Einführung der Visafreiheit eine sehr gute Motivation für die mazedonische Bevölkerung war. Der jüngste Bericht der Kommission weist darauf hin, dass die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien in vielen Bereichen Fortschritte gemacht hat, und das ist lobenswert.

Ich komme aus einem Nachbarland, Bulgarien, und wir als Nachbarländer finden gewisse Entwicklungen bedenklich. Meiner Meinung nach sollte der Konflikt um die Namensgebung nicht an erster Stelle stehen. Die Entstehung der mazedonischen Nation begann nach dem Zweiten Weltkrieg und ein Großteil der Bevölkerung bezeichnet sich mittlerweile als Mazedonier. Allerdings müssen wir an unseren Werten festhalten: Wir können nicht hinnehmen, dass der Aufbau einer Nation mit nationalistischer Rhetorik verwechselt wird oder mit grober Manipulation der Geschichte, die bis ins Altertum zurückreicht. Zweitens sollte das Bekenntnis zu nationaler Identität nicht zu ausländerfeindlichen Gefühlen gegenüber Bürgern führen, die erklären, dass sie bulgarischer Abstammung sind. Diese Menschen sind verbaler und physischer Gewalt ausgesetzt und werden sogar aus fingierten Gründen strafrechtlich verfolgt.

Marietta Giannakou (PPE). – (EL) Frau Präsidentin! Ich möchte dem Herrn Kommissar gratulieren und ihm für seine Arbeit in dem von ihm übernommenen Bereich, der sehr wichtig ist, alles Gute wünschen.

Tatsache ist, dass Europa weitere Erweiterungen vornehmen kann und auch das Recht dazu hat. Insbesondere auf dem westlichen Balkan hat die Bevölkerung ein Recht auf ein besseres Schicksal und auf Teilhabe am wahren europäischen Wertesystem.

Allerdings sollte festgehalten werden, dass es - insbesondere für die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien - besser wäre, wenn ein Land nicht aus der Geschichte eine bunte Mischung machen und diese instrumentalisieren würde, um der Europäischen Union beizutreten; es muss sich daran gewöhnen, an den Verfahren der Vereinten Nationen mitzuwirken und seine Probleme mit Diplomatie zu lösen anstatt mit Propaganda. Deshalb muss die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien dazu aufgerufen werden, zu handeln, wenn sie schon bald eine europäische Zukunft haben will.

Ich möchte Frau Oomen-Ruijten zu ihrem hervorragenden Bericht über die Türkei beglückwünschen und auch Herrn Swoboda und natürlich Herrn Thaler gratulieren, obwohl ich mit einigen Aspekten seines Ansatzes und seines Berichts nicht übereinstimme.

Wir müssen unbedingt begreifen, dass bei Kompromissen, die nicht der Wahrheit und der Realität entsprechen, die Probleme in Zukunft wieder auftauchen werden. Andererseits, was die Türkei anbelangt, möchte ich feststellen, dass zwar Anstrengungen, aber keine wichtigen Schritte unternommen wurden, die es uns erlauben würden, anzunehmen, dass die Türkei ihre Probleme diplomatisch löst, mit anderen Worten, indem sie ihre Truppen aus einem europäischen Land, nämlich Zypern, abzieht oder mit dem Abzug beginnt.

Wolfgang Kreissl-Dörfler (S&D). – Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Auch ich möchte Ihnen, Herr Kommissar Füle, zu Ihrer Ernennung gratulieren und eine glückliche Hand wünschen bei dieser doch so wichtigen Aufgabe.

Sie haben ja bereits vor dem Ausschuss deutlich gemacht, dass es bei den Verhandlungen mit der Türkei um einen Beitritt geht und nicht um diese verschrobene Idee einer privilegierten Partnerschaft, die übrigens von deren Protagonisten nie hinreichend propagiert worden ist. Sie haben aber zusätzlich deutlich gemacht – das haben wir ausdrücklich begrüßt –, dass beide Seiten ihre Verpflichtungen und Zusagen einhalten müssen – die Türkei wie die Europäische Union. Da heißt es, Herr Posselt, *pacta sunt servanda*. Den Satz müssten Sie eigentlich von Ihrem früheren großen Vorsitzenden kennen.

Ein weiterer Punkt ist mir auch sehr wichtig: Die Türkei hat natürlich noch vieles zu erledigen, aber auch die Europäische Union – sei es in der Zypernfrage oder bei der Umsetzung der Minderheitenrechte in der Türkei oder hinsichtlich der politischen und militärischen Aspekte. Aber eines ist auch klar: Ein Prozess verläuft nie linear. Das wissen wir selbst aus der Geschichte unserer Europäischen Union. Man braucht sich nur die Prozesse und die Vorgänge um den Vertrag von Lissabon anzusehen. Es wird in diesem Prozess in der Türkei immer Fortschritte und Rückschläge geben.

Eines ist auch klar: Wenn die Türkei eines Tages alle Voraussetzungen erfüllt haben wird, wenn sie den *aquis communautaire* übernehmen kann, dann wird die Türkei ein anderes Land sein. Aber auch die Europäische Union wird sich auch durch den Vertrag von Lissabon nachhaltig verändert und bewegt haben. Das sollten wir im Auge behalten. Und wie gesagt: Beide Seiten müssen ihre Zusagen erfüllen.

Alojz Peterle (PPE). – (SL) Wenn die Europäische Union wirklich eine einflussreichere Rolle auf dem internationalen Parkett spielen will, muss sie auch innerhalb Europas ihre Rolle stärken. Das heißt, das Projekt eines vereinten Europas im Südosten muss zum Abschluss gebracht werden. Wir brauchen nicht nur eine europäische Perspektive, sondern auch Dynamik und Anreize.

Ich freue mich, dass wir bei allen drei hier diskutierten Ländern Fortschritte begrüßen können und ich gratuliere den Berichterstattern Ria Oomen-Ruijten, Zoran Thaler und Hannes Swoboda zu ihrer guten Arbeit. Besonders freue ich mich, dass alle drei Länder speziell darauf geachtet haben, Beziehungen zu ihren Nachbarn zu entwickeln.

Es wurde auch die Schiedsvereinbarung zwischen Slowenien und Kroatien erwähnt. Tatsache ist, dass die kroatische und die slowenische Regierung die Kernfrage dieser Vereinbarung jeweils in einem ganz unterschiedlichen Licht sehen, wodurch nicht wirklich gegenseitiges Vertrauen entsteht. Ich rufe beide Regierungen dazu auf, bilaterale Chancen zu nutzen, um sich auf eine einheitliche Interpretation der Vereinbarung zu einigen und eine Atmosphäre gutnachbarlicher Beziehungen zu fördern sowie eine Atmosphäre, die den Beitrittsprozess zu einem erfolgreichen Abschluss bringen könnte.

Ich gratuliere Herrn Kommissar Füle aufrichtig zu der Übernahme dieses verantwortungsvollen Amtes und wünsche ihm alles Gute beim Erreichen der ehrgeizigen Ziele. Gleichwohl wünsche ich der spanischen Ratspräsidentschaft viel Glück und Weisheit.

Emine Bozkurt (S&D). – (NL) Nachbarn achten aufeinander und unterstützen einander. Wenn die Dinge in der Nachbarschaft zum Besten stehen, dann tun sie das auch für die Menschen, die dort leben. Die Türkei und Zypern sind Nachbarn. Wenn sie über den Zaun des jeweils anderen schauen, dann sehen sie nicht einander, sondern die türkischen Zyprioten, die zwischen zwei Stühlen sitzen.

Um zu gewährleisten, dass alle Einwohner Zyperns wirklich wieder zusammenleben können, wird eine Lösung benötigt, zu der alle Nachbarstaaten ihren Teil beitragen. Der UN-Generalsekretär Ban Ki Moon hat letzte Woche seinen Glauben daran signalisiert, dass in der Zypernfrage eine Lösung in Reichweite ist. Dieses Parlament hat die bedeutende Aufgabe, einen positiven Beitrag zu der Lage in Zypern zu leisten, indem es konstruktiv nach Lösungen sucht und Hindernisse aus dem Weg räumt, anstatt neue zu schaffen. Ja, die Türkei muss dazu gebracht werden, sich um eine solche Lösung zu bemühen. Das fordern wir in dem Bericht, über den wir in Kürze abstimmen werden. Allerdings muss nicht nur die Türkei Anstrengungen unternehmen. Alle beteiligten Parteien müssen ihren Teil zur Schaffung einer positiven Atmosphäre beitragen, in der eine zuverlässige Lösung gefunden werden kann. Schließlich ist es das, was wir alle wollen: eine Lösung.

Wir müssen auch für das Kandidatenland Mazedonien eine Stütze sein, wenn es um seinen Namen geht., damit Verhandlungen aufgenommen werden können. Als Mitgliedstaaten müssen wir darauf achten, dass wir nicht Teil des Problems sind, sondern dass wir stattdessen zu einer Lösung beitragen.

Die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien hat viele Fortschritte gemacht; sie kann den anderen Ländern des Balkans als Beispiel dienen und gleichzeitig eine Chance zur Stabilisierung der Region bieten. Wir müssen uns in dieser Angelegenheit bemühen, damit die wichtigsten Exportgüter der EU Erfolg haben: Demokratie, Menschenrechte, Frieden und Sicherheit.

Miroslav Mikolášik (PPE). – (SK) Kroatien beweist seine Entschlossenheit, der EU beizutreten, indem es klare Schritte unternimmt, um die Kriterien zu erfüllen. Der politische Wille spiegelt sich in Reformen der öffentlichen Verwaltung und der Justiz sowie im Kampf gegen Korruption und organisiertes Verbrechen wider. In der Justiz gibt es inzwischen eine größere Transparenz und die Anzahl der anhängigen Gerichtsverfahren sowie der übermäßig langen Verfahren wurde reduziert. Ein wesentlicher Faktor ist auch die anhaltende Aufdeckung von Kriegsverbrechen, bei der Kroatien uneingeschränkt mit dem Internationalen Strafgerichtshof kooperiert. Kroatien hat seine Rechtsvorschriften bereits gut an den *gemeinschaftlichen Besitzstand* angeglichen. Es nimmt wesentliche rechtliche und institutionelle Veränderungen vor, um gegen das organisierte Verbrechen und die Mafia anzukämpfen sowie die grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit Strafverfolgungsbehörden in den Nachbarländern zu verstärken.

Der Bankensektor Kroatiens ist solide, Investoren haben Vertrauen in die Wirtschaftslage und die makroökonomische Stabilität wurde aufrechterhalten. Das Programm kleinerer Privatisierungen muss noch abgeschlossen und das staatliche Eingreifen in die Wirtschaft reduziert werden. Meines Erachtens gebührt der Aussöhnung zwischen ethnischen Kroaten und ethnischen Serben, dem verbesserten Schutz der Minderheitenrechte und der Integration der Flüchtlinge, einschließlich des Wiederaufbaus von Häusern, besonderes Lob. Deshalb fordere ich Kroatien dringend dazu auf, die Entwicklung einer Kultur politischer Verantwortung weiter voranzutreiben und eine öffentliche Debatte über eine Mitgliedschaft und die Konsequenzen eines Beitritts anzustoßen, da momentan nur ein Drittel der Bevölkerung in einem Beitritt zur EU einen Vorteil sieht. Des Weiteren möchte ich dem neuen Kommissar, Herrn Füle, gratulieren und ihn in seinem neuen Amt begrüßen.

Justas Vincas Paleckis (S&D). – Frau Präsidentin! Ich begrüße Herrn Kommissar Füle und möchte den Autoren zu ihren drei sehr ausgewogenen Berichten gratulieren. Ohne Zweifel war die Aussicht auf eine EU-Mitgliedschaft für die Türkei ein Ansporn, sich positiv zu verändern. Schließlich ist dieses muslimische Land das einzige, das vor fast 100 Jahren die ersten Schritte unternommen hat, um europäische Werte zu übernehmen, und trotz vieler widriger Umstände in seiner Geschichte hat es sich nicht von seinem Weg abbringen lassen. Die Türkei ist das westlichste Land der östlichen Länder und das östlichste der westlichen Länder, deshalb spielt es nicht nur auf europäischer Ebene sondern auch weltweit eine einzigartige Rolle.

Ankara muss die Reformen beschleunigen, entschlossener nach Kompromissen in der Zypernfrage suchen und weitere Schritte zur Aussöhnung mit Armenien unternehmen. Allerdings unterstütze ich uneingeschränkt die Position der Fraktion der Sozialisten und Demokraten, dass die Aussicht auf eine Mitgliedschaft der Türkei in der EU nicht durch irgendeine *Ersatzlösung* oder andere Ersatzvarianten geändert werden sollte.

Francisco José Millán Mon (PPE). – (ES) Frau Präsidentin! Gestatten Sie mir, den Herrn Kommissar zu begrüßen. In diesem Jahrzehnt war die Erweiterungspolitik der größte Erfolg der Europäischen Union neben dem Euro. Diese Politik sollte nicht ausgebremst werden. Des Weiteren können wir uns nicht über die Verpflichtungen hinwegsetzen, die wir mit Kandidatenländern eingegangen sind, obgleich wir auch die wohlbekannten Grundsätze der Konsolidierung und Konditionalität wahren sollten.

Wir dürfen auch nicht die Integrationsfähigkeit der Europäischen Union vergessen oder die Notwendigkeit, mit den Bürgern über das Thema der Erweiterung sowie deren Vorzüge und Auswirkungen zu kommunizieren.

Aus Zeitgründen werde ich nur einige kurze Anmerkungen machen. Im Prinzip sollten Kandidatenländer im Voraus alle Territorialstreitigkeiten und ähnliche Fragen klären, die zwischen ihnen oder gegenüber Mitgliedstaaten bestehen, um später nicht die Arbeit der Union zu behindern.

Im Fall der Türkei möchte ich besonders darauf hinweisen, wie wichtig dies ist, damit die Quote der Reformen - die auch für die Türkei selbst notwendig sind - aufrechterhalten oder sogar noch angehoben werden kann.

Ich begrüße auch das jüngste Engagement, das die Türkei in Bezug auf das Nabucco-Projekt gezeigt hat, das für die Diversifizierung der Energieversorgung in Europa sehr wichtig ist. Allerdings muss ich zugeben, dass mich die Geste der türkischen Regierung zugunsten der iranischen Behörden im letzten Herbst etwas überrascht hat. Ich bin nämlich der Auffassung, dass die Außenpolitik eines Kandidatenlandes mit der der Union im Einklang stehen sollte.

Zuletzt noch Folgendes: Letzte Woche habe ich ein Interview mit dem türkischen Minister für europäische Angelegenheiten gelesen, in dem behauptet wurde, die Türkei hätte die Visapflicht für Länder wie Syrien, den Libanon und Libyen abgeschafft. Das hat mich etwas gewundert, denn ein Kandidatenland sollte auch seine Visapolitik an die der Europäischen Union annähern und sie nicht davon entfernen.

Ich hätte gerne eine Bestätigung dieser Information.

Antigoni Papadopoulou (S&D). – (EL) Frau Präsidentin! Frau Oomen-Ruijten hat eine große Leistung vollbracht, um einen ausgewogenen Bericht vorzulegen, und dafür danken wir ihr. Die Änderungsanträge 13 und 14 von der Fraktion der Grünen/Freie Europäische Allianz stören dieses Gleichgewicht und deshalb rufe ich Sie auf, gegen diese Anträge zu stimmen.

In den Gesprächen, die in der Zypernfrage geführt werden, hat die Türkei durch Herrn Talat inakzeptable Vorschläge vorgelegt und ist nach wie vor kompromisslos und maximalistisch. Aus diesem Grund ist es falsch, alle Parteien zu ersuchen, die laufenden Verhandlungen zu unterstützen. Die Partei, auf die Druck ausgeübt werden muss, ist die Türkei als Besatzungsmacht. Die Türkei muss sofort alle türkischen Truppen abziehen, die Besetzung beenden und aufhören, die türkisch-zyprische Gemeinschaft in Geiselschaft zu halten,

denn sie selbst - und nicht die griechischen Zypriern - ist verantwortlich für die sogenannte Isolierung der türkischen Zypriern. Die Türkei muss die Belagerung der Stadt Varosia beenden sowie den Bau illegaler Siedlungen und das Vordringen auf griechisch-zypriertes Gebiet stoppen.

Die Türkei hat die Lösung der Zypernfrage und den Fortschritt auf dem Weg zu ihrem Beitritt selbst in der Hand. Das kleine Land Zypern fordert nicht mehr und nicht weniger als eine Lösung unter Einhaltung des europäischen *Besitzstands* - ohne Beeinträchtigungen - und der UN-Resolutionen. Zypriern sind keine Bürger zweiter Klasse in einer Art von osmanischer oder sonstiger Kolonie. Wir sind europäische Bürger mit europäischen Rechten.

Doris Pack (PPE). - Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist hohe Zeit, dass die Verhandlungen zwischen der EU und Mazedonien endlich begonnen werden. Mazedonien hat die Bedingungen erfüllt und wartet nun seit 2005 darauf. Griechenland erhält so viel Solidarität von 26 anderen Mitgliedstaaten, dass es jetzt nicht sein Veto gegen die Aufnahme der Verhandlungen mit dem Nachbarland Mazedonien einlegen sollte. Die Namensfrage ist eine rein bilaterale Frage, auch wenn die UNO dabei hilfreich ist.

Zu Kroatien möchte ich sagen, dass das Land die Korruption in einem Ausmaß bekämpft, dass sich andere – auch EU-Länder – daran ein Beispiel nehmen könnten. Zweitens: Die Flüchtlingsrückkehr, die gerade auch von Herrn Boštinaru angesprochen wurde, ist meines Erachtens vorbildlich angegangen worden. Manche Dinge sind, wie Herr Kollege Swoboda sagte, nicht so zu lösen, wie wir uns das vorstellen.

Drittens die Frage der Zusammenarbeit mit dem Haager Kriegsverbrechertribunal: Kroatien hat alle gesuchten Kriegsverbrecher schon vor Jahren ausgeliefert. Die noch geforderten Dokumente aus dem *Homeland War* sind entweder nicht mehr da oder es hat sie nie gegeben. Deswegen sollte man mit einem gesunden Menschenverstand an diese Fragen herangehen. Die Regierung sucht sie ja, hat eine Task Force eingesetzt, aber mehr als suchen kann man nicht. Wenn man dann nichts findet, sollte man angesichts der Tatsache, dass Kroatien seit Jahren gut mitarbeitet, wirklich einen Schritt nach vorne gehen. Kroatien hat also die Bedingungen größtenteils erfüllt. Ich hoffe sehr, dass die Kapitel bald eröffnet werden, so dass die Verhandlungen mit Kroatien bis Ende dieses Jahres abgeschlossen werden können.

Ismail Ertug (S&D). - Frau Präsidentin, sehr geehrter Herr Ratsvorsitzender, verehrter Herr Füle! Ich wünsche Ihnen viel Erfolg bei Ihrer Arbeit in der zukünftigen Zeit. In der Zypernfrage ist eine Ambivalenz nicht von der Hand zu weisen. Wir dürfen als Europäische Union das vermeintlich Unangenehme nicht von der Hand weisen und auch nicht ausblenden. Wir haben das, was wir versprochen haben, nicht gehalten. Das ist Fakt, und diese Doppelmoral muss man auch ansprechen.

Wir wissen, dass das Ankara-Protokoll in Bezug auf die Zypernfrage definitiv umgesetzt werden muss. Aber eines ist natürlich auch klar – das wurde vom Rat im Jahr 2004 festgehalten –, nämlich dass die Isolation des Nordteils aufgehoben wird. Ich freue mich darüber, dass der Südtteil dem Nordteil auch die notwendige Unterstützung zukommen lässt. Aber das war nicht die Absicht der Europäischen Union. Die Absicht war, dass alle die Isolation aufheben, die gesamte EU. Um die letzte Hürde in diesem Punkt zu überwinden, müssen wir voranschreiten und die Isolation aufheben.

Tunne Kelam (PPE). – Frau Präsidentin! Für die neue Kommission - und ich begrüße Herrn Kommissar Füle recht herzlich - ist es nun an der Zeit, das Engagement der EU für die Erweiterung zu erneuern, indem die Beitrittsverhandlungen mit Kroatien bis Ende dieses Jahres abgeschlossen und die Verhandlungen mit Mazedonien aufgenommen werden.

Mazedonien hat trotz verschiedener Schwierigkeiten eindrucksvolle Fortschritte gemacht und sollte ermutigt werden, diesen Weg weiter zu beschreiten. Ich möchte beide Parteien bitten, den Streit um die Namensgebung auf offene und großzügige europäische Weise zu lösen, wofür gestern ja auch Präsident Barroso plädiert hat.

Auch die Türkei hat erhebliche Fortschritte gemacht. Am Beispiel der Ukraine kann man erkennen, was allein die Aussicht auf einen Beitritt bewirken kann. Die Türkei kann der EU beitreten, wenn sie die Kopenhagener Kriterien erfüllt. Jetzt, wo wir einen neuen Kommissar haben, muss die Türkei so schnell wie möglich veranlasst werden, ihre Truppen aus Zypern abzuziehen und das Ankara-Protokoll umzusetzen. Ich denke, das könnte eine Bedingung sein, um mit den Verhandlungen fortzufahren. Ich persönlich könnte mir einen Beitritt der Türkei vorstellen, wenn es genauso einfach ist, eine christliche Kirche in Ankara zu bauen wie eine Moschee in Brüssel.

Jürgen Klute (GUE/NGL). - Frau Präsidentin! Ich möchte zwei Aspekte zum Thema Türkei anmerken. In der Regel wird über die ethnischen Konflikte gesprochen – völlig zu Recht. Da gibt es einiges aufzuarbeiten

und einiges zu beklagen. Was aber in der Regel übersehen wird, ist, dass es in der Türkei immer noch erhebliche Probleme mit Gewerkschaftsrechten und Arbeitnehmerrechten gibt. Die türkische Regierung geht nach wie vor – unter Umständen sogar mit Polizeigewalt – gegen Gewerkschaften vor, die sich für ihre Mitglieder, für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer einsetzen. Das ist kürzlich wieder in dem Arbeitskampf der Tekel-Arbeiter geschehen. Das ist die eine Anmerkung, die ich zu machen habe. Zu einer demokratischen Gesellschaft gehören also auch Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsrechte, für die es auch zu streiten. Auch dafür steht die EU im Wort, vor allem wenn sie sich als soziale EU versteht.

Der zweite Aspekt ist die Privatisierung. Die Türkei passt sich an die EU an, auch bei den Privatisierungen. Den Tekel-Arbeitern – im Augenblick sind es 12 000, die im Ausstand sind – droht der Verlust ihrer Arbeitsplätze, oder sie haben sie infolge von Privatisierungen mittlerweile verloren. Es sind aber nicht nur die Tekel-Arbeiter in der Tabakindustrie, es sind auch rund 500 000 Menschen im Tabakanbau in der Südosttürkei, die in den letzten Jahren ihre Arbeitsplätze verloren haben, mit dem Ergebnis, dass die Türkei von einem der bedeutendsten Produzenten und Exporteuren von Tabak mittlerweile zu einem Importeur von Tabak geworden ist. Vor einer Woche hatte ich die Möglichkeit, in Ankara zu sein und mit den Tekel-Arbeitern zu reden. Wenn es so weitergeht, dass infolge von Privatisierungen in dem Maße Arbeitsplätze abgebaut und Industriezweige zerstört werden, sinkt einfach die Zustimmung der Menschen in der Türkei zu einem EU-Beitritt. Da stehen wir in der Pflicht, auch die soziale Dimension der EU nach vorne zu tragen. Das möchte ich hier nochmals anmerken.

Krzysztof Lisek (PPE). – (PL) Frau Präsidentin, Herr Kommissar! Ich heiße Sie, Herr Füle, wie wir alle, herzlich willkommen und wünsche Ihnen viel Ausdauer für Ihre Arbeit in den nächsten Jahren. Ich weiß, dass wir nicht gleich am ersten Tag über das Ende der neuen Wahlperiode sprechen sollten. Ich wünsche Ihnen natürlich viele weitere Mandate, Herr Füle, aber ich wünsche mir für Sie, dass die Union bereits erweitert wurde und vielleicht sogar 30 Mitgliedstaaten hat, wenn Sie hier am Ende dieser Wahlperiode zu uns sprechen.

Herr Füle, neben Ihrer Arbeit bezüglich der wichtigen Ländern, über die wir hier heute sprechen, möchte ich Sie bitten, auch den anderen Ländern, die von einer Mitgliedschaft in der Europäischen Union träumen, Ihre Aufmerksamkeit zu schenken. Wie ich selbst kommen Sie aus einem Land, das der Europäischen Union erst vor Kurzem beigetreten ist, und ich denke, dass Sie und ich und alle Kollegen aus allen neuen Mitgliedstaaten wissen, wie wichtig es für unsere Gesellschaften war, der Europäischen Union beizutreten. Das wünschen wir auch den Ländern, über die wir heute sprechen.

Als Pole habe ich einen kleinen Traum und mit ihm möchte ich meinen Beitrag beenden. Mein Traum besteht darin, dass Kroatien, das Land, das bisher bei den Verhandlungen am meisten Fortschritte gemacht hat, es schaffen könnte, der Europäischen Union im Laufe der nicht allzu fernen polnischen Präsidentschaft beizutreten.

Andreas Mölzer (NI). - Frau Präsidentin! Nach wie vor ist der Bericht über die Türkei kein Fortschrittsbericht, sondern ein Mängelbericht. Da verlangt die EU, dass die Türkei mehr für die Rechte der Minderheiten unternimmt, aber statt die Kurdenfrage wie angekündigt zu lösen, wird man die Kurdenpartei DTP verbieten. Das vierte Jahr in Folge hat Ankara das Zusatzprotokoll zum Assoziierungsabkommen nicht umgesetzt, fordert aber über seine Botschafter die großen EU-Mitgliedstaaten auf, das Zypernproblem zu lösen. Die heißersehnten Verhandlungen auf der Mittelmeerinsel sind meines Erachtens schon gar kein Grund zum Jubeln, denn der jüngste türkisch-zypriotische Vorschlag widerspricht in einigen Punkten dem bisherigen Konsens, so dass es sich eher um einen Rückschritt handelt.

Soviel zu den von der spanischen Ratspräsidentschaft angekündigten zu erwartenden positiven Ergebnissen. Die Türkei ist nun einmal weder geopolitisch noch geistig-kulturell ein Teil Europas. Menschenrechte, Minderheitenrechte und Völkerrecht sind nach wie vor Fremdworte. Die einzige ehrliche Antwort, die dem Willen der EU-Bürger entsprechen würde, wäre meines Erachtens ein endgültiger Stopp der Beitrittsverhandlungen und das Anstreben einer privilegierten Partnerschaft.

Georgios Koumoutsakos (PPE). – (EL) Herr Kommissar! Wir begrüßen Sie und wünschen Ihnen viel Erfolg bei Ihrer Arbeit. Heute beraten wir unter anderem über die Fortschritte der Türkei hinsichtlich eines EU-Beitritts. Gestern haben wir über die schwierige Wirtschaftslage gesprochen, in der sich einige Länder der Eurozone befinden, besonders über die kritische Situation Griechenlands.

Diese beiden Debatten überschneiden sich in einem Punkt, sie haben eine Gemeinsamkeit. Die Gemeinsamkeit liegt in den enormen, unflexiblen Verteidigungsausgaben Griechenlands, wobei rund 5 % des Bruttoinlandsprodukts in Militärausgaben fließen - und nicht etwa, weil das Land dies unbedingt will. Natürlich wird ein Teil dafür aufgewendet, Griechenlands Verpflichtungen als Mitglied der NATO nachzukommen.

Aber ein Großteil davon wird ausgegeben, weil wir uns mit einer bestimmten Politik eines Nachbarlands und Kandidatenlands auseinandersetzen müssen, nämlich der Türkei.

Die Türkei verfolgt eine offizielle Politik, Griechenland mit Krieg zu drohen, bekannt als *Casus belli*, und es handelt sich dabei nicht nur um leere Drohungen; Die Türkei hat die Gewohnheit, den griechischen Luftraum zu verletzen, und überfliegt sogar bewohnte griechische Inseln in der östlichen Ägäis.

Das muss aufhören und das muss Ankara in einer eindeutigen Botschaft vom Europäischen Parlament mitgeteilt werden. Wenn es hier Verbesserungen gibt, werden die Fortschritte der Türkei in Richtung Europa wieder an Dynamik gewinnen; natürlich muss die Türkei dazu auch allen anderen Verpflichtungen nachkommen.

Monica Luisa Macovei (PPE). – Frau Präsidentin! Das Ziel der Union in ihrer Nachbarschaftspolitik war immer, Stabilität zu exportieren, und nicht, Instabilität zu importieren.

Deshalb appelliere ich an die Mitgliedstaaten und Kandidatenländer, keine bilateralen Konflikte auf Unionsebene zu heben. Als Anwältin möchte ich daran erinnern, dass durch die Interimsvereinbarung zwischen Griechenland und der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien (FYROM), die im 1995 unterzeichnet wurde, Griechenland zugestimmt hat, keine Einwände gegen Anträge der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien auf den Beitritt zu internationalen oder regionalen Organisationen zu erheben, solange dies unter dem Namen geschieht, der ihr von den Vereinten Nationen zugewiesen wurde, nämlich „Ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien“. Auch die Organe der Europäischen Union bezeichnen dieses Land als „Ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien“. Diese Vorschriften sind nach internationalem Recht bindend. Deshalb besteht keine Rechtsgrundlage dafür, dass Griechenland den Beitrittsprozess dieses Landes behindert. Entscheidungen müssen den Leistungen des Bewerberlandes entsprechend getroffen werden.

In diesem Sinne unterstütze ich die Diskussionen über die verzeichneten Fortschritte und die Bereiche, in denen noch Verbesserungen notwendig sind. Wir müssen über die Verdienste sprechen und die Umsetzung der Reformen genau überwachen. Aufgrund der erzielten Fortschritte hat die Kommission vorgeschlagen, dem Land einen Termin für die Aufnahme von Verhandlungen zu nennen. Ich schließe mich der Kommission an und ersuche den Rat, auf seiner Tagung im März 2010 einen Termin für den Beginn der Beitrittsverhandlungen zu bestimmen.

Eleni Theoharous (PPE). – (EL) Frau Präsidentin, Herr Kommissar! Auch, wenn heute die sehr resolute Entschließung zugunsten der Türkei verabschiedet wird, wird dieses Land weiterhin sein gewaltiges Demokratiedefizit demonstrieren, indem es die Menschenrechte von Millionen von Bürgern unverhohlen verletzt und die Republik Zypern, einen Mitgliedstaat der Europäischen Union, besetzt hält.

Was Zypern anbelangt, gibt es allerdings viele, die verlangen, dass Opfer und Täter gleichermaßen zur Verantwortung gezogen werden. Wir können Verbrechen und bewaffnete Gewalt nicht hinnehmen und richten unseren Appell an alle beteiligten Parteien - aber was für einen Appell? Wir können uns hier im Europäischen Parlament, im Heiligtum der Demokratie, keine so ungebührlichen Ausdrücke anhören wie Nordzypern und Südzypern und uns über die Wahlen in Nordzypern unterhalten, wo 70 % des sogenannten Wahlgremiums illegale Kolonisten sind.

Wenn die Lösung die Menschenrechte der zyprischen Bürger nicht respektiert, dann dürfte klar sein, dass das gesamte Wertesystem der Europäischen Union auf dem Spiel steht. Natürlich werden die Gespräche fortgesetzt, aber sie sind aufgrund der maximalistischen Forderungen der Türkei festgefahren. Da die Türkei mehr als jedes andere Land auf dem Prüfstand steht, appellieren wir an die Türkei, die Gespräche zu vereinfachen, indem sie zwei selbstverständliche Schritte unternimmt: erstens sofort mit dem Abzug der Besatzungsarmee zu beginnen und zweitens die besetzte Stadt Famagusta wieder ihren rechtmäßigen Einwohnern zu übergeben.

Giovanni Collino (PPE). – (IT) Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wir erkennen die Anstrengungen an, die Kroatien in den letzten Jahren unternommen hat, um die Kriterien für einen Beitritt zur EU zu erfüllen. Wir unterstützen die Stellungnahme, die Herr López Garrido heute Morgen hier abgegeben hat.

Dennoch bleibt eine Angelegenheit ungelöst, mit der man sich während der Verhandlungen über bilaterale Fragen zwischen Kroatien und Italien auseinandersetzen muss, und die einen Schatten auf den Beitrittsprozess werfen könnte. Ich beziehe mich auf das Versäumnis, für entstandene Schäden finanzielle und moralische

Entschädigungen zu leisten, und das Versäumnis, die beschlagnahmten Güter an die Italiener zurückzugeben, die gezwungen wurden, diese Gebiete nach dem Zweiten Weltkrieg als Vertriebene zu verlassen.

Nun, da das Land der Europäischen Union beitreten möchte, rufe ich Kroatien dazu auf, die Dinge zu beschleunigen, um in dieser traurigen und immer noch ungelösten Angelegenheit einen versöhnlichen, konstruktiven und glücklichen Abschluss zu finden.

Wir appellieren an Kroatien, diesen Menschen zu ihrem lang ersehnten Recht zu verhelfen, was im Übrigen dem europäischen Recht entspräche.

Laima Liucija Andrikiienė (PPE). – Frau Präsidentin! Ich möchte eine kurze Anmerkung zu der Türkei machen.

In der Türkei bestehen immer noch einige sehr ernsthafte Probleme im Bereich der Menschenrechte. Unter anderem steht noch aus, dass die Rechte ethnischer und religiöser Minderheiten - Kurden, Christen, Aleviten und anderer - festgelegt werden. Diese Minderheiten leiden unter der ständigen Verletzung ihrer Rechte. Zypern und Griechenland sind von äußerster Wichtigkeit für die Europäische Union und werden es auch bleiben.

Deshalb, Herr Kommissar, müssen wir unseren türkischen Partnern deutlich zu verstehen geben, dass es sehr schwierig ist, über eine Integration der Türkei in Europa zu sprechen, bevor nicht die Probleme hinsichtlich der religiösen und ethnischen Minderheiten in der Türkei gelöst sind.

Kyriakos Mavronikolas (S&D). – (EL) Frau Präsidentin! In der heutigen Debatte müssen wir klare Botschaften für die Türkei finden und dürfen dabei nicht vergessen, dass sie keine besonderen Maßnahmen unternommen hat, um verschiedene Probleme mit benachbarten Ländern zu lösen.

Insbesondere im Hinblick auf die Zypernfrage und angesichts der Tatsache, dass es Vorschläge gab, in dem Bericht auf das Problem der Isolierung der türkischen Zypriern einzugehen, bin ich der Ansicht, dass die Europäische Union im Rahmen der UN-Resolutionen handeln sollte und muss. Das bedeutet, dass die illegal besetzten Gebiete nicht anerkannt werden können; im Gegenteil sollte jegliche Hilfe über den rechtmäßigen Staat gewährt werden, wie es momentan der Fall ist.

Darüber hinaus sollte die Türkei ihre Truppen abziehen, um dieses größte Hindernis bei der Überwindung der schwierigen Kontaktaufnahme mit den türkischen Zypriern zu beseitigen.

Jelko Kacin (ALDE). – (SL) Ich gratuliere allen Berichterstatlern zu ihren ausgewogenen Berichten und Ihnen, Herr Kommissar, wünsche ich allen erdenklichen Erfolg in Ihrem Amt.

Ich möchte darauf hinweisen, dass die Mitgliedstaaten der Europäischen Union nicht auf dem bestmöglichen Weg mit den Ländern des westlichen Balkans kommunizieren. Einige von ihnen werfen mit unrealistischen Daten um sich. 2014, ein Datum das heute von einigen hier genannt wurde, weckt falsche Hoffnungen, unrealistische Erwartungen und führt die Politiker und die Öffentlichkeit dieser Länder in die Irre. Wir werden die proeuropäischen Kräfte nur dann stärken, wenn wir ein realistisches Konzept haben und dementsprechend handeln. Leere Versprechungen schaden ihnen und auch uns selbst. Lassen Sie uns fair sein, lassen Sie uns korrekt handeln und lassen Sie uns glaubwürdig sein.

Konrad Szymański (ECR). – (PL) Frau Präsidentin! Ich erkenne, dass es für die Regierung in Ankara extrem schwierig ist, unter den sozialen Bedingungen in der Türkei etwas zur Verbesserung der Demokratie und der Menschenrechte zu tun. Ich weiß die Fortschritte deshalb sehr zu schätzen, aber ich möchte auf ein Problem aufmerksam machen, das in dieser Debatte zu wenig gewichtet wurde. Ich denke an das Problem der Religionsfreiheit, die in der Türkei immer noch beschränkt ist, besonders in Bezug auf Christen. In der Türkei besteht immer noch ein Problem aufgrund der Hindernisse, mit denen religiöse Gemeinschaften in Bezug auf ihre Rechtsstellung konfrontiert sind. Christliche Gemeinden haben trotz der Einführung des Stiftungsgesetzes erhebliche Probleme, enteignete Besitztümer zurückzuerlangen. Das Ökumenische Patriarchat hat nur beschränkte Rechte zur Ausbildung seiner Geistlichen und zur freien Wahl des Ökumenischen Patriarchen. Ich bin dem Berichterstatler sehr dankbar, dass er all diese Aspekte in seinem Bericht hervorgehoben hat. Zugleich bedaure ich, dass diese Angelegenheit in der Rede von Herrn López Garrido nicht mit einem Wort erwähnt wurde. Herr López Garrido, ich möchte eine persönliche Bemerkung machen: Ideologie und Menschenrechte kann man nicht vermischen.

John Bufton (EFD). – Frau Präsidentin! Ich möchte über das Thema Türkei sprechen.

Meine Bedenken beziehen sich auf Folgendes: 2003 hat die britische Unabhängigkeitspartei, der ich angehöre, in diesem Parlament erklärt, dass es schlimme Auswirkungen haben würde, wenn Einwanderer aus neuen Mitgliedstaaten zu uns nach Großbritannien kämen. Meine Befürchtung besteht darin, dass durch einen EU-Beitritt der Türkei 70 Millionen Menschen die Erlaubnis erhalten würden, nach Großbritannien zu kommen. Großbritannien ist voll. Bei uns leben Millionen von Arbeitslosen. Der Druck, der auf den öffentlichen Diensten lastet, ist enorm. Dass die Türkei der Union beitrifft, geht schlichtweg nicht.

Uns wurde keine Wahl gelassen. Den Menschen in unserem Land wurde verweigert, über Lissabon abzustimmen. Wir brauchen definitiv eine Diskussion in unserem Land darüber, ob wir im Europäischen Parlament sein sollten oder nicht. Ich befürchte, dass mit einem Beitritt der Türkei das Fass zum Überlaufen gebracht würde. Ich bin überzeugt, dass wir nun an einem Punkt angelangt sind, an dem das gesamte europäische Konstrukt kurz vor dem Zusammenbruch steht, mit dem Euro und so weiter. Der Beitritt der Türkei wird die Situation nur noch viel, viel schlimmer machen.

Herr Kommissar, heute ist Ihr erster Arbeitstag. Ich möchte Ihnen eine Information mit auf den Weg geben. Sie erhalten sie von mir, einem Menschen aus Wales in Großbritannien: Wir wollen nicht, dass die Türkei der EU beitrifft.

Zoltán Balczó (NI). – (HU) Hinsichtlich des Beitritts der Türkei muss eine grundlegende Frage geklärt werden: Was bedeutet die Europäische Union für uns? Halten wir die Werte, die gemeinsamen europäischen Werte, immer noch für wichtig? Diese Werte basieren auf der christlichen Lehre, ungeachtet des Anteils der aktiv praktizierenden Christen. Halten wir das kulturelle Erbe Europas für etwas, das wichtig für unseren Zusammenhalt ist? Wenn wir dies mit Ja beantworten, dann gehört die Türkei nicht in die Europäische Union. Natürlich sollten wir versuchen, eine bestmögliche Partnerschaft mit ihr aufzubauen. Ein weiterer wichtiger Faktor ist, dass durch den Beitritt der Türkei ein Präzedenzfall geschaffen würde. Der israelische Außenminister hat erklärt, dass sich sein Land in Geduld übt, aber dass es trotzdem definitiv der Europäischen Union beitreten will. Ich muss dazu sagen, dass auch Israel nicht in die Europäische Gemeinschaft gehört.

Csaba Sógor (PPE). – (HU) Hinsichtlich des Schutzes von Minderheiten wurden in Kroatien und Mazedonien zwar Fortschritte gemacht, aber dennoch sind diese Länder weit davon entfernt, in diesem Bereich vorbildlich zu sein. Was können wir tun? Die Europäische Union könnte diese Länder durch ihren beispielhaften Minderheitenschutz ermutigen, was aber geschieht momentan in der Europäischen Union? Es wäre ein positives Signal, wenn Frankreich und andere Länder die Charta der Regional- oder Minderheitensprachen ratifizieren würden, wenn die Slowakei ihre diskriminierenden Maßnahmen gegen Minderheiten unterlassen würde (siehe Sprachengesetz) und wenn Griechenland anerkennen würde, dass Minderheiten auf griechischem Territorium leben und es deren Rechte als Individuen und Gemeinschaften garantieren würde. In Rumänien wird es hoffentlich bald ein Minderheitengesetz geben, obwohl wir immer noch weit davon entfernt sind, dass Mitglieder von Minderheiten Top-Positionen in der Armee besetzen, und Autonomie wird mehr gefürchtet als die 14. transnistrisch-russische Armee. Das Parlament könnte die bestehenden Mitgliedstaaten ermutigen, mit gutem Beispiel voranzugehen und Standards für den Schutz von Minderheiten festzulegen, die in der gesamten Europäischen Union gültig wären.

Danuta Jazłowiecka (PPE). – (PL) Frau Präsidentin, Herr Kommissar! Laut einem Bericht der Internationalen Krisengruppe sollte das Jahr 2009 für die Integration der Türkei in die Europäische Union entscheidend sein. Es sollte entweder zu einem Durchbruch in den Beitrittsverhandlungen oder zur Beendigung der Verhandlungen kommen. Heute dauern die Gespräche immer noch an, über weitere Bereiche im Zusammenhang mit einem Beitritt. Die spanische Präsidentschaft befürwortet zwar, dass Ankara der Gemeinschaft so schnell wie möglich beitrifft, aber es gibt zunehmend Anzeichen dafür, dass Ankara seinen Platz in der Weltordnung neu definiert und dass eine Mitgliedschaft in der Gemeinschaft dabei keine Priorität hat. Die Abschaffung der Visapflicht für Jordanien, Libyen, Iran und Syrien, eine Verschlechterung der Beziehungen zu Israel, eine Stärkung der Beziehungen zum Sudan, die Unterzeichnung einer Vereinbarung, um diplomatische Beziehungen mit Armenien aufzubauen, und das Blockieren einer Einigung mit Zypern - all das zeigt, dass sich Ankara zunehmend an einer Zusammenarbeit mit seinen Nachbarländern orientiert, auch wenn das auf Kosten der türkischen Position in den Beitrittsverhandlungen geht.

Allerdings wird die Türkei wegen der Frage der Energiesicherheit und aufgrund ihrer wichtigen geographischen Lage immer unerlässlicher für die Wahrung der europäischen Interessen. Deshalb dauert es möglicherweise nicht mehr lange, bis ein Beitritt der Türkei zur Europäischen Union für uns wichtiger geworden ist als für die Türkei selbst. Aus diesem Grund appelliere ich an die Kommission und den Rat, die Aussichten der Türkei auf eine Mitgliedschaft in der Europäischen Union neu zu definieren.

Alf Svensson (PPE). – (SV) Frau Präsidentin! Meiner Meinung nach ist es extrem wichtig, dass die Fortschritte der Kandidatenländer, mit denen Verhandlungen geführt werden, auch gewürdigt und hervorgehoben werden. Ich glaube, das ist einfach aus psychologischen Gründen sehr wichtig. Darüber hinaus kann nicht geleugnet werden, dass die Verhandlungen mit der EU bessere Bedingungen für die Menschen in diesen Ländern geschaffen haben. Die Verhandlungen selbst sind etwas Positives.

Wir sind uns sicherlich alle einig, dass die Türkei noch erhebliche Fortschritte machen muss, und dass Religionsfreiheit, freie Meinungsäußerung und Pressefreiheit unerlässlich sind. Allerdings muss meiner Ansicht nach auch darauf hingewiesen werden, dass die Verhandlungen mit der Türkei nicht bloß Verhandlungen mit dem Staat oder der Nation Türkei sind, sondern dass die Türkei auch eine Art Schlüssel oder Brücke zu der gesamten Region darstellt. Deshalb müssen wir uns darüber im Klaren sein, dass sich die Beziehungen der EU zu dieser Region erheblich verschlechtern würden, wenn die Tür wieder geschlossen werden sollte.

Chrysoula Paliadeli (S&D). – Frau Präsidentin! Ich wünschte, man würde mir genügend Zeit geben, um den Abgeordneten dieses Parlaments zu erklären, warum das griechische Volk so empfindlich auf das Thema bezüglich des Namens der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien reagiert. Leider würde ich dafür länger brauchen als eine Minute.

Die Geschichte, die ihren Anfang in den späten 40er-Jahren genommen hat, ist eine traurige Geschichte und hat zu einer falschen Vorstellung über das griechische Volk geführt. Ich kann Ihnen versichern, dass die Griechen weder Nationalisten noch Expansionisten sind. Sie tun nichts weiter, als sich gegen die Benutzung eines Namens zu wehren, der Teil ihrer eigenen historischen und archäologischen Tradition ist.

Ich verstehe, dass die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien als neuer unabhängiger Staat eine verspätete Phase der Ethnogenese durchläuft. Seriöse Akademiker in Skopje unterstützen die nationalistischen Tendenzen ihres Premierministers nicht. Sie schweigen lieber, als sich offen dem Trend entgegenzustellen, der steigende Spannungen hervorrufen könne, wie im Bericht Thaler richtig festgestellt wird.

Ich würde mich freuen, wenn dieses Parlament und die neue Kommission versuchen würden, zu einer Lösung im Streit um die Namensgebung beizutragen und zwar nicht, indem sie die nationalistischen Tendenzen der Regierung der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien fördern, sondern indem sie die griechische Seite unterstützen, die für einen großzügigen Kompromiss kämpft, der das Volk der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien schließlich eher zufriedenstellen würde als das Volk Griechenlands.

Zigmantas Balčytis (S&D). – (LT) Die heutigen Diskussionen haben gezeigt, dass, obwohl unter den Abgeordneten unterschiedliche Meinungen bezüglich des Fortschritts der Türkei bestehen, wir uns wahrscheinlich alle darüber einig sind, dass die grundlegende Voraussetzung für eine Mitgliedschaft in der EU die angemessene Umsetzung von grundlegenden Reformen ist. Heute ist es meiner Meinung nach zu früh, um konkrete Termine festzulegen, aber wir müssen den Fortschritt in der Türkei beobachten und ihn auch fordern, da jüngste Geschehnisse, bei denen die Aktivitäten politischer Parteien verboten wurden, uns Sorgen bereiten und nicht davon zeugen, dass die Türkei zivile und politische Freiheiten und Rechte achtet. Allerdings müssen wir der Türkei die Gelegenheit geben, ihre Handlungen noch einmal zu überdenken, und wir müssen hoffen, dass die Türkei bald ein demokratisches und freies Land sein wird.

Petru Constantin Luhan (PPE). – (RO) Auf dem Weg zu einem EU-Beitritt ist Kroatien unter den Ländern des westlichen Balkans immer noch am weitesten fortgeschritten. Kroatien kann als Beispiel für die Länder in der Region dienen, für deren Aussichten auf einen Beitritt und die Erfüllung der Beitrittskriterien und -bedingungen.

Ich begrüße die Fortschritte bei den innenpolitischen Reformen, die auch im Fortschrittsbericht 2009 genannt werden. Die Methode der Erfüllung der notwendigen Beitrittskriterien, insbesondere derjenigen aus Kapitel 23, Justiz und Grundrechte, ist ein wichtiger Meilenstein für den Fortschritt des Landes beim Erreichen der europäischen Standards.

Wir befürworten den Beitritt Kroatiens zur Europäischen Union, vorausgesetzt dass dieser auf einer strikten Einhaltung der Beitrittskriterien beruht, einschließlich der umfassenden Zusammenarbeit mit dem Internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien.

Kroatien wird die Beitrittsverhandlungen dieses Jahr abschließen. Der Bericht, über den wir heute beraten, ist in der Tat der letzte Fortschrittsbericht des Europäischen Parlaments. Wir sind zuversichtlich, dass wir

nächstes Jahr in der Lage sind, über den Vertrag für Kroatiens Beitritt zur Europäischen Union abzustimmen, welcher ein positives Signal für die gesamte Region darstellen wird.

Milan Zver (PPE). – (SL) Herr Kommissar! Ich gratuliere Ihnen zu Ihrem neuen Amt und hoffe, dass Sie in diesem Bereich viel Erfolg haben werden.

Ich freue mich sehr, dass die drei Berichte positiv ausgefallen sind und dass die Berichterstatter festgestellt haben, dass in den betreffenden Ländern nach unserem europäischen Ermessen Fortschritte in puncto Modernisierung gemacht wurden. Das Wichtigste ist, dass diese drei Länder bei der Achtung der Menschenrechte hohe Standards einhalten. Europa muss diesbezüglich strikt sein, auch indem es die betreffenden Länder dazu anhält, die Verhältnisse mit ihren Nachbarn zu klären.

Ich möchte auch darauf hinweisen, dass ich den Bericht über Kroatien nicht unterstützen werde, hauptsächlich weil Slowenien nicht fair behandelt wird.

Iuliu Winkler (PPE). – (RO) Die wirksamste externe Erweiterungspolitik der Europäischen Union in Bezug auf den westlichen Balkan ist ihre Expansion in dieser Region. Dies würde Frieden garantieren und Demokratie in ein Gebiet bringen, dessen Ruf als „Pulverfass der Europäischen Union“ sich durch die jüngste Geschichte leider verfestigt hat.

Zugleich besteht die effizienteste Außenpolitik für die neuen Länder des westlichen Balkans darin, zu der von Stabilität und Wohlstand geprägten Sphäre der Europäischen Union zu gehören. Wir benötigen in diesem Prozess Instrumente. Deshalb begrüße ich die Fortschrittsberichte für Kroatien und Mazedonien, die wertvolle Instrumente darstellen.

Ich denke auch, dass neben der regionalen, wirtschaftlichen und handelspolitischen Zusammenarbeit auch wirtschaftliche Instrumente benötigt werden, auch in Bezug auf Investitionen, die sich bereits als wirkungsvoll erwiesen haben. Meines Erachtens müssen diese Instrumente von der Europäischen Kommission und den Regierungen Kroatiens und Mazedoniens in Betracht gezogen werden.

(Der Redner stellt Frau Flautre im Rahmen des Verfahrens der „blauen Karte“ gemäß Artikel 149 Absatz 8 der Geschäftsordnung eine Frage.)

Barry Madlener (NI). – (NL) Ich möchte Frau Flautre, der Vorsitzenden der türkischen Delegation, eine Frage stellen. Ich weiß nicht, ob ich das jetzt tun darf - deshalb habe ich meine blaue Karte benutzt. Darf ich Frau Flautre eine Frage stellen?

Frau Flautre, ich möchte Sie angesichts der schrecklichen Ehrenmorde in der Türkei fragen, ob Sie dafür sind, dass wir eine umfangreiche Untersuchung über die Ehrenmorde in der Türkei beantragen. In meinem Heimatland, den Niederlanden, haben wir eine schockierend hohe Zahl von Ehrenmorden unter Türken zu verzeichnen, ebenso in Deutschland, und ich bin der Meinung, dass dies nur die Spitze des Eisbergs ist und dass schrecklich viele Ehrenmorde in der Türkei verübt werden. Können wir Herrn Füle bitten, eine Untersuchung über Ehrenmorde in der Türkei zu veranlassen?

(Frau Flautre erklärt sich bereit, im Rahmen des Verfahrens der „blauen Karte“ gemäß Artikel 149 Absatz 8 der Geschäftsordnung eine Frage zu beantworten.)

Hélène Flautre (Verts/ALE). – (FR) Frau Präsidentin! Das ist eine Frage, ja, aber was für eine Frage? An wen richtet sie sich und welchen Zweck hat sie? Ich glaube, dass unsere Delegation - der auch Sie angehören, Herr Madlener - sich für Menschenrechte, die Gleichstellung von Frauen und Männern und für jede Initiative zur Bekämpfung der Gewalt gegen Frauen eingesetzt hat und sich auch weiter entschlossen dafür einsetzen wird.

Ich habe das gerade eben in meiner Rede erwähnt. Ich bin der Ansicht, dass die sogenannten Ehrenverbrechen, die auf der Ebene einer Familie oder einer Sippe verübt werden, absolut unhaltbar sind und dass es sehr erfreulich ist, dass in der heutigen Türkei niemand mehr solche archaischen kriminellen Praktiken duldet.

Diego López Garrido, amtierender Präsident des Rates. – (ES) Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Vielen Dank für diese differenzierte Aussprache zu einer Reihe hervorragender Entschließungsanträge des Europäischen Parlaments. Ich möchte den Verfassern, Herrn Swoboda, Herrn Thaler und Frau Oomen-Ruijten, gratulieren.

Ich glaube, man kann sagen, dass sich die Mehrheit von Ihnen für den Erweiterungsprozess als wesentlichen Teil der europäischen Integration ausgesprochen hat. Wie Herr Brok sagte, war die Erweiterung ein Erfolg

für die Europäische Union, und andere Abgeordnete haben einige der Erfolgsbeispiele innerhalb des Erweiterungsprozesses genannt. Die Erweiterung trägt auch wesentlich zum Fortschritt der demokratischen Reformen und der demokratischen Vertiefung in denjenigen Ländern bei, die sich weiter an die Europäische Union annähern, in den Ländern, die ihren Beitritt zur Union begonnen haben, und in denen, die Aussicht auf einen Beitritt haben. Wie Herr Mauro hervorgehoben hat, erfordert dies immer die Bereitschaft, die Kopenhagener Kriterien zu erfüllen - ein weiterer Punkt, über den ein breiter Konsens besteht - und daher auch die Menschenrechte uneingeschränkt zu respektieren.

Ich stimme Herrn Cashman voll und ganz in seiner Aussage zu, dass sich ein Land dadurch auszeichnet, wie es Minderheiten behandelt, und nicht dadurch, wie es die Mehrheit behandelt, obwohl das natürlich auch wichtig ist. Daran sollten wir deshalb die Wahrung der Menschenrechte und folglich auch die Erfüllung der Kopenhagener Kriterien messen.

Ein weiterer Punkt allgemeiner Zustimmung war, dass die europäische Perspektive für den Fortschritt der Länder des westlichen Balkans von fundamentaler Bedeutung ist - wie Frau Giannakou und Herr Winkler hervorgehoben haben -, und das liegt nicht nur im Interesse dieser Länder, sondern, wie Frau Göncz sagte, auch im Interesse der Europäischen Union.

Was Kroatien anbelangt, war man sich ebenfalls allgemein darüber einig, dass so schnell wie möglich neue Kapitel eröffnet werden müssen. Es sollte allerdings dazu gesagt werden, dass bereits 28 von 35 Kapiteln eröffnet und 17 davon vorläufig abgeschlossen wurden. Die spanische Präsidentschaft wird sich weiterhin dafür einsetzen, zusammen mit dem Europäischen Rat und dem Rat neue Fortschritte in den Verhandlungen zu erzielen, um diese bald in die Schlussphase eintreten zu lassen. Deshalb habe ich vorhin erwähnt, dass die Beitrittsverhandlungen mit Kroatien sofort beginnen werden.

Wir erwarten, dass der Fahrplan für die Beitrittsverhandlungen dieses Jahr abgeschlossen wird, wie der Verfasser des Berichts, Herr Swoboda, vorgeschlagen hat und was von einigen Abgeordneten gefordert wurde, unter anderem von Herrn Hökmark, Herrn Berlinguer und Herrn Lisek, die ihre Hoffnung zum Ausdruck gebracht haben, dass Kroatien der Europäischen Union während der Ratspräsidentschaft Polens beitrete.

In Bezug auf Kroatien wurden somit Fortschritte verzeichnet, wie Herr Poręba betont hat. Allerdings gibt es immer noch einiges zu tun; es gibt beispielsweise Mängel im Rechtsbereich, worauf Frau Serracchiani hingewiesen hat.

Aus diesem Grund sind wir der Ansicht, dass wir eine wichtige Schlussphase der Beitrittsverhandlungen mit Kroatien erreicht haben, und hoffen, dass die Verhandlungen zu einem Abschluss geführt werden können und dass Kroatien der Union nach dem Ratifizierungsprozess der relevanten europäischen Verträge so schnell wie möglich beitrete.

Ich komme nun zu Mazedonien. Bei der Debatte über Mazedonien stand hauptsächlich die Frage des Namens im Mittelpunkt. Natürlich bezieht sich keines der Kopenhagener Kriterien auf den Namen, aber gutnachbarliche Beziehungen spielen bei der Gestaltung nationaler Politik in allen Beitrittsländern natürlich eine wesentliche Rolle.

Kandidatenländer wie auch Mitgliedstaaten müssen solche Themen deshalb mit größtmöglichem Feingefühl behandeln. Wir dürfen auch nicht vergessen, dass der Ausgangspunkt für Verhandlungen Einstimmigkeit ist, mit anderen Worten die einstimmige Billigung aller vorhandenen Mitgliedstaaten.

Die Lösung, für die zuvor Herr Posselt, Herr Kasoulides, Frau Cornelissen, Herr Chatzimarkakis, Frau Göncz und Frau Paliadeli plädiert haben, wurzelt zum einen in Verhandlungen unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen und zum anderen in einem bilateralen Kontakt zwischen der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien und Griechenland. Obwohl dies natürlich eine sehr wichtige Angelegenheit ist, nimmt die Europäische Union selbst eigentlich nicht an solchen Diskussionen unter der Leitung der Vereinten Nationen teil.

Deshalb können wir wohl momentan nicht genau sagen, wann dieser Konflikt gelöst sein wird; trotzdem gratuliert natürlich auch die spanische Präsidentschaft Premierminister Gruevski und Premierminister Papandreu zur Wiederaufnahme eines direkten Dialogs. Das zeugt von Führungsqualitäten auf beiden Seiten und wird ohne Zweifel zu einer offenen Atmosphäre und Einstellung führen, von der Herr Tremopoulos in seiner Rede gesprochen hat.

Wir glauben, dass die Regierung der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien in der Lage ist, diese Verhandlungen voranzubringen. Die Aussicht auf einen Beitritt zur EU war immer von größter Wichtigkeit für das gesamte Land, das gilt auch für dessen ethnische Gruppen, ob klein oder groß.

Es gab sehr viele Beiträge zum Thema Türkei und ich möchte ganz zu Anfang sagen, dass die Verhandlungen in einem angemessenen Tempo voranschreiten - sie sind nicht zum Stillstand gekommen -, und damit antworte ich auf den Kommentar von Herrn Van Orden über das Tempo dieser Verhandlungen.

Wir hoffen, dass wir weitere Verhandlungskapitel während der spanischen Präsidentschaft öffnen werden. Ich habe einige der Kapitel genannt, aber wir können natürlich das Tempo der Verhandlungen nicht vorhersagen, da sie vom Fortschritt der türkischen Reformen abhängen und davon, ob die Türkei die Kriterien erfüllt. Des Weiteren wird, wie Sie alle wissen, in jedem Fall, in jeder Phase und für jedes Kapitel des Prozesses eine einstimmige Zustimmung benötigt.

Der Schutz der Menschenrechte und die Erfüllung der Kopenhagener Kriterien sind Themen, die in vielen Beiträgen erwähnt wurden und auf die sich der Bericht von Frau Oomen-Ruijten eindeutig bezieht; und es ist festzuhalten, dass die Türkei in diesen Bereichen mehr Anstrengungen unternehmen muss. Sie muss mehr tun - und damit gehe ich auf die Beiträge von Herrn Belder, Herrn Salafranca und anderen ein, ebenso auf Herrn Angourakis und Herrn Klute ein, die über die Unterstützung der Menschenrechte und der Grundfreiheiten gesprochen haben.

Sie haben Recht, aber man muss auch bedenken, dass der Verhandlungsprozess weiterhin das wichtigste Instrument der Europäischen Union ist, um den Fortschritte zu beeinflussen. Es wurden zwar in der Tat Fortschritte gemacht, aber nicht genügend. Dies wurde auch in Beiträgen anderer Abgeordneter erwähnt, beispielsweise von Herrn Obiols, Frau Flautre, Herrn Lunacek, Herrn Preda und Herrn Balčytis. Ich denke, darüber müssen wir uns absolut im Klaren sein, wenn wir eine ausgewogene Beurteilung unserer Verhandlungen mit der Türkei vornehmen.

Sehr viele Beiträge hatten auch Zypern zum Thema. Zypern wird in den kommenden Monaten gewiss ein entscheidendes Thema sein. Ich möchte darauf hinweisen, dass die aktuellen Verhandlungen zwischen den Führern der beiden Gemeinschaften auf der Insel positiv verlaufen und dass eine bessere Atmosphäre des Vertrauens hergestellt wurde.

Selbstverständlich würde eine Lösung der Zypernfrage das Hindernis oder alle Hindernisse oder zumindest einige der Hindernisse beseitigen, die der Türkei bei der Erzielung von Fortschritten auf dem Weg zu einem Beitritt im Wege sein könnten. Auf jeden Fall aber wäre eine Lösung ein sehr wichtiges, positives Signal für die gesamte Region, mit dem elementaren Ziel der Versöhnung, wie Herr Howitt zu Recht gesagt hat.

Wir sind uns natürlich alle darüber einig, dass die Türkei sich an das Zusatzprotokoll halten muss. Sie wurde laufend dazu aufgefordert und jedes Mal, wenn wir einen Dialog mit der Türkei führen, erinnert der Rat sie an diese Verpflichtung, der nachgekommen werden muss. Am 8. Dezember 2009 hat der Rat Schlussfolgerungen angenommen, in denen festgelegt wurde, dass im Falle einer Nichterzielung von Fortschritten der Rat seine Maßnahmen von 2006 beibehalten würde. Dies würde dauerhafte Auswirkungen auf den Gesamtfortschritt der Verhandlungen haben.

Frau Koppa und Herr Salavrakos haben auch auf andere Vorkommnisse hingewiesen: Verletzungen des Luftraums und Zwischenfälle in der Ägäis. Deshalb wiederhole ich: Gutnachbarliche Beziehungen sind eine unabdingbare Voraussetzung für die Bewertung der Verhandlungsfortschritte der Türkei. Die Schlussfolgerungen des Rates vom 8. Dezember, die ich mehrfach erwähnt habe, waren diesbezüglich eine Botschaft für die Türkei. Ich versichere Ihnen, dass die spanische Präsidentschaft diese Angelegenheit sehr aufmerksam beobachten und sie auf allen Ebenen fortführen wird, wenn das angemessen erscheint.

Auf jeden Fall, Frau Präsidentin, ist die Haltung der Präsidentschaft zu den Verhandlungen mit der Türkei absolut klar. Wir stimmen mit dem erneuerten Konsens über die Erweiterung überein, den der Rat im Dezember 2006 beschlossen hat, und somit haben die Verhandlungen eindeutig den zukünftigen Beitritt der Türkei zur Europäischen Union zum Ziel.

Štefan Füle, Mitglied der Kommission. – Frau Präsidentin! Ich bin sehr dankbar, dass ich so früh die Gelegenheit bekomme, mit Ihnen an diesem Meinungs austausch über die Beitrittsländer teilzunehmen. Ich habe bei meiner Anhörung versprochen, dass ich ins Parlament kommen würde, um Ihnen zuzuhören und Ihren Rat entgegenzunehmen, und die heutige Debatte war ein klarer Beweis für die Vielfalt, die Weisheit und das Verständnis, die hier in diesem Haus versammelt sind.

Ich möchte zwei allgemeine Bemerkungen machen. Erstens nehme ich die Versprechen, die ich während der Anhörungen gegeben habe, sehr ernst. Ich bin nicht daran interessiert, zwei Monologe zu halten, sondern an einem Dialog mit diesem Haus, der den wahren Geist des Vertrags von Lissabon widerspiegelt.

Lassen Sie mich noch eine weitere allgemeine Bemerkung machen. Ich habe während meiner Anhörung mehrmals darauf hingewiesen. In Gesprächen mit Kandidatenländern und potenziellen Kandidaten habe ich immer die folgenden vier Prinzipien hervorgehoben. Das erste Prinzip ist die strikte Verpflichtung zur Einhaltung der Kopenhagener Kriterien; sie sind nicht verhandelbar. Zweitens ein unerschütterliches Bekenntnis zu den Grundfreiheiten und Grundrechten, einschließlich religiöser Rechte und Minderheitenrechte und natürlich Frauenrechte. Drittens muss der Prozess ehrlich geführt werden und Glaubwürdigkeit auf beiden Seiten und auf allen Ebenen widerspiegeln. Viertens werde ich das Thema Integrationskapazität niemals unterschätzen.

In Bezug auf Kroatien heben der Entschließungsantrag des Parlaments und der Standpunkt der Kommission hervor, dass Kroatien auf das Parlament und die Kommission als zuverlässige Partner zählen kann. Wenn das Land alle ausstehenden Konditionen erfüllt, bleibe ich zuversichtlich, dass die Beitrittsverhandlungen noch dieses Jahr abgeschlossen werden können. Die Kommission, und ich denke auch die aktuelle Ratspräsidentschaft und die zukünftigen Ratspräsidentschaften sowie das Europäische Parlament, werden Kroatien beim Erreichen seines Ziels unterstützen.

In Bezug auf die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien möchte ich noch einmal betonen, dass das Land eine Empfehlung der Kommission erhalten hat, auf der Basis seiner Verdienste Beitrittsverhandlungen zu beginnen. Trotzdem steht das Land weiterhin vielen akuten Herausforderungen gegenüber, einschließlich der politischen Kriterien. Wie während der Debatte hervorgehoben wurde, besteht nun die Gelegenheit, den Konflikt um die Namensgebung beizulegen, und ich werde mich mit aller Kraft für die Unterstützung der laufenden Gespräche einsetzen.

In Bezug auf die Türkei sind wir uns alle bewusst, dass wir keinen einfachen Weg vor uns haben, weder die Türkei noch die Europäische Union, worauf viele Abgeordnete während der Debatte deutlich hingewiesen haben. Ich weiß allerdings, dass die türkische Regierung sich immer noch für eine demokratische Öffnung einsetzt. Wer hätte sich noch vor fünf Jahren vorstellen können, dass die türkische Gesellschaft und die türkischen Politiker offen und intensiv über die Kurdenfrage, über Beziehungen zwischen Militär und Zivilgesellschaft, über die Wiedereröffnung des Chalki-Seminars oder die Wiederaufnahme der Beziehungen zu Rumänien diskutieren?-

Trotzdem bin ich besorgt über die Beschränkungen der Pressefreiheit und des Pluralismus der Medien. Weitere rechtliche Änderungen werden benötigt, um Journalisten, Menschenrechtler und Politiker vor Verfolgung und Verurteilung wegen der gewaltfreien Äußerung ihrer Ansichten zu schützen.

Was die Beitrittsverhandlungen anbelangt, kann die Öffnung des wichtigen Kapitels Umwelt im letzten Dezember als positive Entwicklung betrachtet werden, wodurch die Zahl der eröffneten Kapitel auf zwölf ansteigt. Ich hoffe, dass wir dieses Jahr in der Lage sein werden, noch mehr Kapitel zu öffnen. Allerdings wird die Türkei zusätzliche Anstrengungen unternehmen müssen, um die anspruchsvollen Maßstäbe erfüllen zu können. Deshalb ist es wichtig, dass die nötigen Vorbereitungen rigoros vorangetrieben werden.

Die Kommission begrüßt auch den verstärkten Dialog mit der Türkei über das Thema Migration, der zu konkreten Erfolgen führen sollte, besonders in Bezug auf Rückübernahme und Grenzkontrollen. Um eine spezielle Frage einer Ihrer Kollegen zu beantworten, kann ich sagen, dass der Kommission die jüngsten Entwicklungen bezüglich der Aufhebung der Visumpflicht für den Libanon und Syrien durch die Türkei bekannt sind. Der zuständige Generaldirektor der Kommission wird nächste Woche zu Gesprächen darüber in Ankara sein. Dies wird eines der Themen sein, das er bei dieser Gelegenheit ansprechen wird, und ich werde über diese Gespräche berichten.

Da ich darum gebeten wurde, lassen Sie mich noch den folgenden Standpunkt der Kommission hinzufügen. Alle Maßnahmen, die die Kommission vorgeschlagen und unternommen hat, hatten immer zum Ziel, die Isolierung der türkisch-zyprischen Gemeinschaft zu beenden, um im Einklang mit den Schlussfolgerungen des Rats vom April 2004 die Wiedervereinigung Zypern zu erleichtern. Wir setzen ein Hilfspaket von 259 Mio. EUR um für die nachhaltige soziale und wirtschaftliche Entwicklung der türkisch-zyprischen Gemeinschaft und deren volle Mitbeteiligung an der Europäischen Union nach einer Beilegung des Konflikts und einer Wiedervereinigung. Die Green Line Regulation erleichtert die wirtschaftlichen und persönlichen Kontakte zwischen türkischen Zypern und griechischen Zypern. Die Handelsverordnung über besondere Handelsbedingungen für die türkisch-zyprische Gemeinschaft liegt dem Rat noch zur Prüfung vor.

Aber zurück zur Türkei: Der Reformprozess wird weitergehen und die Europäische Union sollte den Prozess und die Fortschritte weiterhin fördern. Die Kommission engagiert sich weiterhin für den Beitrittsprozess der Türkei. Unser Druck und unsere Einflussnahme auf die Türkei werden glaubwürdiger und stärker, wenn unser Engagement weiterhin klar ist.

Ich freue mich auf eine sehr erfolgreiche und enge Zusammenarbeit in den nächsten fünf Jahren.

(Beifall)

Die Präsidentin. – Zum Abschluss der Aussprache habe ich drei Entschließungsanträge vom Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten erhalten, gemäß Artikel 100 Absatz 2⁽¹⁾.

Die Aussprache ist geschlossen.

Die Abstimmung findet während der heutigen Abstimmungsstunde statt.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 149)

Luís Paulo Alves (S&D), schriftlich. – (PT) Dieser Bericht würdigt einige positive Schritte, die die Türkei, Kandidatenland seit 2005, auf dem Weg zu einem Beitritt zur EU unternommen hat, obgleich sie aufgefordert wird, das Tempo der Reformen zu beschleunigen. Ich erinnere mich, dass im Dezember 2006 die Verhandlungen zum Teil unterbrochen wurden, da sich das Land weigerte, die Zollunion mit der EU auf Zypern anzuwenden. Der Konflikt mit Zypern muss gelöst werden und das Land muss weiterhin in Bezug auf die Demokratie, den Schutz der Menschenrechte, die Bekämpfung der Korruption, die Verbesserung der Pressefreiheit, die Notwendigkeit von politischer Transparenz und schnellerer, effizienterer Justiz Fortschritte machen, es muss Antidiskriminierungsgesetze hinsichtlich des Geschlechts, der sexuellen Orientierung und der ethnischen und religiösen Minderheiten erlassen sowie den öffentlichen Dienst reformieren. Die türkische Regierung zeigt weiterhin den politischen Willen, die Reformen fortzuführen, und hat die Grundfreiheiten und die demokratische Entwicklung innerhalb des Landes erheblich gestärkt. Deshalb müssen wir weiterhin bei den Verhandlungen Fortschritte machen, mit dem Ziel, den Beitritt der Türkei als einem Land mit einer wichtigen Vermittlerrolle in Konflikten zwischen Israel und Palästina und als Plattform, um mit Irak und Iran eine gemeinsame Basis zu finden, sicherzustellen.

Mara Bizzotto (EFD), schriftlich. – (IT) Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Der Bericht enthält mit Sicherheit einige interessante Punkte, sogar für diejenigen, die wie ich und viele von ihnen dagegen sind, die Türkei in die EU aufzunehmen. Der Inhalt des Berichts verdeutlicht die manchmal gravierenden Versäumnisse der Türkei, den grundlegenden Bedingungen für einen Beitritt in die EU nachzukommen. Einige Passagen des Entschließungsantrags, der vom Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten vorgeschlagen wurde, sind auch ziemlich strikt. Diese Dokumente lehnen den theoretischen, zukünftigen Beitritt der Türkei zur EU nicht ab; allerdings freue ich mich sehr über die Ergebnisse hinsichtlich des angeblichen Mangels an Fortschritten seitens der Türkei, die das Parlament offenlegen möchte. Diejenigen, die - wie ich selbst - dagegen sind, dass Ankara der EU beitritt, finden in ihnen eine Bestätigung ihrer eigenen traditionellen Einwände gegen den Beitritt: In der Türkei sind die Grundfreiheiten immer noch beschränkt, die Menschenrechte werden verletzt, es herrscht eine aggressive Haltung gegenüber Zypern und Griechenland und ethnische und religiöse Minderheiten werden diskriminiert - all das sind Probleme, die Europa definitiv nicht außer Acht lassen kann. Daraus setzen sich die allgemeinen Bedenken über die kulturellen und geographischen Unterschiede zwischen der Türkei und Europa zusammen und die Bedenken wegen der Probleme, die durch den Beitritt eines Landes entstehen würden, das seine Grenzen mit über 80 Millionen Einwohnern teilt. Dies sind Faktoren, die meine unerschütterliche Meinung zunehmend stärken, dass ein Beitritt der Türkei zur EU nicht richtig wäre, da die Einheit Europas vor allen Dingen im Christentum begründet liegt.

Robert Dušek (S&D), schriftlich. – (CS) Einerseits sind die Methode und das Ausmaß des Demokratisierungsprozesses in der Türkei sowie die Annäherung an die EU ausschlaggebend. Andererseits kann die Diskussion über die zukünftige Mitgliedschaft der Türkei in der EU nicht außer Acht gelassen werden. Jede Erweiterung beinhaltet haushaltspolitische Überlegungen, ob der Beitritt eines bestimmten Landes zur EU einen finanziellen Beitrag einbringt oder ob die finanziellen Verluste überwiegen. Ich befürchte, dass wir in der momentanen Krisensituation der Gemeinsamen Agrarpolitik und somit des europäischen Haushalts kein Land aufnehmen können, in dem 7 Millionen Menschen von der Landwirtschaft leben (in der EU beläuft sich diese Zahl auf 10,4 Millionen). Zum Vergleich: Unter aktuellen Bedingungen würden

⁽¹⁾ Siehe Sitzungsprotokolle

sich die Ausgaben für die Türkei bis 2025 auf rund 10 Mrd. EUR belaufen, während es für alle zehn neuen Mitgliedstaaten der „Osterweiterung“ bis zu 8 Mrd. EUR wären. Direkte Zahlungen an türkische Landwirte und Zahlungen für die ländliche Entwicklung und die Marktunterstützung würden, unter den aktuellen rechtlichen Vereinbarungen, der europäischen Landwirtschaft und den Landwirten zum Verhängnis werden. Angesichts der enormen Größe, der Einwohnerzahl und der wirtschaftlichen Lage dieses Kandidatenlandes würde ein Beitritt der Türkei zur EU eine enorme Haushaltsbelastung bedeuten und in der EU einen Rückgang des Pro-Kopf-BIP um 9 % nach sich ziehen. Aus diesen Gründen müssen wir erneut und eingehender über den Beitritt der Türkei zur EU beraten, zusammen mit entsprechenden Reformen der GAP.

Martin Kastler (PPE), schriftlich. – Es ist lobenswert, dass die junge mazedonische Demokratie weitere Schritte in allen Bereichen sowohl des gesellschaftlichen als auch des wirtschaftlichen Lebens unternommen hat. Ich begrüße sehr, dass die Durchführung der Präsidentschafts- und Kommunalwahlen im März 2009 reibungslos verlief, was als Zeichen für die fortschreitende Demokratisierung in der ganzen Region positiv reflektiert wurde. Mazedonien hat alle Kriterien der Liberalisierung der Visabestimmungen erfüllt, und dadurch konnte seit dem 19. Dezember 2009 die Visumfreiheit für seine Bürger in Kraft treten. Es ist ein großer Schritt vorwärts. Mazedonien hat noch einen Weg der Reformen vor sich. Ich hoffe sehr, dass wir mit unseren Erfahrungen, die wir im Laufe der ersten Welle der EU-Osterweiterung gesammelt haben, behilflich sein können. Ich denke in diesem Zusammenhang an die Durchführung der institutionellen Reformen, bei der politische Stiftungen und diverse NGOs große Arbeit geleistet haben. Zwei Bereiche nenne ich heute, wo wir unsere Zusammenarbeit in puncto Transformation und EU-Standards verstärken sollten: Reform in der öffentlichen Verwaltung, der Justiz und der Polizei. Persönlich wünsche ich mir, dass der Namensstreit zwischen Mazedonien und Griechenland in nächster Zeit beigelegt wird und dass die voranschreitende Einigung Europas nicht aufgrund bilateraler Unstimmigkeiten lahmgelegt wird.

Bogdan Kazimierz Marcinkiewicz (PPE), schriftlich. – (PL) Kroatien sollte aufgrund seiner geopolitischen Lage und seiner historischen Beziehungen ohne Frage so schnell wie möglich der Europäischen Union beitreten. Trotz zahlreicher Spannungen mit seinen Nachbarn und ethnischen Konflikten, zu denen es während des Bürgerkriegs gekommen ist, kann ich mir kein vollständig integriertes und vereintes Europa ohne Kroatien vorstellen. Die Verhandlungen, die 2004 begonnen haben, haben sich vielversprechend entwickelt und wenn es nicht zu Unterbrechungen kommt, sollten sie dieses Jahr abgeschlossen werden, wobei man bedenken muss, dass 28 Bereiche abgeschlossen werden müssen. Kroatiens Beitritt zur NATO im April 2009 hat seinen Anspruch auf einen Beitritt zur EU definitiv gestärkt. Eine Stabilisierung auf dem Balkan, der aus der Geschichte auch als „Hexenkessel“ bekannt ist, wird durch den Beitritt Kroatiens sichergestellt. Ich hoffe, dass ich Anfang 2012, wenn ich meinen Sitz im Europäischen Parlament einnehme, Abgeordnetenkollegen aus Kroatien die Hand schütteln kann.

Franz Obermayr (NI), schriftlich. – (DE) Ich begrüße die Fortschritte Kroatiens, insbesondere im Kampf gegen die Korruption! Ihr muss sowohl in den Institutionen entgegen gewirkt werden, es bedarf aber auch einer geänderten Grundeinstellung und Sensibilisierung der Bevölkerung, denn dort gehört Korruption leider immer noch zum Alltagsleben. Hinsichtlich der Beziehungen zu Ihren Nachbarländern ist es erfreulich, dass nun offensichtlich eine Kompromisslösung zum Grenzstreit mit Slowenien in Sichtweite ist. Ich hoffe auch, dass durch die Anerkennung des Kosovo durch Kroatien keine größeren Spannungen im Westbalkan hervorgerufen werden, insbesondere mit Serbien, das nun verständlicherweise Bedenken zeigt. Aufgrund der offenkundigen Fortschritte Kroatiens und meiner Überzeugung, dass Kroatien kulturell, politisch und geschichtlich Teil Europas ist, stimme ich dem Entschließungsantrag zu. Sollte Kroatien alle Voraussetzungen erfüllen, denke ich, dass ein baldiger Beitritt möglich sein wird.

Kristiina Ojuland (ALDE), schriftlich. – (ET) Frau Präsidentin! Bezug nehmend auf meine Rede vom 20. Januar interessiere ich mich dafür, welche Art von Maßnahmen die türkische Regierung laut den Unterlagen des Rates und der Kommission umgesetzt hat, um die Bevölkerung an der Umsetzung des Demokratisierungsprozesses und der nötigen Reformen für die Integration in die EU zu beteiligen. Der Fortschrittsbericht der Türkei für das Jahr 2009 weist auf Mängel bei der Erfüllung der Kopenhagener Kriterien hin und hebt dabei besonders die politischen Kriterien hervor, die die Umsetzung der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit, der Menschenrechte und den Schutz der Rechte von Minderheiten einschließen. Im Fortschrittsbericht wurde angemerkt, dass der Türkei letztes Jahr durch Entwicklungshilfe 567 Mio. EUR zugewiesen wurden. Diese Zuweisungen hatten zu einem Großteil das Ziel, die ausstehenden Reformen im politischen System und in der Justiz umzusetzen und die Zivilgesellschaft weiterzuentwickeln. Zugleich wurde verdeutlicht, dass die Nutzung dieser Instrumente dezentralisiert wurde, weshalb die türkischen Behörden die zugewiesene Hilfe verwaltet haben, nach der Akkreditierung durch die Kommission. Da sie daran interessiert sind, die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei so schnell wie möglich durchzuführen,

weshalb die aktuellen Mängel behoben werden müssen, sollten der Rat und die Kommission über eine genaue Zusammenfassung der konkreten Maßnahmen verfügen, die von der türkischen Regierung unternommen werden, um dieses Ziel zu erreichen. Auf ihrer Homepage hat die Kommission in visueller Form in der Tat einige Projekte zur Beendigung von Kinderarbeit, zum Erhalt einer Grundausbildung, für die Teilnahme von Menschen mit Behinderungen am gesellschaftlichen Leben und für die Einrichtung einer vertraulichen Telefonnummer für Frauen in der Türkei, die unter häuslicher Gewalt leiden, vorgestellt. Aber reichen diese Maßnahmen aus, um die nötige Unterstützung an der Basis durch die Öffentlichkeit zu schaffen, damit die notwendigen Reformen unverzüglich und erfolgreich umgesetzt werden können? Welche Art von zusätzlichen Sofortmaßnahmen oder Projekten sind geplant, um angesichts des Inhalts des Fortschrittsberichts die Hindernisse zu überwinden, die in problematischen Bereichen entstanden sind?

Wojciech Michał Olejniczak (S&D), schriftlich. – (PL) Als eine Reihe von Ländern aus Mittel- oder Osteuropa der Europäischen Union am Tag der großen Erweiterung, dem 1. Mai 2004, beigetreten sind, wurde die Teilung Europas durch den Eisernen Vorhang endlich beendet. Nicht alle Länder Mittel- und Osteuropas sind der europäischen Familie damals beigetreten. Damals wurde auch klar, dass die „große Erweiterung“ fortgeführt werden müsste, durch den Beitritt einiger weiterer Länder in der Region. 2007 traten Rumänien und Bulgarien der Europäischen Union bei. Der Beitritt dieser Länder kann jedoch nicht als das Ende der Erweiterung der Europäischen Union angesehen werden.

Das Land, das momentan auf dem Weg zu einem EU-Beitritt am weitesten vorangeschritten ist, ist Kroatien. Ich stimme dem schnellstmöglichen Abschluss der Verhandlungen mit Kroatien voll zu, damit das Land so schnell wie möglich der Europäischen Union beitreten kann. Ich rufe beide Parteien zu größtmöglicher Flexibilität auf und zu dem Willen, eine Einigung zu erzielen. Zusätzlich appelliere ich an Kroatien, die Anstrengungen zu verstärken, um den Anforderungen der Gemeinschaft gerecht zu werden, in Bereichen wie der Organisation der öffentlichen Verwaltung und der Justiz, und die Mechanismen zu verbessern, mit denen das organisierte Verbrechen und die Korruption wirksam bekämpft werden. Des Weiteren möchte ich mich den Forderungen an Kroatien anschließen, bei der Zusammenarbeit mit dem Internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien ein Höchstmaß an gutem Willen zu zeigen.

Siiri Oviir (ALDE), schriftlich. – (ET) Vor dem Abschluss des Verhandlungsprozesses, der mit der Türkei im Jahr 2005 begonnen wurde, muss die Türkei alle Kopenhagener Kriterien erfüllen und in jeder Hinsicht der europäischen Integrationskapazität entsprechen. In der Tat hat die Türkei damit begonnen, die Reformen, die auf dieser Grundlage erwartet werden, umzusetzen, gutnachbarliche Beziehungen zu entwickeln und das Land an die europäischen Beitrittskriterien anzugleichen. Ich unterstütze diese Maßnahmen und ich unterstütze den Beitritt der Türkei zur EU, natürlich unter der Voraussetzung, dass die Bedingungen für eine Mitgliedschaft vollständig erfüllt werden. Heute bereitet es mir allerdings Sorgen, dass seit Kurzem positive Nachrichten über umgesetzte Reformen ausbleiben, und dass es in der Türkei immer noch ernste Probleme bezüglich der Umsetzung von Rechtsnormen gibt, insbesondere von Vorschriften, die Frauenrechte, Diskriminierungsverbot, freie Meinungsäußerung und Religionsfreiheit, Null-Toleranz gegenüber Folter und Korruptionsbekämpfungsmaßnahmen einführen würden. Ich appelliere an die Türkei, sich weiterhin zu bemühen und die Anstrengungen zu verstärken, um die Kopenhagener Kriterien vollständig zu erfüllen und die Unterstützung der türkischen Gesellschaft für die notwendigen Reformen zu konsolidieren, die für die Gleichheit aller Menschen Sorge tragen, unabhängig vom Geschlecht, der Rasse, der ethnischen Herkunft, vom Glauben oder von Überzeugungen, von Behinderungen, vom Alter oder von der sexuellen Orientierung.

Rovana Plumb (S&D), schriftlich. – (RO) Ich denke, es liegt im Interesse beider Parteien, der EU und der Türkei, dass der Erweiterungsprozess weitergeht. Deshalb muss die Türkei den Reformprozess verstärken, um den eingegangenen Verpflichtungen nachkommen zu können.

Lassen Sie mich zu diesem Punkt einige Beispiele nennen. Die Rechtsvorschriften zur Geschlechtergleichstellung wurden angeglichen, aber es werden größere Anstrengungen zu deren Umsetzung benötigt, um so die Unterschiede zwischen Männern und Frauen in Bezug auf die Beteiligung auf dem Arbeitsmarkt, in der Politik, an Entscheidungsprozessen und hinsichtlich des Zugangs zu Bildung reduzieren zu können. Fortschritte wurden im Umweltschutz gemacht, insbesondere durch die Unterzeichnung des Kyoto-Protokolls in dieser „Ära der Anpassung an die Auswirkungen des Klimawandels“. Allerdings muss in Bezug auf Wasserqualität, Naturschutz und GVO (gentechnisch veränderte Organismen) immer noch viel getan werden.

Ich begrüße die Fortschritte seitens der Türkei, aber zugleich unterstütze ich die Forderung an Ankara, den Reformprozess stärker voranzutreiben, damit die Türkei dem europäischen Club beitreten kann.

Bogusław Sonik (PPE), *schriftlich.* – (PL) Eines der wichtigsten Kopenhagener Kriterien, das zweifelsohne erfüllt sein muss, damit ein Land der Europäischen Union beitreten kann, ist die Achtung der Menschenrechte. Ich möchte auf bekannte Fälle von Frauenrechtsverletzungen aufmerksam machen.

Fast jeden Tag können wir in der Presse über die Ermordung von Frauen lesen, sogenannte „Ehrenmorde“. Momentan hebt die Presse den Fall der 16-jährigen Medine Memi hervor, die brutal von ihrem eigenen Vater und Großvater ermordet wurde. Es ist schockierend, dass diese beiden Männer dem Mädchen das Leben genommen haben, weil sie mit Jungen geredet hat, aber die grausame Art und Weise, auf die sie ermordet wurde, ist noch schockierender. Die Ergebnisse einer Autopsie zeigen, dass Medine, die in einem Hühnergehege begraben wurde, zur Zeit ihres Begräbnisses noch am Leben war und bis zuletzt bei Bewusstsein war. Das Mädchen musste diesen unvorstellbaren Todeskampf erleiden, um dafür zu büßen, „Schande“ über die Familie gebracht zu haben. Es ist entsetzlich, dass der Tod von Medine kein Einzelfall ist, sondern ein weit verbreitetes und barbarisches Phänomen. Das Mädchen, das um sein Leben fürchtete, hatte der Polizei ihre Ängste mehrmals mitgeteilt - ohne Erfolg, denn sie wurde jedes Mal wieder nach Hause geschickt.

Morde, die seit Generationen tief in der türkischen Tradition verwurzelt sind, werden Männern oft positiv ausgelegt, da sie angeblich versucht haben, die Schande, die auf ihrer Familie lastete, zu beseitigen. Ein Land, das es bis jetzt nicht geschafft hat, Probleme wie diese zu lösen, ist immer noch weit von Europa entfernt, denn Europa verteidigt grundlegende Werte. Dieser Unterschied ist ein ernstes Hindernis bei der Schaffung einer gemeinsamen Identität.

Traian Ungureanu (PPE), *schriftlich.* – (RO) Ich hoffe, dass der diesjährige Fortschrittsbericht die Türkei ermutigen wird, die Koordinierung ihrer Außenpolitik mit der der EU zu verbessern. Die Schwarzmeerregion sollte ein Schwerpunktbereich sein, indem die Türkei, als besonders wichtiger Partner der EU, dabei hilft, die europäischen Ziele zu verwirklichen, die als Teil der Schwarzmeersynergie festgelegt wurden.

Die Beteiligung der Türkei an der Gewährleistung der Energiesicherheit der EU ist genauso wichtig. Letztes Jahr habe ich die Teilnahme der Türkei am Nabucco-Projekt durch die Unterzeichnung der zwischenstaatlichen Vereinbarung begrüßt. Allerdings habe ich auch große Bedenken über die Absicht der Türkei zum Ausdruck gebracht, mit Russland bezüglich des South Stream Projekts kooperieren zu wollen. Deshalb fordere ich die Türkei dazu auf, sich ausdrücklich zur Umsetzung des Nabucco-Projekts zu bekennen.

Ich begrüße die Forderung der Berichterstatterin, die Energiepolitik zwischen der Türkei und der EU anzugleichen, insbesondere durch den Beginn der Beitrittsverhandlungen über das Kapitel „Energie“ und durch die Aufnahme der Türkei in die Europäische Energiegemeinschaft.

VORSITZENDER: Gianni PITTELLA

Vizepräsident

9. Abstimmungsstunde

Der Präsident. – Der nächste Tagesordnungspunkt ist die Stimmabgabe.

(Abstimmungsergebnisse und sonstige Einzelheiten der Abstimmung: siehe Protokoll)

9.1. Fakultative und zeitweilige Anwendung des Reverse Charge-Verfahrens auf Lieferungen bestimmter betrugsanfälliger Gegenstände und Dienstleistungen (Änderung der Richtlinie 2006/112/EG) (A7-0008/2010, David Casa) (Abstimmung)

9.2. EFRE: Wohnungsbauvorhaben für marginalisierte Bevölkerungsgruppen (A7-0048/2009, Lambert van Nistelrooij) (Abstimmung)

- Nach der Abstimmung:

Jörg Leichtfried (S&D). - Herr Präsident! Ich habe kein Problem mit der Maschine. Ich möchte nur eine Anregung vorbringen. Einige der Kollegen haben die Angewohnheit, bei Roll-call-votes die Zahl nicht vorzulesen. Da wir jetzt sehr viele Roll-call-votes und außerdem so wunderschöne Bildschirme haben, würde ich anregen, dass Sie das vielleicht übernehmen

Der Präsident. – Sehr schön, vielen Dank für Ihr <http://dict.leo.org/ende?lp=ende&p=Cqhgg5WkAA&search=Entgegenkommen&trestr=0x8001>. Ich tat dies, um mich zu versichern, dass Sie über alle Informationen verfügen, aber Sie können diese auch nachlesen, sodass ich sie nicht vorzulesen brauche.

9.3. Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden im Bereich der Besteuerung (A7-0006/2010, Magdalena Alvarez) (Abstimmung)

Sharon Bowles (ALDE). – Herr Präsident, die Stellungnahme, dass das Europäische Parlament nun über den Vorschlag der Kommission bezüglich einer Richtlinie über die Zusammenarbeit in der Verwaltung auf dem Gebiet des Steuerwesens abstimmen wird, beeinflusst in keinem Fall die endgültige Position, die das Parlament in Bezug auf die Umsetzung von Artikel 291 des Abkommens über die Arbeitsweise der Europäischen Union, sowie über die Konsequenzen für die Verfahren, die auf dem Beschluss des Rates 1999/468/EG vom 28. Juni 1999 basieren, insbesondere im Hinblick auf die regulative Vorgehensweise der genauen Überprüfung oder die Position, dass das Parlament möglicherweise delegierte Handlungen in anderen Rechtsvorschriften durchführen möchte.

9.4. Amtshilfe bei der Beitreibung von Forderungen in Bezug auf bestimmte Abgaben, Zölle, Steuern und sonstige Maßnahmen (A7-0002/2010, Theodor Dumitru Stolojan) (Abstimmung)

9.5. Erdbeben in Haiti (B7-0087/2010) (Abstimmung)

9.6. Lage im Iran (B7-0086/2010) (Abstimmung)

- Vor der Abstimmung:

José Ignacio Salafranca Sánchez-Neyra (PPE). - (ES) Herr Präsident, bevor wir über diesen Entschließungsantrag für den Iran abstimmen, möchte ich das Plenum lediglich darüber informieren, dass es einen Versuch gab, die italienische Botschaft in Teheran zu stürmen, und dass ähnliche Vorfälle auch in den Botschaften anderer Mitgliedsstaaten stattgefunden haben, z. B. in Deutschland, Frankreich, dem Vereinigten Königreich und den Niederlanden.

Herr Präsident, in Absatz 24 dieses Entschließungsantrags fordert die Europäische Union, dass eine Delegation in den Iran gesendet wird; unsere Fraktion würde eine Annahme dieses Absatzes ablehnen, der in anderen Entschließungen des Europäischen Parlaments verwendet wurde, und als Zeichen der Selbstgefälligkeit im Hinblick auf diese Ereignisse gesehen werden sollte. Ich möchte daher Herrn Füle dazu auffordern, Frau Ashton zu sagen, dass diese Umstände, die ich soeben erwähnt habe, während der Anwendung dieses Entschließungsmandats in Betracht gezogen werden sollten. Ich glaube, dass Herr Gahler die Anfrage zur Aufnahme einer mündlichen Änderung des Entschließungstexts stellen wird, sodass die diplomatischen Interessen der Mitgliedsstaaten im Iran geschützt werden können.

Michael Gahler (PPE). - Herr Präsident! Das ist mit den Fraktionen auch abgesprochen gewesen. Ich lese ihn kurz auf Englisch vor:

- „Betrifft die Art der Demonstrationen, die vor den europäischen Botschaften in Teheran am 9. Februar abgehalten wurden und die Weise, wie sie von den Basidsch-Milizen instrumentiert wurden, und fordert die iranischen Behörden dazu auf, die Sicherheit der diplomatischen Missionen zu gewährleisten.“

(Der mündliche Änderungsantrag wird angenommen)

- Nach der Abstimmung:

Lena Kolarska-Bobińska (PPE). – Herr Präsident, im Namen der Verfasser der Entschließung, die soeben über den Iran angenommen wurde, möchte ich beantragen, dass die parlamentarischen Dienste diesen Text ins Farsi übersetzen, sodass die iranische Regierung und die Menschen die deutliche Botschaft, die heute vom Europäischen Parlament formuliert wurde, vollständig verstehen.

(Beifall)

Der Präsident. - Ich danke Ihnen für Ihren wertvollen Vorschlag, den ich an die entsprechende Stelle weiterleiten werde.

9.7. Lage in Jemen (B7-0021/2010) (Abstimmung)

9.8. Menschenhandel (Abstimmung)

9.9. Ergebnisse des Kopenhagener Klimagipfels (B7-0064/2010) (Abstimmung)

- Vor der Abstimmung:

Jo Leinen, im Namen der S&D-Fraktion. – Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Nach dem enttäuschenden Ausgang der Klimakonferenz in Kopenhagen will das Parlament mit dieser Entschließung deutlich machen, dass es keine Alternative zum Klimaschutz gibt und dass wir auf dem Weg zur nächsten Konferenz in Mexiko die Anstrengungen nicht verringern dürfen, sondern eher verstärken müssen.

Ich mache es kurz. Der Änderungsantrag 6 der S&D-Fraktion war in diese Richtung gemeint. Da er missverständlich formuliert ist, ziehen wir ihn zurück. Wir unterstützen aber die Änderungsanträge 1 und 9 der Liberalen und der Grünen, die besagen, dass die EU auf dem Weg nach Mexiko mehr machen muss. Also, beim Klimaschutz darf es keinen Stillstand geben. Ich bitte um Unterstützung.

Rachida Dati (PPE). – (FR) Herr Präsident, meine Damen und Herren! In Bezug auf den Änderungsantrag 21, den ich eingereicht habe, möchte ich zunächst allen anderen Mitgliedern danken, dass sie mich bei der Einreichung des Änderungsantrags unterstützt haben, in der das Prinzip zur Erstellung einer CO₂-Abgabe an den EU-Grenzen festgelegt wird.

Ich möchte auch nochmals wiederholen, dass wir zu unseren Mitbürgerinnen und Mitbürgern ehrlich sein sollten: wir können während der Kampagne nicht sagen, dass Europa sie, ihre Unternehmen und Arbeitsplätze beschützen wird, nur um dann, nach unserer Wahl, alle unsere Versprechen zu vergessen. Ich möchte lediglich hervorheben, dass dieser Änderungsantrag mir den Anreiz zur Diskussion ermöglicht hat, weswegen ich diesen gerne zurückziehe und damit die Debatte im Rat anregen möchte.

Der Präsident. - Der Änderungsantrag wird aus diesem Grund zurückgezogen.

- Vor der Abstimmung über Änderungsantrag 10:

Satu Hassi (Verts/ALE). – Herr Präsident, Änderungsantrag 110 der Grünen steht in keinem Konflikt mit Änderungsantrag 1. Änderungsantrag 1 handelt von der Anhebung unserer Zielsetzung auf über 20. Änderungsantrag 10 – unser Änderungsantrag – handelt von der Verdeutlichung von Bedingungen auf weniger als 40. Dies ist also zusätzlich zu, nicht im Konflikt mit, Änderungsantrag 1. Deshalb muss über Änderungsantrag 10 abgestimmt werden.

Der Präsident. - Die offiziellen Vertreter sind nicht Ihrer Ansicht, ich möchte aber den Vorsitzenden des entsprechenden Ausschusses um seine Stellungnahme bitten.

Jo Leinen, im Namen der S&D-Fraktion. – Ich stehe auf der Seite von Frau Hassi. Das ist ein neuer Gedanke, wir sollten darüber abstimmen.

9.10. Förderung des verantwortungsvollen Handelns im Steuerbereich (A7-0007/2010, Leonardo Domenici) (Abstimmung)

9.11. Gleichstellung von Frauen und Männern — 2009 (A7-0004/2010, Marc Tarabella) (Abstimmung)

9.12. Wichtigste Zielsetzungen für die Konferenz der CITES-Vertragsparteien (Abstimmung)

- Vor der Abstimmung über Änderungsantrag 12:

Raül Romeva i Rueda (Verts/ALE). - (IT) Wir haben nicht über den Originaltext abgestimmt.

Der Präsident. - Wir haben Änderungsantrag 7 genehmigt und der Absatz fällt weg. Manchmal hat der Vorsitz doch Recht.

Gay Mitchell (PPE). – Herr Präsident, können wir die Abstimmung erneut durchführen? Einige glaubten, dass sie über den Abschnitt abstimmten, auf den sich das andere Mitglied bezog. Sind wir hier, um abzustimmen, wie es unserem Wahlauftrag entspricht, oder nicht? Bitte geben Sie eine neue Abstimmung frei, sodass die Abgeordneten die richtige Entscheidung treffen können.

Der Präsident. - Wir können keinen Präzedenzfall schaffen, die Abstimmung kann nicht wiederholt werden. In jedem Fall gibt es einen Unterschied von 130 Stimmen. Dies ist kein kleiner Unterschied. Ich glaube nicht, dass es möglich sein wird, die Ergebnisse der Abstimmung aufzuheben und zu ändern.

9.13. Fortschrittsbericht 2009 über Kroatien (B7-0067/2010) (Abstimmung)

- Vor der Abstimmung über Änderungsantrag 35:

Hannes Swoboda, Verfasser. – Herr Präsident! Nach Rücksprache mit Kollegin Brantner von der Verts/ALE-Fraktion will ich empfehlen, für den ersten und gegen den zweiten Teil zu stimmen, entgegen der Liste, die wir erstellt haben.

9.14. Fortschrittsbericht 2009 über die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien (B7-0065/2010) (Abstimmung)

- Vor der Abstimmung über Änderungsantrag 18:

Ulrike Lunacek, im Namen der Verts/ALE-Fraktion. - Herr Präsident, dieser Änderungsantrag bezieht sich auf die Tatsache, dass die Regierung in Skopje einen Entwurf gegen das Nichtdiskriminierungsgesetz eingereicht hat, der die sexuelle Orientierung aus dem Gesamtpaket entfernt. Das ist einfach unzulässig. Aber ich möchte aufgrund des Namensproblems der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien niemandem die Möglichkeit zur Abstimmung gegen diesen Änderungsantrag über Menschenrechte geben, daher bitte ich darum, „mazedonische Regierung“ gegen „Regierung der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien“ zu ändern.

(Der mündliche Änderungsantrag wird angenommen)

- Vor der Abstimmung über Änderungsantrag 4:

Zoran Thaler, Verfasser. – Herr Präsident, in Änderungsantrag 4 und im Gegensatz zum Abstimmungsantrag möchte ich vorschlagen, aufgrund der Vereinbarung mit den griechischen Kolleginnen und Kollegen dagegen zu stimmen.

9.15. Fortschrittsbericht 2009 über die Türkei (B7-0068/2010) (Abstimmung)

- Vor der Abstimmung über Änderungsantrag 13:

Ria Oomen-Ruijten, Verfasser. – Herr Präsident, ich möchte nur gerne anmerken, dass Änderungsantrag 20 über Absatz 35 zurückgezogen wurde.

10. Stimmerklärungen * * *

Mündliche Erklärungen zur Abstimmung

Bericht: Lambert van Nistelrooij (A7-0048/2009)

Alfredo Antoniozzi (PPE). - (IT) Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte zunächst einmal meine herzlichsten Glückwünsche an Herrn van Nistelrooij für seinen Bericht aussprechen, den ich voll unterstütze.

In der Vergangenheit habe ich, anhand verschiedener Initiativen und Anfragen, über die mögliche Verwendung der Fonds der Europäischen Union für die Bereitstellung von Sozialwohnungen für die Bedürftigsten und am stärksten an den Rand der Gesellschaft gedrängten Menschen und Gruppen Fragen gestellt, wobei es sich um die Gesellschaftsgruppen handelt, denen Kommunalbehörden aufgrund von einkommensbezogenen Maßstäben Sozialwohnungen zuweisen, wie es in den meisten großen Städten und großen Ballungszentren üblich ist.

Das Wohnen, und insbesondere das Wohnen der schwächeren Gesellschaftsschichten ist in vielen großen Städten Europas ein echter Notbedarf geworden. Ich glaube daher, dass Herr van Nistelrooij's Bericht ein Schritt in die richtige Richtung ist. Ich glaube aber auch, dass wir diesen Weg weitergehen sollten und mehr Ressourcen zur Lösung von Notfallsituationen in Zusammenhang mit Sozialwohnungen bereitstellen sollten.

Bericht: Magdalena Alvarez (A7-0006/2010)

Zigmantas Balčytis (S&D). – Herr Präsident! Ich unterstütze diesen Bericht, weil ich glaube, dass er einen Schritt nach vorne im Kampf gegen betrügerische Praktiken und Steuerbetrug auf europäischer Ebene darstellt. Trotz der Bereitschaft der Mitgliedstaaten zur Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Steuerwesens konnten keine greifbaren Ergebnisse erzielt werden, und der Steuerbetrug innerhalb der EU bleibt extrem hoch und zieht viel zu viele negativen Auswirkungen sowohl für unsere Wirtschaft als auch für unsere Bürgerinnen und Bürger nach sich.

Ich heiße daher die vorgeschlagenen Verbesserungen sehr willkommen, die hoffentlich greifbare Ergebnisse im Kampf gegen betrügerische Praktiken und Steuerbetrug erzielen, insbesondere durch die Erweiterung des Gültigkeitsbereichs der Richtlinie auf sämtliche Steuern, einschließlich Beiträge für die soziale Sicherheit, den automatischen Austausch von Informationen und die bessere Zusammenarbeit zwischen Mitgliedstaaten im Steuerwesen.

Bericht: Leonardo Domenici (A7-0007/2010)

Zuzana Roithová (PPE). – (CS) Herr Präsident! Ich würde gerne über den Domenici-Bericht sprechen und insbesondere hervorheben, dass wir hier in Straßburg die Maßnahmen so stark unterstützt haben, um die Transparenz und den gemeinsamen Austausch von Informationen zu verbessern, damit die Steuerbehörde in den Mitgliedstaaten effizienter arbeiten kann. Es ist allerdings schade, dass es einer Wirtschaftskrise bedurfte, um diesen Schritt zu motivieren. Die Achillesferse ist hierbei das Vorhandensein von Steueroasen auf verschiedenen Inselstaaten, wobei sogar einige dieser Inselstaaten von den EU-Fonds unterstützt werden. Es liegt daher bei uns, dieses Problem anzugehen und sie das volle Gewicht der EU spüren zu lassen. Die Versuche einzelner Mitgliedstaaten bilaterale Abkommen abzuschließen haben zu keinen greifbaren Ergebnissen geführt, wie aus der Tatsache zu sehen ist, dass es die 27 Mitgliedsstaaten 2,5 % ihres BIP von 2004 kostete.

Bericht: Magdalena Alvarez (A7-0006/2010)

Daniel Hannan (ECR). – Herr Präsident! Das größte Hemmnis einer Regierung ist der externe Wettbewerb. Ein Staat kann seine Steuern nur auf ein bestimmtes Niveau anheben, bevor das Geld ins Ausland fließt und die Einnahmen schwinden. Wie Milton Friedman so schön sagte, ist der Wettbewerb zwischen Regierungen bei der Lieferung von Dienstleistungen und ihre Staffelung der Steuern genauso produktiv, wie der Wettbewerb zwischen Unternehmen und Einzelpersonen. Aus diesem Grund ist es so erschütternd zu sehen, wie die Europäische Union die Straße in Richtung Steuerharmonisierung und Export hoher Kosten von einem Land in ein anderes beschreitet.

Wenn es ein Thema gibt, dass sich aus den kürzlich stattgefundenen Anhörungen zur Ernennung der Kommission herauskristallisiert hat, dann ist es der Wunsch eines zweckbestimmten Einkommensstroms für die Europäische Union und einer Maßnahme für die Steuerharmonisierung. Dies erklärt auch, warum der Anteil am weltweiten BIP der Europäischen Union schwindet, warum es von 36 % vor 20 Jahren auf heute 25 % gefallen ist und in den nächsten 10 Jahren auf 15 % fallen wird.

Die gute Nachricht dabei ist, dass die Wählerschaft dies gar nicht mag. Genauso wie die Menschen in Massachusetts, möchten auch die Menschen in Europa keine Besteuerung ohne Vertretung und ich bin fest davon überzeugt, dass sie entsprechend wählen werden.

Syed Kamall (ECR). - Herr Präsident! Die meisten Menschen würden beim Anblick dieses Titels sagen, dass eine Zusammenarbeit vernünftig ist. Wer würde dieser Zusammenarbeit nicht zustimmen? Niemand - bis sie sich die Details ansehen und erkennen, was es tatsächlich bedeutet, wenn Menschen die Zusammenarbeit im Steuerbereich innerhalb der EU und auf EU-Ebene diskutieren.

Nehmen wir das Beispiel eines mutigen Landes wie die Kaimaninseln. Ungleich dem grünen und sozialistischen Traum, die Entwicklungsländer arm zu halten, um ihnen unsere Spendengelder zu schicken, sodass das Schuldgefühl des weißen Mittelstandes beruhigt wird, hat dieses Land doch tatsächlich selbst versucht, sich aus der Armut zu ziehen – indem es sich nicht von Bananen und Zuckerrüben abhängig machte, sondern von Dienstleistungen auf hohem Niveau, wie z. B. Finanzdienstleistungen. Doch wenn die Kaimaninseln einen solchen Versuch starten, beschwerten sich Menschen in ganz Europa – in diesem Fall Politiker – darüber. Er verhindert die Abgaben nicht. Was der Versuch beinhaltet ist die Vermeidung einer Doppelbesteuerung. Menschen aus den EU-Ländern zahlen in ihren Mitgliedstaaten Steuern. Dieser Imperialismus muss aufhören!

Bericht: Theodor Dumitru Stolojan (A7-0002/2010)

Daniel Hannan (ECR). - Herr Präsident! Wenn Sie die Länder mit den reichsten Bürgerinnen und Bürgern aufzählen müssten, die Staaten mit den höchsten Pro-Kopf-BIP der Welt, dann würden sie sich über die Tatsache wundern, dass viele dieser Länder sehr, sehr klein sind. Die Top 10 wird von Mikrostaaten bevölkert: Liechtenstein, Luxemburg, Brunei, Jersey und so weiter.

Der erste große Staat, der es in die Liste der reichsten Länder schafft, ist die USA, da sie den außergewöhnlichen Trick aus dem Ärmel zieht, sich selbst wie eine Konföderation aus Bundesstaaten, deren Rechtsvorschriften eine enorme gesetzgebende und finanzpolitische Autonomie besitzen, zu regieren. Aus diesem Grund ist es so tragisch, noch gestern den neuen Präsidenten des Europäischen Rates über die Notwendigkeit einer europäischen wirtschaftlichen Governance als Reaktion auf die Finanzkrise in Griechenland zu hören. Denn je größer und unübersichtlicher eine Regierung wird, desto ineffizienter, verschwenderischer und korrupter wird sie. Sollten die Kolleginnen und Kollegen dies bezweifeln, dann sollen sie sich einfach einmal umsehen.

Entschließungsantrag B7-0072/2010

Iva Zanicchi (PPE). – (IT) Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Das dramatische Erdbeben in Haiti hat nicht nur den Boden dieses unglückseligen Landes erschüttert, sondern auch unser Bewusstsein.

Die sofortige Hilfe der internationalen Gemeinschaft für die Menschen von Haiti war ein leuchtendes Beispiel für Solidarität und Menschlichkeit. Die Europäische Union hat unverzüglich auf die Tragödie reagiert und sich mittel- und langfristigen finanziellen Verpflichtungen verschrieben: insgesamt über 300 Mio. EUR. Dieser Summe können ferner über 92 Mio. EUR hinzugefügt werden, die bereits von einzelnen Mitgliedsstaaten zugesagt wurden.

Diesbezüglich bin ich besonders stolz auf die unverzügliche und effektive Gewährung von Hilfe seitens Italiens, zu der die Entsendung des Flugzeugträgers Cavour gehörte. Dieses Schiff stellte nicht nur seine sämtlichen hochmodernen medizinischen Einrichtungen zur Verfügung, sondern nahm auch 135 Tonnen Material des Welternährungsprogramms und 77 Tonnen Material vom italienischen Roten Kreuz mit.

Danke, Herr Präsident. Ich wollte diesen Punkt einfach noch einmal unterstreichen.

Vito Bonsignore (PPE). - (IT) Herr Präsident! Meine Damen und Herren! 200 000 Tote, 250 000 Schwerverletzte, 3 Millionen direkt vom Erdbeben Betroffene, zusätzlich zu den 2 Millionen Menschen, die Nahrungsmittelhilfe brauchen: das sind die krassen Folgen der schrecklichen Katastrophe, die Haiti getroffen hat.

Die Europäische Union hat ihren Teil getan und tut ihn auch weiterhin. Sie ist weltweit der größte Geber. Ich muss aber dennoch hervorheben, dass die Hohe Vertreterin, zuständig für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, nicht direkt loszog, um unsere Hilfe zu koordinieren. Wir hätten lieber gesehen, dass sie unverzüglich ihre Arbeit dort aufgenommen hätte. Wir hätten sie gerne in Haiti beim Helfen von Anderen dabeigehabt.

Der italienische Außenminister, Herr Frattini, hatte vorgeschlagen, dass insbesondere die Schuldenlast von Haiti, eines der ärmsten Länder der Welt, erlassen werden sollte. Nun fordere ich das Parlament dazu auf, diesen Antrag zu unterstützen. Ich fordere die Union auf, dieses in die Tat umzusetzen und fordere alle Gläubigerländer dazu auf, Italiens Antrag zur Erlassung der Schulden von Haiti zu unterstützen.

Zuzana Roithová (PPE). – (CS) Es ist vielleicht spät, aber zumindest haben wir eine Entschlie­ßung über spezifische Maßnahmen zur Unterstützung Haitis angenommen. Es ist wichtig, dass wir uns auf eine langfristige Erholung dieser schrecklich verarmten Insel konzentrieren. Als Vizevorsitzende der ACT-EU-Vereinigung für Menschenrechte halte ich es für wichtig, dass die europäische Unterstützung sich stark auf die Sicherung der langfristigen Gesundheitsfürsorge und Erziehung Tausender verwaister Kinder direkt auf Haiti konzentrieren sollte. Wir müssen die Gefahr des Kinderhandels verhindern. Ich bin jedoch von den Medienberichten heute beunruhigt, die berichten, dass Haitianer protestieren, dass trotz aller Bemühungen noch immer keine Zelte über ihren Köpfen stehen und es weder Nahrung noch Wasser gebe. Ich ärgere mich außerdem darüber, dass die Hohe Vertreterin für Auswärtige Angelegenheiten, Baronin Ashton, ihr Wochenende nicht opfern wollte, um rechtzeitig auf der Insel zu sein. Dies ist kein guter Start für die verbesserte EU-Außenpolitik nach der Ratifizierung des Vertrags von Lissabon.

Hannu Takkula (ALDE). – (FI) Herr Präsident! Es ist sehr wichtig, dass die Europäische Union als größte Wirtschaftsmacht der Welt nach dem Erdbeben tatkräftige Hilfe im Katastrophengebiet von Haiti leistet. Nur selten können Erdbeben wie diese vorhergesagt werden. Sie treten unerwartet auf. Daher sind wir, die Mitglieder der globalen Gemeinschaft, gefragt, unsere Solidarität und unseren Umgang mit unseren Mitmenschen zu zeigen.

Wie ein altes Sprichwort so schön sagt: Wir sind nur so stark, wie unser schwächstes Glied. Nun stand also die Solidarität der Europäischen Union auf dem Prüfstand. Wir müssen tatkräftig unser schwächstes Glied unterstützen, nämlich unsere Mitmenschen in Haiti, und sicherstellen, dass die von der Europäischen Union geleistete Hilfe den Zielort erreicht und dort effektiv eingesetzt wird. Wie erfolgreich die Hilfe und das Geld sind, wird in Bezug auf diese Kriterien beurteilt werden.

Offensichtlich müssen und sind die Mitgliedstaaten auch daran beteiligt, und zwar auf die gleiche Weise, wie viele christliche Gemeinschaften mit direkten Kontakten an der gesellschaftlichen Basis. Auf diese Weise können wir sicherstellen, dass die Hilfe dort angelangt, wo sie gebraucht wird.

Diane Dodds (NI). – Herr Präsident! Freitag wird das zerstörerische Erdbeben in Haiti einen Monat her sein. Die Zahl der Toten wird nun auf ca. 230 000 geschätzt und die Zahl der Verletzten auf ca. 300 000. Dies sollte ein Zeichen für uns sein, sicherzustellen, dass die Überlebenden Unterstützung bekommen, um ihr Leben und ihr Land wieder aufzubauen. Ich habe aus diesem Grund die gemeinsame Entschlie­ßung unterstützt, möchte aber meinen Einspruch zu dem Konzept einer europäischen Katastrophenschutztruppe zu Protokoll geben.

Daniel Hannan (ECR). – Herr Präsident! In der Diskussion zu dieser Entschlie­ßung haben wir wieder einmal gesehen, wie dieses Plenum das Virtuelle über das Reale, das Symbolische über das Tatsächliche stellt. Wir sprachen über die Notwendigkeit, ein europäisches Zeichen bei der Hilfe für Haiti zu setzen, und über das Bedürfnis, das Prinzip einer europäischen Katastrophenschutztruppe zu erarbeiten. Baronin Ashton wurde von vielen Seiten vorgeworfen, dass sie nicht dort war, um dem Ganzen ein europäisches Gesicht zu geben.

Währenddessen lieferten die Amerikaner echte Hilfe auf eine außergewöhnliche und flexible Art. Und welchen Dank erhielten sie? Ihnen wurde von einem französischen Minister vorgeworfen, das Land besetzt zu haben. Mit anderen Worten, in diesem Plenum ist Amerika grundsätzlich im Unrecht. Wenn Amerika einschreitet, dann beschimpft man es Imperialist. Wenn es nicht einschreitet, nennt man es einen Isolationisten.

Ich würde gerne einmal fragen, ob die Europäische Union nicht wichtigere und dringendere Dinge in Europa­nähe zu tun hat, als Bemerkungen zu Dingen in der Karibik zu machen. Griechenland steht kurz vor dem finanziellen Aus. Wir sind kurz davor, eine Bürgschaft einzugehen - und verstoßen damit gegen Artikel 125 der Verträge. Erst wenn unser Plenum sich einig ist, können wir eventuell anfangen, Anderen Strafpredigten zu halten.

Entschlie­ßungsantrag B7-0078/2010

Miroslav Mikolášik (PPE). – (SK) Die Menschenrechte im Iran werden auch weiterhin missachtet, trotz der Entschlie­ßung des Europäischen Parlaments vom 22. Oktober über den Iran, die meiner Meinung nach nicht den erwarteten moralischen Druck ausgeübt hat. Besonders schockierend und bedauerlich finde ich die

Hinrichtung minderjähriger Verbrecher, von denen bis heute ca. 140 im Iran hingerichtet wurden. Ein aktueller Fall war beispielsweise die Hinrichtung des 17-jährigen Mosleh Zamani im Dezember 2009.

Unglücklicherweise scheint das Verbot der Hinrichtung von Kindern in der internationalen Arena keine politische Priorität einzunehmen. Iran trägt für die Fortführung dieser entsetzlichen Praxis trotz der Tatsache, dass die Islamische Republik Iran ein Vertragsstaat des Übereinkommens über die Rechte des Kindes und des Internationalen Pakts über bürgerliche und politische Rechte ist, keine Konsequenzen. Ich möchte daher gerne die EU auffordern, spezifische und entschlossene Maßnahmen zu ergreifen, um die neuen Optionen aus dem Vertrag von Lissabon vollständig zu nutzen.

Marco Scurria (PPE). - (IT) Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte etwas sagen, weil, wie zuvor erwähnt wurde, die italienische Botschaft und andere Botschaften gestern in Teheran angegriffen wurden.

Demzufolge sollten das Parlament und die Union in Betracht ziehen, ihre Solidarität, wenn möglich formal, mit unserem Land und allen von diesem Angriff betroffenen Ländern auszusprechen. Wir sollten auch deutliche Signale senden. Daher beantrage ich offiziell, dass Europa nicht an den Zeremonien des Jubiläums der Islamischen Revolution im Iran teilnimmt, und dass wir damit ein deutliches Signal an die iranischen Behörden senden sollten.

Ich sage dies auch an einem besonderen Tag für die Italiener, denn heute ist Volkstrauertag. Aus diesem Grund trage ich, wie viele andere Italiener – einschließlich Ihnen, wie ich hoffe, Herr Präsident – diese dreifarbige Rosette im Gedenken an die vielen Italiener, die an jenem Tag vertrieben wurden und ihr eigenes Land verlassen mussten.

Mit dieser Gedenkhandlung möchte ich unsere Solidarität für alle zeigen, die für Demokratie und Frieden im Iran gekämpft haben. Aus diesem Grund bitte ich unsere Behörden, nicht an den Jubiläumsfeiern der Islamischen Republik teilzunehmen.

Zuzana Roithová (PPE). – (CS) Es ist wichtig, dass wir heute durch unsere Abstimmung deutlich gemacht haben, und dass wir darauf bestehen, dass das iranische Nuklearprogramm unter die internationale Kontrolle fällt, selbst wenn das iranische Parlament die Ratifizierung des Protokolls über die Nichtverbreitung von Kernwaffen abblockt. Der Ratsvorsitz muss sicherstellen, dass dieses Problem auf der Tagesordnung der nächsten Sitzung des UN-Sicherheitsrats steht. Ich begrüße den Entschluss, dass Baronin Ashton gegen den Zwischenfall in der italienischen Botschaft Beschwerde einlegt, da dies nicht nur Italien, sondern die gesamte Europäische Union betrifft. Unsere Erklärung von heute zeigt ebenfalls, dass sich Kommission, Rat und Parlament einig sind. Ich freue mich, dass wir uns darüber einig sind, dass die Handelsvereinbarung mit dem Iran nur unter Einbezug einer Verpflichtung zur Einhaltung der Sicherheit und der Menschenrechte ausgehandelt wird.

Salvatore Tatarella (PPE). - (IT) Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Angriff auf die europäischen Botschaften, insbesondere die italienische, und die Drohungen, die gegen den italienischen Premierminister ausgesprochen wurden, stellen einen extrem schweren Zwischenfall dar, der einer Zurechtweisung bedarf. Die systematische Unterdrückung jeglicher Opposition innerhalb des Irans ist für uns noch schwerwiegender und das Nuklearprojekt der Islamischen Republik Iran noch mehr.

Dies alles war unter anderem durch unsere „Abwarten und Tee trinken“-Haltung sowie dem übertoleranten Verhalten des Westens möglich. Nun wurde auch die von Präsident Obama gereichte Hand zurückgewiesen und der Westen hat keine Alternativen mehr als Androhungen und den unverzüglichen Einsatz eines Sanktionsplans, der wirksam, streng und selektiv sein muss, damit er die Menschen im Iran nicht betrifft.

Es ist mir bewusst, dass Russland und China keine Sanktionen wollen, aber die Europäische Union muss sich stark darum bemühen, diese Mächte zu überreden, den Sanktionen zuzustimmen, die eine Alternative zum Aussenden von Streitmächten darstellt.

Hannu Takkula (ALDE). – (FI) Herr Präsident! Es ist offensichtlich, dass die Lage im Iran einen Krisenpunkt erreicht hat. Seit den Präsidentschaftswahlen hat es Demonstrationen gegeben, in denen die Opposition sehr hart behandelt wurde, Menschenrechte verletzt wurden, und schließlich gibt es die Bedrohung durch Atomwaffen, die eine große Bedrohung für den Nahen Osten und besonders für Israel, jedoch auch für ganz Europa, darstellt.

Es scheint, dass die EU nicht dazu fähig ist, mit dem Iran zu sprechen. Vielleicht liegt das an den kulturellen Unterschieden, da die Glaubenslehre der Schiiten gegenüber dem europäischen Humanismus und der

Philosophie der Aufklärung in einem starken Gegensatz zueinander stehen. Daher müssen wir einen neuen Weg finden.

In jedem Fall müssen wir deutlich sein und die europäischen Werte verteidigen – auch in unserer Beziehung zu den Iranern. Wir müssen des Weiteren hart daran arbeiten, den Iran wissen zu lassen, dass die Spielregeln für unser Spiel Folgende sind: Demokratie, Menschenrechte und Freiheit der Meinungsäußerung. Da wir nun über diese Entschliebung abgestimmt haben, ist es sehr wichtig, dass diese auch ins Farsi und Arabische übersetzt wird, die beiden im Iran am meisten gesprochenen Sprachen, sodass jedem bewusst wird, welche Art von Regierung und welche Richtlinien die Europäische Union in dieser Region wünscht.

Ryszard Czarnecki (ECR). – (PL) Herr Präsident! Ich befürworte die Entschliebung über den Iran und bin mir der Tatsache bewusst, dass es sich um eines der größten Probleme und Herausforderungen der Welt und Europas handelt. Gleichzeitig unterstütze ich nicht die Änderungsanträge, die von einigen unserer Kolleginnen und Kollegen vorgeschlagen wurden, in denen der Iran als ein Gegner des Westens abgestempelt wird. Wir sollten die großartige Kultur und Geschichte dieses Landes berücksichtigen. Die derzeitigen Machtinhaber im Iran verleugnen möglicherweise diese großartige Geschichte und Kultur. Wir sollten die künftigen Machtinhaber im Iran als Partner ansehen. Wir erhalten auch weiterhin Informationen über Hinrichtungen und Todesurteile. Wir müssen daher eine grundsätzlich menschliche Solidarität mit allen zeigen, die ein besseres Iran suchen, ein Iran, das Partner des Westens ist, nicht Feind.

Gianni Vattimo (ALDE). – (IT) Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte anmerken, dass ich mich der Stimme über die Entschliebung bezüglich des Irans aus zwei Gründen enthalten habe.

Der erste Grund ist sehr spezifisch. In der Entschliebung wurde vorausgesetzt, dass die Wahlen, die zum Sieg von Präsident Ahmadinejad führten, nicht mit rechten Dingen zugehen. Dies konnte jedoch in keiner Weise nachgewiesen werden. Hinzu kommt, dass ein angesehener Mann wie Präsident Lula kürzlich erklärte, dass er diese Beschuldigungen lächerlich findet.

Der zweite Grund ist, dass sich der Iran ständig der Gefahr eines militärischen Einsatzes durch die USA und Israel ausgesetzt sieht - wir hingegen berücksichtigen auch dies nicht. Ich finde, dass eine ausgewogene Entschliebung zugunsten des Friedens in der Region auf keinen Fall den verzeihenden Tonfall eines bevorstehenden Krieges annehmen darf, der noch gar nicht stattgefunden hat.

Entschliebungsantrag B7-0029/2010

Siiri Oviir (ALDE). – (ET) Ich habe die hier zur Aussprache stehende Entschliebung unterstützt, weil ich ebenfalls glaube, dass das derzeitige gesetzliche Rahmenwerk der Europäischen Union über den Menschenhandel nicht sehr wirksam war und zudem nicht ausreichend umgesetzt wurde. Wir müssen uns immer wieder mit diesem Thema auseinandersetzen.

Es ist bedauerlich, dass 16 Parlamente der Mitgliedstaaten, einschließlich dem Parlament in meinem eigenen Land, immer noch nicht begriffen haben, welchen Stellenwert der Menschenhandel einnimmt, und dass sie die Ratifizierung und Verabschiedung des Europarat-Übereinkommens über Maßnahmen zur Bekämpfung des Menschenhandels aus dem Jahr 2005 nicht als notwendig erachteten. Ich hoffe, dass die heute von uns verabschiedete Entschliebung ein Signal setzt und möchte noch einmal darauf aufmerksam machen, wie wichtig die Konzentration auf die Bekämpfung des Menschenhandels und der Verhinderung weiterer Opfer ist.

Zuzana Roithová (PPE). – (CS) Ich würde gerne die Gelegenheit ergreifen, um die Arbeit von Edit Bauer und Simon Busuttil zu loben, die bei der Verhandlung der Kompromisse sehr hart aufgetreten sind so dass ich für diesen Bericht stimmen konnte. Ich bin hocherfreut, dass sogar die Sozialisten ihr Wort gehalten haben. Der Bericht bietet auch eine Lösung für die sensiblen Themen aus dem Programm der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten), wie z. B. die Unterstützung derjenigen, die Menschen an der Grenze helfen, um deren Ausbeutung für den Handel zu verhindern, und liefert eine Definition der Umstände zur Vergabe von Aufenthaltstiteln, Zugang zum Arbeitsmarkt und Familienzusammenführungen.

Elżbieta Katarzyna Łukacijewska (PPE). – (PL) Herr Präsident, wir leben im 21. Jahrhundert und sehen uns selbst als zivilisierte Nationen an. Das Problem des Menschenhandels ist und bleibt dennoch ungelöst, ja, wird sogar immer gravierender. Die Opfer des Menschenhandels sind meist Frauen und Kinder, die Bestrafung der Verbrecher ist nicht schwer genug, um sie von der Durchführung ihrer Tätigkeiten abzuhalten. Europa muss entschiedener gegen diesen beschämenden Vorgang vorgehen. Aus diesem Grund habe ich diese Entschliebung befürwortet, die eine Entwicklung von wirksamen Mitteln zum Kampf gegen dieses

Phänomen und eine bessere Koordinierung der Maßnahmen zwischen den Mitgliedstaaten fordert, sowie angemessene operationelle Einrichtungen der Europäischen Union, in der Hoffnung positive Wirkungen zu erzielen.

Hannu Takkula (ALDE). – (FI) Herr Präsident, der Menschenhandel ist seit jeher menschenverachtend. Es ist daher sehr wichtig, dass wir in Europa spürbar gegen ihn vorgehen.

Ich habe selbstverständlich für diesen Entschließung gestimmt, frage mich aber besorgt, was diese praktisch bedeutet. Handelt es sich bei der Formulierung dieses Entschließungsantrags lediglich um die Beruhigung unseres schlechten Gewissens? Das darf es nicht sein: Wir brauchen konkrete Maßnahmen.

Der Menschenhandel ist immer noch ein ernstzunehmendes Problem innerhalb der Europäischen Union. Wir müssen alle erdenklichen Anstrengungen im Kampf gegen den Menschenhandel, der insbesondere Kinder und Frauen betrifft, machen. In dieser Hinsicht hoffe ich, dass die Europäische Union und die Mitgliedstaaten konkrete Maßnahmenpakete durchsetzen und endlich anfangen zu handeln. Wie gesagt, Menschenhandel ist menschenverachtend und die menschliche Würde ist ein Wert, der nicht aufs Spiel gesetzt werden darf. Wir, als Europäerinnen und Europäer, müssen die menschliche Würde unter allen Umständen verteidigen.

Entschließungsantrag B7-0064/2010

Marisa Matias, im Namen GUE/NGL-Fraktion. – (PT) Herr Präsident, ich möchte erklären, dass wir sehr viel lieber eine stärkere Entschließung über Kopenhagen als die, über die wir heute abgestimmt haben, angenommen hätten. Dennoch habe ich dafür gestimmt, da wir glauben, dass es wichtig ist, dass das Parlament seine große Enttäuschung über die Vereinbarung, die das Ergebnis von Kopenhagen ist, ausdrückt. Der Vertrag ist nicht bindend, auch wenn er ein implizites bzw. zum Ausdruck gebrachtes Engagement für uns darstellt, eine bindende Vereinbarung noch im laufenden Jahr einzugehen. Das Problem wird immer schlimmer, die Zeit läuft uns davon, und wir müssen diesem zum Ausdruck gebrachten Engagement nachkommen.

Aus diesem Grund möchte ich die Europäische Union dazu auffordern, nicht mehr andere als Sündenbock zu nehmen. Es ist sehr leicht, etwas nicht zu tun, weil andere auch nichts tun. Wir haben aber eine starke Haltung eingenommen und müssen von ihr ausgehen. Die immer wieder neuen Ausreden sind verantwortungslos und nicht mehr haltbar. Es gibt viele Dinge, die wir tun können, um unsere starke Haltung aufrechtzuerhalten. Ein Schritt kann die Neudefinition des EU-Haushalts sein, um unseren eigenen Fonds zur Bekämpfung des Klimawandels zu gewährleisten. Das wurde noch nicht getan. Ein weiterer Schritt könnte die Zuweisung zusätzlicher Fonds zur Unterstützung der Entwicklungsländer sein, anstelle der Kürzung oder Beschneidung bereits vorhandener humanitärer Mittel. Denn der Versuch zur Lösung der Probleme bezüglich des Klimawandels wäre zynisch, wenn gleichzeitig andere Probleme geschaffen bzw. unbeachtet blieben, die das Überleben gefährden würden. Wir können aber zusätzliche Probleme nicht ohne zusätzliche Ressourcen angehen.

Aus diesem Grund müssen wir eine Verpflichtung eingehen. Wir können es uns nicht leisten, uns noch länger darum herumzudrücken. Wir haben eine feste Haltung in Kopenhagen eingenommen. Jetzt müssen wir den Erwartungen gerecht werden, weil es sich um echte Probleme und echte Menschen handelt, und die Probleme jetzt zu lösen sind. Aus diesem Grund übernehmen wir heute hier diese Verantwortung.

Alajos Mészáros (PPE). – Herr Präsident, ich begrüße die Möglichkeit, diese Entschließung zu unterstützen.

Der Gipfel von Kopenhagen war in jeder Hinsicht eine Enttäuschung. Die EU hat insbesondere darin versagt, einen einheitlichen und wirksamen Ansatz für die Handhabung des Klimawandels zu liefern, und konnte auch ihre führende politische Position in diesem Punkt nicht stärken. Ich denke daher, dass die Annahme dieser Entschließung eine äußerst wichtige Handlung ist, um den ungebrochenen Geist und die Bestimmtheit der EU als führende Weltmacht gegen den Klimawandel zu beweisen. Wir müssen weitere Maßnahmen zur Handhabung des Klimawandels verstärken und fördern.

Peter Jahr (PPE). – Herr Präsident! Ich persönlich halte es für völlig falsch, sich beim Klimawandel ausschließlich auf eine Minderung des CO₂-Ausstoßes zu konzentrieren. Denn erstens vergessen dabei viele, dass die Erforschung der Ursachen des Klimawandels noch ganz am Anfang steht, und zweitens ist es völlig falsch und unwissenschaftlich, den Klimawandel als monokausales Phänomen zu definieren. Das heißt, CO₂ als alleinige Kennzahl macht die Welt nicht besser.

Ich halte es für wichtiger, die Schonung der Ressourcen in den Mittelpunkt unserer Betrachtung zu stellen. Ein reduzierter Verbrauch von fossilen und ein Mehrverbrauch von nachwachsenden Rohstoffen sowie erneuerbaren Energien schonen die Umwelt, verbessern die Effizienz und hinterlassen unseren Nachkommen eine bessere Welt. Ein effizienter und nachhaltiger Umgang mit unseren Ressourcen ist somit weitaus zielführender für uns, unsere Gesellschaft und die Umwelt als eine Verminderung des CO₂-Ausstoßes, koste es, was es wolle.

Anja Weisgerber (PPE). - Herr Präsident! Die Klimaverhandlungen von Kopenhagen verliefen für die Europäische Union enttäuschend. Das wurde bereits gesagt. Das Ergebnis ist weit von der EU-Position entfernt und auch weit entfernt von der notwendigen Position für den Klimaschutz. Einzig die Anerkennung des Zwei-Grad-Ziels ist positiv zu bewerten, da hieraus die notwendigen Reduktionsverpflichtungen abgeleitet werden können.

Wir müssen uns jetzt fragen: Was können wir aus den gescheiterten Verhandlungen lernen und wie geht es jetzt weiter? Daher gilt es jetzt, zu reflektieren und den bisherigen Weg auch an der einen oder anderen Stelle kritisch zu hinterfragen. Wir müssen uns fragen, wie wir gemeinsam mit anderen Staaten weitergehen können. Wie können wir verhindern, dass die USA, China und Indien einen Kompromiss aushandeln und die EU nicht mit am Tisch sitzt? Wie können wir besser mit den Entwicklungs- und Schwellenländern verhandeln? Sind diese Verhandlungen zwingend unter dem Dach der UN durchzuführen?

Ich möchte abschließend sagen, dass ich froh bin, dass ich für die Entschließung stimmen konnte, weil sie meiner Meinung nach weiterhin die Vorreiterrolle der Europäischen Union deutlich macht. Wir müssen jetzt diese Fragen beantworten und weiterhin, auch international, diesen Weg gehen.

Zuzana Roithová (PPE). - (CS) Dieser Entschließungsentwurf über den Ausgang des Gipfels von Kopenhagen zum Klimawandel war das Ergebnis einer detaillierten Arbeit der Mitglieder einer Reihe von Ausschüssen und ist mit der Langzeitstrategie einer echten grünen Politik verknüpft, die mit den wirtschaftlichen Zielen der EU in einer globalisierten Welt Schritt hält. Ich muss mich jedoch gegen eine Reihe von unverantwortlichen Änderungsanträgen seitens der Sozialisten und Grünen aussprechen, insbesondere im Hinblick auf die Versuche zur Erhöhung der vereinbarten Langzeitziele über die Emissionsvermindierungen um 40 % oder das nukleare Verbot, oder die europäische Übergangssteuer für den Klimawandel. Mir ist auch das Herunterspielen des Klimawandels seitens der EKR-Fraktion zuwider, und ich ärgere mich über die absurde Kritik des dänischen Premierministers, anstelle eines Dankes für die sorgfältige Vorbereitung des Gipfels von Kopenhagen.

Albert Deß (PPE). - Herr Präsident! Ich habe gegen den Entschließungsantrag gestimmt, weil ich der Meinung bin, dass einige wichtige Daten nicht enthalten sind. In letzter Zeit häufen sich die Meldungen, dass von Klimawissenschaftlern bei Daten Schwindel betrieben wird. Darüber müssten wir einmal diskutieren und das festhalten.

Damit kein Missverständnis entsteht: Ich engagiere mich seit vielen Jahren dafür, dass wir mit fossilen Rohstoffen sparsam umgehen, damit wir die Umwelt möglichst wenig belasten. Aber die Panikmache, die mit dem Wort Klimawandel betrieben wird, kann ich nicht nachvollziehen. In meinem langen Politikerleben habe ich vieles schon erlebt. Anfang der 80er-Jahre hat es geheißen, im Jahr 2000 gibt es in Deutschland keinen Baum mehr. Deutschland ist grüner als je zuvor. Es ist richtig, dass es einen Klimawandel gibt, aber den hat es in der Geschichte immer gegeben und wird es auch in Zukunft geben. Deshalb habe ich gegen diesen Entschließungsantrag gestimmt.

Daniel Hannan (ECR). - Herr Präsident, auf seiner ersten Pressekonferenz nach Ernennung zum Präsidenten des Europäischen Rates, feierte Herman van Rompuy die Tatsache, dass 2009 das erste Jahr der globalen Governance war und er freute sich explizit auf den Gipfel von Kopenhagen als Schritt in Richtung globales Wirtschaftsmanagement unseres Planeten.

Es ist wirklich schade, dass sich einige Menschen auf die Umweltschutz-Agenda gestürzt haben als ob es sich um eine andere Agenda handeln würde, nämlich um eine Agenda, deren Kern der Wunsch war, den gewählten nationalen Politikern die Macht zu entreißen und diese in die Hände internationaler Technokratien zu legen.

Die Tragik dabei ist nicht bloß, dass wir immer weniger demokratisch werden. Das Problem ist, dass wir den Konsens verlieren, den wir möglicherweise beim Angehen der Umweltprobleme noch gehabt hätten. Links oder rechts, konservativ oder sozialistisch – wir sind uns doch wohl alle einig, dass wir uns verschiedene Arten der Energiezufuhr wünschen, und dass wir nicht möchten, dass Schadstoffe in die Atmosphäre gepumpt werden. Es wurden jedoch nur Strategien angewandt die Staatlichkeit und Korporatismus fördern, dieselben

Strategien, die politisch und gesellschaftlich gescheitert sind und nun auf die Umwelt angewandt werden. Die Umwelt ist viel zu wichtig, um sie der Linken zu überlassen.

Syed Kamall (ECR). - Herr Präsident! Wenn wir den Diskussionen hier im Parlament zuhören, so gibt es viele Kolleginnen und Kollegen, die die Tatsache bedauern, dass der EU nicht bei den vor Kurzem stattgefundenen Diskussionen in Kopenhagen zugehört wurde.

Vielleicht sollten wir einmal darüber nachdenken, warum. Schauen wir uns nur einmal unser Verhalten im Europäischen Parlament an. Erstens gibt es zwei Gebäude für das Europäische Parlament. Wir kommen nach Straßburg und beheizen und beleuchten das Gebäude auch dann, wenn keiner dort ist – was für eine Heuchelei! Schauen wir uns nur einmal das Ausgabensystem an – ein Ausgabensystem, das Abgeordnete dazu verleitet, Taxis und Personenwagen mit Chauffeur zu nehmen – wenn sie jedoch versuchen, die öffentlichen Verkehrsmittel zu nutzen, wird das Geld für den Transport nicht zurückerstattet: was für eine Heuchelei! Wenn Sie sich das Parlamentsgebäude bei Nacht anschauen, strahlt es heller als der Sternenhimmel. Schauen Sie sich die gemeinsame Agrarpolitik an, die viele Abgeordnete hier unterstützen – sie schadet nicht nur den Wirtschaften der Entwicklungsländer, sondern auch der Umwelt.

Bevor wir also dem Rest der Welt Predigten halten, sollten wir uns erst einmal an unsere eigene Nase fassen.

Eija-Riitta Korhola (PPE). - (FI) Herr Präsident! Ich habe Änderungsantrag 43 unterstützt, der jeden dazu aufforderte, die vor Kurzem stattgefundenen Klimaskandale zu berücksichtigen. Diese Skandale sind im Bezug auf ihre Folgen sehr viel ernster zu nehmen, als dieses Plenum gerne glauben möchte. Wir müssen dazu in der Lage sein, uns auf unabhängige wissenschaftliche Forschungen zu verlassen; anderenfalls verlieren wir jede Grundlage zur Erstellung von Richtlinien.

Schon meine ganze 10-jährige Karriere als Abgeordnete lang macht mir der Klimawechsel Sorgen. Ich habe aktiv mithilfe einer Emissionshandelsgesetzgebung nach einer Klimaschutzpolitik für Europa gesucht, die nicht nur ehrgeizig, sondern auch logisch ist, und die nicht darin besteht, die Emissionen von einem Ort zum anderen zu verschieben. Unsere Strategie derzeit ist bürokratisch und untauglich: wir handeln nicht wie Pioniere und sollten den bereits beschrittenen Weg nicht weitergehen.

Das Schlimmste dabei ist, dass es die EU nicht interessiert, was gerade in der Klimaschutzforschung vor sich geht. Wir haben Paniklösungen basierend auf verzerrten Informationen vorgeschlagen. Die falschen Aussagen in dem Bericht des Zwischenstaatlichen Ausschusses für Klimaänderungen (IPCC) stellen ein so gravierendes Problem dar, dass wir eigentlich Rajendra Pachauri dazu auffordern müssten, als Leiterin des IPCC abzutreten, und dann erneut zusammentragen müssten, was wir über den Fortschritt der Klimaänderung aufgrund menschlicher Handlungen wissen und wie wirksam unsere politischen Handlungen in Bezug darauf überhaupt sind.

Bruno Gollnisch (NI). - (FR) Herr Präsident! Die Entschließung des Parlaments zeigt, dass in diesem Bereich (wie in so vielen anderen auch) unsere Einrichtung absolut keine Urteilsfähigkeit hinsichtlich der Dogmas besitzt, die auf uns einstürmen.

Tatsächlich glauben viele Experten, dass die allbekannte hockeyschlägerförmige, exponentielle globale Erwärmungskurve tatsächlich nur eine grafische Erfindung ist. Die Gletscher schmelzen nicht überall. Im Gegensatz zu dem, was der IPCC angekündigt hat, schmelzen sie jedenfalls nicht im Himalaya. Der Wasserpegel ist nicht kurz davor, Bangladesch zu überschwemmen, ganz im Gegenteil. Das Delta des Ganges steigt aufgrund des angeschwemmten Bodens an. Eisbären, die angeblich kurz vor dem Aussterben sind, waren noch nie so fruchtbar wie heute. Das Abwechseln von warmen und kalten Wetterperioden ist in unserer Geschichte schon mehrmals vorgekommen, das ist sogar noch gar nicht so lange her, und hatte absolut nichts mit menschlichen Aktivitäten zu tun. Möglicherweise liegt die Ursache in den Sternen und nicht in den mutmaßlichen Treibhausgasen.

Solange die Ausgangspunkte für die Debatte nicht geklärt sind, können wir nur glauben, dass es sich um ein groß angelegtes ideologisches Dogma handelt, das zur Rechtfertigung der Einführung einer Weltregierung erfunden wurde.

Giommaria Uggias (ALDE). - (IT) Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte meine Gründe über die Abstimmung bezüglich Änderungsantrag 12 erklären. Das *l'Italia dei Valori* ist ausdrücklich gegen die Erzeugung von Kernkraft.

Wir haben uns während des Wahlkampfes bereits gegen dieses schwierige Thema gestellt und in unser Programm aufgenommen. Wir verfolgen dieses Ziel nun mit Bestimmtheit, und untermauern dies in

unserem letzten Kongress in Italien mit einer wichtigen Handlung. Wir führen einen großen Kreuzzug zur Förderung einer Volksabstimmung gegen ein von der italienischen Regierung eingeführtes Gesetz, das einen Mehrheitsbeschluss, den die Italiener bereits per Volksentscheid ausgedrückt hatten, übergeht.

Wir tun dies, weil wir uns eine saubere Zukunft mit erneuerbaren Energien wünschen, die auf Solar- und Windenergie setzt. Wir tun dies vor allem, weil wir, wie ich bereits sagte, das Bestreben des italienischen Volkes ausdrücken möchten und nicht das, was eine kleine Mehrheit möchte, die zurzeit im italienischen Parlament sitzt.

Bericht: Leonardo Domenici (A7-0007/2010)

Daniel Hannan (ECR). – Herr Präsident! Zur gleichen Zeit als die guten Menschen in Massachusetts gegen eine übermäßige Besteuerung und zu stark eingreifende Regierung stimmten, haben unsere eigenen Kommissionskandidaten mit den Plänen geprahlt, die Besteuerung in der Europäischen Union zu harmonisieren und einen separaten Einkommensstrom für Brüssel zu schaffen. Wie sollen wir den Unterschied zwischen diesen beiden Unionen erklären?

Es scheint, dass wir in der Gründungs-DNA der zwei Verfassungen nach einer Erklärung suchen müssen. Die USA wurde nach einem Volksaufstand gegen eine entfernte und autokratische Regierung und hohe Besteuerung gegründet, während die Europäische Union – gemäß Zeile 1 von Artikel 1 des Gründungsabkommens – sich eines immer engeren Zusammenschlusses verpflichtet. Dadurch stemmt sie sich gegen den Wettbewerb, die externe Kurve, und das ist die größte Einschränkung der Regierung. Das ist der Grund, warum wir nun – indem wir gemäß der Gründungsdoktrinen handeln – diese Unnachgiebigkeit im Steuerwettbewerb finden, der als Angriff auf die Steueroasen maskiert wurde, der aber tatsächlich nur zeigt, dass es Gesetzgebungen gibt, die ein wirksameres System betreiben und ihre Steuern niedriger halten können. Die Wirklichkeit ist nämlich, dass der Steuerwettbewerb – oder die Steueroasen, wenn Sie darauf bestehen, diese so zu nennen – einer der Wege ist, die Regierung klein zu halten und Größe und Freiheit den Bürgerinnen und Bürgern zu gewährleisten.

Syed Kamall (ECR). – Herr Präsident! Es ist der Zeitpunkt gekommen, uns zu fragen: Warum konzentrieren wir uns so stark auf Steuerfragen, Zusammenarbeit im Steuerbereich und Handeln im Steuerbereich?

Sie brauchen sich nur die Belege einer Reihe von Mitgliedstaaten anzusehen, um die Antwort in Betracht ziehen zu können. Wir haben Länder mit großen Schulden. In meinem eigenen Land hat die britische Regierung Geld ausgegeben, das sie gar nicht besitzt, und muss nun ein riesiges Loch im Haushalt stopfen. Sogar vor der Wirtschaftskrise kannten wir schon Länder, die nicht genügend Steuern einnehmen, um die öffentlichen Dienstleistungen zu tragen, die von den Bürgerinnen und Bürgern dieser Länder gebraucht werden. Wir geben außerdem Steuergelder aus, indem wir Unternehmen unterstützen, die uns enttäuscht haben und schlecht geführt werden, genauso wie schlecht geführte Banken.

Was sollten wir also tun? Wir sollten zunächst einmal eine Lösung für alle Probleme finden, die ich genannt habe, aber wir dürfen auch nicht vergessen, dass der Steuerwettbewerb eine gute Sache ist, denn er ermutigt die Regierungen, weniger Gelder von uns zu nehmen und das Geld effizienter in ihre Bürgerinnen und Bürger zu investieren.

Vicky Ford (ECR). – Herr Präsident! Heute hat das Parlament über ein Dokument in Bezug auf Steuerbetrug und -umgehung abgestimmt; dieses Dokument wurde von meiner Fraktion nicht unterstützt. Ich befürworte viele Maßnahmen, die zur Eindämmung des Steuerbetrugs und der Steuerumgehung führen, dieses Dokument ging jedoch viel weiter und es gab drei Hauptbedenken.

Erstens, die Ergreifung von Maßnahmen gegen alle, die Steuerbetrug begehen, darf nicht als Hintertürchen von all denjenigen verwendet werden, die eine Steuerharmonisierung in Europa für diejenigen vorantreiben wollen, die ehrlich ihre Steuern bezahlen. Dieses Parlament verteidigt schon seit langer Zeit das Recht der Mitgliedstaaten, ihre eigenen Entscheidungen über Körperschaftsteuersätze zu treffen - und dies sollte auch so bleiben.

Zweitens schlägt es eine EU-weite Erhebung von Besteuerungsbereichen vor. Wir haben uns gegen Pläne dieses Parlament, europaweite Steuern einzuführen, gewehrt.

Der dritte Punkt ist der gemeinsame Informationsaustausch. Ja, einige Informationen sollten ausgetauscht werden, wir müssen aber jedoch immer bedenken, wie viele, zu welchem Zweck und zu welchem Nutzen - und wir müssen berücksichtigen, dass die Umstände nicht immer gleich sind.

Bericht: Marc Tarabella (A7-0004/2010)

Astrid Lulling, im Namen der PPE-Fraktion. – (FR) Herr Präsident! Es ist wirklich schade, dass eine enthusiastische Mehrheit im Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter so hart versucht, unsere Position im Jahresbericht des Ausschusses über die Gleichstellung von Männern und Frauen in der Europäischen Union mit Erwägungen und Forderungen zu überladen, die kontraproduktiv für Frauen sind und die, unter anderem, ihre Einstellungschancen verringern.

Selbst wenn viele Erwägungen gut gemeint sind, dürfen wir nicht vergessen, dass zu viel Schutz allen Schutz zerstört. Dennoch war der Stein des Anstoßes für meine Fraktion wieder einmal das Recht auf unbeschränkten Zugang zur Abtreibung, der als einfache Art der Geburtenkontrolle dargestellt wurde.

Unsere Fraktion beanstandet nicht die Tatsache, dass Frauen die Kontrolle über ihre sexuellen und reproduktiven Rechte haben sollten. Wir glauben auch, dass besonders junge Mädchen besser auf dem Gebiet der sexuellen und reproduktiven Gesundheit aufgeklärt werden müssen. Dennoch zeigt die in dem gleichen Satz aufgestellte Forderung nach „ungehinderten Zugang zu Verhütung und Abtreibung“, dass die Verfasser dieses Textes nicht den wichtigen Unterschied zwischen den beiden Dienstleistungen verstehen und dort die gleiche Grundlage sehen, sofern es die Geburtenkontrolle betrifft. Dem stimmen wir nicht zu.

Des Weiteren ist gemäß dem Subsidiaritätsprinzip die Rechtsprechung auf dem Gebiet des legalen Schwangerschaftsabbruchs immer noch Aufgabe der Mitgliedstaaten. Aus diesem Grund ist es nicht unsere Aufgabe in der EU, uns in diese Angelegenheit einzumischen. Wir haben lang und breit diskutiert, um einen Konsens mit dem Verfasser des Berichts, Herrn Tarabella, zu erreichen. Dies haben wir im Interesse der Verteidigung gegen alle Arten der Diskriminierung getan, die immer noch nicht beseitigt sind.

Ich finde es schade, dass eine Mehrheit im Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter – und ebenfalls hier im Parlament – sich darum bemüht hat, politische und ideologische Debatten vom Zaun zu brechen, statt sich auf das zu konzentrieren, was das Hauptziel unserer Tätigkeit ist: Das Streben nach gleicher Behandlung und gleichen Möglichkeiten für Mann und Frau. Ich finde es aus diesen Gründen schade, dass meine Fraktion nicht zugunsten des Berichts stimmen konnte.

Filip Kaczmarek (PPE). – (PL) Herr Präsident! Auch ich habe gegen den Bericht gestimmt. Ich tat dies, obwohl ich die Gleichstellung der Geschlechter unterstütze. Ich kann jedoch nicht akzeptieren, dass ein Schwangerschaftsabbruch in dem Bericht als speziell verstandene Berechtigung behandelt wird, und – wie Frau Lulling sagte – als eine Methode der Geburtenkontrolle. In meinem Land verstehen wir die Abtreibung anders. Ich bin davon überzeugt, dass unsere Ansicht zum Thema Abtreibung unsere eigene innenpolitische Angelegenheit ist. Ich finde es zudem gefährlich, dass der Bericht gegen das Subsidiaritätsprinzip verstößt, und das in einer falschen Angelegenheit.

Elżbieta Katarzyna Łukacijewska (PPE). – (PL) Herr Präsident! Die Gleichstellung von Mann und Frau ist ein wichtiges Thema. Es wurde bereits viel erreicht, es gibt aber immer noch Bereiche, in denen Frauen sehr viel schlechter behandelt werden als Männer. Wir verdienen immer noch weniger, Frauen laufen eher Gefahr, zu verarmen, und es ist für Frauen viel schwieriger, akademisch oder geschäftlich Karriere zu machen. Der Bericht des Parlaments berücksichtigt diese Probleme und unterstreicht die Notwendigkeit zur Einführung spezieller Maßnahmen, die eine gleiche Beteiligung von Männern und Frauen am Arbeitsmarkt und in der Ausbildung sicherstellt.

Dennoch bedaure ich, diesen Vorschlag nicht unterstützen zu können. Ich habe gegen den Bericht gestimmt, weil er Bestimmungen enthält, in der Europäischen Union eine Abtreibung allgemein verfügbar zu machen. Erstens zählen diese Angelegenheiten zu denen, die ausschließlich von den Mitgliedstaaten zu entscheiden sind. Zweitens ist das Problem einer ungewollten Schwangerschaft ein riesiges Problem. Wir können aber kein Gesetz verabschieden, dass eine Abtreibung wie ein weiteres Verhütungsmittel handhabt. Ich kann auch nicht zustimmen, dass ein Abbruch die Menschen davon befreit, über die Folgen und die Verantwortung nachzudenken, die sie eingehen, wenn sie sexuell aktiv werden. Ich glaube, dass ein menschliches Leben mehr verdient.

Tiziano Motti (PPE). – (IT) Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Heute wollten wir die Rolle der Frau in der Union stärken.

Diese Entschließung enthält viele Punkte, denen ich sicherlich zustimme. Ich muss aber sagen, dass viele davon mit meiner persönlichen politischen Aktivität in Zusammenhang stehen, insbesondere wenn es darum geht, in die Arbeitswelt einzutauchen und Frauen vor jeglicher Art von Gewalt zu schützen.

Dennoch möchte ich hervorheben, dass diese Entschließung eine Suppe geworden ist, der ein Meisterkoch sehr unterschiedliche Zutaten verpassen wollte – bzw. dies getan hat. Lassen Sie mich dies erklären. Er spricht von Gewalt, von Schutz vor Gewalt. Daraufhin folgt eine einzige Zeile über Verhütung und die Beendigung einer Schwangerschaft, Abtreibung, zwei eigentlich sehr unterschiedliche Themen, die auch sehr unterschiedlich betrachtet werden müssen. Im Fall des Schwangerschaftsabbruchs z. B. müssen wir unsere Aufmerksamkeit und Gedanken auf die Unantastbarkeit menschlichen Lebens lenken.

Diese Wahl bedeutete für mich, dass ich nicht zugunsten der Entschließung stimmen konnte und mich enthalten musste. Ich glaube, dass diese sorgfältig ausgearbeitete Strategie, die nach einem Konsens für Politiker und die Medien sucht, nicht den Interessen der europäischen Frauen dient.

Siiri Oviir (ALDE). – (ET) Herr Präsident! Im Gegensatz zu den vorherigen Sprecherinnen und Sprechern gehöre ich zu den 381 Mitgliedern des Parlaments, die eine Annahme dieses Gesetzesentwurfes unterstützen – und diese Zahl ist 10-mal höher als die Zahl der Mitglieder unseres Ausschusses für die Rechte der Frau. Gleiche Rechte, gleiche Möglichkeiten und Gleichstellung der Geschlechter im Alltag liegen definitiv im Interesse aller. Gleiche Rechte für Frauen und Männer ist kein Ziel an sich, sondern eine Voraussetzung zum Erreichen der allgemeinen Ziele der Europäischen Union – und eine kluge Nutzung unseres Potenzials.

Die Tatsache, dass wir heute und schon seit 40 Jahren darüber sprechen, zeigt uns definitiv, wie komplex und facettenreich dieses Thema, und wie notwendig eine integrierte Strategie zur Lösung dieses Problems ist. Und ich hoffe, dass es sich nicht nur um eine weitere Strategie auf Papier handelt, und möchte daher noch einmal – was auch in dem Bericht unterstrichen wurde – die Rolle der Umsetzung und Überwachung unterstreichen.

Zuzana Roithová (PPE). – (CS) Ich habe nicht für den kontroversen und unausgewogenen Bericht von Herrn Tarabella über die Gleichstellung der Geschlechter gestimmt und ich finde es schade, dass mit Ausnahme der Abgeordneten der Europäischen Volkspartei 381 Mitglieder für den Bericht stimmten. Vielleicht haben sie ihn nicht gelesen. In einer Reihe von Vorschlägen verstößt er gegen die Exklusivrechte der Mitgliedstaaten, insbesondere in Bezug auf die Familienpolitik und ethisch sehr empfindliche Gebiete. Möchten sie des Weiteren wirklich eine neue Einrichtung zur Überwachung der Gewalt gegen Frauen in der EU einrichten und finanzieren? Wissen sie wirklich nicht, dass die Union Instrumente, ein Büro und eine Gesetzgebung zur Überwachung der Einhaltung der Menschenrechte bei Männern und Frauen bereits besitzt? Glauben sie wirklich, dass wir eine Charta für die Rechte der Frauen neben der bereits vorhandenen und bindenden Charta der Grundrechte für alle europäischen Bürgerinnen und Bürger brauchen? Der Bericht bezieht sich ebenfalls auf die sogenannten Ziele von Barcelona, obwohl diese in Widerspruch zu den Empfehlungen von Fachleuten stehen: für Säuglinge und Kleinkinder ist eine Vollzeitpflege durch die Familie vorzuziehen und nicht Kindertagesstätten – wie den Empfehlungen aus Barcelona zugrunde liegt. Kindertagesstätten sollten unser letzter Ausweg sein. Die Empfehlungen in dem Bericht sind zwar nicht bindend, aber die menschliche Dummheit ist ansteckend und das Parlament sollte daher solche Dinge nicht auch noch unterstützen. Es gab nur 75 Enthaltungen und ich lobe die Tatsache, dass 253 Mitglieder der Volkspartei gegen den Bericht gestimmt haben.

Daniel Hannan (ECR). – Herr Präsident! Der Vertrag von Rom enthält einen Satz zu diesem Thema. Dieser sagt: „Männer und Frauen müssen für die gleiche Arbeit das gleiche Entgelt erhalten.“ Das klingt doch ganz geradeheraus. Wir glauben alle, dass wir verstehen, was dieser Satz bedeutet.

Was sich aber in den darauf folgenden Jahrzehnten zugetragen hat, ist, dass in einem Prozess richterlichen Aktionismus das Europäische Gericht die Bedeutung dieses Satzes immer weiter ausgedehnt hat und dieser nun viel mehr bedeutet, als ein vernünftiger Mensch je annehmen würde. Erstens wurde „gleiches Entgelt“ ausgelegt als gleiche Rechte auf Rente und gleichen Anspruch auf Urlaub usw. Dann wurde „gleiche Arbeit“ als Arbeit mit gleichgestelltem Wert ausgelegt. Wie kann ein Arbeitgeber das aber beurteilen? Geht es dabei darum, wie schwer es aussieht, dass jemand arbeitet? Müssen sie die Verfügbarkeit von angemessenen qualifizierten Bewerberinnen und Bewerbern als Faktor berücksichtigen? Dann wurde es im Fall der „South-West Trains“ im Vereinigten Königreich darauf ausgedehnt, auf die Rechte von Eheleuten gleichen Geschlechts zu achten. Jetzt reden wir von reproduktiven Rechten.

Es gibt ein Argument für all diese Dinge. Sie können den Standpunkt einnehmen, dass der Staat die Verträge zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern nicht regulieren sollte oder sie können den Standpunkt vertreten, dass wir eine solche Gesetzgebung brauchen. Doch egal für welchen Standpunkt Sie sich entscheiden, es ist sicherlich ein Argument für die gewählten Vertreter, die wir wählen oder eben abwählen können. Es ist

ungeheuerlich, dass diese von einem Gericht auferlegt werden. Ein Gericht mit einer Mission ist eine Bedrohung, ein Oberster Gerichtshof mit einer Mission ist eine Tyrannei.

Joanna Katarzyna Skrzydlewska (PPE). – (PL) Herr Präsident! Mein Nachname ist auch sehr schwierig – Skrzydlewska – ich bin jedoch an die Tatsache gewöhnt, dass viele Menschen ihn nicht richtig aussprechen.

In der heutigen Abstimmung haben wir über einen Bericht über die Gleichstellung von Männern und Frauen in der Europäischen Union 2009 abgestimmt. Dennoch gab es hier, neben den Bestimmungen in Bezug auf Probleme im Zusammenhang mit der Diskriminierung von Frauen und ihrer schwierigeren Lage auf dem Arbeitsmarkt, auch Bestimmungen, welche die Mitgliedstaaten aufforderten, einen allgemeinen Zugang zu Abtreibung und Dienstleistungen im Zusammenhang mit der sexuellen und reproduktiven Gesundheit bereitzustellen. Ich würde gerne hervorheben, dass Angelegenheiten im Zusammenhang mit der Abtreibung etwas sind, das jeder Mitgliedstaat selbst entscheiden muss. Aus diesem Grund habe ich in der Endabstimmung über diesen Bericht dagegen gestimmt, weil ich denke, dass der Kampf für das Recht auf gleiche Behandlung von Männern und Frauen nicht in Abhängigkeit mit der Auswahl im Zusammenhang mit sexuellen Angelegenheiten stehen darf.

Bernd Posselt (PPE).– Herr Präsident! Ich bin sehr froh, dass wir Christdemokraten von der EVP-Fraktion gegen diesen fürchterlichen ideologischen Bericht gestimmt haben, den Sozialisten, Kommunisten, Grüne und auch massiv Liberale hier im Haus durchgesetzt haben. Es ist ein Anschlag auf das Lebensrecht ungeborener Kinder und ein Anschlag auf das Subsidiaritätsprinzip. Ich bin vor allem entsetzt über die Art und Weise, in der die Liberalen sich hier zum Handlanger der Linken gemacht haben und ebenfalls gegen das Subsidiaritätsprinzip vorgegangen sind.

Diese Art von Berichten schadet uns in der Akzeptanz bei der Bevölkerung, sie schadet uns in der Akzeptanz bei den Kandidatenländern. Auch gewisse ideologische Elemente bei Kroatien und Mazedonien in den Fortschrittsberichten schaden uns. Deshalb müssen wir den Menschen klar sagen, was der *aquis communautaire* ist, den ich voll und ganz befürworte, was die Zuständigkeiten der EU sind und was gefährliches ideologisches Beiwerk ist. Um das Bild des italienischen Kollegen aufzugreifen: Wir sind selbstverständlich für die Suppe, aber gegen das Zyankali in der Suppe.

Entschließungsantrag B7-0069/2010

Daniel Hannan (ECR). – Herr Präsident! Lassen Sie mich die Geschichte zweier afrikanischer Länder erzählen. Im Jahr 1978 verbot Kenia die Jagd auf Elefanten. Diesem Beschluss folgte eine fast vollständige Ausrottung der Elefantenherden in Kenia. Ungefähr zur gleichen Zeit – 1979 – machte Rhodesien, damals hieß es noch so, alle Elefanten zum Eigentum der Person, auf deren Land sie sich aufhielten. Das Ergebnis – ein explosionsartiger Anstieg der Elefantenzahlen.

Wir in diesem Plenum denken über den Elefanten nicht so, wie ein Afrikaner. Wir werden nicht von Elefanten bedroht, unsere Ernte wird von ihnen nicht niedergetrampelt und sie zerstören auch nicht unsere Städte oder schädigen unsere Gesundheit hierzulande. Der einzige Weg zur Vermeidung, dass die Bevölkerung vor Ort das Logische tut – nämlich die tödliche Bedrohung zu beseitigen – ist, ihnen einen Weg zu zeigen, die Bedrohung als erneuerbare Ressource zu sehen. Das ist genau das, was Rhodesien – Simbabwe heute – erfolgreich durchgesetzt hat. Die Umweltpolitik sollte die zugrundeliegende Weisheit von Aristoteles anerkennen: etwas, das keinem gehört, wird auch von keinem gepflegt.

Entschließungsantrag B7-0067/2010

Romana Jordan Cizelj (PPE). – (SL) Ich bin für den Beitritt Kroatiens in die Europäische Union, dieser sollte aber nicht auf Kosten der nationalen Interessen Sloweniens stattfinden. Ich rede hier von dem Grenzkonflikt zwischen Slowenien und Kroatien. Es geht hier um ein nahezu abstraktes Konzept – aber eines, das das Leben von Menschen betrifft.

Hier in Straßburg hat das Europäische Parlament das slowenische Parlament aufgefordert, das Grenzabkommen so schnell wie möglich zu ratifizieren. Das wiederum verstößt gegen den Kompetenzbereich des slowenischen Parlaments. Zweitens wundere ich mich darüber, ob sich irgendjemand einmal gefragt hat, warum Slowenien dieses Abkommen nicht schon längst ratifiziert hat. Was ich an diesem Punkt sagen möchte, ist, dass im August 2007 sämtliche parlamentarischen Fraktionen befanden, dass eine Lösung mit dem Prinzip der Billigkeit einhergehen muss.

Natürlich habe ich mich auch gefragt, warum irgendjemand überhaupt etwas gegen dieses Prinzip haben sollte. Und dennoch wurde dieses Prinzip im Grenzabkommen verankert. Ich habe daher gegen den Entschließungsantrag gestimmt, weil er dieses Prinzip nicht reflektiert.

Zuzana Roithová (PPE). – (CS) Ich habe mich sehr darüber gefreut, den Bericht über das Hauptverfahren zu unterstützen, um Kroatien auf den Beitritt in die EU vorzubereiten. Es gibt eine lange Beziehung zwischen tschechischen und kroatischen Bürgerinnen und Bürgern mit mehreren Zehntausenden Familien, die das Land jährlich besuchen und viele Freunde dort haben. Daher ist dieser Bericht ausgezeichnet für uns, weil er uns zeigt, dass Kroatien bereits im nächsten Jahr bereit für den Beitritt ist. Ich glaube, dass das Ratifizierungsverfahren für das Beitrittsabkommen von keinem internen politischen Aktionismus der Siebenundzwanzig gestört wird, die den Vertrag von Lissabon begleitet haben, und ich glaube auch, dass die Parlamente von Slowenien und Kroatien eine faire Lösung für ihren Grenzkonflikt finden werden.

Entschließungsantrag B7-0065/2010

Zuzana Roithová (PPE). – (CS) Herr Präsident, auch ich werde mich kurz fassen. Es ist ein weiterer positiver Bericht für die Balkanländer. Mazedonien macht ebenfalls große Fortschritte hinsichtlich der Erfüllung der politischen Kriterien, die Voraussetzung für die Beitrittsgespräche sind und auch für die Visafreiheit mit der EU. Auch die Wahlen, die vor Kurzem stattgefunden haben, haben dazu beigetragen. Sie haben deutlich gezeigt, dass die Bürgerinnen und Bürger jenes Landes internationale Standards teilen möchten und sich ein friedvolles Zusammenleben wünschen. Ich glaube auch, dass die demokratischen Einrichtungen die Stärkung der Verhandlungen mit Griechenland in Bezug auf freundschaftliche Lösungen der Problemgebiete durchsetzen können.

Entschließungsantrag B7-0068/2010

Zuzana Roithová (PPE). – (CS) Ich werde mich wieder kurz fassen. Ich möchte sagen, dass wir einen sehr ehrlichen Bericht darüber verabschiedet haben, wie die Türkei ihre Gesetzgebung verantwortungsbewusst und gemäß dem EU-Modell ändern kann, sowie bezüglich der Tatsache, dass die politischen Kriterien im Bereich der Menschenrechte und insbesondere in Bezug auf Frauen und religiöse Minderheiten bislang noch nicht erfüllt wurden, genauso wie das Thema Zypern immer noch Klärung bedarf. Trotz alledem unterstütze bereits vor einigen Jahren eine Mehrheit von Abgeordneten den Beginn von Beitrittsverhandlungen. Ich begrüße die Tatsache, dass die Türkei sich in Richtung Demokratie und Europa entwickelt, aber ich würde gerne erneut sagen, dass eine bessere Lösung für die Wirtschaftsbeziehungen eine privilegierte Partnerschaft gewesen wäre, statt Versprechen über den Beitritt der Türkei mit seinen 70 Millionen Einwohnern. Es wäre ebenso ehrlicher im Hinblick darauf, dass, wie ich fürchte, eine Beitrittsverhandlung in einem künftigen Referendum sowieso nicht genehmigt würde.

Bernd Posselt (PPE). – Herr Präsident! Ich bin froh, dass unser Haus mit großer und klarer Mehrheit die Versuche von Rot-Grün abgelehnt hat, uns auf das Ziel einer Vollmitgliedschaft der Türkei festzulegen. Der Prozess muss offen bleiben, und ich würde noch klarer sagen, dass er unverzüglich in Richtung eines maßgeschneiderten Spezialstatus oder einer privilegierten Partnerschaft umgesteuert werden soll.

Die Türkei ist kein europäisches Land, aber sie ist unser wichtigster Partner am Rand Europas. Deshalb wollen wir so viel Zusammenarbeit wie möglich, aber – um dem Kollegen Kreissl-Dörfler zu antworten, der das vorhin aufgeworfen hat – ohne Mitgliedschaft der Türkei in den europäischen Institutionen, ohne volle Freizügigkeit, aber mit einer engen wirtschaftlichen und politischen Kooperation. Das ist eine sehr präzise Vorstellung, und ich glaube in der Tat, dass diese Vorstellung auch eine Chance hat, durchgesetzt zu werden, denn weder in der Türkei noch in der Europäischen Union wird es eine Mehrheit für eine Vollmitgliedschaft geben. Deshalb wäre es vernünftiger, sich nicht länger damit zu verzetteln, sondern sich ganz auf das Ziel der Partnerschaft zu konzentrieren.

Miroslav Mikolášik (PPE). – (SK) Jedes Land, das sich um den Anschluss an die Europäische Union bemüht, muss nicht nur formal, sondern auch intern die Mindestanforderungen auf den Gebieten Demokratie und Achtung der Menschenrechte erfüllen.

Laut Fortschrittsbericht für 2009 ist der Weg für die Türkei noch sehr weit. Es mag sein, dass sie Reformen durchgeführt hat, gute nachbarschaftliche Beziehungen eingegangen ist und einen allmählichen Prozess in Richtung europäischer Standards und Werte vollzogen hat. Es ist jedoch bereits das vierte Jahr, dass die Bestimmungen aus dem Assoziierungsabkommen zwischen der Europäischen Union und der Türkei nicht eingehalten wurden.

Meiner Ansicht nach ist es nicht akzeptabel, die Mitgliedschaft eines Landes in Betracht zu ziehen, in denen die Frauenrechte und Religions-, Gedanken- und Redefreiheit mit Füßen getreten werden, in dem Folter, Diskriminierung und Korruption toleriert werden, und in dem die Armee noch immer in das politische Geschehen und die Außenpolitik eingreift. Die Reformen sollten auch Reformen des Wahlsystems durch eine Verringerung der Zehnprozent-Schwelle einschließen, um eine bessere pluralistische Demokratie sicherzustellen.

Schriftliche Erklärungen zur Abstimmung

Bericht: David Casa (A7-0008/2010)

Die Straftäter, die auf diesem Gebiet aktiv sind, sind besonders erfinderisch. Erst kürzlich hat sich herausgestellt, dass sie ihren kriminellen Machenschaften auch innerhalb des Emissionshandelssystems (Emissions Trading Scheme = ETS) nachgehen. Die Übertragungen der Emissionsrechte zwischen steuerpflichtigen Parteien innerhalb des ETS, die komplett elektronisch erfolgen, werden als Dienstleistungen betrachtet und sind in dem Land zu versteuern, in dem der Empfänger niedergelassen ist. Händler kaufen Kohlenstoffgutschriften von mehrwertsteuerfreien Quellen in anderen Mitgliedstaaten und verkaufen sie dann an Unternehmen in ihrem eigenen Mitgliedstaat zu einem Preis inklusive Mehrwertsteuer. Die „Missing Traders“ (für MwSt.-Zwecke registrierte Unternehmer) führen dann die Mehrwertsteuer nicht an den inländischen Fiskus ab. Diese Art von Verbrechen müssen wir unbedingt in Angriff nehmen.

Sophie Briard Auconie (PPE), schriftlich. – (FR) Der Bericht von Herrn Casa über ein gemeinsames Mehrwertsteuersystem für Fakturierungsregelungen wurde von einer sehr großen Mehrheit der Mitglieder, einschließlich mir, begrüßt. Mithilfe dieses Systems werden die Mehrwertsteuerregelungen dank einer verbesserten Harmonisierung der europäischen Anforderungen und die weit verbreitete Verwendung von elektronischen Rechnungen vereinfacht. Das Inkrafttreten dieser Richtlinie dient daher der Reduzierung von Verwaltungslasten, die Unternehmen belasten, und der Steigerung von Bemühungen im Kampf gegen den Mehrwertsteuerbetrug.

Ilda Figueiredo (GUE/NGL), schriftlich. – (PT) Dieser Antrag bezieht sich auf die Erzeugung eines Selbstbeurteilungssystems in Bezug auf die Lieferung oder Bereitstellung bestimmter Gegenstände und Dienstleistungen, die betrugsanfällig sind, auf einer optionalen Versuchsgrundlage. Laut der Europäischen Kommission ist dies erforderlich, weil es immer noch sehr viele Fälle des Mehrwertsteuerbetrugs gibt. Die Kommission besitzt ferner Informationen über Betrugsfälle im Zusammenhang mit dem Handel von Treibhausgasemissionszertifikaten.

Basierend auf diesen Informationen beantragt der Bericht des Parlaments, dass die Mitgliedstaaten, die für dieses System stimmen, auch dazu verpflichtet sein müssen, für die Treibhausgasemissionszertifikate zu stimmen.

Wir glauben, dass die Experimentierfreudigkeit des Antrags etwas für sich hat, darum unterstützen wir die vom Parlament durchgeführten Änderungsanträge, insbesondere den Vorschlag zu einem Bericht, der die „allgemeine Wirksamkeit und Durchsetzungsfähigkeit der Maßnahme mithilfe des Mechanismus und Kosten-Nutzen-Verhältnisses der Maßnahme zur erneuten Einschätzung, ob eine Ausweitung oder Erweiterung ihrer Reichweite angemessen sei“, beurteilt.

Ian Hudghton (Verts/ALE), schriftlich. – Dieser Bericht handelt von wichtigen Themen im Zusammenhang mit betrugsanfälligen Gegenständen und Dienstleistungen, einschließlich auf dem Gebiet der Treibhausgasemissionen. Die Kommission muss die Wirksamkeit des Reverse-Charge-Verfahrens im Hinblick darauf beurteilen, ob es angemessen ist, dieses Verfahren auch auf andere Gebiete auszuweiten.

Nuno Melo (PPE), schriftlich. – (PT) Die Verabschiedung der Richtlinie 2006/112/EG war ein wichtiger Schritt im Kampf gegen die Steuerhinterziehung. Trotz aller Verdienste war sie jedoch nicht wirksam genug, den sogenannten „Karussellbetrug“ bei der Mehrwertsteuer zu verhindern. Diese Art Steuerbetrug ist jedoch sehr stark an den Steuereinnahmeverlusten der Mitgliedstaaten schuld, und einer der am weitesten verbreiteten Methoden. Zu diesem Zeitpunkt der Wirtschaftskrise ist der Kampf gegen den Steuerbetrug aufgrund des Einnahmeverlustes umso ernster, und wir müssen ihn mit allen Mitteln bekämpfen, da er eine große Auswirkung nicht nur auf unsere Reaktion auf die derzeitige internationale Krise, sondern auch auf die Möglichkeit zur Verfolgung der angemessenen Sozialpolitik hat.

Alfredo Pallone (PPE), schriftlich. – (IT) Ich gehörte zu den ersten Befürwortern der Idee hinter dem Vorschlag der Europäischen Kommission.

Wir im Ausschuss für Wirtschaft und Währung haben das Dokument der Kommission analysiert und etwas verbessert. Ich stimme dem Berichtersteller insbesondere bei der Klarstellung in Bezug auf die optionale Anwendung des Reverse-Charge-Verfahrens und der Mitteilungspflichten zu. Tatsächlich sollten die Mitgliedstaaten die Möglichkeit haben, entweder eine Mitteilungspflicht bei jedem Umsatz oder auf globaler Umsatzbasis vorzuschreiben.

Der Richtlinienvorschlag verstärkt die Sicherheit der ETS-Zertifikate gegenüber Betrügern und verringert gleichzeitig den Verwaltungsaufwand für ehrliche Unternehmen.

Zu guter Letzt, ich glaube, dass das Parlament vollständig über das Ergebnis dieser zeitweiligen Anwendung des Reverse-Charge-Verfahrens informiert werden muss.

Bart Staes (Verts/ALE), schriftlich. – (NL) Ich habe dem Bericht von Herrn Casa mit großer Überzeugung zugestimmt. Als erster stellvertretender Vorsitzende des Haushaltskontrollausschusses und als Berichtersteller eines im September 2008 verabschiedeten Berichts über den Mehrwertsteuerbetrug, habe ich wiederholt den Fall der wirksamen Bekämpfung des Mehrwertsteuerbetrugs kommentiert, da er einen Schwerpunkt bezüglich der Einnahmen der Mitgliedstaaten und der richtigen Funktionsweise des Binnenmarktes darstellt. Eine allgemeine und besonders schwerwiegende Form dieses Betrugs wird auch als Karussell-Mehrwertsteuerbetrug bezeichnet. Der Gesamtbetrag nicht eingenommener Einnahmen wird auf 20 bis 100 Mrd. EUR jährlich geschätzt. Das ist ein riesiger Betrag, der zu Zeiten einer Wirtschaftskrise sicherlich sehr gut genutzt werden könnte.

Viktor Uspaskich (ALDE), schriftlich. – (LT) Ich bin mit der Anwendung des Mehrwertsteuersystems mit Reverse Charge-Verfahren vollkommen einverstanden. Allerdings stelle ich einen Fehler darin fest. Zum Beispiel hat Subjekt A Subjekt B etwas verkauft. Subjekt B hat es an Subjekt C verkauft. Subjekt C hat es an den Endverbraucher oder Mehrwertsteuer-Nichtzahler verkauft. Unterdessen zahlt Subjekt A keine Mehrwertsteuer, da es nicht der Endverkäufer ist. Nur Subjekt C, das die Endwaren an den Verbraucher verkauft, zahlt Mehrwertsteuer. Der Knackpunkt davon ist, dass Subjekt B überhaupt nicht besteuert wird, obwohl die Grundlage seiner Geschäftstätigkeit darin besteht, zu einem niedrigen Preis einzukaufen und zu einem hohen Preis zu verkaufen. Aus diesem Grund wird vorgeschlagen, dass Subjekt B Mehrwertsteuer auf die Preisdifferenz an das staatliche Finanzamt zahlen solle. Dieses System hat viele positive Aspekte, mit einer Ausnahme: niemand wird beim Finanzamt eine Erstattung der Mehrwertsteuer beantragen, aber wenn Subjekt C ein Betrüger ist, dann zahlt er als Endverkäufer ganz einfach keine Mehrwertsteuer. Mit anderen Worten: durch die Anwendung des Mehrwertsteuersystems mit Reverse Charge-Verfahren gibt es keinen Negativsaldo, da niemand eine Erstattung der Mehrwertsteuer beantragen wird, und meines Erachtens kann dieses System ganz einfach verwaltet werden, da die staatlichen Steueraufsichtsbehörden ohne weiteres dazu in der Lage sein werden, die Preisdifferenz der Waren aufzudecken. Falls ich falsch liege, wäre ich für eine schriftliche Antwort in Bezug auf die Eignung oder Nichteignung des von mir vorgeschlagenen Systems sehr dankbar.

Anna Záborská (PPE), schriftlich. – (FR) Die Entschließung soll die Mehrwertsteuerrichtlinie 2006/112/EG des Rates so ändern, dass eine vorübergehende Anwendung des Reverse Charge-Mechanismus ermöglicht wird, um den Betrug zu bekämpfen, der mit dem Handel mit Emissionsgenehmigungen und Transaktionen bestimmter betrugsanfälliger Waren in Beziehung steht. Steuerbetrug ist ein bedeutendes Problem im Hinblick auf den reibungslosen Betrieb des Binnenmarktes und gefährdet die Steuereinnahmen der Mitgliedsstaaten. Und genau deshalb haben mehrere Mitgliedstaaten beantragt, betrügerische Mechanismen mithilfe eines Reverse Charge-Mechanismus bekämpfen zu dürfen, der auf bestimmte betrugsanfällige Sektoren und bestimmte Waren abzielt. Die häufigste Form von Betrug ist, dass ein mehrwertsteuerpflichtiger Lieferant Warenlieferungen in Rechnung stellt und dann verschwindet, ohne die dafür geschuldete Mehrwertsteuer zu zahlen, während die Käufer (die ebenfalls mehrwertsteuerpflichtig sind) ihre Mehrwertsteuer von gültigen Rechnungen absetzen können. Die inländischen Finanzminister nehmen folglich die für die fraglichen Waren geschuldete Mehrwertsteuer nicht ein und müssen dem nächsten Händler, der sich auf einer höheren Stufe in der Mehrwertsteuerkette befindet, die von ihnen gezahlte Mehrwertsteuer erstatten. Auf diese Weise machen die Mitgliedstaaten doppelten Verlust. Aus diesem Grund habe ich für diese Legislativentschließung gestimmt.

Bericht: Lambert van Nistelrooij (A7-0048/2009)

Elena Oana Antonescu (PPE), schriftlich. – (RO) Zugang zu Wohnraum für Bürgerinnen und Bürger zu schaffen, insbesondere für schutzbedürftige Menschen aus Gemeinschaften, die in schlimmer Armut leben und am Rand der Gesellschaft stehen, muss ein grundlegendes Anliegen unserer Gesellschaft sein. Die Finanzhilfe aus den Strukturfonds kann einen bedeutenden Beitrag zu den Bemühungen leisten, die von den nationalen Behörden zur Lösung dieses Problems unternommen werden. Sowohl das Europäische Parlament als auch der Rat haben die Europäische Kommission wiederholt dazu aufgefordert, Maßnahmen zur Förderung der Einbeziehung dieser Gemeinschaften zu ergreifen. Als Folge der heutigen Abstimmung haben wir eine neue, abgeänderte Verordnung erhalten, die alle 27 Mitgliedstaaten dazu in die Lage versetzen wird, Gelder aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) für die Renovierung oder den Ersatz von Wohnraum für marginalisierte Bevölkerungsgruppen zu verwenden und so die Gruppen der Gesellschaft zu unterstützen, die am meisten benachteiligt sind.

Mara Bizzotto (EFD), schriftlich. – (IT) Ich muss darauf hinweisen, dass der Bericht keine allgemeine Anweisung dahingehend gibt, wer die Maßnahmen letztendlich erhalten soll, falls diese denn eingeführt werden: Bezug genommen wird lediglich auf das Konzept der „marginalisierten Bevölkerungsgruppen“, aber der Inhalt dieses Ausdrucks, der allein in soziologischer Hinsicht viele verschiedene Dinge bedeuten kann, wird nicht spezifiziert. Die einzigen Bezugnahmen – die sowieso bereits in dem Vorschlag der Kommission enthalten sind – betreffen die Roma. Das Ansinnen des Berichts, dass die Bezugnahme auf die Roma nicht die Unterstützung anderer sozial benachteiligter Gruppen ausschließen solle, bietet keine Garantie dahingehend, dass andere Individuen, die aufgrund besonders schwieriger wirtschaftlicher, arbeitsbezogener oder familiärer Situationen „sozial benachteiligt“ sind, von dem Teil des EFRE profitieren können, der für die Wohnungspolitik bestimmt ist. Schließlich sollte in Übereinstimmung mit dem Bericht, der dem Parlament vorgelegt wurde, die Befugnis zur Bestimmung der Kriterien, die zur Ermittlung dessen angewendet werden, welcher Teil des EFRE zur Unterstützung von marginalisierten Bevölkerungsgruppen zugewiesen wird, bei der Europäischen Kommission liegen: diese Bestimmung scheint nur der Kommission einen umfassenden Ermessungsspielraum bei der Festlegung der oben erwähnten Kriterien zu gewähren; in der Tat wird von diesen Kriterien das Ausmaß und der Umfang der Maßnahme abhängen, und zwar zu einem Zeitpunkt, an dem das Parlament in keiner absehbaren Weise eine Chance hat zu handeln und seinen Sichtweisen Ausdruck zu verleihen. Unter Vorwegnahme der zukünftigen Parlamentsnachbereitung des Berichts und da dies die erste Lesung ist, werde ich mich der Stimme enthalten.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), schriftlich. – (LT) Ich unterstütze diese Rahmenvereinbarung, da die Zusammenarbeit zwischen dem Europäischen Parlament und der Europäischen Kommission für die Stärkung der Stabilität der Europäischen Union und für die Effektivität ihrer Arbeit besonders wichtig ist. Gemäß dieser Vereinbarung muss die Europäische Kommission nach der Einreichung eines Antrags für eine Gesetzesinitiative diesen innerhalb eines Monats beantworten und innerhalb eines Jahres ein geeignetes Gesetz der Europäischen Union ausarbeiten. Sollte sich die Europäische Union weigern, das beantragte Gesetz auszuarbeiten, muss sie ihre Entscheidung ausführlich rechtfertigen. Bislang war nur die Europäische Kommission dazu in der Lage, die Gesetzgebung der Europäischen Union anzuregen. Aber im Vertrag von Lissabon ist vorgesehen, dass eine Mehrheit des Europäischen Parlaments das Recht hat, die Gesetzgebung der Europäischen Union zu gestalten. Das Parlament und die Kommission werden im Hinblick auf alle Anträge für Gesetzesinitiativen, die von Bürgerinitiativen eingereicht werden, in einer frühen Phase eng zusammenarbeiten. Wenn internationale Verträge unterzeichnet werden, werden Experten des Europäischen Parlaments ebenfalls in die Diskussionen einbezogen. In der Vereinbarung wird dem Parlament das Recht gewährt, als Beobachter an bestimmten internationalen Gesprächen der Europäischen Union teilzunehmen sowie mehr Informationen über internationale Verträge zu erhalten.

Carlos Coelho (PPE), schriftlich. – (PT) Ich freue mich, für diese Änderung des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) zu stimmen, um die Tragweite seiner Interventionen auf dem Wohnungssektor zu erweitern und so marginalisierten Bevölkerungsgruppen in allen Mitgliedstaaten zu helfen. Bisher konnten die Interventionen auf dem Wohnungssektor nur im Rahmen von städtebaulichen Entwicklungsprojekten stattfinden, die die Renovierung von Wohnungen betreffen. Meines Erachtens ist dieses Kriterium unsinnig und diskriminierend, da, wie es der Fall in Portugal ist, die meisten dieser Familien in Unterkünften in ländlichen Gegenden leben. Diese Menschen bedürfen der meisten Hilfe und sollten nicht aufgrund ihres Standorts ausgeschlossen werden. Ich begrüße die vom Parlament ausgearbeitete Änderung, da sie den territorialen Zusammenhalt unterstützt.

Im Gegensatz zu dem anfänglichen Vorschlag der Europäischen Kommission, der die Umsetzung auf die neuen Mitgliedsstaaten beschränkte, erweitern diese neuen Verordnungen darüber hinaus die

Umsetzungsreichweite auf alle Mitgliedstaaten und vermeiden somit eine sinnlose Diskriminierung zwischen benachteiligten europäischen Familien. Hierbei handelt es sich um ein globales Problem, das Tausende von Familien in ganz Europa betrifft. Diese Situation ist aufgrund der Wirtschaftskrise und der extremen Armut vieler Familien in Portugal besonders ernst.

Proinsias De Rossa (S&D), *schriftlich*. – Ich unterstütze diesen Bericht, der die Berechtigung von Wohnungsmaßnahmen für marginalisierte Bevölkerungsgruppen auf den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) ausweitet. Gemäß den neuen Bestimmungen können alle Mitgliedstaaten diese EU-Finanzhilfen nutzen, um die Bedingungen von benachteiligten Haushalten zu verbessern, wenngleich diese vorher für Mitgliedstaaten, die seit 2004 beigetreten sind, nicht verfügbar waren. Der materielle Zerfall von Wohnungsbestand versagt seinen Bewohnern das Recht auf menschenwürdige Lebensbedingungen und ist eines der Haupthindernisse für Integration und soziale Kohäsion. Durch diese Verordnung können Wohnungsrenovierungsprojekte auf den EFRE zurückgreifen. Um allerdings den Gefahren der Abgrenzung entgegenzuwirken, müssen diese Initiativen Teil eines weiter gefassten sozialen Integrationsrahmenwerks auf den Gebieten Gesundheit, Bildung und Leben in der Gesellschaft sein.

Diogo Feio (PPE), *schriftlich*. – (PT) Die Europäische Kommission versucht derzeit, die Bestimmungen der Verordnungen des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) zu ändern, um neuen Mitgliedstaaten die Möglichkeit zu geben, diese Fonds für den Wohnungssektor zugunsten marginalisierter Bevölkerungsgruppen, die in ländlichen Gegenden leben, zu verwenden.

Diese Änderung gilt nur für die neuen Mitgliedstaaten, die – und das dürfen wir nicht vergessen – große benachteiligte Migrationsgemeinschaften haben, die in ländlichen Gegenden leben. Dies rechtfertigt die Annahme einer Sonderbestimmung innerhalb der EFRE-Verordnungen.

José Manuel Fernandes (PPE), *schriftlich*. – (PT) Im Kampf gegen die Armut und zur Verbesserung der Lebensbedingungen für die Bevölkerungsgruppen, die am meisten Hilfe bedürfen und bei denen sich die Entbehrungen durch die schwere Krise der letzten paar Jahre verschärft haben, hat die Europäische Union die Pflicht, eine dauerhafte Politik für soziale Integration zu gewährleisten und zu fördern. Neben Hygieneproblemen verschlimmert sich die Bauqualität der Wohnungen und führt oft zu Gefahren der Abgrenzung und Marginalisierung. Die Lebensverhältnisse sind für das Selbstwertgefühl und die soziale Wertschätzung der Bürgerinnen und Bürger von entscheidender Bedeutung. Neben Bildung, Gesundheit und Beschäftigung spielen sie eine zentrale Rolle bei der Erschaffung, Entwicklung und Konsolidierung jeglicher Versuche zur Herstellung nachhaltiger Lebensbedingungen, sei es für Individuen oder Familien.

Allerdings müssen wir unbedingt sicherstellen, dass die Interventionsstrategien innerhalb der Europäischen Union keine Unterschiede basierend auf Geschlecht, Rasse oder ethnischer Zugehörigkeit machen. Wenn Europa eine ausgeglichene Gesellschaft haben soll, ist es ebenso wichtig, dass wir die Entstehung und die Ausbreitung von Ghettos oder Gebieten, die schnell mit einer besonders benachteiligten oder marginalisierten Gemeinschaft assoziiert werden, vermeiden. Eine Politik für soziale Integration muss auch auf diejenigen abzielen, die sie am meisten benötigen, ohne zwischen europäischen Bürgerinnen und Bürgern Unterschiede zu machen.

David Martin (S&D), *schriftlich*. – Diese Verordnung ermöglicht es den Mitgliedstaaten, den Europäischen Fond für regionale Entwicklung in integrierter und vernünftiger Weise zu nutzen. Durch die Bereitstellung von Geldern für marginalisierte Bevölkerungsgruppen, von denen viele in ländlichen Gegenden und in Unterkünften leben und die nicht von den vorherigen Bestimmungen profitieren konnten, trägt diese neue Verordnung bedeutend zum Konjunkturprogramm für Europa bei.

Erminia Mazzoni (PPE), *schriftlich*. – (IT) Im Folgenden stelle ich die Gründe dar, die mich dazu veranlasst haben, für die folgenden Änderungsanträge zu stimmen. Erstens, ich glaube, dass es notwendig war, den geografischen Umfang des Antrags auf alle 27 EU-Mitgliedstaaten auszuweiten, da die Probleme, die wir mit dieser Verordnung bekämpfen wollen, in der gesamten Europäischen Union auftreten. Aus diesem Grund ergibt es keinen Sinn, die Verordnung nur auf die neuen 12 EU-Mitgliedstaaten zu begrenzen. Zweitens hielt ich es für richtig, die vorherige Version des letzten Teils von Artikel 7 („die Kommission erstellt“ anstatt „kann erstellen“) wiederherzustellen, so dass die Kommission weiterhin ihre ursprüngliche Ermittlung der Kriterien für die Bewertung und Entscheidung über die Interventionen erfüllen kann, um die Effektivität der Strategie und den Mehrwert unter Berücksichtigung der diesbezüglichen Kosten zu garantieren.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *schriftlich*. – (FR) Die Wohnungssituation in der EU ist kritisch. Was wir benötigen, ist eine europäische Strategie für menschenwürdige Wohnungen für alle, d. h. eine verbindliche

und ehrgeizige EU-Politik für den sozialen Wohnungsbau. Natürlich war es für das Parlament wesentlich, ihren Standpunkt in Bezug auf die Renovierung von sanierungsbedürftigen Wohnungen und die Ersetzung von Slums durch angemessene Unterkünfte klarzustellen, aber für die EU ist es genauso wesentlich und genauso dringend, die Verfügbarkeit von angemessenen Unterkünften zu einem grundlegenden Menschenrecht zu erklären. Sie hat die Pflicht und die Mittel, um dies zu gewährleisten. Die EU kann es sich nicht erlauben, zu einer sozial unterentwickelten Region zu werden.

Nuno Melo (PPE), *schriftlich*. – (PT) Die Annahme dieses Berichts ist von größter Wichtigkeit, weil er eine Änderung des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung vorsieht, die benachteiligten Staatsbürgerinnen und -bürgern helfen wird, egal ob sie in städtischen Gegenden leben oder nicht.

Rareș-Lucian Niculescu (PPE), *schriftlich*. – (RO) Ich habe für diesen Bericht gestimmt und möchte betonen, dass diese regelmäßigen Überarbeitungen der Texte, die die Verwendung von Europäischen Fonds regulieren, willkommen sind. Viele der durch diese Verordnungen festgelegten Einschränkungen passen nicht mehr zu der gegenwärtigen wirtschaftlichen und sozialen Situation, so dass neue Interventionsformen erforderlich werden. Ein anderes Beispiel diesbezüglich ist die Lockerung der Bedingungen für die Verwendung von EFRE-Fonds zur Verbesserung der Energieeffizienz in Wohnungen, die vom Parlament im letzten Frühling verabschiedet wurden.

Alfredo Pallone (PPE), *schriftlich*. – ***(IT) Die gegenwärtige weltweite Wirtschaftskrise stellt eine schwierige Herausforderung für die Europäische Union dar, die einer Politik bedarf, die schnelle, flexible und effiziente Antworten bietet.

Mit seinen Gesamtfinanzz Mitteln von 347 Mrd. EUR für den Programmplanungszeitraum 2007-2013 ist die Europäische Kohäsionspolitik die größte Quelle von Investitionen für die Realwirtschaft, die Europa und ihren Regionen dabei helfen kann, sich von der Krise zu erholen und Selbstvertrauen und Optimismus wiederzugewinnen.

Ich stimme der Notwendigkeit der Behandlung der Wohnungsfrage für marginalisierte Bevölkerungsgruppen im Kontext einer Änderung in der EFRE-Verordnung zu. Da die derzeitigen Gesetze nicht auf marginalisierte Bevölkerungsgruppen angewendet werden können, würde die vorgeschlagene Änderung eine Gesetzeslücke füllen, um das Problem der prekären Lebensbedingungen dieser Menschen in angemessenerer Weise anzugehen.

Diese Maßnahme respektiert das Subsidiaritätsprinzip und trägt dazu bei, dass die Mitgliedstaaten die Unterstützung und Wohnungshilfe für marginalisierte Bevölkerungsgruppen bereitstellen können, die nach ihrem Ermessen am angemessensten ist, und gleichzeitig den integrierten Ansatz als eine Mindestbedingung für die Umsetzung der Hilfe bewahren.

Aldo Patriciello (PPE), *schriftlich*. – (IT) Herr Präsident, meine Damen und Herren, ich gratuliere Herrn van Nistelrooij zu dem ausgezeichneten Text, den er vorgeschlagen hat und der durch zahlreiche Änderungsanträge weiter verbessert wurde, die innerhalb des Ausschusses für regionale Entwicklung eingebracht wurden, so dass diese Maßnahme auf alle Mitgliedstaaten der Europäischen Union ausgeweitet werden kann.

Der heutige Text versetzt uns dazu in die Lage, die Träume vieler Menschen wahr werden zu lassen, die ihr eigenes Heim besitzen möchten. Ich bin sicher, dass wir unseren Bürgerinnen und Bürgern dadurch zeigen, dass das Parlament dazu in der Lage ist, durch das Öffnen von Grenzen und den freien Personenverkehr Lösungen für die gestellten Herausforderungen zu finden. Und aus diesem Grund stimme ich für den Bericht.

Maurice Ponga (PPE), *schriftlich*. – (FR) Ich begrüße, dass der Bericht von Herrn van Nistelrooij heute mit großer Mehrheit (558 Stimmen gegen 57) angenommen wurde. Durch die Annahme dieses Berichts sendet das Parlament eine starke Botschaft an die Bürgerinnen und Bürger und spricht die sozialen Belange an, die insbesondere von dem Netzwerk der europäischen Großstädte, Eurocities, angesprochen wurde. Der Bericht bietet die Möglichkeit, den EFRE für die Renovierung und den Ersatz bestehender Gebäuden und für neue Strukturen zu verwenden, die zur Unterstützung von marginalisierten Bevölkerungsgruppen in ländlichen oder städtischen Gegenden in jedem der 27 Mitgliedstaaten entworfen wurden.

Diese Erweiterung von den 12 Staaten, die im Jahr 2000 und 2007 beigetreten sind, auf alle Mitgliedstaaten, bietet Lösungen für die Probleme, die sanierungsbedürftige Wohnungen für bestimmte marginalisierte Bevölkerungsgruppen in der gesamten EU darstellen. Auf diese Weise kann ein integrierter und nachhaltiger Ansatz auf EU-Ebene erarbeitet werden. Darüber hinaus passt diese Erweiterung perfekt zu dem Ziel des Europäischen Jahres zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung (2010). Ich freue mich sehr,

dass das Parlament für diese Änderungsanträge gestimmt hat, und hoffe, dass die betroffenen Regionen sie für ein nützliches Werkzeug halten, um ein dringendes und grundlegendes Problem für diese Gemeinschaften zu lösen.

Marie-Thérèse Sanchez-Schmid (PPE), schriftlich. – (FR) Ich habe diesen Bericht von Anfang an unterstützt, insbesondere im Hinblick auf die Erweiterung des Gültigkeitsbereichs der Maßnahmen auf alle EU-Mitgliedstaaten. Er ermöglicht den 27 Staaten, den EFRE zur Finanzierung neuer Wohngebäude für marginalisierte Bevölkerungsgruppen und für die Renovierung und den Ersatz bestehender Gebäude zu nutzen.

Während dieser schweren Wirtschaftskrise, die Europa getroffen hat und die alle Mitgliedstaaten betrifft, sind die Wohnungsprobleme nun noch gravierender. Die Europäische Union musste einschreiten und alle ihr zur Verfügung stehenden Mittel anwenden, um Menschen, die in menschenunwürdigen Unterkünften leben, insbesondere marginalisierten Bevölkerungsgruppen, die vorher nicht von den EFRE-Ressourcen profitieren konnten, zu Hilfe zu kommen.

Dank der Änderungen, die die Mitglieder der präsidialen Mehrheit im Ausschuss für regionale Entwicklung einbrachten, steht der Fonds nicht nur den neuen Mitgliedstaaten der EU, sondern allen 27 Mitgliedstaaten zu, die sich alle den gleichen Schwierigkeiten gegenübersehen. Die betroffenen Regionen werden instande sein, ungesunde Wohnungen sozial ausgegrenzter Bevölkerungsgruppen zu ersetzen und globale, integrierte und dauerhafte Lösungen für ihre Wohnungsprobleme zu finden.

Dieser Bericht gibt der EU konkrete Mittel, um ihren Bürgerinnen und Bürgern zu helfen. Lassen Sie uns hoffen, dass dies ein Schritt zu einem sozialen Europa sein wird, das den Menschen nahe steht.

Nuno Teixeira (PPE), schriftlich. – (PT) Der heute von uns verabschiedete Bericht ändert die Verordnungen des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) und erweitert seinen Gültigkeitsbereich auf den Wohnungssektor zugunsten marginalisierter Bevölkerungsgruppen, da der Fonds derzeit nur innerhalb des Kontextes von städtebaulichen Entwicklungsinitiativen genutzt werden kann. Die Änderungsanträge, die meine Kolleginnen und Kollegen und ich vorgeschlagen haben und die heute im Parlament bestätigt wurden, bedeuten, dass die älteren Mitgliedstaaten, und nicht nur die neuen, wie in dem ursprünglichen Vorschlag der Kommission vorgesehen, ebenfalls von dieser neuen Finanzquelle aus dem EFRE profitieren können.

Ich habe auch versucht, einen Präzedenzfall zu verhindern, der die älteren Mitgliedstaaten, insbesondere Portugal, von dieser Finanzhilfe und möglicherweise von der Nutzung weiterer Quellen der Gemeinschaftshilfe ausschließt. Ich möchte wiederholen, dass die Länge der Mitgliedschaft eines Landes in der Europäischen Union kein Kriterium für die Zuweisung von Strukturfonds sein darf und dass sich die Kohäsionspolitik nach 2013 weiterhin auf das Solidaritätsprinzip konzentrieren sollte, das den territorialen Zusammenhalt zum Ziel hat, also etwas, das für die Regionen in äußerster Randlage der EU, wie Madeira, von größter Wichtigkeit ist. Es muss auch auf größere Flexibilität, Transparenz und einen ergebnisorientierten Ansatz abgezielt werden, der die Regionen belohnt, die eine vorbildhafte Verwendung von Gemeinschaftshilfen bewiesen haben, anstatt sie zu bestrafen.

Viktor Uspaskich (ALDE), schriftlich. – (LT) Zur Verbesserung der Assimilation von Fonds der Europäischen Union für die Renovierung von Gebäuden und Wohnhäusern und angesichts der Praxis der Mitgliedstaaten und der Schwierigkeit der Kofinanzierung sollte vorgeschlagen werden, dass die nationalen Regierungen einen gemeinsamen Fonds schaffen, in dem sie Geld sparen könnten, und die Kofinanzierung mit staatlichen Geldern gedeckt wird. Mit anderen Worten, bis die Kofinanzierung vom Staat gedeckt ist, müssen die Eigentümer von Gebäuden und die Wohnhauseigentümer den gleichen absoluten Betrag zahlen, den sie bis zur Renovierung gezahlt haben. Der Grund dafür ist, dass die Eigentümer von Grundstücken und die Wohnhauseigentümer oft weder die Kofinanzierung mit ihrem eigenen Geld decken können noch einen Bankkredit dafür erhalten. Ich begrüße den zweiten Punkt dieser Initiative – die Zuweisung von Geldern, die für Renovierungen vorgesehen sind, an ländliche Gegenden.

Die meisten privaten Häuser in Dörfern werden eigenständig geheizt, was bedeutet, dass die Heizkosten nicht zentralisiert gezahlt werden. Daher wird vorgeschlagen, dass ein absoluter monatlicher Betrag festgelegt werden sollte, der mit der Zeit die Kofinanzierung dieser Wohnhäuser decken könnte. Dies könnte es für die Mitgliedstaaten einfacher machen, die Kofinanzierung für die ländliche Wohnhausrenovierung rechtlich umzusetzen.

Anna Záborská (PPE), schriftlich. – (FR) Diese Bestimmung sieht finanzielle Unterstützung aus dem EFRE für Interventionen im Wohnungssektor zugunsten benachteiligter Bevölkerungsgruppen in den neuen

Mitgliedstaaten vor. Eine große Mehrheit dieser Bevölkerungsgruppen lebt in ländlichen Gebieten und in Unterkünften (sowohl in ländlichen Gebieten als auch in Ballungszentren). Sie können nicht von der EFRE-Unterstützung profitieren. Eine Intervention auf dem Wohnungssektor ist während städtebaulicher Entwicklungsprojekte und durch die Renovierung bestehender Häuser möglich. Interventionen auf dem Wohnungssektor in ländlichen Gebieten oder zur Ersetzung von mittelmäßigen Wohnungen in städtischen oder ländlichen Gebieten haben keine Berechtigung für die EFRE-Unterstützung. Um eine ungerechtfertigte Diskriminierung zu verhindern, sollten die auf die Roma abzielenden Maßnahmen nicht andere Gruppen mit ähnlichen sozialen und wirtschaftlichen Bedingungen ausschließen. Da die Intervention außerdem nur ein Teil eines komplexen Problems ist, sollte es innerhalb des Rahmens eines integrierten, mehrdimensionalen Ansatzes auf nationaler Ebene angegangen werden, mit starken Partnerschaften und unter Berücksichtigung von Aspekten wie Bildung, Leben in der Gesellschaft, Integration, Kultur, Gesundheit, Arbeit, Sicherheit und so weiter. Das Ziel des Vorschlags ist es, angemessene Wohnbedingungen innerhalb des Rahmens eines integrierten Ansatzes bereitzustellen.

Bericht: Magdalena Alvarez (A7-0006/2010)

José Manuel Fernandes (PPE), schriftlich. – (PT) Steuerbetrug und -umgehung sind im Hinblick auf die soziale und wirtschaftliche Entwicklung als Angriff auf die Erschaffung eines faireren, stärkeren und gleichberechtigteren Europas zu werten. Die Folgen davon sind in diesen Zeiten der schweren Wirtschafts- und Finanzkrise umso deutlicher geworden, da die Haushalte der Mitgliedstaaten aufgrund der Notwendigkeit für öffentliche Investitionen und Ausgaben in Sozialpolitik besonders geschwächt und belastet wurden. Es ist bemerkenswert, dass sich Steuerbetrug in der Europäischen Union auf mehr als 200 Mrd. EUR pro Jahr beläuft, was mehr als 2 % des BIP entspricht.

Innerhalb des Kontextes des offenen Marktes und des freien Verkehrs von Waren und Menschen sind die Kontroll- und Überwachungsmechanismen aufgrund der unverzichtbaren Souveränitätsrechte jedes Mitgliedstaates noch komplexer geworden. Erschwerend kommt hinzu, dass skrupellose Wirtschaftsteilnehmer, die größtenteils nur auf die Gelegenheit warten, mit der Wirtschaftskrise leichtes Geld zu verdienen, auf immer ausgeklügelte und erfinderische Methoden der Steuerumgehung zurückgreifen.

Dieser Vorschlag stärkt die Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden zwischen den EU-Mitgliedstaaten im Bereich der Besteuerung, da der Prozess der europäischen Integration ein eindeutiges Ungleichgewicht zwischen der vorhandenen Gesetzgebung und den Kontroll- und Überwachungsmechanismen aufweist.

Ilda Figueiredo (GUE/NGL), schriftlich. – (PT) Wir haben gewisse Zweifel im Hinblick auf die Formulierung des Vorschlags, der die Erweiterung des Gültigkeitsbereichs der Richtlinie anstrebt, wobei „die Zusammenarbeit zwischen Mitgliedstaaten zur Abdeckung von Steuern aller Art“ ausgebaut werden soll, und die Tatsache, dass er „auch für gesetzliche Sozialversicherungsbeiträge gelten soll, die an den Mitgliedstaat oder eine Gliederungseinheit des Mitgliedstaates oder an Träger der sozialen Sicherheit des öffentlichen Rechts zu zahlen sind“.

Wir sind nicht damit einverstanden, dass die Beamten eines Mitgliedstaates die Befugnis erhalten sollten, innerhalb des Territoriums anderer Mitgliedstaaten zu handeln. Aus diesem Grund sollte der Vorschlag des Parlaments unseres Erachtens dieses Thema auf diejenigen Fälle beschränken, bei denen zumindest zwischen den Mitgliedstaaten Einvernehmen herrscht.

Wir haben auch unsere Zweifel im Hinblick auf die Pflicht zum automatischen Informationsaustausch über Steuergewohnheiten des Einzelnen, wenngleich stellenweise auf den Datenschutz Bezug genommen wird, insbesondere in dem Bericht des Parlaments.

Wir werden die Behandlung dieser Themen in ihrem Verlauf sorgfältig überwachen.

Ian Hudghton (Verts/ALE), schriftlich. – Wenngleich ich glaube, dass die EU-Mitgliedstaaten die Kontrolle über ihre eigenen Besteuerungssysteme behalten sollten, ist klar, dass es innerhalb der EU und sogar mit Drittländern eine Zusammenarbeit geben muss, um der Steuerhinterziehung entgegenzuwirken. Ich bin der Auffassung, dass der heute geschlossene Kompromiss ein nützliches Werkzeug zur Bekämpfung von Steuerbetrug und -umgehung sein wird.

Astrid Lulling (PPE), schriftlich. – (FR) Ich habe entschlossen gegen den Alvarez-Bericht über die Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden im Bereich der Besteuerung gestimmt, da ich leider sagen muss, dass der Kampf für die Freiheiten der Bürgerinnen und Bürger, den das Parlament anführen sollte, wechselhaft und widersprüchlich ist.

Wenn die Einführung von Body-Scannern oder das SWIFT-Abkommen mit den Vereinigten Staaten auf der Tagesordnung steht, verschaffen sich die eisernen Verfechter der individuellen Freiheiten Gehör, selbst wenn dies bedeutet, diplomatische Spannungen zu schaffen.

Aber wenn es um den Schutz von Bankdaten geht, wird das Gute plötzlich zum Bösen.

Der massive automatische Informationsaustausch, der die Grundlage des Alvarez- und des Dominici-Berichts bildet, ist der Scanner, der Sie bei jeder Bewegung auszieht, er ist das SWIFT-Abkommen in einem viel größeren Umfang.

Diese Widersprüchlichkeit kann noch nicht einmal im Namen der Effizienz gerechtfertigt werden.

Der automatische Austausch aller Daten über jedermann, der nicht in Europa sesshaft ist, wird zu einer nicht beherrschbaren Datenflut führen. Der Präzedenzfall im Bereich der Besteuerung von Sparguthaben sollte alle Alarmglocken läuten lassen.

Und zu den Freunden, die über die übermäßige Bürokratie besorgt sind, die dieses Unterfangen mit sich bringen kann, sage ich, dass die einzige Lösung darin besteht, es von Anfang an abzulehnen, anstatt sich später über die verheerenden Folgen zu wundern.

Nuno Melo (PPE), schriftlich. – (PT) Seit der früheren Gesetzgebung, die Steuerbetrug und -umgehung zur Priorität für die Europäische Union machte, wurden eine Reihe von Gesetzesvorschlägen eingebracht, die mit diesem Bereich in Zusammenhang stehen. Die Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden im Bereich der Besteuerung ist ein grundlegender Teil der gemeinsamen Strategie zur Bekämpfung von Steuerbetrug und -umgehung. Die effektive Bekämpfung von Steuerbetrug und -umgehung hat bedeutende Auswirkungen auf die Staatshaushalte und den Verlust von erheblichen Einnahmen für allgemeine öffentliche Ausgaben, insbesondere in den Bereichen Gesundheit, Bildung und Forschung zur Folge.

Steuerbetrug und -umgehung verletzen das Prinzip der steuerlichen Gleichbehandlung, zum Nachteil von Bürgern und Betrieben, die ihren Steuerpflichten nachkommen. Ferner führt dies zur Wettbewerbsverzerrung, die das reibungslose Funktionieren der Märkte beeinträchtigt. In diesen Krisenzeiten ist es umso wichtiger für uns, alle uns zur Verfügung stehenden Mittel zur Bekämpfung von Steuerbetrug und -umgehung anzuwenden, um die außergewöhnlichen Kosten zu bestreiten, die notwendig sind, um den Auswirkungen der Krise Abhilfe zu schaffen und die hohen Haushaltsdefizite so weit wie möglich zu reduzieren.

Alfredo Pallone (PPE), schriftlich. – (IT) Die Wichtigkeit des Vorschlags liegt in den schwerwiegenden Konsequenzen, die der Steuerbetrug in der EU (geschätzt auf über 2 % des BIP) auf die Haushalte der Mitgliedstaaten, das Prinzip der fairen Besteuerung, die als Folge davon geschwächt wird und auf das Funktionieren der Märkte hat, da der Wettbewerb verzerrt wird.

***Der von der Kommission vorgestellte Vorschlag ist ein Schritt nach vorn im Hinblick auf die Erfüllung der Notwendigkeit für effektivere Maßnahmen zur Zusammenarbeit, um Steuerbetrug und -umgehung auf europäischer Ebene zu bekämpfen. Die vorgeschlagene Richtlinie beinhaltet sowohl einen quantitativen als auch einen qualitativen Sprung: quantitativ, weil sie neue Verpflichtungen begründet, und qualitativ, weil sie die vorhandenen Verpflichtungen erweitert und genauer angibt.

Die Richtlinie stimmt der Aufnahme aller Arten von direkten oder indirekten Steuern mit Ausnahme der Mehrwertsteuer und Verbrauchsteuer zu und bringt den automatischen Informationsaustausch zwischen Steuerbehörden anstatt des Austauschs auf Anfrage ein.

Der Vorschlag bedeutet, dass wir effektivere Maßnahmen für die Zusammenarbeit bei der Bekämpfung von Steuerbetrug und -umgehung fordern können und so ein zuverlässiges, benutzerfreundliches und effektives System schaffen. Dies wird uns dabei helfen, eine angemessene Steuerintegration zu erzielen, die ein wesentlicher Teil des europäischen Projekts ist und einen weiteren Schritt in Richtung der echten Harmonisierung der Steuerpolitik bedeutet.

Marie-Christine Vergiat (GUE/NGL), schriftlich. – (FR) Wie die Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke habe ich für diesen Bericht gestimmt, der die verstärkte Bekämpfung von Steuerbetrug und -umgehung zum Ziel hat, da dieser Kampf im Kontext der Wirtschaftskrise, die unsere Mitgliedstaaten derzeit durchmachen, von großer Wichtigkeit ist. Angesichts der Wirtschaftskrise in den Mitgliedstaaten und zu einem Zeitpunkt, zu dem die Haushaltsdisziplin den kleinsten Staaten eine immer schwerere Last auferlegt, scheint das Angehen dieser Probleme eine Priorität zu sein.

Laut Schätzungen beläuft sich der Steuerbetrug auf bis zu 200 Mrd. EUR oder 2 % des BIP und auf das Doppelte der Beträge, die die Europäische Union dem sogenannten europäischen Konjunkturplan zugeteilt hat.

Darüber hinaus wirft der Bericht des Europäischen Parlaments die Frage der Notwendigkeit der Verbesserung des Datenschutzes auf. Dies ist ein wichtiges Thema, da es hier um Informationen und Datenaustausch geht.

Wie der Bericht sollten wir die Kommission und den Rat dazu drängen, dem Europäischen Parlament zu erklären, inwiefern seine Position berücksichtigt wurde und welche Fortschritte im Hinblick auf die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten bei der Bekämpfung von Steuerbetrug und -umgehung gemacht wurden.

Anna Záborská (PPE), schriftlich. – (FR) Das Ziel der Richtlinie ist die Verbesserung der Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden im Bereich der Besteuerung. Derzeit müssen wir einander in diesem Bereich mehr denn je helfen. Die Mobilität der Steuerzahler, die Anzahl von grenzüberschreitenden Transaktionen und die Globalisierung der Finanzinstrumente haben sich bedeutend weiterentwickelt. Es ist für die Mitgliedstaaten schwer, die Menge an Steuern und Zölle korrekt festzustellen. Diese zunehmende Schwierigkeit wirkt sich auf die Funktionsweise der Steuersysteme aus und führt zu einer Doppelbesteuerung, die Steuerbetrug und -umgehung begünstigt, während die Kontrollen weiterhin der Verantwortung der nationalen Behörden obliegen. Dies gefährdet das reibungslose Funktionieren des Binnenmarktes. Der automatische Informationsaustausch zwischen den Mitgliedstaaten wäre für die folgenden Bereiche vorgeschrieben: Vergütungen von Direktoren, Dividenden, Kapitalgewinne, Nutzungsentgelte und Lebensversicherungsprodukte, die im Hinblick auf den Informationsaustausch und ähnliche Maßnahmen nicht von anderen EU-Rechtsinstrumenten abgedeckt werden, Eigentum, Einkommen sowie die sich daraus ergebenden Renten. Zur Verbesserung des Informationsaustauschs zwischen den verschiedenen nationalen Behörden wird ferner vorgeschlagen, diejenigen Fälle zu überwachen, bei denen sich die Mitgliedstaaten weigern, Informationen bereitzustellen oder eine behördliche Ermittlung durchzuführen. All diese Maßnahmen tragen zur Bekämpfung von Steuerbetrug bei, und aus diesem Grund habe ich für diese Legislativentschließung gestimmt.

Bericht: Theodor Dumitru Stolojan (A7-0002/2010)

Ilda Figueiredo (GUE/NGL), schriftlich. – (PT) Es ist schon seltsam, dass die Europäische Kommission zugibt, dass „die Freizügigkeitsbestimmungen des EU-Vertrags es den Mitgliedstaaten erschweren, Garantien für die Zahlung von auf ihrem Gebiet fälligen Steuern zu fordern“.

Anstatt eine Bestimmung nach der anderen zu erlassen, die sich später als „unzureichend“ herausstellt, und unter Berücksichtigung der „bislang erzielten schlechten Ergebnisse“, könnte man dann nicht einfach sagen: Warum nicht das Problem bei der Wurzel packen und die Bestimmungen ändern, die sich auf die Freizügigkeit beziehen?

Allerdings hegen wir Zweifel im Hinblick auf die Umsetzung des Vorschlags, der besagt: „Der Gültigkeitsbereich der gegenseitigen Hilfe bei der Beitreibung sollte auf andere als die bislang bereits abgedeckten Steuern und Zölle ausgedehnt werden, da die Nichtzahlung von Steuern oder Zöllen das einwandfreie Funktionieren des Binnenmarktes beeinträchtigt. Der Gültigkeitsbereich sollte auch auf die gesetzlichen Sozialversicherungsbeiträge ausgedehnt werden“.

Wir sind nicht damit einverstanden, dass die Beamten eines Mitgliedstaates die Befugnis erhalten sollten, innerhalb des Territoriums anderer Mitgliedstaaten zu handeln. Aus diesem Grund sollte der Vorschlag des Parlaments unseres Erachtens die Umsetzung auf diejenigen Fälle beschränken, bei denen zumindest zwischen den Mitgliedstaaten Einvernehmen herrscht.

Ian Hudghton (Verts/ALE), schriftlich. – Die zunehmende Mobilität von Personen sowie Kapital steht im Mittelpunkt der EU und war ein großer Erfolg. Aber sie bringt auch gewisse Schattenseiten mit sich, zu denen die vermehrten Möglichkeiten für Betrüger zur Nichtzahlung von Steuern und Zöllen gehört. Es ist offensichtlich, dass die vorhandenen Systeme der gegenseitigen Hilfe unzulänglich sind und die heutige Abstimmung die dringend benötigten Verbesserungen in diesem Bereich herbeiführen sollte.

Petru Constantin Luhan (PPE), schriftlich. – (RO) Im Hinblick auf die Rückforderung von Steuern und Zöllen ist die Situation in der Europäischen Union alles andere als wünschenswert. Die Statistiken zeigen uns, dass die Gesamtrückforderungsquote lediglich 5 % beträgt. Um die Effektivität von Aktivitäten zur Rückforderung von Forderungen zu verbessern, ist eine engere Zusammenarbeit auf der Ebene der

Mitgliedstaaten erforderlich. In Anbetracht dessen stimme ich für den Vorschlag über gegenseitige Hilfe in diesem Bereich. Ich hoffe, dass wir die Unzulänglichkeiten der vorhandenen Maßnahmen, die zu mangelnder Transparenz und Koordination zwischen Staaten und zu einer ungerechtfertigten Verzögerung des Rückforderungsverfahrens geführt haben, tatsächlich beseitigen können.

Die neue Richtlinie schlägt vor, die Normen, auf deren Grundlage die zuständigen Behörden in den Mitgliedstaaten ihre Hilfe anbieten, sowie die Rechte und Verpflichtungen der Beteiligten deutlicher zu definieren. Zur Ermöglichung von Durchsetzungs- oder Sicherungsmaßnahmen werden Standardinstrumente ausgearbeitet, um die Probleme zu vermeiden, die mit der Anerkennung und Übersetzung von Instrumenten verbunden sind, die von anderen Behörden ausgestellt werden. Die Kommission wird eine gute Zusammenarbeit zwischen Mitgliedstaaten unterstützen und jegliche Beschwerden, die in Verbindung mit dem Informationsaustausch oder der Hilfe stehen, ständig überwachen.

Nuno Melo (PPE), schriftlich. – (PT) Die zunehmende Zahl der Unterstützungsanfragen von Mitgliedstaaten bei der Steuerrückforderung bestimmter Steuern sowie die mangelnde Effizienz bei der Rückforderung derselben mit einer Quote von nur 5 % zeigt, dass die Richtlinie des Rates 1976/308/EWG geändert werden muss. Wir brauchen diese EntschlieÙung, wenn wir die Probleme bezüglich Langsamkeit, Ungleichheit, mangelnder Koordination und Transparenz beheben wollen.

Alfredo Pallone (PPE), schriftlich. – (IT) Das derzeitige System für die Beitreibung von Forderungen im Hinblick auf Steuern, Zölle und andere Maßnahmen ist durch Langsamkeit, Ungleichheit sowie mangelnde Koordination und Transparenz gekennzeichnet. Aus diesem Grund müssen Maßnahmen auf Gemeinschaftsebene ergriffen werden, um die Hilfe bei der Rückforderung zwischen Mitgliedstaaten zu verstärken und zu verbessern.

Zu diesem Zweck bietet der Vorschlag einheitliche Instrumente, die Durchsetzungs- oder Sicherungsmaßnahmen bieten, um Probleme bei der Anerkennung und Übersetzung von Instrumenten zu vermeiden, die von anderen Mitgliedstaaten stammen, und ein Standardformular für die Zustellung von Dokumenten in Bezug auf die Forderungen auf dem Staatsgebiet eines anderen Mitgliedstaates.

Die Einführung eines einheitlichen Standardformulars für die Zustellung von Instrumenten und Beschlüssen in Bezug auf die Forderung wird die Probleme der Anerkennung und Übersetzung von Instrumenten eines anderen Mitgliedstaates lösen. Dieses Instrument wird für die Entwicklung des Handels innerhalb der Gemeinschaft und für die Stärkung des Binnenmarktes wesentlich sein.

Anna Záborská (PPE), schriftlich. – (FR) Die Ratsrichtlinie zielt darauf ab, die Funktionsweise der gegenseitigen Hilfe bei der Beitreibung von Forderungen im Hinblick auf Steuern, Zölle und andere Maßnahmen grundlegend zu überarbeiten. Nationale Bestimmungen hinsichtlich der Rückforderung gelten nur innerhalb des Territoriums des jeweiligen Mitgliedstaates. Die Verwaltungsbehörden sind nicht dazu in der Lage, Steuern und Zölle außerhalb ihres eigenen Mitgliedstaates rückzufordern. Gleichzeitig nimmt die Mobilität von Menschen und Kapital zu und Betrüger ziehen aus den territorialen Einschränkungen der Zuständigkeiten der nationalen Behörden Vorteile, um ihre Insolvenz in Ländern zu organisieren, in denen sie Steuerschulden haben. Die ersten Bestimmungen über die gegenseitige Hilfe bei Rückforderungen wurden in der Richtlinie 76/308/EWG (durch die Richtlinie 2008/55/EG kodifiziert) über die gegenseitige Unterstützung bei der Beitreibung von Forderungen in Bezug auf bestimmte Abgaben, Zölle, Steuern und sonstige Maßnahmen festgelegt. Jedoch hat sich dieses Instrument im Hinblick auf eine Antwort auf den sich ändernden Binnenmarkt der letzten 30 Jahre als unangemessen herausgestellt. Daher muss die gegenwärtige Richtlinie aufgehoben und ein verbessertes System der Hilfe für die Rückforderung innerhalb des Binnenmarktes geschaffen werden, das schnelle, effektive und einheitliche Verfahrensweisen in der gesamten Europäischen Union gewährleisten wird. Aus diesem Grund habe ich für diese EntschlieÙung gestimmt.

EntschlieÙungsantrag RC-B7-0072/2010

John Stuart Agnew, David Campbell Bannerman, Derek Roland Clark und William (The Earl of) Dartmouth (EFD), schriftlich. – Die UKIP unterstützt die Hilfsmaßnahmen und ist angesichts der Todesopfer und der von der Katastrophe betroffenen Menschen entsetzt. Dennoch können wir die EU nicht dabei unterstützen, das Geld von Hunderten Millionen Steuerzahlern auszugeben, und wir können nicht ihre militärischen und diplomatischen Ambitionen legitimieren, um die demokratischen und verantwortlichen Nationalstaaten zu umgehen, die in der Krise intervenieren.

Natürlich ermutigen wir die Regierung und den Einzelnen, Hilfe und Geld zu spenden, um den Betroffenen zu helfen und das Land wiederaufzubauen. Jedoch muss dies mit Transparenz für die Öffentlichkeit geschehen

und darf nicht von geheimnistuerischen, nicht gewählten Bürokraten die auf internationalem Gebiet prahlen wollen bewerkstelligt werden.

Liam Aylward (ALDE), schriftlich. – (GA) Ich habe für diese EntschlieÙung und für die Finanzhilfe gestimmt, die die Europäische Union für eine langfristige Unterstützung bereitstellen wird und die in Zusammenarbeit mit den lokalen Behörden und der haitianischen Bevölkerung verwaltet werden wird. Dieses Geld muss zur Behebung der grundlegenden Ursachen für die Armut in Haiti genutzt werden, um dem Land bei der Stärkung seiner demokratischen Struktur und bei der Erschaffung einer nachhaltigen Wirtschaft zu helfen.

Gott sei Dank haben sich die Lebensbedingungen in Haiti in jüngerer Zeit verbessert und die humanitäre Hilfe wird effektiv und in der Rangfolge der Prioritäten verteilt; dies geschieht dank der Zusammenarbeit und Koordination von internationalen Organisationen, Nichtregierungsorganisationen und der haitianischen Bevölkerung, die alle zusammengearbeitet haben.

Sebastian Valentin Bodu (PPE), schriftlich. – (RO) Die Europäische Union sowie die gesamte internationale Gemeinschaft stellen sich im Hinblick auf die Situation in Haiti einer wichtigen Solidaritätsprüfung. Der bevorstehende EU-Gipfel muss eine entscheidende, gut koordinierte und einstimmige Lösung präsentieren, um den Erfordernissen im Bereich Wiederaufbau und Hilfe zu entsprechen, die Haiti derzeit als Folge einer der größten Naturkatastrophen der neueren Geschichte erfährt. Dem Aufruf des Europäischen Parlaments und dem bei der Europäischen Kommission eingereichten Antrag auf die Ausarbeitung eines spezifischen Vorschlags zur Gründung einer Katastrophenschutzseinheit, die im Falle einer Naturkatastrophe irgendwo in der Welt schnell reagieren kann, muss entsprochen werden.

Die „Haiti-Lektion“ darf nicht vergessen werden und die Europäische Union muss in diesem Fall zeigen, dass sie sich nicht nur dessen bewusst ist, was Solidarität bedeutet, sondern auch der Tatsache, dass sie eine anpassungsfähige und flexible Institution ist, die aus den aktuellen schmerzhaften Ereignissen lernt. Die Europäische Union verfügt über alle Daten und Mittel, um an dem langfristigen Wiederaufbau von Haiti mitzuwirken. Dazu ist die Koordination mit den Vereinigten Staaten und Kanada erforderlich, so dass die gesamte internationale Gemeinschaft mit einer einzigen Stimme sprechen kann. Die von Geschichte und Natur leidgeprüfte haitianische Bevölkerung muss von der internationalen Gemeinschaft die notwendigen Mittel erhalten, um zu lernen, sich selbst zu helfen.

Maria Da Graça Carvalho (PPE), schriftlich. – (PT) Ich begrüÙe die von der EU eingegangene Verpflichtung zur Bereitstellung von Hilfe für die haitianische Bevölkerung nach dem Erdbeben, das das Land im Januar erschütterte. Vor dem Erdbeben lebten mehr als 70 % der haitianischen Bevölkerung unterhalb der Armutsgrenze und die Auslandsschulden des Landes beliefen sich auf 890 Mio. USD. Die internationale Gemeinschaft hat nun die Pflicht, zur Entwicklung einer Wiederaufbaustrategie für das Land beizutragen, die kurz-, mittel- und langfristig nachhaltig sein wird.

Dies ist ein kritischer Zeitpunkt bei der Koordination von WiederaufbaumaÙnahmen zwischen internationalen Hilfspendern, den haitianischen Behörden und der Zivilgesellschaft. Daher begrüÙe ich die jüngste Entscheidung der G7, die haitianischen Schulden, einschließlich der Schulden an multilaterale Kreditinstitute, abzuschreiben. Es ist unerlässlich, diesem Land dabei zu helfen, sich von dem Erdbeben zu erholen, aber die internationale Gemeinschaft muss auch diese Gelegenheit beim Schopf ergreifen, um zur Lösung der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Ungleichheiten in Haiti beizutragen.

Carlos Coelho (PPE), schriftlich. – (PT) Das Erdbeben, das die Insel Haiti am 12. Januar 2010 erschütterte, Tausende von Menschen tötete und schreckliche Zerstörung und Chaos anrichtete, erfordert unsere entschlossene Solidarität mit der haitianischen Bevölkerung. Ich hatte das Vergnügen und die Ehre, zu dem Entwurf dieser EntschlieÙung des Parlaments beizutragen. In erster Linie möchte ich den Fachkräften danken, deren großzügige und prompte Arbeit durch das Mobile Interventionszentrum zur Rettung von Leben und zur Linderung der dringendsten Probleme vor Ort im Bereich medizinische Versorgung, Wasser, Hygiene, Kleidung usw. beigetragen hat. Dies hat bewiesen, dass die im Laufe der Jahre vom Parlament geforderten Investitionen praktische und positive Auswirkungen haben können.

Andererseits müssen wir, genau wie nach dem Tsunami in Asien, aus den Ereignissen lernen. Nach dem Barnier-Bericht aus dem Jahr 2006 sollte die Europäische Kommission so bald wie möglich gesetzgebende Maßnahmen für die Schaffung einer einzigen, unabhängigen und ständigen EU-Katastrophenschutzseinheit vorlegen, die dazu in der Lage ist, Rettungsmissionen auszuführen und einen integrierten Ansatz für Hilfe, Wiederaufbau und Entwicklung zu gewährleisten. Ich möchte auch den Mitgliedstaaten, NROs und der Zivilgesellschaft für die humanitäre Hilfe danken, die sie geleistet haben.

Lara Comi (PPE), *schriftlich*. – (IT) Das Erdbeben, das Haiti am 12. Januar verwüstete und 200 000 Todesopfer und ungefähr 250 000 Verletzte forderte, hat die Mitgliedstaaten der Europäischen Union und die gesamte internationale Gemeinschaft dazu veranlasst, sich mittels einer greifbaren und gemeinsamen Verpflichtung für den Wiederaufbau des Landes zu engagieren.

Diese Koordination hat sich auf kurze Sicht als effektiv erwiesen und führte zunächst zur Zusicherung bedeutender Summen seitens der Europäischen Kommission und der einzelnen Mitgliedstaaten. Ich halte es für wesentlich, diese gemeinsamen Anstrengungen so zu verwalten, dass der Wiederaufbau auch mittel- und langfristig nachhaltig und die haitianische Bevölkerung der Hauptnutznießer dieser Verpflichtung ist.

Ich möchte mich der Aufforderung der internationalen humanitären Organisationen anschließen, die verhindern wollen, dass die zahlreichen Kinder, die als Folge des Erdbebens verwaist sind, in die Hände von Menschenhändlern fallen. Daher benötigen wir meines Erachtens einen Plan, solch einen Notfall zu überwachen und zu gewährleisten, dass die primären Bedürfnisse der schwächsten Gruppen in der Gemeinschaft auf der Liste der Prioritäten Europas und der Vereinigten Staaten die erste Stelle einnehmen.

Edite Estrela (S&D), *schriftlich*. – (PT) Ich habe für den Entschließungsantrag über das Erdbeben in Haiti gestimmt, das 200 000 Todesopfer und 250 000 Verletzte forderte. Ich möchte der haitianischen Bevölkerung und anderen Nationen, dem Personal internationaler Organisationen, darunter den Vereinten Nationen und der Europäischen Kommission und den Familien der Opfer dieser Tragödie mein herzlichstes Beileid und meine Solidarität aussprechen. Ich möchte besonders auf die harte Arbeit einiger EU-Mitgliedstaaten durch den EU-Katastrophenschutz hinweisen, der vom Beobachtungs- und Informationszentrum koordiniert wird. Ich begrüße ebenfalls, dass der Vorschlag die europäische Reaktion auf die humanitäre Krise in Haiti beurteilen wird, so dass die Europäische Kommission Vorschläge zur Verbesserung der Möglichkeiten der EU für eine schnelle Reaktion auf zukünftige Katastrophen vorlegen kann.

Diogo Feio (PPE), *schriftlich*. – (PT) ***Der 12. Januar 2010 wird als einer der schlimmsten Tage, die das Land je erlebt hat, in die haitianische Geschichte eingehen. Ein Volk und ein Land, das bereits von Armut und Unterentwicklung geplagt war, wurde urplötzlich von einer gnadenlosen und mörderischen Naturkatastrophe enormen Ausmaßes verwüstet.

Die Zehntausenden von Todesopfern, die in Statistiken, die bereits zum Zeitpunkt ihrer Erstellung veraltet waren, verzeichnet wurden, und der Schmerz und die Verzweiflung in den Augen derjenigen, die alles verloren haben, haben die Mobilisierung der internationalen Gemeinschaft und der Zivilgesellschaft in der ganzen Welt mehr als gerechtfertigt. Diese Anstrengungen muss ich lobend erwähnen.

Trotz dieser Solidaritätswelle, die nur ein gutes Licht auf diejenigen wirft, die daran beteiligt waren, muss diese Hilfe selbst dann beibehalten werden, wenn sich das Augenmerk der weltweiten Aufmerksamkeit auf ein anderes Land richtet.

Trotz internationaler Bemühungen kann der Wiederaufbau des Landes nur dann bewerkstelligt werden, wenn die Verantwortlichen und die Bürger selbst dazu in der Lage sind, die Führung in dem Prozess und ihre jeweiligen Verantwortlichkeiten zu übernehmen.

José Manuel Fernandes (PPE), *schriftlich*. – (PT) Das Unheil, das nach dem heftigen Erdbeben am 12. Januar dieses Jahres über Haiti hereingebrochen ist, bedeutet eine neue Herausforderung für die Solidarität zwischen Völkern und Nationen. Aufgrund ihrer Geschichte und kulturellen Identität und, nicht zu vergessen, ihrer Bedeutung in der Weltwirtschaft muss die Europäische Union als Vorbild handeln und die Hilfe für die Haitianer und den Wiederaufbau eines der ärmsten Länder auf der Erde fördern. Als dringendes Anliegen müssen wir den Weg für finanzielle und logistische Hilfsmittel bereiten, die das Leid der von der Tragödie Betroffenen auf ein Minimum reduzieren, sowie die rasche Wiederherstellung der grundlegenden Lebensbedingungen für die Menschen gewährleisten. Allerdings müssen die Bedingungen für die Förderung einer nachhaltigen Entwicklung innerhalb des Landes bereits bewertet und gewährleistet sein, so dass wir der extremen Armut, die eine Vielzahl von Menschen im Land betrifft, entgegenwirken können. Über die Anreize für rentable Landwirtschaft, Industrialisierung und den nachhaltigen Entwicklungszyklus für die Produktvermarktung hinaus glaube ich, dass die Unterstützung für die Umsetzung einer robusten Strategie für umweltbezogene Verbesserungen entscheidend ist, da Haiti ein deutliches und dramatisches Beispiel für die verheerenden Auswirkungen ist, die der Klimawandel auf die Menschheit haben kann. Daher habe ich für den Vorschlag gestimmt.

João Ferreira (GUE/NGL), *schriftlich*. – (PT) Angesichts der dramatischen Szenen vollständiger Zerstörung in Haiti benötigen wir schnelle, effektive und echte Solidarität, die zur Linderung des Leids der haitianischen

Bevölkerung beitragen wird. Ferner muss jeglicher Versuch, die Tragödie der haitianischen Bevölkerung durch die militärische Besetzung des Landes auszunutzen, abgelehnt und verurteilt werden sowie die Souveränität und Unabhängigkeit Haitis unmissverständlich verteidigt werden – diese Aspekte fehlen in dem fraglichen Dokument. Bedauerlicherweise kam diese EntschlieÙung viel später als die Erklärungen gewisser Staatsoberhäupter und UN-Vertreter über den Einsatz von Zehntausenden von US-Truppen in dem Land. Haiti benötigt Feuerwehrlaute, Ärzte, Krankenhäuser und lebensnotwendige Güter.

Die Reaktion der EU auf die BegrüÙung der EntschlieÙung war „die Entscheidung des Rates, 350 Militärpolizeibeamte zu entsenden“. Man erinnere sich an die rasche Hilfe, die Haiti von Ländern wie Kuba erhielt, das unverzüglich 400 Ärzte entsandte, so dass Leben gerettet und Epidemien verhindert werden konnten sowie eine medizinische Infrastruktur aufbaute und lebensnotwendige Güter verteilte oder Venezuela, das Schuldenerlass anbot und Kraftstoff lieferte.

Ilda Figueiredo (GUE/NGL), schriftlich. – (PT) Wir glauben, dass der Zeitpunkt gekommen ist, all die humanitäre Hilfe, Zusammenarbeit und Unterstützung beim Wiederaufbau zu leisten, die die haitianische Bevölkerung angesichts ihrer Würde und ihres Mutes verdient. Leider wurde zuviel Zeit mit Schutz verschwendet, und nicht alles ist reibungslos abgelaufen. Wir haben bereits die Art und Weise angeprangert, auf welche bestimmte Parteien, insbesondere die Vereinigten Staaten, mehr damit beschäftigt waren, mit ihren Truppen ihre militärische Präsenz im Land zu stärken, als sich um die haitianische Bevölkerung zu sorgen.

Wir bedauern, dass die verabschiedete EntschlieÙung im Hinblick auf die Verteidigung von Haiti und der haitianischen Bevölkerung nicht weit genug geht. Es wäre ein guter Start gewesen, jedermann bzw. jedes Land anzuprangern, das durch die Rückkehr zum Neokolonialismus versucht, aus dieser Katastrophe Profit zu ziehen. Diese Haltung scheint hinter dem Einsatz von Tausenden von bewaffneten nordamerikanischen Truppen zu stehen, trotz der Tatsache, dass die Mehrheit der Bevölkerung in Armut lebt und noch immer das Opfer von Ausbeutung seitens multinationaler Unternehmen und des Einmischens externer Stellen, insbesondere der Vereinigten Staaten, ist.

Wir werden dem haitianischen Volk auch weiterhin unsere ehrliche Solidarität zusichern.

Sylvie Guillaume (S&D), schriftlich. – (FR) Ich habe diese EntschlieÙung unterstützt, um die große Verpflichtung zur Solidarität hervorzuheben, die die Europäische Union umsetzen muss, um diesem Land, das vor fast einem Monat verwüstet wurde, zu Hilfe zu kommen. Nach der Notsituation muss auch langfristige Hilfe garantiert werden, und zwar insbesondere für die Menschen, die am verletzlichsten sind, und für die Regierungsstrukturen, die heutzutage keine andere Wahl haben, als ihre Befehlsgewalt an die US-Streitkräfte zu übergeben. Schließlich muss Europa aus diesen Vorfällen ihre Lehre ziehen, so dass es in Zukunft schneller und effizienter reagieren und optimale humanitäre Hilfe für die Menschen bereitstellen kann, die sie am meisten benötigen.

Richard Howitt (S&D), schriftlich. – Wir Labour-Abgeordnete möchten all denjenigen, deren Leben von diesem katastrophalen Erdbeben zerrüttet wurden, unser tiefstes Mitgefühl aussprechen und unsere volle Unterstützung für internationale Hilfsmaßnahmen zusichern. Wir haben diese EntschlieÙung mit dem klaren Ziel unterstützt, die Botschaft auszusenden, dass das Europäische Parlament und die Labour-Abgeordneten der haitianischen Bevölkerung bei der langfristigen Wiederaufbauarbeit der Infrastruktur, der Gemeinschaften und der auseinander gerissenen Leben zur Seite steht. Im Hinblick auf diese EntschlieÙung freuen wir uns insbesondere über die Entscheidung Großbritanniens und der anderen G7-Staaten, ihre Forderungen in Bezug auf die internationalen Schulden Haitis zu streichen und andere Nationen dazu aufzufordern, ihrem Beispiel zu folgen.

Wir sind jedoch nicht mit Absatz 24 der EntschlieÙung einverstanden, da unseres Erachtens jeder Vorschlag zur Verbesserung der Reaktionsfähigkeit der EU auf Katastrophen mit voller Konsultation und Beratung ausgearbeitet werden sollte und nicht einfach im Kontext und den unmittelbaren Nachwirkungen einer humanitären Tragödie, so furchtbar sie auch sein mag. Insbesondere verurteilt der Absatz die bestehenden freiwilligen Regelungen der EU-Mitgliedstaaten, wobei wir die nationalen Reaktionskapazitäten nicht herunterspielen sollten, vor allem, wenn man in Betracht zieht, dass das ständige Krisenreaktionsteam Großbritanniens innerhalb einer Stunde nach dem Erdbeben in Haiti in Aktion trat.

Ian Hudghton (Verts/ALE), schriftlich. – In den letzten Wochen haben wir alle die schrecklichen Bilder der Situation gesehen, unter der die haitianische Bevölkerung leidet. Wie es immer der Fall bei großen Naturkatastrophen ist, ist die Aufmerksamkeitsspanne der Presse und der Medien kurz und die Schlagzeilen wenden sich rasch einem anderen Thema zu. Für politische Führer wäre es inakzeptabel, so schnell

weiterzumachen, und es ist richtig, dass sich dieses Parlament darum bemüht, dass die Katastrophe weiterhin ganz oben auf der Tagesordnung steht. Diese Entschlieung berücksichtigt die gute Arbeit, die bisher sowohl von EU-Institutionen als auch von Körperschaften innerhalb der Mitgliedstaaten geleistet wurde, und wir hoffen, dass der Hohe Vertreter der EU die spezifischen Themen, die das Parlament heute beleuchtet hat, vollständig zur Kenntnis nimmt.

Anneli Jtteenmki (ALDE), schriftlich. - Laut den haitianischen Behörden beläuft sich die Zahl der Todesopfer nach dem Erdbeben auf über 230 000 Personen. Diese Katastrophe hat sogar noch größere Ausmaße als der Tsunami in Asien im Jahr 2004. Nach der Soforthilfe sollten wir uns nach und nach auf die langfristige Entwicklung Haitis konzentrieren. Haiti, eines der rmsten Länder der Welt, war auf eine Katastrophe diesen Ausmaßes gänzlich unvorbereitet. Ich begrüße die jüngsten Zusagen zum Schuldenerlass für Haiti wärmstens und bitte alle Geberländer dringend, auch bei dem langfristigen und nachhaltigen Wiederaufbau mitzuwirken. Schließlich haben einige Kolleginnen und Kollegen die Entscheidung von Baronin Ashton in Frage gestellt, Haiti nicht sofort nach dem Erdbeben zu besuchen. Ihre Kritik ist richtig, wenn ihr Besuch zur Hilfe der Haitianer beigetragen hätte. Wenn es sich allerdings einfach um einen Werbegag gehandelt hätte, um die Präsenz der EU vorzuführen, war ihre Entscheidung absolut richtig.

Eija-Riitta Korhola (PPE), schriftlich. - (FI) Herr Präsident, ich habe für die Entschlieung über Haiti gestimmt. Das Leid der Menschen, das durch das Erdbeben in Haiti verursacht wurde, hat enorme Ausmaße. Hunderttausende sind gestorben oder verletzt und Port-au-Prince ist fast vollständig zerstört. Die Anzahl derjenigen, die auf Hilfe von außen angewiesen sind, wird auf zwei oder drei Millionen geschtzt.

Wenngleich die Verwandten der Opfer das Mitgefühl der Europäer haben, besteht dringender Handlungsbedarf. Natürlich sind die umfangreichen und unmittelbaren Verpflichtungen in Form von Hilfe aus der EU von größter Wichtigkeit. Die späte Reaktion seitens der neuen Behörde für auswärtige Angelegenheiten hat Verwunderung hervorgerufen, und das aus gutem Grund. Es liegt auf der Hand, dass die Hohe Vertreterin der EU in Zukunft eine schnellere Reaktion und bessere Koordination gewährleisten muss. Haiti wird noch lange Zeit Hilfe benötigen. Die Wunden müssen heilen und die Häuser eines nach dem anderen wieder aufgebaut werden.

Der Philosoph Ludwig Wittgenstein sagte einmal, dass kein Leid größer sein kann als das, was ein einzelner Mensch ertragen kann. Ich denke, dass er Folgendes damit meinte: es gibt keine größere Bewusstseinseinheit auf der Welt als das Bewusstsein eines einzigen Individuums. Mann kann Leid nicht berechnen. Es gibt kein Gesamtbewusstsein, das mehr Leid erträgt als ein einzelnes. Das Leid der Massen ist immer das Leid des Einzelnen. Darin liegt auch Hoffnung. Mutter Teresa soll gesagt haben, dass sie, wenn sie je die Massen in Betracht gezogen hätte, niemals etwas erreicht hätte. Wenn ich einem Menschen helfen kann, dann helfe ich der größtmöglichen Einheit: der ganzen Welt eines Menschen.

Petru Constantin Luhan (PPE), schriftlich. - (RO) Meines Erachtens muss die EU eine bessere Koordination fördern und der Unterstützung des haitianischen Staates einen höheren Stellenwert geben. Derzeit bedeuten logistische Engpässe (eingeschränkte Kapazität beim Landen und Entladen von Gütern auf dem Flughafen von Port-au-Prince) sowie die Suche nach einer Lösung des Problems für diejenigen, die noch immer obdachlos sind, insbesondere angesichts der bevorstehenden Regenzeit, die größte Herausforderung.

Wir müssen über die Zukunft und die Arten und Weisen nachdenken, auf welche wir in solchen Situationen schneller und effizienter handeln können. Ich habe diese Entschlieung unterstützt, weil sie die Kommissarin für Internationale Zusammenarbeit, Humanitäre Hilfe und Krisenreaktionen zu der Gewährleistung auffordert, dass die Europäische Union eine zentrale Rolle in Krisensituationen spielt und effizienter die Reaktion der Europäischen Union auf zukünftige Krisen, auf Grundlage der festgelegten Verantwortlichkeiten im Vertrag von Lissabon, koordiniert.

Darüber hinaus ist es von höchster Wichtigkeit, dass die europäische Exekutive dem Parlament so schnell wie möglich Vorschläge zur Bildung einer europäischen Katastrophenschutztruppe basierend auf dem Gemeinschaftsverfahren für den Katastrophenschutz vorlegt. Dadurch wird die Europäische Union dazu in der Lage sein, die erforderlichen Ressourcen zu beschaffen, um innerhalb von 24 Stunden nach dem Eintreten einer Katastrophe humanitäre Soforthilfe bereitzustellen.

David Martin (S&D), schriftlich. - Das verheerende Erdbeben in Haiti letzten Monat verursachte katastrophale Schäden, so dass die weltweiten Hilfsmaßnahmen langfristig und engagiert sein müssen. Ich freue mich, dass die EU prompt mit Hilfen in Höhe von bislang 196 Mio. EUR reagiert hat. Ich unterstützte die Entschlieung, die zu effektiven und koordinierten humanitären Maßnahmen seitens der EU auffordert, um sicherzustellen, dass Haiti langfristige Unterstützung und Wiederaufbaumanahmen erhält.

Nuno Melo (PPE), *schriftlich*. – (PT) Neben den vielen Todesopfern beeinträchtigt das Erdbeben, das Haiti am 12. Januar 2010 erschüttert hat, auch weiterhin tagtäglich das Leben von über 3 Millionen Menschen, die dringend humanitärer Hilfe benötigen. Die Rolle der EU-Außenpolitik wurde verdeutlicht und die Werte, die die EU zu fördern versucht, haben unter anderem zum Ziel, zum Weltfrieden und zur Sicherheit und zum Schutz der Menschenrechte beizutragen. Folglich sollten wir alle Bemühungen der Mitgliedstaaten begrüßen, die zur Unterstützung des Landes unternommen werden, um aus dieser Katastrophe als eine voll funktionierende Demokratie mit einer Wirtschaft hervorzugehen, die ihre Bevölkerung unterstützen kann. Wir sollten auch daran denken, dass die haitianische Bevölkerung sowie ihre Regierung immer ein Bestandteil des gesamten Wiederaufbauprozesses sein müssen.

Willy Meyer (GUE/NGL), *schriftlich*. – (ES) Ich habe mich bei der Abstimmung über die Entschließung RC-B7-0072/2010 bezüglich Haiti der Stimme enthalten, weil ich es für dringlich halte, zivile Fachkräfte wie Ärzte, Architekten und Feuerwehrleute anstatt Truppen in die Region zu entsenden. Haiti kann seine dringend benötigte politische, wirtschaftliche und soziale Stabilität nur dann erreichen, wenn die Freiheit dieses Landes vor ausländischer Einmischung geschützt wird. Finanzinstitutionen wie die Weltbank, der Internationale Währungsfonds und die Sozialpartner Haitis sollten die Auslandsschulden Haitis sofort erlassen.

Darüber hinaus unterstütze ich die Maßnahmen, die von den Ländern der Bolivarianischen Allianz für Amerika (Finanzhilfe durch den Nothilfefonds, Energieunterstützung und Förderung von Landwirtschafts- und Produktionsinitiativen) ergriffen wurden und die ein Beweis für die brüderliche Solidarität sind, die zwischen den verschiedenen Ländern existiert. Durch meine Enthaltung möchte ich verdeutlichen, dass der Wiederaufbau Haitis nicht durch die Militarisierung der Hilfe bewerkstelligt werden kann, sondern nur dadurch, dass den Mechanismen ein Ende gesetzt wird, die zu der in Haiti bestehenden Armut geführt haben, wie die Auslandsverschuldung, deren Erlass ich fordere.

Andreas Mölzer (NI), *schriftlich*. Haiti war schon vor dem Erdbeben ein armes Land, in dem die Nahversorgung von fast zwei Millionen Menschen nicht gesichert war und Hunderttausende Waisenkinder auf der Straße oder in Heimen lebten. Für die Haitianer ist ein Wiederaufbau der Infrastruktur und der staatlichen Institutionen langfristig sicherlich wichtig. Dabei darf aber nicht in Vergessenheit geraten, dass die Ausgabe der Hilfsgüter nach wie vor nicht reibungslos funktioniert und die Sicherheitssituation vor allem für Frauen und Kinder eine prekäre ist. Hier gilt es, umsichtig zu agieren. Der Entschließungsantrag scheint den meisten Problemen gerecht zu werden. Aus diesem Grund habe ich auch dafür gestimmt.

Wojciech Michał Olejniczak (S&D), *schriftlich*. – (PL) Das Erdbeben, das Haiti im Januar dieses Jahres erschütterte, ist eine der größten humanitären Katastrophen des 21. Jahrhunderts. Das Ausmaß der Katastrophe wird durch die Tatsache verschlimmert, dass die destruktive Wirkung des Erdbebens eines der ärmsten Länder der Welt getroffen hat. Die Tragödie hat die Scheinwerfer der ganzen Welt auf Haiti gerichtet. Die humanitäre Hilfe darf nicht beim Wiederaufbau der Insel aufhören, sondern muss die Neustrukturierung der dort vorhandenen sozialen Beziehungen im Geiste der Achtung von Menschenwürde und sozialer Gerechtigkeit einbeziehen. Damit dies möglich wird, müssen für Haiti nicht rückzahlbare Beihilfen bereitgestellt werden und darüber hinaus muss auch sichergestellt werden, dass das Land und seine Gesellschaft die Chance für einen Neustart erhalten.

Daher unterstütze ich die Aufforderung zum Erlass der internationalen Verschuldung Haitis. Ferner lehne ich diejenigen Lösungen ab, die eine Erhöhung der Verschuldung Haitis als Folge der internationalen „Hilfe“ mit sich bringen werden. Unter Berücksichtigung all dieser Faktoren habe ich mich dazu entschlossen, den gemeinsamen Entschließungsantrag des Europäischen Parlaments bezüglich des vor Kurzem stattgefundenen Erdbebens in Haiti zu unterstützen.

Alfredo Pallone (PPE), *schriftlich*. – (IT) Ich habe für den gemeinsamen Entschließungsantrag bezüglich des noch nicht lange zurückliegenden Erdbebens in Haiti gestimmt.

Insbesondere stimme ich dem Inhalt von Absatz 4, 8 und 9 zu, insbesondere den Teilen, in denen erklärt wird, dass die EU der Unterstützung der Wiederaufbaumaßnahmen und der Verbesserung der humanitären Situation unter besonderer Berücksichtigung von schutzlosen Bevölkerungsgruppen wie Frauen und Kinder, sowie der Bereitstellung von Unterkünften, medizinischen Einrichtungen, logistischer Hilfe und Lebensmitteln Priorität geben sollte. Wir fordern alle Mitgliedstaaten dazu auf, darauf vorbereitet zu sein, der Anfrage der Vereinten Nationen nach weiteren Hilfsleistungen zu entsprechen. Wir begrüßen die vorläufigen Verpflichtungen der G7-Staaten, ihre Forderungen im Hinblick auf die internationale Verschuldung Haitis zu streichen und wir fordern auch den Internationalen Währungsfonds dazu auf, die ausstehenden Schulden

des Landes vollständig zu erlassen. Wir betonen, dass die Soforthilfe für das Erdbeben in Form von Zuschüssen und nicht in Form von Krediten, die die Verschuldung noch vergrößern, bereitgestellt werden muss.

Anna Záborská (PPE), schriftlich. – (FR) Im Falle einer Naturkatastrophe muss humanitäre Hilfe ohne Verzögerung ankommen. In Haiti waren nur die Vereinigten Staaten dazu in der Lage, effektive humanitäre Hilfe ohne bürokratische Verzögerungen bereitzustellen. Es ist auch klar, dass die schnellsten und effizientesten humanitären Organisationen diejenigen sind, die von diesem illustren Haus in den Entschlüssen regelmäßig verurteilt werden: die katholische Kirche und humanitäre Initiativen christlicher Organisationen. In dieser Entschlüsselung, die ich voll unterstütze, fordert das Parlament die internationale Gemeinschaft dazu auf, zu gewährleisten, dass die haitianische Bevölkerung und ihre Regierung die Hauptakteure im Wiederaufbauprozess sind, so dass sie ihr Schicksal selbst bestimmen können. Die Mitglieder unterstützen auch die EU-Maßnahmen zur Wiederaufnahme der lokalen Nahrungsmittelproduktion durch Wiederherstellen der beschädigten Infrastrukturen und durch Bereitstellen der notwendigen Materialien (Saatgut, Düngemittel und Werkzeuge) für Kleinbauern, insbesondere für die Frühjahrssaat, die im März beginnt und 60 % der nationalen Nahrungsmittelproduktion ausmacht. Während die internationale Gemeinschaft derzeit damit beschäftigt ist, in die Schaffung erdbebensicherer Infrastrukturen zu investieren, möchte ich auf die Tatsache hinweisen, dass auch religiöse Gebäude beschädigt wurden und dass die internationalen Fonds auch dem Wiederaufbau von Kirchen und Seminaren zugeteilt werden sollten.

Entschließungsantrag B7-0078/2010

John Stuart Agnew, Andrew Henry William Brons, David Campbell Bannerman, Derek Roland Clark und William (The Earl of) Dartmouth (EFD), schriftlich. – Die UKIP ist ernsthaft über die Situation im Iran besorgt und fordert die Regierungen auf beiden Seiten dazu auf, zu einer diplomatischen, jedoch vor allem friedlichen Lösung des andauernden politischen und humanitären Zusammenbruchs in dem Land zu kommen. Die EU darf in diese Situation nicht einschreiten, da sie die gespannte Situation nur verschärfen wird. Unverantwortliche EU-Bürokraten anstatt gewählter Politiker, die die Verhandlungen führen, werden zu einem schlechten Ausgang für den Iran und den Rest der Welt führen. Die Verhandlungen sollten in Zusammenarbeit mit anderen nationalen Regierungen aufgenommen und nicht von der EU von oben aufgezwängt werden. Es gibt viele Länder, die neutral bleiben möchten, wie Irland, und die EU, die diese Länder in dieser Angelegenheit vertritt, untergräbt ihre demokratisch gestützte Politik in beträchtlichem Ausmaß.

Mário David (PPE), schriftlich. – (PT) Ich habe mit größtem Verantwortungsbewusstsein für dieses Dokument gestimmt und hoffe, dass diese Entschlüsselung Früchte tragen wird. Ich möchte lobend die vereinten Bemühungen erwähnen, die von verschiedenen politischen Fraktionen im Parlament unternommen wurden, die die Heimat der europäischen Demokratie mit einer Stimme sprechen lassen und die starke pragmatische Neigung dieser Entschlüsselung betont haben, die Wege, Lösungen und spezifische Maßnahmen für den Umgang der EU mit dem iranischen Regime vorschlägt. Angesichts dessen möchte ich die folgenden Erfordernisse hervorheben: a) Unternehmen, die iranische Behörden mit Geräten und Technologie beliefern, die auf Zensur und Überwachung abzielen und für europäische Unternehmen verboten werden müssen, müssen strengstens verurteilt werden; b) die Anerkennung der absoluten Notwendigkeit zur Achtung des Wiener Übereinkommens und der Regeln der Diplomatie muss erbeten, oder besser noch, gefordert werden; c) iranische Organisationen oder Beamte, die im Ausland tätig sind und für die Unterdrückung und Einschränkung der Freiheiten im Iran verantwortlich sind, sowie diejenigen, die mit der Verletzung internationaler Verpflichtungen des Irans im Hinblick auf die Atomfrage in Verbindung stehen, müssen stärker sanktioniert werden; und d) trotz allem muss ein kontinuierlicher und tiefgehender Dialog mit dem Iran, insbesondere mit der Zivilgesellschaft, gefördert werden.

Edite Estrela (S&D), schriftlich. – (PT) Ich habe für den Entschließungsantrag zur Situation im Iran gestimmt, weil ich wegen der fortgesetzten Verletzung der Menschenrechte dort besorgt bin, insbesondere was Vereinigungs-, Meinungs- und Informationsfreiheit betrifft, und weil ich den Wunsch nach Demokratie des iranischen Volkes unterstütze.

Diogo Feio (PPE), schriftlich. – (PT) In den letzten Monaten haben uns zwei Nachrichten aus dem Iran erreicht, die leider beide nicht ermutigend sind. Erstens die Fortschritte bei der Anreicherung von Uran zu atomaren Zwecken und zweitens die Unterdrückung des von Herrn Mussawi angeführten gemäßigten Flügels, der die Ergebnisse der letzten Präsidentschaftswahlen anfechtet. Diese beiden Entwicklungen sind jede für sich bereits beunruhigend, geben jedoch zusammengekommen Anlass zu noch größerem Besorgnis.

Was kann man über dieses instabile Land sagen, in dem die zunehmend radikale Regierung tötet, foltert und ihre Gegnerinnen und Gegner, die auf der Straßen gegen sie protestieren, einsperrt, und das zur gleichen Zeit hartnäckig an einem Programm zur Urananreicherung mit dem Ziel der Atomenergiegewinnung arbeitet?

Denn trotz der Versicherungen des fundamentalistischen Ayatollah-Regimes, dass es gute Absichten hegt und die Atomenergie friedlichen Zielen dienen soll, ist die internationale Gemeinschaft nicht überzeugt, und betrachtet den Iran berechtigterweise als immer größere Bedrohung.

Die Europäische Union und ihre Bündnispartner sowie andere internationale Akteure müssen nicht nur die brutale Unterdrückung, der sich die gemäßigten Kräfte im Iran ausgesetzt sehen, von Beginn an verurteilen, sondern auch die Sanktionen gegen Teheran verstärken und verschärfen und dürfen ein gemeinsames Vorgehen gegen diese Bedrohung nicht ausschließen.

Ilda Figueiredo (GUE/NGL), schriftlich. – (PT) Wir stehen für Meinungsfreiheit und Demokratie ein und sind ebenfalls der Auffassung, dass wir unseren Bedenken bezüglich der Entwicklungen im Iran in den letzten Monaten Ausdruck verleihen müssen, insbesondere was die Repression der Massen durch die iranischen Sicherheitskräfte angeht. Jedoch bringt der vorgeschlagene Text dies nicht optimal zum Ausdruck.

Unserer Meinung nach dürfen wir bei aller Notwendigkeit, unsere Besorgnis über die Entwicklung der Lage zu äußern, nicht die große Bedrohung der Souveränität und territorialen Integrität des Irans ignorieren, einschließlich der Eskalation des diplomatischen und militärischen Engagements unter der Führung der US-Regierung, wozu auch die Konzentration von US-Streitkräften in der Region gehört. Wir sollten nicht vergessen, dass durch diese Elemente auch die Rechte des iranischen Volkes und genau die Kräfte, die fortgesetzt für Demokratie, Fortschritt und soziale Gerechtigkeit im Iran kämpfen, gefährdet werden. Der angenommene Text erwähnt diesen Punkt nicht.

Das Recht auf Bestimmung des zukünftigen Kurses im Iran kommt ausschließlich der iranischen Bevölkerung zu und wird durch ihre politischen und sozialen Aktionen bestimmt. Wir möchten unsere Solidarität mit den demokratischen Organisationen und den Menschen im Iran ausdrücken, die sich für soziale Gerechtigkeit und Fortschritt in ihrem Land einsetzen.

Sylvie Guillaume (S&D), schriftlich. – (FR) Ich habe die Entschliebung zur Verurteilung der Haltung des Irans unterstützt, und zwar sowohl hinsichtlich seiner Vorhaben im Atomsektor als auch hinsichtlich der Angriffe auf die Meinungsfreiheit, denen die Iranerinnen und Iraner tagtäglich zum Opfer fallen. Der Rückgriff auf Gewalt gegen Demonstranten durch die iranischen Behörden ist ebenso unannehmbar wie die Pressezensur und Informationssperren.

Nuno Melo (PPE), schriftlich. – (PT) Die aktuellen sozialen Unruhen im Iran, die systematische Unterdrückung der Bevölkerung und der Regimegegner, die Einschränkungen der Presse- und Meinungsfreiheit, die Beibehaltung der Todesstrafe und die weitere Verfolgung eines Atomprogramms gegen den Willen der internationalen Gemeinschaft sind Gründe für schwere Besorgnis. Noch beunruhigender sind die Nachrichten, dass der Iran im letzten Monat eine neue Langstreckenrakete getestet hat und somit die Sicherheit in der Region und der ganzen Welt gefährdet. Die Absage des geplanten Besuchs durch eine Delegation des Parlaments vor Kurzem ist ein weiteres deutliches Signal, dass dieses Land nicht zur Zusammenarbeit bereit ist. Folglich verurteilen wir die vom iranischen Regime verfolgte Politik.

Andreas Mölzer (NI), schriftlich. – Immer wieder gibt es Länder, in denen die Lage der Demokratie und der Menschenrechte bedenklich ist. Die EU darf in ihren Versuchen, dies mit Appellen und Co. zu ändern, nicht nachlassen. Über die Vorgehensweise des Iran und dessen Bemühen, als Atommacht aufzustreben, brauchen wir uns nicht zu wundern. Diese resultiert unter anderem auch aus der fehlgeleiteten US-Politik. Die Situation wird sich nur durch eine diplomatische Lösung entschärfen lassen, wobei sich die EU nicht vor den US-Karren spannen lassen darf. Im Entschließungsantrag wird festgestellt, dass keine substanziellen Fortschritte erzielt wurden und ein Dialog die einzige Lösung darstellt. Dem kann ich nur zustimmen.

Ślawomir Witold Nitras (PPE), schriftlich. – (PL) Ich möchte zum Ausdruck bringen, dass ich die Entschliebung unterstütze, mit der die Europäische Union bezüglich der Wahrung der grundlegenden Menschenrechte im Iran Position bezieht. Wie die meisten unter uns bin ich empört über die Art und Weise, wie die iranische Opposition behandelt wird. Die Verurteilung von Mohammad Reza Ali-Zamani und Arash Rahmanipour zum Tod aufgrund politischer Aktivität ist meiner Auffassung nach ein Verstoß gegen sämtliche in der modernen Welt geltenden Maßstäbe. Ich begrüße es, dass die EU zu diesem Thema klar Stellung bezieht. Gleichzeitig möchte ich mein Bedauern darüber ausdrücken, dass keine genau so deutliche Reaktion geäußert wurde, als eine von der russischen Opposition in Moskau und St. Petersburg organisierte Demonstration.

am 31. Januar 2010 verhindert und die Organisatoren verhaftet wurden; unter den Verhafteten war auch Oleg Orlov, der Vorsitzende der Organisation Memorial, die letztes Jahr mit dem Sacharow-Preis ausgezeichnet wurde. Ich meine, dass die Reaktion der Hohen Vertreterin der EU zu dieser Angelegenheit genau so dynamisch wie im Fall des Irans ausfallen müsste und dass sie auch mit der entschiedenen Kritik von Parlamentspräsident Jerzy Buzek an den russischen Behörden im Einklang stehen sollte.

Franz Obermayr (NI), schriftlich. – (DE) Es ist überaus wichtig, den Dialog mit dem Iran wieder herzustellen. Ich bedauere daher besonders die Absage der EU-Delegationsreise in den Iran und hoffe, dass diese so bald wie möglich zustande kommt. Die Achtung von Menschenrechten und Demokratie ist in der gegenwärtigen Situation im Iran sicherlich nicht ausreichend gewährleistet. Dennoch ist es nicht der richtige Weg, Sanktionen gegen den Iran zu verschärfen. Auch die Regierungsgegner sprechen sich gegen Verschärfungen aus, da diese vor allem die Bevölkerung treffen würden. Abgesehen davon misst die EU hier wieder einmal mit zweierlei Maß; man denke an wirtschaftlich wichtige Partner wie China oder Indien, wo gerne einmal ein Auge zugedrückt wird. Aus diesen Gründen habe ich mich der Stimme enthalten.

Alfredo Pallone (PPE), schriftlich. – (IT) Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Insbesondere nach den Angriffen in der letzten Zeit, unter anderem gestern auf die Botschaften von Italien und Frankreich, habe ich für den Entschließungsantrag votiert.

Die Europäische Union muss als Wortführerin einer unmissverständlichen Haltung dem Regime in Teheran gegenüber auftreten. Den iranischen Behörden spielen in der Aufheizung dieses gefährlichen Klimas der Intoleranz und Einschüchterung bestimmten Ländern der Europäischen Union gegenüber eine Rolle. Der Angriff auf die Botschaften wurde von denjenigen verübt, die der Demokratie die Flügel stutzen möchten und gegen die Freiheit sind.

Ich hoffe, dass die Gemeinschaftsorgane eine klare Haltung beziehen und die Geschehnisse so bald wie möglich verurteilen und dass sie die Ergreifung diplomatischer Maßnahmen gegen den Iran beschließen werden.

Geoffrey Van Orden (ECR), schriftlich. – Die EKR hatte sich für eine deutliche Entschließung zum Thema Iran ausgesprochen. Wir befürworten ein energisches internationales Vorgehen gegenüber der zunehmenden Atommacht des Irans. Es ist daher höchst bedauerlich, dass das Europäische Parlament nicht die Gelegenheit ergriffen hat, internationale Forderungen nach zusätzlichen Sanktionen zu unterstützen. Es sollte auch klargestellt werden, dass es glücklicherweise keine „EU-Botschaften“ in Teheran gibt, sondern es sich um nationale Botschaften handelt.

Anna Záborská (PPE), schriftlich. – (FR) Die Islamische Republik Iran wird nicht müde, die schlechte Behandlung von Moslems auf der ganzen Welt zu verurteilen. Jedoch hören die Mullahs nicht auf, Christen zu verfolgen, und verurteilen keinesfalls die Bedingungen, die für Christen vorgesehen sind. Die Konvertierung zum Christentum wird als eine Art Glaubensabtrünnigkeit betrachtet und mit der Todesstrafe geahndet. Leider hat das Europäische Parlament nicht den Mut, die Situation der christlichen Märtyrer im Iran zu verurteilen. Papst Johannes-Paul II sagte, dass die Verfolgung verschiedene Arten der Diskriminierung gegen Gläubige und gegen die gesamte Kirchengemeinde umfasse. Solche Formen der Diskriminierung fänden oft statt, während gleichzeitig das Recht auf Religions- und Gewissensfreiheit anerkannt werde, und zwar sowohl in den Gesetzen einzelner Länder als auch in Erklärungen mit internationalem Charakter ... Neben Gefängnis, Zwangsarbeitslager und Ausweisung aus dem Heimatland gebe es heute weniger bekannte, jedoch subtilere Strafen: kein gewaltsamer, aber eine Art ziviler Tod, nicht nur Isolierung in Gefängnissen oder Lagern, sondern soziale Diskriminierung oder dauerhafte Beschränkungen der persönlichen Freiheit. Wenn das Parlament seinen Anspruch auf Wahrung der Menschenrechte ernst nehmen möchte, sollte es dem Thema der im Iran verfolgten Christen gegenüber eine deutlichere Haltung einnehmen.

Entschließungsantrag B7-0021/2010

Diogo Feio (PPE), schriftlich. – (PT) Der Jemen läuft Gefahr, das neue Afghanistan zu werden: als bevorzugtes Ausbildungslager der Al-Qaida und Brutstätte für die Verbreitung von Fundamentalisten und Terroristen in der gesamten islamischen Welt.

Die Verschlechterung, wenn nicht gar das völlige Zusammenbrechen der sozialen, politischen und wirtschaftlichen Situation ist geprägt durch Bürgerkrieg und das Fehlen einer Regierung, die das gesamte Staatsgebiet wirksam kontrollieren könnte. Dadurch ist das Land zu einem Raum ohne Recht und Ordnung geworden, mit denen man diesen aufkommenden und zunehmenden Ausbrüchen von Gewalt und Radikalismus Einhalt gebieten könnte.

Das heißt, dass die internationale Gemeinschaft zu größerer Aufmerksamkeit und Entschlossenheit im Umgang mit dem Thema Jemen aufgefordert ist und dass die Hilfen für dieses Land mit Bedacht auf verbesserte Lebensbedingungen der Bevölkerung abzielen müssen.

Nuno Melo (PPE), *schriftlich*. – (PT) Die allgemeine Lage im Jemen wird weltweit mit Sorge betrachtet, und die EU muss angesichts der Terrorbedrohungen der letzten Zeit eine stärker aktive Rolle spielen, um zu verhindern, dass der Jemen innerhalb der internationalen Gemeinschaft zu einem weiteren gescheiterten Staat wird.

Andreas Mölzer (NI), *schriftlich*. – Der Jemen ist als Tummelplatz für islamische Extremisten ins Rampenlicht der Terrorismusbekämpfung gerückt. Weder Armutsbekämpfung noch Erhöhung der Militärhilfe werden Jemens Probleme in Luft auflösen. Es gilt also, die Entwicklungshilfe zu verbessern, um einem Teil der Dschihad-Rekruten den Boden zu entziehen. Letztendlich darf sich die EU aber nicht in die Rolle des US-Zahlmeisters drängen lassen, sondern sie hat eine unparteiische Vermittlerrolle einzunehmen, um einen Dialog anzuregen und den Weg für eine langfristige politische Lösung zu ebnen. Im vorliegenden Entschließungsantrag wählt man einen ähnlichen Weg, weshalb ich dafür gestimmt habe.

Geoffrey Van Orden (ECR), *schriftlich*. – Dieser Entschließung zur aktuellen Lage im Jemen, an deren Ausarbeitung ich mitgewirkt habe, stimme ich dem Tenor nach zu. Allerdings bin ich nicht mit dem darin enthaltenen Verweis auf die koordinierende Rolle, die der zukünftige Europäische Auswärtige Dienst (EAD) in Bezug auf den Jemen einnehmen soll, einverstanden. Ich hatte während der Entwurfsphase gefordert, die Hinweise auf den EAD zu entfernen, was die anderen politischen Fraktionen jedoch verweigert hatten. Der EAD ist ein direktes Produkt des Vertrags von Lissabon, den ich nicht gutheiße und der keine demokratische Berechtigung hat. Der EAD soll über ein Netzwerk an EU-Botschaften verfügen und unter dem wachsamen Auge der neuen Hohen Vertreterin/Vizepräsidentin der Kommission verantwortlich für die Gestaltung und Durchsetzung von EU-Militär- und Außenpolitik sein.

Ich spreche mich seit langem dagegen aus, dass die EU in diesen beiden politischen Bereichen eine Rolle spielen soll; diese müssen meiner tiefen Überzeugung zufolge alleiniges Vorrecht der souveränen Mitgliedstaaten bleiben.

Entschließungsantrag B7-0029/2010

John Stuart Agnew, David Campbell Bannerman, Derek Roland Clark und William (The Earl of) Dartmouth (EFD), *schriftlich*. – Die UKIP ist absoluter Gegner des Menschenhandels, da er eine moderne Version der Sklaverei darstellt. Wir fordern für die Kriminellen, die solche Verbrechen begehen, die Höchststrafen des jeweiligen Landes sowie massive Maßnahmen zur Ausmerzung solcher Taten. Dennoch können wir die EU nicht unterstützen, die sich des Menschenhandels als Vorwand bedient, die Einwanderungs- und Grenzpolitik über den Kopf der gewählten Regierungen hinweg zu harmonisieren. Die nationale Politik zu diesen Angelegenheiten muss von der Wählerschaft über die Wahlurnen und den gewählten Politikern entschieden werden, ohne dass die EU wieder einmal einen Politikbereich an sich reißt und dadurch demokratische Verantwortung beschneidet. Wenn es innerhalb der EU keine offenen Grenzen gäbe und jedes Land eine eigene Immigrationspolitik hätte, wären schweres organisiertes Verbrechen und Menschenhandel viel einfacher auszumerzen.

Liam Aylward (ALDE), *schriftlich*. – (GA) Ich habe für diesen Entschließungsantrag gestimmt, weil wir sicherstellen müssen, dass es eine sowohl praktische als auch moralische Priorität sein muss, gegen das Problem des Menschenhandels und die Nutzung dieses Handels als Ressource auf dem Arbeitsmarkt anzugehen.

Gemäß dem Vertrag von Lissabon hat die Europäische Union die Macht und Möglichkeit, die europäische Politik den Menschenhandel betreffend zu stärken. Wie ich bereits in der Debatte über diese Entschließung sagte, muss dieses Thema einen hohen Stellenwert auf der Agenda haben. Infolge ihrer bedeutenden Rolle in globalen Handelsfragen und ihres Engagements zum Schutz der Menschenrechte kommt der Europäischen Union die Verantwortung zur Bekämpfung des Menschenhandels und insbesondere der Kinderarbeit zu.

Zigmantas Balčytis (S&D), *schriftlich*. – Der Handel mit Menschen ist eine der schrecklichsten und schwerwiegendsten Straftaten. Der Kampf kann ohne ein einheitliches politisches Konzept, bei dem Prävention, Opferschutz und wirksame Sanktionen gegen die Händler im Vordergrund stehen, nicht erfolgreich sein. Der freie Verkehr innerhalb der EU hat unseren Bürgerinnen und Bürgern erhebliche Vorteile verschafft, jedoch gleichzeitig den Menschenhändlern zahlreiche Wege eröffnet. Zehntausende junger Frauen und Kinder aus den neuen Mitgliedstaaten werden jedes Jahr zu Opfern des Menschenhandels. Dem Europäischen

Parlament wird eine maßgebliche Rolle in der Bekämpfung des Handels mit Menschen zukommen. Es liegt an uns, Verhütung, Schutz und Unterstützung der Opfer auf der politischen Agenda ganz oben anzusiedeln. Wir müssen verlangen, dass die Mitgliedstaaten die aktuelle EU-Politik und andere Instrumente bezüglich des Menschenhandels vollständig umsetzen, und dafür sorgen, dass härtere Strafen und Sanktionen vorgesehen werden.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), schriftlich. – (LT) Ich habe für diese Entschlieung votiert, weil die Europäische Union illegale Migration und Menschenhandel bekämpfen muss. Mit der steigenden Arbeitslosigkeit wird auch die Anzahl der Menschen zunehmen, die dem Menschenhandel zum Opfer fallen oder für Zwangsarbeit ausgebeutet werden. Letzten Endes werden Menschen, die in ihrem eigenen Land ihre Stelle verloren haben und dort keine Hoffnung mehr auf ein besseres Leben haben, den Erfolg woanders suchen. Eine solche Situation kann von kriminellen Banden ausgenutzt werden. Das Hauptgebiet des Handels mit Kindern, insbesondere Mädchen und Frauen, ist seit vielen Jahren unverändert. Sexuelle Ausbeutung unter Bedingungen, die der Sklaverei gleichkommen, herrscht insbesondere in Osteuropa vor; die Region dient als Transitstrecke für den Handel mit Menschen in den Westen. Wir müssen eine Strategie mit Maßnahmen zum Vorgehen gegen den Menschenhandel aufstellen, deren Schwerpunkt auf der Verhütung und Bekämpfung des Menschenhandels und dem Schutz von Opfern sowie entsprechenden Strafen liegt. Alle Mitgliedstaaten müssen massive Maßnahmen gegen den Menschenhandel ergreifen und die nationale Gesetzgebung darauf abstimmen. Wir müssen eine engere Zusammenarbeit aller betroffenen Parteien in der Frage des Menschenhandels anstreben.

Carlos Coelho (PPE), schriftlich. – (PT) Diese moderne Form der Sklaverei hat in den letzten Jahren einen besorgniserregenden Anstieg verzeichnet und liegt in punkto Lukrativität der organisierten Kriminalität an dritter Stelle. Im Jahr 2009 gab es Schätzungen der UN zufolge 270 000 Opfer, und Europol verzeichnete keinen Rückgang im Handel mit Frauen zur sexuellen Ausbeutung und eine Zunahme der Fälle von Menschenhandel zum Zweck der Zwangsarbeit. Dies ist unannehmbar, und es kann nicht angehen, dass diese Aktivitäten durch Gesetzeslücken begünstigt werden. Wir brauchen eine schnelle, globale, umfassende und koordinierte Reaktion, ob legislativer oder operativer Art. Mit dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon mahne ich die Kommission an, so bald wie möglich einen neuen Vorschlag vorzulegen, und die Aufstellung einer einheitlichen europäischen Politik zur wirksamen Bekämpfung des Menschenhandels zu einer ihrer Hauptprioritäten zu erheben. Dieser Vorschlag sollte alle Aspekte des Problems abdecken, darunter die Fragen nach den Herkunfts-, Transit- und Zielländern, den für Anwerbung, Transport und Ausbeutung verantwortlichen Personen und anderen Mittelsmännern sowie Kunden und Nutznießern.

Gleichzeitig müssen wir sicherstellen, dass Opfer und Zeugen durch sofortige Betreuung angemessen geschützt werden. Außerdem müssen Bemühungen angestrengt werden, die leider immer noch nicht ausreichend genutzten Instrumente in diesem Bereich voll auszuschöpfen, darunter Europol, Eurojust und Frontex.

Vasilica Viorica Dăncilă (S&D), schriftlich. – (RO) Meine feste Überzeugung und Unterstützung gilt der Einrichtung einer dauerhaften Plattform auf EU-Ebene, die gewährleisten wird, dass die Politik zum Thema Menschenhandel Aspekte im Zusammenhang mit sozialen Fragen und sozialer Integration abdeckt, sowie der Einführung geeigneter und wirksamer Programme zur Förderung der sozialen Wiederintegration der Opfer, einschließlich Maßnahmen im Hinblick auf den Arbeitsmarkt und das Sozialversicherungssystem.

Lena Ek, Marit Paulsen und Olle Schmidt (ALDE), schriftlich. – (SV) Wir halten den ursprünglichen Wortlaut der Absätze 13 und 15 über die Unterscheidung zwischen Opfern von Menschenhandel und illegalen Einwanderern und in Bezug auf Aufenthaltserlaubnisse für die Opfer für besser, stimmen aber für die Änderungsanträge an diesen Absätzen, um einen Kompromiss zu erzielen. Als Folge dieses Kompromisses erhalten die Opfer von Menschenhandel eine befristete Aufenthaltserlaubnis, und die Grenzschutzbehörden werden stärker für das Problem des Menschenhandels sensibilisiert. Das ist ein erster Schritt. Wir ziehen es vor, dass die Entschlieung jetzt angenommen wird, und werden uns weiter aktiv dafür einsetzen, dass die Opfer von Menschenhandel eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis bekommen.

Ioan Enciu (S&D), schriftlich. – (RO) Ich habe für die Entschlieung der Europäischen Parlaments zur Verhütung des Menschenhandels gestimmt, da dies meiner Meinung nach ein äußerst wichtiger Schritt im Kampf gegen den Menschenhandel ist, der besorgniserregende Proportionen angenommen hat und eine schwerwiegende Verletzung der grundlegenden Menschenrechte darstellt.

Der Richtlinienentwurf, der in Kürze dem Parlament zur Prüfung vorgelegt werden soll, muss gegen Personen, die diese Art von Handel betreiben, harte Strafmaßnahmen auf europäischer Ebene festlegen. Die Gesetzgebung

der Mitgliedstaaten muss zur Harmonisierung der Sanktionen geändert werden, um sicherzustellen, dass die Händler mit den Höchststrafen belegt werden; die Strafen weichen im Moment noch erheblich voneinander ab.

Aus dieser Sicht ist auch ein grenzübergreifendes Vorgehen gegen dieses Übel erforderlich, indem wir die Zusammenarbeit mit den Herkunfts- und Transitländern intensivieren, da in manchen dieser Länder nur geringfügige Strafen gegen Menschenhändler verhängt werden. Gleichzeitig muss den Opfern von Menschenhandel Schutz und Betreuung zukommen, insbesondere Frauen und Kindern, die den Statistiken zufolge etwa 80 % der Opfer ausmachen.

Edite Estrela (S&D), schriftlich. – (PT) Ich habe für die Entschlieung zur Verhütung des Handels mit Menschen gestimmt, da ich auch der Meinung bin, dass die Kommission und der Rat sicherstellen müssen, dass der Kampf gegen dieses Übel weiterhin eine ihrer wichtigsten Prioritäten darstellen muss, und das auch in Zeiten der Wirtschafts- und Finanzkrise. Die Mitgliedstaaten, die das noch nicht getan haben, müssen alle EU-Richtlinien zum Menschenhandel so bald wie möglich auf nationaler Ebene umsetzen und andere Rechtsinstrumente in diesem Bereich ratifizieren, damit den Opfern des Menschenhandels mehr Schutz und bessere Betreuung zuteil werden kann.

Diogo Feio (PPE), schriftlich. – (PT) Der Handel mit Menschen ist heute für seine Opfer eine unmenschliche moderne Form der Sklaverei. Für die Täter, also kriminelle Vereinigungen, die Prostitution und sexuelle Ausbeutung, rechtswidrige Adoptionen, Zwangsarbeit, illegale Einwanderung und illegalen Organhandel betreiben, ist es eine äußerst einträgliche Tätigkeit.

Und das ist auch innerhalb der Europäischen Union traurige Realität. Daher fordere ich die Europäische Union mit Nachdruck auf, strenge und harte Maßnahmen zur Bekämpfung des Menschenhandels zu ergreifen. Das Vorgehen muss dreigleisig sein: (i) ausreichender Schutz der Opfer, die zumeist Frauen und Kinder sind, unter Wahrung ihrer Grundrechte, wie z. B. Leben, Freiheit, körperliche und geistige Unversehrtheit und sexuelle Selbstbestimmung, (ii) Vorbeugungsmaßnahmen zur Ermittlung und Zerschlagung von Netzwerken, die Menschenhandel fördern und davon profitieren, und schließlich (iii) strenge Bestrafung von Menschenhandel und -ausbeutung ganz gleich aus welchem niederträchtigen Grund und der Schwere der begangenen Verbrechen angemessene Strafen.

Ilda Figueiredo (GUE/NGL), schriftlich. – (PT) Wie in der angenommenen Entschlieung aufgeführt, ist es dringend notwendig, „Maßnahmen gegen Menschenhandel auf der Grundlage eines ganzheitlichen Ansatzes zu entwickeln, der die Menschenrechte in den Mittelpunkt stellt und auf die Bekämpfung des Menschenhandels, seine Verhütung und Opferschutz ausgerichtet ist“, und „einen auf die Opfer ausgerichteten Ansatz zu wählen, was bedeutet, dass alle potenziellen Arten von Opfern ermittelt, zur Zielgruppe bestimmt und geschützt werden müssen, wobei Kindern und anderen Risikogruppen besonderes Augenmerk gelten muss.“

Wir bedauern jedoch, dass die von uns vorgebrachten Änderungsanträge für diese Entschlieung abgelehnt wurden, obwohl sie auf die zugrunde liegenden Ursachen des Menschenhandels und Möglichkeiten zu seiner Bekämpfung abzielten, insbesondere Folgende:

- Vorgehen gegen Arbeitslosigkeit, Marginalisierung und Armut als grundlegende Ursachen für den Menschenhandel, Unterstreichung der dringenden Notwendigkeit für eine Änderung der Wirtschafts- und Sozialpolitik, um den Schwerpunkt auf verstärkte Sozial- und Beschäftigungsrechte, mit Rechten versehene Stellen, gute öffentliche Dienstleistungen und wirtschaftlichen sowie sozialen Fortschritt zu legen.
- Verstärkte Zusammenarbeit und Solidarität mit den Herkunftsländern der Migranten, insbesondere durch Mitwirkung an der Entwicklung ihrer Wirtschaft, besseren Zugriff auf Wissen, Aufhebung ihrer Schulden und der Besteuerung von Finanztransaktionen.

Bruno Gollnisch (NI), schriftlich. – (FR) Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Wir haben gegen diese Entschlieung zum Menschenhandel gestimmt, auch wenn es sich um eine der verabscheuungswürdigsten Straftaten überhaupt handelt. Erstens haben wir uns dazu entschieden, weil Sie es politisch ausnutzen für einen weiteren Ausbau der Macht des Europas in Brüssel, seiner Organe und zahlreichen Behörden, die nichtsdestotrotz weiterhin ihre Ineffizienz demonstrieren. Zweitens und vor allem haben wir uns dazu entschieden, weil Sie die Aufmerksamkeit, die normalerweise den Opfern geschenkt würde, zur Schaffung eines neuerlichen Saugpumpeneffekts nutzen: soziale und rechtliche Unterstützung, eine automatische Aufenthaltsgenehmigung, Zugang zum Arbeitsmarkt, vereinfachter Zugang zu Familienzusammenführung und Sozialhilfe. All das würde unabhängig davon gewährt, ob das Opfer mit den Behörden zusammenarbeitet, um bei der Ergreifung der Händler und der Zerschlagung der Netzwerke

zu helfen. Um also nach Europa zu kommen, braucht insofern ein illegaler Einwanderer bloß zu behaupten, dass er Opfer eines Netzwerks sei, das ihm Tausende von Euro abnötigt. Infolgedessen, mögen Sie nun darüber denken, was Sie wollen, werden illegale Einwanderer diesen Status und diese Sozialhilfe beanspruchen, und Sie werden sie ihnen gewähren! Sie sind unverantwortlich!

Sylvie Guillaume (S&D), *schriftlich*. – (FR) Ich habe für die vom linken Flügel und der Mitte des Europäischen Parlaments vorgebrachte Entschließung zur Verhütung des Menschenhandels votiert, weil wir laut und deutlich versichern müssen, dass den Opfern des Menschenhandels, größtenteils Frauen und Kinder, vorbehaltlos Schutz und Unterstützung gewährt werden muss. Diese Opfer sollten ein Vorrecht auf kostenlosen Rechtsbeistand haben, die Strafen gegen die Menschenhändler sollten strenger sein, und es sollten Möglichkeiten gefunden werden, um die Nachfrage der Kunden nach Dienstleistungen zu verringern. Es ist eine nicht akzeptable Form der Gewalt gegen Frauen, und es sollten gemeinsame Maßnahmen ergriffen werden, um diesen Handel zu verhindern, die Opfer zu schützen und die Urheber dieser Gewalttaten zu verfolgen.

Ian Hughton (Verts/ALE), *schriftlich*. – Während viele Menschen in der EU ein Leben in angemessenem Komfort führen, ist es doch in ganz Europa und auch in den allerreichsten Gegenden eine Realität, dass zahlreiche Menschen in Sklaverei leben. Aufgrund der grenzüberschreitenden Art des Menschenhandels ist dies auf jeden Fall ein Thema, bei dem die Gemeinschaftsorgane eine maßgebliche Rolle zu spielen haben. Und deshalb begrüße ich die heutige Entschließung.

Livia Járóka (PPE), *schriftlich*. – (HU) Menschenhandel ist eine der schwerwiegendsten Verletzungen der Menschenrechte und kann verschiedene Formen annehmen, von sexueller Ausbeutung und Zwangsarbeit über Organhandel bis hin zu häuslicher Versklavung, wobei die Opfer hauptsächlich Frauen und Kinder sind. Der bestehende Rechtsrahmen innerhalb der Union zur Bekämpfung des Menschenhandels ist unzureichend. Deshalb ist es von entscheidender Bedeutung, dass die Europäische Union unter Berufung auf das durch den Vertrag von Lissabon vorgesehene Mandat viel nachdrücklichere Maßnahmen gegen dieses Phänomen ergreift, insbesondere was den Schutz und die Unterstützung von gefährdeten Gruppen angeht, wozu insbesondere Kinder gehören. In diesem Sinne wird die Initiative zur Berufung eines EU-Koordinators für die Bekämpfung des Menschenhandels begrüßt, und die Tatsache, dass den Mitgliedstaaten in dem Antrag die Verhängung abschreckender Strafen, die der Schwere des Verbrechens gerecht werden, auferlegt wird, ist ebenfalls positiv. Eine sehr wichtige Entwicklung ist die Forderung in dem Entschließungsantrag, dass die Zustimmung des Opfers zur Ausbeutung für die Strafverfolgung irrelevant ist und dem Opfer ungeachtet seiner Bereitschaft, in Strafverfahren zu kooperieren, Unterstützung zu leisten ist.

Ebenfalls wichtig ist es, die Bürgerinnen und Bürger so weit wie möglich in die behördlichen Maßnahmen zur Beseitigung des Menschenhandels einzubinden und Informations- und Bewusstseinskampagnen für die am meisten gefährdeten Gruppen durchzuführen. Hoffentlich werden die Mitgliedstaaten bald dieses integrierte Vorgehen aus Prävention, Sanktionen und Opferschutz in ihre eigene Gesetzgebung umsetzen; durch Ratifizierung der entsprechenden Rechtsinstrumente werden sie einen großen Schritt zur Abschaffung der modernen Sklaverei machen.

Filip Kaczmarek (PPE), *schriftlich*. – (PL) Herr Präsident, ich habe der Annahme der Entschließung zum Menschenhandel zugestimmt. Menschenhandel ist eines der schlimmsten Unrechte, das Menschen anderen antun können. Es ist entsetzlich, wie weit verbreitet dieses schreckliche Phänomen ist. Ich kann für diejenigen, die auf diese Weise alle uns so wichtigen Werte mit Füßen treten, weder eine Rechtfertigung finden noch mildernde Umstände vorbringen. Menschenhandel ist eine Verneinung von Freiheit, Würde und Gleichheit. Ich hoffe, dass das Europäische Parlament zur Einschränkung des Menschenhandels und in Zukunft zur kompletten Beseitigung beitragen wird.

Timothy Kirkhope (ECR), *schriftlich*. – Die EKR-Fraktion vertritt gemeinsam die Ansicht, dass der Handel mit Menschen nicht tolerierbar ist und unterbunden werden muss. Jedoch haben wir schwere Bedenken hinsichtlich der Angemessenheit dieser Entschließung, gegen die zugrunde liegenden Ursachen, die zu Menschenhandel führen, vorzugehen. Aus diesem Grund haben wir beschlossen, dagegen zu stimmen. Die EKR-Fraktion ist der Ansicht, dass diese Entschließung einen auf die Opfer ausgerichteten Ansatz beinhaltet, der vorschreibt, wie Mitgliedstaaten Opfer betreuen sollen, nachdem sie Menschenhandel ausgesetzt waren; somit wird vorausgesetzt, dass das Auftreten von Menschenhandel unvermeidbar ist. Die EKR-Fraktion hat jedoch zusammen mit der EVP eine Entschließung unterzeichnet, die zu einer verbesserten Zusammenarbeit zwischen Mitgliedstaaten, Polizei und Grenzschutzbehörden aufruft, in der persönliche Daten geschützt werden können und die Betreuung eines Opfers der Entscheidung der einzelnen Mitgliedstaaten unterliegt.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), schriftlich. – (FR) Jegliche Formen der Sklaverei, ob „modern“ oder in einer anderen Form, sind zutiefst verwerflich. Diese Entschlieung verdient insofern Anerkennung, als dass sie versucht, die Opfer von Gewalt vor der entmenslichten Gier nach Profit und dem dadurch entstehenden sozialen und physiologischen Elend zu schtzen. Es ist allerdings bedauerlich, dass sie sich auf den Umgang mit den Opfern von kriminellen Netzwerken in der Untergrundwirtschaft beschränkt, da der Handel mit Menschen auch ein legales Pendant hat, das mindestens genau so verabscheuungswürdig ist.

Der Neoliberalismus mit seiner Besessenheit nach Profit, seinem beständigen Aufhetzen der Arbeiterinnen und Arbeiter untereinander und seinen Umsiedelungen fügt den Bürgerinnen und Bürgern ebenfalls symbolische sowie körperliche Gewalt zu. Er zwingt sie zur Migration gegen ihren Willen und stürzt sie in solche Schwierigkeiten, dass die Anzahl der Selbstmorde aus beruflichen Gründen steigt. Eine derartige Unterjochung von Bürgerinnen und Bürgern, die damit zu reinen Bilanzposten in einem ineffizienten, ungesunden System werden, welche den Interessen der Finanzelite als Werkzeuge dienen, auf die keine Rücksicht genommen wird und deren Leben gefährdet wird – was ist das anderes als das Eigentum an Menschen und damit Sklaverei? Verbrechen müssen natürlich bekämpft werden; doch ist es genau so notwendig, gegen institutionalisierte beltaten vorzugehen und die Europäische Union zu einer Gemeinschaft für die Emanzipierung der Bürgerinnen und Bürger zu machen.

Nuno Melo (PPE), schriftlich. – (PT) Menschenhandel verletzt die grundlegendsten Menschenrechte und ist eine Form der Sklaverei auf der Grundlage von sexueller Ausbeutung und Ausbeutung von Arbeitskraft. Internationalen Schätzungen zufolge ist Menschenhandel der illegale Handel mit den drittgrößten Gewinnmöglichkeiten. Nach dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon wurde nun der Einfluss der Europäischen Union hinsichtlich rechtlicher und polizeilicher Zusammenarbeit deutlich gestärkt. Der Kampf gegen den Menschenhandel muss eines der Hauptziele der Europäischen Union sein, und die Rolle des Parlaments als Mitgesetzgeber heißt, dass es dabei eine zentrale Stellung einnehmen muss. Der Kampf gegen den Menschenhandel muss daher als eine der höchsten Prioritäten der EU fortgesetzt werden – auch in Zeiten von Wirtschafts- und Finanzkrise.

Wojciech Micha Olejniczak (S&D), schriftlich. – (PL) Der Menschenhandel ist eine der schlimmsten Geieln dieses beginnenden Jahrhunderts. Wer ihn als moderne Art der Sklaverei bezeichnet, kann nicht der Übertreibung beschuldigt werden. Es ist eine außergewöhnlich gewinnbringende Aktivität, die von gefährlichen, organisierten Verbrecherbanden kontrolliert wird. Ich stimme dem Entschließungsantrag (B7-0029/2010) zur Verhütung des Menschenhandels, der von einer breiten Koalition der politischen Fraktion im Europäischen Parlament vorgebracht wurde, gänzlich zu. Ich teile die Meinung, dass die Europäische Kommission verpflichtet ist, einen Aktionsplan zur wirksamen Abschaffung des Menschenhandels zu entwickeln. Gleichzeitig unterstütze ich vollständig die Forderung der Verfasser der Entschlieung nach der Ernennung eines EU-Koordinators für die Bekämpfung des Menschenhandels unter der Kommissarin für Justiz, Grundrechte und Bürgerschaft. Ich hoffe, dies wird einen Anreiz geben, die Maßnahmen gegen den Menschenhandel zu intensivieren.

Daciana Octavia Srbu (S&D), schriftlich. – (RO) Menschenhandel ist ein wachsender Markt, den man mittlerweile mit dem Drogen- oder Waffenhandel vergleichen kann. Dieses Phänomen findet auf der ganzen Welt Verbreitung, ist jedoch in unterentwickelteren Ländern akuter. Dem Bericht der UN-Arbeitsgruppe zufolge stammen die Opfer des Menschenhandels aus unterschiedlichen sozialen Milieus: von den ganz Wohlhabenden bis zu den rmsten, vom den am besten ausgebildeten bis hin zu völligen Analphabeten, von ganz Jungen bis zu älteren Frauen. Wir müssen die Informationen besser koordinieren, um dieses zunehmende Phänomen erfolgreicher zu bekämpfen. In dieser Hinsicht wäre es sinnvoll, wenn Eurojust, Europol und Frontex jährlich einen Bericht über den Menschenhandel herausbringen könnten. Wenn die Europäische Union in der Achtung der Menschenrechte eine führende Stellung einnehmen möchte, sollte sie sich aktiver an der Zusammenarbeit mit Ländern der Dritten Welt beteiligen, um diesem Phänomen besser Einhalt gebieten zu können. Darüber hinaus besteht auch die Notwendigkeit für eine bessere Finanzierung der Programme, die den Kampf gegen Menschenhandel zum Ziel haben, und für eine wirksamere Koordinierung zwischen den Behörden in den Mitgliedstaaten, die an der Bekämpfung des Menschenhandels beteiligt sind.

Joanna Senyszyn (S&D), schriftlich. – (PL) Menschenhandel ist die abscheulichste Form des Verstoßes gegen die Menschenrechte. Die Anzahl der Opfer dieses modernen Sklaventums steigt von Jahr zu Jahr. Die Ermittlungsrate für diese Art von Straftaten ist sehr niedrig. Deshalb stimme ich der Entschlieung des Europäischen Parlaments zur Verhütung des Menschenhandels zu. Gegen den Menschenhandel muss mit allen erdenklichen Mitteln vorgegangen werden, wobei an erster Stelle eine gründliche und umfassende Informationskampagne stehen muss, um das Ausmaß des Phänomens aufzuzeigen und die Gesellschaft für

das Thema zu sensibilisieren. Die Veröffentlichung gelegentlicher einzelner Informationen über aufgedeckte Fälle von Menschenhandel reicht nicht aus. Es ist außerdem entscheidend, jedes Mal die Adressen der Behörden anzugeben, die an der Bekämpfung dieser Praktiken mitwirken.

In einem im Januar 2010 vom „Legal Aid Centre“ und von der „La Strada Foundation“ vorgelegten Bericht mit dem Titel „Preventing Trafficking in Women from Central and Eastern Europe. Information – Prevention – Identification – Intervention“ (Verhinderung des Handels mit Frauen aus Mittel- und Osteuropa. Information – Vorbeugung – Erfassung – Intervention) wird darauf hingewiesen, dass in Polen Verfahren, mit denen Opfern von Menschenhandel ihre Rechte gewährt werden sollen, nicht angewendet werden. Eines der größten Probleme ist die langwierige Arbeit, dem Strafrecht eine moderne Definition von Menschenhandel hinzuzufügen. Im Jahr 2005 wurde das Übereinkommen des Europarates zur Bekämpfung des Menschenhandels in Warschau unterzeichnet. Die Ratifizierung durch Anwälte dauerte dann ganze drei Jahre. Heute haben wir immer noch keine verbindliche Definition für Menschenhandel, was die Vorbereitungen und rechtlichen Verfahren und damit die Wahrung der Menschenrechte in Polen behindert.

Søren Bo Søndergaard (GUE/NGL), schriftlich. – (DA) Meine Zustimmung sollte allerdings nicht als Unterstützung für die Änderungen in der Entschließung betrachtet werden, mit denen mehr Befugnisse von den Mitgliedstaaten auf die EU übergehen sollen, z. B. Folgende:

- die EU härtere Sanktionen in diesem Bereich festlegen lassen
- Verweise auf den Vertrag von Lissabon, der den Einfluss der EU in kriminellen Angelegenheiten stärkt
- und die Schaffung eines übergeordneten Rechtsrahmens auf diesem Gebiet.

Eva-Britt Svensson (GUE/NGL), schriftlich. – (SV) Ich habe für die Entschließung B7-0029/2010 den Menschenhandel betreffend gestimmt, weil sie eine sehr wichtige Angelegenheit betrifft und eine lange Liste von Maßnahmen enthält, die im Kampf gegen Menschenhandel umgesetzt werden müssen. Jedoch ist meine Unterstützung der Entschließung nicht als Gutheißung der Vorschläge in der Entschließung anzusehen, mit denen mehr Befugnisse von den Mitgliedstaaten auf die EU übertragen werden, beispielsweise der EU die Möglichkeit zur Festlegung strengerer Sanktionen in diesem Bereich zu geben, der Verweis auf den Vertrag von Lissabon, mit dem der Einfluss der EU in Strafsachen gestärkt wird, und die Aufstellung einer übergeordneten Gesetzgebung in diesem Gebiet.

Anna Záborská (PPE), schriftlich. – (FR) Ich habe für die Entschließung votiert, weil ich mich persönlich für den Kampf gegen Menschenhandel in der Slowakei einsetze. Ich war diejenige, welche die Kampagne „Do you know where your child is now?“ (Wissen Sie, wo sich Ihr Kind gerade aufhält?) ins Leben gerufen hat. Während der Debatte über das Haushaltsverfahren verabschiedete der Ausschuss für die Rechte der Frau eine mehrjährige, in enger Zusammenarbeit mit Bürgerorganisationen geführte Medienkampagne mit dem Titel „Wissen Sie, wo sich Ihr Kind gerade aufhält?“, um das Bewusstsein für die elterliche Verantwortung zu fördern, den Schutz von Kindern gegen alle Formen von Gewalt zu verbessern und den Handel mit Kindern wirksamer zu bekämpfen. Diese neue Entschließung, die ich von ganzem Herzen begrüße, ist in fünf Hauptbereiche gegliedert: allgemeines, Informationserfassung, Prävention, Verfolgung sowie Schutz, Unterstützung und Betreuung der Opfer. Die Kommission ist aufgerufen, insbesondere Informations- und Vorbeugungsinitiativen zu ergreifen, um die zugrunde liegenden Ursachen für den Menschenhandel und die den Menschenhandel begünstigenden Faktoren in den Herkunfts- und Zielländern zu identifizieren. Ich setze darauf, das Bewusstsein der Eltern für ihre ernstzunehmende elterliche Verantwortung ihren Kindern gegenüber zu wecken, damit sie verhindern, dass Kinder und Jugendliche dem Menschenhandel zum Opfer fallen.

Entschließungsantrag RC-B7-0064/2010

John Stuart Agnew und William (The Earl of) Dartmouth (EFD), schriftlich. – Die UKIP ist davon überzeugt, dass Umweltschutz wichtig ist. Wir streiten den Gesprächen von Kopenhagen zwar die wissenschaftliche Prämisse ab, haben jedoch keinerlei Einwände gegen die Ergreifung von Umweltschutzmaßnahmen auf einzelstaatlicher Ebene.

Luís Paulo Alves (S&D), schriftlich. – (PT) Ich habe für diese Entschließung gestimmt, da ich der Überzeugung bin, dass die EU ein neues Entwicklungsparadigma schaffen muss, um gegen das Problem des Klimawandels vorzugehen. Die nächste überarbeitete Version des Haushalts muss genügend Ressourcen für Maßnahmen vorsehen, mit denen diese bedeutende Herausforderung bewältigt werden kann. Wir dürfen unsere Verpflichtung zur Bekämpfung des Klimawandels nicht aus den Augen verlieren. Als Europäer müssen wir

uns bis zum Jahr 2020 die Verringerung der CO₂-Emissionen um mehr als 20 % zum Ziel setzen. Die Zusammenarbeit anderer globaler Partner wäre gleichermaßen wichtig, um eine ambitionierte, umfassende und rechtlich verbindliche Vereinbarung zu erzielen, die dem Ziel Rechnung trägt, die Erwärmung auf höchstens 2 °C zu begrenzen. Ich glaube auch, dass die innergemeinschaftlich erarbeiteten Initiativen zur Förderung und Unterstützung der umweltverträglichen Wirtschaft, der Energieversorgungssicherheit und des Abbaus der Abhängigkeit weiterhin eine Priorität sein müssen. Die EU könnte sich bei ihrer Politik durch meine Region, die Azoren, inspirieren lassen. Dort stammen bereits 30 % der Energie aus erneuerbaren Quellen.

Zigmantas Balčytis (S&D), schriftlich. – (LT) Europa und die restliche Welt hatten große Hoffnungen auf die Kopenhagener Konferenz gesetzt. Die EU war bereit, bei diesem Gipfel die Führung zu übernehmen und mit einem rechtlich verbindlichen Vertrag zurückzukehren. Doch endete die Konferenz mit einem geringen Maß an Klarheit, welche weitere Entwicklung der Kampf gegen den Klimawandel nehmen wird. Die Vereinbarung von Kopenhagen, die weder ehrgeizige Ziele noch Verpflichtungen enthält, ist ein unbefriedigendes Ergebnis. Das hochgesteckte EU-Ziel „20-20-20“ bleibt womöglich ein unerreichbarer Traum, wenn dieses Problem nicht weltweit gelöst wird. Die EU muss mit ihrem Europäischen Auswärtigen Dienst so bald wie möglich die Strategie der Klimaschutz-Diplomatie anführen und vor allem sicherstellen, dass Europa sich in Gesprächen mit anderen Ländern einstimmig äußert und die Grundposition beibehält, damit es in kürzester Zeit zu einem verbindlichen internationalen Abkommen zum Klimawandel kommen kann.

Maria Da Graça Carvalho (PPE), schriftlich. – (PT) Ich begrüße die Annahme des von mir mitverfassten Entschließungsantrags zu den Ergebnissen der 15. Konferenz der Vertragsparteien (COP 15) sowie die Ergebnisse der Verhandlungen zwischen den verschiedenen politischen Gruppierungen, da sie stellvertretend für das zunehmend generalisierte Interesse in diesem Bereich und das Ziel einer nachhaltigen Zukunft sind. Noch einmal möchte ich meine Enttäuschung über das Ergebnis des Kopenhagener Gipfels äußern, und ich fordere die EU auf, ihre Führungsrolle im Kampf gegen den Klimawandel wieder einzunehmen und zur Herbeiführung einer rechtlich verbindlichen Vereinbarung mit messbaren, kommunizierbaren und nachweisbaren Reduktionszielen bei der COP 16 beizutragen, die dieses Jahr in Mexiko stattfinden wird.

Wenn die Industrie in Europa wettbewerbsfähiger sein und mehr Arbeitsplätze schaffen soll, muss sie unbedingt in eine nachhaltige Zukunft investieren, die den Klimaschutz, die Sicherheit der Energieversorgung, den Abbau der energiewirtschaftlichen Abhängigkeit und effiziente Ressourcennutzung umspannt. Mit Blick darauf appelliere ich an die Industrienationen, die Investitionen für die Erforschung neuer Technologien mit dem Ziel der CO₂-Reduzierung zu erhöhen und eine effizientere und nachhaltigere Nutzung natürlicher Ressourcen zu bewirken.

Nikolaos Chountis (GUE/NGL), schriftlich. – (EL) Der Antrag enthält positive Elemente, beispielsweise die Bestätigung des Mangels an mittel- und langfristigen Zielen und der unklaren und unzureichenden Finanzierungsmittel für Entwicklungsländer. Dennoch habe ich mich der Stimme enthalten, weil alle Änderungsanträge meiner Fraktion, bei denen es um folgende Ziele ging, abgelehnt wurden: weitere Maßnahmen zur Verringerung der CO₂-Emissionen um mindestens 40 % bis 2020 auf der Grundlage eines rechtlich verbindlichen Übereinkommens, Ablehnung der Atomenergie als „saubere“ Energie, mehr Finanzhilfen für arme Länder und Entwicklungsländer für den Ausbau und Transfer von Technologie und eine gesellschaftlich durchführbare grüne Wirtschaft, die Investitionen, den Arbeitsmarkt und die Lebensqualität verbessern kann. Ein weiterer Grund für meine Enthaltung war die Ablehnung des wichtigen Änderungsantrags, der eine Steuer von 0,01 % auf Finanztransaktionen vorschlug, mit der jährlich 20 000 Mio. EUR zur Unterstützung der Entwicklungsländer bei der Bekämpfung des Klimawandels und der Anpassung daran eingenommen werden könnte. Die vage und entmutigende Kopenhagen-Vereinbarung kann kein Antrieb für Mexiko sein. Wir müssen die Politik zum Klimawandel radikal auf den Prüfstand stellen, damit bei den kommenden Verhandlungen eine wirkliche Übereinkunft erzielt wird. Das kann nur durch Anerkennung und Korrektur der Fehler von Kopenhagen erfolgen, und die Entschließung des Europäischen Parlaments leistet das eben nicht.

Spyros Danellis (S&D), schriftlich. – (RO) Die Tatsache, dass der Gipfel in Kopenhagen gemeinhin als „bedauernder Misserfolg“ eines Versuchs, eine globale Übereinkunft für die Begrenzung der Treibhausgase, die zur Erwärmung des Erdklimas führen, beschrieben wird, ist nur ein weiterer Faktor, der den völligen Mangel an Koordination unter den EU-Mitgliedstaaten gegenüber den USA und den Schwellenländern unterstreicht.

Die Kopenhagen-Vereinbarung legt noch nicht einmal ein Ziel für einen akzeptablen Grenzwert des globalen Temperaturanstiegs fest. Ich hoffe jedoch auf ein positives Ergebnis und eine starke europäische Stimme für die Begrenzung der Auswirkungen des Klimawandels bei der im nächsten Februar stattfindenden Konferenz. Dort werden die Weltnationen aufgefordert sein, ihre Pläne vorzulegen, wie sie die Senkung der Emissionen bis 2020 bewirken wollen.

Mário David (PPE), schriftlich. – (PT) Ich habe für die gemeinsame Entschliebung zu den Ergebnissen der Kopenhagener Konferenz gestimmt, weil ich den vorgeschlagenen Maßnahmen weitgehend und insbesondere zweien zustimme. Die erste betrifft die absolute Notwendigkeit, dass die EU in internationalen Verhandlungen mit einer Stimme sprechen muss, da wir nur dann eine weltweite Führungsrolle im Umgang mit diesem wichtigen Thema behaupten können. Dieses Thema wird auf die folgenden Generationen Auswirkungen haben und erfordert daher ein bestimmtes, richtungsweisendes, sofortiges und sinnvolles Vorgehen, das die EU bereits bei anderen Fragen, z. B. der Finanzkrise, eingeschlagen hat. Zur Erreichung dieses Ziels ist eine neue „Klimaschutz-Diplomatie“ erforderlich. Dies verlangt unbedingt nicht nur von der EU, sondern auch von China und den USA Anstrengungen, wie in den Punkten 5 und 15 des Dokuments erläutert.

Der zweite Punkt, den ich unterstreichen möchte, ist die Notwendigkeit zur Annahme der Bestimmungen zum Klimawandel, die für die EU-Mitgliedstaaten gelten, durch die Entwicklungs- und Schwellenländer. Vor diesem Hintergrund haben ich und einige meiner Kolleginnen und Kollegen die Einführung einer CO₂-Steuer auf die Einfuhr von Produkten aus Drittländern befürwortet, damit diese Idee weiter verfolgt und in Zukunft geprüft werden kann; das ist meiner Ansicht nach ein ganz besonders wichtiger Schritt.

Edite Estrela (S&D), schriftlich. – (PT) Ich habe für den Entschließungsantrag zum Ergebnis der Kopenhagener Konferenz zum Klimawandel gestimmt. Das Ergebnis der 15. Konferenz der Vertragsparteien (COP 15) war enttäuschend. Deshalb muss die Europäische Union alles Mögliche in auswärtiger Diplomatie unternehmen und mit einer Stimme sprechen, um ein rechtlich verbindliches internationales Abkommen zum Klimawandel zu erreichen, das einen maximalen Anstieg der globalen Temperatur von 2 °C erlaubt.

Diogo Feio (PPE), schriftlich. – (PT) Nach dem Schachmatt der Kopenhagener Konferenz zum Klimawandel ist es wichtig, dass die Europäische Union ihren bis dahin eingeschlagenen Kurs beibehält und sich ernsthaft auf nachhaltige Entwicklung verpflichtet und versucht, die CO₂-Emissionen ohne Gefährdung der europäischen Industrie zu senken.

Eine neue Klimapolitik, insbesondere im Zusammenhang der allgemeinen Krise, darf die wirtschaftliche Effizienz nicht aus den Augen verlieren und darf auf keinen Fall die wirtschaftliche Nachhaltigkeit der europäischen Nationen in Frage stellen. Aus diesem Grund fordere ich mit Nachdruck einen neuen Ansatz in der Energiepolitik, der auf sauberer Energie, der effizienteren Nutzung der uns verfügbaren natürlichen Ressourcen und soliden Investitionen in die Forschung und umweltfreundlichere Technologien basiert, damit wir die europäische Wettbewerbsfähigkeit erhalten und innerhalb eines Rahmens für nachhaltige Entwicklung Arbeitsplätze schaffen können.

José Manuel Fernandes (PPE), schriftlich. – (PT) Die EU hat bei internationalen Verhandlungen zum Klimawandel stets eine Führungsrolle übernommen. Trotz ihrer Ambitionen war die letzte Klimakonferenz in Kopenhagen jedoch ein Misserfolg für all diejenigen, die zur Erzielung einer verbindlichen Vereinbarung entschlossen waren. Dieses Ergebnis liegt von der Position der EU zu dieser Sache und ebenfalls von den notwendigen Maßnahmen für den Klimaschutz weit entfernt. Angesichts des enttäuschenden Ergebnisses des Kopenhagener Gipfels möchte das Parlament der europäischen Öffentlichkeit und der Welt ein deutliches Signal übermitteln, dass es sich weiterhin dem Kampf gegen den Klimawandel verpflichtet. Jetzt sind wir dabei, den Weg für die nächste Konferenz in Mexiko zu ebnen, wo wir größere Anstrengungen für ein Engagement aller Parteien erwarten. Wir dürfen die in Kopenhagen gemachten Fehler nicht wiederholen. Wir müssen uns die Frage stellen, was bei diesen Verhandlungen schiefgegangen ist, und darüber nachdenken, wie wir die Einbindung der USA sowie von China und Indien erreichen können.

João Ferreira (GUE/NGL), schriftlich. – (PT) Die besprochene Entschliebung geht nicht so weit, die Gründe für das Scheitern von Kopenhagen einer kritischen Prüfung zu unterziehen, was jedoch notwendig wäre. Anstatt die Rolle der EU selbst bei diesem Misserfolg ernsthaft zu analysieren, besteht die Mehrheit dieses Hauses darauf, in China (dessen CO₂-Ausstoß pro Kopf nicht einmal halb so hoch wie in der EU ist), und jetzt den Ländern der Bolivarianischen Allianz für die Völker unseres Amerikas Sündenböcke zu suchen. Diese Position beruht ausschließlich auf der Blindheit und Parteilichkeit der meisten bedeutenden Politiker und untergräbt und unterwandert die eigentlichen Geschehnisse in Kopenhagen. Wichtiger noch, sie besteht auf der Effektivität von Marktinstrumenten wie dem Handel mit Emissionslizenzen und ignoriert die

Unwirksamkeit und Perversität, die deren Anwendung bereits gezeigt hat. Ich wiederhole, dass die notwendige Diskussion über die sogenannten flexiblen Mechanismen, z. B. den „Clean Development Mechanism“, auf der Strecke bleibt.

Gleichzeitig wird zurückgewiesen, dass die Souveränität der Entwicklungsländer bei der Festlegung und Umsetzung der sogenannten Anpassungsstrategien gewahrt werden muss. Eine faire und nachhaltige Lösung für das Problem des Klimawandels oder andere Umweltprobleme wird nicht aus dem irrationalen System entstehen können, das sie überhaupt verursacht hat. Was wir brauchen, ist ein anderes wirtschaftliches und soziales Modell, das sich gegen den Kapitalismus wendet.

Adam Gierke (S&D), schriftlich. – (PL) Diese Entschließung belegt die Tatsache, dass die „Gläubigen“ der Ansichten des Zwischenstaatlichen Ausschusses für Klimaänderung (IPCC; Intergovernmental Panel on Climate Change) nichts begriffen haben. Die Hauptschwäche der COP 15 bestand darin, folgende Faktoren nicht zu würdigen: die Empfindlichkeit der Länder der Dritten Welt und der Entwicklungsländer sowie auch mancher EU-Länder gegenüber der „Klimagerechtigkeit“, die Tatsache, dass die beiden größten Supermächte, die USA und China, sowohl wirtschaftlich als auch militärisch miteinander im Wettstreit stehen, und dass die „ambitionierten“ Pläne zur Begrenzung der CO₂-Emissionen auf dem Paradigma der menschengemachten Klimaerwärmung beruht, die nicht gerade große wissenschaftliche Glaubwürdigkeit genießt. Die Panik schürenden Aussagen des IPCC sind als höchst unverantwortlich zu erachten, da die darauf basierenden politischen und wirtschaftlichen Entscheidungen sich auf viele zukünftige Generationen auswirken werden. Diese Entscheidungen dürfen deshalb nicht auf Grundlage der Meinungen von Personen getroffen werden, die eine im Vorfeld aufgestellte These in die Praxis umsetzen: die Theorie, dass die Menschheit die Ursache der Erderwärmung ist. Die wissenschaftliche Glaubwürdigkeit des IPCC wird durch Dinge wie die Climategate-Affäre, die Verfälschung weltweiter Temperaturtendenzen (Russland und Australien) und die Glaciergeate-Affäre erschüttert.

Demnach sollten alle Rechtsvorschriften, welche die Entwicklung der europäischen Wirtschaft benachteiligen und auf Aussagen des IPCC beruhen, umgehend überprüft werden. Was das Thema des für die gesamte Zivilisation so wichtigen Klimawandels angeht, ist die Zeit für die Europäische Kommission gekommen, ihre Maßnahmen auf eigene Meta-Analysen der Klimaforschung zu stützen; diese müssen von einem Klimatologen-Team ausgeführt werden, das von den Ansichten der Kommission unabhängig und frei von jeglichem politischen Druck ist. Diese letzten beiden Forderungen fehlen in der Entschließung, und deshalb habe ich mich gegen ihre Annahme ausgesprochen.

Robert Goebbels (S&D), schriftlich. – (FR) Ich habe gegen die Entschließung gestimmt, weil sie zu viel Wunschdenken enthält. Wir haben in Kopenhagen gesehen, was der Rest der Welt von der „Führungsrolle“ Europas in Sachen Klimawandel hält. Die sogenannte Kopenhagen-Vereinbarung war von Präsident Obama mit China, Indien, Brasilien, Südafrika und ein paar anderen ausgehandelt worden, wobei die Barrosos, Sarkozys und Co. noch nicht einmal eingeladen waren. Anstatt unseren Volkswirtschaften und Bürgerinnen und Bürgern neue Bürden aufzuladen, lassen Sie uns in die Zukunftstechnologien investieren. Im letzten Jahr ist China zum weltweit führenden Exporteur von Ausrüstungen für Windkraftanlagen und Solarzellen aufgestiegen. Europa muss sich an dieser technologischen Schlacht beteiligen, anstatt sich selbst eine Art kollektiver Bestrafung aufzuerlegen, die niemanden außerhalb von Europa beeindrucken und keine Anhänger gewinnen wird.

Sylvie Guillaume (S&D), schriftlich. – (FR) Mein Votum zu dieser Entschließung drückt meine Enttäuschung mit dem in Kopenhagen Ende 2009 letztlich erzielten Übereinkommen aus, einem Übereinkommen, das meiner Ansicht nach unangemessen und nicht ambitioniert ist und keine quantifizierte Verpflichtung enthält. Ich bedaure ebenfalls, dass der von meiner Fraktion eingereichte Änderungsantrag nicht angenommen wurde. Damit sollte eine Steuer von 0,01 % per annum auf Finanztransaktionen erhoben werden, um Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels in den ärmsten und am direktesten betroffenen Ländern mit 20 Mrd. EUR pro Jahr zu finanzieren. Und wenn die EU schließlich in internationalen Verhandlungen wie diesen Gewicht haben möchte, muss sie lernen, mit einer Stimme zu sprechen, um keine Gelegenheit mehr zu versäumen, im weltweiten Klimawandel eine entscheidende Rolle zu spielen. Dies kann sie erreichen, indem Sie ehrgeizige Ziele zur Senkung der Treibhausgasemissionen um mehr als 20 % bis zum Jahr 2020 festlegt.

Ian Hudghton (Verts/ALE), schriftlich. – Der Kopenhagener Gipfel war eine wirklich verpasste Gelegenheit, Maßnahmen gegen den Klimawandel zu ergreifen. Mein eigenes Land, Schottland, hat eine der anspruchsvollsten Gesetzgebungen zum Klimawandel verabschiedet, und die Zusammenarbeit der schottischen Regierung mit den Behörden der Malediven vor kurzer Zeit dient als Modell für internationale

Abkommen. Die heutige Entschlieung ruft zu „bilateralen Treffen zwischen dem Europäischen Parlament und den nationalen Parlamenten“ auf, um das gegenseitige Verständnis der Parteien zu erleichtern. Ich gehe davon aus, dass das nationale Parlament Schottlands angesichts seiner weltweiten Vorreiterstellung an solchen Treffen beteiligt werden wird.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), schriftlich. – (FR) Diese Entschlieung enthält einige nicht unerhebliche Fortschritte seitens der Fraktionen des rechten Flügels, die sie unterzeichnet haben: Erwähnung der Arbeit des IPCC bezüglich des Klimawandels, Aufruf zu mehr Beteiligung der Zivilgesellschaft an der Arbeit der Konferenz in Mexiko, Aufforderung an die EU, ihre Ziele zur Verringerung der Treibhausgasemissionen über die für 2020 vorgeschlagenen 20 % hinaus zu stecken. Sie reichen jedoch nicht aus und verlieren aufgrund der Lobpreisung des CO₂-Marktes ihre gesamte Plausibilität. Die den südlichen Ländern angebotenen Hilfen, denen gegenüber wir eine Klimaschuld haben, sind unzureichend.

Gleichermaßen ist das vorgeschlagene Ziel, bis 2020 auf eine Reduktion der Treibhausgasemissionen von 30 % hinzuarbeiten, weit von der IPCC-Empfehlung in Höhe von 40 % entfernt. Darüber hinaus findet die Initiative des bolivianischen Präsidenten Evo Morales Ayma auf der „People’s World Conference on Climate Change“ (Weltkonferenz der Völker über den Klimawandel) keinerlei Erwähnung. Bis zum heutigen Zeitpunkt ist ausschließlich dort vorgeschlagen worden, dass die Völker der Welt ihre Rechte am Ökosystem anerkennen und einen Gerichtshof für Klimagerechtigkeit einrichten sollen.

Nuno Melo (PPE), schriftlich. – (PT) Die hochgesteckten Hoffnungen im Zusammenhang mit dem Kopenhagener Gipfel sind zunichte gemacht worden. Die Länder mit der größten Verantwortung in dieser Angelegenheit haben keinen Konsens über die Senkung der Treibhausgasemissionen erreicht. Dieses Problem, das auf der ganzen Welt Anlass zur Sorge gibt, erfordert eine schnelle Lösung. Es muss für mehr Transparenz und eine größere Beteiligung der Zivilgesellschaft bei der 16. Konferenz der Vertragsparteien (COP 16) in Mexiko gesorgt werden. Die EU muss in der Lage sein, im Kampf gegen den Klimawandel eine Führungsrolle einzunehmen. Alle Länder, von den USA bis hin zu den so genannten Schwellenländern, darunter China, die große Umweltverschmutzer sind, müssen auch ihre Verantwortlichkeiten in einem Kampf übernehmen, der immer weniger Raum für neue Möglichkeiten bietet. Die nachhaltige Zukunft der Menschheit steht hier auf dem Spiel. Wenn nicht rechtzeitig Maßnahmen ergriffen werden, könnten wir einen Punkt erreichen, an dem es kein Zurück mehr gibt.

Willy Meyer (GUE/NGL), schriftlich. – (ES) Ich habe mich bei der Entschlieung RC-B7-0064/2010 über die Ergebnisse des Kopenhagener Gipfels zum Klimawandel der Stimme enthalten. Ich bin der Auffassung, dass er gescheitert ist, weil die Kopenhagen-Vereinbarung rechtlich nicht verbindlich ist und keine globalen Ziele zur Verringerung der Emissionen festlegt. Die entwickelten Länder haben bei dem Gipfel nicht ihre Klimaschuld gegenüber den Entwicklungsländern anerkannt und kein Bedauern für die schädlichen Folgen der bestehenden Marktmechanismen (CO₂-Handel) gezeigt. Durch meine Enthaltung möchte ich meiner tiefen Enttäuschung mit dem Ergebnis des Gipfels, das weit unter den Erwartungen unserer Bürgerinnen und Bürger lag, Ausdruck verleihen.

Die Europäische Union muss ein für alle Mal Verantwortung übernehmen und alles Mögliche tun, um die CO₂-Emissionen bis 2020 um 40 % zu verringern. Deshalb bin ich der Meinung, dass wir ein neues wirtschaftliches und soziales Modell vorschlagen müssen, das den Kapitalismus in Frage stellt. Ich begrüße den Entschluss des bolivianischen Präsidenten Evo Morales, die „Peoples’ World Conference on Climate Change and Mother Earth’s Rights“ abzuhalten.

Wojciech Micha Olejniczak (S&D), schriftlich. – (PL) Der Kopenhagener Klimagipfel wurde von den meisten Beobachtern zu Recht als Misserfolg gewertet. Man kann sich nur schwer des Eindrucks erwehren, dass die führenden Politiker der Welt in Kopenhagen ein riskantes Spiel spielten und sich nicht etwa darum bemühten, die beste Vereinbarung zu treffen, sondern der jeweils anderen Seite die Schuld dafür zuzuschieben, dass keine Vereinbarung zustande kam. Es ist schon besorgniserregend, dass die EU, trotz der Einigung auf eine gemeinsame Position, nicht in der Lage war, diese als Plattform für eine Übereinkunft mit anderen Ländern zu nutzen. Die Europäische Union muss bereits jetzt Anstrengungen unternehmen, damit die COP-16-Konferenz in Mexiko ein Erfolg wird. Das Klimaabkommen, für das sich die EU einsetzen sollte, muss drei grundlegende Merkmale aufweisen: Es sollte rechtlich bindend sein, Solidarität beweisen und hoch gesteckte Ziele beinhalten. Die beim EU-Gipfel in Sevilla getroffene Entscheidung, gemäß derer die EU ihre Emissionen im Jahr 2020 nicht um mehr als 20 % gegenüber 1990 verringern wird, sollte mit Sorge wahrgenommen werden.

Die Bedingung für eine Anhebung des Reduzierungsziels auf 30 %, die beinhaltet, dass andere Länder zunächst eine entsprechende Erklärung abgeben müssen, wurde erneut angesprochen. Momentan gestaltet sich die internationale Lage jedoch so, dass vermutlich nur die EU den Anstoß für größere Senkungen geben kann. Niemand wird sich anstelle der EU dafür einsetzen, und die EU darf ihre Rolle als weltweite Verfechterin radikaler Mittel im Kampf gegen die globale Erwärmung nicht aufgeben. Die EU muss Gelder in Höhe von 7,2 Mrd. EUR verfügbar machen und sich verpflichten, diese für Länder einzusetzen, die wirtschaftlich am schwächsten entwickelt und den Gefahren des Klimawandels am meisten ausgesetzt sind.

Frédérique Ries (ALDE), *schriftlich*. – (FR) Lehren aus dem Misserfolg des Kopenhagener Gipfels ziehen: Diese Priorität verfolgt das Europäische Parlament mit dieser EntschlieÙung, für die ich gestimmt habe. Wir wissen, was falsch läuft: Die UN-Methode funktioniert nicht mehr, die USA und China haben sich im Kampf gegen Klimaderegulierung wie Gegenspieler verhalten und die Europäische Union war nicht in der Lage, mit einer Stimme zu sprechen. Wir wissen also, was falsch läuft. Nichtsdestotrotz müssen wir Mittel und Wege finden, um im November 2010 in Cancún eine Einigung zu erzielen.

Um seine Führungsposition zu behalten, muss Europa das Klimaproblem innovativ angehen und andere Lösungen anbieten als lediglich das alleinige Ziel einer weltweiten Senkung der Emissionen über das höchst spekulative System eines Marktes für Treibhausgasemissionen, eines Instruments, das von der US-Regierung zudem vor Kurzem abgelehnt wurde. Es ist an der Zeit, eine neue Methode einzusetzen und eine „technologische“ Brücke zwischen Industrieländern und Regionen und Mikrostaaten zu schlagen, die verstärkt dem Klimawandel ausgesetzt sind. Wir benötigen zusätzliche ehrgeizige Maßnahmen in Bezug auf saubere Technologien, Energieeffizienz in Gebäuden und bei Transportsystemen sowie die Förderung „grüner“ Arbeitsplätze, um die Hoffnungen von morgen zu wecken, Hoffnungen auf eine Einigung beim bevorstehenden Gipfel in Cancún, größere Hoffnungen auf eine gemeinsame Weltsicht.

Czesław Adam Siekierski (PPE), *schriftlich*. – (PL) Die Kopenhagener Konferenz zum Klimawandel hat hinsichtlich der Reichweite und des Umfangs von Emissionsbeschränkungen oder der finanziellen Mittel, die zu diesem Zweck eingesetzt werden, keine Lösung hervorgebracht und es wurden keine endgültigen Vereinbarungen oder Entscheidungen getroffen. Ich bin jedoch nicht der Meinung, dass die Konferenz als Niederlage verbucht werden sollte, wenngleich die Erwartungen der EU gewiss nicht erfüllt wurden. Diese Erwartungen waren irrational, sowohl hinsichtlich der Höhe der geplanten Treibhausgasreduzierungen als auch im Hinblick auf die finanziellen Erwartungen im Zusammenhang mit der Bekämpfung des Klimawandels. Darüber hinaus war es etwas arrogant, eine führende Rolle im Prozess des Kampfes gegen den Klimawandel zu beanspruchen. Meiner Meinung nach befinden wir uns noch immer in einer Phase, in der es nicht ratsam ist, bereits bindende und endgültige Entscheidungen zu treffen. Der Grund dafür ist, unter anderem, dass uns noch immer keine verlässlichen wissenschaftlichen Daten zum Klimawandel und der Rolle der Menschheit in diesem Prozess vorliegen. Kürzlich wurden wir Zeugen von Debatten zu diesem Thema unter Experten und Wissenschaftlern. Dabei bestätigte sich, dass diese nicht alle die gleichen Ansichten zu den Auswirkungen der globalen Erwärmung haben. Ein weiteres Argument für die Verschiebung einer endgültigen Entscheidung ist die Wirtschaftskrise, die Länder dazu zwingt, zu sparen und ihre Ausgaben zu senken. In den schwierigen Zeiten einer wirtschaftlichen Rezession haben soziale Angelegenheiten wie der Kampf gegen Arbeitslosigkeit und die Verarmung der Gesellschaft Vorrang, sowie auch die Unterstützung des Unternehmertums und andere Maßnahmen zur Beschleunigung des wirtschaftlichen Wachstums.

Peter Skinner (S&D), *schriftlich*. – Während der Gipfel in Kopenhagen hinsichtlich der endgültigen Ergebnisse als enttäuschend gewertet wurde, spricht dennoch zweifellos viel für eine Fortführung der Bemühungen. Es gibt in dieser Angelegenheit schlichtweg keine Alternative zu einem gemeinsamen Handeln.

Da die Europäische Union auf dem Weg zur nächsten Konferenz in Mexiko weiterhin eine zentrale Rolle spielen wird, muss jedwede Anstrengung unternommen werden, um auf globaler Ebene politische Akzeptanz zu erzielen. Auf Basis der Probleme, die von vielen Wissenschaftlern und anderen Beobachtern skizziert werden, entschließen sich die Bürger und Bürgerinnen dazu, Klimaschutzvorschläge zu unterstützen. Diejenigen, die sich lediglich darauf beschränken, eine Atmosphäre der Furcht und Feindseligkeit zu schaffen, führen die Argumente für ihre Position selten genauer aus.

Die Position, die die EU-Regierungen, angeführt von Minister Ed Miliband, nun vertreten, findet Unterstützung und weckt echte Hoffnungen auf eine Übereinkunft. Dieses Parlament muss diesen Ansatz weiterhin unterstützen.

Bart Staes (Verts/ALE), *schriftlich*. – (NL) Ich habe für diese EntschlieÙung gestimmt, da darin für eine härtere Haltung bei den Verhandlungen über eine globale Klimapolitik plädiert wird. Darüber hinaus ist das

Nichtvorhandensein eines internationalen Abkommens kein Grund dafür, dass weitere politische EU-Maßnahmen zur Umsetzung zuvor gemachter Zusagen der EU, wonach unsere Emissionen bis zum Jahr 2020 um 20 % gesenkt werden sollen, aufgeschoben werden.

Das Parlament wiederholt ständig sein Ziel, diese Senkung auf 30 % zu erhöhen. Es ist gut, dass dieses Plenum ausdrücklich darauf hinweist, dass es durch die Initiativen zur Förderung und Schaffung von Anreizen für die grüne Wirtschaft, Sicherheit der Energieversorgung und die Begrenzung der Energieabhängigkeit einfacher und einfacher wird, eine Verpflichtungserklärung für eine Senkung um 30 % zu erwirken.

Es ist wichtig, dass aus dem Misserfolg in Kopenhagen Lehren gezogen werden. Demnach müssen wir uns der wichtigen Selbstkritik stellen, dass die EU nicht in der Lage war, bei den Verhandlungen durch konkrete vorherige Zusagen über eine finanzielle Unterstützung der internationalen Regierungen für Klimamaßnahmen in Entwicklungsländern Vertrauen zu schaffen. Außerdem ist es wichtig zu erkennen, dass der kollektive Beitrag der EU für die Bemühungen zur Erreichung einer Senkung und für die Finanzierung der nötigen Anpassung der Entwicklungsländer für 2020 nicht unterhalb eines Betrags in Höhe von 30 Mrd. EUR pro Jahr liegen darf. Ich hoffe, dass man in Mexiko zu einem erfolgreichen Abschluss kommen wird.

Thomas Ulmer (PPE), *schriftlich*. – Ich habe die Entschließung abgelehnt. Leider wurden viele gute Änderungsvorschläge abgelehnt. Der Realitätssinn beim Klimaschutz geht vollends verloren. Kritische Anmerkungen und das korrekte wissenschaftliche Aufarbeiten des Klimaschutzes wurden abgelehnt, ebenso wurden Alleingänge Europas gutgeheißen. Das ist nicht mein Verständnis einer verantwortungsvollen Politik für unsere Bürger.

Marie-Christine Vergiat (GUE/NGL), *schriftlich*. – (FR) Ich enthielt mich der Stimme für die Entschließung des Europäischen Parlaments zum Kopenhagener Gipfel, da sie dem Misserfolg dieses Gipfels nicht ausreichend Rechnung trägt, auch wenn das Europäische Parlament die Schwächen der Europäischen Union bei diesem Anlass deutlich getadelt hat.

Es wurden zugegebenermaßen auch einige positive Maßnahmen festgelegt, wie beispielsweise diejenigen, die von der Kommission mehr Ehrgeiz im Hinblick auf die Treibhausgasemissionen sowie die Gewährung angemessener finanzieller Mittel zur Beseitigung dieser Gase fordern.

Andere Änderungsanträge sind jedoch inakzeptabel, da sie es allein dem Markt überlassen, Emissionen durch Emissionsgenehmigungen, Mechanismen für umweltverträgliche Entwicklung und so weiter zu regulieren. Darüber hinaus wird ersucht, dass die Europäische Union mit dem Ziel der Schaffung eines transatlantischen Kohlenstoffmarkts mit den USA in Verhandlungen tritt.

Und schließlich bedauere ich die Ablehnung der Forderung nach der Einführung einer „grünen“ Tobin-Steuer; die Einnahmen daraus hätten dafür eingesetzt werden können, Entwicklungsländern bei der Bekämpfung des Klimawandels zu unterstützen.

Das logische Grundprinzip hinter dem System, das dieses Prinzip entwickelt hat, beinhaltet keine dauerhafte, seriöse oder stimmige Lösung für den Klimawandel. Die Europäische Union ist dazu verpflichtet, voranzuschreiten und ein Beispiel zu setzen, ungeachtet der Haltung der anderen Staaten. Wenn sie in der Lage ist, die nötigen Ressourcen zu beschaffen, wird dies auch möglich sein.

Anna Záborská (PPE), *schriftlich*. – (FR) Die Kopenhagener Konferenz war ein Misserfolg. Nichtsdestotrotz stellt dieses Abkommen einen ersten Schritt dar: Es bringt die meisten Parteien zusammen und liefert eine Grundlage für Verpflichtungen zur Reduzierung, Finanzierung und Messung des Klimawandels sowie zur Aufklärung darüber und zur Bestätigung von Maßnahmen zur Abmilderung des Klimawandels und zur Bekämpfung der Entwaldung. Mit der Unterstützung der Erschließung habe ich meinem Wunsch nach „Klimadiplomatie“ auf internationaler Ebene Ausdruck verliehen, die die Bewahrung der Schöpfung als oberstes Ziel verfolgen sollte. Das Parlament hat außerdem bekannt gegeben, dass der kollektive Beitrag der Union für Bemühungen zur Eindämmung des Klimawandels und zur Unterstützung der Anpassung von Entwicklungsländern zwischen dem jetzigen Zeitpunkt und 2020 ganze 30 000 Mio. EUR pro Jahr betragen soll, wohl wissend, dass sich diese Zahl im Zuge neuer Erkenntnisse zum Ausmaß des Klimawandels und den damit verbundenen Kosten noch erhöhen könnte. Doch neben jedweder Umweltromantik dürfen wir die europäische Industrie nicht aus dem Blick verlieren. Daher halte ich es im Hinblick auf die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie für unumgänglich, dass andere Industrienationen außerhalb der EU ähnliche Verpflichtungen eingehen und dass auch Entwicklungs- und Schwellenländer sich zu zumutbaren Emissionssenkungen verpflichten. Die Reduktionsziele müssen messbar, signifikant und für jeden überprüfbar sein, damit in Bezug auf das Klima Gerechtigkeit erzielt werden kann.

Iva Zanicchi (PPE), schriftlich. – (IT) Ich habe für den Entschließungsantrag zum Ergebnis der Kopenhagener Konferenz zum Klimawandel gestimmt, wenn auch mit einer gewissen Verwirrung.

In Kopenhagen, wo ich als Delegierte des Europäischen Parlaments anwesend war, wurde eine rechtlich nicht verbindliche Vereinbarung getroffen. Diese Vereinbarung liefert nicht nur keine brauchbaren Antworten im internationalen Kampf gegen den Klimawandel, sondern löst auch nicht das Problem der internationalen Wettbewerbsverzerrung. Diese geht zulasten der europäischen Unternehmen, die sich, anders als ihre Hauptwettbewerber aus anderen Ländern wie den USA und China, bereits an ehrgeizige Vorgaben zur Emissionssenkung halten müssen.

Ich bin der Überzeugung, dass sich die Europäische Union um die Festlegung einer wirksamen Strategie mit Blick auf die bevorstehenden internationalen Tagungen bemühen muss; einer Strategie, die die Förderung von grünen Technologien, Energieeffizienz und erneuerbaren Energiequellen zum Ziel hat; einer Strategie, die die Einführung eines wirklich effektiven globalen Systems zur Bekämpfung des Klimawandels beinhaltet – und einer Strategie, die internationalen Wettbewerbsverzerrungen keine Grundlage bietet.

Bericht: Leonardo Domenici (A7-0007/2010)

Nessa Childers (S&D), schriftlich. – Trotz der überwiegend sinnvollen Vorschläge, die im Bericht Domenici enthalten sind, habe ich mich der Stimme enthalten. Die vielschichtigen Probleme, die darin angesprochen werden, müssen zum Gegenstand weiterer ausführlicher Debatten gemacht werden. Es ist einerseits notwendig sicherzustellen, dass Unternehmen durch verschiedene Unternehmensbesteuerungen nicht in die Lage versetzt werden, sich ihrer Verantwortung für die Gesellschaft in Form der Abgabe eines Teils ihres Gewinns über eine gerechte Unternehmensbesteuerung zu entziehen. Es muss jedoch auch besonderes Augenmerk auf die möglichen negativen Auswirkungen einer gemeinsamen konsolidierten Körperschaftsteuer-Bemessungsgrundlage (GKKB) auf kleine Länder wie Irland gelegt werden, deren Wohlstands- und Beschäftigungsniveau weitgehend von der Fähigkeit abhängt, ausländische Investoren anzulocken.

Proinsias De Rossa (S&D), schriftlich. – Ich habe für diesen Bericht zur Förderung des verantwortungsvollen Handelns im Steuerbereich gestimmt, der von zentraler Bedeutung für den Wiederaufbau der Weltwirtschaft ist. Dafür sind Transparenz, Informationsaustausch, grenzüberschreitende Zusammenarbeit und ein fairer steuerlicher Wettbewerb nötig. So würden Steuerbetrug und -hinterziehung entmutigt werden, zum Wettbewerbsvorteil der Unternehmen, die sich an die Steuervorschriften halten, und der Druck auf die Regierungen verringert werden, um die Körperschaftsteuersätze zu senken, was stets eine Verschiebung der Steuerlast hin zu den Arbeitnehmern und Haushalten mit geringem Einkommen bei gleichzeitigen Kürzungen der öffentlichen Ausgaben zur Folge hat. Ein europäisches Abkommen zu einer gemeinsamen konsolidierten Körperschaftssteuer-Bemessungsgrundlage muss die Bedürfnisse geografischer Randregionen der EU, wie beispielsweise Irland, und deren Fähigkeit zur Anlockung ausländischer Direktinvestitionen berücksichtigen. Bei einer GKKB geht es nicht um die Festlegung eines gemeinsamen Steuersatzes. Die Besteuerung von Unternehmen liegt in der alleinigen Verantwortung jedes Mitgliedstaates. Eine GKKB hat vielmehr zum Ziel, eine gemeinsame rechtliche Grundlage für die Berechnung der Gewinne von Unternehmen zu schaffen, die in mindestens zwei Mitgliedstaaten über Niederlassungen verfügen. Zum Thema GKKB heißt es im Bericht: „verweist darauf, dass die Einführung einer gemeinsamen konsolidierten Bemessungsgrundlage für die Körperschaftssteuer innerhalb der Europäischen Union bei der Beseitigung der Doppelbesteuerung helfen und der Lösung von Fragen des Verrechnungspreises innerhalb konsolidierter Gruppen dienen würde“. Ich begrüße den Vorschlag der irischen Regierung zur Regulierung der Verrechnungspreise transnationaler Unternehmen in der diesjährigen irischen „Finance Bill“.

Ilda Figueiredo (GUE/NGL), schriftlich. – (PT) Wir begrüßen die folgende ausdrückliche Erklärung des Berichts: Das Europäische Parlament „verurteilt mit Nachdruck die Rolle von Steueroasen bei der Förderung und Ausnutzung von Steuervermeidung, Steuerhinterziehung und Kapitalflucht; fordert die Mitgliedstaaten deshalb mit Nachdruck auf, die Bekämpfung von Steueroasen, Steuerhinterziehung und rechtswidriger Kapitalflucht aus den Entwicklungsländern zu einer prioritären Aufgabe zu machen“.

Zudem unterstützen wir die Erklärung, dass infolge der „Bemühungen im Zuge der von der OECD angeführten Initiativen“ die Ergebnisse „weiterhin nicht ausreichen, um die von Steueroasen und Offshore-Zentren ausgehenden Herausforderungen zu bewältigen“ und sich daher „entschiedene, effektive und in sich schlüssige Maßnahmen anschließen müssen“ und sogar dass „die von den G 20 bisher eingegangenen Verpflichtungen nicht zur Bewältigung der Herausforderungen ausreichen, die durch Steuerumgehung, Steueroasen und Offshore-Zentren aufgeworfen werden“.

Das Wichtigste war jedoch, in diesem Zusammenhang nicht nur gute Absichten zu hegen, sondern Steueroasen und Offshore-Zentren wirksam zu bekämpfen und zu beseitigen, insbesondere wenn – wie in bestimmten Fällen – das Thema Haushaltsdefizit mit einer gewissen Dramatik verbunden ist, die darauf abzielt, die gleiche neoliberale Politik weiterzuverfolgen und gar auszuweiten, durch die erneut die Arbeitnehmer und Bürger die Rechnung für die Krise zu bezahlen hätten.

Bruno Gollnisch (NI), schriftlich. – (FR) Für Sie geht es bei verantwortungsvollem Handeln im Steuerbereich nicht um die Betrugsbekämpfung, eine erträgliche Besteuerung oder die sinnvolle Verwendung öffentlicher Gelder. Es geht vielmehr um die systematische Jagd auf die Steuerzahler, vor allem die europäischen Steuerzahler, und den automatischen Austausch von Informationen zu ihren Bankkonten, ohne dass sie irgendein Verbrechen begangen haben. Außerdem spreche ich hier nicht von großen Unternehmen oder reichen Einzelpersonen, die immer Mittel und Wege finden werden durch das Netz zu schlüpfen, sondern von den durchschnittlichen Europäerinnen und Europäern.

Ihre Ausführung über Steueroasen ist heuchlerisch: Sie wettern gegen Liechtenstein und die Karibik, verlieren aber kein Wort über die City von London, Europas größte Steueroase, oder über die Steueroasen in den USA. Außerdem verlieren Sie kein Wort über das, was die Existenz dieser Oasen überhaupt erst ermöglicht: die Steuerhöhlen – eine Bezeichnung, die derzeit auf die Mehrzahl der europäischen Mitgliedstaaten zutrifft, die durch Schulden und Defizite gelähmt sind. Ein Grund dafür ist die Explosion der öffentlichen Ausgaben, um die gesellschaftlichen Konsequenzen Ihrer Wirtschaftspolitik und die übermäßigen Kosten der Massenimmigration schultern zu können. Ein weiterer Grund ist, dass die Mitgliedstaaten ihre Schulden nicht mehr bedienen können, sofern sie sich nicht der Märkte bedienen und deren Bedingungen einhalten. Das bedeutet, dass heute 15 bis 20 % der Haushaltsausgaben eines Staates wie Frankreich allein zur Tilgung der Zinsen verwendet werden. Wir lassen uns nicht als moralisches Alibi für eine solche Politik benutzen.

Marian Harkin (ALDE), schriftlich. – Die Verwendung einer gemeinsamen konsolidierten Körperschaftssteuer-Bemessungsgrundlage ist als würde man mit Kanonen auf Spatzen schießen. Es gibt wesentlich effizientere Möglichkeiten, das Problem der Doppelbesteuerung zu bekämpfen. Aus diesem Grund habe ich gegen Erwägungsgrund 25 gestimmt.

Ian Hudghton (Verts/ALE), schriftlich. – Die gegenwärtige Wirtschaftskrise lenkt den Blick auf einige zentrale Bereiche, in denen Reformen in Europa und überall auf der Welt notwendig sind. Verantwortungsvolles Handeln im Steuerbereich ist ein äußerst wichtiger Bestandteil einer funktionierenden Wirtschaft und der EU kommt bei der Förderung eines solchen Handelns auf internationaler Ebene eine zentrale Rolle zu.

Arlene McCarthy (S&D), schriftlich. – Durch Steuerbetrug und Steuerhinterziehung entstehen jährlich Verluste in Höhe von geschätzten 200 Mrd. EUR – Geld, das den Steuerpflichtigen in den reichen Ländern der Welt und den Bedürftigsten in den Entwicklungsländern gestohlen wird. Diese Geißel muss bekämpft werden, und meine Delegation unterstützt daher diesen Bericht, der die klare Botschaft vermittelt, dass Betrug, Hinterziehung und ungestraft operierende Steueroasen vom Europäischen Parlament nicht geduldet werden.

Ich begrüße insbesondere die Erklärung, wonach es unser Ziel sein muss, den automatischen Informationsaustausch als allgemeine Regel festzulegen. Studien belegen, dass sich die Bekämpfung von Steuerhinterziehung und der Schutz der Einnahmen auf diese Weise am besten bewerkstelligen lassen. Diejenigen, die diese Forderungen ablehnen, agieren im Interesse einer winzigen Elite wohlhabender Einzelpersonen und Unternehmen, die Steueroasen für ihre Zwecke nutzen, und entgegen den Interessen der vielen Bürgerinnen und Bürger, die Steuern zahlen und auf die Dienstleistungen angewiesen sind, die damit finanziert werden.

Im Bericht wird auch auf die bevorstehende Folgenabschätzung in Bezug auf den Vorschlag für eine gemeinsame konsolidierte Körperschaftssteuer-Bemessungsgrundlage eingegangen. Obgleich wir keine Einwände gegen weitere Analysen haben, würde meine Delegation die Unterstützung eines solchen Vorschlags nur auf der Grundlage eindeutiger stützender Beweise in Erwägung ziehen. Im Bericht wird außerdem eine Analyse möglicher Optionen für Sanktionen gegen Steueroasen gefordert. Diese Forderung unterstützen wir, ohne damit jedoch unseren endgültigen Standpunkt zu diesem Thema vorwegzunehmen.

Nuno Melo (PPE), schriftlich. – (PT) Ein verantwortungsvolles Handeln im Steuerbereich ist unumgänglich, um in äußerst wichtigen Bereichen wie den Prinzipien der Transparenz, des Informationsaustauschs und des fairen steuerlichen Wettbewerbs Garantien zu bieten. Durch die Finanzkrise wurde der Druck auf alles, was mit der Bekämpfung von Steuerhinterziehung und –betrug sowie dem Kampf gegen Steueroasen in Zusammenhang steht, stärker denn je. In einer Phase, in der Millionen von Menschen auf der ganzen Welt

unter den Folgen der Krise leiden, wäre es sinnlos, diejenigen zu bekämpfen, die ihrer Verantwortung nicht nachkommen. Mit dieser Initiative sendet die EU in Form der Botschaft, dass alles im Zusammenhang mit Steueroasen wirksam bekämpft wird, ein wichtiges Signal an Drittländer. Bei der Bekämpfung von Steueroasen auf der ganzen Welt geht es nicht nur um Steuergerechtigkeit, sondern vor allem um soziale Gerechtigkeit.

Alfredo Pallone (PPE), schriftlich. – (IT) Wir müssen politische Richtlinien für verantwortungsvolles Handeln implementieren, sowohl innerhalb als auch außerhalb der Europäischen Union – nicht zuletzt deshalb, damit wir uns gegen unfairen steuerlichen Wettbewerb zur Wehr setzen können, insbesondere in den Ländern, die als Steueroasen gelten. Transparenz und der physische Austausch von Informationen bilden die Grundlagen eines fairen Wettbewerbs und einer fairen Verteilung der Steuerlast.

Außerdem ist ein verantwortungsvolles Handeln im Steuerbereich eine wichtige Voraussetzung für die Bewahrung der Integrität der Finanzmärkte. Die Anträge zur Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden und zur Amtshilfe bei der Beitreibung von Forderungen, die wir in dieser Plenarsitzung annehmen, führen uns in diese Richtung. Auf internationaler Ebene besteht eines der Instrumente, die die EU in Drittländern zur Förderung des verantwortungsvollen Handelns im Steuerbereich einsetzen kann, darin, mit diesen Ländern Steuerbetrugsabkommen zu vereinbaren, die eine Klausel zum Informationsaustausch beinhalten.

Die Erklärungen der fünf Länder, mit denen die EU ein Zinsbesteuerungsabkommen geschlossen hat (Monaco, die Schweiz, Liechtenstein, Andorra und San Marino) stellen einen bedeutenden Schritt hin zu einer Beseitigung des drastischen Ungleichgewichts dar. Solchen Erklärungen muss jedoch der Abschluss rechtlich bindender Abkommen nachfolgen. Zudem muss die EU als treibende Kraft in diesem Bereich agieren: Sie muss mit gutem Beispiel voran gehen und zu Ende führen, was beim G-20-Gipfel bereits auf den Weg gebracht wurde.

Aldo Patriciello (PPE), schriftlich. – (IT) Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Das Thema des verantwortungsvollen Handelns im Steuerbereich war schon immer sehr wichtig, ist jedoch umso relevanter, seit unser Kontinent vor zwei Jahren von der Wirtschafts- und Finanzkrise erfasst wurde.

In den vergangenen Jahren wurde dieses Thema mit einem besonderen Augenmerk auf der Bekämpfung von Steuerhinterziehung und Steueroasen bei europäischen und internationalen Gipfeltreffen debattiert. Es gibt gewiss Belege für das derzeitige und künftige Engagement der Kommission in diesem Bereich, doch wir müssen zweifellos seriöse politische Richtlinien implementieren, um Steuerhinterziehung durch Scheinfirmen zu vermeiden, die Steuergesetze mittels eines einfachen Mausklicks über das Internet umgehen.

Ich bin davon überzeugt, dass das Prinzip des verantwortungsvollen Handelns, basierend auf den Prinzipien der Transparenz und des Informationsaustauschs, die Grundlage für eine Weiterverfolgung des vorrangigen Ziels der Europäischen Union bilden kann, nämlich der Bekämpfung von Steueroasen, Steuerhinterziehung und rechtswidriger Kapitalflucht.

Außerdem muss die Europäische Union auf internationaler Ebene mit einer Stimme sprechen und sich für die Optimierung der OECD-Standards einsetzen, um einen automatischen Informationsaustausch anstelle eines Austauschs auf Antrag zu erwirken. Und aus diesem Grund werde ich für den Bericht stimmen.

Evelyn Regner (S&D), schriftlich. – Ich habe heute für den Bericht über die Förderung des verantwortungsvollen Handelns in Steuerfragen gestimmt, weil ich der Meinung bin, dass die wirksame Bekämpfung von Steuerbetrug bzw. Steuerhinterziehung von äußerster Wichtigkeit ist. Des Weiteren müssen die Blockade in Steuerfragen im Ministerrat überwunden und eine gute Amtsführung im Steuerbereich gestärkt werden.

Berichte: Magdalena Alvarez (A7-0006/2010), Leonardo Domenici (A7-0007/2010)

Robert Goebbels (S&D), schriftlich. – (FR) Ich bin für eine internationale Zusammenarbeit bei der Steuerhinterziehung, doch ich bezweifle, dass eine Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden zum automatischen Austausch aller Daten, die die Vermögenswerte europäischer Bürgerinnen und Bürger betreffen, der beste Weg ist, eine faire Besteuerung zu erreichen. Eine Quellensteuer auf alle Finanztransaktionen wäre eine wesentlich wirksamere Methode.

Eine solche Quellensteuer sollte eine endgültige Steuer sein. Sie könnte zu einer europäischen Ressource werden. Das sogenannte „verantwortungsvolle Handeln“, das vom Europäischen Parlament empfohlen wird, führt zu einer umfangreichen Offenlegung der Privatsphäre der Bürgerinnen und Bürger. Es zerstört den Schutz personenbezogener Daten, die das Europäische Parlament paradoxerweise im Rahmen des SWIFT-Dossiers schützen möchte. Aus diesen Gründen habe ich nicht für diese Berichte gestimmt.

Berichte: Magdalena Alvarez (A7-0006/2010), Theodor Dumitru Stolojan (A7-0002/2010), Leonardo Domenici (A7-0007/2010)

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), schriftlich. – (FR) Steuerbetrug muss zweifellos bekämpft werden, doch wir dürfen dabei nicht vergessen, dass Betrug allein niemals zu der Wirtschaftskrise geführt hätte, der wir uns heute ausgesetzt sehen. Diese Krise ist eine Strukturkrise des Kapitalismus, die ihren Ursprung in ebender Logik dieses Systems hat, deren Vorzüge die europäischen Eliten blind anpreisen. Ich stimme für diesen Text, da ich das Streben nach persönlichem Profit zulasten des Gemeinwohls verurteile. Diese Logik ist genauso Bestandteil des Steuerbetrugs wie des europäischen Neoliberalismus, der zum Scheitern der Millenniums-Entwicklungsziele, so bescheiden sie auch waren, wesentlich stärker beigetragen hat als das Problem des Betrugs.

Die Mehrwertsteuer, die in diesem Text auch befürwortet wird, ist eine der Fehlentwicklungen dieses Systems. Sie ist die ungerechteste Steuer der Welt, da sie alle Bürgerinnen und Bürger trotz der gewaltigen Einkommensunterschiede, die der Neoliberalismus mit sich bringt, dem gleichen Steuersatz unterwirft. Es ist bedauerlich, dass das Grundproblem in diesem Text nicht zur Sprache kommt und dass wieder nicht versucht wird, die gerechte Verteilung des Vermögens, das für das Gemeinwohl erwirtschaftet wird, auf die politische Agenda Europas zu setzen.

Bericht: Marc Tarabella (A7-0004/2010)

John Stuart Agnew und William (The Earl of) Dartmouth (EFD), schriftlich. – Während die UKIP an die Gleichstellung von Männern und Frauen glaubt, lehnen wir indes jeden Versuch der EU ab, in diesem Bereich Gesetze zu erlassen. Wir sind der Auffassung, dass Maßnahmen auf nationaler Ebene in diesen Belangen angemessener sind.

Luís Paulo Alves (S&D), schriftlich. – (PT) Ich habe für den Bericht von Herrn Tarabella gestimmt, da ich der Überzeugung bin, dass die Gleichstellung von Männern und Frauen in der Europäischen Union, wie im Vertrag über die Europäische Union sowie der Charta der Grundrechte der Europäischen Union anerkannt, ein Grundprinzip darstellt, das noch immer nicht einheitlich umgesetzt wird.

Ungeachtet des Lohngefälles zwischen Männern und Frauen, der Aufspaltung des Arbeitsmarktes und der vorherrschenden Rollenklischees, wird in diesem Bericht der Grundsatz des gleichen Entgelts für gleiche Arbeit hervorgehoben, der seit 1957 in Gemeinschaftsverträgen verankert ist. Es wird betont, dass die Wirtschafts-, Finanz- und soziale Krise, die die Europäische Union und den Rest der Welt ergriffen hat, sich deutlich auf Frauen, ihre Arbeitsbedingungen, ihren Platz in der Gesellschaft und die Gleichstellung zwischen Frauen und Männern in der Europäischen Union auswirkt.

John Attard-Montalto (S&D), schriftlich. – Ich möchte mein Abstimmungsverhalten in Bezug auf den Bericht Tarabella mit dem Titel „Gleichstellung von Frauen und Männern in der Europäischen Union – 2009“ erläutern. Es gab eine Reihe von Änderungsanträgen, in denen direkt oder indirekt auf das Thema Abtreibung verwiesen wurde. Malta ist gegen Abtreibung. Die großen politischen Parteien sind sich in dieser Hinsicht völlig einig. Auch der überwiegende Teil der Gesellschaft teilt diese Ansicht. Zudem sind auch die religiösen und moralischen Aspekte ein wichtiger Faktor.

Regina Bastos (PPE), schriftlich. – (PT) In ihrem Bericht zur Gleichstellung von Frauen und Männern in der EU 2009 weist die Europäische Kommission darauf hin, dass hinsichtlich der Vereinbarkeit von Beruf und Familienleben, der Aufteilung des Arbeitsmarktes nach Berufen und Sektoren, der Verdienstunterschiede und der niedrigen Beschäftigungsquote von Frauen die größten Unterschiede zwischen den Geschlechtern erkennbar sind. Diese Unterschiede zwischen Männern und Frauen werden vor allem durch die derzeitige Wirtschafts-, Finanz- und soziale Krise verschärft. Ich habe gegen den Bericht gestimmt, da ich der Meinung bin, dass er durch die Anführung von Themen wie dem Zugang zu Abtreibung und dem kostenfreien Zugang zu Abtreibungsberatungen verzerrt wurde. Dabei handelt es sich um sehr sensible Themen und gemäß dem Subsidiaritätsprinzip fallen diese in den Zuständigkeitsbereich der einzelnen Mitgliedstaaten.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), schriftlich. – (LT) Ich habe für diesen Bericht gestimmt, denn angesichts der schwierigen wirtschaftlichen, finanziellen und sozialen Lage ist es wichtiger denn je, eines der wichtigsten Grundprinzipien der Europäischen Union umzusetzen – die Gleichstellung von Männern und Frauen. Jeder Mitgliedstaat muss sicherstellen, dass Arbeitnehmer beider Geschlechter gleiches Entgelt für gleichwertige Arbeit erhalten. Um eine Gleichstellung von Männern und Frauen zu fördern, müssen wir dafür sorgen, dass die Verpflichtungen in Familie und Haushalt zwischen Männern und Frauen aufgeteilt werden. Es ist äußerst wichtig, dass der Vaterschaftsurlaub früher in der Richtlinie verankert wird, um die Voraussetzungen dafür

zu schaffen, dass Väter sich an der Kinderbetreuung beteiligen. Die Opfer von Menschenhandel sind überwiegend Frauen. Daher fordere ich diejenigen Mitgliedstaaten, die das Übereinkommen des Europarates zur Bekämpfung des Menschenhandels noch nicht ratifiziert haben, dazu auf, dies ohne weitere Verzögerung nachzuholen.

Carlo Casini (PPE), *schriftlich*. – (IT) Obwohl ich einem großen Teil des Inhalts der Entschließung zur Gleichstellung von Frauen und Männern in der Europäischen Union (2009) durchaus zustimme, habe ich dagegen gestimmt, denn wir können nicht die Gleichstellung einer bestimmten Gruppe von Personen fordern, ohne diese einer anderen Gruppe von Menschen zu verwehren.

Ich beziehe mich hierbei auf Absatz 38, in dem gefordert wird, die Rechte der Frauen durch den ungehinderten Zugang zu Abtreibung zu gewährleisten. Die Zerstörung der kleinsten und hilflosesten Individuen in der Gestalt ungeborener Kinder darf nicht als Möglichkeit zur Bestärkung der Würde und Freiheit der Frauen betrachtet werden. Hier ist eine Verschwörung gegen das Leben am Werk, die uns in altbewährter Manier zu täuschen versucht. Wir müssen die wahre Natur der Sache ans Licht bringen.

Die Nebeneinanderstellung völlig gerechtfertigter Anliegen und äußerst unfairer Forderungen sowie die Verdrehung von Wortbedeutungen sind Tricks, die sich bei Abstimmungen im Europäischen Parlament als wirksam erwiesen haben, doch ich werde diese Praxis keinesfalls gutheißen. Wir können nicht über die dramatische Realität der Abtreibung sprechen, die sowohl die Aufmerksamkeit von Politikern als auch von Moralisten erfordert, ohne auch die Rechte von Neugeborenen anzuerkennen oder zumindest im Hinblick auf die Achtung vor dem Leben eine angemessene Erziehung zu fordern und Formen der Unterstützung für schwierige oder ungewollte Schwangerschaften zu organisieren, damit diese ihren natürlichen Weg gehen können.

Françoise Castex (S&D), *schriftlich*. – (FR) Ich begrüße die Annahme dieses Berichts zur Gleichstellung von Frauen und Männern in der EU. Der Bericht unterstreicht die dringende Notwendigkeit einer Gemeinschaftsinitiative zur wirksamen Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen. Zudem beinhaltet diese Entschließung zwei Bereiche, die ich für grundlegend halte. Zum einen wird der Vorschlag eines Vaterschaftsurlaubs auf europäischer Ebene eingebracht. Wenn es eine Gleichstellung im Beruf geben soll, muss es auch eine Gleichstellung in Gesellschaft und Familie geben. Diese Entschließung unterstreicht die Verantwortung der Kommission, in diesem Bereich Gesetze zu erlassen. Die wirklich große Errungenschaft dieser Abstimmung ist jedoch die erneute Bekräftigung des Rechts auf Abtreibung. Seit 2002 wurde dieses Recht aufgrund der Zurückhaltung einer rechten europäischen Partei in keinem europäischen Text mehr bekräftigt. Die Kontrolle über ihre sexuellen und reproduktiven Rechte muss stets bei den Frauen verbleiben. Im Hinblick auf den tatsächlichen Zugang zu Informationen, Verhütung und Abtreibung besteht gewiss noch großer Handlungsbedarf, doch der Bericht Tarabella muss als Ausgangspunkt für ein Voranbringen des europäischen Rechts in diesem Bereich dienen.

Nessa Childers (S&D), *schriftlich*. – Ich habe heute für diesen Bericht gestimmt, der fortschrittlicher Natur ist, da er die Förderung der Gleichstellung von Männern und Frauen zum Ziel hat und unter anderem die Bereiche Vaterschaftsurlaub, Kinderbetreuung, häusliche Gewalt und das Lohngefälle thematisiert. Außerdem fördert er ein breiteres Bewusstsein für Fragen der sexuellen Gesundheit sowohl für Frauen als auch Männer. Es handelt sich dabei jedoch nicht um einen Vorschlag für Rechtsakte, sondern in erster Linie um eine Grundsatzerklärung, die ich guten Gewissens befürworten kann. Sie entspricht den Prinzipien, für die sich Arbeiter- und sozialdemokratische Parteien in ganz Europa einsetzen. Es muss darauf hingewiesen werden, dass die Bereitstellung von Abtreibungsdienstleistungen ausschließlich in den Zuständigkeitsbereich der einzelnen Mitgliedstaaten fällt. Dieser Bericht ändert nichts an dieser Festlegung und kann auch nichts daran ändern.

Mário David (PPE), *schriftlich*. – (PT) Ich habe gegen den Bericht zur Gleichstellung von Männern und Frauen in der EU 2009 gestimmt, da ich der Meinung bin, dass er durch die Anführung von Themen wie dem Zugang zu Abtreibung und dem kostenfreien Zugang zu Abtreibungsberatungen verzerrt wurde. Dabei handelt es sich um sehr sensible Themen und gemäß dem Subsidiaritätsprinzip fallen diese allein in den Zuständigkeitsbereich der einzelnen Mitgliedstaaten.

Proinsias De Rossa (S&D), *schriftlich*. – Dieser Bericht findet meine volle Zustimmung. Die Gleichstellung von Frauen und Männern ist schon seit langem ein Grundprinzip der Europäischen Union. Doch trotz der Fortschritte, die auf diesem Gebiet erreicht wurden, gibt es noch immer zahlreiche Ungleichheiten zwischen Männern und Frauen. Die Diskrepanz zwischen den Beschäftigungsquoten von Frauen und Männern wird zwar geringer, doch Frauen haben in der Regel immer noch häufiger eine Teilzeitbeschäftigung und/oder

befristete Arbeitsverträge und verbleiben zumeist in weniger gut entlohnenden Beschäftigungsbereichen. Europaweit sind viermal so viele Frauen wie Männer in Teilzeit beschäftigt. Das Lohngefälle zwischen Männern und Frauen – 17,4 % – hat sich seit dem Jahr 2000 kaum verringert. Eine Frau muss durchschnittlich bis Ende Februar des Folgejahres weiterarbeiten (d. h. insgesamt 418 Tage), um durchschnittlich genauso viel zu verdienen wie ein Mann in einem Kalenderjahr. Aufgrund der Wirtschafts-, Finanz- und sozialen Krise sind Frauen gleich doppelt betroffen: Die Sektoren, in denen sie stärker vertreten sind, sind diejenigen des öffentlichen Dienstes (z. B. Bildung, Gesundheit und Sozialfürsorge), in denen derzeit besonders viele Arbeitsplätze abgebaut werden. Zudem sind Frauen, die Dienstleistungen für Kinder- und Altenbetreuung, schulische Unterstützung usw. in Anspruch genommen haben, aufgrund von Leistungskürzungen nun gezwungen, ihren Arbeitsplatz von sich aus aufzugeben, um diese Dienstleistungen selbst zu übernehmen.

Robert Dušek (S&D), schriftlich. – (CZ) Der Bericht von Marc Tarabella unterstreicht deutlich das größte Hindernis für eine Gleichstellung der Geschlechter. Ich weiß, dass manche Mitglieder das Problem der geschlechterspezifischen Ungleichbehandlung und der damit einhergehenden Diskriminierung von Frauen nicht ernst nehmen. Ich bin mir dieser Erschwernisse jedoch bewusst. Durch die globale Wirtschaftskrise hat sich die Lage noch verschlimmert und es sieht ganz danach aus, dass Frauen infolge einer Fiskalpolitik zur Kostensenkung in Form von Kürzungen bei den Leistungen für Mutterschaft und den Ausgaben für Sozialleistungen „geopfert“ werden. Frauen sind in der Regel stärker dem Risiko von Armut und niedrigen Einkommen ausgesetzt, da sie ihre berufliche Laufbahn zur Gründung einer Familie unterbrechen oder beenden, der Karriere ihrer Ehemänner den Vorrang lassen oder Kinder und ältere Menschen betreuen. Daher ist der Vorschlag des Berichterstatters als angemessene Möglichkeit zur Verbesserung der Lage zu werten. Herr Tarabella stellt richtigerweise fest, dass der Grundsatz „gleiches Arbeitsentgelt bei gleicher Arbeit“, der seit 1957 in den Gemeinschaftsverträgen Gültigkeit hat, nicht eingehalten wurde und Frauen in einigen Mitgliedstaaten für die gleiche Arbeit noch immer nicht das gleiche Entgelt erhalten wie Männer.

Abgesehen davon gibt es eine Reihe von EU-Richtlinien zur Unterstützung von Familien mit Kindern, in denen jedoch alleinerziehende Mütter oder Väter nicht berücksichtigt werden. Auch die Forderung nach der Erlassung eines Gesetzes für bezahlten Vaterschaftsurlaub auf europäischer Ebene ist korrekt. Eine faire Aufteilung von Verpflichtungen in Familie und Haushalt zwischen Frauen und Männern würde zur Lösung der Probleme beitragen. Aus den geschilderten Gründen pflichte ich den Einschätzungen aus dem Bericht 2009/2010 bei und habe daher für seine Annahme gestimmt.

Edite Estrela (S&D), schriftlich. – (PT) Ich habe für den Bericht Tarabella zur Gleichstellung von Männern und Frauen in der Europäischen Union 2009 gestimmt, da darin Vorschläge für konkrete und innovative Maßnahmen und Richtlinien im Zusammenhang mit der Gleichstellung der Geschlechter gemacht werden. Der Entwurf einer Richtlinie zur Vermeidung und Bekämpfung aller Formen von Gewalt gegen Frauen sowie zur Aufnahme des Vaterschaftsurlaubs in die europäischen Rechtsvorschriften beinhaltet Vorschläge, die ich zur Förderung der Gleichstellung der Geschlechter und zur Gewährleistung einer gerechteren Aufteilung familiärer Verpflichtungen zwischen Männern und Frauen für grundlegend halte.

Diogo Feio (PPE), schriftlich. – (PT) Es stimmt etwas nicht, wenn das Parlament Respekt fordert, sich aber selbst keinen Respekt verschaffen kann.

Wichtige und ernste Themen wie dieses verdienen unsere Aufmerksamkeit, sie müssen debattiert werden und es muss nach dem größten gemeinsamen Nenner gesucht werden. Ich glaube nicht einmal, dass dies schwierig zu erreichen wäre. Nichtsdestotrotz wird die verstohlene und hinterlistige Einbringung strittiger Sachverhalte unter dem Deckmantel ebendieser Themen langsam zu einer bedauerlichen Gewohnheit. Das Parlament fungierte hier erneut als bloßer Resonanzboden für äußerst extreme Ansichten.

Ich kann nicht umhin, diesen Versuch zur Förderung der Liberalisierung von Abtreibung und der damit einhergehenden Geringschätzung menschlichen Lebens und menschlicher Würde unter dem Vorwand der Förderung der Gleichstellung von Männern und Frauen entschieden abzulehnen. Ferner lehne ich den unrechtmäßigen Versuch ab, diese beiden Angelegenheiten miteinander in Verbindung zu bringen und die Befugnisse der Mitgliedstaaten in solchen Fragen zu manipulieren.

Die Besessenheit, das Konzept der sexuellen und reproduktiven Gesundheit um das Recht auf Abtreibung zu erweitern und dessen allgemeingültige Umsetzung zu erzwingen, zeigt, welche hinterlistigen Methoden diejenigen einsetzen, die die Realität verschleiern möchten. Mit den beschönigenden Umschreibungen, die gebraucht werden, um das Gewissen zu betäuben, kann nicht erreicht werden, dass die Sache weniger brutal, Gewalt gegen Frauen weniger grausam oder diese Strategie weniger bedauernswert wird.

José Manuel Fernandes (PPE), *schriftlich*. – (PT) „Gewalt gegen Frauen ist vielleicht die schändlichste aller Menschenrechtsverletzungen (...) Sie kennt keine Grenzen, weder geografisch, noch kulturell, noch im Hinblick auf materiellen Wohlstand. Solange sie fortbesteht, können wir nicht behaupten, dass wir wirkliche Fortschritte in Richtung Gleichstellung der Geschlechter, Entwicklung und Frieden machen.“ Dies sind die Worte des ehemaligen Generalsekretärs der Vereinten Nationen, Kofi Annan, und leider gelten sie nach wie vor. In der entwickelten Welt und Europa kommt es aktuell noch immer zu geschlechtsbedingter Diskriminierung, da es sich dabei um ein strukturelles Problem handelt, das im Hinblick auf Chancenungleichheit schwerwiegende Folgen hat. In Bezug auf Bildung, Sprache, Aufteilung der Hausarbeit, Zugang zu Beschäftigung und Ausübung einer beruflichen Tätigkeit gibt es heute noch immer Unterschiede zwischen Männern und Frauen. Ich bin der Überzeugung, dass Zugang zu Beschäftigung und berufliches Vorankommen, egal ob in der Privatwirtschaft, im öffentlichen Dienst oder auch in der Politik, von den Verdiensten und Fähigkeiten des Einzelnen, ungeachtet des Geschlechts, abhängen sollten. Ich habe jedoch gegen die Entschließung gestimmt, da darin sensible Themen, wie Zugang zu Abtreibung, zur Sprache gebracht werden, die allein in den Zuständigkeitsbereich der Mitgliedstaaten fallen.

Ilda Figueiredo (GUE/NGL), *schriftlich*. – (PT) Trotz des Wunschs der konservativen Rechten, diese Entschließung zu Fall zu bringen, war deren Annahme im Parlament von entscheidender Bedeutung, da darin wichtige Rechte für Frauen verankert sind. Trotz gewisser Schwächen unterstreicht der Bericht erfolgreich wichtige Punkte wie die Notwendigkeit eines an den Mutterschaftsurlaub gekoppelten Vaterschaftsurlaubs und die Frage sexueller und reproduktiver Rechte. Außerdem zeigt er die Notwendigkeit auf, den Kampf gegen Ungleichheit und Diskriminierung am Arbeitsplatz, gegen Gewalt sowie Frauen- und Mädchenhandel zu verstärken und zu verurteilen, dass Frauen noch immer von Armut bedroht sind und unsichere, schlecht bezahlte Arbeit annehmen müssen.

Es war außerdem wichtig, erneut Zustimmung für den Gedanken zu bekräftigen, wonach „die Kontrolle über ihre sexuellen und reproduktiven Rechte stets bei den Frauen verbleiben muss, insbesondere durch einen ungehinderten Zugang zu Verhütung und Abtreibung“.

Unmittelbar vor den Feierlichkeiten zum 100-jährigen Jubiläum des Internationalen Frauentags und 15-jährigen Bestehens der Peking Aktionsplattform findet diese Entschließung besondere Resonanz. Hoffen wir, dass sie in der Realität auch wirklich umgesetzt wird.

Bruno Gollnisch (NI), *schriftlich*. – (FR) Ja, Frauen haben mit besonderen Schwierigkeiten zu kämpfen. Doch wie in diesem Plenum üblich, war die eigentliche Absicht zwar gut, hat jedoch zu einer verzerrten Analyse und wilden Vorschlägen geführt.

In diesem Bericht wird eine Karikatur einer europäischen Gesellschaft gezeichnet, die von alltäglicher und systematischer Feindseligkeit gegenüber Frauen geprägt ist: Politische Maßnahmen zur Förderung der wirtschaftlichen Erholung sind offenbar sexistisch, da sie eher den Sektoren zugute kommen, in denen hauptsächlich Männer beschäftigt sind, genauso wie eine strenge Haushaltspolitik, da davon feminisierte öffentliche Dienste betroffen sind ... Im Gegensatz dazu herrscht absolute Stille in Bezug auf die Folgen der massiven Präsenz von Einwanderern in Europa, deren Kultur und Bräuche Frauen in einem minderwertigen Status gefangen halten, Lichtjahre von unseren Werten und Prinzipien entfernt.

Auch hinsichtlich der negativen Konsequenzen Ihrer Vorstellungen von völliger Geschlechtergleichheit wird kein Wort verloren: Frauen verlieren nach und nach besondere und legitime soziale Rechte, die sie in Anerkennung ihrer Mutterrolle errungen haben. Darüber hinaus herrscht auch Schweigen in Bezug auf die Einführung eines Elterngehalts, der einzigen Möglichkeit, Frauen die Wahl zu lassen, ob sie lieber einen Beruf ausüben, ganz für die Familie da sein oder diese beiden Optionen vereinbaren möchten.

Und schließlich, wenn ich sehe, wie viele unserer Kolleginnen und Kollegen von Hysterie erfasst werden und auf breiter Front massiv und zwingend das Recht auf Abtreibung einführen möchten, das auf den Rang eines Grundwerts für ein Europa auf dem Weg hin zum kollektiven Selbstmord erhoben wurde, kann ich allmählich nicht mehr umhin zu bedauern, dass deren Mütter nicht abgetrieben wurden.

Jacky Hénin (GUE/NGL), *schriftlich*. – (FR) Während ich alle negativen Maßnahmen der EU – und davon gibt es viele – entschieden ablehne, so befürworte ich sie jedoch, wenn sie in die richtige Richtung gehen. So werden in diesem Bericht nachdrückliche Forderungen laut (insbesondere an die Europäische Kommission gerichtet), die die Ungleichbehandlung von Frauen, die Einführung eines Vaterschaftsurlaubs, die Einführung eines Jahres zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen sowie das Recht auf ungehinderten Zugang zu Verhütung und Abtreibung betreffen. Der Bericht unterstreicht zudem, dass Frauen kostenfreien Zugang zu Abtreibungsberatungen haben müssen.

Grund für meine Ja-Stimme waren demnach die erzielten Verbesserungen, doch es sind Verbesserungen, die in der Praxis deutlicher sichtbar werden müssen.

Dies ist umso mehr der Fall, da ich es nur bedauern kann, dass sich eine Mehrzahl der Mitglieder im Parlament weigert, die Erstellung einer Europäischen Charta der Rechte von Frauen, die Einrichtung einer Europäischen Beobachtungsstelle für sexuelle Gewalt sowie die Einführung eines „Internationalen Tags für gleiches Entgelt“ zu unterstützen. Außerdem hat dieses Parlament keinen Versuch unternommen, die eigentlichen Ursachen dieser Ungleichheiten zu bekämpfen, die im Wirtschaftssystem der alleinigen Herrschaft des Marktes begründet liegen, das in Europa tagtäglich Anwendung findet.

Ian Hudghton (Verts/ALE), schriftlich. – Während die Gleichstellung der Geschlechter als grundlegendes Recht in der EU im Vertrag über die Europäische Union verankert ist, gibt es in vielen Bereichen nach wie vor unzumutbare Ungleichheiten. Es ist offensichtlich, dass es noch immer immense Probleme gibt, und daher ist es unerlässlich, dass die Institutionen der EU sich dafür einsetzen, diese Probleme überall dort, wo sie in der Union auftreten, zu erkennen und Lösungen dafür zu suchen.

Gunnar Hökmark, Christofer Fjellner und Anna Ibrisagic (PPE), schriftlich. – (SE) Heute, am 10. Februar 2010, stimmten die schwedischen Konservativen gegen den Bericht zur Gleichstellung von Frauen und Männern – 2009 (A7-0004/2010). Obgleich wir den Wunsch des Berichterstatters nach einer Verbesserung der Gleichstellung von Frauen und Männern in Europa teilen, sind wir nicht der Ansicht, dass eine Beeinträchtigung der Souveränität der Mitgliedstaaten mittels Forderungen nach einem sogenannten „Gender Budgeting“ (einer Haushaltsanalyse unter Berücksichtigung des Gleichstellungsaspekts) sowie durch das Drängen der Mitgliedstaaten, die Sozialleistungen nicht zu kürzen, und durch die gesetzlich gesteuerte Festsetzung von Quoten der richtige Weg ist. Eine Gleichstellung muss auf individueller Ebene erreicht werden, durch eine Erweiterung der Möglichkeiten, die eigene Situation zu beeinflussen – und nicht etwa durch eine Erlassung von Gesetzen auf europäischer Ebene oder eine Politik der Gesten in Form eigens festgelegter Tage, weiterer EU-Behörden oder einer EU-Charta der Rechte von Frauen. Es gibt bereits eine EU-Charta zu bürgerlichen Freiheiten und Menschenrechten, die durch den Vertrag von Lissabon bekräftigt wurde und die auch Frauen berücksichtigt. Wir müssen für das Subsidiaritätsprinzip eintreten. In der Schlussabstimmung haben wir demzufolge gegen den Bericht gestimmt, obgleich er natürlich auch Punkte enthält, mit denen wir sympathisieren; wir befürworten beispielsweise voll und ganz, dass Frauen die Kontrolle über ihre sexuellen und reproduktiven Rechte haben müssen.

Monica Luisa Macovei (PPE), schriftlich. – Ich habe für Erwägungsgrund X und den Großteil von Absatz 38 gestimmt, mich jedoch der Stimme zu einem Teil von Absatz 38 enthalten. Dafür hatte ich folgende Gründe:

Die sexuellen und reproduktiven Rechte von Frauen sollten grundsätzlich respektiert werden, insbesondere im Zusammenhang mit der Gleichstellung von Männern und Frauen, die in der Charta der Grundrechte der EU (Art. 23) garantiert wird.

Ich bin jedoch der Meinung, Frauen sollten lernen, sich vor ungewollten Schwangerschaften zu schützen; in anderen Worten: Wenn Verhütung und spezielle Beratung ungehindert zugänglich sind, sind Abtreibungen schwieriger zu rechtfertigen.

Viele meiner Wählerinnen und Wähler in Rumänien wären enttäuscht, wenn ich anders abgestimmt hätte. Wie ein vom Präsidenten von Rumänien in Auftrag gegebener Bericht aus dem Jahr 2006 unterstreicht, ist die Vergangenheit in unseren Köpfen zudem noch immer lebendig: Damals ergriff die Kommunistische Partei drastische Maßnahmen gegen Abtreibung, um die Kontrolle der Partei über das Privatleben von Frauen zu sichern. Viele Frauen starben infolge illegaler Abtreibungen, die ohne medizinische Hilfe durchgeführt wurden.

Erminia Mazzoni (PPE), schriftlich. – (IT) Die treibende Kraft hinter der EntschlieÙung findet meine volle Unterstützung. Verdienstvollerweise gründet sie nämlich auf der Annahme, dass die Debatte um demografische Veränderungen mit der Debatte um die nötigen Maßnahmen zur Bekämpfung der Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise auf den Arbeitsmarkt verknüpft ist.

In Anbetracht der Tatsache, dass die Ergebnisse unserer Fortschrittsanalyse in Bezug auf die Umsetzung der Lissabon-Ziele nicht gerade ermutigend sind, begrüßen wir die in der EntschlieÙung zum Ausdruck gebrachte Forderung nach einer Beschleunigung von Gesetzesänderungen in den Mitgliedstaaten, einer Straffung von Vertragsverletzungsverfahren sowie nach der Förderung der Beteiligung von Frauen in zentralen Sektoren des Arbeitsmarktes, die ihren erreichten Zielen im Hinblick auf die Ausbildung entspricht.

Nach dieser Vorbemerkung muss ich jedoch nun mein absolutes Missfallen über das schädliche Vorhaben der Förderung einer Abtreibungsgesellschaft durch Anreize für ungehinderten Zugang zu Schwangerschaftsabbrüchen zum Ausdruck bringen, das ich ja bei der Abstimmung bereits geäußert habe.

Die Annahme, dass Frauen einen ungehinderten Zugang zu Abtreibungen haben sollten, um ihr Recht auf sexuelle Freiheit wiederzuerlangen, widerspricht nicht nur der landläufigen Laienmoral, sondern auch den in Erwägungsgrund Z verankerten Grundsätzen, wonach es im Rahmen des europäischen Maßnahmenkatalogs von zentraler Bedeutung ist, „die Geburtenraten anzuheben, um den Herausforderungen der Zukunft gerecht zu werden“. Ich halte entschlossen an meiner Verpflichtung fest, eine verantwortungsbewusste Sexualkultur zu fördern.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), schriftlich. – (FR) Frauen sind die Hauptleidtragenden der Wirtschafts- und sozialen Krise, die durch die neoliberale Politik der Europäischen Union verursacht wurde. Aufgrund der Krise nimmt die Zahl der unsicheren Arbeitsplätze und zwangsläufigen Teilzeitbeschäftigungen zu. Unsere Gesellschaft ist noch immer tief vom Patriarchat durchdrungen. Die Betroffenen sind nun von der gewaltsamen Rückkehr der Stigmatisierung aus religiösen Gründen gezeichnet, und Frauen sind stets die Hauptleidtragenden dieser Veränderungen.

Es ist daher erfreulich zu sehen, dass das Europäische Parlament eine solch wichtige Angelegenheit wie die Gleichstellung von Frauen und Männern auf die Agenda setzt. Gleichzeitig ist es jedoch sehr bedauerlich, dass sich der Text nicht auf die Tragweite des Neoliberalismus konzentriert, der Ungleichheit von Natur aus fördert. In Wirklichkeit ist nämlich der Neoliberalismus die Ursache für viele der Probleme, mit denen Frauen zu kämpfen haben, und im Zuge der größer werdenden Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern findet er neuen Nährboden.

Nuno Melo (PPE), schriftlich. – (PT) Ungleichheiten zwischen Männern und Frauen sind im Laufe der Jahre unschärfer geworden, egal ob in der Berufswelt, den verschiedenen Sektoren oder hinsichtlich der Existenz unterschiedlicher Vorurteile. Die Gleichstellung von Männern und Frauen in der EU wird zunehmend in die Realität umgesetzt, und obwohl es noch immer Fälle von Diskriminierung gibt, zeichnen sich sehr positive Entwicklungen ab.

Andreas Mölzer (NI), schriftlich. – Obgleich sich in puncto Chancengleichheit für Frauen vieles verbessert hat, bleibt noch einiges zu tun. Dringend wäre vor allem, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf voranzutreiben, die sich in der Praxis für viele Frauen, vor allem Alleinerzieherinnen, als unüberwindliches Hindernis erweist. Dass Männern nach wie vor eher zugetraut wird, Führungspositionen auszuüben, belegt, dass die berufliche Gleichberechtigung de facto nur durch eine Haltungsänderung und nicht durch Quotenvorschriften erreichbar ist, vor allem da diese nicht unumstritten sind und allzu leicht Konflikte auslösen können. Da im vorliegenden Bericht nicht auf die Kritik eingegangen wird, dass Gender Mainstreaming auch in die andere Richtung ausschlagen kann, habe ich den Bericht abgelehnt.

Mariya Nedelcheva (PPE), schriftlich. – (FR) Die Entschließung zu Gleichstellung von Frauen und Männern in der Europäischen Union erscheint mir völlig ausgewogen, und ich begrüße, dass Herr Tarabella sich so tatkräftig engagiert hat, um dieses Ergebnis herbeizuführen. Im Beschäftigungssektor bestehen heute noch immer eklatante Ungleichheiten zwischen Männern und Frauen, insbesondere was die Unterschiede in der Entlohnung aber auch die Vereinbarkeit von Beruf und Familie betrifft. In diesem Bereich müssen noch einige Anstrengungen unternommen werden.

Zudem ist es im Hinblick auf den Schutz der sexuellen und reproduktiven Rechte von zentraler Bedeutung, dass Frauen Zugang zu Verhütung und Abtreibung haben. Frauen müssen körperlich vollständig autonom sein. Daher habe ich für die Maßnahmen zum Schutz dieser Rechte gestimmt.

Schließlich habe ich gegen den Vorschlag zur Erstellung einer Europäischen Charta der Rechte von Frauen gestimmt, da die Charta der Grundrechte, die auch die Rechte der Frauen beinhaltet, seit Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon bereits fester Bestandteil der Verträge ist. Diese Charta ist rechtlich bindend und gewährleistet, dass Frauen in der gleichen Weise geschützt werden wie Männer.

Rareş-Lucian Niculescu (PPE), schriftlich. – (RO) In Rumänien wurde 1967 eine Verordnung zum Verbot von Abtreibungen erlassen, durch die Frauen das Recht verloren sich zu entscheiden, ob sie eine Schwangerschaft fortsetzen oder abbrechen möchten. Dieses Verbot hatte höchst traumatische Auswirkungen auf die rumänische Gesellschaft, wodurch uns klar wurde, wie gefährlich eine solche Entscheidung ist.

Die Kontrolle über ihre sexuellen und reproduktiven Rechte sollte stets bei den Frauen verbleiben. Aus diesem Grund stimme ich für die im Bericht Tarabella angeführten Aspekte in Bezug auf ungehinderten Zugang zu Verhütung und Abtreibung und letztlich für den gesamten Bericht.

Aldo Patriciello (PPE), *schriftlich*. – (IT) Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Komplexität des heute zur Prüfung vorliegenden Berichts kam bereits bei der Arbeit im Ausschuss für die Rechte der Frau und Gleichstellung der Geschlechter deutlich zum Vorschein, als der Text durch eine lächerliche Mehrheit von drei Stimmen und infolge einer massiven Abwesenheit von Abgeordneten angenommen werden konnte.

Ich bin der Meinung, dass seit 1975 wirksame Rechtsvorschriften zum Schutz der Frauen erlassen wurden. Daher halte ich es für sinnvoller zu gewährleisten, dass die bereits bestehenden Gesetze von den Regierungen in vollem Umfang angewendet werden, anstatt sich darum zu bemühen, neue Richtlinien zu entwerfen.

Das ist auch der Grund dafür, warum ich – obgleich ich nicht den Wunsch hege gegen den Bericht zu stimmen, der gewiss einige positive Aspekte beinhaltet – mich dennoch von anderen Aspekten distanzieren möchte, um mein Missfallen über bestimmte Teile hervorzuheben, insbesondere diejenigen zum Thema Abtreibung, ein Bereich, in dem wir Katholiken natürlich nicht zu Kompromissen bereit sind.

Cristian Dan Preda (PPE), *schriftlich*. – (RO) Obwohl ich nicht gegen Abtreibung bin, habe ich gegen Absatz 38 gestimmt, da er auch dahingehend interpretiert werden könnte, dass diese Praktik gefördert wird. Ich bin durchaus dafür, dass Verhütung und Aufklärung zu diesem Thema leichter zugänglich sein sollten, denn dies ist die beste Vorgehensweise, um ungewollte Schwangerschaften zu vermeiden. Andererseits glaube ich, dass es Gemeinschaften gibt, die die Entscheidungsgewalt über das Thema Abtreibung aus verschiedenen Gründen weiterhin auf nationaler Ebene ausüben möchten, und das sollte ihnen auch zugestanden werden. Es handelt sich hierbei um einen Bereich, in dem das Subsidiaritätsprinzip Anwendung finden sollte. Ich bin nicht der Meinung, dass eine Diskussion dieses Sachverhalts im Bericht zur Gleichstellung von Männern und Frauen in der Europäischen Union die beste Lösung ist.

Evelyn Regner (S&D), *schriftlich*. – Ich habe für den Bericht über die Gleichstellung von Frauen und Männern in der Europäischen Union gestimmt, weil es meinen grundlegenden Überzeugungen entspricht, dass Frauen das uneingeschränkte Recht auf Selbstbestimmung haben, insbesondere in Hinsicht auf ihre sexuellen und reproduktiven Rechte, sowie den ungehinderten Zugang zu Verhütung und Abtreibung. Diese Rechte sind Teil des Selbstverständnisses, das eine moderne europäische Gesellschaft einfach haben muss.

Alf Svensson (PPE), *schriftlich*. – (SE) Bei der gestrigen Abstimmung habe ich gegen den Bericht zur Gleichstellung von Frauen und Männern gestimmt. Dies geschah hauptsächlich aus dem Grund, dass meiner Ansicht nach viele Punkte des Berichts dem Subsidiaritätsprinzip widersprechen, wie beispielsweise in Bezug auf Quotenregelungen. Bei Erwägungsgrund X und Absatz 38, in denen es um den Zugang zu Abtreibung geht, habe ich mich der Stimme enthalten. Meiner Meinung nach würde die derzeitige Formulierung gegen das Subsidiaritätsprinzip verstoßen. Ich halte es für einen Grundsatz, dass wir auf EU-Ebene unsere Zeit nicht auf Angelegenheiten verwenden sollten, über die die einzelnen Mitgliedstaaten rechtmäßig auf nationaler Ebene entscheiden dürfen. Natürlich befürworte ich den schwedischen Standpunkt zu diesem Thema – nämlich, dass die Entscheidung über Abtreibung letztendlich bei der betroffenen Frau liegt und nicht in den Zuständigkeitsbereich der Gesetzgeber fällt.

Nuno Teixeira (PPE), *schriftlich*. – (PT) Die Europäische Union erlebt derzeit eine massive Wirtschafts-, Finanz- und soziale Krise, die drastische Auswirkungen auf das berufliche und private Leben von Frauen hat. Die Aufteilung des Arbeitsmarktes nach Berufen, das Lohngefälle sowie Schwierigkeiten bei der Vereinbarung von Beruf und Privatleben behindern die uneingeschränkte Beteiligung von Frauen am Arbeitsmarkt. Trotz Verbesserungen am Arbeitsplatz und einer steigenden Anzahl von Frauen in verantwortungsvollen Positionen muss das Thema Gleichbehandlung noch mehr ins Bewusstsein rücken. Wir sollten diesen Bericht begrüßen, da er uns die Gelegenheit bietet, Richtlinien zur Beseitigung von Ungleichheiten zwischen Männern und Frauen auf dem Arbeitsmarkt neu zu definieren. Nur so kann die EU ihre Ziele für Wachstum, Beschäftigung und sozialen Zusammenhalt erreichen. Die Einbeziehung von Regelungen hinsichtlich der „sexuellen und reproduktiven Rechte“ ist in einem Bericht, der vor dem Hintergrund einer Wirtschaftskrise eingebracht wird und der sich hauptsächlich mit den Auswirkungen dieser Krise auf die Arbeitsbedingungen für Frauen und den Platz von Frauen in der Gesellschaft befasst, jedoch fehl am Platz. Aus den genannten Gründen und da die Änderungsvorschläge zu Absatz 38, die ich befürwortet und als grundlegend für die Umsetzbarkeit des Dokuments betrachtet habe, nicht angenommen wurden, habe ich gegen den Bericht zur Gleichstellung von Männern und Frauen in der Europäischen Union gestimmt.

Thomas Ulmer (PPE), *schriftlich*. – Ich habe den Bericht abgelehnt, weil ich mich aus meiner Grundüberzeugung heraus nicht dazu bekennen kann, das Recht auf Abtreibung und das Recht der reproduktiven Freiheit uneingeschränkt zu akzeptieren. Das Recht auf Leben ist für mich ein fundamentales Recht, das auf jeden Fall verteidigt und geachtet werden muss. Die anderen Anteile im Bericht sind durchaus in Ordnung und zeigen, dass Europa auf dem Weg zur Gleichstellung der Frauen ein Stück weitergekommen ist. Auch ist positiv zu vermerken, dass der Einsatz in der Familie deutlich stärker gewürdigt wird als früher.

Marina Yannakoudakis (ECR), *schriftlich*. – Die Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformisten (EKR) befürwortet die Gleichstellung von Männern und Frauen auf das Entschiedenste, insbesondere was das Prinzip des gleichen Entgelts und die Chancengleichheit am Arbeitsplatz anbelangt. Die EKR hat sich daher auch entschlossen, für die Absätze zu stimmen, in denen eine Gleichstellung in dieser Hinsicht gefordert wird. Nichtsdestotrotz hat die EKR-Fraktion jedoch aus zweierlei Gründen gegen diese Entschließung gestimmt. Erstens: Wir lehnen jegliche Gesetzgebung ab, bei der als gegeben vorausgesetzt wird, dass Gesundheit, Bildung und reproduktiven Rechte von Frauen nicht in den Zuständigkeitsbereich der Mitgliedstaaten, sondern der EU fallen. Zweitens: Während die EKR-Fraktion die Notwendigkeit von Mutterschafts- und Vaterschaftsregelungen vollständig befürwortet, haben wir uns entschieden, uns in Bezug auf derartige Verweise in diesem Bericht der Stimme zu enthalten, da wir jegliche auf EU-Ebene angeordnete Familienpolitik ablehnen; die Entscheidungsgewalt liegt in diesen Fragen allein bei den nationalen Regierungen.

Anna Záborská (PPE), *schriftlich*. – (FR) Ich habe gegen diese Entschließung gestimmt. Sie trennt Männer und Frauen mehr, als dass sie sie eint. An der Formulierung in Absatz 38 ist nichts Unschuldiges: Darin heißt es, dass „die Kontrolle über ihre sexuellen und reproduktiven Rechte stets bei den Frauen verbleiben muss, insbesondere mit Hilfe eines ungehinderten Zugangs zu Verhütung und Abtreibung“. Der Berichterstatter beharrt außerdem darauf, dass Frauen kostenfreien Zugang zu Abtreibungsberatungen haben müssten. Abtreibung fällt jedoch allein in den Zuständigkeitsbereich der Mitgliedstaaten. Da diese Entschließung keine rechtliche Verbindlichkeit besitzt, kann sie nicht als Druckmittel eingesetzt werden, um die Liberalisierung der Abtreibung zu erwirken. Außerdem fordert das Parlament die Bekämpfung von Rollenklischees, insbesondere in Bezug auf Arbeit, die von Männern und Frauen in der Familie verrichtet wird. Die Entschließung betont die Bedeutung von Aufnahmestrukturen für Kinder im Vorschulalter, von Strukturen für die Betreuung von Kindern, älteren Menschen und anderen betreuungsbedürftigen Personen. Damit beabsichtigt das Parlament die Zerstörung der natürlichen Familie als Ort der Sozialisierung und Solidarität zwischen den Generationen. Diese Entschließung bietet weder Frauen, noch Männern, noch der Union irgendeinen zusätzlichen Nutzen. Das ist wirklich schade, denn Respekt für Menschen, die anders sind, sowie die Förderung der Chancengleichheit für Männer und Frauen sind eine echte gesellschaftliche Herausforderung.

Artur Zasada (PPE), *schriftlich*. – (FR) Ich habe gegen die Entschließung gestimmt. Der Berichterstatter, Herr Tarabella, hat die nationalen Umstände nicht berücksichtigt. Die Moral ist Teil der Weltanschauung, die in der Gerichtsverfassung eines Landes verankert ist. Der Versuch, die Möglichkeit eines unbeschränkten Zugangs zu Abtreibung in die polnische Gesetzgebung zu integrieren, ist unnatürlich und wird sicherlich auf Ablehnung stoßen. Im Einklang mit meinem eigenen Gewissen und unter Berücksichtigung der gesetzlichen Bestimmungen, die in Polen in Kraft sind, habe ich gegen die Entschließung gestimmt. Damit habe ich ein klares Zeichen dafür gesetzt, dass gemäß dem Subsidiaritätsprinzip in solch sensiblen Belangen allein jedes einzelne der 27 Mitgliedstaaten als Gesetzgeber agieren darf.

Entschließungsantrag B7-0069/2010

Luís Paulo Alves (S&D), *schriftlich*. – (PT) Insgesamt habe ich für den Entschließungsantrag zu den strategischen Zielen der EU für die 15. Tagung der Konferenz der Vertragsparteien des Übereinkommens über den internationalen Handel mit gefährdeten Arten freilebender Tiere und Pflanzen (CITES) gestimmt. Entsprechend den aktuellen Empfehlungen des Ad-hoc-Ausschusses der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation (FAO) der Vereinten Nationen, der die Bekanntgabe der Aufnahme des Roten Thun in CITES-Anhang I unterstützte, befürwortete ich auch die Änderungsanträge zur Aufnahme des Roten Thun in CITES-Anhang II. Infolge dieser Empfehlungen beschloss die Generalversammlung der Internationalen Kommission für die Erhaltung der Thunfischbestände im Atlantik (ICCAT) eine beträchtliche Senkung des Fangs von Rotem Thun um 13 500 Tonnen, und die Europäische Kommission äußerte erneut Besorgnis angesichts der Verringerung des Thunfischbestands und verpflichtete sich zur Durchführung verlässlicher wissenschaftlicher Studien.

Ich bin mir der Tatsache bewusst, dass der Verlust an biologischer Vielfalt weltweit ein ernstes Problem darstellt und ich bin der Meinung, dass andere Tiere zum Gegenstand anderer Vorschläge zur Arterhaltung

gemacht werden sollten. Diese Konferenz ist meiner Meinung nach grundlegend für das Überleben und die Zukunftsfähigkeit vieler Tierarten. Letztlich glaube ich, dass ein vollständiges Verbot des internationalen Thunfischhandels – durch Aufnahme in Anhang I – verfrüht wäre, da dadurch in dieser Branche eine Krise ausgelöst würde, ohne dass konkrete Fakten vorlägen.

John Attard-Montalto (S&D), schriftlich. – Im Rahmen der EntschlieÙung zu den strategischen Zielen für die Konferenz der Vertragsparteien des Übereinkommens über den internationalen Handel mit gefährdeten Arten freilebender Tiere und Pflanzen (CITES) habe ich gegen die Abschaffung des Fangs von Rotem Thun gestimmt. Der Grund dafür ist, dass dadurch die Lebensgrundlage maltesischer Fischer sehr negativ beeinträchtigt würde. Aufgrund der traditionellen Vorgehensweise beim Fischfang ist es der überwiegenden Mehrzahl der Fischer auf Malta nicht möglich, auf andere Arten und Fanggründe auszuweichen. Zudem bin ich der Überzeugung, dass die Kriterien für eine Aufnahme in das CITES im Fall von Rotem Thun nicht erfüllt sind.

Liam Aylward (ALDE), schriftlich. – (IE) Ich habe für den Bericht zum CITES-Übereinkommen gestimmt. Tier- und Pflanzenarten sterben derzeit tausendmal so schnell aus als eigentlich natürlich wäre. Menschliches Handeln trägt zu dieser Rate des Aussterbens bei und gefährdet die biologische Vielfalt. CITES ist ein zentrales Instrument bei den internationalen Bemühungen zur Bekämpfung der größten Gefahren für die biologische Vielfalt, zur Bekämpfung des illegalen Handels und zum Erlass einer geeigneten Verordnung im Hinblick auf den Handel mit freilebenden Tieren und Pflanzen.

Ich unterstütze diejenigen, die dafür eintreten, dass völkerrechtliche Aufsichtsinstanzen bei der Unterbindung von Straftaten im Zusammenhang mit freilebenden Arten stärker eingebunden werden und sich mit den möglichen Gefahren des elektronischen Handels befassen sollten. Daher befürworte ich auch die Empfehlungen, wonach die für die Bekämpfung von Umweltkriminalität zuständigen Einheiten besser ausgestattet werden sollten.

Ich möchte auf die Wirkung von CITES-Maßnahmen auf die Erwerbstätigkeit armer ländlicher Gemeinschaften und derjenigen, die zur Sicherung ihres Lebensunterhalts auf den Handel mit bestimmten Arten angewiesen sind, aufmerksam machen. Wir müssen die betreffenden Länder weiterhin bei der Anwendung der CITES-Liste unterstützen, sodass wir mit denjenigen zusammenarbeiten können, die auf die freilebenden Tiere und Pflanzen in ihrer Region angewiesen sind.

Christine De Veyrac (PPE), schriftlich. – (FR) Das Europäische Parlament fordert ein vollständiges Verbot für den Vertrieb von Rotem Thun auf internationaler Ebene. Als gewählte Vertreterin für das Becken von Sète habe ich nicht für diese Maßnahme gestimmt: Bis heute herrscht hinsichtlich eines solchen Verbots keine Einigung, weder unter Wissenschaftlern, noch, wie ich hinzufügen möchte, unter Umweltverbänden. Falls ein solch radikales Verbot jedoch im März bei der internationalen Konferenz in Doha tatsächlich beschlossen werden sollte, würde ich die Europäische Kommission ersuchen, die finanzielle Entschädigung, die die Mitgliedstaaten den Fischern dann möglicherweise zahlen müssten, nicht zu blockieren. Fischer haben in den vergangenen Jahren beträchtliche Anstrengungen auf sich genommen: Sie haben sich an zunehmend beschränkende Quotenregelungen gehalten, ihre Flotten modernisiert usw. Es wäre unangebracht, sie künftig dazu zu zwingen, ihren Beruf zu wechseln, ohne ihnen eine angemessene finanzielle Unterstützung zu gewähren.

Edite Estrela (S&D), schriftlich. – (PT) Ich habe für die EntschlieÙung mit dem Titel „Kernziele für die Konferenz der Vertragsparteien des CITES“ gestimmt, da der Schutz der biologischen Vielfalt im Rahmen der nächsten Konferenz der Vertragsparteien des Übereinkommens über den internationalen Handel mit gefährdeten Arten freilebender Tiere und Pflanzen verstärkt werden muss. Die biologische Vielfalt ist für das Wohl und das Überleben der Menschheit unverzichtbar. Wir müssen ambitioniert sein und den Schutz aller Arten fordern, die vom Aussterben bedroht sind.

Diogo Feio (PPE), schriftlich. – (PT) Das Übereinkommen über den internationalen Handel mit gefährdeten Arten freilebender Tiere und Pflanzen (CITES) ist das derzeit wichtigste globale Abkommen zum Schutz freilebender Arten. Es hat die Vermeidung der übermäßigen Ausbeutung dieser Arten für den internationalen Handel zum Ziel. Daher ist es von größter Wichtigkeit, dass die Europäische Union sich bei der 15. Konferenz der Vertragsparteien im März konstruktiv einbringt.

Ich halte den Schutz bedrohter Arten zur Bewahrung der biologischen Vielfalt und des ökologischen Gleichgewichts für sehr wichtig, und ich stimme zu, dass eine nachhaltige Entwicklung den vernünftigen Umgang mit natürlichen Ressourcen voraussetzt, ohne dabei entwicklungsfördernde Aktivitäten zu behindern.

Zu einem Zeitpunkt, da Änderungen an den Anhängen des CITES diskutiert werden, halte ich es daher außerdem für wichtig zu gewährleisten, dass bedrohte freilebende Arten ausreichend geschützt werden, ohne dass dabei Aktivitäten zur Sicherung der wirtschaftlichen und sozialen Überlebensfähigkeit vieler Gemeinschaften gefährdet werden oder in Vergessenheit geraten.

João Ferreira (GUE/NGL), schriftlich. – (PT) Das Übereinkommen über den internationalen Handel mit gefährdeten Arten freilebender Tiere und Pflanzen (CITES) hat sich als wichtiges Instrument für die Erhaltung bedrohter Pflanzen- und Tierarten erwiesen, insbesondere derjenigen Arten, die für den Handel von Interesse sind und deren Bestände daher geschützt werden müssen. Wir sind der Auffassung, dass Entscheidungen zu Änderungen dieses Übereinkommens, einschließlich der Anhänge, wichtig sind, da sie uns ermöglichen, erwiesene Veränderungen im Erhaltungszustand von Arten zu berücksichtigen und ihnen Rechnung zu tragen. Diesen Entscheidungen müssen stützende Daten und fundierte wissenschaftliche Meinungen zugrunde liegen. In Anbetracht der vorliegenden Daten sind wir nicht der Meinung, dass der Vorschlag, Roten Thun (*Thunnus thynnus*) in den CITES-Anhang I aufzunehmen, gerechtfertigt ist. Wir sollten uns die letzte Zusammenkunft der Internationalen Kommission für die Erhaltung der Thunfischbestände im Atlantik (ICCAT) im November 2009 ins Gedächtnis rufen, als Sachverständige die Meinung äußerten, die Art werde zwar überfischt, dies könne jedoch nicht zum Anlass für ein vollständiges Fangverbot genommen werden. Die Empfehlungen gingen in Richtung einer deutlichen Reduzierung der Fänge, die auf eine Menge zwischen 8 000 und 15 000 Tonnen mit einer festen Obergrenze von 13 500 Tonnen begrenzt wurden. Unter diesen Umständen halten wir es für sinnvoll, die Einschätzungen und Empfehlungen von Sachverständigen abzuwarten und die Entwicklung der Lage 2010 genau zu verfolgen.

Françoise Grossetête (PPE), schriftlich. – (FR) Ich habe für diese Entschließung gestimmt. Eines der darin vorgebrachten Ziele ist die Erhaltung von Rotem Thun, einem wichtigen Bestandteil des Gleichgewichts der biologischen Vielfalt der Meeresumwelt.

Das Verbot des internationalen Handels mit Rotem Thun wird es uns ermöglichen, unsere Bestände an Rotem Thun, die von Überfischung bedroht sind, zu erhalten.

Nichtsdestotrotz wird Europa auch die Maßnahmen von Drittländern kontrollieren müssen, denn wie sollen wir unseren Fischern in Europa erklären, dass japanische, libysche oder tunesische Trawlerfischer unsere Bestände an Rotem Thun ganz legal plündern?

Wir müssen uns außerdem um Verhandlungen zur Gründung einer ausschließlichen Wirtschaftszone bemühen, in der die handwerkliche Fischerei weiterhin möglich ist, da die Ressourcen dadurch nicht gefährdet werden.

Sylvie Guillaume (S&D), schriftlich. – (FR) Ich habe für ein Verbot des Handels mit Rotem Thun und, als logische Konsequenz, für eine Entschädigung für die Thunfischindustrie gestimmt. Letztere Forderung ist Teil eines Änderungsantrags, den ich mitunterzeichnet habe und der teilweise angenommen wurde. Folglich sollte Roter Thun vorbehaltlich einer generellen Ausnahmeregelung für den Binnenhandel und einer strengeren Überwachung der illegalen Fischerei in Anhang I des Übereinkommens über den internationalen Handel mit gefährdeten Arten freilebender Tiere und Pflanzen (CITES) aufgenommen werden. So kann gewährleistet werden, dass die kleine Küstenfischerei weiterhin bestehen kann. Wir sollten uns nicht nur mit dieser bedrohten Tierart befassen, deren Bestände in den letzten zehn Jahren um 60 % geschrumpft sind, sondern auch Vorkehrungen für angemessene Unterstützungsleistungen für Fischer und Reeder treffen, die von dieser Maßnahme betroffen sein werden. Das ist unumgänglich.

Danuta Jazłowiecka (PPE), schriftlich. – Ich habe für die Aufnahme von Rotem Thun in CITES-Anhang I gestimmt, da eine Mehrzahl der Mitglieder des Ad-hoc-Sachverständigenausschusses der FAO der Meinung war, die vorliegenden Erkenntnisse stützten eine solche Aufnahme. Diese Tierart hat einen beträchtlichen Rückgang erlitten und ist massiv überfischt sowie von übermäßiger Ausbeutung für den internationalen Handel bedroht. Daher erfüllt sie die Kriterien für eine Aufnahme in CITES-Anhang I.

Oriol Junqueras Vies (Verts/ALE), schriftlich. – (ES) Die derzeitige Situation des Roten Thun ist untragbar und sein Überleben kann nur mittels Quotensenkungen gesichert werden; im Übrigen lagen diese Quoten schon immer über den Grenzwerten, die von der Wissenschaftsgemeinschaft empfohlen werden. Die Aufnahme des Roten Thun in Anhang I des Übereinkommens über den internationalen Handel mit gefährdeten Arten freilebender Tiere und Pflanzen (CITES) und das nachfolgende Verbot des internationalen Handels mit dieser Art ist die beste Lösung, um zu gewährleisten, dass sich diese Art wieder erholt. Gleichwohl sollte darauf hingewiesen werden, dass sich einige Sektoren der Fischwirtschaft verantwortungsvoll verhalten, Quoten beachten und sich an alle Anforderungen angepasst haben, die in den vergangenen Jahren aufgestellt

wurden. Aus diesem Grund habe ich dafür gestimmt, die Aufnahme des Roten Thun in CITES-Anhang I an die folgenden Bedingungen zu knüpfen, die schließlich auch angenommen wurden: Änderung von Verordnung (EG) Nr. 338/97 des Rates in Form des Zusatzes einer allgemeinen Ausnahme zugunsten des Inlandshandels; finanzielle Maßnahmen der EU zugunsten der betroffenen Reeder; Verschärfung der Kontrollen und Sanktionen zur Bekämpfung der illegalen, unregulierten Fischerei. Zudem habe ich für den Aufschub der Aufnahme des Roten Thun in Anhang I um 18 Monate, auf Basis eines unabhängigen wissenschaftlichen Berichts, gestimmt. Dieser Vorschlag wurde nicht angenommen.

Erminia Mazzoni (PPE), *schriftlich*. – (IT) Heute, am 10. Februar 2010, wurde das Europäische Parlament ersucht, seine Haltung gegenüber den strategischen Zielen der EU für die 15. Tagung der Konferenz der Vertragsparteien des Übereinkommens über den internationalen Handel mit gefährdeten Arten freilebender Tiere und Pflanzen (CITES) darzulegen, die vom 13. bis 25. März 2010 in Doha (Katar) stattfinden wird. Obgleich das Parlament lediglich eine beratende Funktion innehat, hielt ich es dennoch für wichtig, den Änderungsantrag zur Verhinderung der Aufnahme der Roten Korallen in Anhang II des Übereinkommens zu unterzeichnen und für ihn zu stimmen, da eine Aufnahme eine deutliche Verringerung der Fischerei und des Handels mit Roten Korallen zur Folge hätte, da diese dann als bedrohte Art gelten würden. Die Aufnahme der Roten Korallen (*Corallium spp.*) in Anhang II erscheint in der Tat übervorsichtig und nicht ausreichend durch wissenschaftliche Daten abgesichert. Zudem haben mich die möglichen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Auswirkungen auf die italienische Wirtschaft und insbesondere auf manche Regionen in Süditalien sehr besorgt gestimmt und zu der Entscheidung bewogen, für diesen Änderungsantrag zu stimmen. Ich hielt es in der Tat für angebrachter, unseren Unternehmen in diesem Sektor mehr Zeit für die Umstrukturierung ihrer Produktion einzuräumen, damit sie auf dem Markt wettbewerbsfähig bleiben können.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *schriftlich*. – (FR) Aufgrund des Unvermögens, die Überfischung von Rotem Thun zu kontrollieren, ist diese Ressource nun vom Aussterben bedroht. Ein Verbot des Vertriebs dieser Tierart scheint nun unumgänglich. Es soll zum Schutz dieser Art dienen. Viele Fischer, insbesondere französische, die sich des Problems durchaus bewusst sind, haben jahrelang alles in ihrer Macht stehende getan, um ihre Boote den Bestimmungen entsprechend auszurüsten und sich an die Fangquoten zu halten, durch die das Überleben des Roten Thuns sichergestellt werden sollte. Ebendiese Fischer, die bereits stark unter der Krise leiden, sind die Hauptleidtragenden einer solchen Maßnahme, die durch illegalen Fischfang und heimliche industrielle Netzwerke notwendig wurde. Die Bemühungen dieser Fischer dürfen nicht allein auf ihren Schultern lasten.

Wir können nicht von ihnen verlangen, sich zum Wohle des Planeten zu opfern, während die Machthaber, die in Kopenhagen zusammentrafen, diesem Thema ausgewichen sind. Der UN-Grundsatz der gemeinsamen Verantwortung für Umweltprobleme muss daher Anwendung finden, und für ihre Anstrengungen müssen die Fischer durch einen Beitrag seitens der Europäischen Union entschädigt werden. Darüber hinaus würde die Gründung einer ausschließlichen Wirtschaftszone im Mittelmeer durch Frankreich die Bereitstellung eines Schutzgebiets für Ressourcen ermöglichen, sodass die handwerkliche Fischerei, die ökologische Gleichgewichte respektiert, weiter fortbestehen könnte.

Nuno Melo (PPE), *schriftlich*. – (PT) Die EU muss bei der 15. Tagung der Konferenz der Vertragsparteien des Übereinkommens über den internationalen Handel mit gefährdeten Arten freilebender Tiere und Pflanzen (CITES) klar definierte Ziele für vom Aussterben bedrohte und schutzbedürftige Arten vorlegen. Das CITES ist von entscheidender Bedeutung für den Schutz freilebender Arten und hat die Vermeidung der übermäßigen Ausbeutung wildlebender Tier- und Pflanzenarten für den Außenhandel zum Ziel.

Willy Meyer (GUE/NGL), *schriftlich*. – (ES) Ich habe mich bei der Abstimmung zu Entschließung B7-0069/2010 bezüglich der strategischen Zielen der EU für die 15. Tagung der Konferenz der Vertragsparteien des Übereinkommens über den internationalen Handel mit gefährdeten Arten freilebender Tiere und Pflanzen (CITES) der Stimme enthalten, da ich der Meinung bin, Roter Thun sollte nicht in CITES-Anhang I aufgenommen werden. Dadurch würde das Ende für die traditionellen, nachhaltigen Fischfangtechniken eingeläutet, wo doch in Wirklichkeit die industriellen Ringwadenfänger für die Erschöpfung der Bestände verantwortlich sind. Ich rufe dazu auf zu berücksichtigen, inwiefern jede Fischfangmethode zu der alarmierenden Situation des Blauen Thuns beigetragen hat, sowie zur Einführung einer neuen, gerechteren Quotenverteilung und strengerer Maßnahmen.

Traditionelle Fischfangmethoden sollten demnach gefördert werden; damit verdienen sich Tausende von Menschen ihren Lebensunterhalt und sie sind wesentlich selektiver. Wir müssen fair bleiben: Es besteht ein enorm großer Unterschied zwischen der industriellen Fischerei und traditionellen Fischfangtechniken. Ich möchte die Wichtigkeit des Schutzes von Rotem Thun unterstreichen, doch gleichzeitig müssen wir einen

Mittelweg finden, um den Fortbestand der Art zu sichern, ohne mediterrane Fischfangmethoden, wie beispielsweise die *Almadraba*-Methode, zu bestrafen.

Frédérique Ries (ALDE), *schriftlich*. – (FR) Das wichtigste Kriterium dieser Entschließung zum CITES-Übereinkommen, bei dem vom Aussterben bedrohte Arten im Mittelpunkt stehen, ist grundlegend: eine Einigung hinsichtlich des Verbots des internationalen Handels mit Rotem Thun auf europäischer Ebene erzielen. Wissenschaftliche Experten und Umweltsachverständige, die sich mit Fischern konfrontiert sehen, die diesem Verbot äußerst feindselig gegenüberstehen, schlagen Alarm. Nach dem jetzigen Stand und trotz der drastischen Maßnahmen, die in den letzten Jahren ergriffen wurden, könnte Roter Thun innerhalb von drei Jahren schlicht und einfach aussterben. Italien hat bereits eine Geste gezeigt, indem es einem Moratorium ab 2010 zugestimmt hat. Auch Frankreich hat sich dazu durchgerungen, jedoch wesentlich unklarer: dort spricht man von einer 18-monatigen Phase zur „Auswertung der Bestände“. Was Spanien und Malta anbelangt: Deren Schweigen zu diesem Thema ist tadelnswert. Es ist jedoch Eile geboten, und eine Aufstockung der Bestände kann nur mittels radikaler Maßnahmen erreicht werden. Dies ist zudem die einzige Möglichkeit, den Lebensunterhalt der Fischer mittel- und langfristig zu sichern.

Diese Entschließung geht nicht so weit, den Fang von Rotem Thun vollständig zu verbieten oder ihn von unseren Tellern verschwinden zu lassen. Die handwerkliche und die Sportfischerei sind weiterhin erlaubt. In Anbetracht der Tatsache, dass 80 % des Roten Thun, der im Mittelmeer gefangen wird, direkt nach Japan exportiert wird, sollte die Maßnahme eines Verbots des internationalen Handels ausreichen um die Art zu schützen.

Bart Staes (Verts/ALE), *schriftlich*. – (NL) Ich habe mit „Ja“ gestimmt, und das trotz der Tatsache, dass ich der Auffassung bin, dass der ursprüngliche Text vom Ausschuss für Umweltfragen, Volksgesundheit und Lebensmittelsicherheit besser war, insbesondere im Hinblick auf die Inhalte zum Roten Thun. Es ist jedoch wichtig, dass das Parlament dem Rat wie auch der Kommission deutlich vermittelt, dass wir die Aufnahme des Roten Thun in CITES-Anhang I befürworten. Ich hätte es vorgezogen, wenn die drei im Plenum ausgearbeiteten Bedingungen nicht mit aufgenommen worden wären, doch den Änderungsantrag für eine Unterstützung der betroffenen Fischereigemeinschaften habe ich durchaus befürwortet.

Wir unterstützen die Kommission und die Mitgliedstaaten außerdem in ihrem Vorhaben einer Höherstufung des Eisbären von CITES-Anhang II in Anhang I.

Eine sehr wichtige Übereinkunft seitens der Kommission und der Mitgliedstaaten bestand darin, dass sie den Versuchen von Tansania und Sambia, den Afrikanischen Elefanten von Anhang I in Anhang II des CITES im Hinblick auf den Handel herabzustufen, einen Riegel vorschoben. Das Parlament befürwortet außerdem die Ablehnung aller Vorschläge zur Herabstufung des Afrikanischen Elefanten, zumindest so lange, bis die Auswirkungen des einmaligen Verkaufs aus Botswana, Namibia, Südafrika und Simbabwe im November 2008 richtig abgeschätzt werden können, da es immer mehr Hinweise darauf gibt, dass der illegale und organisierte Handel mit Erzeugnissen dieser Tiere in ganz Afrika zunimmt.

Dominique Vlasto (PPE), *schriftlich*. – (FR) Die wissenschaftlichen Berichte bezüglich der derzeitigen Biomasse des Roten Thun sind alarmierend: Die Bestände wurden durch unkontrollierte Industriefischerei massiv ausgezehrt. Diese Industrie- und internationale Fischerei bedroht die traditionelle Küstenfischerei im Mittelmeer. Um eine ökologische Katastrophe zu vermeiden, die sich aufgrund einer Wirtschaftskrise im Fischereisektor doppelt so schlimm auswirken würde, muss dringend eine Richtlinie für ein internationales Verbot des industriellen Fangs von Rotem Thun verabschiedet werden. Meine Forderung geht dahin, zwei wichtige Punkte in Einklang zu bringen: wirksamer Schutz des Roten Thun zur Sicherung seines Überlebens und zum künftigen Inverkehrbringen sowie Unterstützung für die europäischen Küstenfischer, deren Lebensunterhalt teilweise von diesem Handel abhängt. Aus diesem Grund befürworte ich die Aufnahme des Roten Thun in Anhang I des CITES, um zu verhindern, dass er ausgebeutet wird und ausstirbt. Dies knüpfe ich jedoch an folgende Bedingungen: Es müssen regelmäßig wissenschaftliche Gutachten zur Bestimmung des genauen Stands der Biomasse dieser Art erstellt werden, die europäischen Akteure im Fischereisektor müssen wirtschaftliche und soziale Unterstützung erhalten und, was besonders wichtig ist, es muss eine Ausnahmeregelung für den Inlandshandel mit Rotem Thun getroffen werden, um die Kleinindustrie zu unterstützen und so zu verhindern, dass die handwerkliche Küstenfischerei, eine traditionelle Beschäftigung im Mittelmeerraum, vernichtet wird.

Anna Záborská (PPE), *schriftlich*. – (FR) Das Washingtoner Übereinkommen über den internationalen Handel mit gefährdeten Arten freilebender Tiere und Pflanzen, bekannt unter der Abkürzung CITES, ist ein internationales, zwischenstaatliches Abkommen. Alle Mitgliedstaaten haben dieses Abkommen unterzeichnet.

Ziel des Abkommens ist die Gewährleistung, dass der internationale Handel mit gefährdeten Arten freilebender Tiere und Pflanzen das Überleben der Spezies, zu der sie gehören, nicht gefährdet. Der internationale Handel mit gefährdeten Arten wird auf einen Wert von Milliarden von Dollar pro Jahr geschätzt und es sollen Hunderte Millionen von Pflanzen und Tieren davon betroffen sein. Bedauerlicherweise ist die EU einer der Hauptmärkte für den illegalen Handel mit Wildtierarten. Die Existenz eines Übereinkommens, das nachhaltigen Handel garantiert, ist von großer Bedeutung, wenn diese Quellen für zukünftige Generationen bewahrt werden sollen. Innerhalb der EU sind die nationalen Rechtsvorschriften von Mitgliedstaat zu Mitgliedstaat unterschiedlich. Zum besseren Schutz von Wildtierarten sollte die Koordination zwischen den von den Mitgliedstaaten unternommenen Bemühungen und denen europäischer Institutionen intensiviert werden, um zu gewährleisten, dass die EU-Gesetzgebung über den Handel mit Wildtierarten respektiert wird. Die Europäische Union muss sich auch anderen Parteien gegenüber für CITES einsetzen. Aus diesem Grund habe ich für diese Entschließung gestimmt.

Entschließungsantrag B7-0067/2010

Elena Băsescu (PPE), *schriftlich*. – (RO) Ich habe für die Annahme des Fortschrittsberichts 2009 über Kroatien gestimmt. Meiner Meinung nach ist es ein ausgewogener Bericht, in dem die von Kroatien gemachten Fortschritte zur Erfüllung der Beitrittskriterien zur Europäischen Union beschrieben werden. Nach einem mehr als neun Monate dauernden völligen Stillstand wurden die Beitrittsverhandlungen im Oktober 2009 wieder aufgenommen. Kroatien muss den Reformprozess und die Einführung der europäischen Rechtsvorschriften fortführen, damit die Verhandlungen bis zum Ende dieses Jahres erfolgreich beendet werden können. Der Bericht erwähnt ebenfalls einige Aspekte, die den Fortschritt von Kroatiens Eingliederung in die Europäische Union betreffen. Das Europäische Parlament bestärkt die kroatischen Behörden, diese Hindernisse zu überwinden, und ihre Anstrengungen, alle Grenzstreitigkeiten mit Nachbarländern zu lösen, zu intensivieren. Der vom Plenum des Europäischen Parlaments angenommene Bericht enthält ebenfalls einige von mir eingebrachten Änderungsanträge. Diese Änderungsanträge ermutigen Kroatien, seine Anstrengungen zur Förderung kultureller Vielfalt fortzusetzen. Zu meinen Änderungsanträgen gehörte ein Antrag, der die Entwicklung grenzüberschreitender Zusammenarbeitsprojekte Kroatiens unterstützt, um einen sozialen, ökonomischen und territorialen Zusammenhalt aufzubauen und den Lebensstandard der in den Grenzgebieten lebenden Menschen zu erhöhen.

Philip Claeys (NI), *schriftlich*. – (NL) Hat dieses Parlament wirklich nichts aus seinen vergangenen Fehlern gelernt? In den Berichten über Bulgarien und auch Rumänien wird wiederholt erwähnt, dass die Korruption allgegenwärtig und die Macht der Polizei und der Justiz vollkommen unzureichend sei. Trotz dessen wurde über den Beitritt dieser Länder weiter abgestimmt, und wir alle kennen die Konsequenzen. Eine EU-Mitgliedschaft und die damit verbundenen gewaltigen Finanzierungsquellen haben die bereits existierende Korruption weiter verwurzelt.

Von mir aus kann Kroatien der Beitritt gestattet werden, aber wirklich nur dann, wenn es bereit ist und die Korruption die Gesellschaft nicht mehr länger im Griff hat. Sobald Kroatien beigetreten ist – und, wie Sie gehört haben, glaube ich nicht, dass dies sehr bald sein wird – muss die Erweiterung gestoppt werden. Der Beitritt aller Staaten des westlichen Balkans, wie in diesem Bericht vorgestellt, ist meiner Meinung nach inakzeptabel.

Mário David (PPE), *schriftlich*. – (PT) Die Einführung der Demokratie ist ein langer Prozess, der von der Regierung und der Zivilgesellschaft ein starkes Engagement verlangt. Er ist ein steiniger Weg, der mit Schwierigkeiten behaftet ist – wir Portugiesen wissen das nur zu gut. Wird dieser Prozess mit dem Zusammenbruch eines Landes kombiniert, das, obwohl föderal, ziemlich zentralisiert war und von einem zusammengebrochenen diktatorischen Regime regiert wurde (und dieser Zusammenbruch zu einem entsetzlichen Krieg führte, den zukünftige Generationen nicht einfach vergessen werden) können wir in der Tat, so wie ich, ungeheuer froh sein, zugunsten dieser Entschließung zu stimmen, die uns gute Neuigkeiten über den von Kroatien geleisteten Fortschritt bringt. Ich weiß jedoch, dass noch viel getan werden muss, und mir ist bewusst, dass ohne ein freies und unabhängiges Justizsystem weder die Rechtsstaatlichkeit noch Menschenrechte garantiert werden können, da es keine ausländischen Investitionen oder Fortschritt gibt.

Das gilt für Kroatien und jedes andere potenzielle Kandidatenland. Außerdem begrüße ich, dass die Geschwindigkeit, mit der Kroatien sich der EU nähert, von Kroatien selbst bestimmt wird, da die Regeln der Mitgliedschaft transparent und bekannt sind. Ich weiß, dass Kroatien seinen Ansprüchen gerecht werden kann. Wir hoffen, dass die Verhandlungen innerhalb dieses Jahres abgeschlossen werden können. Kroatien kann auf unsere volle Unterstützung zählen.

Edite Estrela (S&D), *schriftlich*. – (PT) Ich habe zugunsten des Entschließungsantrags über den Fortschrittsbericht 2009 über Kroatien gestimmt, da ich glaube, dass Zagreb die vor sich liegenden Herausforderungen erfolgreich meistern und Verhandlungen über den Beitritt des Landes zur Europäischen Union 2010 abschließen wird. Dazu ist es unerlässlich, Reformen in verschiedenen Bereichen des gemeinschaftlichen Besitzstandes sowie die Zusammenarbeit mit dem internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien voranzutreiben.

Diogo Feio (PPE), *schriftlich*. – (PT) Kroatien hat in vielen verschiedenen Bereichen beachtliche Fortschritte erzielt, die dieses Land nicht nur als einen zuverlässigen Partner der Europäischen Union qualifizieren, sondern auch als ein starkes Kandidatenland. Trotz der menschlichen Tragödien und der materiellen Zerstörung, die das Land während des blutigen Konflikts, der aus der Implosion des ehemaligen Jugoslawien resultierte, heimsuchten, waren die Wiederaufbaumühnungen des Landes und das konsequente Bahnen eines Weges hin zu einer Annäherung an die EU bemerkenswert.

Obwohl es noch viel zu tun gibt, insbesondere in sektorbezogenen Bereichen, wird deutlich, dass Kroatien genug unternommen hat, um einen Platz an der Seite der Mitgliedstaaten zu verdienen, und ich hoffe, dass es der EU eher früher als später beitreten kann.

Ich hoffe, dass der mögliche Eintritt Kroatiens in die Europäische Union in den Balkanstaaten als ein Zeichen der Hoffnung betrachtet wird, und dass die anderen Länder in der Region, insbesondere Serbien, die nationalen und internationalen Vorteile und Gewinne, die mit einer Entscheidung für Europa verbunden sind, erkennt.

Außerdem hoffe ich auf eine schnelle Lösung der Grenzfragen mit Slowenien, da diese diesen Prozess behindern, und dass diese Lösung mit der größten Ernsthaftigkeit, Sorgfalt und in gutem Glauben erfolgen kann.

Livia Járóka (PPE), *schriftlich*. – Ich möchte Ihre Aufmerksamkeit auf einen selten hervorgehobenen Aspekt bei der Fortschrittsbeurteilung der fraglichen Länder lenken: die Lage der Roma. In Anerkennung der Wichtigkeit, die rechtlichen Rahmenbedingungen hinsichtlich der Nichtdiskriminierung bis 2004 festzulegen, ist es der EU gelungen, einige wirkliche Verbesserungen umzusetzen, indem sie die Beitrittsbedingungen für neue Mitgliedstaaten erschwert hat. Es freut mich zu sehen, dass die Fortschrittsberichte bezüglich der Erfolge dieser drei Länder eher kritisch ausfallen, und offenlegen, dass lediglich Kroatien einige geringfügige Verbesserungen bei der Unterstützung der sozialen Eingliederung der Roma erzielen konnte.

Kandidatenländer müssen vor dem jetzigen Zeitpunkt in das auf europäischer Ebene stattfindende Bestreben, Roma einzugliedern, miteinbezogen werden, da Beitrittsverhandlungen eine beispiellose Möglichkeit einräumen, eine bedeutende Veränderung in der Haltung der Regierungen einzuleiten, den Roma einen gleichwertigen Zugang zu Beschäftigung, Bildung, Unterkunft und Gesundheitsfürsorge zu gewähren, politische Mitwirkung zu fördern und der Roma-Bürgerbewegung mehr Macht zu geben. Alle europäischen Länder – derzeitige und künftige Mitglieder der Europäischen Union – müssen sich an einer konzertierten Aktion beteiligen, um die historische gesellschaftliche Ausgrenzung der größten ethnischen Minderheit des Kontinents zu überwinden, und sich zu einem Aktionsplan der Gemeinschaft zu verpflichten, der für die geeignete rechtliche Hebelwirkung sorgt, um die Teilnehmer zu zwingen, ihre eigenen Zusagen zu erfüllen.

Monica Luisa Macovei (PPE), *schriftlich*. – Ich habe zugunsten des Änderungsantrags 6 gestimmt, weil ich zustimme, dass die Regierung von Kroatien zusätzliche Bemühungen unternehmen muss, um Vorurteile abzubauen und Diskriminierung, aus welchen Gründen auch immer, zu bekämpfen, einschließlich aufgrund der sexuellen Orientierung (einer der Nichtdiskriminierungsgründe in Artikel 21 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union).

Meine Einstellung zur Frage der Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung, sowie in Bezug auf die Diskriminierung jeder Minderheit, steht sowohl im Einklang mit der EU-Gesetzgebung und anderen internationalen Menschenrechtsvorschriften und Ansichten vieler Menschen aus meinem Wahlkreis in Rumänien, als auch mit meinen Überzeugungen.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *schriftlich*. – (FR) Meine Nein-Stimme gegen diesen Fortschrittsbericht hat nichts mit einer Ablehnung Kroatiens zu tun. Das kroatische Volk hat es nicht verdient, in irgendeiner Form ausgegrenzt zu werden. Ich verurteile jedoch den euroliberalen Zwang, dem sowohl die Mitgliedstaaten der EU als auch die Kandidatenländer unterworfen sind. Der wirtschaftliche Aspekt der Kopenhagener Kriterien, die darin geforderte Liberalisierung des Marktes, gefährdet die sozialen Ansprüche der Kandidatenländer. Ich werde die Mitgliedschaft neuer Staaten nur unterstützen, wenn die EU dafür sorgt, dass die regionale Integration zum Vorteil aller Staatsbürger funktioniert, aus denen sie sich zusammensetzt,

und nicht zum Vorteil der Interessen des Großkapitals, von dem sie heute beherrscht wird, und diese mit einem Integrationssystem unterstützt, über das die Staatsbürger keine Kontrolle haben.

Nuno Melo (PPE), *schriftlich*. – (PT) Trotz des neunmonatigen Stillstands, der sich aufgrund des Grenzstreits mit Slowenien ereignete, hat Kroatien bedeutende Anstrengungen in Richtung einer EU-Mitgliedschaft unternommen. Bezüglich der politischen, wirtschaftlichen und regionalen Zusammenarbeitskriterien hat es eine beträchtliche Fähigkeit gezeigt, die erforderlichen und zuvor vereinbarten Bedingungen zu erfüllen. Obwohl auf dieser schwierigen Fahrt Richtung Erweiterung noch ein langer Weg vor uns liegt, begrüße ich den beim Beitritt Kroatiens erzielten Fortschritt sogar als Möglichkeit, die Balkanregion zu befrieden.

Andreas Mölzer (NI), *schriftlich*. – Kroatien ist zweifellos das Land unter den Beitrittskandidaten, welches bisher die größten Fortschritte erzielt hat. Es wäre daher fair, die Verhandlungen weiter zu intensivieren, damit diese möglicherweise noch dieses Jahr abgeschlossen werden können. Die Implementierung des gemeinschaftlichen Besitzstandes ist dafür natürlich unabdingbare Voraussetzung. Der Bericht unterstützt die Ambitionen Kroatiens, weshalb ich dafür gestimmt habe.

Franz Obermayr (NI), *schriftlich*. – (DE) Kroatien hat in vielerlei Hinsicht sowohl bezüglich seiner Innen- als auch seiner Außenpolitik weitgehende Fortschritte erzielt. Daher habe ich diesem Entschließungsantrag zugestimmt und ich unterstütze Kroatiens zügigen Beitritt in die EU.

Czesław Adam Siekierski (PPE), *schriftlich*. – (PL) Wir haben eine wichtige Entschließung angenommen, die den Stand der Beitrittsverhandlungen mit Kroatien evaluiert. Es ist wichtig, dass die Entschließung aufzeigt, welche Maßnahmen zur Beschleunigung von Beitrittsgesprächen unternommen werden sollten, sodass die technischen Details 2010 abgeschlossen werden können. Die Behörden in Kroatien sollten mehr Aufmerksamkeit darauf verwenden, die Gesellschaft besser über die Vorteile einer EU-Mitgliedschaft zu informieren. Das Funktionieren Kroatiens im Rahmen eines EU-Binnenmarkts wird zur Entwicklung eines Warenaustauschs, eines Zustroms von Investitionen und einem allgemeinem Wirtschaftswachstum führen.

Die Unterstützung bei der Modernisierung von Kroatiens Wirtschaft mit EU-Mitteln, der Aufbau seiner Infrastruktur und der Wiederaufbau seiner Landwirtschaft sind ebenfalls nicht ohne Bedeutung. An dieser Stelle lassen sich viele Beispiele der Leistungen aufführen, die die Länder, die in den letzten zwei Erweiterungen beigetreten sind, erhalten haben. Schon die Tatsache, zu einem vereinten Europa zu gehören, ist gewiss nicht unbedeutend. Verhandlungen in den Bereichen Fischerei, Umwelt und der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik sollten baldmöglichst freigegeben werden.

Ich erwarte, dass der Ratsvorsitz und die Kommission in diesem Bereich konkrete Maßnahmen ergreifen. Bisher haben wir dargelegt, dass eine nochmalige Erweiterung nur nach Annahme des Vertrags von Lissabon erfolgen kann. Der Vertrag ist jetzt in Kraft, und wir sollten zusammen mit den Vorbereitungen für eine Erweiterung der EU die andere Balkanstaaten einschließt, die Gespräche über Kroatiens Mitgliedschaft beschleunigen. Dies ist für eine Stabilisierung in der Region eine sehr wichtige Frage.

Thomas Ulmer (PPE), *schriftlich*. – Beim Bericht über Kroatien habe ich mich der Stimme enthalten, weil der Zeitdruck, der darin aufgebaut wird, Kroatien im ersten Halbjahr 2010 beitriffsreif zu machen, aus meiner Sicht nicht erforderlich ist. Es gibt keinen Grund zur Eile und keinen Zeitdruck, der dieses Vorgehen rechtfertigt.

Anna Záborská (PPE), *schriftlich*. – (FR) Die Entschließung über Kroatien ist eine politische Entschließung ohne rechtliche Verbindlichkeit. Ich habe zugunsten dieser Entschließung gestimmt, weil Kroatien in naher Zukunft ein Mitgliedstaat werden soll. Ohne den Balkankrieg wäre das Land 2004 beigetreten. Absatz 21 über die „LGBT minority“ (LGBT-Minderheit), der ebenso kontrovers wie nutzlos ist, wurde im Plenum vorgestellt. Ich habe gegen diesen Absatz gestimmt. Kroatien hat sowohl die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen als auch die Europäische Menschenrechtskonvention des Europarates unterzeichnet. Es besteht daher kein Grund zu vermuten, dass Kroatien eine Nation ist, die der „LGBT minority“ gegenüber feindlich eingestellt ist. Trotz allen symbolischen Drucks behält Kroatien in Bereichen, die in direktem Zusammenhang mit Nichtdiskriminierung stehen, eine vollständige nationale Zuständigkeit. Aus diesem Grund habe ich die kroatischen Familienorganisationen, mit denen ich kürzlich bei einem Besuch Kroatiens zusammengetroffen bin, ersucht, ihre ausgezeichnete Arbeit zugunsten des Gemeinwohls ihrer Nation und einer besseren Zukunft für alle in Europa fortzusetzen. Die Fähigkeit, Verpflichtungen, die sich aus dem Beitritt in die Union ergeben, zu übernehmen und eine Anpassung an den gemeinschaftlichen Besitzstand sollte nicht zu einer Verleugnung der traditionellen nationalen Kultur zukünftiger Mitgliedstaaten führen.

Entschließungsantrag B7-0065/2010

Elena Băsescu (PPE), schriftlich. – (RO) Ich habe zugunsten des Fortschrittsberichts 2009 über die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien gestimmt, weil ich glaube, dass es sich um einen wichtigen Bericht handelt, der sich positiv auf den Beitrittsprozess des Landes auswirken wird. Die Aussicht, der Europäischen Union beizutreten, ist der Hauptfaktor, wenn es darum geht, die Stabilität und die Fortsetzung des Reformprozesses in den westlichen Balkanstaaten, einschließlich der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien, zu garantieren. Der Bericht erwähnt den Fortschritt, den dieses Land bei der Einführung der Rechtsvorschriften macht, die für eine Eingliederung in die Europäische Union erforderlich sind. Ich glaube, dass die Behörden der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien der Umsetzung der angenommenen Normen in nächster Zeit besondere Aufmerksamkeit widmen müssen. Darüber hinaus müssen Anstrengungen dahingehend unternommen werden, die interethnischen Beziehungen und den Dialog mit Nachbarländern zu verbessern, sowie die Rechtsvorschriften in Einklang mit dem Umweltschutz zu bringen. Der heute angenommene Bericht enthält von mir eingebrachte Änderungsanträge. Diese empfehlen, die Fähigkeit zu verstärken, die von der Europäischen Union zur Verfügung gestellten Mittel für die Beitrittsvorbereitung zu verwalten und die Einführung der im Zuge des Beitrittsprozesses geforderten Reformen zu unterstützen.

Göran Färm, Anna Hedh, Olle Ludvigsson, Marita Ulvskog und Åsa Westlund (S&D), schriftlich. – (SV) Wir von den schwedischen Sozialdemokraten haben gegen den Änderungsantrag 4 als Teil eines größeren Kompromisses gestimmt. Wir betrachteten es als wichtiger, breite Zustimmung für die Unterstützung der Mitgliedschaft der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien zu demonstrieren, als noch einmal unsere Position zu unterstreichen, dass wir nicht der Meinung sind, dass Unstimmigkeiten zwischen diesem Land und seinen Nachbarländern die Chance des Landes auf einen EU-Beitritt beeinträchtigen sollten.

Diogo Feio (PPE), schriftlich. – (PT) Die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien ist ein gutes Beispiel für ein Mosaik von Interessen und Ethnien, nicht immer friedlich oder einer Meinung, das die Balkanregion charakterisiert.

Alle wichtigen politischen Akteure stimmen zu, dass eine Bewegung in Richtung Europäische Union die beste Lösung für das Land ist, aber seiner Mitgliedschaft stehen viele Hindernisse im Weg.

Einige dieser Hindernisse sind materieller Natur, während andere eher historisch oder politisch bedingt sind. Letzteres, wozu der aktuelle Name des neuen Landes zählt, hat Spannungen mit den Nachbarländern ausgelöst, insbesondere mit Griechenland. Daher ist zur Überwindung dieser Hindernisse ein ernsthafter und konsequenter Einsatz erforderlich.

Die Stabilisierung der Rechtsstaatlichkeit, ordentliche freie und faire Wahlen sowie die Bekräftigung der Demokratie in all ihren Belangen, einschließlich der Umsetzung des Prinzips der Subsidiarität und Dezentralisierung, sind Herausforderungen, die vor der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien liegen, wenn es an seinem Wunsch, zu versuchen, Mitglied der Europäischen Union zu werden, festhalten will. Ich hoffe aufrichtig, dass es daran festhalten wird.

Petru Constantin Luhan (PPE), schriftlich. – (RO) Ich glaube, dass die Regierung der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien 2009 bedeutende Fortschritte erzielt hat, wie dies auch in der Entschließung über den Fortschrittsbericht 2009 hervorgehoben wird. Durch meine Zustimmung zu diesem Bericht habe ich insbesondere die folgenden Aspekte begrüßt: das Programm zur Aufhebung der Visumpflicht („Visa Waiver“), die Teilnahme an zivilen und militärischen Missionen der EU, die Akkreditierung der nationalen Behörden für die IPA-Komponenten über regionale und ländliche Entwicklung sowie der Fortschritt, der in den Vorbereitungen zur Übernahme der Mittelverwaltung erzielt wurde, die als Teil des Instruments für Heranführungshilfe (IPA) zur Verfügung gestellt wurden. Ich hoffe, die Beitrittsverhandlungen werden in Kürze beginnen, und dass der Europäische Rat im Zuge des Gipfels im März bestätigen wird, dass er die Empfehlung der Kommission, Verhandlungen in die Wege zu leiten, akzeptiert. Bezüglich der Namensfrage stimme ich mit der Haltung des Berichterstatters überein, nämlich, dass Griechenland und die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien ihre Bemühungen auf höchster Ebene intensivieren müssen, um unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen eine beiderseitig akzeptable Lösung zu finden. Außerdem glaube ich, dass die Europäische Union im Zuge des Verhandlungsprozesses Unterstützung leisten muss.

Monica Luisa Macovei (PPE), schriftlich. – Ich habe zugunsten des Änderungsantrags 18 gestimmt, weil die Einführung von Nichtdiskriminierungsmaßnahmen bezüglich der sexuellen Orientierung eine Voraussetzung für einen EU-Beitritt ist, und weil ein vermehrter rechtlicher Schutz vor Diskriminierung eine Botschaft über den Wert aller Mitglieder der Gesellschaft ist, die die Regierung der ganzen Gesellschaft zukommen lässt.

Sexuelle Orientierung ist einer der Nichtdiskriminierungsgründe in Absatz 21 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union. Meine Einstellung zur Frage der Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung, sowie in Bezug auf die Diskriminierung jeder Minderheit, steht sowohl im Einklang mit der EU-Gesetzgebung und anderen internationalen Menschenrechtsvorschriften und Ansichten vieler Menschen aus meinem Wahlkreis in Rumänien, als auch mit meinen Überzeugungen.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), schriftlich. – (FR) Mit meiner Nein-Stimme zu diesem Fortschrittsbericht lehne ich nicht die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien ab. Das Volk der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien hat es nicht verdient, in irgendeiner Form ausgegrenzt zu werden. Ich verurteile jedoch den euroliberalen Zwang, dem sowohl die Mitgliedstaaten der EU als auch die Kandidatenländer unterworfen sind. Der wirtschaftliche Aspekt der Kopenhagener Kriterien, die darin geforderte Liberalisierung des Marktes, gefährdet die sozialen Ansprüche der Kandidatenländer. Ich werde die Mitgliedschaft neuer Staaten nur unterstützen, wenn die EU dafür sorgt, dass die regionale Integration zum Vorteil aller Staatsbürger funktioniert, aus denen sie sich zusammensetzt, und nicht zum Vorteil der Interessen des Großkapitals, von dem sie heute beherrscht wird, und diese mit einem Integrationssystem unterstützt, über das die Staatsbürger keine Kontrolle haben.

Nuno Melo (PPE), schriftlich. – (PT) Seit dem letzten Fortschrittsbericht hat die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien bedeutende Fortschritte gemacht. Es ist wichtig darauf hinzuweisen, dass eine voraussichtliche EU-Mitgliedschaft eine der treibenden Kräfte hinter Entwicklung und Reformen in den Ländern der Balkanregion war. Die von der EU auferlegten Kriterien für die Mitgliedschaft von Beitrittsländern und Angelegenheiten in Bezug auf politische, wirtschaftliche und regionale Zusammenarbeit müssen jetzt akzeptiert und erfüllt werden, wenn die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien in Kürze ein Mitglied der EU werden soll.

Andreas Mölzer (NI), schriftlich. – Die Beitrittsbestrebungen der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien sind aus meiner Sicht zu unterstützen, da das Land zweifellos zum europäisch-abendländischen Kulturkreis zählt und in der letzten Zeit zahlreiche Fortschritte in seiner Entwicklung erzielt hat. Der Bericht legt sehr gut dar, welche Schritte als nächstes zu ergreifen sind. Zweifellos müssen die Beziehungen zu den Nachbarländern weiter verbessert werden, im Besonderen aber muss alles darangesetzt werden, den Namensstreit mit Griechenland zu lösen. Da der Bericht sämtliche Aspekte in ausgewogener Art und Weise enthält, habe ich dafür gestimmt.

Franz Obermayr (NI), schriftlich. – (DE) Als Folge des offensichtlichen von Mazedonien erzielten Erfolgs habe ich zugunsten des Entschließungsantrag gestimmt.

Justas Vincas Paleckis (S&D), schriftlich. – (LT) In meiner vorherigen Amtszeit habe ich in der Delegation für Beziehungen mit Mazedonien (der ehemaligen jugoslawischen Republik) gearbeitet und dieses Land besucht. Daher bin ich begeistert von seinen Leistungen. 2009 war ein erfolgreiches Jahr für Mazedonien. Die EU hat die Visafreiheit mit diesem Staat eingeführt. Dies fördert insbesondere die Entwicklung von Kontakten von Mensch zu Mensch. Im letzten Jahr hat Mazedonien die Grenze zum Kosovo demarkiert und die Beziehungen mit Griechenland verbessert. In der Entschließung über Mazedoniens Fortschritt im Jahr 2009 auf dem Weg zur Umsetzung der Kriterien für die EU-Mitgliedschaft von Beitrittsländern haben wir die Aufmerksamkeit auf die Tatsache gelenkt, dass die Regierung des Landes den Angelegenheiten ethnischer Minderheiten größere Aufmerksamkeit widmen und eine größere Medientransparenz anstreben muss. Wir haben an die Gemeinschaftsorgane appelliert, bei der Lösung des Streits zwischen Skopje und Athen über den Namen des mazedonischen Staates behilflich zu sein.

Außerdem haben wir den EU-Ministerrat aufgefordert, den Beginn von Beitrittsgesprächen mit Mazedonien im März zu akzeptieren. Der von Mazedonien im Jahr 2009 erzielte Fortschritt war auch auf die magnetische Anziehungskraft der EU zurückzuführen. Es gibt keinen Zweifel, dass die Aussicht einer EU-Mitgliedschaft ein Anstoß für Mazedonien ist, sich zum Besseren zu verändern. Dieses Land setzt beachtliche Reformen um. Daher habe ich für die Entschließung gestimmt, die diese Reformen rühmt, während sie ferner einen Fahrplan für einen weiteren Fortschritt unterstreicht.

Alfredo Pallone (PPE), schriftlich. – (IT) Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren, ich unterstütze den Entschließungsantrag für den Fortschrittsbericht über die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien.

Ich stimme völlig mit den Ansatz der Entschließung überein, der konform mit der Empfehlung der Kommission ist und die Aufnahme von Verhandlungen mit der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien

unterstützt, in der Überzeugung, dass dies ein wesentlicher Schritt für die Entwicklung dieses Landes und die Stabilität einer für die Interessen der Europäischen Union wichtigen Region darstellt.

Entschließungsanträge B7-0067/2010, B7-0065/2010

Andrew Henry William Brons (NI), schriftlich. – Ich habe mich bei den Stimmabgaben über den Fortschrittsbericht für Kroatien und Mazedonien enthalten. Ich habe dies nicht getan, weil ich beide Länder als ungeeignet einschätze, ein Mitglied der Europäischen Union zu werden. Es wäre richtiger zu sagen, dass ich die EU als eine für beide Länder für einen Beitritt ungeeignete Organisation einschätzte. Die Mitgliedschaft in der Europäischen Union ist verbunden mit einer gravierenden Aufgabe der Souveränität und einer unerwünschten Einmischung ihrer Gesetze in das tägliche Leben. Es ist für die Rede-, Schreib- und sogar Gedankenfreiheit in zunehmenden Maße zerstörend. Beide Länder haben ihre Unabhängigkeit vom jugoslawischen Staatenbund erlangt und sie schicken sich jetzt an, ihre Souveränität an die Europäische Union abzutreten.

Entschließungsantrag B7-0068/2010

Elena Băsescu (PPE), schriftlich. – (RO) Ich habe zugunsten der Annahme des türkischen Fortschrittsberichts 2009 gestimmt. Obwohl die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei am 3. Oktober 2005 begannen, wurde bis jetzt wenig Fortschritt erzielt. Das Europäische Parlament hat das Gefühl, dass die Türkei die politischen Kopenhagener Kriterien noch immer nicht erfüllt. Zur Gewährleistung einer größeren Achtung der Menschenrechte und der Grundfreiheiten ist eine weitreichende Verfassungsreform erforderlich. Die Europäische Kommission hat festgestellt, dass die Türkei im Laufe des Jahres 2009 in Bezug auf politische Reformen, wenn auch in begrenztem Maße, Fortschritte erzielt hat. Bezüglich der Freiheit der Meinungsäußerung in Minderheitssprachen hat sich die Lage in der Türkei verbessert.

Ich glaube, dass die Europäische Union den Dialog mit der Türkei fortsetzen und diesem Land gegenüber Offenheit zeigen muss. Aus der Perspektive wirtschaftlicher und politischer Verbindungen als auch für die Sicherheit der Energieversorgung der Europäischen Union ist die Türkei außerordentlich wichtig für Europa. Mein Land möchte die Partnerschaft mit der Türkei sowohl als Teil der Schwarzmeersynergie als auch der Nachbarschaftsprogramme der Europäischen Union entwickeln.

Philip Claeys (NI), schriftlich. – (NL) Am Ende habe ich gegen diese Entschließung gestimmt, da wir, nach dem Änderungsantrag im Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten und im Plenum, bei einem Text gelandet sind, der von einer türkischen Mitgliedschaft in der Europäischen Union ausgeht. Vielleicht hätte man unterstreichen sollen, dass die Verhandlungen nicht unbefristet sind, was den Weg für realistischere Alternativen, wie eine bevorrechtigte Partnerschaft, ebnen würde. Letzten Endes ist es sonnenklar, dass die Türkei die Bedingungen für einen Beitritt in die EU nicht erfüllt, und dass dies auch in 10, 15 oder 20 Jahren noch immer der Fall sein wird.

Lara Comi (PPE), schriftlich. – (IT) Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren, ich habe beschlossen, mich der Schlussabstimmung über die Entschließung über den türkischen Fortschrittsbericht 2009 zu enthalten.

Obwohl der Text die Fähigkeit des Landes kritisiert, die Verantwortlichkeiten, die mit dem Beitritt in die Europäische Union verbunden sind, auf sich zu nehmen, drückt meine Enthaltung eine noch umsichtiger Haltung aus.

Die derzeitige Situation in der Türkei in Bezug auf Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und den Schutz der Menschenrechte und von Minderheiten ist noch immer sehr weit von europäischen Standards entfernt. Ich verweise insbesondere auf das türkische Wahlsystem, das Pluralismus nicht anerkennt, das Gesetz über das Verbot politischer Parteien, die Einmischung des Militärs in die Politik, die Kurdenfrage sowie die fortwährenden Beschränkungen bei den Minderheitenrechten, bei Religions- und Pressefreiheit. Dies sind für uns wesentliche Werte und Prinzipien, die den Grundstein des europäischen Integrationsprozesses darstellen.

Es stimmt, dass der Beitritt dieses Landes zur Europäischen Union zu bedeutenden wirtschaftlichen Vorteilen führen könnte, insbesondere für unsere Unternehmen, aber ich glaube, dass die Erfüllung der Kopenhagener Kriterien eine erste Vorbedingung ist, die die Union streng überwachen muss.

Mário David (PPE), schriftlich. – (PT) Es ist nur allzu verständlich, dass die politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Eliten der Türkei eine EU-Mitgliedschaft anstreben. Die Werte, Traditionen und Regeln, die unser

Verhalten bestimmen, sind jedoch allgemein bekannt, und wir können sie nicht ändern, sodass praktisch jeder beitreten kann. Es liegt am Kandidatenland, diese zu akzeptieren und letzten Endes zu versuchen, danach zu leben, nachdem es Mitglied geworden ist, aber nur dann. Während des langen Verhandlungsprozesses mit der EU hat das türkische Volk jedoch geglaubt, dass ihm die Missachtung seiner Sitten und Gebräuche – die, das muss gesagt werden, nicht einmal beobachtet werden – nur aufgezwungen wurden, damit die Mitgliedschaft in den Referenden, die sicherlich in den Mitgliedstaaten stattfinden werden, abgelehnt wird, auch wenn sich die Politiker am Ende einigen.

Dennoch ist die Türkei eine freundliche Nation mit einer sehr reichen Geschichte und Kultur. Sie ist unser NATO-Partner und verdient es als solcher behandelt zu werden. Angesichts dessen würde ich sogar in dieser späten Phase vorschlagen, ein Referendum in der Türkei abzuhalten, in dem das Volk gefragt wird, ob es unsere Prinzipien und Werte anerkennt und übernimmt, oder ob es jetzt Verhandlungen über den Beginn einer neuen und tiefer gehenden besonderen Partnerschaft mit der EU vorziehen würde.

Edite Estrela (S&D), *schriftlich*. – (PT) Ich habe zugunsten des Entschließungsantrags über den Fortschrittsberichts der Türkei 2009 gestimmt, weil es meiner Meinung nach sowohl im Interesse der EU als auch der Türkei ist, mit dem Beitrittsprozess fortzufahren. Ich glaube, die EU muss ihre Verpflichtungen gegenüber der Türkei einhalten. Die Türkei muss sich ihrerseits dem jetzt laufenden Reformprozess weiter widmen.

Diogo Feio (PPE), *schriftlich*. – (PT) Die Türkei ist noch weit davon entfernt, die Kriterien, die sie sich selbst auf dem Kopenhagener Gipfel gesetzt hat, zu erfüllen, und sie scheint sich diesen nicht nur weniger verpflichtet zu fühlen, sondern auch an deren Erfüllung weniger interessiert zu sein.

Insofern war 2009 ein schwieriges Jahr, in dem deutlich geworden ist, dass noch immer eine gewaltige Kluft existiert, die die Türkei in Fragen der Politik, des Rechts, der Menschenrechte, der Koalitions-, Rede- und Informationsfreiheit und vielen anderen Fragen von den Mitgliedstaaten der Europäischen Union trennt.

Ungeachtet dessen, wie die Beziehungen zwischen der EU und der Türkei zukünftig aussehen werden, hoffe ich, dass sie sich einander annähern und den Weg des Dialogs und der effektiven Zusammenarbeit folgen werden und dass die Türkei, zu ihren Gunsten, ihren eingeschlagenen Weg der Freiheit und Demokratie nach westlichem Vorbild fortsetzt.

José Manuel Fernandes (PPE), *schriftlich*. – (PT) Neben ihrer wirtschaftlichen, politischen und sozialen Bedeutung ist die EU-Mitgliedschaft der Türkei eine Herausforderung für beide Seiten. Außerdem besitzt sie als eine potenzielle Brücke zwischen Ost und West einen großen symbolischen Stellenwert. Auf der Weltbühne wird die Europäische Union als Inbegriff wirtschaftlicher Entwicklung betrachtet, eine multikulturelle Region, die den Respekt vor Minderheiten und gleiche Rechte für alle Menschen bestärkt, ungeachtet ihres Geschlechts, ihrer Rasse, Volkszugehörigkeit oder Religion. Dies sind unverzichtbare Werte des europäischen Integrationsprojekts und sie bieten dem türkischen Volk und der friedlichen Erweiterung seiner ethnischen und kulturellen Vielfalt eine Chance. Das Antragsverfahren für eine EU-Mitgliedschaft zieht sich jedoch ohne wirklichen Fortschritt dahin und unterstreicht die lange Reise des formellen Antrags auf EU-Mitgliedschaft im Jahr 1987, der 2005 zur Aufnahme von Verhandlungen geführt hat.

Unter Berücksichtigung der Effektivität dieses Verfahrens glaube ich daher, dass es von entscheidender Bedeutung ist, der Unterstützung eines Referendums in der Türkei Priorität einzuräumen. Ziel dieses Referendums ist es, der Öffentlichkeit zu ermöglichen, ihre Meinung über die Annahme einer EU-Vollmitgliedschaft und alle damit verbundenen Folgen für soziale und kulturelle Prinzipien und Werte deutlich zum Ausdruck zu bringen, oder ob es stattdessen eine tiefer gehende Partnerschaft mit der EU bevorzugen würde.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *schriftlich*. – (FR) Mit meiner Nein-Stimme gegen diesen Fortschrittsbericht lehne ich nicht die Türkei ab. Das türkische Volk hat es nicht verdient, in irgendeiner Form ausgegrenzt zu werden. Ich verurteile jedoch den euroliberalen Zwang, dem sowohl die Mitgliedstaaten der EU als auch die Kandidatenländer unterworfen sind. Der wirtschaftliche Aspekt der Kopenhagener Kriterien, die darin geforderte Liberalisierung des Marktes, gefährdet die sozialen Ansprüche der Kandidatenländer. Ich werde die Mitgliedschaft neuer Staaten nur unterstützen, wenn die EU dafür sorgt, dass die regionale Integration zum Vorteil aller Staatsbürger funktioniert, aus denen sie sich zusammensetzt, und nicht zum Vorteil der Interessen des Großkapitals, von dem sie heute beherrscht wird, und diese mit einem Integrationssystem unterstützt, über das die Staatsbürger keine Kontrolle haben.

Nuno Melo (PPE), schriftlich. – (PT) Ich habe Vorbehalte gegenüber der EU-Mitgliedschaft der Türkei. Die anhaltende Besetzung eines Teils von Zypern, die Weigerung, Häfen und Flughäfen in der Region zu öffnen, die Verletzung von Rechten politischer, religiöser und ethnischer Minderheiten, die Diskriminierung von Frauen, der Ausschluss politischer Parteien sowie der Widerruf von Gesetzen, die die Zuständigkeit von Militärgerichten einschränkt, sind nur einige Beispiele, die meine Vorbehalte beweisen. Es gibt andere grundlegende Punkte. Der Großteil der Türkei gehört geografisch nicht zu Europa. Die Türkei hat eine islamische Identität, die sich von der jüdisch-christlichen Identität der meisten EU-Länder erheblich unterscheidet. In strategischer Hinsicht wäre es problematisch, wenn die Grenzen der EU an die irakische Kurdistanregion stießen. Der Laizismus des Landes wird nur durch Militärgewalt aufrechterhalten. Schließlich würde die Freizügigkeit des Personenverkehrs aus einem Land, das zu dem bevölkerungsreichsten der EU werden würde, große Ungleichgewichte auf dem Arbeitsmarkt erzeugen. Keiner dieser Gründe schließt die Anerkennung der von der Türkei in den letzten Jahren gemachten Anstrengungen aus, bestimmte, von der EU geforderte Kriterien zu erfüllen und sie erkennen die Rolle, die dieses Land innerhalb der NATO spielt, an. Es wäre vielleicht bei weitem besser, der Türkei einen privilegierten und bevorzugten Partnerschaftsstatus mit der EU zu garantieren als falsche Erwartungen und Hoffnungen auf eine Mitgliedschaft zu schüren, die eine Anpassung aufgrund der Tatsachen und Umstände schwierig machen.

Willy Meyer (GUE/NGL), schriftlich. – (ES) Ich habe mich bei der Stimmabgabe zur Entschließung B7-0068/2010 bezüglich des Fortschrittsberichts der Türkei 2009 enthalten, weil ich glaube, dass die Türkei bei den Verhandlungen zwischen dem Präsidenten der Republik Zypern und dem Vertreter der türkisch-zypriotischen Gemeinschaft eine sehr negative Rolle gespielt hat. Die Türkei hält sich nicht an die Entschließungen der Vereinten Nationen und verletzt internationales Recht: im Norden Zyperns sind noch immer 40 000 türkische Soldaten stationiert, die Stadt Famagusta ist nach wie vor abgeriegelt und von Truppen besetzt und die Türkei schickt noch immer Siedler in den Norden der Insel.

Meines Erachtens sollte die Europäische Union die Verhandlungen überwachen und der Türkei eine unmissverständliche Botschaft zukommen lassen: Wenn das Land an seiner derzeitigen Position festhält, wird es der EU nie beitreten können, da es die Besetzung des zypriotischen Staatsgebiets, einem Mitgliedstaat der Europäischen Union, fortsetzt. Daher sind der komplette Rückzug türkischer Truppen aus der Republik Zypern und die Rückgabe von Famagusta *sine qua non* Voraussetzungen für den EU-Beitritt der Türkei.

Czesław Adam Siekierski (PPE), schriftlich. – (PL) Die Türkei hat bei ihren Bemühungen, die Kopenhagener Kriterien zu erfüllen, viel erreicht. Hinsichtlich der Erfüllung der Normen einer Marktwirtschaft wurden bedeutende Fortschritte erzielt. Die Umsetzung von Änderungen in den Bereichen politisches Leben, Demokratie oder Menschenrechte waren jedoch nicht so erfolgreich, obwohl bei der Schaffung von Gesetzen bedeutende Fortschritte erzielt wurden. Aber auch hierfür muss man Verständnis aufbringen, da dies einen Wandel im sozialen Bewusstsein erfordert, was nur langsam geschieht. Europäische Standards in den Bereichen Menschenrechte, Rechte von Frauen, Behandlung von Inhaftierten sowie nationalen und religiösen Minderheiten müssen jedoch erfüllt werden.

Einige Gegner der türkischen Eingliederung werden von Gründen geleitet, die mit den inhaltlichen Fragen nichts zu tun haben, und andere von Ängsten, dass die Türkei ein großes Land ist, das großen Einfluss auf EU-Entscheidungen ausüben kann, da, gemäß dem Lissabon-Vertrag, das Stimmrecht jedes Mitgliedstaats von seiner Bevölkerungsgröße abhängt. Die Mitgliedschaft der Türkei wird für den EU-Haushaltsplan sicherlich eine enorme Belastung sein, aber wir sollten nicht vergessen, dass das Land ein großer, für die Union wichtiger Markt ist. Die Türkei ist ein bedeutender NATO-Partner und ein wichtiger Partner der USA und vieler EU-Mitgliedstaaten. Auf dem Gebiet könnten auch Strecken für den Transfer von Energiequellen nach Europa entstehen.

Erinnern wir uns schließlich daran, dass die Türkei eine Brücke sowohl für den interreligiösen Dialog als auch für den kulturellen und sogar makroregionalen Dialog werden könnte. Die Anwesenheit der Türkei in der Union könnte zu einer Stabilisierung dieser großen und wichtigen Region der Welt beitragen. Die Türkei muss verstehen, dass sie ihre Vergangenheit nicht ändern kann. Fehler müssen zugegeben werden. Dann ist das Leben einfacher und es lassen sich gute Beziehungen zu den Nachbarn aufbauen.

Renate Sommer (PPE), schriftlich. – Das Europäische Parlament hat, anders als Kommission und Rat, eine klare Sprache gefunden, die die vielen Probleme in und mit der Türkei deutlich benennt. Das Verbot der prokurdischen DT-Partei ist ein Angriff auf die sowieso noch in den Kinderschuhen steckende Demokratie und speziell auf die kurdische Minderheit, die immerhin 20 % der Bevölkerung ausmacht. Die Tatsache, dass es sich dabei um das 27. Parteienverbot innerhalb von zehn Jahren handelt, verdeutlicht das türkische Demokratieverständnis. Die innere Zerrissenheit des Landes zeigt sich wieder einmal durch die Rücknahme

des Gesetzes zur Beschneidung der Rechte von Militärgerichten: Kaum plant die türkische Regierung ein kleines Entgegenkommen gegenüber der EU, wird sie von der nationalistisch geprägten Opposition bloßgestellt.

Fast überall herrschen Stillstand und Rückschritt: Mit Repressalien gegen unliebsame Journalisten und Medien versucht die türkische Regierung, Kritik im Keim zu ersticken. Bei der Religionsfreiheit wird mit zweierlei Maß gemessen: Der Premierminister will das Kopftuchverbot und die Altersbeschränkung für Koranschulen aufheben, während er gleichzeitig religiöse Minderheiten anhaltend diskriminiert und drangsaliert. Das sind erschreckende Entwicklungen! Es passt in diesen Kontext, dass der türkische Chefunterhändler Bagis unsere Entschließung und damit unsere demokratischen Entscheidungsstrukturen nicht ernst nimmt. Die Türkei zeigt mehr als deutlich, dass sie noch Generationen von der EU entfernt ist! <BRK>

Ernst Strasser (PPE), *schriftlich*. – Notwendig für jegliche Fortführung der Verhandlungen mit der Türkei sind die vollständige Umsetzung des Ankara-Protokolls und die Anerkennung des EU-Mitgliedstaates Zypern

Nuno Teixeira (PPE), *schriftlich*. – (PT) Der Antrag der Türkei auf die EU-Mitgliedschaft ist zu einem langen und langwierigen Prozess geworden, dessen Ergebnis noch immer abzuwarten bleibt. Die Türkei hat sich dazu verpflichtet, Reformen einzuführen, gute Beziehungen zu ihren Nachbarn zu unterhalten und sich stufenweise dem gemeinschaftlichen Besitzstand anzugleichen. Diese Bemühungen müssen jedoch intensiviert werden, um die auf dem Kopenhagener Gipfel festgesetzten Kriterien voll zu erfüllen und um das Gerichtswesen, das Wahlsystem sowie die Rechtsvorschriften umzusetzen.

Im Jahr 2009 kamen die Fortschritte in Richtung wirklicher Reformen zum Stillstand und Themen wie die Nichtöffnung von Häfen und Flughäfen auf Zypern können sich auf den Verhandlungsprozess auswirken. Gleichzeitig bedeuten die Entscheidung des türkischen Verfassungsgerichts, die pro-kurdische Partei der Demokratischen Gesellschaft (Democratic Society Party) zu verbieten, sowie die Aufhebung der Rechtsvorschriften, die die Zuständigkeit der Militärgerichtsbarkeit einschränkt, eine Verzögerung des Verfahrens.

Gemäß der Entschließung des Parlaments sind die Reformen vielmehr notwendig und dringend. In diesem Kontext, in dem größere Anstrengungen zur Erfüllung der Kriterien für das Beitrittsantragsverfahren erforderlich sind, ist der Vorschlag eines Referendum jedoch angemessen. In diesem Referendum würde das türkische Volk gefragt, ob es europäische Prinzipien und Werte wirklich anerkennt und übernehmen möchte, oder ob es eine neue und tiefer gehende besondere Partnerschaft mit der EU bevorzugen würde.

11. Berichtigungen des Stimmverhaltens und beabsichtigtes Stimmverhalten: siehe Protokoll

(Die Sitzung wird um 14.50 Uhr unterbrochen und um 15.00 Uhr wieder aufgenommen)

VORSITZ: Jerzy BUZEK

Präsident

12. Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzung: siehe Protokoll

13. Abkommen zwischen der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten von Amerika über die Verarbeitung von Zahlungsverkehrsnachrichten und deren Übermittlung im Rahmen des Programms zum Aufspüren der Finanzierung des Terrorismus (Aussprache)

Der Präsident. – Nach der Tagesordnung folgt der Bericht von Frau Hennis-Plasschaert im Namen des Ausschusses für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres zu dem Vorschlag für einen Beschluss des Rates über den Abschluss des Abkommens zwischen der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten von Amerika über die Verarbeitung von Zahlungsverkehrsdaten und deren Übermittlung aus der Europäischen Union an die Vereinigten Staaten für die Zwecke des Programms zum Aufspüren der Finanzierung des Terrorismus (05305/2010 - C7-0004/2010 - 2009/0190(NLE)) (A7-0013/2010).

Wie Sie wissen, ist das Europäische Parlament in dieser Angelegenheit sehr aktiv. Unser Parlament besteht aus Abgeordneten, die von den Bürgerinnen und Bürgern Europas direkt gewählt wurden. Unsere

Hauptverantwortung besteht in den Rechten der Bürgerinnen und Bürger, und diese Rechte müssen wir schützen. Dessen sind wir uns voll bewusst. Das ist unsere erste und größte Verantwortung. Gleichzeitig erkennen wir, wie wichtig das SWIFT-Abkommen ist – aus ganz anderen Gründen. Daher war es hier wichtig, den richtigen Mittelweg zu finden. Während dies in den letzten Monaten geschehen ist, ist der Vertrag von Lissabon in Kraft getreten.

Im November letzten Jahres habe ich Herrn Reinfeldt, der damals der Präsident des Europäischen Rates war, schriftlich gebeten, die Entscheidung zu verschieben, damit die Entscheidung des Europäischen Parlaments in Übereinstimmung mit dem Vertrag von Lissabon in Betracht gezogen werden kann. Wie Sie wissen, ist dies nicht geschehen, und am 30. November hat der Rat eine Entscheidung in der Angelegenheit getroffen und das SWIFT-Abkommen angenommen. Am 21. Dezember habe ich Herrn Reinfeldt einen weiteren Brief geschrieben. Das Parlament hat in diesem Schreiben zwei Erwartungen geäußert: Einbeziehung unseres Standpunktes in das Verhandlungsmandat für ein dauerhaftes Abkommen und außerdem vollständige Information des Parlaments während der zukünftigen Verhandlungen. Am 21. Januar habe ich Herrn Zapatero, der gegenwärtig den rotierenden Ratsvorsitz inne hat, einen ähnlichen Brief geschrieben, den ich am 8. Februar noch einmal abgeschickt habe. Auch an Herrn Barroso habe ich einen Brief gleichen Inhalts geschickt. Ich hatte außerdem Kontakt mit Vertretern der amerikanischen Regierung und mit Frau Clinton. Ich habe auch einen Brief in dieser Angelegenheit erhalten, der den Standpunkt der Regierung der Vereinigten Staaten zu dem SWIFT-Abkommen darlegt.

Vielleicht wissen Sie dies alles, da die Dokumente alle zur Verfügung stehen – ich habe alle Dokumente an die Fraktionen geschickt, damit Sie sie jederzeit nutzen können. Das ist wichtig. Wir müssen alle Informationen haben, damit wir die Entscheidungen in dieser Angelegenheit verantwortlich treffen können. Unsere heutige Diskussionen wird auch zu den von uns getroffenen Maßnahmen beitragen. Daher ist diese Diskussion über SWIFT so wichtig. Ich bin äußerst erfreut, dass hier Vertreter des Rates und der Europäischen Kommission anwesend sind, die das Wort ergreifen können, und dann kommen wir zu unserer Diskussion und zu unserer Verantwortung für eine Entscheidung in dieser Angelegenheit.

Jeanine Hennis-Plasschaert, Berichterstatterin. – Herr Präsident, zuerst möchte ich sagen, dass auch ich eine starke, nach außen blickende EU unterstütze, die in der Lage ist, Schulter an Schulter als echter Partner der USA zu agieren, und in diesem Rahmen denke ich, dass es von entscheidender Bedeutung ist, offen, fair und transparent zu sein, wenn wir die Frage lösen wollen, wie Europa mit den USA zum Zwecke der Terrorismusbekämpfung, einschließlich der Nutzung von Daten, die zu kommerziellen Zwecken gesammelt wurden, für Strafverfolgungszwecke, zusammenarbeiten sollte.

Zweifelloos ist der gezielte Austausch und die Nutzung von Daten für Terrorismusbekämpfungszwecke notwendig und wird dies auch bleiben, aber lassen Sie mich eins klarstellen: Die europäischen Bürgerinnen und Bürger müssen in der Lage sein, sowohl den Sicherheits- als auch den Datenanforderungen zu trauen. Dies in der ersten Runde hinzukriegen, sollte das Ziel sein, und der Rat ist, mit allem nötigen Respekt, dabei nicht ausreichend stark gewesen.

Die vorgeschlagene vorläufige Vereinbarung ist eine deutliche Abkehr von europäischem Recht in Bezug darauf, wie Strafverfolgungsbehörden Zugriff auf Finanzdaten von Einzelpersonen erhalten würden, nämlich durch Gerichtsbefehle oder Vorladungen zur Untersuchung bestimmter Transaktionen, aber mit der vorgeschlagenen vorläufigen Vereinbarung verlassen wir uns stattdessen auf umfassende verwaltungstechnische Vorladungen für Millionen von Datensätzen von europäischen Bürgern.

Genau aufgrund des Charakters von SWIFT ist es nicht möglich, sich auf sogenannte „beschränkte“ Anfragen zu beziehen. Aus technischen Gründen muss SWIFT Datenmassen übertragen und damit gegen die Grundprinzipien der Datenschutzgesetze der EU wie Notwendigkeit und Verhältnismäßigkeit verstoßen. Dies kann nicht *ex post* durch Mechanismen der Überwachung und Kontrolle korrigiert werden.

Jederzeit muss klar sein, dass das Parlament nicht dazu da ist, die Maßnahmen des Rats und der Kommission nur passiv zur Kenntnis zu nehmen. Tatsache ist, dass diesem Haus immer schöne Versprechungen gemacht werden, wenn wir nur Geduld aufbrächten. Wir können jedoch nicht immer wieder auf die schönen Versprechen hereinfliegen. Wir brauchen klare Zusagen, und der Rat ist jetzt am Zug. Das habe ich letzte Woche klargestellt, aber bisher hat er nicht entsprechend reagiert.

Der Rat gibt an, dass er den höchsten Respekt für die Privatsphäre und die Daten sicherstellen will, kümmert sich aber nicht um die Zugangs-, Korrektur-, Entschädigungs- und Abhilferechte außerhalb der EU für Datenobjekte. Der Rat gibt an, dass er die Sorgen des Parlaments teilt, und ruft daher die Kommission auf, einen Verhandlungsrichtlinienentwurf anzunehmen.

Wieso versteckt er sich hinter der Kommission? Der Rat wird die Verhandlungsrichtlinien schlussendlich annehmen; wieso sind die Verhandlungsrichtlinien nicht schon eingereicht worden? Der Rat gibt erneut an, dass er sicherstellen will, dass das Programm zum Aufspüren der Finanzierung des Terrorismus fortgesetzt wird. Auf diese Weise ignoriert er jedoch die Tatsache, dass die EU weiterhin ihre Finanzgeheimdienstleistungen in die USA auslagert. Er kümmert sich nicht um die mangelnde Gegenseitigkeit. Eine wahre Gegenseitigkeit würde es den EU-Behörden erlauben, ähnliche, in den USA gespeicherte Daten zu erhalten und langfristig die Notwendigkeit eines Aufbaus unseres eigenen EU-Instruments zu erwägen.

Der Rat zeigt kein Engagement, dies mit den bestehenden Rechtsvorschriften wie der Richtlinie zur Vorratsdatenspeicherung für die Telekommunikationsdienstleister, die sich mit konkreten und gezielten Daten beschäftigt, abzustimmen. Der Rat erklärt die genaue Rolle der öffentlichen Behörde nicht. Ein „Push“-System bedeutet gar nichts, wenn SWIFT in Wahrheit Massendaten übermitteln muss. Die Übermittlung und Speicherung sind anders gesagt nach den Bedingungen der vorläufigen Vereinbarung per Definition unverhältnismäßig, und der Rat kümmert sich nicht um eine europäische Lösung für die Überwachung des Datenaustauschs.

Herr amtierender Ratspräsident, sagen Sie mir, wie in aller Welt ich 500 Millionen europäischen Bürgerinnen und Bürgern sagen kann, dass wir wichtige Sicherheiten und Prinzipien ausverkaufen, nur weil wir nicht in der Lage sind, ein Machtwort zu sprechen, weil der Rat es nicht schafft, die Sache geregelt zu kriegen. Sagen Sie mir das; ich bin ganz Ohr.

(Beifall)

Alfredo Pérez Rubalcaba, *amtierender Präsident des Rates*. – (ES) Herr Präsident, meine Damen und Herren, ich möchte meine Rede mit einer unzweideutigen Erklärung beginnen: Spanien hat den Vertrag von Lissabon eindeutig und uneingeschränkt unterstützt und zwar von Anfang an. Dies haben wir in der Überzeugung getan, dass die Umsetzung des neuen Vertrages unter anderem bedeutet, dass die europäischen Institutionen näher an den Bürger herangebracht würden.

Das ist ein Ziel, das der Vertrag von Lissabon zu einem Großteil dem Parlament anvertraut. Dem Parlament eine größere Rolle und mehr Beteiligung bei Themen in den Bereichen von Freiheit, Gerichtswesen und Sicherheit zu übertragen, ist die Art, wie der Vertrag versucht, die Bürgerinnen und Bürger und die Institutionen näher zusammenzubringen.

Lassen Sie mich also anfangen, indem ich den Damen und Herren Abgeordneten versichere, dass der Rat entschieden ist, mit dem Parlament eng und ehrlich zusammenzuarbeiten. Für den spanischen Ratsvorsitz ist der Abschluss das Ergebnis unseres starken Engagements für den Vertrag von Lissabon und seine Ziele.

Der Rat teilt auch die Sorge des Parlaments bezüglich der Gewährleistung der Sicherheit für alle europäischen Bürgerinnen und Bürger, denn Sicherheit steht für die Garantie, dass sie ihre Freiheit voll genießen können. Das ist der Kontext, in dem wir gemeinsam gegen den Terrorismus kämpfen – alle Formen von Terrorismus.

Wie in der Entschließung, die am 17. September in diesem Plenarsaal angenommen wurde, angeführt, verweist das Europäische Parlament auf seine Entschlossenheit, den Terrorismus zu bekämpfen, und seine feste Überzeugung, dass ein angemessenes Gleichgewicht zwischen Sicherheitsmaßnahmen und dem Schutz der bürgerlichen Freiheiten und Grundrechte gefunden werden muss. Ich stimme dieser Erklärung aus ganzem Herzen zu.

Das ist der Rahmen, in dem ich diese Diskussion geführt sehen möchte. Das ist jetzt ein Rahmen nach dem Vertrag von Lissabon, der auf ehrlicher, interinstitutioneller Zusammenarbeit und dem gemeinsamen Wunsch, der nicht neu ist, fußt, den Terrorismus zu bekämpfen und gleichzeitig die Prinzipien von Verhältnismäßigkeit und Erforderlichkeit zu wahren, die ebenso entscheidend sind, wenn wir den Terrorismus wirksam bekämpfen wollen.

Herr Präsident, es ist allgemein anerkannt, dass der internationale Terrorismus unseren Gesellschaften neue Herausforderungen gebracht hat. Das ist eine relativ neue Form des Terrorismus, die keine klare Organisation hat, äußerst tödlich ist und weltweit agiert. Daher ist ein globaler Ansatz nötig, um ihn auszumerzen. Er hat keine feste, hierarchische Struktur und kann daher nur mit äußerst intelligenten Bemühungen bekämpft werden. Er ist so tödlich, dass wir an Orten, an denen große Menschenmengen zusammenkommen, höchst aufmerksam sein müssen.

Vorsorge, Koordination und Intelligenz sind die drei Worte, die unsere Strategie für den Kampf gegen diese riesige Bedrohung zusammenfassen.

Alle Länder haben sich darum bemüht, die interne und externe Koordination zu verbessern, besser informiert zu sein, und schließlich mit denen zusammen zu arbeiten, die sich in demselben Kampf befinden. Die Europäische Union hat auch ihre gemeinsamen Ermittlungsbehörden und -gruppen, den Informationsaustausch und die gemeinsame Analyse verstärkt.

Das ist der Kontext für das Abkommen zwischen der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten zur Übermittlung von Banktransaktionsdaten, das wir heute untersuchen. Der Datenaustausch ohne ein Abkommen läuft seit vielen Jahren ohne Unterbrechung.

Als ich vor zwei Wochen vor den Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres trat, haben mich mehrere Abgeordnete nach den Ergebnissen dieses Datenaustauschs gefragt. Das ist eine relevante Frage, die meiner Meinung nach in dem zweiten Bericht von Richter Bruguière aufgegriffen und beantwortet wurde, der an dieses Haus weitergeleitet wurde und aus dem ich zitieren möchte: „2009 war das Programm zum Aufspüren der Finanzierung des Terrorismus ein sehr wertvolles Hilfsmittel, das die Geheimdienst- und Vollzugsbehörden verwendet haben, um terroristische Netze zu kartieren, um fehlende Verbindungen in den Ermittlungen zu vervollständigen, um die Identität von Verdächtigen zu bestätigen, um den Aufenthaltsort von Verdächtigen zu ermitteln und um neue Verdächtige zu identifizieren sowie um geplante terroristische Angriffe zu vereiteln.“ Ich möchte außerdem hinzufügen, dass dies nicht nur auf 2009 zutrifft, sondern auch auf davor in den Vereinigten Staaten, in Europa und auf der ganzen Welt: in Barcelona im Januar 2008, in Deutschland im Sommer 2007, in London nach den Angriffen vom 7. Juli und die Ermittlungen zu den Angriffen vom 11. März in Madrid, den Tötungen in Bangkok im April 2005 und den Bombenangriffen in Bali 2002. Das sind nur einige Beispiele, die Richter Bruguière in seinem Bericht anführt.

Der Datenaustausch hat also positive Ergebnisse gebracht. Er hat es uns ermöglicht, Angriffe zu ermitteln und zu verhindern. Er hat es uns ermöglicht, Terroristen festzunehmen, nachdem sie Angriffe verübt haben, und was noch wichtiger ist, bevor sie Angriffe ausüben konnten.

Auch wenn SWIFT 2007 angegeben hat, dass es sich entschieden hat, seine Datenbanken zu ändern, hat es dies erst vor wenigen Monaten getan. Das bedeutet, dass wir die Protokolle überprüfen mussten, die es uns bis dahin ermöglicht hatten, die Finanzdaten auszutauschen. Das musste innerhalb kürzester Zeit erfolgen. Das Mandat wurde im Sommer 2009 vom Rat bestätigt, als das Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon noch unsicher war.

Die Entscheidung, die getroffen wurde, ist genau bekannt. Wir haben ein vorläufiges Neunmonatsabkommen unterzeichnet, das in diesem Plenarsaal ratifiziert werden sollte: ein vorläufiges Abkommen, das neun Monate gilt, innerhalb derer dieses Parlament, der Rat und die Kommission einen neuen Verhandlungsprozess führen sollten, um ein endgültiges Abkommen zu erstellen. Diese Entscheidung wurde getroffen.

Das war vielleicht nicht die beste Entscheidung. Es ist jedoch wichtig, dass diesem Haus klar gesagt wird, dass das unterzeichnete *Ad-Referendum*-Abkommen, über das wir heute hier diskutieren, eine große Verbesserung der Protokolle darstellt, die vor diesem Abkommen galten.

Es ist eine Verbesserung, weil dieses vorläufige Abkommen zusätzliche Garantien umfasst, die neben anderen Elementen vom Parlament empfohlen wurden und von der Berichterstatterin in dem Bericht angeführt wurden, der uns heute vorgestellt wurde.

In dieser Phase möchte ich sagen, dass der spanische Ratsvorsitz die im Parlament angenommenen Entschlüsse und den Schreiben des Parlamentspräsidenten sowie den Bericht, der von Frau Hennis-Plasschaert erstellt wurde und am 4. Februar im Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres abgestimmt wurde, vollumfänglich beachtet hat. Aus diesem Grund hat der Rat eine Erklärung, die dem Parlament gestern zugesandt wurde und dessen wichtigste Punkte ich jetzt für Sie zusammenfassen werde, genehmigt.

Erstens engagiert sich der Rat dafür, die festen Garantien, die den ordentlichen Schutz, die Löschung von Daten und größere Präzision hinsichtlich des Austauschs von Daten, die vom Programm zum Aufspüren der Finanzierung des Terrorismus bei den nationalen Behörden und Drittländern beschafft werden, stärken werden, in ein endgültiges Abkommen zu integrieren.

Wir engagieren uns natürlich auch für die Stärkung der Garantien, die in dem gegenwärtigen Abkommen enthalten sind; diese sollten in dem endgültigen Abkommen bestehen bleiben – und verstärkt werden –, ebenso wie eine feste Beschränkung der endgültigen Verwendung der Daten und ein Verbot der Datenerhebung und der Verwendung von Profilen.

Und schließlich engagiert sich der Rat als Reaktion auf die neuen Umstände, die durch das Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon geschaffen wurden, für die Aushandlung eines interinstitutionellen Abkommens, das schnelleren Zugriff auf geheime Dokumente gewähren soll, die sich auf internationale Abkommen beziehen.

In dieser Hinsicht möchte ich diesen Punkt so klar wie möglich wiederholen: der spanische Ratsvorsitz engagiert sich völlig für den Vertrag von Lissabon und die Charta der Grundrechte der Europäischen Union, insbesondere Artikel 8, und erkennt die legitimen Bedenken, die das Parlament ausgedrückt hat, an.

Wir wissen jetzt, dass das Engagement, das ich gerade vorgestellt habe, möglich ist. In einem Brief der Außenministerin der Vereinigten Staaten, Hillary Clinton, und des Finanzministers, Timothy Geithner, an den Parlamentspräsidenten hat die Regierung der Vereinigten Staaten ihr Engagement ausgedrückt, die notwendigen Garantien in Übereinstimmung mit dem vom Europäischen Parlament angenommenen Standpunkt zu integrieren.

Meine Damen und Herren, es ist möglich, dass der Rat in dem Genehmigungsprozess für das Abkommen, das wir heute diskutieren, hätte besser handeln können. Sicher ist jedoch, dass der Rat aus diesem Prozess Lehren gezogen hat und die Bedenken des Parlaments angemessen berücksichtigt hat. Es ist ebenso sicher, dass das Abkommen, das wir heute diskutieren, dazu beigetragen hat – und ich hoffe, dass es weiter dazu beitragen wird –, dass die Sicherheit der Bürger in der ganzen Welt und natürlich in Europa verbessert wird.

Der Präsident. Vielen Dank, Herr Rubalcaba. Ich möchte Sie alle daran erinnern, dass ich, wie bereits gesagt, vom Rat eine Antwort auf meine Schreiben erhalten habe. Diese liegen den Fraktionen vor, damit Sie jederzeit Einsicht darin nehmen können. In seiner Antwort hat der Rat auf unsere Erwartungen, die Erwartungen des Parlaments, reagiert. Vielen Dank, Herr Rubalcaba, für diese Erklärung und dafür, dass Sie uns den Standpunkt des Rats dazu erklärt haben. Das ist uns sehr wichtig.

Cecilia Malmström, Mitglied der Kommission. – Herr Präsident, lassen Sie mich zuerst allen für gestern danken, da Sie uns und mir Ihr Vertrauen und Ihre Zuversicht ausgedrückt haben, indem Sie mit „Ja“ für die neue Kommission gestimmt haben.

Dies ist ein interessanter erster Arbeitstag, und ich bin dankbar, dass ich mit Ihnen an dem wichtigen Thema des Informationsaustauschs mit den US zum Zwecke des Kampfes gegen den Terrorismus teilhaben kann, dieses Mal im Zusammenhang mit dem Programm zum Aufspüren der Finanzierung des Terrorismus.

Das Europäische Parlament hat natürlich großes Interesse an der Angelegenheit gezeigt. Das ist richtig so, da uns das Programm zum Aufspüren der Finanzierung des Terrorismus erneut mit der Herausforderung konfrontiert, den Datenaustausch mit dem Datenschutz abzustimmen, und wenn wir diese Herausforderung annehmen, hilft uns dies, den Bürgern Sicherheit, Privatsphäre und Datenschutz zu bieten.

Eines der Ziele des vorläufigen Abkommens war es, die Umsetzung der Bedingungen in der Entschließung des Europäischen Parlaments von September 2009 sicherzustellen. Wir beabsichtigen unbedingt, bei der Aushandlung des dauerhaften Abkommens den Datenschutzteil weiter zu stärken, insbesondere bezüglich des Rechts, Informationen darüber zu erhalten, ob die Rechte des Einzelnen nach dem Abkommen geachtet wurden, sowie stärkerer Garantien über effektive Entschädigung, gesetzmäßiger Datenverarbeitung und der Löschung von Daten.

Der zweite Bruguière-Bericht wurde den Abgeordneten Montag letzter Woche zur Verfügung gestellt. Er zeigt die Bedeutung und den Wert des Programms zum Aufspüren der Finanzierung des Terrorismus bei der Untersuchung und Zerschlagung des Terrorismus – auch in der Europäischen Union. Der Bericht bestätigt, dass das Programm zum Aufspüren der Finanzierung des Terrorismus genutzt wurde, um Personen zu ermitteln und festzunehmen, die im Nachhinein in unseren Mitgliedstaaten wegen Terrorismus verurteilt wurden. Der Bericht betont außerdem, dass das Programm zum Aufspüren der Finanzierung des Terrorismus eine wertvolle Quelle verlässlicher Informationen ist, die im Kampf gegen den Terrorismus benötigt werden. Es gibt konkrete Beispiele, und der Rat hat einige davon angeführt.

Wir wissen, dass die Bedrohung durch den Terrorismus in einigen unserer Mitgliedstaaten so hoch wie zuvor ist, und ich bin mir sicher, dass eine Ablehnung des vorläufigen Abkommens durch dieses Haus einen schweren Schlag für die Sicherheit der EU darstellen würde.

Einige unserer Mitgliedstaaten haben es sehr klar gemacht, dass sie wollen, dass das Programm zum Aufspüren der Finanzierung des Terrorismus weiterläuft, weil sie in der Vergangenheit davon profitiert haben und auch weiter davon profitieren werden. Sie haben uns gesagt, dass die verlässlichen Informationen, die das Programm zum Aufspüren der Finanzierung des Terrorismus zu bekanntem und vermutetem Terrorismus zur Verfügung

stellt, eine wichtige Quelle rechtlich zulässiger Informationen sind, um die komplexe Bedrohung, besonders von Terrorismus, der von Al-Qaida ausgeht, zu bekämpfen. Das vorläufige Abkommen ist nicht nur ein Gefallen gegenüber der USA; es liegt in unser aller Interesse.

Über das Niveau des Datenschutzes in dem vorläufigen Abkommen ist viel gesagt worden, und das ist natürlich eine wichtige Sorge. Ich ermutige die Abgeordneten – und ich bin mir sicher, dass viele von Ihnen das bereits getan haben – sich das vorläufige Abkommen genau anzusehen. Sie werden sehen, dass es bedeutende und detaillierte, rechtlich verbindliche Verpflichtungen zur der Art, wie das Finanzministerium der USA die dem Abkommen unterliegenden Daten verarbeiten kann, enthält. Dazu gehört zum Beispiel eine strenge Einschränkung des Zwecks der Verarbeitung, die auf die Ermittlung, Erkennung und Verfolgung von Terrorismus beschränkt ist. Dazu gehört ein absolutes Verbot der Datengewinnung – Durchsuchungen der Datenbank können nur vorgenommen werden, wenn es möglich ist, einen Grund anzugeben, warum die Zielperson der Suche sich mit Terrorismus beschäftigt.

Das bedeutet, dass die Daten, die in den Datenbanken des Programms zum Aufspüren der Finanzierung des Terrorismus vorgehalten werden, effektiv anonym sind. Nur wenn es einen Grund gibt, anzunehmen, dass eine ermittelte Person Terrorist ist, können die Daten dieser Person angesehen und aus der Datenbank ausgelesen werden. Das ist wichtig. Das vorläufige Abkommen verpflichtet das Finanzministerium, die Daten innerhalb von fünf Jahren nach Erhalt zu löschen – dieser Zeitraum stimmt mit der Aufbewahrungsfrist überein, die in den Rechtsvorschriften der EU zur Terrorismus-Finanzierung enthalten sind. Das Abkommen sieht auch eine detaillierte EU-Überprüfung vor, an der einige unserer eigenen Datenschutzbehörden teilnehmen werden, um sicherzustellen, dass diese und viele weitere Datenschutzverpflichtungen eingehalten werden.

Das Abkommen umfasst nicht die Übertragung von so gut wie allen SWIFT-Daten an das Finanzministerium der USA. Ich kann Ihnen versichern, dass nur ein Bruchteil der SWIFT-Daten nach dem vorläufigen Abkommen übertragen wird. Es beeinflusst die Befugnisse der Datenschutzbehörden bezüglich der Verarbeitungstätigkeiten, die in der EU von SWIFT oder Finanzinstitution durchgeführt werden, in keiner Weise.

Eine Verweigerung der Zustimmung bedeutet das Ende des vorläufigen Abkommens, einschließlich der beträchtlichen Datenschutzklausel, die es beinhaltet. Wenn die USA in der Lage sind, Daten über andere Wege zu erhalten – zum Beispiel durch bilaterale Beziehungen mit den Niederlanden – werden diese Schutzklauseln nicht mehr gelten. Wenn das vorläufige Abkommen aufgehoben wird, wird es wahrscheinlich eine beträchtliche Zeit dauern, bevor eine Alternative umgesetzt werden kann. Also beinhaltet die Verweigerung der Zustimmung das Risiko, sowohl zu einer Datenschutzlücke als auch zu einer Sicherheitslücke zu führen.

Und schließlich ist das vorläufige Abkommen nur ein vorläufiges Abkommen. Es ist vielleicht nicht das bestmögliche Abkommen der Welt. Es kann – und es wird – verbessert werden. Die Kommission beendet gerade den Mandatsentwurf und die Leitlinien für das dauerhafte Abkommen und wird diese bald annehmen.

Ich verspreche Ihnen persönlich, dass ich sicherstellen werde, dass die Bedenken des Europäischen Parlaments beachtet werden und dass wir uns in dem neuen Abkommen um einen starken Schutz der Privatsphäre und des Datenschutzes kümmern werden. Das Europäische Parlament wird in allen Phasen dieses Verfahrens vollständig informiert werden. Ich hoffe, dies beantwortet einige Ihrer Fragen.

Der Präsident. Vielen Dank, Frau Malmström, für Ihre Erklärungen. Sie waren uns wirklich sehr wichtig. Der Rat und die Europäische Kommission haben gerade bestimmte Erklärungen bezüglich unserer Erwartungen zu dem Verhandlungsmandat und darüber, dass sie das Parlament informieren werden, abgegeben.

In unseren Handlungen gibt es auch noch ein weiteres wichtiges Element: das Europäische Parlament ist umfassend für die europäische Gesetzgebung verantwortlich geworden. Wir sind außerdem verantwortlich für internationale Abkommen, wie das SWIFT-Abkommen, und wir verbreiten das deutliche Signal, dass sich die Lage gewandelt hat, jetzt wo der Vertrag von Lissabon in Kraft ist. Das ist wichtig. Ich denke, dass die jüngsten Signale der amerikanischen Regierung zeigen, dass klar geworden ist, dass das Europäische Parlament jetzt voll verantwortlich für die Gesetzgebung ist. Wir wollen, dass dies ein starkes Signal ist. Wir wissen jedoch auch, dass wir unseren Bürgerinnen und Bürgern gegenüber verantwortlich sind. Wir sind direkt gewählte Abgeordnete des Europäischen Parlaments. Unsere Verantwortung, die Rechte der Bürger zu verteidigen, ist von grundlegender Bedeutung, und das betonen wir immer.

Ernst Strasser, *im Namen der PPE-Fraktion*. – Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Zunächst möchte ich Sie an Ihrem ersten Arbeitstag begrüßen und die volle und gute Zusammenarbeit unserer Fraktion anbieten. Wir dürfen am Beginn dieser Debatte für uns festhalten, dass wir mit den Amerikanern eine gute Partnerschaft wollen und haben, besonders was die Frage der Bekämpfung des Terrorismus betrifft. Zweitens stehen wir für die Sicherheit der Bürger, und wir stehen genauso für die Bürgerrechte und für den Datenschutz. Drittens: Wir haben uns sehr dafür eingesetzt, dass Mitte September bereits die Richtlinien für die Verhandlungen und unsere Positionen festgehalten wurden, die wir jetzt umgesetzt sehen wissen wollen. Viertens, Frau Kommissarin, mit Verlaub, nicht das Parlament hat großes Interesse gehabt, sondern wir sehen uns verantwortlich, wie der Herr Präsident gesagt hat, für die Gesetzeswerdung, und wir wollen hier mitwirken, und zwar gleichberechtigt mit dem Rat und der Kommission.

Wenn wir jetzt den Verhandlungstext ansehen, dann müssen wir zwei Dinge sehr klar festhalten. Erstens können wir die Art und Weise, wie dieser Text entstanden ist, nicht akzeptieren, und zweitens: Wenn der Rat sagt „gründlich berücksichtigt wurden die Punkte aus der Parlamentsentschließung“, dann sind einige Punkte hier nicht berücksichtigt, nämlich das Klagerecht, die Löschung von Daten und anderes. Das waren auch die Hauptgründe, warum wir im Sicherheitsausschuss gesagt haben, dass wir das nicht akzeptieren können. Da dürfen wir jetzt auch festhalten, dass erst danach Bewegung in die Sache gekommen ist. Die amerikanische Außenministerin hat nichts zugesagt, es sei denn, der Rat hat andere Informationen als das Parlament. Das soll ja hier und da schon vorgekommen sein. Der Rat hat diese Woche ermutigende Zeichen gesetzt, aber keine Garantien abgegeben. Ich möchte das absolut festhalten. Deshalb sagen wir für uns, dass wir das weiter besprechen wollen, dass wir ein gutes Abkommen wollen und dass wir sehr dafür sind, das weiterzubesprechen, wenn es Garantien für ein gutes Abkommen gibt.

Martin Schulz, *im Namen der S&D-Fraktion*. – Herr Präsident! Der irische Schriftsteller Jonathan Swift hat in seinem berühmten Buch „Gullivers Reisen“ Gulliver auf die Reise geschickt, und der Herr Swift hat ihn in das Land der Zwerge geschickt. Herr Gulliver hat aber gemerkt, dass er im Land der Riesen angekommen ist. Ein bisschen scheint es mir so zu sein, dass die amerikanische Diplomatie den Gepflogenheiten von Gulliver gefolgt ist, zu glauben, man könne mit dem Europäischen Parlament wie mit einem Zwergenverein umgehen. Das ist aber ein Irrtum!

Sie müssen jetzt zur Kenntnis nehmen, Cecilia, verbunden mit meinen Glückwünschen zu Ihrer Wahl – Sie sind ja jetzt von der einen Bank auf die andere gewechselt –, dass es nicht nur ein Irrtum der amerikanischen Diplomatie war, sondern auch der Regierungen der Europäischen Union, die glaubten, man könne ein Abkommen dieser Art durch dieses Parlament bringen, ohne sich darüber im Klaren zu sein, dass man einem solch defizitären Abkommen nicht zustimmen kann. Dieses Abkommen trägt und atmet den Geist der Sicherheitsideologie der Vereinigten Staaten von Amerika, aber es atmet nicht den Geist des Grundrechtsschutzes, den wir als europäische Abgeordnete den Bürgerinnen und Bürgern dieses Kontinents gewährleisten müssen.

Die Möglichkeit der Übertragung großer Datenmengen ohne Spezifizierung, ohne Konkretisierung im Einzelfall ist ein grundlegender Widerspruch zu dem, was wir datenschutzrechtlich an Grundsatz in Europa erzwungen haben, und zwar in allen Parlamenten, auch in den nationalen Parlamenten. Die gravierenden Probleme beim Datenschutz sind ja schon angesprochen worden, selbst von Ihnen: Wie lange werden die Daten gespeichert? Wer speichert sie? Wer gibt sie an wen weiter? Welche Möglichkeit habe ich, mich darüber zu informieren, was mit meinen Daten geschieht, an wen sie weitergegeben werden, ob es richtige Daten sind? Wie kann ich mich rechtlich davor schützen, dass falsche Daten von mir erhoben werden oder an interessierte Dritte – wer auch immer das sein mag – weitergegeben werden? Wann werden meine Daten gelöscht, wenn man sie erhoben und gespeichert hat? Nach dem *Homeland Security Act* können Daten bis zu 90 Jahren gespeichert werden. Wenn damit die Garantie verbunden ist, dass ich 90 werde – naja, dann lasse ich darüber mit mir diskutieren. Aber bis zu 90 Jahren können diese Daten gespeichert werden! All diese Dinge sind die schwerwiegenden Defizite dieses Abkommens.

Aus diesem Grund, Herr Präsident des Rates, Herr Minister Rubalcaba, muss ich Ihnen sagen: Das ist ein schlechtes Abkommen, dem können wir nicht zustimmen. Wenn wir es ablehnen, dann haben Sie den Auftrag, mit den Vereinigten Staaten von Amerika ein neues, ein besseres Abkommen auszuhandeln, das – ja! – die Sicherheitsinteressen würdigt, da sind wir dafür, das aber zugleich auch die Sicherheitsinteressen der Bürgerinnen und Bürger, was ihre Freiheit angeht, würdigt, da sind wir auch dafür. Einen Kompromiss dazwischen zu finden, das muss das Ziel einer Neuverhandlung sein.

Ich kann meiner Fraktion nicht empfehlen, diesem Abkommen zum jetzigen Zeitpunkt in dieser Form zuzustimmen. Ich werde heute Abend meiner Fraktion die Ablehnung vorschlagen.

Sophia in 't Veld, *im Namen der ALDE-Fraktion*. – Herr Präsident, ich möchte meine frühere Kollegin und gute Freundin, Cecilia Malmström, begrüßen. Es ist eine Freude, Sie hier zu sehen.

Das ist eine erste wichtige Entscheidung, die das Europäische Parlament mit den Befugnissen aus dem Vertrag von Lissabon treffen muss, und die Erwartungen sind hoch, aber wir müssen einen klaren Kopf behalten. Wir schulden es unseren Bürgerinnen und Bürgern, frei von äußerem Druck und Panikmache durch falsche Behauptungen von einer Sicherheitslücke, eine gut überlegte Entscheidung zu treffen, weil, und das wissen wir, die USA trotzdem noch Daten erhalten können, auch wenn es keine Einigung gibt. Lassen Sie uns nicht vergessen, dass auch bei diesem Abkommen die Mitgliedstaaten nicht einer Meinung waren. Wir können unsere Zustimmung nur einem Abkommen geben, das aufgrund seines Inhalts und seines Verfahrens demokratisch vollständig legitimiert ist. Es geht dabei nicht um ein Kräftemessen zwischen dem Rat und dem Europäischen Parlament und auch nicht um die transatlantischen Beziehungen. Es geht dabei um die europäischen Bürgerinnen und Bürger, die ein Recht auf ein ordnungsgemäßes demokratisches und transparentes Verfahren haben.

Die Antworten des Rats waren bisher völlig unpassend und die demokratischen Rechte der europäischen Bürgerinnen und Bürger können nicht mit Versprechungen von Reisen in die USA oder vagen Versprechungen des Rates von zukünftigen Abkommen verschachert werden. Der Rat hatte seit 2007 zahllose Gelegenheiten, dies in einer angemessenen Weise zu behandeln und die Sicherheit sowie den Schutz der persönlichen Daten und bürgerlichen Freiheiten zu gewährleisten oder eine ordentliche Überprüfung durch die Nationalparlamente bzw. seit dem 1. Dezember das Europäische Parlament zu gewährleisten, aber der Rat war unglaublich stur. Das Parlament kann und sollte keine Entscheidung fällen, wenn es nicht auf alle relevanten Informationen und Dokumente Zugriff hat. Unsere Wähler haben ein Recht zu wissen, dass wir alle Elemente sehr ernsthaft in Erwägung ziehen und nicht einfach Entscheidungen des Rates durchwinken.

Und schließlich hat das Europäische Parlament seit Jahren ganz klar seine Sorgen und Erwartungen mitgeteilt, und anstatt weitere vage Versprechen zu geben, sollte der Rat uns endlich die Meinung seines Juristischen Dienstes kundtun und uns die angeforderten Informationen mitteilen, mit denen die Nutzung der Daten zu Terrorismusabwehrzwecken dargestellt wird. Ich halte den zweiten Bruguère-Bericht nicht für ausreichend. Wenn der Rat also die Zustimmung dieses Hauses haben möchte, wird er unsere Forderungen erfüllen müssen. Rat, das ist der einzige Weg.

(Beifall)

Rebecca Harms, *im Namen der Verts/ALE-Fraktion*. – Herr Präsident! Zunächst eine Vorbemerkung zu den Gesprächen mit den Experten und dem Botschafter der USA. Ich fühlte mich in den zwei Gesprächen, die ich geführt habe, keineswegs zu einem europäischen Zwerg oder einer Zwergin degradiert, im Gegenteil. Durch diese Gespräche mit den Experten aus den USA habe ich enorm viel über die völlig unterschiedlichen Rechtssystematiken gelernt, was den Schutz der Grundrechte in den USA und in Europa angeht. Ich bin den Amerikanern eigentlich dankbar dafür, dass sie sich auf diesen Dialog so weitgehend eingelassen haben. Mir ist deutlich geworden, welche Aufgabe vor uns liegt, und der Rat ist dem bisher eben nicht gerecht geworden. Mir ist deutlich geworden, welche Aufgabe vor den Europäern liegt, wenn wir in einem Abkommen effiziente Terrorbekämpfung und gleichzeitig effizienten guten Grundrechtsschutz garantieren wollen.

Ich finde es eigentlich beschämend, dass erst die Leute über den großen Teich kommen müssen, um uns dieses grundsätzliche Spannungsfeld zu erläutern, und dass der Rat zu so einer ehrlichen Debatte mit dem Parlament bisher nicht in der Lage war. Die Berichterstatterin hat sehr deutlich gemacht, in welchen Bereichen Grundrechte, wie sie in Europa höchsten Schutz genießen, verletzt werden. Ich möchte etwas hinzufügen, was ich auch aus rechtlicher und politischer Perspektive für ausgesprochen problematisch halte, wenn man sich mit der Sache beschäftigt. Die Definition von Terrorismus ist in den USA und in Europa völlig unterschiedlich, und das ist ein Problem, das sich auch durch dieses Abkommen zieht.

Es ist zu Recht angesprochen worden: Wir Abgeordnete in diesem Haus sind den Bürgern der EU gegenüber ja rechenschaftspflichtig dafür, ob wir dafür sorgen, dass ihre Rechte Bestand haben oder nicht. Ich bin der Auffassung, dass wir nicht einem Abkommen zustimmen dürfen, von dem viele von uns in der Öffentlichkeit – Herr Weber, Herr Langen ist jetzt nicht da, Herr Schulz – immer wieder erklärt haben, es verstoße gegen geltendes Recht. Wir müssen jetzt auch springen! Wir haben das den Bürgern in der öffentlichen Diskussion gegenüber angekündigt. Wir müssen gegen das Interimsabkommen stimmen und nicht nach einer Verschiebung.

Das Parlament darf sich nicht noch einmal aus der Verantwortung stehlen. Das haben wir schon im November getan. Da hätten wir die Möglichkeit zur Notbremsung gehabt, das war mehrheitlich nicht gewollt. Jetzt müssen wir springen, und wir bringen uns damit – ich sage das gerade nach den Konsultationen mit den Amerikanern – in eine bessere und gleichberechtigte Verhandlungsposition für mehr Sicherheit und mehr Bürgerrechte in der Europäischen Union, vielleicht sogar in den USA.

Timothy Kirkhope, *im Namen der ECR-Fraktion*. – Herr Präsident, wie meine Kollegen hier hat mich die Behandlung dieses Hauses durch den Rat und die unzulängliche Beratung dieses Hauses zu dem Abkommen äußerst frustriert und verärgert. Die parlamentarische Beratung und Zustimmung sollte kein nachträgliches Werkzeug sein. Die Gegenseitigkeit des Datenschutzes sollte über jeden Tadel erhaben sein, und die Art und Weise, in der dieses Abkommen ausgehandelt und abgeschlossen wurde, darf nie wieder wiederholt werden.

Ich wurde jedoch zumindest von den Behörden der Vereinigten Staaten und den mehrstufigen Datenschutzsystemen und juristischen Sicherungen, die durch dieses vorläufige Abkommen eingerichtet wurden, beruhigt. Daher sollte unsere schlechte Behandlung durch den Rat nicht das Abkommen der EU mit den Vereinigten Staaten oder zukünftige Abkommen zur Sicherheit in Europa gefährden. Wir erhalten jetzt Unmengen Zusicherungen und Versprechen vom Rat und der Kommission. Ich kann nicht beurteilen, ob diese all die angemessenen Anforderungen, die wir gestellt haben, erfüllen, daher brauchen wir, meiner Meinung nach, etwas Zeit, bevor wir mit der Beurteilung dieser entscheidenden Maßnahme fortfahren.

Lothar Bisky, *im Namen der GUE/NGL-Fraktion*. – Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das SWIFT-Abkommen wurde mittels eines fragwürdigen Verfahrens verhandelt und noch schnell einen Tag vor Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon durchgesetzt, um das Parlament zu umgehen. Es geht mir im Folgenden aber vor allem um den Inhalt. Uns liegt *Big Brother's little sister* zum Abnicken vor. Frau Clinton glaubt, uns Parlamentariern das einreden zu können, was wir unseren eigenen Regierungen nicht abnehmen.

Es ist nach meinem Dafürhalten grundsätzlich falsch, wenn angebliche Terrorfahnder so umfassenden Zugriff auf Datenbanken haben, denn dadurch wird die informationelle Selbstbestimmung der Menschen untergraben. Hier sollen über Jahre und Jahrzehnte persönliche Daten gespeichert werden, deren Verwendung niemand kontrollieren kann. Auch die Befristung des Abkommens verhindert ja nicht die weitere Speicherung. Informationen über den Verbleib der Daten und Entschädigung bei deren rechtswidriger Nutzung durch Drittstaaten können nicht eingeklagt werden. Hier bekommt der Staat Vorrang vor dem Bürger, und der wird pauschal zum Verdachtsobjekt degradiert. Über den Umweg EU erlauben die Mitgliedstaaten anderen Regierungen, Bürgerinnen und Bürger auszuspionieren.

Sollen sich – um auf deutsche Beispiele zu kommen – die Telekom, die Deutsche Bahn oder die Drogeriekette Schlecker da noch schämen, Informationen über ihre Mitarbeiter zu sammeln? Wird es jetzt zur Norm, dass auch die deutsche Regierung Daten von Steuerfahndern kauft, die auf unrechtmäßige Weise beschafft wurden? Wir sind in einer Situation, in der auch ein Parlament sich bekennen und entscheiden muss. Warum sollte Google künftig noch irgendwelche Datenhemmschwellen entwickeln? Terrorismus muss bekämpft werden, vor allem seine Ursachen – ich glaube, in diesem Punkt sind wir alle einer Meinung –, aber nicht unter Preisgabe der Grundrechte! Ich habe hier schon viele Redebeiträge über die EU als Wertegemeinschaft gehört. Einen dieser Werte wollen wir gerade „wegswiften“. Dem kann meine Fraktion nicht zustimmen!

Simon Busuttil (PPE). – (MT) Lassen Sie mich klarstellen, dass die Europäische Volkspartei dieses Abkommen befürwortet. Sie ist völlig für das SWIFT-Abkommen und wird morgen dafür stimmen. Lassen Sie mich erklären, warum: Die Europäische Volkspartei wird ihre Unterstützung geben, weil sie sich hauptsächlich um die Sicherheit der Menschen, die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger sorgt.

Die Sicherheit unserer Bürger wird durch dieses Abkommen verbessert und darum unterstützen wir es. Das ist nicht einfach nur meine eigene Meinung, sondern es ist die Meinung von Fachleuten, deren konkrete Aufgabe es war, zu erforschen und einzuschätzen, ob dieses Abkommen die Sicherheit der Bürger, die wir alle in diesem Plenarsaal hier vertreten, verbessert oder nicht.

Es wird eine Verbesserung des Sicherheitsniveaus in ganz Europa geben, und das wird sich auf die Sicherheit anderer Bürger weltweit, auch in den Vereinigten Staaten, ausweiten. Ich stimme mit denen überein, die gesagt haben, dass der Rat nicht korrekt mit dem Europäischen Parlament umgegangen ist, aber ich glaube, dass die Botschaft, die der Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres letzte Woche versandt hat, dem Rat eine Lehre erteilt hat, eine Lehre, die er sicherlich verstanden hat. Ebenso habe ich Verständnis für die Bedenken meiner Kollegen bezüglich der Frage der Privatsphäre, aber hier müssen wir uns daran erinnern, dass dieses Abkommen vorläufig ist. Das bedeutet, dass ein neues Abkommen aufgesetzt werden muss, das bessere Sicherheitsgarantien bietet.

Herr Präsident, in Ihrer Einleitung haben Sie die Verantwortung erwähnt. Ich appelliere an meine Kolleginnen und Kollegen, die Befugnisse dieses Parlaments, die neuen Befugnisse, die wir haben, voller Verantwortung zu nutzen, um wirklich in der Lage zu sein, den 500 Millionen Bürgerinnen und Bürgern gegenüber zu treten und ihnen zu sagen, dass wir ihre Sicherheit verteidigen. Wenn möglich sollte die Abstimmung morgen verschoben werden, um mehr Einigkeit in diesem Plenarsaal zu erzielen. Wir sind bereit, eine Verschiebung der Abstimmung zu erwägen, aber wenn das nicht garantiert ist, sollten wir dafür stimmen.

Claude Moraes (S&D). – Herr Präsident, auch wir von den Sozialisten und Demokraten wollen für die europäischen Bürgerinnen und Bürger und gegen den Terrorismus kämpfen. Daher werden wir, wie mein Fraktionsführer sagte, ein „Nein“ bei der morgigen Abstimmung empfehlen, um sicherzustellen, dass wir in diesem Parlament zu dem ersten Zustimmungsverfahren nach Lissabon gegen ein für das gesamte Parlament schlechtes Abkommen stimmen.

Das ist für uns keine sektiererische Frage, sondern eine Tatsachenfrage. Es geht darum, ob ein schlecht ausgearbeitetes Abkommen den Interessen der Sicherheit und des Kampfes gegen den Terrorismus dient. Wie einer meiner Berater einmal sagte – und er ist Anwalt, ich war früher Anwalt und Herr Kirkhope war auch Anwalt –, indem er Benjamin Franklin zitierte: Wer die Sicherheit so weit über die Freiheit stellt, verdient keins von beiden.

Wir sind uns einig, dass wir für die Bürgerinnen und Bürger der EU ein gutes Abkommen wollen. Bezüglich Coreper stimmt es, dass der Rat all die Probleme aufgebracht hat, die wir als Fraktion als die wichtigsten Themen angesehen haben. Auch Frau Clinton hat in ihrem Schreiben anerkannt, dass das Parlament ein Argument hatte, aber keines dieser Dokumente ging weiter und gab uns eine Vorlage zur Lösung dieses Problems, und das ist der Grund, warum ein „Nein“ uns zu einem besseren Abkommen für das gesamte Parlament bringen wird.

Also appellieren wir als Fraktion an das ganze Haus und nicht nur unsere Fraktion, die Berichterstatterin in ihren Bemühungen um ein besseres Abkommen zur Bekämpfung des Terrorismus zu unterstützen. Niemand kann hier moralische Überlegenheit geltend machen; wir wollen einen wirksamen Kampf gegen den Terrorismus, das bedeutet ein besseres Abkommen und das ist es, was wir heute Abend den Sozialisten und Demokraten unserer Fraktion empfehlen werden.

Agustín Díaz de Mera García Consuegra (PPE). – (ES) Herr Präsident! Ich lehne die Methoden und die Zeitpunkte ab, die für dieses Abkommen genutzt werden. Die Rolle des Parlaments ist ein entscheidender Teil des Vertrags von Lissabon, und sie sollte von allen Beteiligten geachtet werden.

Weiter zur Grundlage des Themas: der größte Schaden, den eine demokratische Gesellschaft dem Terrorismus zufügen kann, besteht in der Beschneidung seiner finanziellen Ressourcen. Daher sollte das vorläufige Abkommen in Kraft bleiben, während das endgültige Abkommen dringend ausgehandelt wird. Bei mindestens neun Gelegenheiten haben SWIFT und das Programm zum Aufspüren der Finanzierung des Terrorismus ihre Wirksamkeit und ihren Wert bei der Vorbeugung und Verhinderung terroristischer Aktivitäten in Europa, Asien, Afrika und Amerika im Zusammenhang mit dem Text des vorläufigen Abkommens und des Datenschutzes nachgewiesenermaßen gezeigt.

Welcher Bericht sollte sich durchsetzen, meine Damen und Herren? Der des Europäischen Datenschutzbeauftragten oder der des Spezialrichters, denn beide sind gut begründet aber widersprüchlich. Nein, meine Damen und Herren, wir haben zu diesem Thema weder eine Aussprache geführt noch eine Lösung gefunden. Der Wortlaut des vorläufigen Abkommens garantiert Rechte. Er gibt an, dass die zur Verfügung gestellten Daten ausschließlich zur Verhinderung von Terrorismus oder dessen Finanzierung verwendet werden dürfen; dass keine Kopien der Daten angefertigt werden dürfen; dass die zur Verfügung gestellten Daten nicht mit anderen Datenbanken verbunden werden dürfen; und dass nur öffentliche Sicherheitsbehörden Zugang zu diesen Daten haben dürfen.

Ich vertraue der Regierung der Vereinigten Staaten und der großen Demokratie, von der sie aufgestellt wurde. Wir haben eine Verpflichtung, unsere Beziehungen mit diesem Land zu stärken, denn wir sind natürliche, gegenseitig verlässliche Partner.

Aus all diesen Gründen unterstütze ich eine Abstimmung in diesem Hause zugunsten des vorläufigen Abkommens, und ich begrüße den sehr positiven Schritt, den das Parlament unternommen hat, um seine Macht durchzusetzen, und die Tatsache, dass Frau Clinton und Herr Geithner diese Macht als ein unerlässliches Element für Gegenwart und Zukunft anerkannt haben.

Und schließlich, Herr Präsident, wissen der Rat und die Kommission, was von ihnen erwartet wird. Ein interinstitutionelles Abkommen ist dringend erforderlich.

Stavros Lambrinidis (S&D). – Herr Präsident, ein einfacher Brief vom Rat, dass die Verhandlungsrichtlinien die Bedenken des Parlaments voll beachten werden, dass die Verhandlungen mit den Vereinigten Staaten sofort und nicht irgendwann in der Zukunft beginnen werden, und dass das Parlament an diesen Verhandlungen voll beteiligt wird, hätte vielleicht gereicht und er wäre nicht so schwer zu schreiben gewesen, um die Bedenken dieses Parlaments bezüglich der Art, wie es in der Vergangenheit behandelt, ignoriert und übergangen wurde, zu zerstreuen.

Aber Sie schaffen das nicht einmal heute. Die Massenübermittlung von Daten ist, wie die Frau Kommissarin sagte, nicht das Problem. Nur einige der Daten gehen dorthin. SWIFT sagt uns, dass dies nicht der Fall ist. Die Verwaltung der Vereinigten Staaten sagt uns, dass dies nicht der Fall ist. Es gibt keinen Beweis dafür, was Sie in dieser Erklärung behaupten.

Sie erwähnten die Verhandlungsrichtlinien, mit denen Sie fast fertig sind. Wo sind sie? Warum können Sie uns, in Anbetracht der Dringlichkeit, die heute besteht, nicht genau sagen, wo Sie mit dem Parlament übereinstimmen und wo Sie nicht mit ihm übereinstimmen, anstatt allgemeine Erklärungen abzugeben.

Ich bin der Meinung, dass es äußerst wichtig ist, zusammen mit den Vereinigten Staaten gegen den Terrorismus zu kämpfen. Ich bitte die Vereinigten Staaten und den Rat dringend, nach unserer Abstimmung morgen sehr ernsthaft mit uns zusammenzuarbeiten, und nicht bilaterale Wege zu wählen oder davon zu träumen, die Solidarität aufzukündigen, sondern daran zu arbeiten, die Grundrechte zu schützen, während wir die Sicherheit schützen.

Birgit Sippel (S&D). - Herr Präsident! Wer die vielen Gespräche zu SWIFT gerade in den letzten Wochen verfolgt hat, könnte ja den Eindruck gewinnen, ohne SWIFT bricht das Chaos über uns herein, eine Ablehnung des Abkommens beendet die transatlantischen Beziehungen und damit die gemeinsame Terrorismusbekämpfung. Diese Drohvermutungen lassen sich kurz mit einem Wort beschreiben: Es ist lächerlich! USA und Rat versuchen nicht, ein unverzichtbares Instrument zu retten, sie betreiben Gesichtswahrung.

Es gibt ja eine Vielzahl von Abkommen und Maßnahmen zur Terrorismusbekämpfung. SWIFT könnte ein nützlicher Baustein sein. Der missglückte Anschlag vom 25.12. hat es deutlich gezeigt: Es fehlt nicht an Daten, es fehlt an einem effektiven Umgang mit ihnen. Davon soll abgelenkt werden. Das Übergangsabkommen ist schlicht grottenschlecht. Es ist in sich widersprüchlich. Anstatt geeignete Vorkehrungen dafür zu treffen, dass wirklich nur Daten von konkret verdächtigten Personen übertragen werden, gehen jeden Monat massenhaft Daten an die USA. Das Abkommen missachtet in eklatanter Weise Bürgerrechte, Datenschutz und rechtsstaatliche Prinzipien. Wenn Rat und USA jetzt wirklich bereit wären, dieser Kritik zuzustimmen und sie in ein Abkommen aufzunehmen, dann gäbe es erst recht keinen Grund, diesem schlechten Abkommen zuzustimmen. Im Interesse der Bürgerinnen und Bürger muss dann gelten: Nein zum Übergangsabkommen, sofortige neue Verhandlungen, damit wir dann ein wirklich gutes Abkommen, einen zusätzlichen, effektiven Baustein zur Terrorismusbekämpfung unter Wahrung unserer Grundrechte haben!

Juan Fernando López Aguilar (S&D). – (ES) Herr Präsident, der Vertrag von Lissabon hat ein neues Kapitel für dieses Parlament, aber auch für den Rat und die Kommission eröffnet.

Der amtierende Präsident des Rates hat in seiner Rede bemerkt, dass auf dieses Parlament gehört werden sollte und dass seine Bedenken und Forderungen in Betracht gezogen werden sollten.

Er hat außerdem bemerkt, dass die Verhandlung des Abkommens nicht gut oder nicht gut genug geführt wurde. Vor allem hat er jedoch eine zukünftige Verpflichtung ausgesprochen: dringend ein endgültiges Abkommen auszuhandeln, dass die Forderungen erfüllt, die im Bericht der Berichterstatterin angeführt wurden, u. a. die Forderung nach einem garantierten Recht Rechtsmittel einzulegen, auf Informationen und auf nachträgliche Änderung oder Löschung privater Daten.

Daher müssen wir ein neues Gleichgewicht zwischen Privatsphäre, bürgerlichen Freiheiten und Sicherheit finden, denn dies ist auch ein Grundrecht der Bürger, die wir in diesem Parlament vertreten.

Wie auch immer diese Aussprache also ausgeht, das Parlament bittet den Herrn Minister dringend, mit der Verhandlung so schnell wie möglich zu beginnen und damit dem Vertrag von Lissabon, der Charta der Grundrechte der Europäischen Union und den 500 Millionen Bürgerinnen und Bürgern, die dieses Parlament vertritt und die ein Grundrecht auf Sicherheit haben, Genüge zu tun.

Axel Voss (PPE). - Herr Präsident! Ohne einen effektiven und zügigen Datenaustausch gibt es im Zeitalter der Mobilität keine Sicherheit, und wir haben im Grunde die Aufgabe, unsere Bevölkerung gegen terroristische Anschläge zu schützen. Deshalb müssen wir die Balance finden zwischen der Sicherheit und der Privatsphäre. Eine solche Balance soll eben auch dieses Abkommen sein, das nun zur Debatte steht.

Aber wenn dies so wichtig ist, dann war das Vorgehen des Rates in diesem Fall einfach dilettantisch. Da bitte ich doch darum, dass man an die Berichterstatterin mehr Zugeständnisse macht und auch konkrete Dinge an sie weitergibt, um vielleicht doch noch zu einer Mehrheit im Parlament zu kommen.

Solange wir dies nicht haben, ist ja eigentlich das TFTP-Programm ein eigenes wichtiges Programm, solange wir dies nicht haben, ist es wichtig, SWIFT zu ermuntern, nur Einzeldaten zu übertragen. Solange wir dies nicht haben, wäre das hundertprozentige Abkommen richtig, und solange wir das nicht haben, ist dieses vorliegende Abkommen eben wichtig. Deshalb meine ich, sollte man in Richtung Verschiebung gehen und dann eben letztlich dem im Grunde

(Der Präsident entzieht dem Redner das Wort.)

Der Präsident. – Kollegen, dies ist eine sehr wichtige Diskussion. Ich möchte Sie nicht stören, aber Sie sprechen alle eine halbe Minute länger als Sie sollten. Es stehen 11 Personen auf der Liste. Wenn Sie alle so lange sprechen, kann ich den anderen nicht das Wort erteilen.

Jörg Leichtfried (S&D). - Herr Präsident! Niemand bezweifelt ernsthaft die Notwendigkeit des Kampfes gegen den Terrorismus. Aber für entwickelte rechtsstaatliche Demokratien stellt sich immer die Frage: Was wird gemacht und wie wird es gemacht? Diese Frage ist in diesem Fall ganz einfach zu beantworten: Es darf nicht so gemacht werden, dass 500 Millionen Menschen unter Generalverdacht gestellt werden, nicht so, dass man ganz massiv in ihre Rechte eingreift, ohne dass sie Rechtsschutzmöglichkeiten haben, und vor allem nicht so, dass man diese Maßnahmen unter Missachtung der vorgeschriebenen demokratischen Regelungen trifft.

Und jetzt stehen wir hier und sollen als Parlament das ausbaden, was eine arrogante schwedische Ratspräsidentschaft bewirkt hat. So nicht! Deshalb bin ich dafür, dass wir morgen gegen dieses Abkommen stimmen.

Carl Schlyter (Verts/ALE). – (SV) Herr Präsident, ich möchte sagen, dass durch diesen Vorschlag nichts verhindert werden wird – keine terroristische Tat wird verhindert werden. Keine der vier von dem Ratspräsidenten erwähnten Angriffe wären verhindert worden, wenn auch vielleicht die nachfolgenden Ermittlungen einfacher geworden wären. Dieses Abkommen verringert die Sicherheit auf dieselbe Weise, wie jedes Totalüberwachungsgesetz die Internetsicherheit verringert, denn da wo es totale Überwachung gibt, werden Menschen versuchen, sie zu umgehen – selbst ehrliche Bürgerinnen und Bürger. Dann werden Anonymisierungsdienste im Netz geschaffen, genauso wie jetzt im Banksektor. Wenn sich Terroristen zwischen normalen Menschen verstecken können, wird die Sicherheit verringert. Das ist ein schlechtes Abkommen.

Stattdessen rufe ich zu einer vollständigen Überprüfung all dieser Antiterrorismusgesetze auf. Was kosten sie, und was ist ihre gemeinsame Auswirkung auf die Privatsphäre und die Freiheit? Erst dann werde ich überhaupt darüber nachdenken, zugunsten von noch mehr Antiterrorismusgesetzen zu stimmen. Zeigen Sie uns anhand öffentlicher Dokumente, nicht anhand geheimer Dokumente, wie wirksam diese Maßnahmen sind.

Janusz Władysław Zemke (S&D). – (PL) Herr Präsident, ich möchte die Aufmerksamkeit auf zwei Angelegenheiten lenken, die meiner Meinung nach sehr wichtig sind. Es ist unbestritten, dass wir den Terrorismus bekämpfen müssen, aber bei unserer Diskussion geht darum, wie dies getan werden sollte und welche Art Abkommen mit den Amerikanern in dieser Hinsicht unterzeichnet werden sollten. Ich möchte auf zwei Aspekte zu sprechen kommen. Der erste ist, dass das Abkommen nur eine der Parteien betrifft – es ist ein einseitiges Abkommen. Haben wir darüber nachgedacht, dass die zuständigen Dienste in Europa ebenso Daten aus den USA erhalten könnten, was den Kampf gegen den Terrorismus hier in Europa vereinfachen könnte? Der zweite Aspekt: der grundlegende Einwand betrifft die Tatsache, dass es möglich sein wird, alle Finanzdaten zu erhalten. Ich betone besonders das Wort „alle“. Ich denke, wir sollten daraufhin arbeiten, den amerikanischen und europäischen Spezialdiensten nur Daten von Einheiten zur Verfügung zu stellen, die unter Verdacht stehen.

Marian-Jean Marinescu (PPE). – (RO) Der Rat hat das Abkommen sehr spät an das Europäische Parlament gesandt, was außergewöhnlich ist. Ich hoffe, dass sich Vorfälle dieser Art nicht mehr wiederholen werden. Andererseits wurde ich von der intensiven Zusammenarbeit zwischen den US-Behörden und dem Europäischen Parlament sehr angenehm überrascht. Unerwarteterweise haben sie auf diese Institution gehört, was etwas ist, was ich in Zukunft gern öfter erleben würde.

Ich erwarte dasselbe Interesse von den US-Behörden auch zu der gleichberechtigten Behandlung der Mitgliedstaaten bezüglich des Programms für die Befreiung von der Visumpflicht. Die Vereinigten Staaten müssen noch klare, transparente Kriterien zur Ablehnung von Visaanträgen in bestimmten Mitgliedstaaten einführen. Trotzdem glaube ich, dass das vorläufige Abkommen unterstützt werden muss, weil es zur Sicherheit der europäischen Bürgerinnen und Bürger beiträgt. Die Genehmigung dieses Abkommens darf jedoch nicht die Verhandlungen mit den Vereinigten Staaten zu einem dauerhaften Abkommen zum Stillstand bringen, bei denen all die Einwände des Parlaments angesprochen werden.

Eva Lichtenberger (Verts/ALE). - Herr Präsident! Der Rat hat heute zugegeben, dass das Verhandlungsergebnis vielleicht nicht optimal ist. Das sollten wir doch aufgreifen und etwas Besseres daraus machen. Dazu können wir aber nicht einfach in die Verschiebung gehen, weil diese Verschiebung ja ohne Bedingungen stattfindet. Wir stehen doch das nächste Mal im Plenum wieder vor derselben Situation. Ich sehe nicht, dass sich da irgendetwas verändern wird.

Mein zweiter Punkt: Versprechen, dass es in der nächsten Verhandlungsrunde ohne Mitwirkung des Parlaments besser wird, hatten wir mittlerweile schon genug. Es wurde uns auch vor diesem Abkommen schon versprochen, dass diesmal alles ganz anders werden würde. Wiederum – hier hilft kein Verschieben, sondern hier hilft nur ein klares Signal.

Drittens: Die angesprochenen Sicherheitslücken, von denen jetzt immer wieder gesagt wird, dass sie entstehen würden, wenn wir dem Interimsabkommen nicht zustimmen, existieren nicht. Das belegen Rechtsgutachten, die uns auch vorliegen. Wir haben Rechtshilfeabkommen.

Sajjad Karim (ECR). – Herr Präsident, die Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger ist für uns alle von höchstem Interesse und es ist viel zu einfach, uns als schwach im Kampf gegen den Terrorismus darzustellen, wenn wir hier auftreten und darum bitten, dass die bürgerlichen Freiheiten unserer Bürgerinnen und Bürger geschützt werden. Ich habe dies wiederholt bei vielen Nationalparlamentariern in Bezug auf Maßnahmen, die dieses Haus ergreift, erlebt.

Bei SWIFT gibt es natürlich viele Erfolgsbeispiele, und wir unterstützen all diese Beispiele, aber es ist genauso wichtig, uns auf die Fälle zu konzentrieren, in denen SWIFT versagt hat oder uns enttäuscht hat. Es hat in der Europäischen Union viele fehlgeschlagene oder misslungene Ermittlungen gegeben. Allein in meinem Wahlbezirk wurden 12 unschuldige Menschen inhaftiert und konnten nicht angeklagt werden. Zum Zeitpunkt ihrer Inhaftierung wurden wir informiert, dass Finanztransaktionen Teil der erhebliche Beweise gegen sie waren.

Was können wir aus diesen misslungenen Fällen lernen? Rat, lassen Sie uns behutsam vorgehen. Wir haben Zeit. Wir stehen nicht mit dem Rücken zur Wand. Es gibt einen Weg nach vorn. Lassen Sie uns alles verschieben. Rat, gehen Sie zurück; tun Sie dies ordentlich – nicht dieses Hauses wegen, sondern unserer Bürgerinnen und Bürger wegen.

Carlos Coelho (PPE). – (PT) Herr Präsident, in meinem Land braucht ein Polizeibeamter, der Zugriff auf ein Bankkonto erhalten möchte, einen Gerichtsbefehl. Ich kann kein Abkommen akzeptieren, durch das Tausende oder Millionen von Bankdaten zur Durchsicht an einen amerikanischen Polizeibeamten weitergeleitet werden, ohne dass eine gerichtliche Erlaubnis erforderlich ist. Dem ausgehandelten vorläufigen Abkommen mangelt es an Datenschutz. Datenschutz ist kein Luxus – es ist eine Voraussetzung unserer Freiheit. Es gibt hier einen Mangel an Gegenseitigkeit und einen Mangel an Verhältnismäßigkeit. Das können wir nicht zulassen.

Wir hoffen inständig, dass das endgültige Abkommen ordentlich ausgehandelt wird. Wie kann es ausgehandelt werden? Wird es auf einer schwachen Grundlage oder auf einer vernünftigen Grundlage ausgehandelt? Ich glaube, dass es besser für uns ist, wenn wir kein schlechtes vorläufiges Abkommen haben, als wenn wir irgendein Abkommen zu haben. Wenn wir das vorläufige Abkommen ablehnen, bedeutet dies, dass wir eine gute Grundlage für die Aushandlung des endgültigen Abkommens haben.

Monika Flašíková Beňová (S&D). – (SK) Man sagt, dass gute Abkommen von gleichberechtigten Partnern gemacht werden. Das Abkommen jedoch, das gegenwärtig ausgearbeitet wird, weist nicht darauf hin, dass

wir gleichberechtigte Partner sind, sondern eher darauf, dass die Vereinigten Staaten Forderungen an uns stellen und erwarten, dass wir mit ihren Ansichten übereinstimmen.

Aufgrund des Vertrags von Lissabon hat das Europäische Parlament jetzt jedoch viel mehr Macht und die Aufgabe der hier sitzenden Abgeordneten besteht darin, die Interessen und Rechte, die Grundrechte der 500 Millionen Bürgerinnen und Bürger der EU-Mitgliedstaaten zu verteidigen. Daher unterstütze ich auch den Antrag, dass dieses Abkommen überarbeitet wird, und zwar so, dass die Vorschläge aufgenommen werden, deren Aufnahme in das Abkommen wir Abgeordnete des Europäischen Parlaments, die einzigen direkt gewählten Vertreter in allen EU-Institutionen, erwarten.

Ich weiß, dass es Länder in der Europäischen Union gibt, die gewaltige Probleme mit Terrorismus haben. Schließlich ist Spanien eines der Länder, das seit langem den Terrorismus bekämpft, und ich glaube, dass der Rat in diesem Fall der Partner des Europäischen Parlaments und nicht der Partner der Vereinigten Staaten von Amerika sein wird.

Alfredo Pérez Rubalcaba, *amtierender Präsident des Rates*. – (ES) Herr Präsident, zu allererst möchte ich sagen, dass ich mit großem Interesse und Dankbarkeit all den Reden der Damen und Herren Abgeordneten zugehört habe, Reden, in denen sowohl Unterstützung als auch Kritik geäußert wurden, obwohl letztere zugegebenermaßen in der Mehrzahl waren. Aber ich begrüße sie alle.

Zuerst möchte ich sagen, dass ich sehr erfreut bin, dass in der Aussprache in diesem Haus wieder einmal bestätigt wurde, dass das Parlament, die Kommission und der Rat bei der Verteidigung unserer gemeinsamen Werte und, wie ich in meiner Rede sagte, in ihrer entschlossenen Haltung gegen jede Art von Terrorismus völlig miteinander übereinstimmen. Meiner Meinung nach ist dieser Konsens sehr wichtig, und wir sollten ihn nicht vergessen.

Ich möchte zwischen zwei völlig verschiedenen Arten von Kritik unterscheiden, die wir heute in Bezug auf das SWIFT-Abkommen, das wir heute Nachmittag untersucht haben, gehört haben. Kritik aus Verfahrensgründen und Kritik aus inhaltlichen Gründen.

Es stimmt, dass es ständige Kritik am Inhalt dieses Abkommen gegeben hat, selbst von den Abgeordneten, die ein Abkommen wie dieses ausdrücklich unterstützt haben. Ich wiederhole, was ich in meiner früheren Rede gesagt habe, dass es vielleicht hätte besser gemacht werden können; tatsächlich hätte es mit Sicherheit besser gemacht werden können. Ich habe jedoch auch gesagt, und hier wiederhole ich mich erneut, dass, wie die Damen und Herren Abgeordneten genau wissen, die zeitlichen Beschränkungen bestanden, so dass der Rat und die Kommission innerhalb eines sehr kurzen Zeitrahmens Maßnahmen ergreifen mussten. Ich möchte auf jeden Fall deutlich machen, dass, wie ich heute Nachmittag bereits einmal sagte, der Rat wünscht, dass die Dinge von jetzt an anders geregelt werden und nicht so wie in der Vergangenheit.

Einige Abgeordnete haben vermutlich aufgrund ihrer Erfahrung gesagt, dass dies ein Versprechen, eine Verpflichtung ist, das in diesem Hause wiederholt gebrochen wurde. Ich möchte zur Unterstützung des Rats sagen, dass dies eine Verpflichtung ist, die auf der grundlegenden Verpflichtung im Vertrag von Lissabon beruht, die ein Kernziel festlegt, dass dieses Haus eine immer wichtigere Rolle im institutionellen Leben Europas spielen soll, damit sich die Bürgerinnen und Bürger besser vertreten fühlen.

Diese Verpflichtung aus meinem Land, die eine grundlegende Verpflichtung innerhalb des Vertrags von Lissabon darstellt, ist der Grund, warum ich hier kategorisch feststellen möchte, dass der Rat während des spanischen Ratsvorsitzes anders handeln wird.

Falls einige den Worten des Rates nicht trauen, und dazu hätten sie das Recht, sollten sie sich daran erinnern, dass der Vertrag uns dazu zwingt, anders zu handeln. Wenn daher also der politische Wille des Rates nicht ausreicht, dann ist der Vertrag als Rechtsrahmen dazu da, sicherzustellen, dass in Zukunft anders gehandelt wird. Er ist darauf angewiesen, dass dieses Haus mit der Kommission zusammenarbeitet, und natürlich ist er angewiesen auf den gemeinsamen Geist, der hier von unseren Abgeordneten gezeigt wird, einem Geist, der ein Gleichgewicht sucht zwischen der Verteidigung der Sicherheit und der Erhaltung unserer Kernwerte; es ist ein paneuropäischer Geist, mit dem der Rat völlig übereinstimmt.

Ich möchte drei Bemerkungen zu dem Thema machen. Ich werde mich nicht den etwas spezielleren Fragen zuwenden, die kritisiert wurden, wobei ich der Meinung bin, dass einige von ihnen zu unrecht kritisiert wurden. Zum Beispiel wurde mehrfach gesagt, dass das SWIFT-Abkommen, wie es jetzt in diesem Haus vorliegt, die Massenübermittlung von Daten erlaubt. Es wurde nicht gesagt, sollte aber klar geäußert werden, dass dies nicht die Logik hinter diesem Abkommen ist, und dass die Massenübertragung nach dem SWIFT-Abkommen nur in Ausnahmefällen zulässig ist und zwar ausschließlich dann, wenn es einen rechtlich

begründeten Verdacht gibt (Artikel 4, Absatz 6 des Abkommens). Das ist nur ein Beispiel. Es gab weitere, etwas oberflächliche Anschuldigungen zu dem Inhalt des Abkommens, von denen ich glaube, dass da eine Überprüfung nützlich wäre, aber ich werde mich jetzt nicht darauf beziehen.

Ich möchte zwei weitere Anmerkungen in dieser Angelegenheit machen. Erstens möchte ich ebenso wie die Kommission und einige Abgeordnete dieses Hauses betonen, dass das Abkommen nützlich im Kampf gegen den Terrorismus ist. Ich habe Ihnen einige Beispiele angeführt und es gibt weitere in dem Bericht von Richter Bruguière, der den Abgeordneten ausgehändigt wurde. Ich kann ein weiteres Beispiel aus meinem Land anführen oder besser noch zwei, auf die ich mich zuvor bezogen habe.

Es stimmt, dass das SWIFT-Abkommen mit guten Ergebnissen genutzt wurde, um die Angriffe vom 11. März in Madrid zu untersuchen. Es ist auch hilfreich, wenn wir uns daran erinnern, dass das SWIFT-Abkommen genutzt wurde, um vor etwas über einem Jahr einen Angriff auf die Stadt Barcelona zu verhindern. Alle Täter dieser Angriffe verbüßen zurzeit ihre Strafen in spanischen Gefängnissen.

Daher kann ich sagen, ja es funktioniert und ja es hat es uns ermöglicht, Ergebnisse zu erzielen. Da dies der Fall ist, werden die Damen und Herren Abgeordneten sicher mit mir darin übereinstimmen, dass eine Aussetzung des Abkommens tatsächlich bedeuten würde, die Sicherheitsstandards für die europäischen Bürgerinnen und Bürger zumindest leicht zu senken. Sicher müssen Sie akzeptieren, dass eine Aussetzung des Abkommens, wenn es funktioniert und bereits funktioniert hat, zu etwas weniger Sicherheit führen würde, und ich wähle meine Worte hier vorsichtig, damit niemand dem Rat vorwerfen kann, zu dramatisch zu sein. Wir würden mit Sicherheit etwas weniger Sicherheit haben; so einfach ist das.

Das ist es, was ich im Namen des Rates betonen möchte, und ich denke, die Kommission stimmt damit auch überein, dass es entscheidend ist, dieses Abkommen nicht auszusetzen. Es kann sein, dass dieses Abkommen Kritik rechtfertigt, und ich möchte erneut betonen, dass wir die harte Kritik, die wir diesen Nachmittag hier gehört haben, anerkennen. Die ehrenwerten Abgeordneten stimmen jedoch sicherlich mit mir überein, dass dieses Abkommen wesentlich besser ist als das Protokoll über den Datenaustausch, an das sich die Vereinigten Staaten und die EU jahrelang halten mussten.

Das heute diskutierte Abkommen ist wahrscheinlich nicht perfekt. Verbesserungen sind sicherlich möglich, und ich kann sogar mit einem Teil der Kritik aus bestimmten Lagern übereinstimmen, aber ich bitte Sie darum, wie ich anzuerkennen, dass es eine Verbesserung gegenüber dem ist, was wir vorher hatten. Die EU, der Rat und die Kommission haben mehrere Anträge in das Abkommen eingebracht, die zu Bedenken bei einigen Abgeordneten führen, die hauptsächlich versuchen zu garantieren, dass die Sicherheit nicht auf Kosten der Menschenrechte und der Grundfreiheiten gewährleistet wird; und das zu Recht.

Daher möchte ich wiederholen, was der Kommissar sagte, dass es wichtig ist, das Abkommen nicht auszusetzen. Ich möchte außerdem gegenüber dem Parlament wiederholen, dass der Rat ernsthaft wünscht, ein neues Abkommen auszuhandeln – das dauerhaft gelten wird – ein Abkommen, das viele der heute Nachmittag geäußerten Themen aufgreifen wird, Themen, mit denen der Rat übereinstimmt und die er gern öffentlich umsetzen möchte. Der Rat verpflichtet sich, dies zu tun. Tatsache ist, dass der amtierende Ratspräsident diese Verpflichtung bereits in einem Schreiben an den Präsidenten des Parlaments eingegangen ist, wir sie aber noch aufrechterhalten müssen, wenn es an der Zeit ist zu verhandeln.

Daher diskutieren wir heute über ein vorläufiges Abkommen, das die gegenwärtige Situation verbessert. Wir diskutieren ein Abkommen, das neun Monate gelten wird, und das ist die Zeit, die die Kommission, der Rat und das Parlament benötigen werden, um ein neues Abkommen auszuhandeln, das endgültig sein wird, ein Abkommen, das ganz sicher all die sehr vernünftigen Vorsichtsmaßnahmen enthalten wird, die in der Aussprache heute Nachmittag im Parlament diskutiert wurden.

Der Rat kann die Aussprache von heute Nachmittag nicht ignorieren. Wir können die Tatsache nicht ignorieren, dass dieses Abkommen viel Kritik auf sich gezogen hat. Wie gesagt, manche Kritik war sicher begründeter als andere, aber auf jeden Fall wurde kritisiert, und ich denke, dass dies ernsthaft in Betracht gezogen werden muss. Ich bitte im Namen des Rats, dass uns das Parlament Zeit zum Nachdenken gibt.

Natürlich Zeit, um diese Aussprache mit meinen Kolleginnen und Kollegen im Rat zu analysieren und diskutieren, Zeit, um sie mit der Kommission zu diskutieren, und schließlich Zeit, um die Möglichkeiten für ein besseres Abkommen mit den USA zu erforschen, was ich für eine echte Möglichkeit halte. Meine Damen und Herren, Herr Präsident, wir bitten um Zeit, dass Sie uns erlauben in einigen Wochen, wenigen Monaten, wieder vor dieses Parlament zu treten, um garantieren zu können, dass wir die Grundlagen für die Unterzeichnung eines endgültigen Abkommens geschaffen haben, das die von einigen ehrenwerten

Abgeordneten heute geäußerten Bedenken in Betracht zieht. Bedenken, die, ich wiederhole, in vielen Fällen die Bedenken des Rats widerspiegeln.

Cecilia Malmström, Mitglied der Kommission. – Herr Präsident, dies war eine äußerst wichtige Aussprache. Das ist völlig korrekt, denn wir sprechen über so wichtige Themen wie die Gewährleistung der Sicherheit für unsere Bürgerinnen und Bürger, aber auch über die Aufrechterhaltung guter Informations- und Austauschsysteme mit einem hohen Maß an Datenschutz.

Wie der Präsident des Rates sagte, gab es, denke ich, einige Fragen und ein paar Missverständnisse. Einige davon werden in dem Bruguère-Bericht beantwortet, also möchte ich Sie dazu anregen, diesen zu lesen. Aber ich denke, wir müssen verstehen und uns daran erinnern, warum wir ein vorläufiges Abkommen haben. Warum haben wir es? Nun, weil SWIFT auslief und wir uns in der Situation wiederfanden, dass es keine Vorschriften zur Übermittlung von Daten gab, also haben der Rat und die Kommission schnell reagiert, um etwas einzurichten. Wir haben von den Vereinigten Staaten bestimmte Zugeständnisse erhalten und einige sehr gute Datenschutzmechanismen. Außerdem baten zwei betroffene Mitgliedstaaten darum, daran beteiligt zu werden, damit es einen europäischen Ansatz dabei gibt und bilaterale Abkommen vermieden werden. Es ist wichtig, dass wir uns daran erinnern.

Dies ist jetzt also, wie gesagt, ein vorläufiges Abkommen; es kann verbessert werden, und es wird verbessert werden. Es ist die volle Absicht der Kommission und des Rates, das Europäische Parlament gemäß dem Vertrag von Lissabon bei dem dauerhaften Abkommen einzubeziehen. Wir brauchen mehr Aufklärung bezüglich Entschädigungen, rechtmäßiger Datenverarbeitung und der Löschung von Daten. Das dauerhafte Abkommen wird außerdem Garantien zur Korrektur und zum Zugriff auf Informationen enthalten.

Herr Lambrinidis hat gefragt, warum die Kommission das nicht hat. Nun, Herr Lambrinidis, die Kommission ist seit 16 Stunden und 20 Minuten im Amt. Das ist ein äußerst wichtiges Verhandlungsmandat. Wir müssen in der Lage sein, dies gemeinsam mit der neuen Kommission zu diskutieren, bevor wir das vollständige Verhandlungsmandat, das mit dem Europäischen Parlament diskutiert wird, ausformulieren. Wir haben erst vor sehr kurzer Zeit unser Amt übernommen, also können Sie nicht von uns erwarten, dass wir dies bereits getan haben. Aber wir werden sicherstellen – und Herr Barroso hat dies in seinem Brief an Herrn Buzek ganz klar ausgedrückt –, dass wir an dem Verhandlungsmandat arbeiten; wir werden es dem Europäischen Parlament so schnell wie möglich vorstellen und sicherstellen, dass Sie regelmäßig darüber informiert werden.

Es ist vielleicht eine gute Idee, die Abstimmung zu verschieben, und wir brauchen eventuell mehr Zeit, um das Mandat zu diskutieren. Sie werden das Verhandlungsmandat sehen; Sie werden Zeit haben, sich die Papiere, die Berichte und so weiter anzusehen, und die Kommission ist, wie ich sagte, bereit, mit Ihnen und dem Rat zusammenzuarbeiten, um hier ein gutes – und viel besseres – dauerhaftes Abkommen zu erzielen.

Der Präsident. – Kolleginnen und Kollegen, während der Ausführungen des Rates und der Kommission kommt die „blaue Karte“-Regel nicht zur Anwendung. Aber dies ist eine äußerst wichtige Diskussion. Wir müssen morgen eine Entscheidung fällen.

Dies entspricht nicht den Regeln, aber dürfte ich Sie bitten, Herr amtierender Präsident des Rates, zwei kurze – und ich betone kurze – Fragen von Herrn Schulz und Herrn Lambrinidis zu akzeptieren, nichts weiter, da wir dieses Thema für weitere zwei Stunden diskutieren könnten.

Martin Schulz (S&D). – Herr Präsident! Herr Ratspräsident, ich habe Ihnen aufmerksam zugehört, wie alle Kolleginnen und Kollegen auch. Sie haben die Formulierung verwendet: „Geben Sie mir mehr Zeit, um mit meinen Kolleginnen und Kollegen im Rat zu reden, geben Sie mir mehr Zeit, zurückzukommen mit einem verbesserten Abkommen!“ Ich frage Sie deshalb sehr präzise, ob ich das so verstehen darf, dass der Rat nicht mehr auf diesem Abkommen und auf der Abstimmung über dieses Abkommen beharrt und Sie Zeit haben wollen, um mit den Vereinigten Staaten von Amerika über ein neues, verbessertes Abkommen zu verhandeln. Habe ich Sie richtig verstanden, dass das Ihre Aussage war?

Stavros Lambrinidis (S&D). – Herr Präsident, ist sich der Rat der Tatsache bewusst, dass SWIFT in den letzten Jahren nicht ein einziges Mal konkrete Daten übermittelt hat, weil es diese nicht auslesen kann, sondern immer Massendaten übermittelt?

Ist sich der Rat der Tatsache bewusst, dass genau aus diesem Grund ein Abkommen zwischen den USA und SWIFT besteht, nach dem SWIFT-Personal im US-Finanzministerium arbeitet, das sicherstellt, dass die Massendaten, die das Finanzministerium erhält, nicht in der Masse durchsucht werden?

Ist sich der Rat der Tatsache bewusst, dass das vorläufige Abkommen nicht das kleinste Zugeständnis an das Parlament enthält? Wenn ich recht habe – was ich hoffe – engagieren sich der Rat und die Kommission dafür, die Massendatenfrage in dem Mandat für die Verhandlungen äußerst ernst zu nehmen?

Alfredo Pérez Rubalcaba, *amtierender Präsident des Rates*. – (ES) Herr Präsident, der Rat möchte erneut wiederholen, wie wichtig es ist, dass wir den Fluss des Finanzdatenaustauschs zwischen Europa und den Vereinigten Staaten nicht unterbrechen.

Der Rat beachtet jedoch auch die Tatsache, dass die Vorsichtsmaßnahmen, Kritiken und Vorschläge der Damen und Herren Abgeordneten ernsthaft in Erwägung gezogen werden müssen.

Aus diesem Grund habe ich im Moment darum gebeten, mit allen Staaten der Europäischen Union, mit allen Mitgliedstaaten, zu arbeiten, um zu überprüfen, ob wir diese Erwägungen in das neue Abkommen aufnehmen müssen. Und was noch wichtiger ist, ich habe um Zeit zur Beratung mit den Vereinigten Staaten gebeten. Ich glaube, dass die USA bereit sind, viele der Vorsichtsmaßnahmen, Vorbehalte und Einschränkungen, die heute hier im Europäischen Parlament angeführt wurden, in das neue Abkommen zu integrieren. Kurz gesagt, sie sind bereit, sich um ein größeres Gleichgewicht zwischen Sicherheit und Freiheit in dem endgültigen Abkommen zu bemühen, was im Grunde das ist, worüber wir heute hier sprechen.

Ich hätte gern Zeit, um diese Möglichkeit zu untersuchen, damit ich zurück zum Parlament kommen und in einer Sitzung wie dieser vor der Abstimmung sagen kann, dass die Kommission und der Rat eine Verpflichtung der Vereinigten Staaten erhalten haben, diese Vorschläge des Europäischen Parlaments in das neue Abkommen zu integrieren.

Unter diesen Bedingungen denke ich, hätten wir eine ganz andere Aussprache als die, die wir heute Nachmittag hier führen.

Manfred Weber (PPE). – Das ist sehr nützlich, Herr Präsident, besten Dank, dass Sie das ermöglichen. Wenn ich es richtig verstehe – es ist ja eine sensible Frage, die wir jetzt zugespitzt diskutieren –, dann kann der Ratsvertreter uns nicht zusichern, dass das bestehende Abkommen nicht in Kraft gesetzt wird. Es wird also wirksam werden, wenn wir verschieben, wenn wir Zeit geben.

Daher meine nächste Frage: Kann uns der Ratsvertreter zusichern, dass zum Beispiel innerhalb eines Monats ein Langfristabkommen vorliegt, in dem die höheren Standards fixiert sind, oder sagt uns der Rat, dass wir trotzdem neun Monate warten müssen bis zum Ende der Periode? Eine unkonditionierte Zusicherung ist für das Parlament schwer zu akzeptieren, deswegen müssten wir klare Konditionen haben für das, was uns der Rat zusichert, um morgen eventuell eine Verschiebung zu beschließen. <

Agustín Díaz de Mera García Consuegra (PPE). – (ES) Herr Präsident, vielen Dank dafür, dass Sie die Geschäftsordnung dieses Hauses großzügig anwenden und den beiden Vertretern, erst von der Fraktion der Progressiven Sozialisten und Demokraten und dann von der Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten), das Wort erteilen.

Herr Rubalcaba, Sie haben es erfasst. Die meisten in dieser Aussprache in diesem Haus geäußerten Argumente waren fair. Ich habe große Achtung vor allem, was gesagt wurde. Diese Aussagen sollten jedoch eine dokumentarische und informative Komponente mit voller Kenntnis der Tatsachen haben, und ehrlich gesagt bin ich sehr überrascht, bestimmte Erklärungen zu hören, die auf anderes hinweisen. Solche Erklärungen hinterlassen den Eindruck, dass sehr wenige das Abkommen, das sie kritisieren, tatsächlich gelesen haben, denn hätten sie es gelesen, wäre es nicht möglich, dass sie einige dieser Argumente anbrächten.

Daher möchte ich Sie zu der Angelegenheit, die mein Kollege Herr Manfred Weber und Frau Hennis-Plasschaert in ihrem Brief erwähnten, fragen, Herr Rubalcaba (wie Sie bereits wissen, bin ich für die Erhaltung des vorläufigen Abkommens, während wir ein neues Abkommen aushandeln). In ihrem Brief stellt Frau Hennis-Plasschaert dieselbe Frage wie Herr Manfred Weber. Kann der Rat dem Parlament garantieren, dass er mit Beteiligung dieses Hauses den endgültigen Text des neuen Abkommens im Juni im Ausschuss und im Juli im Plenum vorstellen wird?

Alfredo Pérez Rubalcaba, *amtierender Präsident des Rates*. – (ES) Herr Präsident, einige der Damen und Herren Abgeordneten fordern ein vorläufiges Abkommen, während andere ein dauerhaftes Abkommen fordern.

Was die Zeitplanung angeht, ist es sicherlich nicht dasselbe, diesem Haus die Grundlagen eines endgültigen Abkommens vorzulegen, oder anders gesagt eine Verpflichtung der Vereinigten Staaten vorzulegen, einige

der Vorsichtsmaßnahmen und Vorschläge, die dieses Haus vorgebracht hat, einzufügen, wie ein neues Abkommen auszuarbeiten.

Wenn der Herr Abgeordnete fragt, ob wir innerhalb eines Monats diesem Haus ein neues Abkommen vorlegen können, dann ist die Antwort „Nein“. Wenn Sie fragen, ob wir mit einer Frist von einigen Monaten diesem Haus die Ergebnisse des Dialogs zwischen den Vereinigten Staaten und dem Parlament, dessen Beteiligung sehr wichtig ist, vorlegen können, damit wir diskutieren können, ob wir recht haben, wenn wir denken, dass das endgültige Abkommen viel besser sein wird als das gegenwärtige, dann ist meine Antwort „Ja“. Meiner Meinung nach sind wir in der Lage, dies zu erreichen.

Genau darum bitte ich. Daher beziehe ich mich nicht ausdrücklich auf den Vorschlag der Berichterstatterin, den ich, wie ich zugebe, nach Einschätzung der allgemeinen Stimmung und der mehrfachen Maßnahmen und Reden gegen die Unterzeichnung des vorläufigen Abkommens heute Nachmittag nicht ernsthaft in Betracht gezogen habe. Lassen Sie mich meine Meinung wiederholen, dass es, da die Dinge so liegen wie sie liegen, wesentlich realistischer ist, das Haus um eine Frist von sagen wir drei Monaten zu bitten, um uns die Zeit zu geben, die Grundlagen eines Abkommens mit den Vereinigten Staaten zur Aussprache in das Parlament einzubringen. Anders gesagt würde dieses Abkommen die Elemente beinhalten, von denen wir in der EU (Kommission, Rat und Parlament) und die Vereinigten Staaten glauben, dass sie in das endgültige Abkommen aufgenommen werden sollten, das anschließend ausgehandelt wird.

Ich glaube, dass die Aussprache, die wir heute haben, unter diesen Umständen gänzlich anders wäre.

Jeanine Hennis-Plasschaert, Berichterstatterin. – Herr Präsident, es ist viel gesagt worden. Lassen Sie mich für Herrn Busuttil und insbesondere den amtierenden Ratspräsidenten betonen, dass durch die Zurückhaltung der Zustimmung zu dem vorläufigen Abkommen die Sicherheit der europäischen Bürgerinnen und Bürger nicht gefährdet wird. Ich denke, dass es sehr unfair ist, das als Argument zu verwenden. Andere Rechtsinstrumente stehen weiterhin für einen gezielten transatlantischen Datenaustausch zur Verfügung, und wie Herr Claude Moraes sagte, kann hier niemand moralische Überlegenheit geltend machen.

Was den USA-Brief angeht, wird dieser sicherlich geschätzt, da gibt es keinen Zweifel, aber zu sagen, dass die Meinungen des Parlaments angehört, erwogen und beantwortet werden, ist etwas schwach, oder nicht? Es ist sehr unverbindlich. Ebenso wurde gesagt, dass dies nur gegeben ist, wenn das vorläufige Abkommen in Kraft bleibt, was ich als reine Erpressung ansehe. Ich werde wütend, und das tut mir leid, aber diese Aussprache geht mir langsam auf die Nerven.

Das Programm zum Aufspüren der Finanzierung des Terrorismus stimmt nicht mit den stärksten europäischen Traditionen bezüglich bürgerlicher Freiheiten überein und kann auch nicht als vereinbar damit angesehen werden. Es muss als ein Abweichen von europäischem Recht und europäischer Praxis angesehen werden, und das möchte ich anerkannt haben. Wie ich bereits sagte, möchte ich das erneut klar hören. Außerdem möchte ich sagen, dass niemand an der Notwendigkeit einer weiteren und stärkeren Zusammenarbeit zwischen den USA und der EU zweifelt, wobei allerdings die EU und ihre Mitgliedstaaten, insbesondere im Rat, stark ihre eigenen Ziele aufstellen müssen. In dieser Hinsicht sind das Parlament und der Rat noch nicht aufeinander abgestimmt.

Lassen Sie mich zum Schluss noch betonen, dass es hierbei überall um europäische Verantwortung geht und dass eine europäische Lösung gefunden werden muss. Die Niederlande und Belgien dürfen bei dieser ganzen Geschichte nicht die „Gelackmeierten“ sein. Ich habe Ihren Erklärungen, der Bitte um mehr Zeit, genau zugehört, und ich bin bereit, diese Bitte an die Konferenz der Präsidenten weiterzuleiten, aber Sie haben mir die Bestätigung, nach der ich suchte, nicht gegeben: es war zu vage. Ich werde trotzdem Ihre Bitte an die Konferenz der Präsidenten weiterleiten, die sich später am heutigen Nachmittag treffen wird.

Der Präsident. – Die Aussprache wird beendet.

Die Abstimmung wird am Donnerstag, dem 10. Februar 2010, stattfinden.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 149)

Bruno Gollnisch (NI), schriftlich. – (FR) Die Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten zur Bekämpfung des Terrorismus ist wichtig, aber nicht zu jedem Preis. Das Abkommen mit den Vereinigten Staaten zur Übermittlung von Finanzdaten läuft eher darauf hinaus, unter dem Vorwand, dass Terroristen sich wahrscheinlich Briefe oder elektronische Nachrichten schicken, die persönliche Post aller europäischen Bürger zu öffnen und zu lesen oder all ihren E-Mail-Verkehr zu überwachen. Das Abkommen, über das wir sprechen, garantiert nicht die Achtung der persönlichen Daten und noch weniger die Verwendung dieser

Daten. Das Risiko der Einmischung in das Privatleben von Millionen unschuldiger Bürgerinnen und Bürger oder in die völlig legalen Finanztransaktionen europäischer Unternehmen einfach aufgrund von Anweisungen einer Behörde, ist nicht akzeptabel. Ich erinnere mich noch an die „Echelon“-Affäre, das Abhörssystem, das angeblich für militärische Zwecke und Sicherheitszwecke gedacht war und sich als gefährliches mögliches Wirtschafts- und Politspionagesystem gegen die Verbündeten herausstellte. Wir können einen Austausch akzeptieren, das heißt eine gegenseitige Übermittlung gezielter Daten aufgrund einer Anfrage einer gerichtlichen Behörde in einem konkreten Kontext. Wir wollen sicherlich dazu beitragen, dass die technische Blockade überwunden wird, die SWIFT daran hindert, etwas anderes als Massendatenübermittlungen vorzunehmen. Aber dieses Abkommen können wir nicht akzeptieren.

Indrek Tarand (Verts/ALE), schriftlich. – (FR) Herr Präsident, wir empfehlen unseren Kolleginnen und Kollegen, dass sie gegen diesen Bericht abstimmen mit dem Ziel, den Mitgliedern des Rats und der Kommission die Gelegenheit zu geben, einige Änderungen vorzunehmen und damit ihre Position zu ändern. Wir hoffen ganz stark, dass sie diese Gelegenheit ergreifen. Ansonsten hat Frankreich gerade entschieden, ein Kriegsschiff der Mistral-Klasse an Russland zu verkaufen; wir glauben, dass es dies ehrlich bedauern wird.

Zbigniew Ziobro (ECR), schriftlich. – (PL) Die Bedrohung durch den Terrorismus wird nicht geringer. Der jüngste Versuch eines Selbstmordattentäters, ein Flugzeug auf dem Flug von Europa in die USA in die Luft zu sprengen, zeigt, dass es Menschen gibt, die bereit sind, im Namen fanatischer Überzeugungen Hunderte unschuldiger Menschen zu töten. Es wäre jedoch ein Fehler, diese Terrorakte ausschließlich als die Taten verzweifelter Einzelpersonen anzusehen. Denn hinter allen Terroristen steht eine Organisation, die sie ausgebildet hat, mit Sprengstoffen ausgestattet hat und finanziert hat. Terrorismus muss gut organisiert sein, um zu überleben, und dafür braucht er grundsätzlich Geld. Wir dürfen unsere Bemühungen, Finanzbewegungen zurückzuverfolgen und die Quellen von Geldern, die zur Unterstützung des Terrorismus verwendet werden, zu finden, nicht beenden. Ein effizienter Informationsaustausch zwischen Regierungen und die gegenseitige Unterstützung bei der Identifizierung verdächtiger Personen und Organisationen ist eine Frage höchster Bedeutung, um die Sicherheit unserer Bürger zu gewährleisten. Wir sollten Anstrengungen unternehmen, um sicherzustellen, dass das endgültige Abkommen den erforderlichen Schutz persönlicher Daten garantiert.

Wir dürfen aber nicht vergessen, dass unser Hauptziel darin bestehen sollte, den Terrorismus einzuschränken, denn der Terrorismus ist immer noch eine echte Gefahr, auch in Europa. Wenn wir über die Sicherheit sprechen, sollten politische Spielchen zurückgestellt werden. Das Europäische Parlament sollte nicht seine Macht demonstrieren, indem es das vorläufige Abkommen mit der USA zur Verarbeitung von Finanztransaktionsdaten ablehnt, denn dieses Abkommen verbessert die Sicherheit unseres Kontinents.

VORSITZ: Stavros LAMBRINIDIS

Vizepräsident

14. Körperscanner - Rolle der Nachrichtendienste im Rahmen der Strategien zur Bekämpfung des Terrorismus (Aussprache)

Der Präsident. Der nächste Punkt auf der Tagesordnung ist die gemeinsame Aussprache über die Bekämpfung des Terrorismus und die Erklärungen des Rates und der Kommission zu Körperscannern und der Rolle der Nachrichtendienste im Rahmen der Strategien zur Bekämpfung des Terrorismus.

Alfredo Pérez Rubalcaba, amtierender Präsident des Rates. – (ES) Herr Präsident, meine Damen und Herren, ich möchte diese Aussprache gerne damit beginnen, dem Parlament für die Gelegenheit zu danken, eine sachliche Debatte über die Strategien bei der Terrorismusbekämpfung und insbesondere über gewisse Elemente der Strategie zur Terrorismusbekämpfung zu halten. Ich begrüße ebenfalls den Zeitpunkt dieser Debatte, da genügend Zeit seit der weltweiten Aufregung verstrichen ist, die durch den gescheiterten Anschlag in Detroit im Dezember letzten Jahres ausgelöst wurde.

Wenn so etwas geschieht und wenn es um die Bekämpfung einer Bedrohung wie der des Terrorismus geht, befürworte ich natürlich eine Reaktion, aber ich bevorzuge es viel mehr, ruhig und kontinuierlich vorzugehen, langsam aber sicher, wie wir in unserem Land sagen. Ich wende mich mit dem Hinweis an die Kolleginnen und Kollegen, dass die Bedrohung durch den Terrorismus in allen EU-Ländern noch immer genau so real ist wie sie war.

Wir wissen, dass die Terroristen uns beobachten, wir wissen, dass sie erfinderisch sind und versuchen, ihre Methoden zu ändern, um unseren Strategien im Kampf gegen den Terrorismus auszuweichen. Unsere Strategie muss aus diesem Grund auch innovativ und vielseitig sein; sie muss verbessert werden, und vor allem müssen wir aus unseren Fehlern lernen, da uns zweifellos Fehler unterlaufen.

Auf diesem Hintergrund ist uns allen bewusst, dass wir ohne den gescheiterten Anschlag im Dezember in Detroit die Debatte über dieses Thema wahrscheinlich nicht auf die Weise führen würden, wie wir das hier jetzt in diesem Haus tun. Mit anderen Worten, der Grund für diese Aussprache ist durch die Notwendigkeit von Vorsichtsmaßnahmen, und besonders von Schlussfolgerungen, begründet, die wir alle aufgrund der Untersuchung des Erfolgs in Detroit gezogen haben, den ich gerade erwähnt habe.

Im Zentrum der heutigen Debatte steht ebenfalls eine Analyse darüber, wo wir bei dem angenommenen Anschlag versagt haben sowie über die Maßnahmen, die von anderen Ländern beschlossen wurden, um eine Wiederholung dieser Fehler zu verhindern. Daher geht es um eine Analyse von Daten über Systeme zur Terrorismusbekämpfung; es geht um den Austausch von Daten, und es geht um Körperscanner. Es geht um Fehler, die bei einem Anschlag gemacht wurden, der glücklicherweise nicht geschehen ist.

Angesichts der Tatsache, dass dies das Thema unserer Aussprache ist, würde ich gerne einige der erforderlichen Schlussfolgerungen erwähnen, die sich für uns aus dem gescheiterten Anschlag in Detroit ergeben. Es ergeben sich fünf Schlussfolgerungen.

Zunächst bestätigt Detroit die Tatsache, dass Terroristen weiterhin zivile Flughäfen als vorrangiges Ziel im Auge haben.

Zweitens zeigt Detroit ganz deutlich die Bedeutung der Datenerfassung, aber auch die der Integration und Analyse von Daten.

Drittens zeigt Detroit ganz deutlich, dass die Verbündeten der Al Qaida sich in einer Position befinden, von der aus sie Anschläge außerhalb, wie wir es nennen würden, ihres eigenen Territoriums durchführen können. Das trifft auf die Al-Qaida-Gruppe auf der arabischen Halbinsel zu (die Terrororganisation, von der man annimmt, dass sie hinter dem gescheiterten Anschlag in Detroit steckt) und auf die Al Qaida-Gruppe in den islamischen Maghreb-Ländern, die für uns alle eine Bedrohung darstellen.

Meine vierte Schlussfolgerung ist, dass uns die Vorfälle in Detroit daran erinnern sollen, wie wichtig es ist, an der Umkehrung des Prozesses der Radikalisierung zu arbeiten. Meiner Meinung nach sind die Persönlichkeitsmerkmale verdächtigter Terroristen ein wesentlicher Faktor in Verbindung mit diesem Thema.

Zuletzt zwingt uns Detroit, gescheiterten Staaten gegenüber sehr wachsam zu sein, oder allen Staaten gegenüber, die Gefahr laufen, aufgrund ihrer Umstände bei der Staatsführung zu scheitern.

Die erste und zweite Schlussfolgerung haben mit der weiter andauernden Bedrohung der Zivilluftfahrt und dem Bedürfnis zu tun, alle uns zur Verfügung stehenden Daten zu verbinden; sie führen uns direkt zu der Debatte oder den Debatten, die wir heute Nachmittag über Daten und deren Nutzung sowie über Körperscanner halten.

Ich sollte erwähnen, dass dies keine neue Debatte ist, und auch nicht das erste Mal ist, dass wir dies in diesem Haus diskutiert haben. Der EU-Koordinator für die Terrorismusbekämpfung, Herr de Kerchove, sprach in seinem interessanten und sehr klaren Bericht am 26. November über Informationsmanagement und den Schutz persönlicher Daten während einer in diesem Haus zu diesem Thema gehaltenen Debatte. Daten und Datenanalyse sind ein Schlüsselement bei dem Versuch, Terrorismus zu verhindern und mit Terrorismus fertig zu werden, und das ist das Thema der Debatte heute Nachmittag.

Wir müssen Terroristen ermitteln; wir müssen wissen, wo sie planen, ihre Anschläge auszuführen, und wer sie mit Waffen ausstattet; wir müssen die materielle Infrastruktur kennen, die sie unterstützt; wir müssen ihre Kommunikationssysteme kennen; und wir können das durch Datenbanken und Spezialquellen herausfinden. Wir benötigen Datenaustausch, damit wir alle verfügbaren Informationen erhalten können, und wir müssen sie effizient verwalten.

Ich möchte auch anmerken, dass einige der Anschläge, die wir in der Vergangenheit erlitten haben, dadurch hätten verhindert werden können, wenn die Informationen denen rechtzeitig zur Verfügung gestanden hätten, die für die Terrorismusbekämpfungsmaßnahmen erforderlich sind. Anders gesagt, wenn die Informationen in umfassender Weise und, entschuldigen Sie den Ausdruck, auf intelligente Weise, benutzt worden wären, was nicht immer der Fall ist. Das führt uns zur Debatte über Informationsmanagement.

Wir haben die Rahmenbedingungen der EU, innerhalb derer wir Informationen in angemessener Form austauschen können. Unsere vor kurzem angenommene Strategie war ein Teil der Schlussfolgerungen des Rates letzten November. Sie zielt darauf ab, die Sicherheitskräfte und Nachrichtendienste mit den notwendigen Daten zu versorgen, im Interesse einer Verbesserung der Nützlichkeit und Effektivität der Strategie zur Terrorismusbekämpfung. Die notwendigen Daten und ausschließlich diese, nichts anderes, da Massendaten sich manchmal negativ auf den Wert und die Effektivität derselben auswirken.

Wie diese Strategie andeutet, sollten die Entscheidungen hinsichtlich des Datenaustausches kohärent, professionell, effizient, umsetzbar und verlässlich sein, und verständlich für alle Bürgerinnen und Bürger sowie alle Fachleute, die sie benutzen. Gemäß ihrer Richtlinien muss die Strategie die Erklärungen und Bedenken berücksichtigen, mit denen wir uns in diesem Haus auseinandergesetzt haben; die Notwendigkeit, den Terrorismus zu bekämpfen, sowie die Belange der Menschenrechte, des Rechts auf Schutz der Privatsphäre von persönlichen Daten.

Wie ich zu Beginn der Aussprache gesagt habe, ist eine der Schlussfolgerungen, die wir aus dem mutmaßlichen Anschlag in Detroit ziehen können, dass Verkehrsflugzeuge weiter ein vorrangiges Ziel der Terroristen sind. Offenbar ist es dem mutmaßlichen Terroristen gelungen, genügend Sprengstoff an Bord des Flugzeugs zu bringen, um es in der Luft explodieren zu lassen, und so alle unsere Überwachungssysteme und alle unsere Flughafensicherheitsdienste und -mechanismen auszuspielen. Mit anderen Worten, wir müssen diese Sicherheitsmechanismen offensichtlich überprüfen, weil sie eindeutig ungenügend sind, um einen Anschlag wie den mutmaßlichen Anschlag in Detroit zu verhindern, der glücklicherweise nicht erfolgt ist.

Zusammenfassend möchte ich feststellen, dass wir unsere Sicherheitssysteme andauernd verbessern müssen, um Terroristen oder vermeintliche Terroristen davon abzuhalten, an Bord kommerzieller Flüge zu gelangen. Wir müssen jeden davon abhalten, mit Waffen, Sprengstoff oder chemischen Grundstoffen für Sprengkörper an Bord zu gehen. Für den Fall, dass diese beiden Sicherheitsmaßnahmen fehlschlagen, müssen wir mehr tun, um unsere Flugzeuge zu schützen und Zwischenfälle während des Fluges zu vermeiden.

In genau diesen Rahmen passt die Debatte, die wir zu einem besorgniserregenden Thema innerhalb dieses Hauses und des Rates führen, nämlich zur Frage um den Körperscanner.

Wie den Damen und Herren Abgeordneten bekannt ist, verfügt die Kommission in Angelegenheiten der Luftsicherheit über die entsprechenden Befugnisse, Ziele zu setzen und Verordnungen zu erlassen. Diese Angelegenheiten werden im formellen und informellen Rat der Verkehrsminister diskutiert. Allerdings möchte ich erwähnen, dass diese Angelegenheit der Luftsicherheit das Thema einer Debatte im informellen Ministerrat war, die vor einigen Wochen in Toledo stattgefunden hat.

Wir sind uns in diesem Rat hinsichtlich vieler Angelegenheiten einig geworden: Erstens, das es für die EU richtig und ordnungsgemäß ist, eine gemeinsame Position hinsichtlich der Körperscanner einzunehmen und, allgemeiner ausgedrückt, hinsichtlich aller Schutzmechanismen auf unseren Flughäfen; es ist nicht sinnvoll, dass einige Flughäfen weniger geschützt sind als andere, weil das grundsätzlich bedeutet, dass wir alle weniger geschützt sind. Daher würden wir es sehr begrüßen, wenn die Europäische Union sich einigen und eine gemeinsame Haltung in dieser Frage einnehmen könnte.

Zweitens, eine schwierige, heikle Angelegenheit, bei der es unterschiedliche Aspekte zu beachten gilt: Erstens die offensichtliche Notwendigkeit, herauszufinden, wie effizient dieser Typ von Körperscanner ist, Terroristen davon abzuhalten, mit Sprengstoffen oder chemischen Grundstoffen für Sprengkörper an Bord von Flugzeugen zu gehen. Zweitens müssen wir herausfinden und analysieren, ob diese Scanner mit den Rechten der Menschen auf die Privat- und Intimsphäre vereinbar sind, was ein Anliegen des Rates, der Kommission und dieses Hauses ist. Drittens haben wir uns darüber geeinigt, herauszufinden, ob es irgendwelche Gesundheitsrisiken für die Personen geben könnte, die diese Geräte passieren müssen, um an Bord kommerzieller Flüge gehen zu können.

Zu diesen drei Aspekten: Die Kommission arbeitet an drei Studien über die Effektivität der Körperscanner, ihre Auswirkungen auf die Gesundheit und ihre Vereinbarkeit mit den Menschenrechten und Grundfreiheiten. Diese Studien werden dem Rat und diesem Haus sehr bald zur Verfügung stehen.

Aus diesem Grund hat der informelle Rat in Toledo zugestimmt, diese Informationen zu erarbeiten und zur Verfügung zu stellen, sodass wir eine intensive Diskussion darüber führen können und hoffentlich eine gemeinsame Position in dieser Angelegenheit erreichen, was sehr wünschenswert wäre.

Sobald wir diese gemeinsame Haltung erreicht haben, werden wir dem Beschluss, den dieses Parlament am 23. Oktober 2008 verabschiedet hat, voll Rechnung tragen, nach einer Debatte über Körperscanner. Während

der Debatte haben wir die Notwendigkeit einer Abschätzung der Folgen für die Menschenrechte, die Gesundheitsrisiken und die wirtschaftlichen Auswirkungen sowie die Notwendigkeit einer Beratung mit dem Europäischen Datenschutzbeauftragten diskutiert. Diese Überlegungen müssen in unserer nächsten Aussprache berücksichtigt werden.

Ich möchte diesem Haus noch einmal meinen Dank aussprechen für die Gelegenheit, diese Themen zu debattieren, und ich danke dem Parlament für seine Flexibilität in Bezug auf den Zeitpunkt dieser Debatte.

Siim Kallas, Mitglied der Kommission. – Herr Präsident, wir sind heute hier, um Ihnen eine kombinierte Ansicht über bestimmte Aspekte der Terrorismusbekämpfung zu präsentieren. Meine Hauptaufgabe als Kommissar für Verkehr ist definitiv die Sicherheit und der Schutz der Passagiere. Es handelt sich dabei um eine Hauptpriorität für unsere gemeinsame Verkehrspolitik, und das ist immer außerordentlich wichtig.

Der Versuch eines Terroranschlags auf Flug 253 der Northwest Airlines auf ihrem Flug nach Detroit am 25. Dezember hat wiederum die Realität der Bedrohung der zivilen Luftfahrt bestätigt. Ich möchte betonen, dass die existierenden EU-Normen für die Luftsicherheit am 25. Dezember am Amsterdamer Flughafen Schiphol angewandt worden sind.

Der Vorfall machte zunächst einmal das Versagen des Nachrichtendienstes deutlich, ein Versagen, „die Teile des Puzzles richtig zusammenzusetzen“. Die Luftfahrt ist und bleibt ein Ziel der Terroristen. Wir dürfen diese Tatsache nicht ignorieren. Die Sicherheit der Luftfahrt muss daher mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln garantiert werden, und das in vollkommener Übereinstimmung mit den Grundrechten.

Die Reisenden, die Medien und die Beteiligten fragen uns alle mit Recht, ob die existierenden Sicherheitsvorkehrungen gut genug sind oder ob wir weitere Maßnahmen ergreifen müssen. In dieser Hinsicht werden heute überall die neuen Screening-Technologien, die sogenannten Körperscanner, diskutiert. -

Im Hinblick auf den Einsatz der Körperscanner auf Flughäfen vertreten Sicherheitsexperten die Ansicht, dass diese Geräte eine bessere Erkennungsleistung erbringen als die derzeit bei den Sicherheitskontrollen verwendeten Screening-Geräte. Einige sind der Ansicht, dass sie um vieles besser sind. Einige glauben, dass dies kein so großer Fortschritt ist, aber wie viel mehr diese Geräte für die Lufthafensicherheit wert sind und welche Folgen sie für die Gesundheit und die Privatsphäre haben, ist heute noch nicht ganz klar.

Wie vom Parlament im Jahre 2008 festgestellt wurde, wirft der Einsatz der körperdurchleuchtenden Technologie eine Reihe von Fragen auf, besonders im Zusammenhang mit der Privatsphäre, dem Datenschutz und der Gesundheit. Ich beabsichtige, Ihnen im April einen Bericht über die Imaging-Technologie und ihre Anwendung auf Flughäfen der EU zu präsentieren. Dieser Bericht wird sich mit den Fragen beschäftigen, die in der Entschließung des Europäischen Parlaments von 2008 behandelt wurden. -

Wir müssen uns mit diesen Fragen ernsthaft auseinandersetzen. Wie müssen uns auch überlegen, ob diese Belange besser auf nationaler oder auf europäischer Ebenen geregelt werden können. Meines Erachtens wäre es besser, wenn dies im Rahmen der EU geschähe. Ich sage das auf der Basis unserer eigenen Erfahrung eines gemeinsamen Ansatzes seit dem 11. September und unter Berücksichtigung der Effektivität des einheitlichen Luftverkehrsmarktes. Ein EU-Rahmen garantiert einheitliche Normen sowohl hinsichtlich der Sicherheit als auch der Anerkennung individueller Rechte.

Schließlich möchte ich hervorheben, dass Flughafensicherheit eine viel bedeutendere Frage ist als die Einführung neuer Screening-Technologie. Um Terrorismus zu bekämpfen, der auf die zivile Luftfahrt abzielt, benötigen wir eine Vielzahl von kombinierten und koordinierten Maßnahmen – Nachrichtendienste, Profiling, verschiedene Suchmethoden und internationale Kooperation. Wie der Herr Minister gerade gesagt hat, Terroristen entwickeln sich weiter. Wir müssen uns ebenfalls weiterentwickeln, und Körperscanner sind nur ein Element einer Vielzahl von Elementen.

Ich freue mich darauf, Ihre Meinungen zu hören, und danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Cecilia Malmström, Mitglied der Kommission. – Herr Präsident, das ist der neue zweigleisige Ansatz der Kommission. Wie die vorangegangene Debatte gezeigt hat, tritt die Arbeit der EU jetzt, da wir den Vertrag von Lissabon haben, in eine neue Phase. Ich bin sehr glücklich und geehrt, dass ich im Kampf gegen den Terrorismus und in Verbindung mit anderen sicherheitsrelevanten Fragen mit Ihnen zusammenarbeiten werde. Wir werden dies tun und zugleich natürlich anerkennen, dass es die Mitgliedstaaten sind, die letztendlich die Verantwortung für alle operativen und nachrichtendienstlichen Maßnahmen auf diesem Gebiet tragen.

Ich möchte Sie daran erinnern – einige von Ihnen waren vor ein paar Wochen bei meiner Anhörung anwesend – dass ich versprochen habe, eine Auswertung der gesamten Strategien zur Terrorismusbekämpfung vorzunehmen. Als ersten Schritt habe ich meine Dienststellen ersucht, eine Zusammenfassung und eine Einschätzung von allem vorzubereiten, was bisher erreicht wurde. Das wird die Basis sein für meine Entscheidung, wie wir voranschreiten werden. Wir müssen eine Auswertung durchführen und einen vollständigen Überblick darüber bekommen, welche Dinge wir bereits besitzen, was deren Effektivität ist, was möglicherweise fehlt und was sich überschneidet, um in der Lage zu sein, neue Maßnahmen und durchdachtere Maßnahmen vorschlagen zu können. Ich freue mich darauf, Ihnen diese Auswertung zu präsentieren und sie mit Ihnen zu diskutieren. -

Aber diese Bestandsaufnahme bedeutet nicht, dass ich mir nicht ganz klar darüber bin, dass die Bedrohung durch den Terrorismus nicht geringer geworden ist. Wie mein Kollege, Herr Kallas, und der Ratspräsident festgestellt haben, wissen wir, dass Terrorismus noch immer eine der größten Bedrohungen für unsere Werte und unsere Demokratien ist. Der Zwischenfall während des Denver-Fluges hat das erst vor Kurzem deutlich gemacht.

Wir verfügen über Statistiken von Europol, die zeigen, dass 2008 die Mitgliedstaaten der EU eine Gesamtanzahl von 515 gescheiterten oder erfolgreich begangenen Terroranschlägen gemeldet haben. 359 Personen wurden wegen terroristischer Aktivitäten in insgesamt 187 Verfahren gerichtlich verfolgt. 50 % dieser Personen standen mit Al Quaida oder islamistischem Terrorismus in Verbindung und 39 % mit separatistischem Terrorismus, wie etwa den ETA-Aktivitäten in Spanien. Wir sind uns auch der tragischen Vorfälle und schrecklichen Bombenangriffe in Mumbai von 2008 bewusst, die auch europäische Bürgerinnen und Bürger zum Ziel hatten, unter ihnen Abgeordnete dieses Hauses. Diese Ereignisse und die Zahlen aus Europa sprechen eine deutliche Sprache: Terrorismus ist weiterhin Realität, und es ist wichtig, dass wir in unserer Wachsamkeit nicht nachlassen und sicherstellen, dass alle Hilfsmittel im Kampf gegen den Terrorismus eingesetzt werden, während die Grundrechte natürlich immer vollkommen eingehalten werden.

Wenn wir uns die Hilfsmittel ansehen, die uns heute zur Verfügung stehen, dann haben wir die EU-Strategie der Terrorbekämpfung, die nach den Anschlägen in Madrid und London entwickelt wurde. Diese Strategie verdeutlicht die Verpflichtung der EU, Terrorismus weltweit zu bekämpfen und zur gleichen Zeit die Menschenrechte zu beachten und Europa sicherer zu machen, und es seinen Bürgerinnen und Bürgern zu erlauben, in einem Gebiet der Freiheit, Sicherheit und Gerechtigkeit zu leben. Das ist natürlich eine noch immer gültige Verpflichtung. -

Es darf keine Freiheit ohne Sicherheit geben, und es darf keine Sicherheit ohne Freiheit geben. Darum ist die Anerkennung der Grundrechte im Kampf gegen den Terrorismus nicht nur ein Anspruch jeder demokratischen Gesellschaft sondern eine Notwendigkeit, um sicherzustellen, dass unsere Politik glaubhaft, legitim und nachhaltig bleibt. Daher wird die Kommission nur Maßnahmen vorschlagen, die weiterhin dem Screening durch die Gesetze der EU unterliegen, insbesondere im Hinblick auf die Grundrechte und eine strenge Folgenabschätzung, einschließlich der Folgen für persönliche Daten und Personen.

Terrorismus ist, wie wir wissen, ein weltweites Phänomen, und daher werden wir weiter dazu verpflichtet sein, mit unseren Verbündeten und Partnern und internationalen Organisationen in der ganzen Welt zusammenzuarbeiten.

Hinsichtlich der internen Dimension der Kampfes und der Verhinderung von Terrorismus haben wir in unserer Anti-Terror-Strategie einige wesentliche Ziele bei der Frage, welchen Beitrag die Union im Kampf gegen den Terrorismus leisten kann. Ich stimme diesen Zielen vollkommen zu, insbesondere der Notwendigkeit, gewalttätige Radikalisierung zu stoppen und unsere wichtige Infrastruktur zu schützen, Opfer zu unterstützen, den Informationsaustausch zwischen nationalen Behörden zu verbessern und mit allen angemessenen Akteuren zu kooperieren. Wir müssen auf unkonventionelle Bedrohungen reagieren und die Erkennung von Bedrohungen verbessern. Wir müssen Terroristen ihre finanziellen Ressourcen entziehen und mehr in die Nachforschung und technologische Entwicklung investieren.

Die Entwicklung dieser Politik wurde natürlich auch in der Vergangenheit stark von der Europäischen Kommission in Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten unterstützt. Während des letzten Jahres hat die Kommission einen wesentlichen Beitrag geleistet, die Gesetzesrahmen der Mitgliedstaaten in dieser Arbeit anzugleichen. Wir haben zum Beispiel den Europäischen Haftbefehl, der ein EU-weites gemeinsames Verständnis hinsichtlich terroristischer Verbrechen geschaffen und Auslieferungsverfahren innerhalb der EU-Mitgliedstaaten erleichtert hat. Wir haben auch wichtige Maßnahmen ergriffen, um dem Missbrauch des Internets durch Terroristen entgegenzuwirken, und uns mit Bedingungen, die eine terroristische Radikalisierung fördern, auseinandergesetzt, ein europäisches Programm zum Schutz der kritischen

Infrastruktur lanciert und den Zugang von Terroristen zu den Mitteln, die sie zum Verüben ihrer Verbrechen brauchen, eingeschränkt – zu Finanzmitteln und Sprengstoff. -

Der EU-Aktionsplan zur Verbesserung der Sicherheit von Sprengstoffen sieht wichtige Maßnahmen vor, um die Schwelle für Terroristen anzuheben, die Sprengstoff für einen Anschlag verwenden wollen. Ich möchte einen Gesetzesrahmen vorschlagen, um die Gefahren anzugehen, die mit den chemischen Grundstoffen verbundenen sind, die benutzt werden können, um selbstgebaute Sprengkörper herzustellen. Das werde ich dieses Jahr tun.

Es steht uns auch der CBRN-Aktionsplan zur Verfügung, den die Kommission letzten Juni vorgeschlagen und dem der Rat zugestimmt hat. Dieser Aktionsplan umfasst 130 Maßnahmen. Die Kommission hat bis zu 100 Mio. EUR vorgesehen, die von ihren finanziellen Programmen zur Verfügung gestellt werden könnten, um die Umsetzung zu erleichtern.

Ich setze mich mit aller Kraft dafür ein, in den kommenden Jahren zu gewährleisten, dass die Europäische Kommission ihre Rolle als Vermittler und Katalysator für Kooperation, Expertennetzwerke, den Austausch bewährter Praktiken, verbesserte Recherchen und die Entwicklung gemeinsamer Ansätze gegenüber grenzüberschreitender Herausforderungen weiter entwickelt. Wir werden ebenfalls die Art und Weise ändern müssen, wie wir unsere finanziellen Mittel einsetzen. Eine Möglichkeit ist die Schaffung eines internationalen Sicherheitsfonds, der im Stockholmer Programm vorgesehen ist.

Im großen Maßstab muss der internationale Informationsaustausch im Hinblick auf das Sammeln und die Speicherung von Daten von Tausenden von Bürgerinnen und Bürgern Rechnung dafür tragen – und das wurde während unserer letzten Debatte sehr deutlich – sehr hohe Standards des Datenschutzes einzuhalten, um Missbrauch und falsche Handhabung zu verhindern. Wir müssen ebenfalls sicherstellen, wie Herr Kommissar Kallas ausgeführt hat, dass wir die Teile des Puzzles richtig zusammensetzen. Zusammen mit meiner Kollegin, Frau Viviane Reding, werde ich in nächster Zukunft eine kombinierte Datenschutzregelung vorlegen, die auch die Kooperation von Polizeikräften und Justizbehörden miteinbeziehen würde.

All das wird in der Evaluation berücksichtigt werden, und es wird in einer internationalen Sicherheitsstrategie zusammengefasst sein, die wir Ihnen innerhalb kurzer Zeit präsentieren werden.

Lassen sie mich abschließend zusammenfassen, dass wir im Kampf gegen den Terrorismus auf lange Sicht nur dann erfolgreich sein können, wenn es uns weiterhin gelingt, unsere Werte zu vermitteln und die Grundrechte einzuhalten. Wir müssen verhindern, dass unsere politischen Ansätze als zweideutig oder als mit zweierlei Maß messend angesehen werden. Wir können unseren hohen moralischen Standpunkt nur dann verteidigen und eine Entfremdung von unserer Gesellschaft und unserer Lebensart verhindern, indem wir unseren demokratischen Werten und der Rechtsstaatlichkeit gegenüber treu bleiben.

Der Präsident – Sie haben uns einen sehr hoffnungsvollen Ausblick gegeben. Vielleicht lassen wir Sie eines Tages gemeinsam mit Herrn Kallas und Frau Reding die Kommission vertreten.

Manfred Weber, im Namen der PPE-Fraktion. – Herr Präsident, Herr Ratsvertreter, liebe Kommission! Ich freue mich, dass wir heute nicht nur über SWIFT und über Körperscanner reden, sondern eine Generaldebatte über den Antiterrorkampf haben, weil das ein Thema ist, das uns bewegt. Im Rückblick muss man sagen: Terror ist real, Terror ist eine Bedrohung für die Menschen in Europa. Unsere Aktivitäten sind positiv. Ich möchte auch unseren Behörden ausdrücklich danken. Die Menschen, die draußen für die Sicherheit sorgen, haben in den letzten Jahren einen guten Job gemacht. Ich möchte auch unseren Partnern danken.

Jetzt geht es um den Blick in die Zukunft. Was kommt in den nächsten Jahren auf uns zu? Hier hätte ich drei konkrete Bitten, drei konkrete Vorschläge. Der erste betrifft die Zusammenarbeit der Behörden in Europa. Es steht in jedem Dokument als *headline*, dass wir zusammenarbeiten müssen, dass die Kooperation gestärkt werden muss. Wunderbare Deklarationen – praktisch passiert ist nichts! Und es ist auch in Toledo in der praktischen Zusammenarbeit wieder nichts passiert. Es fehlt nicht an Taten – das hat auch Detroit gezeigt –, es fehlt an der Kooperation der Behörden. Das ist unser Problem. Deswegen bitte ich den Rat, hier endlich seinen Job zu machen, und die Kommission, entsprechende Vorschläge auf den Tisch zu legen.

Als Zweites hätte ich die Überlegung, beim Datensammeln, bei Handydaten z.B. bei der Vorratsdatenspeicherung, die bisher von uns beschlossenen Gesetze auf den Prüfstand zu stellen. Deswegen haben Sie auch von der EVP die Unterstützung, dass wir die Evaluation positiv begleiten. Das muss nach einigen Jahren auf den Prüfstand gestellt werden.

Drittens, wir hatten gerade die Diskussion über SWIFT. Deswegen bitte ich auch zu überlegen: Warum muss die Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten so organisiert werden? Sie muss deswegen so organisiert werden, weil wir als Europäer nicht in der Lage sind, die Daten selbst auszuwerten. Deswegen auch hier die Frage: Sind wir selbstbewusst genug, das selbst auszuwerten? Auch das wäre eine Idee für die Zukunft.

Saïd El Khadraoui, *im Namen der S&D-Fraktion.* – (NL) In der kurzen Zeit, die mir gewährt worden ist, möchte ich im Namen der Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialisten & Demokraten im Europäischen Parlament drei wichtige grundlegende Bedingungen festlegen, die unserer Meinung nach bei der Einschätzung des Themas der möglichen Einführung von Körperscannern essentiell sind, die vor nicht langer Zeit als die Wunderwaffe schlechthin vorgeschlagen wurden.

Zunächst müssen wir einmal einen koordinierten, einheitlichen europäischen Ansatz anwenden. Wir benötigen daher europäische Vorschriften, ansonsten wird das Sicherheitsproblem nur verlagert und Chaos geschaffen, und der amtierende Ratspräsident hat darauf hingewiesen, aber ich will gegenüber dem spanischen Ratsvorsitz betonen, dass einige Mitglieder des Rates in der Zwischenzeit einen eigenen Ansatz entwickelt haben, und ich glaube, dass Sie das ausdrücklich verurteilen.

Zweitens brauchen wir einen globalen Ansatz für die Sicherheit und die Terrorismusbekämpfung, und das bedeutet, dass wir schnelle Schlussfolgerungen vermeiden müssen, dass wir von der Politik der Erklärungen Abstand nehmen müssen, dass die potenzielle Einführung der Körperscanner nicht als isoliertes Thema, aus dem größeren Zusammenhang anderer existierender oder potenzieller Maßnahmen gerissen, angesehen werden kann, und dass wir dies auch im Zusammenhang mit anderen Aspekten sehen müssen, wie etwa der Volksgesundheit und den Auswirkungen auf den Haushaltsplan.

Der dritte Punkt ist der, dass wir auch damit aufhören müssen, den Eindruck zu vermitteln, dass diese Körperscanner 100 % Sicherheit garantieren werden. Es wird Ihnen zum Beispiel bekannt sein, dass dieses Gerät die Auffindung von Sprengstoffen am Körper aber nicht im Körper ermöglicht.

Abschließend, Herr Präsident, möchte ich sagen, dass ich deshalb auch den Ansatz der Kommission unterstütze, zunächst einmal Tests zu planen, bevor ein Vorschlag eingebracht wird.

Gesine Meissner, *im Namen der ALDE-Fraktion.* – Herr Präsident! Minister Pérez Rubalcaba hat es richtig gesagt, wir haben im Moment kein sicheres System für die Luft. Wir wollen mehr Sicherheit in der Luft haben. Detroit und München, auch in Deutschland hat sich gezeigt, dass wir dort Lücken haben, und deswegen wurde jetzt in Hektik unter anderem das Wundermittel Bodyscanner aus dem Hut gezaubert. Es gibt sie in den USA, es gibt sie auch in Holland und in anderen Ländern mehr.

Nun stellt sich die Frage: Wird dadurch die Luft denn wirklich sicherer? Das ist eine der entscheidenden Fragen, die wir uns stellen müssen. Bei den Bodyscannern gibt es überhaupt viele Fragen. Welche Technologie wird verwendet? Was für Strahlen setzt man ein? Schaden sie der Gesundheit? Was kann man sehen? Nur einige grüne oder rote Punkte, oder kann man den ganzen Menschen sehen? Dann letztlich auch: Ist der Datenschutz gewährleistet? Außerdem kosten diese Scanner etwas. Wenn wir sie wollen, wer zahlt dafür?

Das heißt, dass es eine Menge Fragen gibt, die geklärt werden müssen. Wir sind im Moment dabei. Sie wollen das auch machen und uns eine Lösung vorlegen. Wir brauchen auf jeden Fall eine europaweite Lösung. Wir müssen auch überlegen, was mit Tel Aviv ist, mit einer anderen Methode. Sucht den Bombenleger und nicht die Bombe! Das können wir nicht eins zu eins übertragen, weil es diskriminierend wirkt, aber wir müssen alle Wege testen, und das unter Wahrung der Grundrechte.

Judith Sargentini, *im Namen der Verts/ALE-Fraktion.* – (NL) Vor einiger Zeit hat das Parlament die Bedingungen festgelegt, denen die Körperscanner im Falle eines Einsatzes entsprechen müssen. Diese Bestimmungen trugen der Privatsphäre, der menschlichen Würde, der Gesundheit und der Entscheidungsfreiheit Rechnung.

Es gibt Technologien, die allen diesen Bedingungen entsprechen, was bedeutet Röntgen und Röntgenbilder sowie Nacktkörperdarstellungen als überholt angesehen werden können und womit wir uns in die falsche Richtung bewegen. Am Flughafen Heathrow in London wird dieses Gerät benutzt, ohne dem Element der Entscheidungsfreiheit genüge zu tun. Neue Geräte werden in Italien eingeführt. Der niederländische Justizminister verlangt, dass dieses Gerät auf allen Flughäfen in ganz Europa eingeführt wird, nicht nur für Flüge in die Vereinigten Staaten, sondern für alle Flüge.

Wenn wir ganz einfach die gleiche alte Debatte über die Technologie weiterführen, werden wir auch in Zukunft der richtigen Frage ausweichen, der ernstesten Frage nämlich, hilft dieses Gerät tatsächlich und ist das wirklich die Gesellschaft, die wir anstreben? Ich stimme meinem Kollegen von der Fraktion der Progressiven

Allianz der Sozialisten & Demokraten im Europäischen Parlament, der tatsächlich diese Fragen stellt. Wir müssen darüber nachdenken, in welchem Europa wir leben wollen, denn absolute Sicherheit gibt es nicht.

Peter van Dalen, im Namen der ECR-Fraktion. – (NL) Die neueste Generation der Scanner erfüllt die Bedingungen, die das Parlament festgelegt hat. Das Sicherheitspersonal sieht Abbildungen menschlicher Umrisse, mit Punkten, die sichtbar werden, wenn Personen Flüssigkeiten, Waffen oder andere verbotene Artikel tragen. Wenn solche Punkte entdeckt werden, werden die betroffenen Passagiere an Ort und Stelle gesondert untersucht.

Die neuesten Scanner haben auch überhaupt keine gesundheitlichen Auswirkungen. Die von ihnen abgegebene Strahlung ist schwächer als die von mobilen Telefonen. Außerdem sind die Scanner auch benutzerfreundlich. Die Warteschlangen beim Sicherheitsschalter werden kürzer sein, da eine größere Anzahl von Passagieren pro Stunde gescannt werden kann. Das wird sich daher auch positiv auf die Kosten für Luftreisende auswirken.

Allerdings, Herr Präsident, sind die neuesten Scanner ein zusätzliches Sicherheitsinstrument. Profiling und guter Informationsaustausch der Nachrichtendienste sind ebenfalls unbedingt erforderlich. Ich persönlich glaube, dass wir schnell dazu übergehen können, diese Instrumente als zusätzliche Instrumente einzuführen.

Rui Tavares, im Namen der GUE/NGL-Fraktion. – (PT) Vor ein paar Tagen habe ich von einem Lobbyisten, der Körperscanner verkauft, eine E-Mail erhalten. In dieser E-Mail wurde von der „Zeit nach Detroit“ gesprochen. Das war keine Überraschung für mich. Jedes Gerät kostet 250 000 EUR. Man kann mit dem Verkauf von Körperscannern ein Vermögen machen, aber beim Lesen der E-Mail und beim Nachdenken über diese Zeit nach Detroit, nach dem amateurhaften Versuch eines Terroristen, der von anderen Passagieren im Flugzeug überwältigt wurde, fragte ich mich, ob dieser Anschlag es wirklich verdient hatte, eine geschichtliche Epoche nach ihm zu benennen.

Ich denke nicht, es sei denn, wie beziehen uns auf eine Zeit der Unverfrorenheit. Man kann nicht alles dazu verwenden, noch weiter in das Privatleben der Menschen des öffentlichen Lebens einzudringen. Europäische Bürgerinnen und Bürger müssen auch wissen, dass wir im Parlament eine Verantwortung tragen. Ja, wir müssen den Terrorismus ergründen. Es ist wahr, dass die Polizei immer zusätzliche Daten braucht, aber es ist auch wichtig, die Nachforschungen auf klare Annahmen zu gründen, und es gibt viele Annahmen, die der Rat und die Kommission anstellen. Leider muss ich sagen, dass diese falsch sind.

Wir können über die Aussage, dass die Bedrohung des Terrorismus nicht schwächer geworden ist, diskutieren, und dies sollte hier diskutiert werden. Die Vorstellung, dass Terrorismus sich weiter entwickelt und dass wir uns auch weiter entwickeln sollten, ist richtig. Aber zunächst müssen wir unsere Arbeit richtig erledigen, denn der Detroit-Anschlag oder vielmehr der versuchte Anschlag hätte sehr leicht verhindert werden können. Jetzt diskutieren wir über die Datenbanken und Polizeipraktiken der Zukunft.

Wenn entdeckt wird, dass Terroristen Materialien in ihre Körper aufnehmen können, die sie zur Herstellung von Bomben benötigen, wird dann auf Flughäfen damit begonnen werden, Endoskopien durchzuführen? Wollen wir wirklich, dass es darauf hinausläuft? Irgendwann sind wir soweit, dass wir uns in diesem Haus zusammensetzen und diese Angelegenheit sorgfältig diskutieren müssen, im Hinblick auf die Rechte der Bürgerinnen und Bürger.

Rolandas Paksas, im Namen der EFD-Fraktion. – (LT) Das Europäische Parlament muss alles tun, um sicherzustellen, dass die Nachrichtendienste den Kampf gegen den Terrorismus nicht als Rechtfertigung für Folter, geheime Gefängnisse oder sogar einen Staatsstreich benutzen, wenn es dagegen Widerstand gibt.

Herr Präsident, lassen Sie mich die Fakten zitieren, die der britischen Botschafter in Usbekistan, Herr Craig Murray, dem nichtständigen Ausschuss des Europäischen Parlaments gegeben hat: „Ich habe in Usbekistan ausreichende Beweise für Folterungen gesehen. Ich kenne den Fall eines Inhaftierten, der während der Befragung durch Waterboarding in siedendem Wasser gestorben ist.“ Bei einer Zeugenaussage hat ein anderer offizieller Beamte, Sir Michael Wood, festgestellt, dass das Erlangen von geheimer Information, die durch Folterung erhalten wurde, gemäß der UN-Antifolterkonvention nicht ungesetzlich ist, solange wir nicht selbst die Folterung durchführen.“

Kann es eine größere Verspottung der Menschenrechte geben?

Herr Präsident, ich fordere Sie auf, die parlamentarische Untersuchung wieder aufzunehmen und den nichtständigen Ausschuss zur behaupteten Nutzung europäischer Staaten durch die CIA für die Beförderung und das rechtswidrige Festhalten von Gefangenen wieder einzuberufen.

Philip Claeys (NI). – (NL) Wir müssen vorsichtig sein, dass eine Debatte über den Terrorismus nicht auf eine Debatte über Körperscanner oder Datenschutz eingeengt wird. Es ist auffallend, dass der Rat und die Kommission in ihren Erklärungen den radikalen Islam nicht erwähnen, der noch immer der Nährboden und die Keimzelle für den internationalen Terrorismus ist. Da es uns nicht mehr gestattet ist, die Wahrheit wegen politischer Korrektheit zu sehen, ist jeder Ansatz bereits zum Scheitern verurteilt, bevor er formuliert wird.

Die Kommission und das Parlament betonen die Einhaltung der Bürgerrechte, etwas, was richtig und notwendig ist, aber die Gefahr besteht darin, dass wir uns selbst in einem Formalismus verlieren, und das haben wir in der Debatte über das Programm zur Erforschung der Terrorfinanzierung gesehen. Einige Kreise tragen die Schuld, in der Öffentlichkeit Stimmung gegen jedweden Ansatz zu machen, den Terrorismus zu bekämpfen, und das hilft uns in keiner Weise dabei, den Bürgerinnen und Bürgern Europas zu dienen.

Werner Kuhn (PPE). - Herr Präsident, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Für die EVP ist der Kampf gegen den Terrorismus die Herausforderung des 21. Jahrhunderts. Der stellen wir uns auf fachlicher und parlamentarischer Ebene.

Im Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr haben wir da nicht nur Regelungen über das Verbot von Flüssigkeiten im Handgepäck getroffen, sondern wir setzen uns auch mit den Körperscannern auseinander. Eines muss ich vorausschicken: Hundertprozentige Sicherheit, so wie es etliche Kollegen hier bereits betont haben, gibt es zurzeit nicht und wird es auch in Zukunft nicht geben. Wir können aber natürlich Techniken entwickeln, mit denen wir uns dann dieser hundertprozentigen Sicherheit asymptotisch annähern können.

Wir müssen dabei einige Grundregeln beachten, auch im parlamentarischen Bereich. Über die Fraktionen hinaus sind wir uns schon darüber einig, dass erstens die Gesundheit der Passagiere möglichst nicht beeinträchtigt werden darf. Deshalb ist es notwendig, dass man gut entwickelte, auf einer ganz bestimmten Basis arbeitende Körperscanner in die Praxis einführen muss. Die Persönlichkeitsrechte müssen gewahrt bleiben, völlig klar. Wir sollten auch nicht immer nur Körperscanner als ein Beispiel für irgendwelche Durchleuchtungen, die dann in Richtung Nacktscannen gehen, als Beispiel anführen.

Wir haben uns im Verkehrsausschuss mit dem Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres zusammen darüber verständigt, dass die Kommission uns Ende März/Anfang April einen Gesetzesvorschlag zum Körperscannen vorlegen wird, auf jeden Fall noch vor der Sommerpause. Hier sollten noch einige Aspekte beachtet werden: Eine kohärente Zusammenarbeit zwischen dem Verkehrsausschuss, der hier federführend ist, und dem Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, die Zuverlässigkeit der technischen Mittel und eine europäische Zertifizierung sowie überall gleiche Bedingungen, damit wir die Sicherheit auch innerhalb unseres europäischen Kontinents durchsetzen können.

Claude Moraes (S&D). – Herr Präsident, sie sagten, es seien hier drei Kommissare verantwortlich. Wir sind damit sehr zufrieden. Ich darf den einzigen Kommissar zitieren, der nicht anwesend ist. Frau Kommissarin Reding sagte letzte Woche „was wir wissen ist, dass Körperscanner eine potenzielle Gefahr darstellen, in die Privatsphäre einzudringen, und wir müssen daher ihre Auswirkungen in vollem Umfang berücksichtigen“.

Solche Äußerungen sind es, die wir in dieser frühen Phase machen sollen. Wir, die Sozialisten und Demokraten, glauben, dass Technologie den Terrorismus bekämpfen kann, und Frau Malmström hat es richtigerweise innerhalb des breiteren, potenziellen Gesetzesrahmens ausgedrückt, über den sie gesprochen hat.

Dies ist ein ernster Kampf. Ich wurde in der Vergangenheit schon oft auf Flughäfen aufgehalten. Wenn die Technologie gewährleisten kann, dass ich schneller durch die Kontrolle gehen kann, sodass ich nicht für jemand anderes gehalten werde, dann ist das eine großartige Sache, aber was die vielen Menschen anbelangt, die ich in meinem Wahlkreis vertrete und die bei Sicherheitskontrollen sehr schlecht behandelt oder ausgesondert werden, da geht es um die Sicherheit, die sie wollen. Wir werden dies durch den Verkehrsausschuss mit diesem guten, gemeinsamen Ansatz erreichen, aber sie wollen ihre bürgerlichen Freiheiten vor den Auswirkungen des Terrorismus geschützt wissen, sodass es kein schwaches Glied auf irgendeinem Flughafen gibt. Die Mitgliedstaaten, die damit bereits begonnen haben, sollten wissen, dass es einen europaweiten Ansatz geben sollte, einen effektiven und sicheren Ansatz. -

Sarah Ludford (ALDE). – Herr Präsident, ich möchte über die Respektierung der Rechtsstaatlichkeit durch die Nachrichtendienste sprechen. Eine Entscheidung des Berufungsgerichts des Vereinigten Königreichs hat den Versuch der britischen Regierung zur Geheimhaltung zerschlagen. Dies hat bestätigt, wie es vom Parlament vor drei Jahren ausgedrückt wurde, dass die Nachrichtendienste des Vereinigten Königreichs bei der Folterung des in Großbritannien ansässigen Bürgers und Überstellungsopfers Binyan Mohamed zusammenwirkten.

Was denkt der Rat über diese vollkommene Missachtung von Artikel 6 des EU-Vertrags und der Antifolterkonvention? 2006 führte ich die Delegation mit Mitgliedern des Europäischen Parlaments unseres nichtständigen Ausschusses zur behaupteten Nutzung europäischer Staaten für die Beförderung und Folterung von Gefangenen nach London an. Der damalige UK-Verteidigungsminister, Geoffrey Hoon, hat das halbe Treffen damit verschwendet, mich zu kritisieren, weil ich sagte, dass wir eine mögliche Tatbeteiligung des Vereinigten Königreichs untersuchten. Er muss sich bei mir, aber vor allem bei den britischen und europäischen Bürgerinnen und Bürgern, entschuldigen.

Vier Dinge müssen jetzt im Vereinigten Königreich geschehen: eine vollständig unabhängige Untersuchung der Beteiligung des Vereinigten Königreiches an Missbräuchen der Terrorbekämpfung während der Jahre, in denen die Labour-Regierung als Bush-Pudel agiert hat; eine schnelle Polizeiuntersuchung und, falls notwendig, gerichtliche Verfolgung wegen der Verletzung der Folterkonvention; Offenlegung der Anweisungen, die den Agenten der Nachrichtendienste des Vereinigten Königreiches gegeben wurden und der Information, ob sie dazu aufgefordert wurden, über Folterungen zu schweigen; und vollständige parlamentarische Verantwortung – die wir in Großbritannien für Nachrichtendienste nicht haben.

Philip Bradbourn (ECR). – Herr Präsident, zurück zu den Körperscannern. Ich bin weiterhin der Ansicht, dass jede Maßnahme, welche die Sicherheit für die Reisenden erhöht, begrüßt werden muss.

Allerdings muss sie auch angemessen sein und arglosen Reisenden – der großen Mehrheit – den Respekt entgegenbringen, den sie verdienen. Nach dem Versuch am Weihnachtstag, das Flugzeug in den USA zur Explosion zu bringen, haben wir nichts als eine sehr ängstliche Einstellung dazu gesehen, irgendwelche Maßnahmen durchzusetzen, um die Sicherheit zu erhöhen. In einigen Mitgliedstaaten, insbesondere in meinem eigenen Land, ist die Benutzung solcher Geräte jetzt Pflicht, ohne jegliche Alternative wie etwa ein „Abtasten“ – also „ohne Scanning kein Flug“.

Ich spreche mich entschieden gegen diese Strategie aus. Zu der Frage nach der Privatsphäre muss ich sagen, dass die Entscheidung der britischen Regierung, die Kinderschutzgesetze außer Kraft zu setzen, um Körperscanner einzuführen, nichts anderes ist als ein großer Skandal. Mir müssen uns die Tatsache vor Augen führen, dass der Vorfall am Weihnachtstag – das Thema, das diese Debatte wieder eröffnet hat – nicht auf unzureichende Sicherheitsmaßnahmen auf Flughäfen zurückzuführen war. Es war vielmehr, um den US-Präsidenten zu zitieren, „ein Versagen innerhalb des Systems, geheime Nachrichten auf korrekte Weise auszutauschen“.

Einige Experten haben bereits gesagt, dass die verwendeten Sprengkörper von solchen Scannern nicht erkannt worden wären.

Abschließend muss ich leider sagen, dass ich jetzt glaube, wir müssen ein geeignetes System für das Profiling der Passagiere haben.

Mario Borghesio (EFD). – (IT) Herr Präsident, sehr verehrte Damen und Herren, der Terrorismus entwickelt sich kontinuierlich weiter, und wir müssen mit dem sich dauernd ändernden Szenario vertraut bleiben.

Einzelne Terroristen sind schwer zu ermitteln, und hier diskutieren wir Datenschutzgesetze, und ob wir technologisch weiter fortgeschrittene Maßnahmen verabschieden sollen. Ich denke, dass wir stattdessen mehr über bestimmte Entscheidungen besorgt sein sollen, die vom Europäischen Gerichtshof in Luxemburg ergangen sind und die Brüche in der einheitlichen Front des Westens gegen den Terrorismus erzeugen, oder, um ihn bei seinem richtigen Namen zu nennen – den islamischen Terrorismus – und dass wir die politische Korrektheit sehr genau beachten müssen.

Politisch korrektes Handeln nach dem Gesetz tut niemandem gut, es hilft uns nicht weiter und schwächt uns, während wir eine sehr starke Front präsentieren sollen, weil eine beständige Bedrohung existiert, die jetzt sogar ernster ist, da es so schwierig ist, Terroristen zu ermitteln. Soweit zum Thema Körperscanner. Sie können überall auftauchen: morgen früh sind sie vielleicht bereits im Flugzeug, mit dem wir vorhaben zu fliegen.

Sollte Europa auf mehr als eine Garantie der bürgerlichen Freiheiten bestehen, werden wir extrem gefährliche Lücken in der internen Sicherheit unserer Staaten verursachen und darüber sollte der Herr Kommissar besorgt sein. Stattdessen finde ich, dass er zu allgemein spricht und zu feige ist, da er es verabsäumt, den islamischen Terrorismus und die Gefahr, die er unter diesem Namen darstellt, zu identifizieren.

Martin Ehrenhauser (NI). - Herr Präsident! Im Jahr 2000 starben weltweit 1 200 Personen aufgrund von Terroranschlägen. Acht Jahre später, im Jahr 2008, waren es bereits 16 000 Personen. Im Vergleich dazu sterben täglich 6 000 Personen an Aids.

Was sagen uns diese Zahlen? Erstens: Terrorismus ist eine Hysterie, die die Bürgerrechte unsinnigerweise einschränkt, siehe Bodyscanner oder auch das aktuelle SWIFT-Abkommen. Zweitens: Diese Terrorismusbekämpfung hat versagt. Sie hat das Problem nur verstärkt. Zur nachrichtendienstlichen Kooperation innerhalb der Europäischen Union möchte ich noch sagen, dass das Europäische Parlament dringend demokratische Kontrollrechte in diesem Bereich benötigt, so wie es Standard ist in jedem demokratischen Mitgliedstaat. Außerdem möchte ich noch die Empfehlung an die Kommission richten, dass die Einführung des Gemeinsamen standardisierten User Interface – GSUI – unterstützt werden sollte. Die Entwicklung sollte hier vorangetrieben und die Finanzierung von der Kommission sichergestellt werden.

Teresa Jiménez-Becerril Barrio (PPE). – (ES) Herr Präsident, wenn wir uns mit einem so ernsten Thema wie dem Terrorismus auseinandersetzen, sollten wir nicht darauf warten, dass Dinge geschehen, bevor wir handeln. Wir sollten Ereignisse vorhersehen, aber das tun wir nicht. Leider ändern wir uns nur durch die Antwort auf jeden Anschlag, wie etwa angesichts des gescheiterten Anschlags in Detroit, der uns heute dazu zwingt, Entscheidungen zu treffen, um die Sicherheit unseres Luftverkehrs zu gewährleisten.

Eine Entscheidung über Körperscanner auf Flughäfen zu treffen, ist eine Verantwortung, der wir uns nicht entziehen dürfen, meine Damen und Herren. Wir dürfen nicht mehr länger warten, weil auch die Terroristen nicht warten.

Daraus folgt, dass die Kommission garantieren muss, und zwar so bald als möglich, dass die Würde und Privatsphäre der einzelnen Menschen bewahrt wird und dass es keine gesundheitsschädlichen Folgen gibt.

Sobald dies garantiert ist, müssen wir Entschließungen für die Europäische Union als Ganzes verabschieden. Denen, die über eine Verletzung unserer Grundrechte besorgt sind, sage ich, dass es kein wichtigeres Recht gibt als das Recht auf Leben, und diejenigen von uns, welche die Freiheit mehr als alles andere schätzen, müssen in der Lage sein, sicher zu leben, um sich wahrhaft frei zu fühlen.

Juan Fernando López Aguilar (S&D). – (ES) Herr Präsident, Terrorismus ist eine globale Bedrohung, und sich mit ihr auseinanderzusetzen, ist eine Verantwortung, die wir alle teilen. In dieser Hinsicht legt der Vertrag von Lissabon den Grundstein für die Entwicklung einer gemeinsamen Anti-Terror-Politik in der Europäischen Union.

Ich stimme den vorgebrachten Bemerkungen des amtierenden Ratspräsidenten unbedingt zu und möchte einige der Elemente herausstreichen, auf denen so eine gemeinsame Politik aufgebaut werden muss.

Der erste Schritt ist die Intensivierung des Informationsaustauschs, insbesondere in Verbindung mit den Anstrengungen, Terroranschläge zu verhindern und die Finanzierungsmechanismen zu erforschen.

Zweitens sollen alle wissenschaftlichen und technologischen Fortschritte genutzt werden, die zur Terrorismusbekämpfung entwickelt wurden, mit der nötigen Achtung für die Grundrechte der einzelnen Bürgerinnen und Bürger.

Drittens müssen wir mit Drittländern zusammenarbeiten, besonders mit Afghanistan, Pakistan und den Ländern am Horn von Afrika.

Viertens müssen wir in der Debatte sicherstellen, dass die technologischen Fortschritte, nämlich die Körperscanner, mit der Gesundheit der Menschen und ihrer Privatsphäre vereinbar sind und vor allem, dass sie die Abwicklungsdauer auf Flughäfen und den Komfort der Passagiere nicht negativ beeinflussen.

Allerdings gibt es auch drei institutionelle Elemente. Das erste ist COSI, der ständige Ausschuss für innere Sicherheit. Das zweite Element ist die Erklärung zu Maßnahmen der Terrorbekämpfung, die beim letzten informellen Treffen des Rates Justiz und Inneres der Europäischen Union in Toledo vorgelegt wurden. Das dritte Element ist der transatlantische Bereich der Sicherheit, der die Entwicklung einer engen Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten ermöglichen muss, um diese gemeinsame Bedrohung zu bekämpfen.

Charles Goerens (ALDE). – (FR) Herr Präsident, eines der Mittel zur Verhinderung des Terrorismus sind Informationen. Und selbst dann müssen die Informationen ausgetauscht werden. Ist das heute wirklich der Fall? Das ist gar nicht so sicher. Halten die US-Geheimdienste ihre europäischen Kollegen auf dem Laufenden?

Auf jeden Fall gibt es weiter Anlass zu Zweifeln, soweit es die mutmaßlichen Terroristen angeht, die auf dem Flug zwischen Amsterdam und Detroit verhaftet wurden.

Neben diesem Vorfall stellt sich auch die Frage, ob, allgemein gesprochen, das System des Austauschs von Anti-Terror-Daten wirklich das Gegenseitigkeitsprinzip beachtet. Ein Überwachungsorgan des Parlaments ist in dieser Angelegenheit dringend erforderlich.

Tatsächlich ist es unnötig, unser Parlament dazu aufzufordern, den Transfer von mehr und mehr persönlichen Daten unserer Bürgerinnen und Bürger zu unterstützen, wenn die US-Behörden auf der anderen Seite unseren Diensten wesentliche Anti-Terrordaten verwehren. Dies bedeutet zum Beispiel die Schaffung eines parlamentarischen Überwachungsausschusses innerhalb des Europäischen Parlaments.

Mara Bizzotto (EFD). – (IT) Herr Präsident, sehr verehrte Damen und Herren, ich muss zugeben, wenn wir zum Thema Terrorismusbekämpfung nur über Nachrichtendienste und Technologie sprechen, fühle ich mich immer so, als ob wir der Sache noch immer nicht auf den Grund gingen, als ob wir eine Krankheit heilen wollten, indem wir uns auf ihre Symptome konzentrieren und nicht auf ihre Ursachen.

Ist es nicht an der Zeit, das Problem des Terrorismus zu bekämpfen, indem wir uns den Kern der Sache ansehen, statt uns auf seine externen Effekte zu beschränken? Den Kern des Problems zu bekämpfen bedeutet, sich bewusst zu werden, dass Terrorismus eine direkte Manifestation der Unfähigkeit oder des Unwillens ethnischer Gruppen ist, sich in das Gefüge der Gesellschaft in Europa zu integrieren.

Ich stelle mir diesbezüglich Fragen, und frage das Parlament: wollen wir eine Debatte über Terrorismus? Hat das Parlament den Mut, sich der politischen Debatte zu stellen, und zwar auf der Ebene der Integration der Muslime in Europa und ihrer Bereitschaft, westliche Werte, Rechte und Freiheiten zu teilen? Zu diesem Zweck habe ich eine Frage über die Burkas vor die Kommission gebracht, um dieses Haus dazu zu bringen, sich mit dem Thema offen auseinanderzusetzen. Es scheint, dass niemand bereit ist, sich mit diesem Thema auseinanderzusetzen.

Ich wundere mich, und ich frage Sie, sehr verehrte Damen und Herren aller politischen Fraktionen: wenn das politische Forum, das alle Menschen Europas vertritt, keine Meinung zu diesen Themen abgeben kann, worüber kann es dann eine Meinung abgeben?

Diane Dodds (NI). – Herr Präsident, als Vertreterin Nordirlands kenne ich nur zu gut die schrecklichen Auswirkungen des Terrorismus auf unschuldige Bürgerinnen und Bürger: Mord und Körperverletzungen wurden begangen, während die Menschen ihren Samstagseinkäufen in der Shankhill Road in Belfast nachgingen. Junge und alte Menschen wurden bei einer Gedenkfeier für die Gefallenen der Weltkriege in Enniskillen in die Luft gesprengt – Terrorakte, die im Namen des irischen Republikanismus begangen wurden. Wir sprechen hier über die Zusammenarbeit der Sicherheitskräfte. Die Erfahrung in Nordirland lehrt uns, dass sie sehr dazu beitragen, dass viele Menschen ihr Leben nicht verloren; daran zweifle ich auf keinen Fall. Wir müssen unsere Sicherheitskräfte mit Geräten unterstützen, die sie zur Terrorismusprävention benötigen.

Diejenigen, die heute die Sicherheit der Entscheidungsfreiheit und dem Datenschutz entgegenstellen, müssen sich überlegen, auf welcher Seite sie stehen. Glauben Sie mir, Terrorismus zerstört Leben und zerrüttet Gemeinschaften. Ich habe heute in diesem Haus sogar gehört, dass Terrorismus eine Hysterie ist. Was für ein vollkommener Unsinn! Glauben Sie mir, wenn ein professioneller Mörder versucht, jemanden zu töten, dann ist das eine kalte und tödliche Realität – etwas, worüber die Bürgerinnen und Bürger in meinem Wahlkreis sehr viel wissen.

Carlos Coelho (PPE). – (PT) Herr Präsident, ich denke, dass wir uns alle über die Notwendigkeit einig sind, Menschen und Waren zu beschützen und Sicherheit im öffentlichen Verkehr zu gewährleisten. Es gibt legitime Bedenken hinsichtlich der Körperscanner. Ich hoffe, dass drei dieser Bedenken durch die Studien zerstreut werden, welche die Kommission zurzeit durchführt. Ich ersuche Sie, diese schnell zu Ende zu bringen und sie an das Parlament weiterzuleiten. Erstens, sind sie notwendig und effektiv? Zweitens, sind sie gesundheitsschädlich oder nicht? Drittens, verletzen sie die Privatsphäre und die Würde der einzelnen Bürgerinnen und Bürger, oder tun sie das nicht?

Es gibt allerdings noch weitere Bedenken. Anfangs wurde uns gesagt, dass die Verwendung auf freiwilliger Basis geschehen würde. Personen könnten bestimmen, ob sie sich den Scannern unterziehen wollen oder dem alten System einer persönlichen Überprüfung. Es scheint aber der Fall zu sein, dass gewisse Mitgliedstaaten das Prinzip „ohne Überprüfung kein Flug“ verpflichtend anwenden.

ich möchte gern Frau Kommissarin Cecilia Malmström zur umfassenden Auswertung gratulieren, die sie mit dem Parlament diskutieren wird, und ich möchte betonen, dass wir eine Verantwortung haben, Lösungen zu finden, die Sicherheit fördern, ohne die Rechte der Einzelnen zu beeinträchtigen.

Nathalie Griesbeck (ALDE). – (FR) Herr Präsident, wir alle wollen den Terrorismus bekämpfen und die Bedrohung, die er für die Demokratien darstellt; Ich glaube, in diesem Punkt gibt es im Parlament Übereinstimmung. Während ich die Aussage, dass „ein Volk, das bereit ist, ein bisschen Freiheit für ein bisschen Sicherheit aufzugeben beides verliert“ für völlig übertrieben halte, bin ich trotzdem überzeugt, dass wir alles in unserer Macht Stehende tun müssen, um ein Gleichgewicht zwischen Freiheit und Sicherheit zu finden, da dies die Grundlage der Demokratie ist und da ohne dieses Gleichgewicht die Terroristen gewonnen haben werden, wenn es ihnen gelingt, uns alle zu terrorisieren.

Ich habe zwei Fragen in Bezug auf Körperscanner. Im Zusammenhang mit der Sicherheit, machen es diese Scanner heute möglich, tatsächlich sichere Bedingungen zu garantieren? Was die Freiheit anbelangt frage ich mich als Mitglied des Ausschusses für Bürgerrechte, Justiz und Inneres, ob es keine Gesundheitsrisiken gibt und natürlich ein Risiko der Beeinträchtigung der persönlichen Privatsphäre und damit der Grundrechte, und ein Risiko im Hinblick auf die Verwendung dieser Bilder. Warten wir auf die Arbeit der Kommission, sodass wir Fortschritte erzielen können und dies als Europäische Union tun können, alle zusammen, um zu gewährleisten, dass unsere Sicherheit in einem europäischen, demokratischen Gebiet sichergestellt ist.

Der Präsident. – Aus Zeitmangel kann ich keine weiteren Interventionen im Rahmen des „Blue Card“- oder „Catch-the-Eye“-Verfahrens akzeptieren.

Gerard Batten (EFD). – Herr Präsident, Terrorismus wird definiert als Anwendung von Gewalt und Einschüchterung, um politische Ziele zu erreichen.

Diejenigen von uns, die Frieden, Freiheit und Demokratie schätzen, sollten sehr über den Terrorismus besorgt sein, denn er funktioniert. Sinn Féin/Die IRA hat ihren Einzug in die Regierung Nordirlands gehalten. Sie haben sich ihren Weg zum Erfolg bei der Wahlurne durch Bombardierungen, Schießereien und Morde gebahnt.

Was für bessere Beispiele für erfolgreichen Terrorismus gibt es denn als jene des Kommunismus in Russland, Osteuropa und Asien?

China wird immer noch von der chinesischen kommunistischen Partei nach 61 Jahren an der Macht terrorisiert. Daneben existiert kein besseres Beispiel für erfolgreichen Terrorismus.

Die Europäische Kommission, die von diesem Parlament gestern gewählt wurde, enthält auch Kommunisten, frühere Apparatschiks des brutalen, kommunistischen Regimes in Osteuropa und deren Reisegefährten. Und natürlich ist der Präsident der Europäischen Kommission, Herr Barroso, ein ehemaliger Maoist. Ich habe keinen Zweifel daran, dass zukünftige Terroristen dies alles für sehr ermutigend halten werden.

Carlo Fidanza (PPE). – (IT) Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren, die Sicherheit unserer Gesellschaft ist ein nicht-verhandelbarer Wert, den wir mit Bestimmtheit verfolgen müssen.

Es ist ganz klar, dass effizientere Überprüfungen bei Sicherheitskontrollen von einer besseren Kooperation zwischen Geheimdienstsystemen und der Verwendung von technisch hochstehenden Instrumenten unterstützt werden müssen. Die europäischen Minister haben gut daran getan, sich nicht von einer Welle der Gefühle hinwegschieben zu lassen und sich stattdessen darauf zu konzentrieren, diese Maßnahmen zu koordinieren.

Einige Regierungen haben legitimerweise damit begonnen, die Körperscanner auf empfindlichen Strecken zu testen. Wir müssen allerdings die Resultate der derzeit durchgeführten Studien so bald wie möglich erhalten, denn ohne sie werden wir am Ende einen europäischen Raum vorfinden, der uneinheitliche Normen anwendet. Selbstverständlich müssen wir die Persönlichkeitsrechte verteidigen, aber ohne die Angst der Menschen auszunutzen.

Sprechen wir über Gesundheit, und bekräftigen wir das Vorsorgeprinzip, ersuchen wir um Bestätigung der möglichen Schäden, die von der Exposition gegenüber Radiowellen oder Röntgenstrahlen verursacht werden können, aber hören wir auf, wegen einiger weniger verschwommener Bilder gesichtsloser Körper über das Eindringen in die Privatsphäre zu jammern, Bilder, die sofort gelöscht werden; als ob GPS, Mobiltelefone oder Fernsehkameras seit vielen Jahren nicht Teil unseres Lebens wären.

Bis die internationalen Terrorzentren zerstört sind, müssen wir lernen, mit Opferbereitschaft zu leben, und den Bürgerinnen und Bürgern klare Antworten und effektive Lösungen geben, mit einer einzigen Einschränkung: die körperliche Unversehrtheit der einzelnen Person.

Der Präsident. – Sehr verehrte Damen und Herren, es ist jetzt Zeit für die Catch-the-Eye-Phase. Ich werde die folgenden Namen aufrufen. Ich werde einfach das Mikrofon nach einer Minute ausschalten. Ich werde nicht mit meinem Hammer auf den Tisch klopfen, ich werde nicht bitten, und ich will nicht missverstanden werden.

Ich werde die Rednerinnen und Redner in der Reihenfolge aufrufen, die ich vor mir habe:

Herr Zasada

Herr Iacolino

Herr Matula

Herr Leichtfried

Herr Enciu

Frau Flašíková Beňová

Herr Tannock

Frau Ernst

Frau Rivasi

und Herr Mölzer.

Eine Minute für jeden, das ist alles. Meine Entschuldigung an alle anderen Damen und Herren.

Artur Zasada (PPE). – (PL) Herr Präsident, angesichts der heutigen Aussprache lässt die Verwendung von Körperscannern noch immer viele Fragen offen. Die Sicherheit der Reisenden ist natürlich am allerwichtigsten, aber wir sollten nicht vergessen, einen Sinn für Verhältnismäßigkeit zu bewahren, wenn die Schutzmaßnahmen angewandt werden. Die Verwendung dieser Art von Geräten lässt noch immer eine Reihe von Fragen unbeantwortet. Welchen Effekt haben die Scanner auf die Gesundheit der Passagiere, die dem Scanning ausgesetzt werden? Wie wird der Schutz der Bilder der Menschen, die durchleuchtet werden, garantiert? Ist es nicht besser, das existierende System zu straffen, als Milliarden Euro für Geräte auszugeben, wenn bekannt ist, dass das Gerät keine Sprengstoffe entdecken kann, die im Inneren des menschlichen Körpers verborgen sind? Wir sollten uns gegen die verpflichtende Einführung von Scannern an europäischen Flughäfen aussprechen, bis wir Antworten auf diese Fragen erhalten haben.

Schließlich möchte ich eine Bemerkung abgeben – ich habe den Eindruck, dass wir eine Lösung gefunden haben, und jetzt suchen wir nach einem Problem, das wir lösen können. Es ist gut möglich, dass Scanner die Lösung sind, aber sie werden ganz sicher nicht das Sicherheitsproblem auf unseren Flughäfen lösen.

Salvatore Iacolino (PPE). – (IT) Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren, im Wesentlichen wollte ich Folgendes feststellen: kein Problem ist ernster als das der Persönlichkeitsrechte und des Schutzes der Privatsphäre, wenn dieses Recht nicht angemessen gesichert ist.

Als wir vor einigen Wochen in eben diesem Parlament die Entschließung verabschiedet haben, dann taten wir das deshalb, weil wir zwischen verschiedenen Anforderungen ein Gleichgewicht erreicht haben: erstens, das der Freiheit des Einzelnen, zweitens, das der Privatsphäre und drittens das der Sicherheit.

Wenn wir heute darüber besorgt sind, zu gewährleisten, dass sich die Europäische Union mit diesem allgemeinen Problem auseinandersetzt, weil die Mitgliedstaaten das schon begonnen haben, hat das wahrscheinlich mit der bedeutenden Herausforderung zu tun, wie etwa dem Schutz der Grenzübergänge sowie anderen Angelegenheiten, die in der Praxis nicht notwendigerweise erledigt werden.

Daher rufe ich den spanischen Ratsvorsitz und die Kommission dazu auf, miteinander auf der Basis einer verstärkten Zusammenarbeit und Informationskultur zu handeln.

Iosif Matula (PPE). – (RO) Ich möchte gleich am Beginn meiner Rede klarstellen, dass wir durch diese Aussprache nicht nur die Existenz des Terrorismusrisikos bestätigen, sondern auch die Notwendigkeit unterstreichen, im Kampf gegen dieses Phänomen einen Schritt voraus sein zu müssen.

Allerdings hat die Debatte über die Einführung der Körperscanner auf Flughäfen in allen Mitgliedstaaten der Europäischen Union weitreichendere Folgen. Über die Effektivität dieser Maßnahme kann man diskutieren, und zwar wegen der Tatsache, dass diese Technologie keine Stoffe erkennen kann, die eingenommen worden sind oder Sprengstoffe in Pulverform. Aber es stellt sich für uns auch das Problem der Sicherheit in Bezug auf die Gesundheit der Passagiere, besonders derer, die sehr oft diese Screening-Geräte passieren müssen.

Wir dürfen weder das Thema der Grundrechte der Bürgerinnen und Bürger, noch das des Rechts auf Privatsphäre und Würde ignorieren, solange die Scanner ein detailliertes Bild des menschlichen Körpers wiedergeben. Meiner Ansicht nach müssen unabhängige Studien durchgeführt werden, um nicht nur die Sicherheit der genutzten Technologie festzustellen, sondern auch deren Wirksamkeit ...

(Der Präsident unterbricht den Redner)

Jörg Leichtfried (S&D). - Herr Präsident! Wenn es in der Luftfahrtsicherheit ein Prinzip gibt, dann ist es jenes, dass die europäische Zuständigkeit immer höher wird. Es geht nicht mehr, dass einzelne Mitgliedstaaten tun, was sie wollen. Das betrifft insbesondere die Bodyscanner. Wir haben ein Prinzip, das nennt sich *One-stop-Security-Prinzip*. Aus diesem Prinzip heraus kann es nur heißen, dass es entweder europäische Regelungen für Bodyscanner gibt, oder es gibt eben keine Regelungen, und es gibt keine Bodyscanner. Ansonsten haben wir das Prinzip, dass jeder tut, was er will, keiner tut, was er soll, aber jeder tut irgendetwas.

Wenn nun so etwas eingeführt werden sollte, dann müssen wir auch darüber reden, wer es finanziert und wie es finanziert werden soll. Denn diese Scanner, ob es jetzt Flüssigkeits- oder Bodyscanner sind, kosten in Wahrheit Unsummen. Ich wäre froh – ich bin zufällig der zuständige Berichterstatter für diese Frage –, wenn es hier auch im Rat langsam Bewegung gäbe, weil man prinzipiell schon festhalten muss, dass öffentliche Sicherheit ein öffentliches Anliegen ist und zumindest teilweise öffentlich finanziert werden muss.

Ioan Enciu (S&D). – (RO) Ich möchte die Kommission, den Rat und meine Kolleginnen und Kollegen auf die Nebeneffekte und das verstärkte Risiko der karzinogenen Bedingungen und genetischen Mutationen nach häufiger Exposition von Gamma-, Röntgen- und T-Strahlung hinweisen.

Die Folgen und Risiken der Röntgen-Strahlung sind in der Medizin wohlbekannt, und sie warnt vor wiederholter Exposition bei dieser Art von Strahlung. Die Bürgerinnen und Bürger sind sich über die Effekte der Terahertz-Strahlung weniger im Klaren. Neben der Tatsache, dass T-Strahlungs-Scanner genaue 3D-Bilder des menschlichen Körpers erzeugen können, was dem Recht des Einzelnen auf Privatsphäre zuwiderläuft, kann die wiederholte Exposition gegenüber dieser Art von Strahlung zu Läsionen in der DNS-Kette führen und genetische Abweichungen zu einem späteren Zeitpunkt auftreten lassen.

Ich möchte betonen, dass die Risiken und Schmerzen, denen wir ausgesetzt sein könnten, sollten Körperscanner möglicherweise in großem Umfang eingesetzt werden, und die damit verbundene Unsicherheit ihrer Effektivität so eine Lösung nicht rechtfertigen ...

(Der Präsident unterbricht den Redner)

Monika Flašíková Beňová (S&D). – (SK) Terrorismus kennt keine Werte, noch hat er irgendeine tiefere Bedeutung. Das einzige Ziel des Terrorismus ist der Tod. Tod von Zivilisten zum billigsten Preis. Das ist wahrscheinlich die Geschichte vieler Selbstmordattentäter. Angesichts dieses Zieles ist es ebenfalls eine traurige Tatsache, dass uns der Terrorismus dazu angehalten hat, verschiedene Maßnahmen einzuführen, die auf den Schutz der Zivilbevölkerung ausgerichtet sind und teilweise Methoden anwenden, welche die Rechte der Zivilbevölkerung beschneiden.

Es wäre daher eine gute Sache, wenn diese Plenarversammlung einmal Scanner erlauben würde und wir damit beginnen könnten, Rechtsvorschriften und eine Vereinheitlichung im Bereich der Justiz zu erreichen, weil nur die Annahme der neuen technologischen Maßnahmen uns wirklich im Kampf gegen den Terrorismus unterstützen wird.

Charles Tannock (ECR). – Herr Präsident, Ministerpräsident Gordon Browns jüngste Verlautbarung zu den obligatorischen Körperscannern mit Röntgen-Rückstreutechnologie auf britischen Flughäfen ist meiner Meinung nach ein Skandal.

Das ist das erste Mal überhaupt, dass Menschen zwingend ionisierender Strahlung ausgesetzt werden, und das schließt Kinder und schwangere Frauen mit ein, und dass diese Strahlung in der Tat weitverbreitet aus nichtmedizinischen Gründen auf gesunde Menschen gerichtet wird. -

Weiche Niedrigenergie-Röntgenstrahlen werden tatsächlich leichter absorbiert als kosmische Hochenergiestrahlen, die sie während des Fluges aufnehmen und sind daher gefährlicher und nicht weniger gefährlich für die Haut und die Weichgewebe. Darüber hinaus geben die diagnostischen, medizinischen Röntgenstrahlen dem Benutzer, dem Patienten, die Möglichkeit einer Bleiabschirmung für ihre Keimdrüsen, um die Dosis für die Gesamtbevölkerung, die DNS-Schäden und zukünftige genetische Mutationen verursacht, zu reduzieren – was mit diesen Geräten auch nicht möglich ist.

Als Arzt und häufiger Flugreisender lehne ich die drakonische Maßnahme wegen der Gesundheitsgefährdung entschieden ab, ganz abgesehen von den Gründen der Privatsphäre und Ineffektivität, und ich hoffe, dass die EU solche verpflichtenden Maßnahmen europaweit ablehnen wird. Stattdessen möchte ich dafür plädieren, mit dem Profiling von Passagieren nach dem israelischen Modell zu beginnen.

Cornelia Ernst (GUE/NGL). - Herr Präsident! Körperscanner sind ganz klar – und das ist völlig unstrittig – ein Eingriff in die Privatsphäre, und zwar ein gravierender Eingriff. Faktisch müssen wir uns zwei Fragen stellen. Die erste Frage ist tatsächlich, inwieweit das verhältnismäßig ist und dem Ziel der Terrorismusbekämpfung tatsächlich etwas nützen kann. Da gibt es bisher keine klaren Antworten. Deshalb unterstütze ich das, was Frau Malmström gesagt hat, die von einer Evaluation sämtlicher Instrumente gesprochen hat, die notwendig ist. Die will ich erst einmal auf dem Tisch haben, bevor wir irgendetwas machen.

Das zweite sind die Gesundheitsrisiken. Alle, die wir hier in diesem Raum sitzen – und auch die, die jetzt woanders sind –, müssten dann faktisch jede Woche mehrfach unter den Scanner. Mindestens zweimal müsste ich das jede Woche tun. Das ist eine Dauermaßnahme, und ich möchte wissen, inwieweit das meiner Gesundheit schadet. Auch dazu gibt es noch keine wirklichen Abschätzungen. Ich will ganz offen sagen: Bevor es die nicht gibt, bin ich auch nicht bereit, mich dem zu unterziehen, und verlange deshalb klare Antworten und keine Schnellschüsse.

Michèle Rivasi (Verts/ALE). – (FR) Herr Präsident, ich würde gerne den Zusammenhang zwischen Scanner, Gesundheit und Terrorismus herstellen. Was sagt der Interinstitutionelle Ausschuss für Strahlenschutz dazu, der die Europäische Kommission, die IAEA – die Internationale Atomenergieorganisation – und die Nuclear Energy Agency (NEA) zusammenbringt? Er stellt fest, dass schwangere Frauen und Kinder dem Körper-Scanning nicht ausgesetzt werden dürfen, sogar wenn es sich um extrem kleine Dosen handelt.

In der Tat sollten wir uns bewusst sein, dass häufige Exposition gegenüber niedrigen Strahlendosen Krebs und Fehlbildungen verursachen kann. Meine Frage betrifft daher die Rechtfertigung der Risiken. Angesichts der vorhandenen alternativen Technologien, mit denen die gleichen Ziele erreicht werden können, müssen diese Scanner im Verhältnis zur definierten Zielsetzung auf jeden Fall gerechtfertigt werden, und wir müssen wissen ...

(Der Präsident unterbricht die Rednerin)

Andreas Mölzer (NI). - Herr Präsident! Wir dürfen nicht vergessen, dass der internationale Terrorismus auch immer wieder durch Fehlinformationen oder durch Fehlentscheidungen der US-Geheimdienste ermöglicht wurde. Ob dann die diversen Antiterrormaßnahmen immer sinnvoll waren, wurde nicht hinterfragt. Stattdessen folgten und folgen jedem Anschlag weitere Einschränkungen der Freiheitsrechte. Erst wenn sich nun die EU-Bürger gewissermaßen finanziell und körperlich vor den USA ausziehen sollen, wacht das Europäische Parlament auf. Der gläserne Bürger wird immer mehr Realität, und das Ganze basiert dann auf Daten und Informationen von Geheimdiensten, deren Rolle und Zuverlässigkeit nicht erst seit den Kriegen in Afghanistan und im Irak höchst umstritten sind.

Neben Zweifeln am Nutzen, an der Machbarkeit und an der Vereinbarkeit mit den Persönlichkeitsrechten ist es jedenfalls mehr als fraglich, ob sich radikale Islamisten durch Körperscanner von ihren terroristischen Absichten abhalten lassen würden. Islamistischer Terror gehört konsequent bekämpft, aber es muss Schluss damit sein, dass EU-Bürger immer wieder ...

(Der Präsident entzieht dem Redner das Wort.)

Alfredo Pérez Rubalcaba, *amtierender Präsident des Rates*. – (ES) Herr Präsident, ich habe den Reden aller Fraktionen und Mitglieder zu diesem Thema sehr sorgfältig zugehört. Wir haben einige sehr interessante Ansichten gehört, die ich begrüße.

Ich möchte Sie daran erinnern, wie ich das in meiner ersten Rede getan habe, dass ich sicher nicht für die Abhaltung von Aussprachen über so eine komplexes und sensibles Thema wie den Kampf gegen den Terrorismus bin, wenn Anschläge oder mutmaßliche Anschläge ausgeführt worden sind.

Offensichtlich müssen wir diese Anschläge oder mutmaßlichen Anschläge untersuchen, um herauszufinden, was mit dem Sicherheitssystem falsch gelaufen ist, aber es gibt keinen Zweifel daran, wie das heute Nachmittag immer wieder gesagt worden ist, dass die Strategie zur Terrorismusbekämpfung eine sehr sorgfältig durchdachte, sachliche und bewusst gewählte Strategie sein und unter Wahrung der Verhältnismäßigkeit zur Anwendung kommen muss.

Wenn wir Maßnahmen ergreifen, die unsere Grundsätze untergraben werden, machen wir ganz gewiss einen großen Fehler. Daher müssen wir analysieren, zum Beispiel, was in Detroit geschehen ist, um Fehler zu vermeiden, aber wir dürfen nicht nach jedem Anschlag mit Angst reagieren, da dies wahrscheinlich dazu führen würde, dass wir Maßnahmen ergreifen, die in einigen Fällen einfach keinen Sinn machen würden.

Europa hat eine Strategie für seine Anti-Terror-Politik. Wir haben eine gute Strategie, um den Terrorismus in der Europäischen Union zu bekämpfen, eine Strategie, die sich in den letzten Jahren als effektiv erwiesen hat. Wir müssen uns nur die Aktivitäten der Sicherheitskräfte in den verschiedenen Ländern ansehen, um den Umfang zu erkennen, in dem in vielen Fällen diese Aktivitäten auf der Anwendung der gemeinsamen Strategie aufbauten, die wir vor einigen Jahren eingeführt haben.

Wir haben mit dem Koordinator für die Terrorismusbekämpfung ein wichtiges Amt, dessen Amtsinhaber sehr interessante Reden hält. Wieder einmal möchte ich empfehlen, dass Sie sich seine letzte Rede in diesem Haus genau ansehen, weil ich glaube, dass es eine ausgezeichnete Rede ist, die den Umfang unserer Strategie hervorhebt. Gewiss haben wir in jüngster Zeit diese Strategie durch Prävention in die Tat umgesetzt, im Gegensatz zu den ersten Jahren ihrer Anwendung, als wir uns viel mehr auf die Früherkennung konzentriert haben.

Natürlich ist das wichtigste Element im Kampf gegen den Terrorismus die Prävention, anders ausgedrückt, die Verhinderung von Anschlägen. Darum konzentrieren wir unsere gemeinsamen Bemühungen, wie ich sagte, auf die Prävention. Aus diesem Grund konzentrieren wir uns auch auf Aspekte wie die Radikalisierung, die ich in meiner Rede erwähnt habe, wie das auch der Herr Kommissar getan hat. Wir sind besonders daran interessiert, dass die politischen Maßnahmen in jedem Land durchgeführt werden, um Radikalisierung zu verhindern, was zweifellos die Ursache aller Terroranschläge ist, unter denen wir in den letzten Jahren gelitten haben.

Wir sind ebenfalls besonders daran interessiert, den korrekten Austausch von Informationen zu gewährleisten. Das ist im Haus zu verschiedenen Anlässen betont worden. Wichtig ist nicht, die Informationen zu übermitteln, die man besitzt, sondern die Informationen zu übermitteln, die für diejenigen relevant sind, die sie empfangen. Das sind die Informationen, die übermittelt werden müssen. Das Ziel ist nicht, uns mit Informationen zu überschwemmen, sondern Werkzeuge für das Informationsmanagement zu besitzen, die den Austausch so effektiv wie möglich machen.

In dieser Hinsicht haben wir in letzter Zeit in der Europäischen Union wesentliche Verbesserungen erzielt. Wir besitzen eine Strategie, die vom Zeitpunkt ihrer Umsetzung an beispielsweise das Funktionieren unseres Informationsaustauschsystems verbessern wird. Wenn ich über Austausch spreche, denke ich an Europol, ich denke an Eurojust, ich denke an COSI, Organisationen, die hier von einigen Mitgliedern erwähnt worden sind, und zum Schluss denke ich an Informationsaustausch und wie man ihn effektiver machen kann.

Und schließlich, ja, die umstrittenen Körperscanner sind jetzt auf der Tagesordnung, und ich bin überzeugt, wie ich in meiner ersten Rede und wie das auch die Kommissare gesagt haben, dass es eine Angelegenheit ist, mit der wir uns auseinandersetzen müssen. Im Idealfall werden wir in der Lage sein, eine gemeinsame Lösung auf europäischer Ebene beschließen zu können. Wenn wir dies nicht tun, dann wird natürlich jedes Land in der Lage sein, seine eigenen Maßnahmen zu ergreifen und auch wenn wir zu einer gemeinsamen Lösung kommen, kann es einige Länder geben, die sich entscheiden, ihre eigenen Maßnahmen gemäß ihren eigenen Gesetzen voranzutreiben. Allerdings gibt es wenig Zweifel daran, dass eine gemeinsame Position in dieser Angelegenheit außerordentlich hilfreich wäre.

Um eine solche Position zu verabschieden und im Einklang zu stehen mit dem, was ich zu Beginn dieser Rede gesagt habe, brauchen wir eine sachliche und bewusst gewählte Debatte, die sich auf die drei Elemente konzentriert, die derzeit von der Kommission untersucht werden: erstens, die Effektivität der Scanner (ob sie effektiv sind oder nicht, wo ihre Grenzen sind und ob sie wirklich das tun können, was wir von ihnen wollen); zweitens, ihre Vereinbarkeit mit den Grundrechten und individuellen Freiheiten; und drittens, ihre Vereinbarkeit mit der Gesundheit der Menschen, welche diese Geräte passieren müssen.

Ich glaube das sind die drei Themen, die wir untersuchen müssen. Sobald die Berichte zur Verfügung stehen, werden wir uns auf eine gemeinsame Position einigen, die meiner Meinung nach notwendig ist.

Herr Präsident, ich möchte noch einmal sagen, wie dankbar ich für die Reden hier in diesem Haus bin, die ich für die Arbeit des Rates für extrem nützlich erachte.

Sarah Ludford (ALDE). – Herr Präsident, ich habe dem Rat eine direkte Frage gestellt und ich würde gern eine direkte Antwort haben. Ich habe gefragt, was der Rat von der groben Verletzung des Artikels 6 – der Grundrechtsklausel – des EU-Vertrags hält, angesichts der Entscheidung des britischen Berufungsgerichts, die Großbritanniens Schuld bestätigt ...

(Der Präsident unterbricht die Rednerin)

Siim Kallas, Mitglied der Kommission. – Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren, vielen Dank für Ihre Beiträge, aber ich muss sagen, dass heute noch kein Antrag eingebracht worden ist, neue Geräte in obligatorischer Form in allen Mitgliedstaaten und auf allen Flughäfen einzuführen. Das ist nicht der Fall. Wir befinden uns nur in einer Phase der vorsichtigen Untersuchung dieser neuen Technologien, und wir werden uns nach April an Sie wenden, nach einem umfassenden Bericht, der alle Aspekte dieser neuen Technologien untersuchen wird.

Ich für meine Person habe gewisse Zweifel, besonders über die Effizienz und, wie das jemand hier gesagt hat, die Verhältnismäßigkeit der Verwendung dieser neuen Technologie, aber wir sollten nicht von vornherein neue Technologien ablehnen. Terrorismus entwickelt sich weiter, und daher müssen auch wir alle technologischen Entwicklungen nutzen, um unsere Bürger und Passagiere zu verteidigen. Verteufeln Sie daher bitte nicht neue Technologien. Wir werden zusammen mit den Kolleginnen Frau Cecilia Malmström und Frau Viviane Reding einen gemeinsamen europäischen Ansatz vorschlagen, mit allen notwendigen Erfordernissen in Bezug auf alle technologischen, gesetzlichen, grundsätzlichen Rechte, die Privatsphäre und andere Aspekte. Wir werden ganz sicher eine Art gemeinsamen europäischen Ansatz vorschlagen, einen Ansatz, für den es, glaube ich, ein gemeinsames Verständnis geben wird und der hier und, so wie ich das verstehe, auch in den Mitgliedstaaten bevorzugt wird.

Das werden wir also in nächster Zukunft tun. Wir werden einen Bericht vorlegen und diese Diskussion fortsetzen. Glauben Sie mir, wir können Ihnen über keine Verschwörung berichten, einen neuen Typ von Gerät augenblicklich einzusetzen; es gibt keine technische Lösung, die komplett kugelsicher ist oder 100%ige Sicherheit garantiert, und die Flugsicherheit ist ein besonders komplexer Bereich, für den wir eine Vielzahl von kombinierten Maßnahmen benötigen und ebenso eine starke internationale Kooperation. -

Nach diesem Bericht werden wir also mit konkreten Vorschlägen aufwarten und werden ganz sicher einen gemeinsamen europäischen Ansatz darüber vorschlagen, welches die Standards und die Erfordernisse sein sollen, wenn die Mitgliedstaaten für die Einführung oder die Nutzung neuer Screening-Technologien stimmen werden.

Cecilia Malmström, Mitglied der Kommission. – Herr Präsident, es handelt sich hier wirklich um eine wichtige Aussprache. Die Terrorismusbekämpfung ist ein wichtiges Instrument im Kampf gegen den Terrorismus. Wie haben innerhalb der Europäischen Union schmerzhaft Erfahrungen bezüglich der Folgen des Terrorismus und der Bedrohung gemacht, die er darstellt, nicht nur gegenüber den einzelnen Bürgerinnen und Bürgern, sondern auch gegenüber der Gesellschaft, der Demokratie und den Grundwerten.

Mitgliedstaaten tragen selbstverständlich die Verantwortung bei der Durchführung und die Verantwortung für ihre Nachrichtendienste, aber ich bin überzeugt, dass wir auf europäischer Ebene mehr tun können, um die vorhandenen Instrumente zu koordinieren und aufeinander abzustimmen. Deshalb habe ich meine Dienststellen ersucht, rasch eine Analyse der politischen Maßnahmen durchzuführen, in Bezug auf die Rahmenbedingungen und die Instrumente, die wir bereits besitzen, um zu sehen, was wir verbessern und wie wir sie auf noch intelligenter Weise nutzen können. Ich stimme denjenigen Mitgliedern zu, die das gesagt haben. Ich bin ebenfalls davon überzeugt, dass Europol, Eurojust und die Behörden der Mitgliedstaaten

viel besser und auf eine besser koordinierte Weise zusammenarbeiten können. Es gibt sicherlich Maßnahmen, dies in die Tat umzusetzen. -

Vorfälle wie in Detroit sind wichtig in dem Sinne, dass sie als eine Art Warnsignal dienen und uns daran erinnern, dass Terrorismus noch immer präsent ist. Er stellt immer noch eine sehr große Bedrohung dar. Es gibt Forderungen und Druck auf uns Politiker, Dinge rasch in die Wege zu leiten, um Verbesserungen einzuführen und unsere Bürgerinnen und Bürger sofort zu schützen. Das ist ganz natürlich. Wir tragen Verantwortung, die Sicherheit zu schützen, aber wir müssen auch erst nach gründlicher Analyse, Einschätzung und Diskussion handeln, damit wir angemessene und verhältnismäßige Maßnahmen vorschlagen, wie das auch der Kommissar, Herr Siim Kallas, und der Rat festgestellt haben. Das werden wir tun. Wir werden auch die vollständige Einhaltung der Grundrechte berücksichtigen müssen.

Auf diese Weise wird die Kommission also arbeiten. Wir werden uns wieder mit detaillierteren Vorschlägen an Sie wenden, nachdem diese Auswertung durchgeführt worden ist und dann die Diskussion mit Ihnen fortsetzen. Ich danke Ihnen sehr für diese wichtige und höchst interessante Debatte.

Der Präsident. – Die Aussprache ist beendet.

Inés Ayala Sender (S&D). – (ES) Herr Präsident, bevor wir diese Aussprache beenden, möchte ich noch gerne einen Antrag zur Geschäftsordnung machen und meine Überraschung ausdrücken, denn als das Catch-the-Eye-Verfahren begann, habe ich meine Hand gehoben, da ich dachte, dass das Verfahren gerade beginnt, aber Sie hatten bereits eine komplette Liste. Ich möchte darum ersuchen, dass die Kriterien für das Catch-the-Eye-Verfahren standardisiert werden, sodass wir alle sprechen können, denn es haben hier anscheinend auch andere Redner gesprochen, obwohl Sie sagten, dass Sie eine vollständige Liste hatten.

Ich möchte daher nur meine Überraschung zum Ausdruck bringen und ersuchen, dass wir nächstes Mal alle wissen, was wir tun müssen, um sprechen zu können.

(Der Präsident erklärt das „Catch-the-Eye“-Verfahren und begründet, warum er der Rednerin nicht das Wort erteilt)

Schriftliche Erklärungen (Artikel 149)

Elena Oana Antonescu (PPE), schriftlich. – (RO) Terrorismus behält seinen hohen Bedrohungsgrad in der Europäischen Union. Aus diesem Grund haben alle Mitgliedstaaten ihre Anstrengungen verstärkt, die Instrumente zu verbessern, die ihn verhindern und bekämpfen sollen. Die Verabschiedung des Vertrags von Lissabon bietet die Gelegenheit, in allen Bereichen effizienter zu reagieren, die direkt oder indirekt mit der Terrorbekämpfung zu tun haben. Die Verwendung von Körperscannern ist eine heikle Angelegenheit. Ich denke, es gibt wichtige Faktoren, die sorgfältig untersucht werden müssen, bevor wir darüber zu einer Entscheidung kommen. Sie richten sich auf die Effektivität der Scanner, die Einhaltung des Rechts auf Privatsphäre, die finanziellen Konsequenzen ihrer Nutzung, angesichts der besonders hohen Anschaffungskosten, und in erster Linie auf die Art und Weise, wie diese Geräte sich auf die Gesundheit derer auswirken, die von ihnen untersucht werden. Die Europäische Kommission wird drei Studien über die Nutzung und die Effekte der Körperscanner vorlegen. Aus diesem Grund glaube ich, dass es für uns wichtig ist, auf die Schlussfolgerungen der Experten zu warten und diese gewissenhaft zu analysieren und nur dann eine Entscheidung über eine gemeinsame Position zu diesem Thema zu fällen.

John Attard-Montalto (S&D), schriftlich. – Wenn das Thema der Terrorismusbekämpfung zur Sprache kommt, konzentriert sich die Diskussion immer auf die Folgen für die bürgerlichen Freiheiten. Ich habe immer den Standpunkt vertreten, dass es eine Frage der Prioritäten ist. Es ist eine Frage danach, ob Passagiere darauf vorbereitet sind, ihre Unannehmlichkeiten für ihre Sicherheit zu opfern. Bürgerrechtsgruppen haben die Pflicht, alle neuen empfohlenen Maßnahmen abzuwägen. Diejenigen, die neue Maßnahmen wie die Körper-Scanner vorschlagen, haben die Pflicht, deren Notwendigkeit zu beweisen. Obwohl Lösungen normalerweise auf Kompromissen aufbauen, sind Kompromisse in diesem Fall unter Umständen nicht möglich. Es ist offensichtlich, dass die vorhandenen Vorgehensweisen, insbesondere Leibesvisitationen, nicht ausreichen. Es ist festgestellt worden, dass Körperscanner effektiver sind. Das Problem liegt darin, dass sie möglicherweise die Würde der Passagiere verletzen. Das ist daher das Thema, über das wir sprechen müssen. Es gibt viele mögliche Lösungen.

Zum Beispiel, separate Körperscanner für Frauen und Männer, die vom Personal desselben Geschlechts gehandhabt werden.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), schriftlich. – (LT) Die Sicherstellung der Sicherheit des Luftverkehrs im Kampf gegen den Terrorismus ist ohne Zweifel von fundamentaler Bedeutung, aber wir müssen herausfinden,

welche Folgen die Maßnahmen für die Gesundheit, die Grundrechte und Freiheiten sowie für die Privatsphäre und Würde haben. Die Verwendung von Bodyscannern als eine der möglichen technischen Lösungen ist eine ernsthafte Angelegenheit, welche die Nutzung neuer Technologien für die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger betrifft, und daher hoffe ich, dass die Kommission schließlich eine Beurteilung der Auswirkungen der Bodyscanner auf die Gesundheit, Grundrechte und Freiheiten des Einzelnen präsentieren wird. Ich möchte Ihre Aufmerksamkeit darauf lenken, dass es bei der Verwendung neuer technischer Maßnahmen, die darauf abzielen, einen hohen Grad der Sicherheit auf Flughäfen zu erreichen, auch sehr wichtig ist, Grenzfällen zwischen den Menschenrechten und der Sicherheit selbst zu ziehen, da diese Maßnahmen nicht nur auf den Schutz der Bürgerinnen und Bürger gerichtet sind, sondern auf die Folgen für ihre Rechte und Freiheiten. Die Kommission hat noch keinen Folgenabschätzungsbericht vorgelegt, in dem bestätigt würde, dass die Bodyscanner einen wirksamen Schutz für die Luftreisende gewährleisten würden, und daher gibt es noch immer Zweifel daran, ob diese technischen Sicherheitsmaßnahmen wirklich sicher, effektiv und verlässlich sein werden. Sobald wir daher die aktuelle Situation eingeschätzt haben, müssen wir mit unserer Arbeit auf diesem heiklen Gebiet fortfahren.

Nessa Childers (S&D), schriftlich. – Das Europäische Parlament kann seine Zustimmung zur Einführung der Körperscanner nicht geben, was praktisch einer Art Röntgenstrahlung gleichkommt, bevor die existierenden Bedenken in Bezug auf die Gesundheit und Privatsphäre, die damit zu tun haben, nicht ordnungsgemäß von den europäischen Behörden erörtert worden sind. Ich bin mir der Bedenken unter den Vielfliegern bewusst und bin darüber besorgt, dass andere Passagiere wie etwa schwangere Frauen und Kinder den Körperscannern ausgesetzt sein sollen. Es gibt auch erhebliche Bedenken im Hinblick auf den aufdringlichen Charakter dieser Abbildungen, und wir müssen gewährleisten, dass die Privatsphäre der europäischen Bürgerinnen und Bürger geschützt wird, bevor wir einer weitverbreiteten Verteilung dieser zeitaufwendigen und teuren Geräte zustimmen. Angesichts der Tatsache, dass amerikanische Behörden zugegeben haben, dass es ein Fehler ihrer Sicherheitsbehörden und nicht der Lufthafentechnologie war, der zur jüngsten Terrorpanik geführt hat, glaube ich, dass eine Reihe weniger teurer Methoden untersucht werden sollten – wie etwa verstärkte Tätigkeit der Nachrichtendienste, unterschiedliche Suchmethoden und verstärkte internationale Kooperation –, bevor wir in diese umstrittene Technologie investieren. Der amerikanische Gründervater Benjamin Franklin sagte einmal, „wer Sicherheit so weit vor Freiheit stellt, verdient keines von beiden“, und ich glaube, dass Europa sehr gut daran täte, diesen speziellen Ratschlag über die nächsten Monate hinweg zu beachten.

Proinsias De Rossa (S&D), schriftlich. – Der Internationale Journalistenverband, der 600 000 Journalisten in 125 Ländern vertritt, hat die israelischen Behörden dazu aufgefordert, den Deportationsbefehl für den Journalisten Jared Malsin aufzuheben, der deshalb deportiert wurde, weil er sich in seinen Berichten über die Situation in der West Bank und im Gaza Streifen der israelischen Regierung gegenüber kritisch geäußert hatte. Sie haben die Deportation als eine inakzeptable Verletzung der Pressefreiheit verurteilt. Zudem haben 13 israelische Menschenrechtsorganisationen Proteste an die israelische Knesset und Ministerpräsident Netanyahu gerichtet, in Bezug auf die verstärkte systematische Kampagne gegen Menschenrechtsorganisationen in Israel. Es wurde berichtet, dass Israel jetzt verlangt, dass die Europäische Union damit aufhört, Menschenrechtsorganisationen Finanzhilfen zu gewähren, die in Israel und in den besetzten palästinensischen Gebieten tätig sind. Ich möchte Sie ersuchen, Herr Präsident, mit Ministerpräsident Netanyahu Kontakt aufzunehmen und ihm gegenüber klarzustellen, dass die EU auf Respekt für das Recht der Redefreiheit gegründet ist, das Recht auf Kritik der eigenen Regierung, eine freie Presse, das Recht auf friedlichen Protest, als fundamentaler Wert für einen demokratischen Staat. Ministerpräsident Netanyahu muss auch daran erinnert werden, dass die EU-Handelsabkommen es verlangen, den Wirtschaftsverkehr unter Einhaltung dieser Rechte durchzuführen.

Christine De Veyrac (PPE), schriftlich. – (FR) Fast 10 Jahre nach dem 11. September existiert die Bedrohung durch den Terrorismus immer noch, und Flugzeuge sind eines der bevorzugten Instrumente, mit denen Terroristen unsere Länder angreifen. Wir müssen einen Weg finden, unsere Bürgerinnen und Bürger zu schützen und zu verhindern, dass sie Opfer terroristischer Gewaltakte werden. Körperscanner sind vielleicht ein Weg, die Sicherheit auf Flughäfen und an Bord von Flugzeugen zu erhöhen. Bevor wir eine Entscheidung treffen, müssen wir allerdings sicherstellen, dass diese Geräte nicht individuelle Freiheiten verletzen und dass sie nicht der Gesundheit der Reisenden und des Flughafenpersonals schaden. Ich warte mit großem Interesse auf die Studie, welche die Europäische Kommission zu diesem Thema im März vorlegen wird. In der Auseinandersetzung mit allen verschiedenen Aspekten, die mit ihrer Verwendung verbunden sind, sollte dieser Bericht es ermöglichen, die Scanner europaweit zu zertifizieren, und den Schutz der Bürgerrechte und der Gesundheit zu garantieren. Damit alle Bürgerinnen und Bürger vom selben Schutz profitieren können,

hoffe ich, dass wir nach Vorlage dieser Studie durch die Europäische Kommission die Mitgliedstaaten dazu ermutigen können, in dieser Angelegenheit zu einer Einigung zu kommen.

Kinga Gál (PPE), *schriftlich*. – (HU) Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren, das Instrumentarium der Sicherheitsmaßnahmen, das auf internationalen Flughäfen verwendet wird, wird kontinuierlich weiterentwickelt, während die Luftsicherheit – unsere Sicherheit – immer wieder weiteren Herausforderungen gegenübersteht. Zur selben Zeit übertreffen einige Elemente der Maßnahmen, die bereits ergriffen wurden oder geplant oder getestet werden, sogar den strengen aeronautischen Sicherheitsvorschriften oder denen der Luftverkehrssicherheit. Aus diesem Grund müssen diese Themen aus einer Gesamtperspektive heraus untersucht werden. Sicherheit ist ein wesentliches Thema in unserem Leben – es ist das wichtigste Thema. Allerdings fühlen wir uns nur dann sicher, wenn Sicherheitsmaßnahmen unsere Rechte nicht unverhältnismäßig einschränken, unsere Persönlichkeitsrechte nicht verletzen und, in einigen Fällen, unsere Gesundheit nicht gefährden; und wenn die Maßnahmen, die unsere Sicherheit garantieren sollen, nicht unverhältnismäßig sind, dann können sie nicht umgangen werden und haben den angemessenen Wirkungsgrad. Wir brauchen Geräte wie die Körperscanner, die eine wirksame Überwachung des Passagierverkehrs bieten, die auf freiwilliger Basis der untersuchten Personen genutzt werden, unter anderem Passagiere berücksichtigen, die wichtige medizinische Implantate haben (elektronische Herzschrittmacher oder metallische Implantate), die kein Gesundheitsrisiko darstellen, weder schwangere Frauen noch Vielflieger gefährden und schließlich keine Bilderdaten speichern und nur benutzt werden, um im Falle eines Risikos ein angemessene Warnung abgeben zu können. Daher ist jede weitere Diskussion über die Einführung von Test-Scannern nur dann sinnvoll, wenn genügend detaillierte Folgeabschätzungen der oben angeführten Bedingungen durchgeführt worden sind. Nur die Verwendung von Geräten, die diesen Anforderungen entsprechen, ist für uns akzeptabel.

Jim Higgins (PPE), *schriftlich*. – Wir können nicht auf eine weitere Katastrophe warten, bevor wir handeln, um Fluggäste zu schützen. Die Dublin Airport Authority (DAA) hat einen Vertrag für Körperscanner am Flughafen in Dublin im Wert von bis zu 2 Mio. EUR ausgeschrieben. Die DAA stellte fest, dass die Scanner auf die Flughäfen in Cork und Shannon erweitert werden könnten, sollte das Verkehrsministerium grünes Licht dazu geben, was sehr wahrscheinlich scheint, und solange die Geräte sich als erfolgreich erweisen. Aber der Datenschutzkommissar sorgt sich darum, dass alle Schritte der irischen Behörden zur Einführung der Bodyscanner einzuführen, ordnungsgemäße Berücksichtigung erfahren und Sicherheitsbedürfnisse mit dem individuellen Recht auf Privatsphäre vereinbart werden. Die Flughafenbehörde am Manchester Airport, wo einer dieser Scanner erprobt wird, besteht darauf, dass die schwarzweißen Bilder weder pornographisch noch erotisch sind und von einem einzelnen Beamten an einem entfernten Standort betrachtet und danach sofort vernichtet werden. Körperscanner sind nicht unfehlbar, aber sie sind die beste Technologie, die derzeit vorhanden ist, und daher müssen wir die Instrumente einsetzen, die wir zur Verfügung haben, um die terroristische Bedrohung zu verringern. Wir brauchen einen europaweiten Ansatz für das Thema der Scanner – Flughafensicherheit muss einheitlich sein. Ich bin außerordentlich gespannt auf den Bericht der Kommission über die Auswirkungen der Körperscanner.

Danuta Jazłowiecka (PPE), *schriftlich*. – (PL) Sehr geehrte Damen und Herren, beim Anhören der heutigen Aussprache kann man den Eindruck gewinnen, dass das Hauptproblem der europäischen Länder derzeit darin besteht, zu entscheiden, den Einsatz der Körperscanner zu vervielfachen oder die Möglichkeiten ihrer Einführung zu beschränken. Meiner Meinung nach zeugt dies allerdings nicht von einem richtigen Verständnis der Angelegenheit. Aus dieser Perspektive ist das Problem, den Schutz der Menschenrechte zu gewährleisten, auch nicht sehr bedeutend. Die grundsätzliche Frage, die wir uns stellen sollen, ist die, ob die von den speziellen Diensten vorgeschlagenen neuen Methoden und Instrumente effektiv genutzt werden können. Wenn wir Teil unserer Freiheit für die Sicherheit aufgeben, wird dann unsere Sicherheit wirklich garantiert? Die Informationen, die wir dazu erhalten, machen uns sehr skeptisch. Wenn die zuständigen Dienste nicht einmal in der Lage sind, eine effektive Passkontrolle zu garantieren, und wenn sie die Informationen, die sie haben, nicht nutzen können – was beim Vorfall mit dem Flug nach Detroit so deutlich wurde – welche Garantie haben wir dann, dass sie in der Lage sein werden, die neuen Instrumente wirkungsvoll zu nutzen? Die Geschichte lehrt uns, dass in Krisensituationen die speziellen Dienste den einfachsten Weg gehen wollen. Sie fordern neue Befugnisse, mehr Geld und bessere Instrumente, während sie nicht in der Lage sind, die Möglichkeiten so gut wie möglich auszuschöpfen, die sie bereits haben. Jemand sollte sich für den gesunden Menschenverstand einsetzen und die gesunde Skepsis, und es scheint mir, dass das Europäische Parlament in dieser Hinsicht eine bedeutende Rolle spielt.

Elżbieta Katarzyna Łukacijewska (PPE), *schriftlich*. – (PL) Die Ereignisse der letzten Jahre haben uns dazu gezwungen, nach neuen Lösungen zu suchen, welche die größtmögliche Sicherheit für Reisende gewährleisten.

Die terroristische Bedrohung hat dazu geführt, dass wir viel leichter bereit sind, unsere eigenen Freiheiten einschränken zu lassen. Ich hoffe, dass eine gründliche Analyse der Wirksamkeit und Sicherheit der Bodyscanner und auch ihrer Anschaffungskosten durchgeführt werden wird, bevor man die Entscheidung trifft, sie auf Flughäfen generell einzuführen. Wir wollen nicht noch einmal erleben, was bei der Masseneinführung der Impfstoffe gegen die A1/H1N1-Grippe geschehen ist, als Regierungen, in einer Welle der Panik Bestände des Impfstoffes zu teuren Preisen kauften, ohne eine Garantie für die Sicherheit von den Herstellern erhalten zu haben, und jetzt bleiben die Bestände ungenutzt. Vielleicht wäre es effektiver, Lösungen anzuwenden, die von den Israelis entwickelt wurden, wobei die Betonung auf der Beobachtung des Verhaltens der Fluggäste liegt und auf einer gründlichen Überprüfung derer, die den meisten Verdacht erregen, und nicht auf der Überprüfung jedes einzelnen Fluggastes. Dieses System hat seine Effektivität über viele Jahre hinweg bewiesen.

Petru Constantin Luhan (PPE), schriftlich. – (RO) Es ist unsere Pflicht als Abgeordnete, uns mit der Lösung der Fragen zu beschäftigen, die zum Thema Körperscanner gestellt wurden, in Bezug auf den Kampf gegen den Terrorismus und die Bürger- und Persönlichkeitsrechte der Europäerinnen und Europäer.

Ich stimme vollkommen zu, dass wir praktikable Lösungen finden müssen, um die Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger zu erhöhen. Aber wir haben eine Verpflichtung, den Schutz aller Rechte unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger in der ganzen Europäischen Union zu gewährleisten. Das impliziert die Sicherstellung des Rechts auf Privatsphäre und des Grundrechts auf persönliche Würde, die mit dem Sicherheitskonzept der Geräte auf den Flughäfen übereingestimmt werden müssen. Die Frage, die sich in diesem Zusammenhang stellt, ist, ob diese Bodyscanner die praktikabelste Lösung für die Sicherheitsprobleme auf Flughäfen sind.

Ich denke, dass Europa „Ja“ dazu sagen muss, Lösungen zu finden, die den Terrorismus und das organisierte Verbrechen bekämpfen und „Nein“ dazu, das Recht auf Privatsphäre und persönliche Würde, ein Grundrecht der Demokratie, zu beschneiden.

Ioan Mircea Pașcu (S&D), schriftlich. – Jedes Mal, wenn ein wirklicher Terrorist oder einer, der einer sein möchte, ein Flugzeug besteigt und dabei die Wachsamkeit unserer tapferen Sicherheitskräfte und wunderbaren Geräte überlistet, bedeutet das für Millionen von Fluggästen für die kommenden Jahre ein unangenehmeres Leben. Die Terroristen vom 11. September waren unglaublich erfolgreich: es ist ihnen gelungen, unser Leben – zum Schlechteren – zu ändern! Wir im Osten wollten uns des „Big Brother“ entledigen und haben stattdessen die westliche Variante erhalten, anspruchsvoller, aber nicht weniger erschreckend. Viele „Sicherheitskräfte“ auf einigen Flughäfen verhalten sich sehr schlecht; sie glauben, dass sie selbst über dem Gesetz stehen und betrachten jeden Fluggast als Verdächtigen und nehmen sich die Freiheit, jedes Stück des Gepäcks zu untersuchen, ohne irgendeine Erklärung, und entschuldigen sich natürlich, wenn sich herausstellt, dass die Verdächtigung unbegründet war. Und wenn man es wagt zu protestieren, lachen sie einem ins Gesicht. Sie würden mir zustimmen, dass dies ein Missbrauch ist. Es ist an der Zeit, dass die Kommission sich die Aktivitäten dieser Firmen ansieht und im Hinblick auf die überwiegende Mehrheit der ehrbaren Bürgerinnen und Bürger Verhaltensnormen vorschreibt. Schließlich haben wir ein Charta der Grundrechte, die von jedem Europäer gleichermaßen eingehalten werden muss, und sie schließt jene ein, die für die Sicherheit auf unseren Flughäfen verantwortlich sind.

Joanna Senyszyn (S&D), schriftlich. – (PL) Um den Terrorismus wirksam bekämpfen zu können, brauchen wir koordinierte Aktionen, einschließlich EU-Regeln für Scanner. Die Prinzipien, die wir akzeptieren, müssen den Schutz der Grundrechte und persönlicher Daten beinhalten sowie etwas nicht weniger Wichtiges – die Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger. Eine Entscheidung über den obligatorischen Einsatz der Scanning-Geräte muss gefällt werden. Es hat keinen Sinn, darüber zu diskutieren, wenn die Anwendung der Scanner freiwillig sein soll. Denn man kann sich nur schwierig vorstellen, dass Terroristen einem Scanning zustimmen werden. Eine sehr wichtige Frage ist natürlich die nach der Sicherheit der Scanner für die Gesundheit. Die Meinungen gehen dabei auseinander, von der Meinung des tschechischen Amtes für Kerntechnische Sicherheit, die verdeutlicht, dass Scanning-Geräte Strahlen aussenden, die gesundheitsschädlich sind, bis zur französischen Generaldirektion für die zivile Luftfahrt, welche die Geräte für vollkommen harmlos hält. Weitere Tests sind unbedingt erforderlich, um zu zeigen, welche Arten von Scannern unbedenklich für die Gesundheit sind und welche möglichen Nebeneffekte der Nutzung auftreten können. Die Untersuchungen sollen von der Europäischen Kommission mit voller Kooperation der Mitgliedstaaten koordiniert werden. Die benutzten Scanner müssen ein Sicherheitszertifikat besitzen, das ihren Einsatz in allen Mitgliedstaaten erlaubt. Auf diese Weise können wir eine Verdoppelung der Untersuchungskosten durch die Mitgliedstaaten verhindern, und wir können sicher sein, dass die Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger auf gleiche Weise in allen Mitgliedstaaten geschützt ist.

Joanna Katarzyna Skrzydlewska (PPE), *schriftlich*. – (PL) Herr Präsident, eine neue Methode der Durchsuchung von Fluggästen ist auf europäischen Flughäfen eingeführt worden. Neben den bisherigen Formen der Sicherheit sind Körperscanner zum Einsatz gekommen. Die meisten Fluggäste sind entschieden dagegen und sehen es als eine Form der Verletzung grundsätzlicher Menschenrechte, einschließlich des Rechtes auf Privatsphäre und des Schutzes der persönlichen Würde. Außerdem, und das ist sehr bedeutend, wird diese Unwilligkeit durch einen Wissensmangel über die Effekte, welche die Scanner auf die Gesundheit der Untersuchten haben, noch verstärkt.

Es gibt keine klaren Verordnungen zur Speicherung und zum Schutz der Daten, die beim Scanning gesammelt werden. Es wird auch argumentiert, dass die Scanner längst nicht so effektiv seien, wie das von ihren Herstellern behauptet wird. Man würde hoffen, dass ihre Effektivität nicht mit jener der Impfstoffe gegen die Schweinegrippe vergleichbar sein wird, die letztlich nur insofern effektiv waren, als sie die Einkommen der pharmazeutischen Konzerne erhöhten. Unter Berücksichtigung aller gerechtfertigten Zweifel denke ich, dass die Europäische Kommission Grundsätze für den Schutz der Rechte der Fluggäste definieren soll, die zur gleichen Zeit auch ihre Sicherheit gewährleisten.

15. Lage in der Ukraine (Aussprache)

Der Präsident. – Der nächste Tagesordnungspunkt ist die Erklärung der Hohen Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik und Vizepräsidentin der Europäischen Kommission über die Lage in der Ukraine.

Štefan Füle, *Mitglied der Kommission*. – Herr Präsident, die Hohe Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik und Vizepräsidentin der Europäischen Kommission, Frau Cathy Ashton, hat mich gebeten, die folgenden Bemerkungen abzugeben.

Erlauben Sie mir, Ihnen für die rechtzeitige Einladung zu danken, Sie über die Ukraine zu informieren, die ein wichtiger Partner der Europäischen Union ist.

Wie Ihnen wahrscheinlich bekannt ist, hat am Sonntag eine zweite Runde der Präsidentenwahlen in der Ukraine stattgefunden. Es war ein wichtiges Ereignis, nicht nur für das Land selbst, sondern auch für die größere Region insgesamt. Es ist wichtig, weil eine demokratische Ukraine ein wichtiges Vorbild für seine Nachbarn sein wird.

Wir begrüßen die positive Beurteilung, die von der internationalen Wahlbeobachtungsmission der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE), insbesondere ihrem Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte (ODIHR) geleitet wurde, dass die Wahlen gemäß internationaler Normen durchgeführt wurden und es seit 2004 wiederum zu einer Verbesserung der bereits sehr guten Wahlbeteiligung gekommen ist.

Die Erklärung, die von der Hohen Vertreterin am Montag abgegeben wurde, hat auch diese Ansicht vertreten. Die Erklärung beglückwünscht auch die Menschen in der Ukraine zu ihrer fortgesetzten Engagement für den Demokratisierungsprozess. Die hohe Wahlbeteiligung an beiden Wahltagen war besonders ermutigend.

Es ist klar, dass die Demokratie in der Ukraine ihren Kurs der Konsolidierung beibehält. Die Bevölkerung des Landes geht zu den Wahlurnen, gibt ihr Votum aus freiem Willen ab und erwartet, gehört zu werden. Das ist ein bedeutender Erfolg. Am wichtigsten ist, dass es die Angliederung der Ukraine an europäische Werte verdeutlicht.

Bei Wahlen gibt es Sieger und Verlierer. Es ist die Wählerschaft, die entscheidet. Während wir uns heute hier in Straßburg treffen, sind die offiziellen Wahlergebnisse von der zentralen Wahlkommission noch nicht bestätigt worden.

Vorläufige Wahlergebnisse zeigen einen sehr geringen Abstand zwischen den zwei Kandidaten. Wir haben bereits von einer möglichen Anfechtung der Resultate vor Gericht gehört. Einige lokale Gerichtsverfahren wurden bereits eröffnet.

Es ist logisch und legitim, dass irgendwelche möglichen Probleme untersucht werden. Zugleich ist es absolut wichtig, dass der Wahlprozess insgesamt in einer unproblematischen Weise weitergeführt wird, und sowohl die Widerstandsfähigkeit als auch der hohe Grad der Reife der ukrainischen Demokratie demonstriert wird sowie die gemeinsame Verpflichtung der Kandidaten zur Entwicklung des Landes.

Jede Wahl ist eine Demonstration des Willens des Volkes. Es ist auch eine Chance für einen Neubeginn. Es ist jetzt für die Ukraine ganz wichtig, vorwärts zu schreiten. Der Erfolg des Wahlprozesses in der Ukraine ist – im Hinblick auf die geographische und strategische Bedeutung der Ukraine – für die EU sehr wichtig, und für Europa insgesamt.

In den vergangenen Jahren haben wir politische Instabilität gesehen, welche von der Konkurrenz zwischen Präsidenten und Ministerpräsidenten gezeichnet war, und durch einen Mangel an Eindeutigkeit der Verfassung noch verschlimmert wurde. Die Ukraine hat kontinuierlich gute Wahlen abgehalten und hat eine pulsierende Zivilgesellschaft und freie Medien. Bedauerlicherweise hat sich der Prozess der Gesamtreform – der für die Ukraine essentiell ist – bedeutend verlangsamt. Viel mehr hätte in den vergangenen Jahren getan werden sollen.

Politische Geplänkel vor den Wahlen haben die Implementierung des Stand-by-Arrangement des Internationalen Währungsfonds verhindert, da die Ukraine bestimmte Anforderungen nicht erfüllt hat. Die Schwäche des Verfassungsrahmens der Ukraine hat ebenfalls dazu beigetragen. -

Ich bin überzeugt, dass ich für alle spreche, wenn ich sage, dass wir von der neuen Führung in der Ukraine erwarten, dass sie diesen Reformbemühungen neuen Schwung verleiht. Um mit den Folgen der weltweiten Finanzkrise fertig zu werden und eine zukünftige wirtschaftliche Stabilität sicherzustellen, sollte die Ukraine in erster Linie versuchen, mit dem IWF-Programm wieder ins Reine zu kommen, und das ohne Verzögerung. Dies ist auch eine Vorbedingung dafür, dass die EU eine mögliche makrofinanzielle Hilfe zur Verfügung stellen kann.

In den kommenden Wochen und Monaten werden wir sehen, wie in Kiew eine neue Regierung gebildet wird. Die Botschaft der EU an die Führung der Ukraine ist widerspruchsfrei und eindeutig: jetzt muss gehandelt werden. Wir erwarten, dass konkrete Schritte nach vorne unternommen werden. Eine Reform ist für langfristigen Wohlstand und die Sicherheit der Ukraine von größter Bedeutung. Sie erfolgt im eigenen Interesse der Ukraine – und nicht nur, um die internationale Gemeinschaft zufriedenzustellen. Diese Botschaft wurde bereits beim EU-Ukraine Gipfel am 4. Dezember 2009 übermittelt.

Es muss auf vielen Ebenen dringend gehandelt werden. An der wirtschaftlichen Front muss die Ukraine dringend handeln, um mit der Korruption fertig zu werden und das Geschäfts- und Investitionsklima zu verbessern. Das beinhaltet Anstrengungen, die Unabhängigkeit der Justiz zu stärken, die Wirtschaft zu öffnen und fairen und transparenten Wettbewerb zu gewährleisten – zum Beispiel durch die Annahme der Rechtsvorschriften zum öffentlichen Auftragswesen gemäß den internationalen Normen und denen der Europäischen Union. *acquis*.

Zugleich müssen grundlegende sektorale Reformen in Bereichen wie der Energie – insbesondere im Gassektor – dem Verkehr und der Umwelt vorgenommen und umgesetzt werden. Wir haben die Ukraine auch konsequent ermutigt, die Verfassungsreformen zu überprüfen, um Stabilität zu erzeugen und funktionierende Grundregeln für das politische Leben festzuschreiben. Eine Verfassung muss sich über Jahre hinweg bewähren und ihre Reformen sollten nicht auf kurzfristige, politische Erwägungen beschränkt sein. Es liegt jetzt an der Ukraine, das Modell zu wählen, das sie annehmen will. Allerdings sollte sichergestellt werden, dass ein effektives System der gegenseitigen politischen Kontrolle in Kraft ist, das die politische Lähmung verhindert, welche die Ukraine in der Vergangenheit erlebt hat. Die Hilfe und der Rat der Kommission von Venedig wird wichtig sein, um sicherzustellen, dass dies in einer Weise durchgeführt wird, die den europäischen Normen entspricht, und die Ukraine sich dabei die beste Erfahrung zunutze macht. -

Über die ersten Reformprioritäten hinaus muss die Ukraine mit der umfangreichen Aufgabe fortfahren, sich an die der Normen der Verwaltungsvorschriften der Europäischen Union anzunähern. Dies ist eine Vorbedingung, die sicherstellt, dass die Ukraine die vollen Leistungen des neuen und ambitionierten Assoziierungsabkommens zwischen der EU und der Ukraine in Anspruch nehmen kann, das wir derzeit mit der Ukraine verhandeln – einschließlich einer ehrgeizigen und umfassenden Freihandelszone.

Es ist unsere Aufgabe, die Ukraine auf ihrem Weg nach vorne zu ermutigen und Kiews eigene Führungsspitze in einem Prozess weitreichender Reformen und Modernisierungen zu unterstützen. Dafür stehen uns viele Instrumente zur Verfügung. Durch die europäische Nachbarschaftspolitik haben wir die nötigen Mittel, die eigenen Bemühungen der Ukraine um Reform zu unterstützen. Bereits heute beläuft sich die aktuelle und geplante technische und finanzielle Zusammenarbeit mit der Ukraine auf ungefähr 435 Mio. EUR, ohne Berücksichtigung der möglichen makrofinanziellen Hilfe. Die Östliche Partnerschaft hat zusätzliche Instrumente eingebracht. Das umfassende Programm zum Aufbau der Verwaltungsstrukturen, die von der Östlichen Partnerschaft vorgesehen wurden, ist ein gutes Beispiel, da es genau auf die Verwaltungsstrukturen

innerhalb der ukrainischen Regierung ausgerichtet ist, die gestärkt werden müssen, um Reformen durchführen zu können.

Allgemeiner ausgedrückt, wir haben in Verhandlungen mit der Ukraine über ein neues Assoziierungsabkommen zwischen der EU und der Ukraine unsere Ziele ganz klar definiert: politische Assoziierung und wirtschaftliche Integration zwischen der Europäischen Union und der Ukraine. Dies ist ein sehr bedeutendes Unterfangen, das den Aufbau einer ehrgeizigen und umfassenden Freihandelszone mit einschließt, die mit einer umfassenden Annäherung an die Verwaltungsvorschriften der Europäischen Union verbunden ist *acquis*.

Aber unser Angebot an die Ukraine ist keine Einbahnstraße. Das Tempo, mit dem die Ukraine und die EU sich in Zukunft näherkommen, hängt von der Qualität und dem Umfang der Anstrengungen ab, welche die Ukraine selbst unternimmt. Wir freuen uns auf die Zusammenarbeit mit der neuen Führung der Ukraine, um unsere gemeinsamen Ziele zu verwirklichen. -

Durch unsere Kabinette waren wir heute schon in Kontakt mit der Hohen Vertreterin und meiner Kollegin in der Kommission; lassen Sie mich die drei folgenden Botschaften zusammenfassen: Erstens, wir sind uns einig, dass diese Wahlen ein Beweis für die Lebendigkeit der Demokratie in der Ukraine sind. Zweitens, wir haben und dazu verpflichtet, die Beziehungen mit der Ukraine zu vertiefen und sie bei der Umsetzung ihrer Reformagenda zu unterstützen. Und drittens, wir freuen uns auf den Beginn einer konstruktiven Zusammenarbeit mit dem gewählten Präsidenten, sobald die offiziellen Ergebnisse verlautbart werden. -

VORSITZ: Diana WALLIS

Vizepräsidentin

Elmar Brok, *im Namen der PPE-Fraktion.* – Frau Präsidentin, Herr Kommissar! Wir sind schon etwas enttäuscht. Ich gehöre nämlich zu denjenigen, die im Zelt bei der orangenen Revolution in Kiew waren, und muss nun sehen, was in den vergangenen fünf Jahren gemacht worden ist. Ich möchte Präsident Juschtschenko hinterherrufen, dass er keine Stabilität für sein Land gebracht hat, keine parlamentarischen Möglichkeiten geschaffen und die Gesetzgebung aufgehalten hat. Er trägt sicherlich die Verantwortung dafür, dass die orangene Revolution gescheitert ist. Ich hoffe, dass mit dieser Wahl Stabilität in das Land einkehrt. Dennoch habe ich Sorge, ob das trotz der – wie es aussieht – formal gesicherten Wahlen auch eine stabile Demokratie ist, die an sich glaubt. Denn wenn man drei Tage vor dem zweiten Wahlgang, mitten in den Wahlen, die Gesetzgebung ändert – für welche Zwecke auch immer –, zeugt das nicht davon, dass man es verstanden hat. Vielmehr gibt dies Anlass dazu, dass wir mit großer Sorge dorthin schauen müssen. Ich glaube, dass wir uns sehr intensiv mit der Frage der Entwicklung der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit in der Ukraine, verbunden mit dem Thema Stabilität – was kein Widerspruch ist, sondern die Konsequenz daraus –, beschäftigen müssen.

Herr Kommissar, Ihnen kommt hinsichtlich der Nachbarschaftspolitik eine besondere Aufgabe zu. Denn Nachbarschaftspolitik heißt nicht, so weitermachen wie bisher, sondern Nachbarschaftspolitik bedeutet, dass wir jetzt unsere Instrumente nutzen, nicht nur im bilateralen Verhältnis zu einem Land wie der Ukraine oder anderen in der Region, sondern auch in einem multilateralen *approach* für diese Länder, damit sie enger zusammenwachsen und in sich stabiler werden. Es gilt, ihnen Perspektiven zu geben, die nicht bedeuten, jeden Tag über die Erweiterung der Europäischen Union zu reden, sondern ihnen heute Visafazilitäten, eine mögliche Freihandelszone und vielleicht sogar einen Norwegenstatus in einem europäischen Wirtschaftsraum in Aussicht zu stellen. Das verletzt niemand, ist nicht aggressiv gegen jemand gerichtet und führt gleichzeitig zur europäischen Perspektive und Stabilität eines solchen Landes. Ich hoffe, dass die neue Regierung sich würdig zeigt, bei einem solchen Projekt mitzuwirken.

Kristian Vigenin, *im Namen der S&D-Fraktion.* – (BG) Frau Präsidentin, Herr Kommissar, einer der Nachteile davon, dass Sie sowohl für Erweiterung als auch für Nachbarschaftspolitik zuständig sind, ist die Tatsache, dass Sie mehr Zeit in diesem Plenarsaal verbringen werden. Nun zum Thema.

Wir müssen sagen, dass die internationalen Beobachter ungeachtet der Tatsache, dass die Gesetzgebung rund um die eigentlichen Wahlen auf schwachen Füßen stand, eine sehr positive Bewertung über die Wahlen in der Ukraine abgegeben haben. Es kann festgestellt werden, dass die Tatsache, dass in letzter Minute noch Veränderungen vorgenommen wurden, keinen Einfluss auf den Ausgang dieser Wahlen hatte. Tatsächlich kann man sagen, dass die Demokratie der größte Gewinner in der Ukraine war, denn wenn ein sich im Amt befindlicher Präsident wieder als Kandidat antritt und nur 5 % der Stimmen erhält, ist dies für mich ein klares Zeichen für eine funktionierende Demokratie.

Eine der Regeln der Demokratie ist, dass man das Wahlergebnis anerkennt, egal wie es aussieht. Außerdem erkennt man den Sieg seines Rivalen an, wenn die Beurteilung der eigentlichen Wahlen positiv ausfällt. Deshalb muss unsere Botschaft an den Verlierer der Wahlen sehr klar sein: Die Ukraine braucht politische Stabilität und muss die Möglichkeit erhalten, endlich die immer wieder aufgeschobenen Reformen einzuleiten. Abgesehen von diesen Botschaften müssen wir in diesem Parlament klar sagen, dass wir der Ukraine durch unsere Politik, die Nachbarschaftspolitik, und die östliche Partnerschaft helfen werden, wieder Fortschritte zu erzielen.

Siiri Oviir, im Namen der ALDE-Fraktion. – (ET) Frau Präsidentin, Herr Kommissar, meine Damen und Herren, die jüngsten Präsidentschaftswahlen in der Ukraine kennzeichnen das Ende einer Periode, während der in den letzten Jahren die Farbe Orange eine politische Botschaft hatte. Die jüngsten Präsidentschaftswahlen können als weiterer Schritt hin zu einer Festigung der Demokratie angesehen werden.

Es gibt die Redewendung, dass die Revolution ihre eigenen Kinder frisst. Das ist wahr, aber die Ukraine bleibt auch nach diesen Wahlen weiterhin ein Staat. Sie hat immer noch ein Mehrparteiensystem, und das ist vor allem der Orangen Revolution zu verdanken. Die bestehende Redefreiheit und eine freie Presse können auf die Ereignisse von vor fünf Jahren zurückgeführt werden, als der Weg hin zur Freiheit und zur Achtung der Menschenrechte eingeschlagen wurde. Und all dies ist sehr wichtig.

Daher müssen wir die Entwicklung der Ukraine hin zu Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, zur Verbesserung der wirtschaftlichen Integration und der Förderung der Beziehungen zur Europäischen Union anerkennen. Ich denke, dass die Ukraine trotz des offiziellen Wahlergebnisses ihren bereits eingeschlagenen Weg weiterverfolgen – sie wird weiterhin die Integration gegenüber der Europäischen Union, die Effizienz der Regierung des Landes, die Schaffung eines stärker ausgeglichenen politischen Systems fördern – und die Verfassungsreform fortsetzen wird.

Die innenpolitische Stabilität der Ukraine und ihre Konzentration auf innenpolitische Reformen sind eine Voraussetzung für die Fortführung der Beziehungen zwischen der Europäischen Union und der Ukraine. Eine entscheidende Voraussetzung für bilaterale und multilaterale Zusammenarbeit ist, dass die ukrainische Regierung die Umsetzung ihrer Ziele weiterhin fortsetzt. Wir müssen die Gespräche über das Assoziierungsabkommen zwischen der Ukraine und der Europäischen Union fortsetzen. In letzter Zeit hat sich das Tempo dieser Gespräche verlangsamt, und wir müssen es wieder beschleunigen.

Wir müssen außerdem die Zusammenarbeit in den Bereichen Energie und Umwelt mit konkretem Inhalt füllen. Der Beitritt zur Welthandelsorganisation ist ein bedeutender Erfolg und ist außerdem eine wichtige Voraussetzung für die Schaffung einer echten Freihandelszone zwischen uns und der Ukraine. Wir müssen jedoch auch Defizite ansprechen: die Korruption wurde bereits erwähnt, und es gibt fest verwurzelte Interessengruppen und eine Praxis der Vetternwirtschaft. Wir hoffen, dass die Ukraine diese Defizite beheben wird ...

(Die Präsidentin unterbricht die Rednerin)

Rebecca Harms, im Namen der Verts/ALE-Fraktion. – Frau Präsidentin! Ich möchte zunächst an den Kollegen Brok anknüpfen. Ja, das war ein ganz betrübliches Ergebnis für den Helden 2004, Viktor Juschtschenko, im ersten Wahlgang so abgestraft zu werden. Aus meiner Sicht der Dinge hat Herr Juschtschenko alleine die Quittung bezahlt für viele Versäumnisse aller Akteure, die an der Spitze der ukrainischen Parteien oder Blöcke stehen.

Eine wesentliche Sache, mit der wir uns beschäftigen müssen, ist, dass wir im Moment an der Spitze ukrainischer Parteien keine Personen finden, denen die Menschen in der Ukraine wirklich zutrauen, ihr Land im Sinne und zum Wohle aller Bürgerinnen und Bürger zu führen. Wenn es ein Ergebnis der Wahlbeobachter gibt – neben der ordentlichen Durchführung der Wahl, denn dies war gegeben –, dann war es die in vielen Gesprächen gewonnene Erkenntnis, dass eigentlich bestenfalls das kleinere Übel gewählt wurde. Kein Bürger, den ich getroffen habe, hat diese Wahl mit großen Erwartungen verbunden. Das ist bedrohlich für eine so junge Demokratie, die sich schon so weit vom ehemaligen sowjetischen System entfernt hat wie kein anderes Land im Osten des Kontinents.

Herr Füle, ich hoffe, dass Ihre Anwesenheit heute und das Fehlen von Cathy Ashton nicht bedeutet, dass die Ukraine jetzt wieder nur zweitrangig ist und unter den Prioritäten der Außen- und Sicherheitspolitik irgendwie verschwindet. Es muss eine ganz große Priorität sein, das war es in den letzten fünf Jahren nicht.

Den inneren Versäumnissen in der Ukraine stehen Versäumnisse in den europäischen Strategien gegenüber. Wir dürfen das nicht länger auf die leichte Schulter nehmen, und diese Westorientierung verdient unsere unbedingte Unterstützung. Wir haben da viel zu verlieren. Gas ist ein Thema, das immer wieder viel Aufsehen erregt. Ich sage nur Sewastopol. Da kommt ein großer Konflikt auf uns zu. Wir dürfen die Dinge nicht wieder einfach so laufen lassen. Sie haben da eine große Verantwortung übernommen.

Andreas Mölzer (NI). - Frau Präsidentin, Herr Kommissar! Natürlich ist es Julia Timoschenkos gutes Recht, die Ergebnisse der Präsidentschaftswahl vor Gericht anzufechten. Man kann es ihr angesichts der Machenschaften von 2004 auch nicht verdenken, nur dass dieses Mal internationale Wahlbeobachter das Ergebnis bestätigt haben. Sie mag also auf ihr vermeintliches Recht pochen. Politisch klug ist das jedenfalls nicht, denn eine Anfechtung wird die politische und wirtschaftliche Unsicherheit im Lande andauern lassen.

Das knappe Wahlergebnis spiegelt die Gespaltenheit des Landes in zwei Lager wider. Realistisch gesehen kann es allerdings Janukowitsch – selbst wenn er es wollte – nicht gelingen, das vor Jahren gestürzte autoritäre Regime auferstehen zu lassen, auch wenn sich zweifellos die Oligarchiestruktur im politischen und wirtschaftlichen System mit der Präsidentschaftswahl verfestigt hat.

Bei dem knappen Ergebnis werden beide Lager Kompromisse eingehen müssen. Im Sinne der Menschen gilt es, die kulturelle und gesellschaftliche Ost-West-Spaltung des Landes zu überwinden. Viel wird davon abhängen, ob Janukowitsch einen Premier einsetzt, mit dem Ost- und Westukrainer leben können, und viel wird davon abhängen, ob Timoschenko die demokratische Reife besitzt, ihre Niederlage anzuerkennen und in die Opposition zu gehen.

Paweł Robert Kowal, im Namen der ECR-Fraktion. – (PL) Frau Präsidentin, Herr Kommissar, vor fünf Jahren hat auch dieses Parlament gewissermaßen die Orangene Revolution durchlebt. Jedoch kamen vor einigen Wochen, so auch in der Rede von Frau Ashton, Fragen darüber auf, ob die Ukrainer für die Orangene Revolution bereit gewesen waren und ob sie sie vollständig umgesetzt haben? Ich teile Frau Harms Bedauern darüber, dass Frau Ashton heute nicht bei uns ist. Es gibt eine Antwort auf diese Frage: eine Wahlbeteiligung von 70 % ist eine echte Seltenheit in Europa, eine echte Seltenheit auch in unseren Ländern. Insofern hat Herr Brok Unrecht, wenn er sagt, dass die Orangene Revolution verloren hat. Sie hat gewonnen, weil es in ihr darum ging, solche Regeln einzuführen, von denen alle profitieren können. Wir in Polen kennen auch solche Situationen, in denen jemand von den demokratischen Regeln profitiert hat, der die Demokratie zuvor abgelehnt hatte. Aber so ist es gut – so sollte es sein.

Jetzt ist die Zeit für unsere Antwort gekommen: haben wir nach der Orangen Revolution alles in unserer Macht stehende getan? Haben wir diese Frage beantwortet? Abgesehen von all den Instrumenten, von denen der Herr Kommissar gesprochen hat – und es ist gut, dass wir diese Instrumente geschaffen haben – haben wir geantwortet, dass die Tür für die Ukraine offen ist? Können in einem post-kommunistischen Land ohne dieses Versprechen Reformen durchgeführt werden? Können wir Menschen darin bestärken, Opfer zu bringen, wenn wir ihnen sagen, dass sie immerzu außen vor bleiben werden? Sollten wir ihnen nicht stattdessen sagen: es ist Platz für euch in Europa, nicht heute, nicht morgen, aber es ist Platz.

Dies zu sagen ist eine großartige Gelegenheit für den neuen Kommissar, Herrn Füle. Frau Ashton ist heute nicht gekommen. Herr Kommissar, seien Sie mutig und sagen Sie als Erster, dass Platz ist für die Ukraine. Nicht heute, nicht morgen, aber es wird Platz sein. Dies wird eine große Hilfe für die Ukrainer sein. Vielleicht ist dies die letzte Gelegenheit, um das zu sagen, und deshalb muss jeder Ukrainer überzeugt sein, dass Integration, Zusammenarbeit mit Europa und Änderungen in der Gesetzgebung eine Chance für ihn persönlich ist.

Dies muss nicht nur der Elite, den Geschäftsleuten und Studenten gesagt werden. Es muss so gesagt werden, dass jeder versteht, dass es sich lohnt, nach all den Jahren des Kommunismus Opfer zu bringen, dass es sich immer noch lohnt, etwas zu tun. Es ist auch eine Chance für Sie, Herr Füle. Machen Sie eine klare Aussage, und Sie werden in die Geschichte eingehen. Sie werden nicht nur der Ukraine helfen, sondern ganz Mitteleuropa, weil Wohlstand und Sicherheit für die Ukraine eine Chance für ganz Mitteleuropa bedeuten. Jeder muss das Gefühl haben, dass er eine Chance hat. Das ist der Grund, wieso wir, abgesehen von dem Assoziierungsabkommen, das sehr wichtig ist, die Visumpflicht für die Ukrainer lockern und in der Zukunft ganz abschaffen müssen. Wir müssen ganz klar sagen: die Tür nach Europa ist offen für die Ukraine. Nach fünf Jahren muss das endlich jemand sagen.

Lena Kolarska-Bobińska (PPE). – Frau Präsidentin, die jüngsten Wahlen in der Ukraine haben gezeigt, dass das Land eine funktionierende Demokratie ist.

Der neue Präsident wird während seiner Regierungstätigkeit mit einer starken Opposition und mit freien Medien konfrontiert sein. Es bleibt zu hoffen, dass die Opposition einen konstruktiven Beitrag leistet, und dass sich die Governance-Standards in der Ukraine verbessern werden.

Der Wahlkampf hat bestätigt, dass die politische Elite der Ukraine den Integrationsprozess gegenüber der Europäischen Union fortsetzen und gutnachbarschaftliche Beziehungen zur Russischen Föderation aufrechterhalten will. Die Europäische Union muss diese beiden Trends mit klaren Signalen begrüßen. Gleichzeitig muss die Ukraine ihre Reformen vorantreiben.

Wenn dieser Fortschritt erzielt ist, muss die EU darüber nachdenken, der Ukraine eine Mitgliedschaft in der Europäischen Union zuzusichern. In der Zwischenzeit sollten wir die Ukrainer in ihren Bemühungen ermutigen und viel mehr für die Integration auf Bürgerebene tun.

Bürgeraustauschmaßnahmen, Jugend- und Schüleraustauschprojekte, Stipendien, Städte- und regionale Partnerschaften sowie Handelsabkommen sind der beste Weg zur Verbreitung der Botschaft, dass Reformen der einzige Weg zu einer besseren Zukunft sind.

Am wichtigsten ist momentan, dass die EU einen Weg findet, um ihr Visa-System zu liberalisieren. Wir müssen einen größtmöglichen Personenverkehr über unsere Grenze mit der Ukraine sicherstellen.

Wie mir ein Bewohner meines Wahlkreises kürzlich gesagt hat: helfen Sie 1 000 Menschen aus der Ostukraine, in die EU zu reisen, und bei ihrer Rückkehr werden sie 100 000 Menschen von ihren positiven Eindrücken berichten.

Auf diese Weise können wir in diesem wertvollen demokratischen Nachbarland der EU die Reformen unterstützen.

Marek Siwiec (S&D). – (PL) Frau Präsidentin, es gibt mindestens ein Land der ehemaligen Sowjetunion, in dem die Wahlergebnisse nicht von vornherein feststehen. Dieses Land ist die Ukraine, und wir sollten uns darüber freuen, weil dies zum Teil auch unser Verdienst ist. Nach den Wahlen in der Ukraine wird sich etwas ändern. Es wird einen neuen Präsidenten geben, und dieser neue Präsident sollte von der Europäischen Union und dem Europäischen Parlament freundlich empfangen werden. Dies sollte deshalb geschehen, weil die Neigung der Ukraine hin zu Europa kein flüchtiges Interesse, sondern eine ernsthafte Herausforderung und das Ziel von Millionen von Ukrainern ist. Die Europäische Union muss sich gegenüber der Ukraine neu öffnen. Wir sollten uns nicht von persönlichen Ambitionen lenken lassen. Ich verstehe, dass man es in der Europäischen Volkspartei bedauert, dass nicht die Frau die Wahlen gewonnen hat, von der man es sich erhofft hatte. Lassen Sie uns den neuen ukrainischen Präsidenten jedoch nicht in die Arme Moskaus jagen. Die Ukraine wird ein Partner sein, von dem man einiges erwarten muss. Die Ukraine wird ein Partner sein, dem man Aufgaben geben muss. Die Ukraine wird ein Partner sein, den man wohlwollend behandeln sollte. Deswegen wird noch einmal ein neuer europäischer Impuls benötigt, weil die Ukraine ein Teil Europas ist, und wir diese Politik in unserem eigenen Interesse realisieren müssen.

Traian Ungureanu (PPE). – (RO) Ich hoffe, dass die Ukraine ihre außenpolitischen Anstrengungen, mit der Europäischen Union zusammenzuarbeiten, und ihre innenpolitischen Anstrengungen, eine Angleichung an europäische Standards zu erreichen, verstärken wird. Die östliche Partnerschaft und die Euronest-Initiative bieten dafür einen geeigneten Rahmen.

Gleichgültig welchem politischen Lager die neue Regierung angehört, ist die Frage nicht, ob die Ukraine weiterhin gen Osten gerichtet bleiben oder sie sich dem Westen zuwenden sollte. Die Frage ist, ob die Ukraine in der Lage ist, ihre Demokratie innenpolitisch zu festigen. Das beinhaltet die Etablierung demokratischer Normen und den Schutz der Menschenrechte. Ein sensibles Thema ist zum Beispiel die Situation der rumänischsprachigen Minderheit in der Ukraine und ihr Recht auf Unterricht in ihrer Muttersprache.

Im Bereich der Außenpolitik muss die Ukraine darin bestärkt werden, mit der Europäischen Union zusammenzuarbeiten, indem sie gute nachbarschaftliche Beziehungen zu EU-Mitgliedstaaten entwickelt. Es ist jedoch ebenso wichtig, die Ukraine in die europäischen Prozesse für die Zusammenarbeit im Schwarzmeerraum mit einzubeziehen. Und schließlich könnte auch die Verbesserung der Beziehungen zu der proeuropäischen Regierung der Republik Moldau ein direkter, positiver Schritt hin zu einer Politik der guten Nachbarschaft sein.

Mário David (PPE). – (PT) Fünf Jahre nach der Orangen Revolution scheinen die Ukrainer diesen Zeitabschnitt als eine verpasste Gelegenheit zu sehen. Dies ist nicht ausschließlich der Fehler ihrer politischen

Elite. Es ist wahr, dass sie zu sehr mit politischen und Einflusskonflikten beschäftigt waren. Viele Reformen wurden nie umgesetzt, und viele haben es nie über das Entwurfstadium hinausgeschafft.

In einer Demokratie ist es unvorstellbar, dass zwischen zwei Wahlgängen das Wahlrecht geändert wird. Dies wirft weder ein gutes Licht auf diejenigen, die diese Änderungen vorgeschlagen haben, noch auf diejenigen, die für sie gestimmt haben, oder auf diejenigen, die sie gemacht haben. Es deutet darauf hin, dass unwürdige und nicht wünschenswerte Absichten dahinter stecken. Es muss sich einiges in Bezug auf die mangelnde Unabhängigkeit der Justizbehörden ändern, da sowohl von Seiten der Politik als auch von Seiten der Wirtschaft zu viel Einfluss auf sie ausgeübt wird. Ohne ein freies und unabhängiges Gerichtswesen kann es kein Recht geben, die Achtung der Menschenrechte kann nicht sichergestellt werden, und es gibt keine ausländischen Investitionen und keinen Fortschritt.

Die Schuld für diese Desillusionierung fällt jedoch auch diesem Parlament und insbesondere vielen Mitgliedstaaten zu. Ich wünschte mir, dass wir uns wenigstens für einige Sekunden in die Lage eines Bürgers eines europäischen Landes hineinversetzen könnten, das aufgrund der Launen der Geschichte immer noch kein Mitglied der Europäischen Union ist. Welche Erwartungen hätten wir gegenüber der EU? Solidarität. Viele Außenminister haben jedoch, gelenkt von der einzigen Sorge, Moskau nicht zu verärgern oder aufzuregen, die permanenten internen Machtkämpfe in Kiew genutzt und missbraucht, um zu vermeiden, eindeutig erklären zu müssen, dass die Ukraine ein unabhängiger und souveräner Staat ist.

Als solcher kann die Ukraine, wenn die Mehrheit des ukrainischen Volkes sich dafür ausspricht und sie die vorgegebenen Kriterien erfüllt, in der Zukunft eine Mitgliedschaft in der Europäischen Union anstreben.

Laima Liucija Andrikiienė (PPE). – (LT) Auch wenn es eine Enttäuschung ist, müssen wir zugeben, dass die sechs Jahre andauernde romantische Periode im politischen Leben der Ukraine vorbei ist. Das Ergebnis der Präsidentschaftswahlen in der Ukraine ist weder ein Unfall noch eine „irrtümliche“ Wahl des ukrainischen Volkes. Es spiegelt eher tiefere politische Probleme wider und die Tatsache, dass die mit der orangenen Revolution verbundenen Hoffnungen nicht erfüllt wurden.

Herr Kommissar, Sie sagten, dass wir von dem neuen ukrainischen Präsidenten und der neuen Regierung ein energisches und gezieltes Handeln erwarten. Das Land braucht ernsthafte Strukturreformen.

Wir sollten jedoch auch etwas zur Europäischen Union sagen. In dieser Situation müssen wir, wenn wir in den Ländern der ehemaligen Sowjetunion Einfluss haben und die Situation von Demokratie und Menschenrechten in dieser Region stärken wollen, mit der Ukraine zusammenarbeiten, und zwar viel aktiver als je zuvor. Die Europäische Union muss der Ukraine eine alternative europäische Vision vorstellen. Um dies zu tun, müssen wir vor allem so genannte „weiche“ Maßnahmen fördern, die eine langfristige Wirkung haben, wie die Förderung der wirtschaftlichen Integration, die aktivere Schaffung von zwischenmenschlichen Kontakten und den politischen Dialog mit der ukrainischen Regierung.

Kinga Gál (PPE). – (HU) In dieser Debatte über die aktuelle Situation in der Ukraine fordere ich die Kommission auf, ihre Beziehungen oder ihr Netz von Beziehungen zur Ukraine zu nutzen, um die Ukraine zu ersuchen, neben anderen Bereichen ein beständiges und klares Engagement im Hinblick auf die Rechte nationaler Minderheiten an den Tag zu legen, zu denen Unterricht in den Minderheitensprachen und die Benutzung der Muttersprache gehören. Denn wie wir heute gehört haben, sind von den jüngsten Rückschlägen in der Ukraine, die sich auf viele Bereiche auswirken, Minderheiten besonders betroffen. Es ist eine klare und konsequente Haltung unsererseits erforderlich, da die Europäische Union die Ukraine, die ein Partner in unserer Nachbarschaftspolitik ist, in allen Bereichen, einschließlich der Regeln und Vorschriften in Bezug auf die nationalen Minderheiten, beeinflussen kann. Wir haben gesehen, dass die konsequente Vertretung unseres Standpunktes und unserer Botschaften eine echte Wirkung hat, und wir hoffen, dass dies dabei helfen kann, die geeignete Lösungen für solche Probleme zu finden. Ich schlage vor, in jedes Abkommen, das in der Zukunft mit der Ukraine geschlossen wird, diese Themenbereiche aufzunehmen, einschließlich des Rechts auf muttersprachlichen Unterricht, da dies eine entscheidende Voraussetzung für das Überleben nationaler Minderheiten ist.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D). – (LT) Gegenwärtig macht die Ukraine nicht nur eine Wirtschafts-, sondern in gewissem Sinne auch eine politische Krise durch. Vielleicht werden diese Präsidentschaftswahlen dazu beitragen, das Land von der politischen Blockade zu befreien und für mehr Stabilität zu sorgen. Die Ukraine hat sich noch nicht entschieden, welchem Zivilisationsmodell sie sich anschließen soll. Soll sie mit dem Osten zusammenarbeiten oder sich für eine Integration in Europa entscheiden? Dies ist keine einfache Entscheidung, besonders, da die ideologische Trennlinie, die in der Politik besteht, auch in der Gesellschaft stärker geworden ist. Die Tür nach Europa muss für die Ukraine offen bleiben, und transparente Wahlen

sind ein wichtiger Schritt zur Stärkung der Prinzipien eines demokratischen Staates. Das ukrainische Volk hat seinen Wunsch erklärt, das Oberhaupt seines Landes selbst zu wählen. Die Ukraine ist ein europäisches Land, das das Recht hat, Entscheidungen über Europa zu fällen. Deshalb muss die Europäische Union intensiv mit der Ukraine zusammenarbeiten und die Demokratie in diesem Land stärken und ihre Integration in die Europäische Union beschleunigen.

Ivo Vajgl (ALDE). – (SL) Herr Kommissar, Sie haben sich in Ihrem heutigen Bericht über die Ukraine sehr klar ausgedrückt. Die Ukraine hat die Perspektive auf Beitritt zur EU, und wir haben die Instrumente, um diese Perspektive zu einer realistischen Option zu machen.

Die Kandidaten haben sich zwar einen harten, aber dennoch demokratischen Wahlkampf geliefert, und das ist für uns das Wichtigste. Im Grunde hat dieser harte Wahlkampf gezeigt, wie kompliziert dieses Land ist. Wir müssen berücksichtigen, dass die Ukraine ein multiethnisches und multikonfessionelles Land mit einer sehr bewegten Geschichte ist. Ich denke, dass wir als Europäisches Parlament und Europa als Ganzes mit allen Mitteln versuchen sollte, einen produktiven Dialog mit der Ukraine anzuregen. Einen Dialog, der den ukrainischen Staat und die ukrainische Gesellschaft von innen her stärken würde.

Der Versuch, die Ukraine in eine Schublade zu stecken oder Vorurteile über sie zu verbreiten, wäre nicht gut. Ich denke nicht, dass wir das in der Vergangenheit getan haben und hoffe, dass wir es auch in Zukunft nicht tun werden.

Charles Tannock (ECR). – Frau Präsidentin, ich hatte das Privileg, am Sonntag als Beobachter für die ECR-Fraktion in Kiew sein zu können. Alles, was ich sah, war friedlich, transparent und interessanterweise viel stabiler als in meinem eigenen Land, dem Vereinigten Königreich, mit durchsichtigen Wahlurnen und Ausweiskontrollen vor der Stimmabgabe.

Dennoch war ich natürlich von dem Ergebnis enttäuscht, weil Präsident Janukowitsch kein Demokrat nach westlichem Vorbild ist. Er wird jetzt die Bestrebungen der Ukraine, in die NATO aufgenommen zu werden, einstellen und die Mitgliedschaft seines Landes in der EU, die von Russland, seinem engsten Freund und Nachbarn, abgelehnt wird, nur noch als Lippenbekenntnis anstreben. Er wird sich stattdessen mit einem Freihandelsabkommen und einer Regelung zur Liberalisierung der Visabestimmungen begnügen. Indem Frau Timoschenko das Ergebnis ihrer knappen Niederlage vor Gericht anfecht, klammert sie sich meiner Meinung nach an einen letzten Strohalm, und ich bezweifle, dass dies Erfolg haben wird.

Meine einzige wirkliche Sorge betrifft eine Sache, über die an diesem Wahlabend diskutiert wurde: die Absicht, den Westen der Ukraine, der Janukowitsch ablehnt und Timoschenko unterstützt, vom Rest des Landes abzuspalten und entweder Polen beizutreten oder einen neuen westlichen Staat zu gründen. Das wird vermutlich nicht passieren, aber wenn es passiert, dann auf eine friedliche und auf einem Konsens beruhende Weise. Was wir hier in der Europäischen Union tun müssen, ist, das Erbe der Orangen Revolution und unsere gemeinsamen demokratischen Werte, die wir mit der Ukraine teilen, zu erhalten.

Franz Obermayr (NI). - Frau Präsidentin! Die Schlacht ist geschlagen, zumindest für die nächste Legislaturperiode wird Herr Janukowitsch seine Präsidentenfunktion ausüben können. Erfreulich, dass das Ergebnis in einer fairen Wahl erzielt wurde. Dies zeigt auch, dass ein Einbetonieren auf Fixpositionen, wie einerseits Beitritt zur NATO, andererseits Orientierung nach Moskau, vom Wähler nicht gewünscht und goutiert wird. Janukowitsch wird gut beraten sein, den demokratischen Prozess weiterzuführen und nicht ausschließlich auf die Ostorientierung zu setzen und für die Menschen im Land erkennbare und spürbare Verbesserungen ihrer Lebensbedingungen herbeizuführen. Sonst ist sicher der Ausgang der nächsten Wahlen bereits vorprogrammiert.

Für die EU gilt es, diesen Stabilisierungsprozess intensiv zu begleiten und zu helfen. Spätestens im Rahmen der Fußball-EM im Jahr 2012 wird man erkennen, ob sich ein gemeinsames ukrainisches Gefühl entwickelt hat oder ob das Land weiterhin unter seiner sprachlichen und geographischen Zweiteilung leiden wird.

Die Präsidentin. – Ich entschuldige mich nochmals bei denjenigen, denen ich keine Redemöglichkeit gewähren konnte. Ich bin sicher, dass wir noch später zu diesem Thema zurückkommen werden.

Štefan Füle, Mitglied der Kommission. – Frau Präsidentin, ich möchte Ihnen nochmals danken, dass Sie mir die Möglichkeit gegeben haben, zu Ihnen zu sprechen. Ich denke, dass dies ein konstruktiver Gedankenaustausch war, aus dem ich einige konkrete Vorschläge und Anmerkungen mitnehme, über die ich nachdenken werde.

Wie ich zu Beginn der Diskussion sagte, ist die Ukraine wichtig. Sie ist weiterhin ein Partner von strategischer Bedeutung für die Europäische Union und hat eine Führungsrolle in der Region. Die Beziehungen zwischen der EU und der Ukraine sind in den letzten Jahren sehr vertieft geworden. Ich bin der Überzeugung, dass diese Dynamik auch in der Zukunft beibehalten werden sollte.

Die Geschwindigkeit und Tiefe der Annäherung zwischen der Ukraine und der Europäischen Union wird von der Einleitung von Reformen abhängen. Das wird mich darin bestärken, noch mutiger zu sein. Die EU ist bereit, die Ukraine bei dieser Aufgabe mit einer Vielzahl an Instrumenten, die ihr zur Verfügung stehen, zu unterstützen. Gleichwohl erwarten wir von der neuen Führung, dass sie im Interesse der Stabilität und des Wohlstands der Ukraine in der Zukunft ihren politischen Willen zu Reformen demonstriert.

Die Präsidentin. – Die Aussprache wird beendet.

Die Abstimmung findet während der zweiten Sitzungsperiode im Februar statt.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 149)

Elena Băsescu (PPE), schriftlich. – (RO) Die Ukraine ist für die Europäische Union besonders wichtig im Hinblick auf ihre Einbeziehung in die östliche Partnerschaft und in die Schwarzmeersynergie und in Bezug auf die Sicherheit der Energieversorgung der EU.

Ich werde mich in meinem heutigen Beitrag auf einen Aspekt beziehen, der nicht oft Erwähnung findet, der jedoch für mich von besonderer Bedeutung ist, wenn es um die Ukraine geht. Über eine halbe Million ethnische Rumänen leben in diesem Land. Die Regierung in Kiew hat bis jetzt kaum Interesse an ihnen in Bezug auf die Sicherstellung ihrer Grundrechte gezeigt. Wir konnten während des Wahlkampfs in diesem Nachbarland Rumäniens erstmals erleben, wie für ein neues Konzept der Regierungsführung geworben wurde. Einer der Kandidaten hat den Rumänen in diesem Land zugesichert, dass er die Einführung des Rumänischen als Regionalsprache in Gebieten, in denen Rumänen die Mehrheit der Bevölkerung stellen, unterstützen wird.

Die Ukraine wird momentan mit zwei Wertesystemen konfrontiert. Einige Bürger möchten sich der Europäischen Union annähern und wollen, dass unsere Werte, wie Freiheit und Frieden, garantiert werden. Eine andere Gruppe von Bürgern betrachtet die europäische Integration mit Misstrauen. Die Ukraine braucht die Unterstützung und Solidarität der EU, um die bereits eingeleiteten Reformen fortzusetzen und um diese Spaltung zwischen Ost und West zu beseitigen.

András Gyürk (PPE), schriftlich. – (HU) Nach den Präsidentschaftswahlen beginnt ein neues Kapitel in den Beziehungen zwischen der EU und der Ukraine. Einer der wichtigsten Bereiche der Zusammenarbeit wird die Energiesicherheit sein. Das ist kein Zufall, da die Europäische Union mit ihrer wachsenden Abhängigkeit von Energieimporten einen beträchtlichen Anteil ihrer Energieimporte über ihren östlichen Nachbarn bezieht. Um die Sicherheit der Energieimporte sicherzustellen, denke ich, dass es gerechtfertigt ist, dass die Europäische Union die Ukraine mit allen möglichen Mitteln dabei unterstützt, ihr Energienetz instand zu halten und zu modernisieren, insbesondere die entscheidenden Gasfernleitungsnetze. Gleichzeitig denke ich, und stimme in diesem Punkt mit den Schlussfolgerungen des EU-Gipfels im Juni überein, dass es eine grundlegende Voraussetzung für die Gewährung von Finanzhilfe gibt: die Ukraine sollte ihre Industriereform einleiten und ihre Gasindustrie transparenter machen. Der Mangel an Transparenz im System der zwischengeschalteten Unternehmen hat zu Nachteilen für die ukrainischen Bürger geführt und erschwert gleichzeitig die Versorgungssicherheit für die Mitgliedstaaten der EU. Ferner sollten auch Bemühungen zur Erweiterung von Lagerkapazitäten unterstützt werden. Tatsächlich ist die Bildung von Reserven eine der besten Möglichkeiten zur Sicherstellung eines reibungslosen Gastransits in Europa während der kalten Wintermonate.

Es wird erwartet, dass das Europäische Parlament die neue Verordnung zur Erdgasversorgung der EU im Frühjahr verabschiedet. Diese Verordnung wird es erforderlich machen, dass die Mitgliedstaaten im Falle einer Störung der Erdgasversorgung koordinierte Aktionspläne genehmigen. Ich denke, dass die Mitgliedstaaten solche Aktionspläne nicht nur untereinander koordinieren, sondern auch die Ukraine in den Konsultationsprozess miteinbeziehen müssen. Auch in Zukunft ist eine Lösung der Frage der Importstörungen ohne intensive Gespräche mit der Regierung in Kiew nicht vorstellbar.

Cătălin Sorin Ivan (S&D), schriftlich. – (RO) Die Wahl Viktor Janukowitschs zum Präsidenten bedeutet, dass die Ukraine nun in eine neue Phase tritt, die sie näher an die EU bringen wird. Als Mitglied des Parlamentarischen Kooperationsausschusses EU-Ukraine und als europäischer Bürger glaube ich, dass die Europäische Union seinen östlichen Nachbarn dahin gehend beeinflussen kann und beeinflussen sollte, dass dieser sich für einen europäischen und demokratischen Weg entscheidet. Die Wahlbeobachtungsmission

des Europäischen Parlaments hat es begrüßt, dass die Wahl rechtmäßig und ohne jegliche Zwischenfälle vonstatten gegangen ist, und auf diese Weise die Legitimität des neuen Präsidenten sichergestellt werden konnte, was auch einen besonderen Kontrast zu den Wahlen 2004-2005 bildet. Die Tatsache, dass ein anderes politisches Lager die Macht übernommen hat, darf unsere Vorgehensweise gegenüber der Ukraine nicht beeinflussen. Sie muss genauso beständig und sogar noch wirksamer sein wie vor der Wahl. Obwohl klar ist, dass Präsident Janukowitsch eine starke Bindung an Russland aufrechterhalten wird, heißt das nicht, dass er sich von der EU entfernen wird. Um zu verhindern, dass genau dies passiert, egal wie klein das Risiko dafür ist, müssen wir bei den Beziehungen mit der Ukraine, die das einzige Land ist, das die Stabilität in der Region garantieren kann, die Initiative ergreifen. Wir müssen unsere Offenheit durch einen Dialog und feste Zusagen unter Beweis stellen, um die Ukraine auf diese Weise zu einer proeuropäischen Entwicklung zu ermutigen. Ich vertraue auf die Fähigkeit der Ukraine, die Reformen fortzusetzen und zu zeigen, dass sie ein zuverlässiger Partner der EU ist.

Tunne Kelam (PPE), schriftlich. – Die Ukraine ist weiterhin wichtig für die Stabilität und die demokratische Entwicklung Europas. Obwohl die Orangene Revolution, zu der das Europäische Parlament einen so wirksamen Beitrag geleistet hat, die meisten Erwartungen nicht erfüllt hat, bleibt zu hoffen, dass das Vermächtnis der Präsidentschaft von Herrn Juschtschenko – freie und faire Wahlen, Menschen, die keine Angst mehr haben, ihre Meinung zu äußern und grundsätzlich freie Medien – fortauern wird. Es stimmt, dass ein so großes Land wie die Ukraine, das lange Zeit auf seine Unabhängigkeit warten musste und einen echten Genozid erlitten hat – den Holodomor – einige Zeit brauchen wird, um seine europäische Identität besser zu definieren und seine strategischen Ziele für die Zukunft zu definieren. Aber wir dürfen auch nicht übersehen, dass die Europäische Union durch ihre Politik gegenüber der Ukraine seit 2004 eine gewisse Verantwortung an der Situation trägt. Die EU hat nicht angestrebt, der Ukraine die Aussicht auf eine EU-Mitgliedschaft bieten zu können. Die Unterstützung der EU für die Ukraine hat sich als unzuverlässig erwiesen und hat auf die Ukrainer nicht überzeugend gewirkt, da sie oft von der Angst, Russland zu verärgern, dominiert war. Wir müssen uns klar machen, dass der Schlüssel zu einem wirklich demokratischen und gutnachbarschaftlichen Russland eine unabhängige und in Europa integrierte Ukraine ist. Dies ist weiterhin eine Verantwortung der EU. Wir müssen jetzt in vollem Umfang von der östlichen Partnerschaft Gebrauch machen.

Krzysztof Lisek (PPE), schriftlich. – (PL) Frau Präsidentin, ich habe die Information in Bezug auf die Wahl Viktor Janukowitschs zum Präsidenten der Ukraine zur Kenntnis genommen. Obwohl sich die Ukraine in einer sehr ernsten Situation befindet, lassen sich in der Zeit seit den letzten Wahlen in Bezug auf die Achtung des Gesetzes positive Veränderungen beobachten. Ich hoffe, dass der Rechtsstreit über die Wahlergebnisse bald beigelegt wird, und dass sich beide Seiten darauf konzentrieren werden, der Ukraine dabei zu helfen, sich von der Wirtschaftskrise zu erholen und ihre Position in der Welt zu stärken, wobei besonderes Augenmerk auf die Entwicklung engerer Beziehungen mit der Europäischen Union gelegt werden sollte. Angesichts des Versprechens des neu gewählten Präsidenten, die Demokratisierung zu fördern und internationale Sicherheit zu gewährleisten sowie die Tatsache, dass er den Beitritt der Ukraine zur Europäischen Union mit großem Nachdruck verfolgt, bin ich überzeugt, dass die gegenwärtig gute Zusammenarbeit zwischen der Ukraine und der Europäischen Union nicht nur fortgesetzt, sondern ausgebaut werden sollte. Die Repräsentanten aller EU-Länder hoffen, dass in der Ukraine endlich eine Periode der politischen Stabilität und des wirtschaftspolitischen Konsens beginnt.

Meiner Meinung nach wird sich das neue Staatsoberhaupt der Ukraine auch an die Europäische Union wenden, um diese um Hilfe zu bitten, die Ukraine aus ihrer schweren Krise zu befreien, die zu einem erheblichen Wirtschaftsabschwung und zu einem Haushaltsdefizit von 12 % geführt hat. Europa sollte in Betracht ziehen, einen konkreten Vorschlag zur Aufnahme der Ukraine in die europäischen Strukturen zu machen.

Marian-Jean Marinescu (PPE), schriftlich. – (RO) Ich hoffe, dass der neue Präsident die proeuropäische Einstellung, die die Mehrheit der Ukrainer zum Ausdruck gebracht hat, bei seiner Politik berücksichtigt.

Es wird momentan über das Assoziierungsabkommen verhandelt und ich denke, dass es von Vorteil für beide Seiten wäre, es so schnell wie möglich abzuschließen. Wahlversprechen müssen gehalten werden. Eines davon ist die Achtung der Rechte von Minderheiten und die Beseitigung der Richtlinien zur Denationalisierung und Assimilierung von ethnischen Minderheiten.

Rumänien kann der Ukraine als Vorbild dienen, wenn es darum geht, in Bezug auf die Situation von Minderheiten europäische Standards anzuwenden. In dieser Hinsicht kann der Abgeordnete, der die

ukrainische Gemeinschaft in Rumänien im rumänischen Parlament vertritt, der Ukraine beratend zur Seite stehen, und ich empfehle ihn dem zukünftigen Präsidenten der Ukraine.

Iosif Matula (PPE), schriftlich. – (RO) Die Ukraine ist ein europäischer Staat und teilt all unsere europäischen Werte. Die Ukraine muss auf ehrliche und wirksame Weise ein politisches Programm umsetzen, das die Achtung der Rechte von nationalen Minderheiten wie den Russen, Tataren, Rumänen, Polen, Ungarn und Griechen sicherstellt. Sie muss die Europäische Charta der Regional- oder Minderheitensprachen umsetzen, die diesen Sprachen den Status von Regionalsprachen garantiert. Ich denke, dass die EU die Umsetzung solcher Maßnahmen unterstützen muss, wobei betont werden sollte, dass keine einzige Minderheit außen vor gelassen werden sollte.

Es gibt zum Beispiel eine rumänischsprachige Minderheit in der Ukraine, der über 410 000 Personen angehören. Dies ist eine traditionelle nationale Gemeinschaft mit tiefen historischen Wurzeln, die in Eintracht mit der Bevölkerungsmehrheit und anderen Minderheiten lebt, besonders in der Czernowitz-Region (Nord-Bukowina, der Norden der Republik Moldau und der Region um Herza), der Region um Odessa (Bezirke im Süden der Republik Moldau) und der Region Transkarpatien (die historische Region Maramureş). Ich denke, dass die EU die ukrainische Regierung ermutigen muss, Fachbereiche zu entwickeln, die muttersprachlichen Unterricht auf Rumänisch in den Berufs- und Sekundarschulen anbieten können, die gegenwärtig in den oben genannten Regionen vorhanden sind. Außerdem sollte die EU mit Kiew dahingehend zusammenarbeiten, dass die Nationale Jurij-Fedkowjtsch-Universität Czernowitz rumänischsprachigen Unterricht für Muttersprachler an allen momentan vorhandenen Fakultäten und auf allen Fachgebieten anbietet.

Cristian Dan Preda (PPE), schriftlich. – (RO) Es freut mich, dass die Wahlen in der Ukraine letzten Sonntag so gut abgelaufen sind. Das Wahlergebnis muss von allen zur Wahl angetretenen Parteien anerkannt werden, weil eine Demokratie nicht auf beständigem Misstrauen und auf Konflikten aufgebaut werden kann. Ich bedauere es, dass Julia Timoschenko die Wahl verloren hat. Ich bedauere jedoch noch mehr die zahlreichen Erklärungen, die sie zum Ende des Wahlkampfes abgegeben hat, in denen sie das Urteil des Internationalen Gerichtshofs in Bezug auf den Festlandsockel im Schwarzen Meer beanstandete. Ich hoffe, dass die ukrainische Regierung, egal ob unter der Führung von Frau Timoschenko oder von jemand anderem, akzeptiert, dass dieses Urteil endgültig ist.

Csaba Sógor (PPE), schriftlich. – (HU) Viktor Janukowitsch versprach der ungarischen Minderheit in der Ukraine folgende Maßnahmen, falls er die Wahlen gewinnen würde: die sofortige Aufhebung von Beschränkungen, denen das ungarische Bildungssystem, die ungarischen Grundschüler und Studenten des Abschlussjahrgangs unterliegen; die uneingeschränkte Nutzung der Muttersprache in Bildungseinrichtungen, dem Gerichtswesen, der öffentlichen Verwaltung, den Medien und in anderen Bereichen; die uneingeschränkte Benutzung nationaler Symbole, den ungehinderten Kontakt zu ihrem Mutterland; die Miteinbeziehung von Vertretern der ungarischen Volksgemeinschaft in die öffentliche Verwaltung auf kommunaler, regionaler und nationaler Ebene. Die Ergebnisse der Präsidentschaftswahl in Regionen, in denen die ungarische Minderheit besonders stark vertreten ist, und der knappe Ausgang der letzten Wahlrunde deuten darauf hin, dass die Stimmen der ungarischen Volksgemeinschaft in hohem Maße zum Sieg von Herrn Janukowitsch beigetragen haben. In der Hitze des Wahlkampfes hat Julia Timoschenko auch versprochen, die diskriminierenden Maßnahmen, von denen der muttersprachliche Unterricht betroffen ist, abzuschaffen. Diese Aussage war jedoch nicht glaubwürdig, da sie von einer Politikerin kam, die während ihrer fünfjährigen Amtszeit als Ministerpräsidentin überhaupt kein Interesse an den Problemen der Minderheiten gezeigt hat. Deshalb setzten die ungarische und die russinische Minderheit ihre Hoffnung jetzt auf Herrn Janukowitsch, von dem sie die Anerkennung ihres Status als regionale Minderheit und die Schaffung einer neuen Grundlage für die Beziehungen zwischen der Bevölkerungsmehrheit und den Minderheiten erwarten. Falls der neue ukrainische Präsident diese Versprechen nicht erfüllen sollte, etwa als Gegenleistung für die Unterstützung der ukrainischen Nationalisten, wird er nicht nur die Unterstützung der Minderheiten verlieren, sondern auch die Schaffung der oft angekündigten europäischen Ukraine würde sich um Jahre verzögern.

Csaba Sándor Tabajdi (S&D), schriftlich. – (HU) Die Europäische Union sollte eine aktivere Rolle in der Ukraine spielen; wir sollten die in den letzten Jahren in der Europäischen Union vorherrschende Praxis beenden, eines der größten Länder in Europa auf eine uneindeutige und halbherzige Weise zu behandeln. Die Ukraine ist ein wichtiger Partner in der östlichen Nachbarschaftspolitik der Europäischen Union und ist außerdem eines der wichtigsten Transitländer in Bezug auf die Beziehungen mit Russland. Mit der Wahl Viktor Janukowitschs zum Präsidenten hat die Ukraine ein starkes, gelassenes Oberhaupt bekommen, das offen ist sowohl gegenüber Europa als auch gegenüber Russland. Die wichtigste Aufgabe für den neuen Präsidenten wird es sein, die tiefe politische Spaltung zu überwinden, damit eine stabile Regierung gebildet

werden kann und die längst überfälligen, umfassenden sozialen und wirtschaftlichen Reformen realisiert werden können. Für die Europäische Union ist es jetzt am wichtigsten, dass sie mehr als zuvor in der Ukraine Präsenz zeigt und eine neue Grundlage für die Zusammenarbeit schafft. Die östliche Partnerschaft bietet dafür einen hervorragenden Rahmen, und der gemäß dem Vertrag von Lissabon geschaffene Europäische Auswärtige Dienst wird die angemessenen Mittel liefern. Ich möchte betonen, dass Ungarn, dessen größter Nachbar die Ukraine ist, ein besonderes Interesse am Aufbau einer politischen und wirtschaftlichen Stabilität in der Ukraine hat. Es liegt außerdem in unserem Interesse, dass die Beziehungen zwischen der Ukraine und der Russischen Föderation gefestigt werden. Wir hoffen außerdem sehr, dass die Ukraine ihre minderheitenfeindliche Politik aufgibt, die in die Rechte von Minderheiten der Region der niederen Karpaten eingegriffen hat, einschließlich der Rechte von Ungarn.

16. Fragestunde (Anfragen an den Rat)

Die Präsidentin. – Der nächste Tagesordnungspunkt ist die Fragestunde (B7-0006/2010).

Es werden die folgenden Fragen an den Rat gerichtet.

Frage Nr. 1 von Herrn **Zigmantas Balcytis** (H-0008/10)

Betrifft: Schaffung eines gemeinsamen Energiebinnenmarkts

In der Vereinbarung des Trios Spanien, Belgien und Ungarn und seiner langfristigen Strategie wird die Schaffung eines gemeinsamen Energiebinnenmarkts als eine der politischen Prioritäten genannt. Um dieses Ziel zu erreichen, müssen die am stärksten isolierten Regionen der Gemeinschaft wie das Baltikum an den europäischen Energiemarkt angeschlossen werden. In der Ostseestrategie sind viele Verbindungsprojekte im Elektrizitäts- und Gasbereich vorgesehen, die, falls sie durchgeführt werden, es den baltischen Ländern ermöglichen werden, sich von der Abhängigkeit von einem einzigen Energielieferanten zu befreien. Angesichts des zwischenstaatlichen Charakters der genannten Projekte wird deren erfolgreiche Durchführung nicht nur von der Bereitstellung entsprechender Finanzmittel, sondern auch von dem politischen Willen und den Absichten der an den Projekten beteiligten Mitgliedstaaten abhängen. Im Zusammenhang mit der Schaffung eines Energiebinnenmarkts hat sich die Gemeinschaft verpflichtet, mit einer Stimme zu sprechen.

Wird Spanien, das derzeit den Ratsvorsitz innehat, eine Führungsrolle wahrnehmen und die Mitgliedstaaten dazu bringen, bei der Durchführung der Energieprojekte im Baltikum, wie beispielsweise AmberLitPol, Swedlink usw., die nicht nur regional, sondern auch gemeinschaftsweit eine Erhöhung der Energieversorgungssicherheit zur Folge hätten, mit einer Stimme zu sprechen?

Diego López Garrido, amtierender Präsident des Rates. – (ES) Frau Präsidentin, die Themen Energiebinnenmarkt und Sicherheit der Energieversorgung sind untrennbar miteinander verknüpft. Wir haben dies in der Europäischen Union allmählich begriffen, und die Sicherheit der Energieversorgung ist daher zu einer der strategischen Prioritäten der Union geworden. Tatsächlich ist sie vor etwas mehr als einem Jahr, zum Zeitpunkt der Gaskrise zwischen der Russischen Föderation und der Ukraine zu einer wichtigen Frage geworden.

Wir haben zu diesem Zeitpunkt realisiert, dass ein Energiebinnenmarkt, ein reibungslos funktionierender, verbundener und effektiver Markt, eine Voraussetzung für die Sicherheit der Energieversorgung in Europa ist.

Die Sicherheit der Energieversorgung ist daher ein zentrales strategisches Element, das verbessert werden muss, um eine bessere Energieeffizienz sicherzustellen: durch die Diversifizierung der Energielieferanten, der Energiequellen und der Vertriebswege, durch die Förderung der Energieinteressen der Union in Bezug auf Drittstaaten und schließlich durch die Schaffung eines gemeinsamen Energiemarktes, den wir immer noch nicht haben. Der Vertrag von Lissabon, in dem es zum ersten Mal eine ausdrückliche Bezugnahme auf die Zuständigkeit der Union auf der Ebene des Primärrechts gibt, wird uns helfen, dies zu erreichen.

Die Union muss daher in ihren Beziehungen mit Drittländern durchsetzungsfähiger sein, und sie muss in diesen Beziehungen mit einer Stimme sprechen. Der spanische Minister für Industrie, Fremdenverkehr und Handel hat dies bei seiner Vorstellung der Prioritäten des spanischen Ratsvorsitzes gegenüber dem zuständigen Ausschuss des Europäischen Parlaments am 27. Januar 2010 sehr deutlich zum Ausdruck gebracht.

Infolgedessen ist das, was man als die Anbindung der „Energieinseln“ in der Europäischen Union an den Binnenmarkt bezeichnen kann, im Rahmen der Zweiten Überprüfung der Energiestrategie zu einem der zentralen Ziele der Europäischen Union geworden.

Im Juli 2009, als die Kommission den Aktionsplan zum Verbund des baltischen Energiemarkts präsentiert hat, eine Initiative die die Integration des Energiemarktes und den Ausbau der Energieinfrastruktur im Ostseeraum zum Ziel hat, hat der Europäische Rat dies als wichtigen Beitrag zur Erhöhung der Sicherheit der Energieversorgung begrüßt, und ich lese dies wortwörtlich.

Die baltische Energiemarkt-Initiative gehört jetzt zu der weiter angelegten Ostseestrategie der Europäischen Union, die eine der Hauptprioritäten des schwedischen Ratsvorsitzes war. Der Europäische Rat hat im Oktober 2009 die Initiative angenommen und den Fortschritt begrüßt, der in Bezug auf die Energieinfrastruktur und die Verbindung des Energiemarktes im Ostseeraum gemacht worden ist, und dadurch die im Bericht der Kommission enthaltenen Informationen bestätigt.

Zigmantas Balčytis (S&D). – (LT) Herr Minister, ich möchte Ihnen noch einmal für Ihre Antwort danken, und dafür, dass Sie Ihre Gedanken mit uns geteilt haben. Ein Aspekt meiner Frage war jedoch nicht nur auf Drittländer sondern auf die Europäische Union selbst bezogen, nämlich auf die Tatsache, dass einige Mitgliedstaaten der Europäischen Union weder ein wirtschaftliches noch ein politisches Interesse daran haben, in irgendeiner Weise einen Beitrag zu gemeinsamen Projekten zu leisten. Meine Frage war also, ob Spanien während seines Ratsvorsitzes die politische Rolle übernimmt, um sich im Namen der Europäischen Union dafür einzusetzen, dass die Umsetzung dieser Projekte in der Zukunft sichergestellt wird?

Diego López Garrido, amtierender Präsident des Rates. – (ES) Frau Präsidentin, wir denken, dass dies zweifellos Teil einer gemeinsamen Energiepolitik ist, und wie lehnen „Energieinseln“ ebenso sehr aus technischen wie aus politischen Gründen ab.

Dies ist sicherlich keine Position, die man proeuropäisch nennen könnte, und tatsächlich war dies auch in der Praxis nicht der Fall. Ich glaube mich daran zu erinnern, dass während der Debatte über die Verordnung über Maßnahmen zur Sicherheit der Energieversorgung eine EU-weite Verpflichtung in Bezug auf diese Frage vereinbart worden ist. Ich beziehe mich namentlich auf die Energieprojekte, die als Teil des Programms zur Konjunkturbelebung, das während des tschechischen Ratsvorsitzes letztes Jahr eingeleitet wurde, verabschiedet worden sind. Insgesamt wurden drei Verbundprojekten im Ostseeraum 425 Mio. EUR zugewiesen: der Skanled-/Ostsee-Gaspipeline, der Estlink-2-Stromverbindungsleitung und der Verbindungsleitung Schweden-Baltische Staaten.

Der spanische Ratsvorsitz wird die Mitgliedstaaten daher dazu anhalten, die Energieinfrastrukturprojekte im Ostseeraum zu unterstützen, obwohl es dann an den Mitgliedstaaten selbst ist, die einzelnen Projekte in Übereinstimmung mit den nationalen Rechtsvorschriften und den geltenden europäischen Rechtsvorschriften umzusetzen. Die betreffenden Mitgliedstaaten sollten in dieser Frage als Einheit handeln.

Die Präsidentin. – Bevor wir fortfahren, möchte ich allen hier im Plenarsaal klarmachen, dass der Herr Minister bereit ist, bis 19.20 Uhr zu bleiben, sodass noch mehr Fragen, die bis 19.00 Uhr eingereicht werden, berücksichtigt werden.

Silvia-Adriana Țicău (S&D). – (RO) Herr Minister, ich würde gerne Ihre Aufmerksamkeit darauf lenken, wie wichtig es ist, erneuerbare Energien in die nationalen Stromnetze zu integrieren, da sich das europäische Stromnetz aus den Stromnetzen der Mitgliedstaaten zusammensetzt.

Die baltischen Staaten liefern ein gutes Beispiel in Bezug auf die Nutzung erneuerbarer Energien und auf die Energieeffizienz von Gebäuden. Ein Energiebinnenmarkt braucht eine bessere Vernetzung der nationalen Stromnetze.

Meine Frage wäre daher, ob Sie zusammen mit den Mitgliedstaaten einen Aktionsplan in Bezug auf die Nutzung erneuerbarer Energien haben.

Franz Obermayr (NI). – Im Rahmen der Integration des Elektrizitätsmarkts im Baltikum sollten eine uneingeschränkte Liberalisierung des Privatkundenmarkts und eine gemeinsame Energiebörse umgesetzt werden. Nun ist das Baltikum von der Wirtschaftskrise schwer betroffen.

Daher meine Frage: Wie kann in dieser besonders fragilen wirtschaftlichen Situation eine totale Liberalisierung des Energiemarkts sinnvoll erfolgen? Ich denke hier an die Preisvolatilität. Wie sieht der Plan hinsichtlich der Infrastruktur im Baltikum aus bzw. wie sieht es bei der Diversifizierung von Energietransportrouten und Energiequellen aus?

Diego López Garrido, amtierender Präsident des Rates. – (ES) Frau Präsidentin, wir stimmen mit den in Bezug auf das Thema der erneuerbaren Energien und ihrer Integration in das europäische Energienetz geäußerten

Ansichten überein. Wir sind außerdem der Überzeugung, dass dies eines der Hauptziele der Strategie der Europäischen Union zur Bekämpfung des Klimawandels ist, für die wir auf dem Kopenhagener Gipfel eingetreten sind. Wir hoffen, dass bis 2020 erneuerbare Energien 20 % des gesamten europäischen Energiemixes ausmachen werden, und wir wollen, dass dieser Ansatz auch in den zweiten Aktionsplan für erneuerbare Energien für 2010-2014 miteinbezogen wird, von dem wir hoffen, dass er unter dem spanischen Ratsvorsitz verabschiedet wird.

Das Ziel eines Aktionsplans steht also ganz klar auf der Agenda der spanischen Ratspräsidentschaft und des belgischen und ungarischen Dreivorsitzes, da es sich hier um ein strategisch wichtiges Ziel handelt.

In Bezug auf das, was Herr Obermayr gesagt hat, möchte ich sagen, dass wir auch glauben, dass die Diversifizierung der Energiequellen zweifellos ein weiteres strategisches Ziel ist, wie ich schon zuvor erwähnt habe.

Die Europäische Union und ihre Institutionen handeln sehr proaktiv und lassen Projekten wie Nabucco, Nord Stream und South Stream ihre volle politische Unterstützung zukommen. All diese Projekte haben ein klares Ziel: die Diversifizierung von Energiequellen, die Diversifizierung von Energielieferanten und die Diversifizierung der Energielieferwege. Sie sind selbstverständlich Teil unserer Strategie zur Schaffung eines gemeinsamen Energiemarkts für Europa, den es momentan noch nicht gibt. All dies ist notwendig, um diesen Markt aufzubauen und um diese Sicherheit der Energieversorgung zu erreichen, die die Grundlage dafür bildet.

Die Präsidentin. – Frage Nr. 2 von Frau **Silvia-Adriana Ticau** (H-0009/10)

Betrifft: Entwicklungen, Ziele und Maßnahmen im Rahmen der Strategie für eine nachhaltige Entwicklung in der Europäischen Union bis 2020

Wirtschaftskrise, Klimawandel und demographische Entwicklung haben dramatische Auswirkungen auf das Leben der Bürgerinnen und Bürger. Gesundheit, Bildung, Landwirtschaft, Entwicklung der Verkehrs- und Energieinfrastruktur, Investitionen in Forschung und Innovationen und die Modernisierung der öffentlichen Dienste müssen zu den Prioritäten der Mitgliedstaaten und der Europäischen Union gehören. Die Durchsetzung der Grundrechte und -freiheiten der europäischen Bürgerinnen und Bürger, einschließlich der Arbeitnehmerfreizügigkeit, ist eine gemeinsame Verpflichtung. Das europäische Sozialmodell garantiert die erforderliche Unterstützung von Arbeitnehmern, die ihren Arbeitsplatz verloren haben, von Senioren und Jugendlichen sowie ausländischen Arbeitnehmern. Die Strategie für eine nachhaltige Entwicklung in der Europäischen Union bis 2020 wird vom Europäischen Rat auf seiner im Februar 2010 geplanten Zusammenkunft vorgestellt.

Wie ist die zentrale Ausrichtung im Bereich Entwicklung, Ziele und Maßnahmen? Welche Mittel sind erforderlich, um eine erfolgreiche Umsetzung dieser Strategie zu gewährleisten?

Diego López Garrido, *amtierender Präsident des Rates*. – (ES) Frau Präsidentin, zweifellos ist die Strategie für 2020 das ehrgeizigste und wichtigste Ziel für die unmittelbare Zukunft, und sie wird die Debatten bestimmen, die morgen in Brüssel auf der informellen Tagung des Europäischen Rates und auf der höchstmöglichen politischen Ebene während des spanischen Ratsvorsitzes stattfinden werden.

Das Ziel ist hierbei, ein Programm vorzulegen und zu verabschieden, das Wachstum und die Schaffung hochwertiger Arbeitsplätze fördert, die Strategie von Lissabon ersetzt und sich einerseits auf die Stärkung bestimmter unerlässlicher Aspekte konzentriert, die für die Sicherstellung der Wettbewerbsfähigkeit und Produktivität der europäischen Wirtschaft in der Zukunft notwendig sind: in Informationstechnologien zu investieren, Europa zu einem Ort der Informationsgesellschaft zu machen und auch soziale Aspekte hervorzuheben, was bedeutet, dass Beschäftigung auf Spezialisierung und Ausbildung basieren sollte; wir setzen uns natürlich auch für eine grüne, kohlenstoffarme Wirtschaft ein, wie es auch schon zu Anfang der Debatte erwähnt worden ist.

Ein weiteres wichtiges Element, das zweifelsohne die morgigen Debatten in Brüssel polarisieren wird, ist die Frage der Regierungsführung. Auf der informellen Tagung des Europäischen Rates wird der Präsident des Europäischen Rates einen ersten Vorschlag für eine Debatte über Regierungsführung vorlegen, um, mit anderen Worten, die wirtschaftliche Union in Europa voranzutreiben, nicht nur eine Währungsunion, und zu unserem Hauptziel zu machen, dass sich – wie es der Vertrag von Lissabon festlegt – unsere Wirtschaftspolitiken, unsere Beschäftigungspolitiken und unsere Sozialpolitiken innerhalb der Europäischen Union immer mehr annähern.

Dieses Element der Strategie für nachhaltiges Wachstum und der Schaffung von hochwertiger Beschäftigung ist daher ein zentrales Ziel des spanischen Ratsvorsitzes und von Europa insgesamt. Ein Beweis dafür ist die Tatsache, dass wir diese Frage bereits auf höchster Ebene in Angriff genommen haben, durch die Abhaltung der informellen Tagung des Europäischen Rates morgen in Brüssel.

Silvia-Adriana Țicău (S&D). – (RO) Es gibt jetzt auch Kommentare von den Interessengruppen. Die auf der Website der Kommission abgehaltene öffentliche Konsultation zur EU-Strategie 2020 ist vorbei. Wir haben jedoch eine Arbeitslosenquote von 10 % in der Europäischen Union, und in Spanien und Lettland sogar 20 %. Deshalb bitte ich Sie uns zu sagen, welche Maßnahmen für die EU-Bürger unternommen werden, um Arbeitsplätze zu erhalten und zu schaffen und vor allem, um ihre Lebensqualität zu verbessern.

Diego López Garrido, amtierender Präsident des Rates. – (ES) Ich denke, dass exakt die von Ihnen genannten Punkte im Mittelpunkt der zukünftigen 2020-Strategie stehen müssen und genauer gesagt, Frau Țicău, dürfen Arbeitsplätze nicht so gefährdet und unsicher sein, wie es in der Europäischen Union der Fall war. Sie haben den Fall Spaniens erwähnt, das in der Tat große Verluste im Immobilienbereich erlitten hat.

Daher muss unser Ziel ein Produktionsmodell sein, das selbst solidere, beständigere, stabilere Arbeitsplätze schafft, die auf Spezialisierung basieren.

Deshalb müssen wir uns für entsprechende Maßnahmen einsetzen, Maßnahmen, die die Spezialisierung und die Weiterbildung der Arbeitnehmer ausweiten, um sie in der wissensbasierten Gesellschaft, in Berufe der Informationstechnologie und der spezialisierten Gesellschaft vermitteln zu können, die die Elemente sind, auf denen das Produktions- und Entwicklungsmodell der zukünftigen Beschäftigung basieren sollte.

Das ist eine Idee, von der wir denken, dass sie jedes Land in die Praxis umsetzen sollte; es muss jedoch ein koordiniertes Vorgehen geben, das alle europäischen Länder einschließt. Ferner muss die Europäische Union dies, etwa durch Anreize und Stimuli wie den Einsatz spezieller Strukturfonds, zum Beispiel des Europäischen Sozialfonds unterstützen, um dadurch die Länder zu fördern, die tatsächlich in dieses Produktionsmodell investieren, und um hochwertige Beschäftigung zu schaffen.

Ich denke, dass dies der Grundsatz ist, der im Mittelpunkt, im Kern unserer Strategie stehen sollte, die, unter uns gesagt, in den nächsten Monaten, noch vor dem Europäischen Rat im Juni, auf der die inadäquate Strategie von Lissabon ersetzt werden soll, umgesetzt werden muss.

Die Präsidentin. – Frage Nr. 3 von Herrn **Bernd Posselt** (H-0011/10)

Betrifft: Religionsfreiheit in China

Welche Schritte plant der Rat, um die Lage der Religionsgemeinschaften, insbesondere der christlichen Kirchen, sowie die Verwirklichung des Rechtes auf Religionsfreiheit in China zu verbessern?

Diego López Garrido, amtierender Präsident des Rates. – (ES) Frau Präsidentin, Herr Posselt, Sie sind sicher darüber informiert, dass eines der wichtigsten Instrumente in Bezug auf die Frage der Menschenrechte in China der im Halbjahresrhythmus stattfindende Menschenrechtsdialog ist, der vor über 15 Jahren eingerichtet worden ist. Es ist demzufolge ein strukturierter Dialog, der uns die Gelegenheit gibt, unsere Meinungen in Bezug auf Angelegenheiten, die uns wichtig sind, auszutauschen.

Im November letzten Jahres hat der Rat Schlussfolgerungen zur Religionsfreiheit angenommen, die es uns erlaubt haben, noch einmal die Position der Europäischen Union zu diesem Thema in klaren Worten darzustellen. Die Achtung der Religionsfreiheit, wie sie in den internationalen Menschenrechtsübereinkünften definiert ist, ist Bestandteil der Menschenrechtsklausel in den Abkommen zwischen der Europäischen Union und Drittländern.

In den vergangenen fünf Jahren hat die Europäische Union im Rahmen ihrer Menschenrechtsdialoge und Konsultationen mit Drittländern regelmäßig Fragen der Religion und der Weltanschauung angesprochen. Sie hat einige Erklärungen zu diesem Thema abgegeben, und es gab Verhandlungen in Bezug auf Menschen, die wegen ihrer Weltanschauung bedroht wurden. Die Europäische Union hat sich weltweit in internationalen Gremien wie der Generalversammlung der Vereinten Nationen und dem Menschenrechtsrat intensiv für die Förderung der Religionsfreiheit eingesetzt.

In Bezug auf China hat der Rat 2001 einige Referenzkriterien für den Menschenrechtsdialog festgelegt. Ich kann Ihnen versichern, Herr Posselt, dass die Religionsfreiheit ein integraler Bestandteil dieser Kriterien ist. Wir haben diese Frage kürzlich bei mehreren Gelegenheiten mit unseren chinesischen Dialogpartnern

besprochen, wir haben uns mit den zuständigen Behörden in Peking getroffen, und die Verantwortlichen für Religionsfragen sind im Sinne dieses Dialogs nach Europa gekommen, um ihren Wissensstand in Bezug auf die verschiedenen religiösen Praktiken in den Mitgliedstaaten zu erweitern.

Bernd Posselt (PPE). - Herr Präsident, vielen Dank für die ausführliche Antwort! Ich habe nur zwei kurze Zusatzfragen. Erstens: Wann haben Sie die nächste Gelegenheit, mit China über die Dinge zu reden? Zweitens: Könnten Sie sich auch für eine konkrete Liste von inhaftierten Priestern, Nonnen und Bischöfen – die es ja gibt – einsetzen?

Diego López Garrido, amtierender Präsident des Rates. – (ES) Ich habe bereits gesagt, dass es einen strukturierten Dialog zu diesem Thema gibt und regelmäßig Gespräche mit China dazu stattfinden.

Wir, der Rat, sind uns darüber bewusst, dass einige Menschen, die ihre Religion ausüben, deswegen bedroht worden sind oder in China Praktiken unterworfen wurden, die einer Verfolgung entsprechen. Dies ist der Fall bei bestimmten tibetischen Buddhisten, die Angehörige der Bewegung Falun Gong sind, und auch bei Christen, Geistlichen und Gläubigen sowie Anwälten, die sie in einigen Fällen vertreten haben. Der Rat hat diese Fälle untersucht und die chinesischen Behörden auf sie aufmerksam gemacht.

Bei allen Gelegenheiten haben wir gesagt, dass die friedliche Religionsausübung ein Recht ist, und dass sie nicht als eine Gefahr für den Staat angesehen werden sollte.

Meine Damen und Herren Abgeordneten, ich sage Ihnen noch einmal, dass wir im Hinblick auf die Durchsetzung der Religionsfreiheit in China und die Bewertung des Menschenrechtsdialogs alle Möglichkeiten überprüfen werden, wie wir auf diesem Gebiet zu größtmöglichen positiven Veränderungen beitragen können.

Jim Higgins (PPE). – Ich danke dem Rat für diese Antwort. Es wurde schon viel getan, aber es gibt noch viel mehr zu tun. Die Realität sieht so aus, dass, wenn es um die Religionsausübung in China geht, Artikel 36 der Verfassung der Volksrepublik genau festlegt, was dies beinhaltet. Er ist sehr vorsichtig formuliert. Die „Religionsfreiheit“ wird garantiert, aber wie sieht es mit der Religionsausübung aus? Was macht „normale religiöse Aktivitäten“ aus? Und was die „Dominierung durch Ausländer“ betrifft, wenn ein auswärtiger Prediger eintrifft, dann wird dies als „Dominierung durch Ausländer“ betrachtet. Und die Religionen, die wirklich misstrauisch beäugt werden, sind der Buddhismus, Katholizismus, Deismus, Islam und das protestantische Christentum.

Es wurde schon viel getan, aber es gibt noch sehr viel mehr zu tun – also setzen Sie die gute Arbeit fort.

Franz Obermayr (NI). - Danke, Herr Minister, für die präzisen Antworten. Ich bitte jedoch um eine weitere Präzisierung: Gibt es in den bisherigen bilateralen Abkommen mit China eine Klausel, die speziell christliche Kirchen schützen soll, bzw. denkt der Rat daran, eine solche Klausel einzubauen?

Diego López Garrido, amtierender Präsident des Rates. – (ES) Meine Damen und Herren Abgeordneten, es gibt wirklich noch viel zu tun, aber wir vertrauen ganz auf den Dialog und auf das, was man als Einfluss des Dialogs bezeichnen könnte und seine Auswirkungen. Wie Baroness Ashton vor kurzem im Europäische Parlament gesagt hat: der Menschenrechtsdialog hat unbestreitbar Auswirkungen, und wir können ihn natürlich auf verschiedenen Ebenen führen. Wir können ihn mit konkreten Personen führen, zum Beispiel im Fall des bekannten Menschenrechtsaktivisten Liu Xiaobo, oder wir können ihn auf anderen Ebenen führen, auf einer politischen Ebene in einem politischen Dialog. Wir werden ihn auf jeden Fall entschlossen weiterführen, um alle Menschenrechte zu schützen, jedes einzelne Menschenrecht. Wir dürfen nicht ein Menschenrecht mehr fördern als andere, da die Menschenrechte unteilbar sind, und wir werden uns darum bemühen, die Situation in Bezug auf die Menschenrechte in China zu verbessern.

Der Dialog ist hierbei entscheidend, und es ist natürlich auch entscheidend zu sehen, wie Veränderungen auf diesem Gebiet stattfinden, und wir sind uns sicher, dass die chinesischen Behörden, unsere Dialogpartner, die Wichtigkeit dieses Dialogs anerkennen.

Die Präsidentin. – Frage Nr. 5 von Frau **Ilda Figueiredo** (H-0015/10)

Betrifft: Geheime Gefängnisse und Flüge der CIA

In der Presse wurde vor kurzem die Existenz eines geheimen Gefängnisses in Litauen in einer ehemaligen Reitakademie aufgedeckt, das von der CIA seit 2004 genutzt wurde und wo mehrere „Terrorismusverdächtige“ gefoltert wurden.

Ein italienisches Gericht verurteilte wegen der Entführung von Abu Omar in Mailand, der später in Ägypten gefoltert wurde, mehr als 20 Agenten der USA und zwei italienische Beamte. Weitere Prozesse, vor allem in Polen und in Großbritannien, sind noch im Gange.

Es gibt mehrere Hinweise darauf, dass andere Regierungen (einschließlich ein Geheimabkommen in der NATO), darunter auch die portugiesische, über die Nutzung ihres Luftraums und ihrer Flughäfen für die Aufrechterhaltung des von den USA eingerichteten Netzes für Verhaftung, Entführung und Folter informiert waren.

Welche Meinung vertritt der Rat zu diesen neuen Nachrichten und Gerichtsverfahren, und welche Erklärungen hat er dafür?

Welche Maßnahmen schlägt er vor, damit solche Dinge nicht mehr vorkommen?

Diego López Garrido, *amtierender Präsident des Rates*. – (ES) Als Erstes möchte ich noch einmal die Unterstützung der Europäischen Union für die weltweite Strategie zur Bekämpfung des Terrorismus der Vereinten Nationen betonen, die anerkennt, dass Entwicklung, Frieden, Sicherheit und Menschenrechte miteinander verknüpft sind und sich gegenseitig verstärken.

Das sogenannte Programm des geheimen Festhaltens und der Beförderung der Vereinigten Staaten oder die angebliche Nutzung von europäischen Länder durch die CIA für die Beförderung und das illegale Festhalten von Gefangenen wurde zweifellos von vielen Abgeordneten dieses Parlaments mit Sorge gesehen. Es war kürzlich, erst vor einigen Tagen, das Thema einer Debatte, und, wie der Ratsvorsitz bereits gesagt hat, teilt der Rat die Sichtweise des Parlaments, das steht fest; dass die möglicherweise vorhandenen geheimen Haftanstalten nicht mit dem Völkerrecht vereinbar sind. Das ist immer noch unsere Meinung.

Deshalb hielten wir es für angemessen, dass Präsident Obama die Politik der USA in Bezug auf bestimmte Festnahmen und in Bezug auf das Bestehen von Gefängnissen wie Guantánamo geändert hat. Darüberhinaus glauben wir, dass diese Änderung wirklich stattgefunden hat und es eine Wende in der Politik der Vereinigten Staaten gegeben hat. Wir haben immer die Möglichkeit wahrgenommen, den Vereinigten Staaten unsere Bedenken aus der Sicht der Europäischen Union auf diese Angelegenheiten mitzuteilen.

Wir sollten uns freuen, dass diese Veränderung stattgefunden hat, und weil am 15. Juni des vergangenen Jahres die gemeinsame Erklärung der Europäischen Union und der Vereinigten Staaten zu diesem Thema veröffentlicht worden ist. Wir denken daher, dass wir uns an diese Politiklinien halten sollten und wir uns immer sehr klar ausdrücken werden, wenn wir uns über das Vorhandensein solcher Fälle bewusst werden und wenn uns unwiderlegbare Beweise vorliegen.

In bestimmten Fällen lagen uns solche Beweise nicht vor, auch wenn über sie gesprochen wurde oder sie in den Medien Erwähnung fanden; manchmal gab es jedoch keine nachweislichen und gründlichen Kenntnisse über das Vorhandensein dieser Fälle.

Dennoch gibt es keinen Zweifel daran, dass die Europäische Union sich in dieser Frage sehr klar ausgedrückt und diese Haftanstalten immer abgelehnt hat, egal ob es sich um bekannte Haftanstalten wie Guantánamo oder um geheime Haftanstalten gehandelt hat, und wir in der Europäischen Union waren immer sehr offen in Bezug darauf, herauszufinden, ob die Letzteren wirklich existieren.

Ilda Figueiredo (GUE/NGL). – (PT) Frau Präsidentin, Herr Minister, vielen Dank für Ihre Antwort. Tatsächlich gab es jedoch auch nach der Erklärung im Juli noch neue Entdeckungen. Es ist bekannt, dass ein italienisches Gericht im November vergangenen Jahres 23 Agenten der USA und zwei italienische Beamten für die Entführung von Abu Omar in Mailand verurteilt hat, und dass einer der verurteilten Agenten der CIA gegenüber der Presse zugegeben hat, dass er gegen das Gesetz verstoßen hat, und dass die entsprechenden Entscheidungen in Washington getroffen wurden. Die Obama-Regierung hat lediglich bekannt gegeben, dass sie enttäuscht über die Entscheidung des italienischen Gerichts sei.

Andere Fälle, die auch mit den CIA-Flügen in Verbindung stehen, werden gerade verhandelt, etwa in Polen und dem Vereinigten Königreich. Das litauische Parlament hat bestätigt, dass es auch ein geheimes Gefängnis in Litauen gegeben hat, und dass durch viele Flüge der CIA diese Aktivitäten vertuscht wurden und selbstverständlich dazu geführt haben, dass Menschen auf illegale Weise gefangen gehalten wurden. Die Frage ist daher: werden wir diese Menschenrechtsverletzungen, die all diesen Vorgängen innewohnen, anprangern?

Diego López Garrido, amtierender Präsident des Rates. – (ES) Ich denke, dass wir klar und voller Zuversicht sagen können, dass wir für die Menschenrechte eintreten; daher haben wir nicht nur das Recht, sondern auch die Verpflichtung, Fälle von Menschenrechtsverletzungen anzuprangern, egal wo sie stattfinden. Es ist auch wahr, dass die Europäische Union die Zuständigkeit der Mitgliedstaaten anerkennen muss, weshalb Vorfälle auf bestimmten Gebieten von den Mitgliedstaaten untersucht werden müssen; sie können nicht von der Europäischen Union untersucht werden. Der Vertrag von Lissabon sagt ganz klar, dass etwa die Kontrolle der Geheimdienste auf dem Gebiet der Mitgliedstaaten in den Zuständigkeitsbereich des jeweiligen Mitgliedstaats fällt.

Um auf einen anderen Teil Ihrer Frage einzugehen, möchte ich sagen, dass wir ganz sicher keine Informationen über ein angebliches geheimes NATO-Abkommen haben. In jedem Fall würde das Vorhandensein eines solchen Abkommens, von dem wir nichts wissen, keineswegs die Mitgliedstaaten von ihren Verpflichtungen in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht und dem humanitären Völkerrecht befreien. Wir sind uns jedoch sicher, Frau Figueiredo, dass die Europäische Union eines der Gebiete auf der Welt ist, auf denen die Menschenrechte respektiert werden, und die Europäische Union ist verpflichtet und wird dies natürlich immer sein, Menschenrechtsverletzungen anzuklagen, da wir eine Verpflichtung gegenüber der Menschheit haben, und nicht nur gegenüber den zuständigen Staaten. Dabei respektieren wir jedoch die Art und Weise, in der die einzelnen Mitgliedstaaten die einzelnen Fälle handhaben. Wir werden weiterhin gemäß dieser Leitlinien handeln. Außerdem haben wir jetzt einen neuen, viel wichtigeren Referenzpunkt, nämlich die Charta der Grundrechte der Bürger der Europäischen Union.

Justas Vincas Paleckis (S&D). – (LT) Herr Minister, in der Frage wurden die Medien und Medienquellen erwähnt, weil es eben die Medien waren, die von der Errichtung eines geheimen Gefängnisses in Litauen und an anderen Orten berichtet haben. Wir bewerten Sie im Allgemeinen die Rolle der Medien in dieser Angelegenheit, und wäre es möglich, die Öffentlichkeit dahingehend zu mobilisieren, dass solche Vorfälle sich nicht wiederholen?

Bogusław Sonik (PPE). – (PL) Frau Präsidentin, ich danke Herrn López Garrido dafür, was er gesagt hat, aber das ist alles Schnee von gestern. Vor drei Jahren wurde ein spezieller Parlamentsausschuss zu Guantánamo eingesetzt. Der Europäische Rat hat sich auch mit diesem Thema beschäftigt und kommt jetzt immer wieder darauf zurück. Es gibt wirklich wichtigere Themen und es stimmt, wie Herr López Garrido gesagt hat, dass es die Mitgliedstaaten sind, die verpflichtet sind, die Achtung der Menschenrechte zu überwachen. Erlauben Sie mir noch eine Bemerkung, Herr López Garrido: als Sie über China gesprochen haben, erwähnten Sie, dass es verschiedene Menschenrechte gibt, und dass wir sie alle hochhalten sollten. Jedoch ist das freiheitliche Grundrecht in Diktaturen die Freiheit selbst, und ich denke, dass wir uns zuallererst für die Freiheit einsetzen sollten.

Diego López Garrido, amtierender Präsident des Rates. – (ES) Ich stimme den Argumenten der letzten Redner zu. Ich denke, dass die Verteidigung der Menschenrechte eines der wichtigsten Ziele jedes demokratischen Staates und jeder demokratischen Organisation wie der Europäischen Union ist.

Natürlich hat das Europäische Parlament eine Kultur der Verteidigung der Menschenrechte, auf die wir stolz sind, ebenso wie auf die europäische Integration, da der Aufbau Europas auf den Menschenrechten basiert. Das Wesen Europas und was die Europäer vereint, die verschiedene Sprachen sprechen und verschiedene Traditionen haben, ist eben die Tatsache, dass wir diese Werte der Verteidigung der Menschenrechte teilen.

In diesem Sinne glaube ich, dass der Presse eine entscheidende Rolle zukommt. Die Presse ist ein wesentlicher Bestandteil im Zentrum jeder Demokratie und ist zweifellos ein notwendiges und unverzichtbares Instrument für die Verteidigung der Menschenrechte und um Fälle von Menschenrechtsverletzungen anzuklagen.

Wenn diese Menschenrechtsverletzungen stattfinden, sie jedoch nur einigen Wenigen bekannt sind, ist es für uns einfach unmöglich, sie zu verfolgen.

Daher kommt der Presse eine entscheidende Rolle zu, und ich glaube außerdem, dass die Kultur des Journalismus in ihrer aufrichtigsten und authentischsten Ausprägung sehr sensibel in Bezug auf die Verteidigung der Menschenrechte und in Bezug auf die Verteidigung aller Freiheiten sein muss. Dadurch kann ein wirklich lebenswertes Leben sichergestellt und das Zusammenleben der Menschen mit Sinn erfüllt werden.

Die Verfolgung derer, die Menschenrechte verletzen und der Schutz der Opfer ist zweifelsohne eine der Achsen der europäischen Integration, der Europäischen Union, und ich bin stolz darauf, zu einer Region zu gehören, in der diese Werte geschätzt werden und in der die Instrumente der rechtlichen, supranationalen

und juristischen Unabhängigkeit etabliert worden sind, wie der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte, der seinen Sitz hier in Straßburg hat. Ich bin sehr stolz darauf, dass Europa eben diese Ziele und Wahrheiten in seiner Tradition, seiner Kultur und seiner Geschichte bewahrt.

Die Präsidentin. – Fragen, die aus Zeitmangel nicht beantwortet wurden, werden schriftlich beantwortet (siehe Anhang).

Die Fragestunde ist geschlossen.

(Die Sitzung wird um 19.25 Uhr unterbrochen und um 21.00 Uhr wieder aufgenommen)

VORSITZ: SILVANA KOCH-MEHRIN

Vizepräsidentin

17. Zusammensetzung des Parlaments: siehe Protokoll

18. Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf den internationalen Handel (Aussprache)

Die Präsidentin. – Als nächster Punkt folgt die Aussprache über die mündliche Anfrage an die Kommission über die Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf den internationalen Handel von Vital Moreira im Namen des Ausschusses für internationalen Handel (O-0005/2010 – B7-0005/2010).

Vital Moreira, Berichterstatter. – Frau Präsidentin, ich werde die Frage im Namen meines Ausschusses, des Ausschusses für Internationalen Handel, und als Vorsitzender dieses Ausschusses, stellen.

Die Auswirkungen dieser Krise auf den Welthandel deuten einen möglichen Rückgang von 10 % im Jahre 2009 an. Das stellt den größten derartigen Abschwung seit dem Zweiten Weltkrieg dar, der durch den Zusammenbruch der globalen Nachfrage verursacht wurde. Den Fluss des internationalen Handels aufrechtzuerhalten, ist für die EU und andere exportorientierte Länder von entscheidender Bedeutung. Trotz der von den G20 eingegangenen Verpflichtungen haben handelsbeschränkende und verzerrende Maßnahmen zugenommen, sowohl innerhalb der G20 als auch weltweit.

Die erste Teilfrage ist: welche Schritte hat die Kommission unternommen, um sich mit solchen Maßnahmen auseinanderzusetzen, und, umgekehrt, haben Drittländer irgendwelche Schritte gegen irgendwelche anderen EU-Maßnahmen unternommen, um das Wirtschaftswachstum anzukurbeln?–

Die zweite Teilfrage: es gibt Anzeichen, dass einige der von der Krise weniger stark betroffenen Schwellenländer zu Trägern des Welthandelwachstums werden. In diesem Fall muss die EU-Industrie Exportmärkte neu bestimmen und möglicherweise die Zukunft ihrer Produkte. Welche Strategie plant die Kommission zu verfolgen, um es der EU-Industrie zu ermöglichen, wettbewerbsfähiger zu werden?–

Dritte Teilfrage: die weltweite Krise und der nachfolgende Einbruch des Welthandels haben zahlreiche Auswirkungen auf Entwicklungsländer, wo die Arbeitslosigkeit am höchsten ist. Welche Anpassungsmaßnahmen plant die Kommission in ihren Handelsbeziehungen, insbesondere für die ärmsten Länder der Welt?–

Vierter Punkt: während auf der einen Seite große Handelsdefizite in einigen Ländern durch überhöhte Ausgaben und Verschuldung bestimmt werden, wie auch in den Vereinigten Staaten, erleben auf der anderen Seite große, exportabhängige Wirtschaftssysteme in bestimmten Schwellenländern Handelsüberschüsse. Diese Handelsdefizite haben zu weltweiten Ungleichgewichten beigetragen, welche der Grund für die Wirtschaftskrise sind. Welche Strategie beabsichtigt die Kommission zu verfolgen, um solche globalen Ungleichgewichte in ihrer Handelspolitik zu mildern?–

Fünfter und letzter Punkt: die gesellschaftlichen Auswirkungen der Wirtschaftskrise und der anschließende Zusammenbruch des Welthandels werden ganz gewiss den Wirtschaftsaufschwung überdauern. Zum Beispiel sehen wir jetzt Zeichen des Wirtschaftsaufschwungs, aber das Ausmaß der Arbeitslosigkeit bleibt sehr hoch. Wann plant die Kommission eine Folgenabschätzung hinsichtlich der Auswirkungen der Krise auf die Beschäftigungslage in Europa und in den Entwicklungsländern vorzunehmen? Welche Strategie plant sie, um die gesellschaftliche und umweltpolitische Dimension des Handels in die Regeln der WTO einzubauen?

Es sind fünf Punkte, die der Ausschuss für internationalen Handel dem neuen Handelskommissar, Herrn De Gucht, vorbringen möchte, den ich sehr herzlich zu diesem ersten Meinungsaustausch mit dem

Parlament und insbesondere mit den Mitgliedern des INTA-Ausschusses begrüße. Ich danke Ihnen im Voraus für die Antworten, die sie uns sicherlich auf die Fragen geben können, die wir Ihnen stellen werden.

Karel De Gucht, Mitglied der Kommission. – Frau Präsidentin, es wurden sehr viele umfassende Fragen gestellt, die in der Tat mehr Zeit verdienen würden, als ich habe.

Ich schlage vor, mich in meiner ersten Antwort auf den Beitrag der Handelspolitik zum Wirtschaftsaufschwung zu konzentrieren. Erstens, im Hinblick auf die Auswirkungen der Krise auf den Handel sollten wir uns erleichtert fühlen, dass der Welthandel nur um 10 % zurückgegangen ist. Das hat sich nicht rein zufällig ergeben, sondern ist das Resultat eines starken politischen Willens, der auf mehreren G20-Gipfeln demonstriert wurde. Es ist dies auch das Ergebnis einer systematischen Überwachung von Handelsbeschränkungen durch die WTO, die OECD und die Kommission.

Im Großen und Ganzen haben nur wenige Länder zum Mittel des Handelsprotektionismus gegriffen. Die internationale Gemeinschaft hat somit eine protektionistische Spirale nach unten vermieden, wie man sie zur Zeit der Weltwirtschaftskrise der dreißiger Jahre sehen konnte. Um dies weiterhin so zu halten, ist es wichtig, äußerst wachsam zu bleiben. Wo protektionistische oder handelsbeschränkende Maßnahmen identifiziert werden, werden wir dagegen ankämpfen, mit allen zur Verfügung stehenden Instrumenten, wie etwa unserer Marktzugangsstrategie oder sogar dem Schlichtungsmechanismus der WTO.

Externe Wachstumsquellen werden für den Aufschwung der EU-Wirtschaft von entscheidender Bedeutung sein. Ich stimme Ihnen daher zu, dass sich die europäische Industrie auf die neuen und schnell wachsenden Märkte der Schwellenländer konzentrieren soll.

Durch unsere Handelspolitik können wir ihnen helfen, dies zu tun, indem wir diese Märkte zugänglich machen und viele Handels- und Investitionshindernisse reduzieren.

Das wird durch die Freihandelsabkommen erzielt werden, die wir zur Zeit verhandeln und durch eine Vertiefung der Handels- und Wirtschaftspartnerschaften mit den wichtigsten Handelspartnern, wie etwa den USA und China, für die TEC und hochrangige Gespräche bereits ein gutes Fundament gebildet haben. Das wird für mich als Handelskommissar Vorrang haben.

Während der kommenden Wochen wird die Kommission die neue gemeinsame Politik der EU für nachhaltiges Wachstum und nachhaltigen Wirtschaftsaufschwung durch die Strategie EU 2020 zusammenstellen. Diese Strategie wird eine wirksame außenpolitische Dimension haben, bei der die Handelspolitik eine entscheidende Rolle spielen wird.

In einer globalisierten Welt soll die Strategie EU 2020 eine Kraft für die Förderung der Offenheit und konstruktives internationales wirtschaftliches Engagement sein. Dies wird zudem ein zentrales Thema von Gesprächen über die Prioritäten der zukünftigen Handelspolitik sein, die ich noch in diesem Jahr präsentieren möchte.

Aber bei Handelspolitik geht es um mehr als nur Wettbewerbsfähigkeit und Wachstum. Es geht auch um die weltweite Projektion unserer Werte, und dies muss die Dimension der Entwicklung des Handels miteinbeziehen.

Die Unterstützung eines wesentlichen Beitrags zu den Entwicklungszielen ist bereits eine wichtige Komponente der Handelspolitik der EU. Die aktuellen multilateralen Verhandlungen stellen eine Entwicklungsrunde dar. Wir führen bilaterale und regionale Verhandlungen mit Entwicklungsländern und haben autonome Präferenzen zugunsten dieser Länder. Wir helfen ihnen, zur Weltwirtschaft beizutragen und an dieser teilzunehmen, damit der Lebensstandard auf eine Weise erhöht wird, durch die sowohl eine stärkere politische Stabilität als auch sozialer Fortschritt bewirkt werden.

Im Hinblick auf soziale Themen stimme ich zu, dass der Handel dazu beitragen muss, den Menschen in unseren Gesellschaften zu helfen, die am meisten unter der Wirtschaftskrise gelitten haben, besonders jene, die ihre Arbeitsplätze verloren haben. Daher glaube ich, dass wir Handel – und mehr Handel – benötigen, um unser soziales Schutzsystem in Europa zu bewahren.

Unser europäisches Gesellschaftsmodell, die Kombination von freier Wirtschaft und einem hohen Maß von sozialem Schutz, muss auf nachhaltige Weise bewahrt werden, und dafür wird Wachstum notwendig sein.

Insgesamt wird die anstehende Strategie EU 2020 eine vollständige Erholung von der Krise unterstützen sowie zur selben Zeit die Entwicklung hin zu einer intelligenteren und grüneren Wirtschaft beschleunigen. Eine offene Handelspolitik wird ein wesentliches Element sein, als Beitrag zum europäischen

Wirtschaftsaufschwung und als Kraft für eine außenpolitische Projektion unserer Prinzipien. Offenheit, Sozial- und Umweltschutz, Nachhaltigkeit und konstruktives Engagement auf der Weltbühne.

Die Anwendung der richtigen Strategie wird natürlich eine enge Zusammenarbeit mit dem Parlament sowie dem Rat und anderen Akteuren voraussetzen, und ich freue mich auf Ihre Kooperation bei der Entwicklung einer gemeinsamen Agenda.

Christofer Fjellner, *im Namen der PPE-Fraktion.* – (SV) Frau Präsidentin, ich möchte auch zunächst den Herrn Kommissar willkommen heißen. Ich freue mich, dass auch Sie hier anwesend sind. Wir haben hohe Erwartungen und Hoffnungen, was Ihre Person anbelangt. Sie haben eine wichtige Aufgabe vor sich.

Vor einem Jahr war ich äußerst besorgt. Als der Handel zusammenbrach und wir erwarteten, dass sich der Welthandel auf eine Art entwickeln würde, wie wir das seit dem zweiten Weltkrieg nicht mehr gesehen haben, war die Situation in der Tat sehr ernst. Die Weltbank stellte fest, dass 17 der G20-Länder insgesamt 47 neue Handelsbarrieren und Zölle eingeführt hatten. Russland hat Zölle für Autos eingeführt, China beschränkte Lebensmittelimporte, Indien verbot den Import von Spielzeugen und Argentinien führte Einfuhrlicenzen für Textilien und Lederwaren ein. Es war fast wie ein protektionistischer Rüstungswettlauf – eine Entwicklung aus den 1930er Jahren, die besorgniserregend war.

Es kam jedoch zu keinem Handelskrieg. Ich denke, es ist wichtig, innezuhalten und darüber nachzudenken, warum dies so war. Ich glaube, der Hauptgrund war die WTO, die weltweite Aufsichtsbehörde für den Handel, die Länder dazu zwingt, sich angemessen zu verhalten und nicht auf Protektionismus und Populismus zurückzugreifen. Ich würde sagen, dass es zu früh ist, zu erklären, dass die Krise vorbei ist. Die Krise ist nicht vorüber. Wir wissen alle, dass die Arbeitslosigkeit am höchsten in der letzten Phase des Wirtschaftskreislaufs ist – und es ist die Arbeitslosigkeit, die Protektionismus und Populismus begünstigt. Wenn wir um uns blicken, können wir sehen, dass eine Reihe von Ländern die Krise noch nicht überstanden haben; vielleicht steht ihnen das Schlimmste noch bevor. Ich bin daher etwas besorgt, wenn ich einigen Mitgliedern des Ministerrats zuhöre, die nicht viel über neue Märkte und den Freihandel zu sagen haben, sondern eher die Globalisierung kritisieren und darüber sprechen, wie man die europäischen Länder und Arbeitsplätze schützt. Das ist nicht unbedingt Protektionismus, aber manchmal sind nur um eine Haaresbreite davon entfernt. Jedenfalls handelt es sich um einen Ausdruck des Merkantilismus, der, wie ich glaube, sehr viel Schaden anrichten kann.

Wir sollten stattdessen zusammenarbeiten und daran denken, wie wir Europa wettbewerbsfähiger machen können, indem wir es offener gestalten. Das würde reichlich überlegtem Handeln und starker Führungskraft entsprechen. Wir müssen darüber nachdenken, was wir tun können, um sicherzustellen, dass es weniger Handelsbarrieren gibt, nicht mehr – besonders im Hinblick auf die Entscheidungsfindung hinsichtlich Korea und der Verpflichtung zur Ursprungskennzeichnung und für den Fall, wenn es vermehrten Bedarf für Klimawechselabgaben gibt. Wir als Parlament sollten darüber nachdenken.

Kader Arif, *im Namen der S&D-Fraktion.* – (FR) Frau Präsidentin, Herr Kommissar, sehr verehrte Damen und Herren, Europa erlebt zur Zeit eine nie da gewesene Krise, die über die wirtschaftliche und finanzielle Krise hinaus zuallererst eine Krise des Systems darstellt.

Bevor ich mich mit den Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf den Welthandel auseinandersetze, was ja das Thema dieser Debatte ist, möchte ich einen Punkt klarstellen: der Handel ist nicht ein Opfer dieser Krise; er ist auch einer der dazu beitragenden Faktoren.

In der Tat erleben wir zur Zeit eine Periode riesiger globaler Ungleichgewichte, die auf der einen Seite von außerordentlich hohen Handelsdefiziten bestimmter Länder auf Kosten der wachsenden Binnenverschuldung und auf der anderen Seite von Handelsüberschüssen genährt werden, die von Exporten gewisser Länder, insbesondere der Schwellenländer, angetrieben werden, von Ländern, deren Eigenverbrauch nicht im gleichem Maße anwächst.

Darüber hinaus hat die bisher angewandte Politik der Handelsliberalisierung diese Ungleichgewichte nur verstärkt und damit insbesondere die ärmsten Länder der Welt geschwächt. Diese Länder, die dazu ermutigt wurden, sich auf Export-Monokulturen zu spezialisieren, finden sich jetzt angesichts extremer Fluktuationen von Preisen für Rohstoffe mittellos, deren Volatilität aufgrund internationaler Spekulationen nur zugenommen hat.

Es ist eine seltsame Welt, die sich als ihr erstes Entwicklungsziel im neuen Jahrtausend die Beseitigung der Armut und des Hungers setzt und zur selben Zeit auf das Wachstum der Weizenpreise spekuliert.

Allerdings finden sich jetzt dieselben Personen, welche die Liberalisierung und Deregulierung in den 1990er Jahren verteidigt haben, ebenfalls in einer schwierigen Situation. Der weiterhin steigende Verlust von Arbeitsplätzen, stagnierendes, manchmal sogar negatives Wachstum und die sich entwickelnde Sozialkrise sind alles Faktoren, die bedeuten, dass wir es uns nicht länger leisten können, Arbeitsplätze im Namen dieses Kults verschwinden zu lassen. Wie erklären wir in einer Krisenzeit den Angestellten, die ihre Arbeitsplätze verlieren, dass die Hauptaufgabe darin besteht, den deregulierten Handel aufrecht zu erhalten, sogar auf Kosten plötzlicher und manchmal tragischer Standortwechsel?

Die Krise, die wir gerade durchleben, ist ganz sicher eine systemische Krise, auf die wir mit einem neuen Entwicklungsmodell antworten müssen. In ihrer gegenwärtigen, weltweiten europäischen Strategie ist die von der Kommission entwickelte Vision grundsätzlich auf dem Zugang zum Markt und der Liberalisierung aller Sektoren aufgebaut.

Herr Kommissar, ich glaube, wir müssen diese Strategie neu definieren, die sich schon länger auf dem falschen Gleis befindet und zuweilen zu Rückschlägen geführt hat. Wir werden die Exporte unserer Industrien nicht dadurch ankurbeln, dass wir Entwicklungsländer dazu zwingen, sich noch mehr zu öffnen. Das würde die Situation in denjenigen Ländern nur verschlimmern, die bereits 70 % der 59 Millionen Menschen in der ganzen Welt aufnehmen, die ihre Arbeitsplätze 2009 verloren haben.

Im Gegenteil, es ist von entscheidender Bedeutung, eine neue Strategie zu überlegen, welche die richtige Balance zwischen Offenheit, Schutz, und Unterstützung findet. Ich würde gerne zu diesen Themen zurückkehren. Wir können diese Entwicklungen nicht ignorieren, die dazu führen, dass die Vereinigten Staaten weiter ihr Handelsdefizitinstrument benutzen und China die WTO wegen europäischer Anti-Dumping-Maßnahmen sehr schwer kritisiert.

In der Tat ist der Schutz klarerweise notwendig, wenn wir uns unfairen Praktiken gegenübersehen, aber im Prinzip muss er international akzeptiert und verteidigt werden und die manchmal falschen Anschuldigungen des Protektionismus müssen ein für alle Mal abgelehnt werden.

Darüber hinaus wird die Notwendigkeit der Unterstützung der Handelspolitik mit jedem Tag offenkundiger, und so eine Unterstützung hängt insbesondere davon ab, dass die politischen Maßnahmen, die von der Union eingeführt wurden, konsequent durchgezogen werden. Die konsequente Verfolgung politischer Maßnahmen ist keine intellektuelle Debatte, sondern eine absolute Notwendigkeit, wenn wir ein neues Entwicklungsmodell definieren wollen.

Metin Kazak, im Namen der ALDE-Fraktion. – (BG) Frau Präsidentin, Herr Kommissar, sehr geehrte Damen und Herren, die Finanzkrise hat in der Tat dem Handel in den europäischen Mitgliedstaaten geschadet. Zum Beispiel gingen die Ausfuhren im Vergleich zum Vorjahr in den ersten 11 Monaten des letzten Jahres um ganze 24 % zurück und Einfuhren um 35 %. Der Immobilien- und der Tourismussektor waren davon besonders betroffen. Das hat einen außergewöhnlich starken Effekt auf die Beschäftigungslage. Bedacht werden muss der steile Anstieg der Business-to-Business Verschuldung, Nichtbezahlung nationaler sowie lokaler öffentlicher Auftragsunternehmen usw.

Die oben vorgestellten Probleme sind auch typisch für andere Länder. Für sie ist eine umfassende Lösung auf EU-Ebene nötig, die eine enge Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Direktionen in der Europäischen Kommission erfordern. Herr Kommissar De Gucht betont die Wichtigkeit der Unterstützung für die Tätigkeits- und Entwicklungsbereiche expandierender Unternehmen, den Einsatz klarer präventiver handelspolitischer Instrumente, den erfolgreichen Abschluss der Doha-Verhandlungen, die Nutzung neuer Fazilitäten für ausländische Direktinvestitionen und deren Schutz sowie eine neue Investitionspolitik vor dem Hintergrund einer Finanzkrise.

Das Erreichen dieser Ziele ist, zusammen mit der erfolgreichen Unterzeichnung der wirtschaftlichen Kooperationsabkommen mit Ländern aus Afrika, im Karibischen Becken und im Pazifischen Raum ebenfalls eng mit der Bewältigung der Finanzkrise verbunden.

Eine Reihe von Themen ist jedoch noch immer auf der Agenda, von denen einige bereits erwähnt wurden. Nutzen wir tatsächlich die europäischen Finanzierungsmittel, um die hohe Arbeitslosenquote zu bekämpfen? Was kann die Europäische Union angesichts des gegenwärtigen Defizits, der Abwertung der Währung und der hohen Inflation tun, welche eine direkte Auswirkung auf den Handel haben? Welches handelspolitische Instrumentarium steht der Europäischen Union zur Verfügung, um gegen die Finanzkrise und ihre Auswirkungen vorzugehen? Welche Maßnahmen müssen ergriffen werden, um ein neuerliches Auftreten einer Krise dieser Größenordnung zu verhindern und um den Handel weiter anzukurbeln? Welche

Strategie haben wir gegenüber Ländern wie Indien und China, die das gesamte Finanzsystem zu verändern drohen? Ich zähle ausschließlich auf diese Strategie Europa 2020, um die Antworten darauf zu finden.

Yannick Jadot, im Namen der Verts/ALE-Fraktion. – (FR) Frau Präsidentin, Herr Kommissar, vielen Dank dafür, dass Sie die irrealen Vorstellung eines auf der Krise begründeten Protektionismus in den richtigen Zusammenhang gebracht haben. Ich denke, dass es im Rahmen einer Aussprache sinnvoll ist, hervorzuheben, dass es zu keinem Ausbruch eines Weltkriegs kommen wird, der auf die Wiederbelebung des Protektionismus zurückzuführen ist.

Jetzt möchte ich das Thema fast von der anderen Seite betrachten. Für mich geht es bei diesem Thema letztendlich nicht darum, welche Auswirkungen die Krise auf den Handel hat, sondern grundsätzlich darum, welche Auswirkungen der Handel und speziell die seit 20 Jahren betriebene Handelspolitik auf die Krise haben, die wir heute erleben.

Gewissermaßen ist die Lebensmittelkrise, die wir vor zweieinhalb Jahren erlebt haben, vor der Finanzkrise ausgebrochen, und sie war in der Tat eine Krise der Weltagarmärkte. Und genauso wird uns immer wieder gesagt, dass eine Liberalisierung des Handels mit China gut für uns ist. Ich glaube, dass China irgendwann nicht nur einen Wettbewerbsvorteil gegenüber Europa, sondern einen absoluten Vorteil über Europa haben wird, es sei denn, wir berücksichtigen soziale, währungsspezifische, steuerrechtliche und natürlich auch umweltpolitische Fragen.

Daraus folgt, dass in allen nationalen Debatten – und als wichtige Person in Belgien wird Ihnen das bekannt sein – finden jetzt alle politischen Parteien heraus, dass es in einer globalisierten Welt unmöglich ist, mit Sozialdumping, Umweltdumping, Währungsdumping und Steuereumping fertig zu werden.

Gleichermaßen sollten wir berücksichtigen, dass die Strategie, die alle von uns Europäern nach dem Fall der Berliner Mauer erwarteten, die nämlich besagen sollte, dass „sich soziale Demokratie aus dem Handel entwickeln wird“, nicht funktioniert, wie wir das am Beispiel China sehen können.

Herr Kommissar, Sie haben die Strategie von Lissabon zitiert, Innovation, die grüne Wirtschaft, und Sie wissen, dass diese europäische Strategie jetzt fehlgeschlagen ist. In der Tat, wenn wir den Vertrag von Lissabon nicht vor der globalen europäischen Strategie einbinden, werden wir uns vielleicht fragen müssen, welche Industriezweige Europa überhaupt noch besitzen wird. Wo ist die Definition für industriespezifische Entscheidungen, der landwirtschaftlichen Entscheidungen, der wirtschaftlichen Entscheidungen und natürlich der sozialen und umweltpolitischen Entscheidungen, die wir in ganz Europa treffen, so dass wir lernen können, wie der Handel mit der übrigen Welt funktioniert? Bis wir diese Entscheidungen definieren, werden wir eine Strategie verfolgen, die scheitern wird.

Ich habe eine speziellere Frage: Am 4. Februar 2010 hat der WTO-Ausschuss für den Handel mit Finanzdienstleistungen getagt und dabei wurde ganz gezielt auf die Herausforderungen eingegangen, die durch die Finanzkrise und die Liberalisierung der Finanzdienstleistungen erwachsen sind. Können Sie uns mitteilen, was das Ergebnis dieser Tagung war und welche Meinung Sie dazu haben, soweit es Ihnen möglich war, Sie zu verfolgen?

Jacek Włosowicz, im Namen der ECR-Fraktion. – (PL) Frau Präsidentin, in der gegenwärtigen globalen Wirtschaft erlauben die meisten Grenzübergänge einen effizienteren Personen-, Kapital- und Dienstleistungsverkehr. Das zielt natürlich auf die Verbesserung des Lebensstandards ab. Das ist alles in Ordnung, solange die meisten Länder eine positive Handelsbilanz und ein Wachstum des BIP erzielen. Die Probleme beginnen dann, wenn die Wirtschaft sich verlangsamt, Aktienmarktindizes abrupt fallen und Probleme mit der Arbeitslosigkeit beginnen. Die Öffnung von Grenzen hat neben einem besseren Lebensstandard zu einer gegenseitigen Abhängigkeit verschiedener Wirtschaftssysteme geführt. Das ist die Kehrseite der Medaille. Das ist ganz klar aus der gegenwärtigen Situation zu erkennen. Zum Beispiel hat die Verlangsamung der deutschen Wirtschaft einen negativen Effekt auf die polnische Wirtschaft, und der Grund dafür ist, dass Deutschland einer von Polens überaus wichtigen Exportpartnern ist. Glücklicherweise zeigt Polens BIP ein positives Wachstum, was in Europa eine Ausnahme ist, aber es stimmt nachdenklich, dass die Arbeitslosenquote seit mehreren Monaten ansteigt. Dieses Beispiel zeigt ganz klar, dass Regierungen nicht nur darüber nachdenken sollten, wie sie wirtschaftliche Probleme ausschließlich in ihren eigenen Ländern lösen, sondern auch zu einer Einigung darüber kommen sollten, wie sie gemeinsam Abwehrmechanismen entwickeln können, um in Zukunft vor ähnlichen Situationen geschützt zu sein.

Ich glaube, die gegenwärtige Krise wird ein Test für alle von uns sein. Prinzipiell denke ich hier an Länder, die Mitglieder der Europäischen Union sind. Wir können keine Situation zulassen, in der einige Länder ihre

Anwendung des staatlichen Interventionismus zu verheimlichen suchen während es im Namen des freien Wettbewerbs anderen Ländern verwehrt ist, staatliche Hilfe in Anspruch zu nehmen. Selbstverständlich verstehe ich, dass bestimmte Regierungen in einem gewissen Sinne Gefangene ihrer eigenen Wählerschaft sind, aber wenn wir eine Europäische Union für das Wohl jedes Einzelnen bauen, müssen wir die Regeln klarstellen und sie auch einhalten. Wir müssen auch unsere Stärken einsetzen – fortgeschrittene Technologien und Humankapital. Nur auf diese Weise wird die verstärkte Kooperation zwischen unseren Ländern wirksam sein und wir als Bürger der Europäischen Union in der Lage sein, positiver über die Zukunft zu denken und hoffen, dass unsere (...)

(Der Präsident unterbricht den Redner)

Joe Higgins, im Namen der GUE/NGL-Fraktion. – Frau Präsidentin, der globale Kapitalismus erlebt seine schlimmste Krise seit der Weltwirtschaftskrise der 1930er Jahre. Wie damals sind es die Arbeiterklasse und die Armen, die dafür bezahlen müssen und unter den Folgen der Krise leiden, ob in Europa oder in den ärmsten Ländern der Erde.

Forscher der Weltbank sagen voraus, dass 2010 allein 64 Millionen mehr Menschen durch die Krise in extreme Armut gestürzt werden und dass wegen der Krise 2009 bereits zwischen 30 000 und 50 000 Kinder in Afrika an Unternährung gestorben sind. Diese Krise hat furchtbare Auswirkungen auf den Welthandel, aber der Anspruch des Finanzgipfels der Vereinten Nationen letztes Jahr zum Beispiel, dass der Abschluss der Doha-Runde der Handelsverhandlungen die Antwort sei, ist absolut falsch. Wie die angesehene NRO und Wohltätigkeitsorganisation War on Want verlautbart hat, würde dies 7,5 Millionen Arbeitnehmer in Gefahr bringen, ihre Arbeitsplätze zu verlieren, einschließlich der Arbeiter in den ärmsten Ländern.

Diese Krise des Weltkapitalismus wird durch die Aktivitäten der Finanzspekulantinnen der Weltmärkte enorm verschärft. Diese Parasiten sind nicht zufrieden damit, dass sie die Krise beschleunigt haben, sondern wollen jetzt auch noch weitere Milliarden scheffeln. Hat die EU-Kommission die Schlagzeile in der gestrigen *Financial Times* gesehen: „Traders in record bet against the euro“? Aber was macht die Kommission? Sie fällt vor den Spekulanten auf die Knie und verlangt, dass die am härtesten getroffenen Länder wie Griechenland brutale Kürzungen der Löhne, Renten und öffentlichen Dienste vornehmen.

Was denken Sie, wird so ein strenges Programm von Kürzungen für den Handel bewirken, entweder in Europa oder weltweit? Wenn man der Arbeiterklasse die Möglichkeit raubt, Waren und Dienstleistungen zu erwerben, dann verringert man auch die Nachfrage nach Waren und Dienstleistungen, was bedeutet, dass man Millionen weiterer Arbeitsplätze von Arbeitnehmern zerstört, die von diesen Arbeitnehmern erhalten würden. Das genau ist das Rezept der Kommission. Daher hatten die Zehntausenden von griechischen Arbeiterinnen und Arbeitern Recht, die gestern demonstriert haben. Kapitalismus kann nur noch zu mehr Leid und Krisen führen. Wir müssen ihn mit einem System der menschlichen Solidarität ersetzen, das auf den Werten des demokratischen Sozialismus aufbaut.

William (The Earl of) Dartmouth, im Namen der EFD-Fraktion. – Frau Präsidentin, der erfolgreiche Investor Warren Buffet sagte einmal „wenn sich Ebbe das Wasser zurückzieht, sieht man irgendwie, wer keinen Badeanzug trägt“. Im letzten Jahr ist die britische Wirtschaft um 4,8 % zurückgegangen. Genauso wie die Italiens. Die deutsche Wirtschaft ist um 5 % geschrumpft und der Handel der EU um noch mehr.

Ich werde mich auf die dritte Frage konzentrieren, nämlich: welche Strategie plant die Kommission zu verfolgen, um es der Industrie der EU zu ermöglichen, wettbewerbsfähiger zu werden?

Vor dem Vertrag von Lissabon gab es die Strategie von Lissabon, und in der Strategie von Lissabon hat die EU beabsichtigt, und ich zitiere, „die wettbewerbsfähigste und die dynamischste wissensbasierte Wirtschaft der Welt zu werden“. Eine Bedingung für eine wettbewerbsfähige und dynamische, wissensbasierte Wirtschaft ist es, anpassungsfähigere Arbeitskräfte zu haben. Und was hat die EU getan, um dies zu verwirklichen?--

Na ja, sie hat im Jahre 2008 die Leiharbeitnehmerrichtlinie geschaffen und das hat sich wie Leim im anpassungsfähigsten Teil des Arbeitsmarktes ausgewirkt. Die Leiharbeitnehmerrichtlinie ist eine weitere schlecht durchdachte und unangemessene EU-Richtlinie, die Großbritannien unverhältnismäßig und negativ beeinflusst hat, ein Land, das ein Drittel aller Arbeiter der EU-Behörden beheimatet. Und übrigens gelingt es durch die Verfügbarkeit von anpassungsfähigen Arbeitskräften, Menschen aus der Armut zu führen.

Die Serie der schlecht durchdachten EU-Richtlinien steht einer wettbewerbsfähigen und dynamischen, wissensbasierten Wirtschaft im Weg, die sich in den Mitgliedstaaten entwickelt.

Die Wirtschaftskrise der EU enthüllt, dass die EU sozusagen über keinen Badeanzug verfügt.

Béla Glattfelder (PPE). – (HU) Ich möchte über zwei Themen sprechen: das Handelsdefizit und die CO₂-Emissionen. Das Dokument stellt richtig fest, dass der Anstieg des Handelsdefizits der Europäische Union und der Vereinigten Staaten in hohem Maße zur internationalen Wirtschaftskrise beigetragen hat. Das Handelsdefizit der Europäischen Union stieg von 75 Mrd. EUR 2004 auf 243 Mrd. EUR im Jahre 2008 an. Das ist ein Anstieg um das Dreifache in 4 Jahren. Das bedeutet, dass der Konsum jedes europäischen Bürgers den produzierten Wert um 500 Euro überschritten hat. So ein hohes Handelsdefizit und ein Konsum, der die Produktion in so einem Maß übersteigt, sind auf die Dauer nicht tragbar. Es sind Maßnahmen erforderlich, die das Handelsdefizit verringern, denn sollten wir dies nicht von uns aus tun, werden die Grundregeln der Wirtschaft so eine Änderung spontan erzwingen. Das würde aber viel höhere soziale Kosten nach sich ziehen. Die aktuellen Ereignisse in Griechenland verdeutlichen das.

In Bezug auf Energie ist der Welthandel nicht nur durch Protektionismus verzerrt, sondern auch durch Instrumente zur Energiepreisstützung. Die Verwendung von Öl wird in einigen Entwicklungsländern subventioniert, so dass Öl zu niedrigeren Preisen als auf dem Weltmarkt erhältlich ist, während Haushaltsressourcen auch dazu verwendet werden, die Nutzung von Strom zu fördern. Gleichzeitig müssen europäische Produzenten Steuern und Kohlendioxidquoten bezahlen, wenn sie Energie zu ihrer Produktion benutzen wollen. Kopenhagen verdeutlichte, dass Entwicklungsländer ein Klimaschutzabkommen verhindern wollen, denn sie sind nicht bereit, Sanktionen für ihre Kürzungen in Kauf zu nehmen. Es sind Maßnahmen erforderlich, dies zu verhindern, da schon einige Wirtschaftswissenschaftler darauf hingewiesen haben, dass billiges Kohlendioxid China einen größeren Wettbewerbsvorteil bringt als billige Arbeitskräfte. Wenn wir den Energieverbrauch nicht reduzieren, wird immer wieder die Gefahr auftreten ...

(Der Präsident unterbricht den Redner)

David Martin (S&D). – Frau Präsidentin, wie schon andere Redner gesagt haben, wird jetzt das ganze Ausmaß der Wirtschaftskrise deutlich. Wenn man der Kommission Glauben schenkt, ist der Handel 2009 um 10 % zurückgegangen. Wenn Sie dem IWF glauben, ist er 2009 um 12,3 % geschrumpft.

Die internationale Arbeitsorganisation ILO selbst schätzt, dass 2009 212 Millionen Menschen weltweit arbeitslos sein werden, ein Anstieg um 34 Millionen seit 2007.

Subsahara-Afrika, das 2009 einen Steuerüberschuss von 0,3 % des BIP im Jahre 2008 hatte, verbuchte 2009 ein Defizit von 6,4 %. Anders gesagt, ein Überschuss von 3 Milliarden hat sich in ein Defizit von 67 Milliarden verwandelt und damit der Kaufkraft von Subsahara-Afrika 67 Milliarden genommen. -

Alle Teile der Welt haben wegen dieser Krise gelitten, aber die Dritte Welt, die Entwicklungsländer, haben am meisten gelitten. Und darum hat Oxfam heute einen Aufruf zu einer Steuer veröffentlicht, die sie „Robin-Hood-Steuer“ nennen.

Es handelt sich dabei um eine Variation der Tobin-Steuer, die Spekulationsgeschäfte mit Finanzprodukten, Aktien, Anleihen, Waren und Währungstransaktionen besteuern sollte. Die Robin-Hood-Steuer stellt einen äußerst kleinen Anteil von 0,05 % der Transaktionen dar, aber sie würde Milliarden für Entwicklungsprojekte in der Dritten Welt einbringen.

Zur Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele sind zwischen 34 und 45 Milliarden nötig, und die Banken haben ein billionenschweres Rettungspaket erhalten. Banken sollten mehr tun als bloß dieses Geld zurückzahlen: sie sollen den Schaden reparieren, den sie in der Gesellschaft verursacht haben.

Daher wäre diese Robin-Hood-Steuer eine gute Methode, die Armut zu bekämpfen und sicherzustellen, dass die Banken einen sozial nützlichen Beitrag leisten.

Werden Sie, Herr Kommissar, den Vorschlag von Oxfam gewissenhaft prüfen, für den auch der britische Premier Unterstützung angedeutet hat, und sich mit ihrem politischen Gewicht als Europäischer Handelskommissar dafür einsetzen?

Olle Schmidt (ALDE). – (SV) Frau Präsidentin, unser Kontinent ist reich. Die EU muss eine gewisse Verantwortung übernehmen, um freien und fairen Handel weiterhin zu garantieren. Die Finanzkrise erzeugt eine weltweite wirtschaftliche Rezession, die den Handel 2009 um 10 % reduziert hat, wie schon erwähnt wurde, und dieser Handel bewegt sich jetzt auf dem Niveau von 2005. Entwicklungsländer sind besonders gefährdet, wenn ihre Ausfuhren zurückgehen und sie Probleme haben, Finanzierungen von Banken zu erhalten. Für die AKP-Staaten zum Beispiel macht der Handel mit Waren 50 % des Gesamthandels aus. Diese Länder sind daher Krisen gegenüber besonders anfällig. Ein Wachstumsrückgang von 1 % bedeutet, dass 20 Millionen Menschen verarmen.

Hier muss die EU als reicher Teil der Welt Verantwortung übernehmen und gewährleisten, dass die Finanzkrise nicht für mehr Menschen den direkten Weg in die Armut und Ausgrenzung bedeutet. Die EU muss dafür arbeiten, dass die ärmsten Länder in größerem Umfang wirksame Hilfe und Schuldenerlass erhalten, wo dies angebracht ist. In diesem Zusammenhang, meine Freunde, glaube ich, dass eine Reihe von Staaten, aus denen Sie kommen, mehr tun könnten um sicherzustellen, dass die Hilfe Ihrer Heimatländer erhöht, verbessert und effizienter gestaltet wird. Wir sollten uns nicht immer an die EU wenden. Es gibt einige Dinge, die wir in unseren eigenen Ländern erledigen können.

Die vorrangigste Aufgabe für die Union besteht darin, die Doha-Runde zum Abschluss zu bringen und die Agrarpolitik ganz einfach aufzugeben. Es gebührt der reichen EU nicht, arme Farmen in Afrika durch Wettbewerb zu verdrängen. Ein neues Handelsabkommen würde der beste Weg sein, die Welt aus der Finanzkrise zu führen und den Protektionismus zu verhindern.

Die EU kann und muss als leuchtendes Beispiel für die Liberalisierung des Welthandels gelten. Globalisierung und internationaler Handel sind grundsätzlich positiv. Protektionismus ist etwas Böses und ist immer etwas Böses gewesen. Diejenigen unter Ihnen, die glauben, dass Protektionismus die Welt etwas lehren und ihr auf irgendeine Art helfen würde, sollten aus der Geschichte lernen.

Janusz Wojciechowski (ECR). – (PL) Frau Präsidentin, ein Bereich, in dem wir uns um die Bewältigung der Krise kümmern sollten, ist der Handel mit Agrarerzeugnissen. In den letzten Jahren haben wir in der Europäischen Union unter dem Druck der Welthandelsorganisation viele freiwillige Beschränkungen bei der Herstellung und der Ausfuhr von Agrarerzeugnissen eingeführt. Wir haben zum Beispiel eine große Reform des Zuckermarktes durchgeführt, welche die europäische Zuckerproduktion um ein Drittel reduziert und die Schließung vieler Zuckerraffinerien herbeigeführt hat. Viele Bauernhöfe haben den Zuckerrübenanbau aufgegeben, wir haben die Arbeitslosigkeit erhöht und keine sozialen oder wirtschaftlichen Vorteile erreicht. Es war ein Geschenk für die großen Zuckerunternehmen, die ihre Produktion von Europa weg verlagert haben, und heute importieren wir Zucker von ihnen.

Ich denke, dass wir während der Krise unsere Wirtschaft und unsere Produzenten besonders schützen müssen. Ich spreche hier nicht von Protektionismus, sondern einer Politik der Chancengleichheit, die unsere Produzenten zurzeit nicht besitzen. Eine Reihe hoher Standards sind in der Europäischen Union in Kraft, und in der Landwirtschaft gibt es zum Beispiel die Tierschutzstandards. Es ist richtig, diese Standards zu fördern, aber wir sollten auch verlangen, dass die gleichen Standards von denen eingehalten werden, die ihre Erzeugnisse in die Europäische Union ausführen. Wenn wir etwa die Batteriehaltung von Hennen verbieten, sollten wir nicht zur gleichen Zeit Eier von Ländern importieren, in denen diese Methode verwendet wird. Wir sollten in vielen anderen Angelegenheiten ähnlich vorgehen. Wir sollten eine einfache Regel beachten – dieselben Anforderungen für Exporteure wie für unsere eigenen Hersteller, denn ohne sie, neben der Wirtschaftskrise ...

(Der Präsident unterbricht den Redner)

Jaroslav Paška (EFD). – (SK) Die Finanzkrise, die vom amerikanischen Finanzsektor verursacht wurde, wurde sehr schnell eine Wirtschaftskrise, die sofort alle Bereiche des Wirtschaftslebens betraf. Die unausweichlichen Folgen waren ein rascher Rückgang der Kaufkraft der Konsumenten, ein Produktionsrückgang, höhere Arbeitslosigkeit, geringere steuerliche Einnahmen und weniger Geld, um Staatshaushalte zu finanzieren.

Während das Produktionsvolumen weltweit fiel, musste sich der Wert der Handelswaren notwendigerweise mit der Reduktion der Produktion verringern. Wenn wir daher jetzt fragen, wie wir Stabilität oder sogar Wachstum des weltweiten Handelsvolumens erzielen können, meine Damen und Herren, dann kann das nur durch effektive Maßnahmen geschehen, die den wirtschaftlichen Zusammenbruch stoppen, durch Maßnahmen zur Stabilisierung der Wirtschaft und durch den schrittweisen Neustart des Wirtschaftswachstums.

Die gegenwärtigen Wirtschaftssysteme sind so eng miteinander verbunden und globalisiert, dass es meiner Ansicht nach eine sinnlose Illusion ist, sich auf beschränkte, künstliche Interventionen zu verlassen, die auf bestimmte Sektoren gerichtet sind und keinen zusätzlichen Nutzen haben.

Iliana Ivanova (PPE). – (BG) Sehr geehrte Damen und Herren, die Krise hat unvermeidlich zu einem bedeutenden Rückgang der weltweiten Handelsvolumen geführt. Das zeigt sich auch in einer Reduktion der Produktion und Investitionen sowie beschränkten Wachstumschancen. Zur gleichen Zeit sind nationale Regierungen versucht, Barrieren aufzubauen, um Kapazitäten ihrer Inlandsproduktion zu schützen.

2009 haben wir einen alarmierenden Anstieg in der Anwendung verschiedenster Formen des nationalen Schutzes gesehen, sowohl in Mitgliedstaaten der Europäischen Union als auch in den neuen, sich entwickelnden Wirtschaftssystemen. Dieser Protektionismus erschwert den Zugang zu internationalen Märkten für kleine und mittlere Unternehmen, die das Rückgrat der europäischen Wirtschaft bilden, und fügt zusätzliche Belastungen und Beschränkungen hinzu.

Um diese Probleme zu bewältigen und Unternehmertegeist und Handel zu fördern, denke ich, dass Europa vor allem einen starken Binnenmarkt braucht. Das kann erreicht werden, wenn die europäische Wirtschaft über genug Wettbewerbsfähigkeit und Innovation verfügt, die sich auf hohe Qualitätsstandards stützt. Wie die Europäische Kommission weiter bemerkt hat, müssen wir trotz des erreichten Fortschritts weiter Anstrengungen machen, die Kapazität des Bildungssystems erhöhen, als Beitrag zu einer innovativen, dynamischen Wissensgesellschaft.

Meiner Ansicht nach sind stabile öffentliche Finanzen in der Europäischen Union, welche die Nachhaltigkeit der nationalen Wirtschaft und der europäischen Währung garantieren, eine wichtige Vorbedingung für die Bewältigung der Handelsungleichgewichte. Die Stabilität des Euro ist für das Vertrauen unserer Handelspartner von zentraler Bedeutung. Wachsende Handels- und Investitionsaktivitäten gewinnen weitere Dynamik durch die rechtzeitige Einführung der notwendigen strukturellen Reformen, die darauf abzielen, neue stabile Grundlagen für das Wachstum zu bilden.

In Bezug auf die Bedeutung glaube ich nicht zuletzt, dass der Binnenmarkt ebenfalls durch die wohl überlegte und unverzügliche Ausdehnung des Eurowährungsraumes gestärkt würde, was zur wirtschaftlichen Eingliederung europäischer Staaten führen wird, und der europäischen Wirtschaft im Verhältnis zu ihren internationalen Partnern noch mehr Wirkungskraft verleihen wird.

Enrique Guerrero Salom (S&D). – (ES) Frau Präsidentin, wie die Zahlen von 2009 zeigen und wie bereits angedeutet wurde, hat die Finanzkrise, die zu Beginn des Jahres 2008 ausgebrochen ist, die Handelsumsätze erheblich reduziert.

Auf jeden Fall ist es uns scheinbar gelungen, der starken Versuchung des Protektionismus zu widerstehen, der während der Krise in den 1930er Jahre entstanden war, und scheinbar ist der Trend der Einführung restriktiver Maßnahmen Ende letzten Jahres verschwunden. Das wird im 5. Bericht zu potenziell handelsrestriktiver Maßnahmen veranschaulicht, der von der Kommission Ende letzten Jahres angenommen wurde.

Trotzdem haben viele Länder diese restriktiven Maßnahmen eingeführt, Länder mit unterschiedlichen wirtschaftlichen Grundlagen wie die Vereinigten Staaten, China, Argentinien, Russland und Indonesien, aber auch viele Entwicklungsländer. Und es sind die Entwicklungsländer, die offene Märkte brauchen, die ihre Produkte empfangen können.

Aus diesem Grund ersuche ich Herrn De Gucht in seiner Funktion als Kommissar für Entwicklung, sich für einen umfassenderen und freieren Handel in der Welt einzusetzen, und dafür, dass die Europäische Union die Führungsrolle übernimmt, protektionistische Barrieren in Entwicklungsländern zu verringern und für eine ernsthaftere Verpflichtung zu arbeiten, bei Handelsverhandlungen Fragen der Entwicklung zu berücksichtigen.

Georgios Papastamkos (PPE). – (EL) Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren, ich nehme an, dass der Rückgang des Welthandels weit über die Rezession selbst hinausgegangen ist. Studien haben gezeigt, dass der Mangel an Handelsfinanzierungen durch die Banken zu einem großen Teil auf den Rückgang des Handels zurückzuführen ist.

Ich möchte zwei Fragen stellen: erstens, was ist aus der internationalen Verpflichtung zur multilateralen Handelsfinanzierung geworden? Und zweitens, welche Ergebnisse stehen dem flexibleren Finanzrahmen zur Verfügung, um Zugang durch Finanzierungsaktivitäten auf europäischer Ebene zu ermöglichen?

Um auf den weltweiten Handel zu sprechen zu kommen, sollte ich betonen, dass die Regeln, die Disziplin und die Verpflichtungen der Welthandelsorganisation weitgehend den Einsatz restriktiver Handelsmaßnahmen verhindert haben und zugleich flexibel genug waren, politische Maßnahmen zu ergreifen, die auf den Wirtschaftsaufschwung gerichtet waren.

Allerdings fordern wir die Kommission auf, die von unseren Handelspartnern ergriffenen Maßnahmen und ihre Auswirkung auf europäische Exporte zu überwachen, einschließlich der Strategie, heimische Produkte

zu kaufen, die von wichtigen EU-Handelspartnern angewandt wird. Zur selben Zeit dürfen wir den dynamischen Anstieg der Exporte bestimmter Schwellenländer nicht übersehen.

Im vorliegenden Fall möchte ich insbesondere das Thema der Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Erzeugnisse auf globalen Märkte hervorheben, das vorher existiert hat und unabhängig von der Wirtschaftskrise abläuft.

Schließlich müssen wir unter anderem Reziprozität mit unseren Handelspartnern im Hinblick auf den Marktzugang erreichen und fairen Wettbewerb auf internationalen Märkten wiederherstellen und gewährleisten, damit eingeführte Waren den gleichen Vorschriften unterliegen als die Güter, die innerhalb der EU erzeugt werden.

Laima Liucija Andrikienė (PPE). – Frau Präsidentin, (*unhörbar*) ist bereits jetzt wegen der globalen Rezession und der weltweit sinkenden Nachfrage nach einer Reihe von Waren in einer sehr schwierigen Situation. Protektionismus schadet allerdings direkt dem internationalen Handel und den Interessen der EU.

Einer der internationalen Handelsakteure, die zusätzliche und kontraproduktive Handelsbarrieren eingeführt haben, ist Russland. Seit Beginn der Finanzkrise hat Russland eine Reihe von „temporären“ Antikrisenzöllen auf eine Anzahl von Einfuhren verhängt, wie etwa Fleisch und Milcherzeugnisse, Möbel und auch einige Stahlerzeugnisse. Ein weiterer Fall, an den man sich erinnert, ist der temporäre Zoll für Medikamente, den Russland für EU-Exporteure festgelegt hat.

Noch alarmierender ist, dass am 1. Januar 2010 eine Zollunion zwischen Russland, Belarus und Kasachstan geschaffen wurde. Als Ergebnis wurden höhere Zölle für insgesamt 30 % der Produktlinien der EU eingehoben. Das Hauptproblem besteht darin, dass Russland, wie Belarus und Kasachstan kein Mitglied der WTO ist und daher nicht den Verordnungen der WTO unterliegt, welche die einseitige Erhöhung von Zolltarifen und anderen handelsrestriktiven Maßnahmen beschränkt. Da Russland kein Mitglied der WTO ist, haben wir mit ihnen keinen Streitbeilegungsmechanismus.

Herr Kommissar, ich habe zwei Fragen an Sie. Wie bewertet die Kommission die gegenwärtigen Handelsprobleme mit Russland, und besitzen wir eine spezielle Strategie, mit der wir das Thema der Mitgliedschaft Russlands in der WTO diskutieren können?

Daniel Caspary (PPE). – Frau Präsidentin! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Wir haben mehrfach gehört, dass der Welthandel in den letzten drei Monaten dramatisch zurückgegangen ist, obwohl wir zum Glück erfolgreiche Bemühungen von vielen WTO-Mitgliedstaaten hatten, die Märkte weitestgehend offen zu halten. Ich bin auch sehr dankbar, dass die Europäische Union hier eine sehr gute Rolle gespielt und fast keine protektionistischen Maßnahmen ergriffen hat.

In meinem Heimatland gibt es eine Redewendung, nämlich „Angriff ist die beste Verteidigung.“ Wenn ich einmal das aufgreife, was Kollegin Andrikienė gerade angeführt hat, also bestimmte Maßnahmen, die Russland ergriffen hat, so stellt sich die Frage, welche wirksamen Möglichkeiten wir haben, um diejenigen Handelspartner offensiv anzugehen, die sich nicht an das gehalten haben, was im Rahmen der G-20 vereinbart wurde, die trotzdem protektionistische Maßnahmen ergriffen haben, die die Märkte geschlossen und dazu beigetragen haben, dass die weltweite Wirtschaftsleistung noch weiter zurückgegangen ist, als sie eigentlich hätte zurückgehen müssen.

Sollten wir nicht noch offensiver unsere beschlossene Strategie *Global Europe* aufgreifen und die darin beschlossenen Punkte offensiv durchsetzen? Wäre nicht genau jetzt der richtige Zeitpunkt, statt nur Protektionismus vorzubeugen, offensiv unsere Interessen wieder anzusprechen? Ich denke da an eine mögliche neue Initiative, um endlich im Rahmen der WTO voranzukommen. Ich denke daran, dass wir konsequent und zügig Freihandelsabkommen aushandeln. Wir haben in Südkorea ein Ergebnis. Was ist aber mit den Bemühungen im Hinblick auf Indien, Kanada, Kolumbien und Peru? Wäre es nicht ein unglaublich tolles Signal, wenn wir gerade in dieser Zeit bei diesen Freihandelsabkommen vorankommen könnten?

Viele Kollegen haben die Entwicklungsländer angesprochen. Wäre es nicht eine Chance, die Verhandlungen um die Wirtschaftspartnerschaftsabkommen endlich wieder voranzubringen, um damit auch die Entwicklungsländer, die AKP-Staaten besser in den Welthandel zu integrieren, um dort wirksam für Wirtschaftswachstum und für Armutsbekämpfung zu sorgen? Wir haben ja erleben können, dass die Staaten, die sich am Welthandel beteiligen, sich in den letzten Jahrzehnten am besten entwickelt haben. Ich wäre dankbar, dazu von Ihnen, Herr Kommissar, Antworten zu hören.

Theodoros Skylakakis (PPE). – (EL) Frau Präsidentin, erstens sind die Zusammenhänge unserer Handelsbeziehungen mit rasch aufstrebenden Schwellenländern nicht unveränderlich. Wenn zum Beispiel die Wachstumsrate der Union von der Chinas völlig verschieden ist, dann verursachen diese nichttarifären Hemmnisse, die gegen uns gerichtet sind, immer schlechtere Ergebnisse, während Chinas relative Bedeutung zunimmt und unsere abnimmt.

Zugleich mit unserer relativen Reduzierung verringert sich auch unsere Verhandlungsstärke. Es ergibt sich daher für die Union für kurze Zeit die Gelegenheit, ihre Politik durchzusetzen und Hemmnisse für unsere Exporte in rasch aufstrebenden Schwellenländern wirkungsvoll zu reduzieren und Sozial- und Umweltdumping zu begrenzen. Die Zeit ist gegen uns, sogar mehr als zuvor ein Resultat der Krise.

Zweitens, mit der Änderung der Zusammenhänge nimmt die Bedeutung der transatlantischen Handelsbeziehungen und der Förderung eines funktionsfähigeren amerikanischen Handels zu, die den transatlantischen Handel intensivieren und den Parteien auf beiden Seiten des Atlantik größere Verhandlungsstärke geben werden.

Dazu gibt es hier wiederum eine zeitlich begrenzte Gelegenheit, da es einige Zeit dauern wird, den transatlantischen Markt wiederaufzubauen, was ein komplizierter Prozess ist. Wie stufen die USA die Bedeutung dieser Beziehungen ein? Leider ist die Tatsache, dass Präsident Obama an dem bevorstehenden Gipfel in Madrid nicht teilnehmen wird, kein ermutigendes Zeichen.

Es stellt sich die Frage: Sieht die Kommission die Notwendigkeit dringlichen Handelns während wir noch die notwendige Verhandlungsstärke haben?

Tokia Saïfi (PPE). – (FR) Frau Präsidentin, der wirtschaftliche und finanzielle Sturm, den wir gerade erlebt haben, hat sehr viel Schaden angerichtet. Unsere Wirtschaftssysteme sind desorientiert, und wir kämpfen heute damit, angesichts entschlossener, aufstrebender Mächte das Gleichgewicht wiederherzustellen.

Es ist jetzt an der Zeit, Herr Europäischer Kommissar, dass Sie als Kapitän einer ambitionierten und sinnvollen europäischen Handelspolitik agieren, welche die Verteidigung unserer kommerziellen Interessen, offenere Märkte und die Nutzung unserer Wettbewerbsvorteile zum Ziel hat.

Die Europäische Union muss zuerst einen zufriedenstellenden Mittelweg zwischen ultra-freiem Handel und Protektionismus finden. Meiner Erachtens muss dieser dritte Weg durch die Herstellung eines fairen Handelsrahmens verankert werden. Die Europäische Union ist mit bestimmten Werten gewappnet: Respekt für den Schutz geistigen Eigentums, Fairness im Hinblick auf Investitionen, Zugang zu den Märkten, den Kampf gegen nichttarifäre Handelshemmnisse und Respekt für Sozial- und Umweltstandards. Aus diesem Grund hat sie die Pflicht, zu gewährleisten, dass diese Werte von Indien und China als Grundsätze akzeptiert werden, von Schwellenländern, die nicht nur unsere Kunden und Konkurrenten sind, sondern auch unsere Partner.

Neben der Notwendigkeit für die Herstellung eines ausgewogenen Handelsverkehrs müssen Sie, Herr Kommissar, dabei helfen, die Wettbewerbsfähigkeit unserer europäischen Unternehmen zu stärken. Wie kann das erreicht werden? Innovation, Investitionen für Forschung und Entwicklung und der internationale Einfluss von Kompetenzzentren scheinen einige der Hauptfaktoren zu sein, die uns aus dieser Krise führen werden.

Wir müssen uns auch auf unsere Aktivitäten auf innovative Unternehmen konzentrieren, besonders die kleinen und mittleren Unternehmen, indem wir sie von übermäßigen bürokratischen und steuerlichen Belastungen befreien, und auch auf grüne Technologien und Dienstleistungen.

(Der Präsident unterbricht die Rednerin)

Krisztina Morvai (NI). – (HU) Wie müssen uns mit der fundamentalen Frage auseinandersetzen, ob der Freihandel, der ja das gegenwärtige, von der WTO kontrollierte System ist, gut für die Menschen ist, oder ob wir uns eine neuen Leitsatz überlegen sollen, den ich lieber nicht Protektionismus nennen will, sondern wirtschaftliche Selbstbestimmung? Ich möchte gerne vorschlagen, dass wir uns die Unterschiede zwischen zwei Leitsätzen in 3 Bereichen ansehen. Was bedeutet globaler Welthandel in seiner gegenwärtigen Form und Volumen im Sinne der Schaffung und der Erhaltung von Arbeitsplätzen in Europa, insbesondere wenn wir an die kleinen Handelspartner denken, die kleinen und mittleren Unternehmen, Familienunternehmen und kleinen Bauernhöfe in europäischen Ländern, die ohne Führung sind und wegen des gegenwärtigen globalen, liberalisierten Welthandels die Chance verloren haben, sich weiterzuentwickeln? Wenn wir an Solidarität denken, ist es für die armen Entwicklungsländer gut, dass sie verpflichtet werden, ihre Märkte zu

öffnen, anstatt ihre eigene Landwirtschaft und Industrie zu entwickeln? Ist es gut für die Umwelt, dass Waren aus großen Entfernungen geliefert werden?

Ich möchte gerne vorschlagen, dass wir als ersten Schritt, zumindest im Hinblick auf die Landwirtschaft und Lebensmittel, die Einführung des Prinzips der Selbstbestimmung hinsichtlich Lebensmittel in Betracht ziehen, was bedeutet, dass Gemeinschaften und Länder das Recht haben zu entscheiden, was sie erzeugen wollen und wie sie es erzeugen wollen, und wie sie es dann verkaufen wollen. Konsumenten haben ein Recht auf hochwertige, gesunde und nahrhafte Lebensmittel, und wir wissen, dass das nicht die Lebensmittel sind, die aus einer Entfernung von Tausenden von Kilometern verschifft werden, sondern die lokal erzeugten, lokal verarbeiteten und lokal verkauften Lebensmittel.

Rareș-Lucian Niculescu (PPE). – (RO) Ich möchte dem Herrn Kommissar zu seinem neuen Amt beglückwünschen. Wenn möglich, könnten Sie uns genauere Informationen zu den Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf den Welthandel mit Agrarerzeugnissen geben? Frau Andriksen hat bereits den Fall der Russischen Föderation erwähnt, die verlauten ließ, dass sie bereit sei, ein Einfuhrverbot für Geflügelfleisch bis 2015 zu erlassen, weil sie ihren Bedarf aus der eigenen Inlandsproduktion deckt.

Da die Förderung eines wettbewerbsfähigeren Agrarsystems in einem offenen globalen Handelsumfeld eine der von Herrn Präsident Barroso aufgetragenen Pflichten für den neuen Agrarkommissar ist, werde ich die Anwesenheit des Herrn Kommissars in der Kammer dazu ausnutzen, ihn zu fragen, wie er die Zusammenarbeit mit seinem für die Landwirtschaft verantwortlichen Kollegen hinsichtlich des Abschlusses der Verhandlungen als Bestandteil der Doha-Runde sieht.

Seán Kelly (PPE). – Frau Präsidentin, zuerst möchte ich sagen, man muss der Kommission dazu gratulieren, dass sie einen jüngst unterbreiteten Vorschlag der WHO, den Verkauf von zollfreien alkoholischen Getränken und Spirituosen zu verbieten, abgelehnt hat. Wenn dies angenommen wird, würde es der europäischen Wirtschaft 2 Mrd. EUR und Hunderte von Arbeitsplätzen in der ganzen Union gekostet haben. Es war dies ein Gedanke, der auf Moralpredigten statt auf wissenschaftlicher Evidenz der WHO begründet war, und Gott sei Dank wurde er von der Kommission abgelehnt.

Zum zweiten möchte ich zeigen, dass die Banken in erster Linie für viele der Übel verantwortlich waren, die wir heute beobachten, aber was ist geschehen? Eine neue Theorie wurde aufgestellt – sie waren zu wichtig, um zu scheitern. Ich denke, dass sie sich eher selbst als viel zu wichtig ansahen als zu wichtig zu sein, um zu scheitern. Das zeigt sich in den sittenwidrigen Gehältern, die einige von ihnen erhalten und den grotesken Sonderzulagen, die sie ebenfalls erhalten. Kein Banker sollte mehr verdienen als der Premier seines Landes und unsere Arbeit sollte sich ...

(Der Präsident unterbricht den Redner)

Czesław Adam Siekierski (PPE). – (PL) Frau Präsidentin, internationaler Handel, zusammen mit dem Finanzsektor, ist es der Bereich der Weltwirtschaft, der aufgrund der Wirtschaftskrise am meisten gelitten hat. Es wird geschätzt, dass der Gesamtumsatz des Welthandels letztes Jahr wegen der Krise um ungefähr 10 % zurückgegangen ist. Darüber hinaus hat die von vielen Ländern als grundlegendes Instrument im Kampf gegen die Rezession eingesetzte Politik des Protektionismus einen nachteiligen Effekt auf den Handel gehabt. Die Vorteile des Freihandels in einer globalen Wirtschaft sollten niemandem erklärt werden müssen. Es gilt als sicher, dass der Wohlstand, den die Länder des freien Marktes in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts erreicht haben, das Resultat des Freihandels war, der sich in diesem Zeitraum dynamisch entwickelt hat. Der Zusammenbruch des Welthandels, der Anstieg der Arbeitslosigkeit, insbesondere in den Entwicklungsländern und damit die Zunahme der Armut und der sozialen Ausgrenzung – dieser nachteilige Trend kann durch die Wiederherstellung des Handels auf faire und gerechte (...).

(Der Präsident unterbricht den Redner)

Michael Theurer (ALDE). – Frau Präsidentin! Herr Kommissar! Zunächst einmal von meiner Seite herzlichen Glückwunsch zur Berufung in das Amt des Kommissars. Wir freuen uns, einen ebenso agilen wie erfolgreichen Politiker und einen ausgewiesenen Liberalen zu haben. Es wird auch auf Ihre Überzeugungskraft ankommen, um der internationalen Handelspolitik der EU neuen Schwung zu geben. Protektionistische Tendenzen gilt es zu bekämpfen. Es gibt ja klare Beweise aus der Geschichte, dass die Länder, die am Welthandel teilgenommen haben, sich besser entwickelt haben als andere.

Gleichwohl stehen wir auch vor einer neuen Weltordnung. Es sind Spieler mit dabei – ich denke an China –, die mit einem staatskapitalistischen System möglicherweise mit ganz anderen Methoden hier in den Ring

steigen, und deshalb fordere ich die Kommission auf, eine neue Strategie für den Welthandel zu entwickeln. Klar ist: Wir müssen die Doha-Entwicklungsrunde voranbekommen, weil ein multilateraler Ansatz richtig ist. Wir brauchen aber auch die ganze Kraft, um im Verhältnis mit China zu Fortschritten zu kommen.

Daniel Caspary (PPE). - Frau Präsidentin! Ich würde gerne an eine Sache anknüpfen, die auch schon zwei Kollegen angesprochen haben. Herr Kommissar, Sie sind jetzt ja glücklicherweise auch für den TEC zuständig. Ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn Sie – gerade auch, um all die Probleme, die wir angesprochen haben, lösen zu können – das Thema TEC ganz oben auf Ihre Agenda setzen würden.

Nach wie vor stehen wir in Europa gemeinsam mit den Amerikanern für fast 60 % der weltweiten Wirtschaftsleistung. Wenn wir es schaffen könnten, Handelshemmnisse im transatlantischen Markt nur in Bruchteilen zu beseitigen, dann könnten wir viel mehr für unsere Bürgerinnen und Bürger und folglich auch für die Arbeitnehmer erreichen als mit manch anderen Maßnahmen, in die wir in den letzten fünf Jahren viel mehr Energie investiert haben. Ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn Sie auch auf das Thema TEC eingehen könnten.

Karel De Gucht, Mitglied der Kommission. – Frau Präsidentin, wenn ich eine ausgewogene Antwort auf alle Fragen geben wollte, die gestellt wurden, und auf alle Themen, die angeschnitten wurden, bräuchte ich wahrscheinlich mindestens eine halbe Stunde. Mir stehen nur zwei oder drei Minuten zur Verfügung, wenn ich richtig verstehe.

Lassen Sie mich angesichts dessen mit einer allgemeinen Bemerkung beginnen. Ich glaube wirklich nicht, dass Protektionismus die Lösung ist. Ob Sie das jetzt glauben oder nicht, wenn man sich die geschichtliche Entwicklung ansieht, verdanken unsere Länder ihren Wohlstand dem internationalen Handel.

Zweitens hat Europa eine transformative Wirtschaft, was bedeutet, dass wir einführen müssen, um ausführen zu können. Die Vorstellung, dass wir exportieren könnten, ohne zu importieren, ist vollkommen falsch und widerspricht den Tatsachen.

Daher bin ich der festen Überzeugung, dass wir Freihandelsabkommen mit wichtigen Wirtschaftspartnern haben sollen, dass wir die Doha-Runde erfolgreich abschließen und den internationalen Handel noch mehr liberalisieren sollen, aber das heißt nicht, dass wir die Tatsache nicht berücksichtigen sollten, dass dieser internationale Handel auch fair sein muss und wir das Recht haben, unsere Interessen zu schützen. Die Kommission wird das ganz sicher so umsetzen, wenn es notwendig wird und wir werden die TDI-Mechanismen benutzen, die wir haben, um auf von uns als unfair eingeschätzte Handelsverzerrungen effektiv zu reagieren.

Einige sehr spezielle Fragen wurden ebenfalls gestellt, zum Beispiel von Herrn Jadot, im Zusammenhang mit dem WTO-Treffen und dessen Ergebnisse am 4. Februar. Nun, die Hauptbotschaft bei diesem Treffen war, dass die Regeln des Allgemeinen Abkommens über den Handel mit Dienstleistungen kein Hindernis für das Recht von Staaten darstellen, eine wirksame Finanzverordnung zu gewährleisten. Der Grund ist, dass das GATS-Abkommen einen sehr weitreichenden Rahmen für Finanzaufsichtsmaßnahmen hat, und daher widerspricht diese Finanzverordnung weder auf nationaler noch auf europäischer Ebene den GATS-Regeln.

Damit komme ich zu den Ursachen der Krise, die wir jetzt durchmachen. Hoffentlich haben wir den schlimmsten Teil hinter uns. Ich bin ganz fest davon überzeugt, dass sie eine wesentliche Auswirkung auf den Handel gehabt hat, aber dass die Ursache dieser Krise mit finanziellen Ungleichgewichten zu tun hat, die das Resultat vollkommen falscher Entscheidungen von Finanzinstituten waren. Die Finanzkrise hatte ihren Ursprung nicht in Europa. Sie hat sich von Amerika aus auf Europa und den Rest der Welt ausgebreitet.

Ich stimme zu, dass die Lebensmittelkrise vor ein paar Jahren, die noch nicht vollständig gelöst und ausgestanden war, sagen wir einmal, die großen Ungleichgewichte noch verstärkt hat, insbesondere für die Entwicklungsländer. Man kann viel über die Entwicklungsländer sagen, über verantwortungsbewusste Regierungsführung und so weiter, aber man kann den Entwicklungsländern sicher nicht die Schuld geben, die Finanzkrise verursacht zu haben. Das ist ganz klar erkennbar, und sie wurden sehr hart von der Krise getroffen, und das sollten wir gebührend berücksichtigen.

Es hat auch einige Fragen dazu gegeben, zuletzt von Herrn Caspary und eine Frage von Herrn Jadot, was wir mit dem TEC machen werden und mit der strategischen Initiative für China?

Meine persönliche Meinung ist, dass die einzige gute Antwort auf die wirtschaftliche Entwicklung die ist – von der wir übrigens nicht abgehen werden – die einzige gute Antwort ist die, dass wir selbst stärker werden müssen. Ich denke, das ist die einzige gute Antwort.

Wenn Sie sich das mit Blick auf das Handelsdefizit ansehen, ist es wahr, dass das Handelsdefizit mit China deutlich angestiegen ist, aber wenn Sie das Handelsdefizit mit Asien betrachten, dann ist es nicht sehr stark angestiegen. In Bezug auf Asien stimmt es auch, dass die anderen asiatischen Staaten einem starken Konkurrenzdruck Chinas ausgesetzt sind.

Daher sollten wir selbst stärker werden. Ich glaube, dass das die Verwirklichung des transatlantischen Marktes zum Beispiel eine der besten Antworten ist, die wir geben können.

Wir besitzen einen jüngst veröffentlichten Bericht, der auf Verlangen des Parlaments erstellt wurde, der zeigt, dass eine mehr als 50-prozentige Reduktion der nichttarifären Hemmnisse zwischen Europa und den Vereinigten Staaten eine größere Wirkung hätte als die Doha-Runde. Wir sollten darauf hinarbeiten, aber natürlich ist mir klar, dass es nicht einfach ist.

Im Hinblick auf die Doha-Runde bin ich fest davon überzeugt, dass wir versuchen sollten, die Runde zum Abschluss zu bringen, weil sie viele wichtige Aspekte beinhaltet, zum Beispiel, dass die existierenden Zölle nicht weiter ansteigen können, und dass wir in der Lage sein werden, sie zu eliminieren. Zweitens gibt es in der Doha-Runde einen Entwicklungsansatz, vorausgesetzt natürlich, dass wir ihn in der jetzigen Form beibehalten können, und das sollte das Ziel der Europäischen Union sein.

Dann gab es die Frage von Herrn David Martin zur Robin-Hood-Steuer. Zunächst muss ich einmal sagen, dass ich den Namen Robin Hood viel lieber habe als Tobin. Aber abgesehen davon fürchte ich, dass die Robin-Hood-Steuer dieselben Probleme aufwirft wie die Tobin-Steuer, nämlich, dass sie sich nur weltweit durchführen lässt. Sie sollten auch daran denken, dass sogar eine weltweite Umsetzung einem sehr teuren Einfuhrmechanismus gleichkäme. Präsident Barroso sagte über die Tobin-Steuer, dass wir bereit wären, sie zu unterstützen, solange sie alle anderen auch unterstützen, und das ist natürlich der springende Punkt dabei.

Ein letztes Wort zur – Herr Higgins hat wie andere eine Frage gestellt – Spekulation und was sich daraus ergeben hat, und auch hinsichtlich Griechenland.

Dies ist keine Debatte über Griechenland, daher werde ich nicht auf Einzelheiten eingehen, aber ich denke, und ich spreche aufrichtig, dass einige Fehler bei Griechenland selbst liegen. Was es in einer globalen Wirtschaft nicht geben kann, und was es auch in der Europäischen Union nicht geben kann, ist ein moralisches Risiko. Ein Mitgliedstaat der Europäischen Union zu sein, schließt einige Verpflichtungen mit ein. Also, Mitgliedstaaten, die in eine schwierige Situation geraten – und wir sind sicherlich bereit, sie zu unterstützen und ihnen zu helfen, wann immer das möglich ist – sollten auch verstehen, dass sie die Regeln beachten müssen, und wenn sie die Regeln beachten, dann werden sie wahrscheinlich nicht in die schwierige Situation geraten, in der sie sich jetzt befinden.

Die Präsidentin. – Die Aussprache ist geschlossen.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 149)

Edit Herczog (S&D), schriftlich. – (HU) Der Rückgang des Welthandels hat einen besonders schädlichen Einfluss auf die Staaten Zentral- und Osteuropas gehabt, da der Rückgang der Nachfrage primär Erzeugnisse betraf, die eine bedeutende Rolle beim Export spielen, wie etwa Autos, Unterhaltungselektronik und so weiter. Zugleich wurden diese Staaten auch hart von der Kreditkrise getroffen. Die Anzahl der Ausfuhren zu erhöhen würde besonders dafür wichtig sein, dass diese Länder in der Lage sind, die von zweifachem Druck ausgelösten Probleme und die daraus resultierenden sozialen Probleme zu lösen, wie etwa die steigende Arbeitslosigkeit. Finanzierungshilfe für Exporteure scheint ein Haupthindernis in diesem Bereich zu sein, da Zahlungszeiträume länger und Kredite teurer geworden und schwieriger zu bekommen sind, während sich Kreditversicherungsbedingungen ebenfalls verschlechtert haben. Aus diesem Grund sollten Programme entwickelt werden, welche auf diese besagten Länder abzielen, insbesondere EU-Mitgliedstaaten, um ihnen bei der Bewältigung dieser Schwierigkeiten zu helfen.

Andreas Mölzer (NI), schriftlich. – (DE) Der Trend der 90er-Jahre zum „Outsourcing“ hat in der Weltwirtschaft dazu geführt, dass nicht nur Kapital, sondern vor allem auch Know-how ins Ausland transferiert wurde. Dadurch, dass Arbeitsplätze in Dumpinglohnländern geschaffen wurden und werden, sinken in Mittel- und Westeuropa die Durchschnittslöhne, was zur Folge hat, dass der Konsum der eigenen Bevölkerung sinkt. Dies führt wiederum dazu, dass europäische Firmen ihre Profite zu einem erheblichen Teil nicht mehr mit der Produktion von Waren, ihrem eigentlichen Kerngeschäft, erzielen. Sie versuchen mit Finanz- und Spekulationsgeschäften ihr Ergebnis aufzubessern. Genau da muss angesetzt werden. Wir brauchen eine

Quote die Konzernen vorschreibt wie viel Stammkapital sie in Wertpapieren anlegen können und in weiterer Folge wie viel Rücklagen sie in Finanzpaketen in Drittländern deponieren dürfen. Zum zweiten brauchen wir eine Regelung für die durch die Krise geschädigten Unternehmen. Drittens verlangt die Wirtschaft nicht nur frisches Kapital für Banken, die maßgeblich an dieser Krise beteiligt waren, sie verlangt vor allem eine Neuregelung von Geldtransfers, strikte Richtlinien bei Verkäufen von Kreditpaketen, und ein eigenes Beobachtungsorgan für das neu aufgekommene, und extrem florierende Tradingwesen, mit Auswüchsen wie dem Short-Selling, das man verbieten sollte.

Artur Zasada (PPE), schriftlich. – (PL) Wenn die von Herrn Moreira gerade präsentierten Voraussagen richtig sind, dann wird der angekündigte Rückgang im Welthandel der größte seit dem zweiten Weltkrieg sein. Es versteht sich von selbst, dass sowohl Mitgliedstaaten der Europäischen Union als auch Staaten, die nicht zur Union gehören, Maßnahmen ergreifen, um die Konkurrenzfähigkeit zu verbessern und die Folgen der Krise zu überwinden. Forschungsprojekte des Centre for Economic Policy Research haben gezeigt, dass seit dem ersten Treffen der Gruppe der 20, das sich auf die Krise konzentriert hat, 425 gesetzliche Initiativen ergriffen worden sind, um die Folgen der Krise zu bekämpfen. Einige Länder haben zu protektionistischen Maßnahmen gegriffen, während andere Handelsbedingungen zu liberalisieren suchen. Angesichts der Tatsache, dass die Wirtschaft ein System miteinander verbundener Gefäße ist, frage ich, ob die Europäische Kommission gesetzliche Initiativen überwacht, die sowohl innerhalb der Europäischen Union als auch in der ganzen Welt ergriffen werden? Berücksichtigt die Europäische Kommission diese Initiativen, wenn sie Anti-Krisenmaßnahmen ergreift? Während protektionistische und liberalisierende Maßnahmen zunehmen, wird sich eine Situation ergeben, in der sie sich gegenseitig ausschließen und keinen Effekt auf den Welthandel haben werden.

19. Freihandelsabkommen EU-Südkorea (Aussprache)

Die Präsidentin. – Als nächster Punkt folgt die Aussprache über die mündliche Anfrage an die Kommission über das Freihandelsabkommen zwischen der EU und Südkorea von Daniel Caspary, Peter Šťastný, Paweł Zalewski, David Martin, Gianluca Susta, Kader Arif, Michael Theurer, Niccolò Rinaldi, Metin Kazak, Marielle De Sarnez, Jan Zahradil im Namen der Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten), der Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialisten und Demokraten im Europäischen Parlament, der Fraktion der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa, Europäische Konservative und Reformisten (O-0171/2009 - B7-0001/2010).

Daniel Caspary, Verfasser. – Frau Präsidentin! Sehr geehrter Herr Kommissar! Das Abkommen mit Südkorea ist fertig ausgehandelt, die Texte sind paraphiert – sehr gut. Aber wenn man sich die Details des Abkommens anschaut, hat man den Eindruck, dass hier manchmal Schnelligkeit vor Gründlichkeit ging. Ja, man hat den Eindruck, dass Ihre Vorgängerin das Abkommen um jeden Preis unter Dach und Fach haben wollte, um zumindest einen Erfolg in ihrer Amtszeit zu haben.

Wir kennen viele Gutachten, die vor der Aufnahme der Verhandlungen ausgearbeitet wurden und die eindeutig viele mögliche Vorteile für die europäische Industrie und die europäische Wirtschaft darlegen. Positive Auswirkungen hört man aus den Bereichen Maschinenbau, Chemie, Pharma, Lebensmittel und Dienstleistungen. Alle diese Sektoren und viele andere mehr erhoffen sich große Vorteile. Aber vor allem die Automobilindustrie klagt. Wir haben die Schwierigkeiten mit *duty drawback*, wir haben die Schwierigkeiten mit der Frage, was an ausländischen Zulieferteilen in Fahrzeugen aus Südkorea verbaut werden darf, und wir haben die Schwierigkeiten der Umweltstandards, die nach wie vor ungelöst sind.

Ich wünsche mir, dass wir die nächsten Monate nutzen, mit der Möglichkeit der *Safeguard*-Mechanismen und der *Safeguard*-Regulierung etliche dieser Kritikpunkte zu lösen, nicht nur anzusprechen, sondern zu lösen. Wir im Parlament dürfen eine Zustimmung zu diesem Freihandelsabkommen wirklich auch nur dann geben, wenn wir die berechtigten Anliegen der Automobilindustrie aufgegriffen haben und auch wirklich wirksame Problemlösungen in diese Schutzmechanismen einbauen können.

Seit heute sind die Texte der Schutzmechanismen im Internet abrufbar. Ich hatte leider noch keine Gelegenheit, sie durchzulesen. Ich biete Ihnen für meine Fraktion an, dass wir partnerschaftlich gemeinsam mit Ihnen eine entsprechende Regulierung auf europäischer Ebene erarbeiten, um auch die Interessen der Automobilindustrie in diesem Freihandelsabkommen nicht untergehen zu lassen.

Gianluca Susta, Berichterstatter. – (IT) Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren, neue Akteure sind von hinter den Kulissen auf die Weltbühne getreten, von denen einige vor nicht langer Zeit als Entwicklungsländer gegolten haben.

Deswegen müssen wir unseren Ansatz ändern, kulturell und in anderer Beziehung, gegenüber dem Freihandel und konkreten Manifestationen der Beziehungen zwischen der Europäischen Union und ihren wichtigsten Konkurrenten. Diese Beziehungen werden gegenwärtig durch gewisse magische Begriffe vermittelt, die sich noch nicht in das Vokabular der Europäischen Kommission Eingang gefunden haben. Diese Begriffe sind Reziprozität, europäisches Interesse, der Kampf gegen Dumping und der Kampf gegen Zollschränken.

Das ist der Hintergrund, vor dem Freihandelsabkommen mit Korea abgeschlossen werden, die offensichtlich zwei Kommissare verwirrt haben – den Kommissar für Binnenmarkt und Dienstleistungen und den Kommissar für Beschäftigung, Soziales und Chancengleichheit – und einige Regierungen.

Was sind die realen Vorteile dieses bilateralen Abkommens, wenn 50 % des Handels zwischen der Europäischen Union und Korea den Automobilsektor anbelangt, wenn die Ungleichheit zwischen den an uns ausgeführten 700 000 koreanischen Autos im Gegensatz zu den von Korea eingeführten 27 000 Autos so augenfällig ist? Welcher Sinn steckt hinter der mittelbaren Beihilfe von 1 600 Euro für jedes koreanische Auto, das in Europa verkauft wird, wenn einige europäische Regierungen es schwierig finden, Anreize für den Kauf und den Verkauf von Autos zu bieten, um den Konsum anzukurbeln? Wie können wir es verabsäumen, die ernststen Zweifel über die Textil- und die Elektronikindustrie zu berücksichtigen?

Wir werden uns nicht damit begnügen, zum x-ten Mal davon zu hören, Herr Kommissar, wie es Ihnen Frau Ashton schon gesagt hat, dass es Vorteile für unsere chemische, pharmazeutische oder Lebensmittelindustrien gibt, weil diese im Vergleich zu den Konsequenzen für die Textil-, Elektronik- und, vor allem, die Autoindustrie und den Finanzsektor skandalös verblassen. Könnte es sein, dass Europa sich trotz der Krise, in der wir uns heute befinden, erneut die finanzielle Option für seine Entwicklung wählt?

Wir haben alle die Geburt des neuen Europa in Lissabon mit großer Hoffnung begrüßt. Aber Europa kann es nicht verabsäumen, Verantwortung für europäische Interessen in der Welt zu übernehmen, ganz besonders heute nicht. Die Vereinigten Staaten tun alles nur Mögliche, um Boeing gegen Airbus zu verteidigen und die argentinische Regierung droht mit der Enteignung von Telecom.

Das Abkommen mit Korea legitimiert die Durchgangsfinanzierung mit China, die bis jetzt illegal war. Das ist das Szenario, innerhalb dessen unsere wichtigen Unternehmen agieren müssen. Dahinter stehen Hunderttausende von Arbeitern, von Familien, die ihre Zukunft in Flammen aufgehen sehen, nicht, weil sie qualitativ minderwertige Dienstleistungen oder Waren bereitstellen, sondern weil schlecht definierte Interessen gegenüber augenfälligeren und objektiven Interessen die Oberhand behalten.

Wir vertrauen auf ihr Feingefühl, Herr Kommissar, in der Hoffnung, dass Sie übereilte Ratifizierungen vermeiden werden, die mit inakzeptablen Entscheidungen in Bezug auf die vorläufige Anwendung der kommerziellen Seite des noch nicht ratifizierten Abkommens Hand in Hand gehen könnten oder zumindest mit Entscheidungen, die inakzeptabel sind, bis die Regelung der bilateralen Schutzklausel klar definiert worden ist. Die Annahme dieser Schutzklausel unterliegt dem ordnungsgemäßen Gesetzgebungsverfahren, das als erster Schritt in Abschätzung der Ratsamkeit in Betracht gezogen werden soll, ...

(Der Präsident unterbricht den Redner)

Michael Theurer, Verfasser. – Frau Präsidentin, Herr Kommissar, liebe Kollegen! Mit dem Vertrag von Lissabon schlagen wir ein neues Kapitel der Zusammenarbeit zwischen Kommission, Rat und Parlament auf. Die Mitentscheidung des direkt von den Bürgern gewählten Europäischen Parlaments bringt jetzt die Chance der Redemokratisierung handelspolitischer Entscheidungen. Dies ist richtig, denn die Folgen betreffen die Menschen als Arbeitnehmer und als Konsumenten in den Mitgliedstaaten.

Freier und fairer Handel sind die Grundlagen des Wohlstands Europas. Tendenzen des Protektionismus gilt es deshalb entschieden entgegenzutreten. Freihandelsabkommen wie das vorliegende mit Südkorea können einen wichtigen Beitrag zur Belebung des Welthandels und zu Wachstum und Beschäftigung leisten. Dabei liegt es in der Natur der Sache, dass je nach der spezifischen Ausgestaltung des vertraglichen Arrangements manche Sektoren sich mehr vom Abkommen versprechen als andere. Es ist unsere Aufgabe hier im Parlament, die Auswirkungen auf die Branchen und Sektoren in der EU gewissenhaft abzuwägen. Wir brauchen hierfür aber die Daten und Folgenabschätzungen. Diese vorzulegen, ist Aufgabe der Kommission. Leider ist dies trotz mehrfacher Aufforderung im Ausschuss und im Plenum aus unserer Sicht noch nicht in befriedigender Weise geschehen. Das ist auch der Grund, warum wir als ALDE-Fraktion diese Anfrage mit initiiert haben.

Nach den uns bislang vorliegenden Informationen bietet der Abschluss durchaus Chancen für die europäische Wirtschaft im Bereich der Dienstleistungen, des Maschinen- und Anlagenbaus, der chemischen Industrie und der Landwirtschaft. Negative Auswirkungen werden jedoch befürchtet von der Automobilindustrie und der Textilwirtschaft und auch von der Elektronikwirtschaft.

Das Freihandelsabkommen mit Südkorea ist das einzige Abkommen mit einem entwickelten Land, in dem Zollrückerstattungen nicht verboten sind. Dies führt möglicherweise zu asymmetrischen Kostenvorteilen für die südkoreanische Industrie. Wie die Kommission uns mehrfach versicherte, enthalten die Bestimmungen zur Zollerrstattung eine Schutzklausel, die auf der Grundlage bestimmter Kriterien eine Aussetzung ermöglicht. Hier brauchen wir im Interesse der Unternehmen allerdings dringend Klarheit. Das Ganze muss ja auch in der Praxis anwendbar sein. Es darf eben nicht so sein, dass Schutzklauseln wertlos werden, weil die notwendige Beweislast von den Unternehmen gar nicht erbracht werden kann. Gerade weil das Abkommen asymmetrische Regelungen zu enthalten scheint und weil es eine hohe Präcedenzwirkung für künftige Abkommen – etwa mit Indien oder mit ASEAN – haben wird, messen wir der konkreten Ausgestaltung der Schutzklauseln, der Streitbeilegung und den weiteren Regelungen im Anwendungspaket zentrale Bedeutung zu.

Wir fordern die Kommission deshalb auf, das Freihandelsabkommen gemeinsam mit den Anwendungsbestimmungen dem Parlament zur Entscheidung vorzulegen. Wir wollen eine schnelle Entscheidung. Gerade deshalb kann eine vorläufige Anwendung des Abkommens nicht in Kraft treten. Aus Gesprächen mit Firmen weiß ich, wie wichtig später die Umsetzung ist. Deshalb meine Frage an die Kommission: Können wir mit dem Aufbau des Auswärtigen Dienstes auch eine stärkere Rolle in der Handelspolitik erwarten? Wir sind jedenfalls der Meinung, dass das einbezogen werden muss.

Robert Sturdy, Berichterstatter. – Frau Präsidentin, in Zeiten des wirtschaftlichen Abschwungs können wir unsere Industrie nur durch die Öffnung der Märkte und die Beseitigung der Barrieren wieder aufbauen, Arbeitsplätze schaffen und die Entwicklung vorantreiben. Vielen Dank, Herr Kommissar, für Ihre Ansichten zur vorangegangenen Debatte.

EU-Exporteure von Konsumgütern, Elektronik, von pharmazeutischen, chemischen und medizinischen Geräten sind nur einige der Sektoren, die von der Beseitigung der nichttarifären Hemmnisse enorm profitieren werden. Vereinfachung von Zertifizierungsverfahren, Transparenz und Vorhersagbarkeit der Preise sind alles Dinge, die dem Konsumenten zum Vorteil gereichen werden. Der koreanische Verbrauchermarkt will seinerseits Zugang zu Spezialerzeugnissen der europäischen Landwirtschaft wie etwa Weinen, Spirituosen, Fleisch und Käse, die allesamt von geografischen Indikatoren geschützt werden. -

Es wäre allerdings falsch, dieses Freihandelsabkommen zu akzeptieren – und wir haben viele Meinungen dazu gehört – ohne es zu überprüfen, und es gibt Bereiche, die einer weiteren Erklärung der Kommission bedürfen. Über die Einbeziehung der Zollrückerstattungsklauseln haben viele von uns Bedenken, wie ich das schon gesagt habe.

Jedes Freihandelsabkommen muss auf dem Prinzip der Reziprozität oder gegenseitigem Vorteil aufgebaut sein, aber die potenzielle Belastung der europäischen Automobilhersteller bleibt unklar und wird von uns mit großer Sorge gesehen. Die Kommission hat uns versichert, dass Korea seine Einfuhrregelung aktiv liberalisiert. Das Ausmaß der Abgaben, die Korea unter der Zollrückerstattung rückvergüten kann, wird schrittweise verringert. Die Unterhändler sind überzeugt, dass die wirtschaftliche Relevanz der Zollrückerstattung daher mit der Zeit abnehmen wird. Welche Fakten sind der Kommission bekannt, um dieses Argument zu unterstützen? Sollte die Kommission zu einer wiederholten oder andauernden Anwendung dieser Schutzmechanismen gezwungen sein, wird sie dann eine Bestandsaufnahme der Verhandlungen zur Verlängerung der Transferphase in Erwägung ziehen?

Herr Kommissar, ich freue mich darauf, mit Ihnen gemäß diesem bevorstehenden neuen Abkommen eng zusammenzuarbeiten.

Karel De Gucht, Mitglied der Kommission. – Frau Präsidentin, ich möchte den Damen und Herren Abgeordneten für ihre mündlichen Fragen danken, die das Interesse des Europäischen Parlaments an einem Freihandelsabkommen zwischen der EU und Südkorea bestätigen.

Da dies das erste bedeutende Handelsabkommen ist, für das die förmliche Zustimmung des Europäischen Parlaments gemäß dem Vertrag von Lissabon eingeholt werden wird, begrüße ich diese Gelegenheit ganz besonders, auf die vielen Aspekte des Freihandelsabkommens antworten zu können, die in der mündlichen Frage gestellt wurden. Es wird mir vielleicht nicht möglich sein, auf alle Aspekte der Frage einzugehen, aber ich erörtere sie gerne in einer anschließenden Frage.

Das EU-Südkorea Abkommen ist nicht nur das erste Freihandelsabkommen, das von der EU mit einem Staat in Asien abgeschlossen wurde; es ist auch das ambitionierteste und umfassendste Freihandelsabkommen, das je von der Europäischen Union verhandelt wurde. Nach mehr als zwei Jahren andauernder Verhandlungen wurde das Freihandelsabkommen am 15. Oktober letzten Jahres paraphiert.

Während des gesamten Verhandlungsprozesses blieb die Kommission in engem Kontakt mit dem Parlament. In dieser Hinsicht begrüßt die Kommission die Entschlieung zu Korea, worüber das Parlament im Dezember 2007 abgestimmt hatte. Viele der in dieser Entschlieung erörterten Themen sind im Freihandelsabkommen berücksichtigt worden.

Der ganze Prozess wurde auch von einem kontinuierlichen Dialog mit der Zivilgesellschaft und einem umfassenden Folgenabschätzungsbericht in Bezug auf den Handel begleitet. Das Freihandelsabkommen wird gegenwärtig übersetzt. Bis Ende März sieht die Kommission vor, dem Rat die Entscheidungen zu präsentieren, die Unterzeichnung des Freihandelsabkommens zu genehmigen und das Freihandelsabkommen auch abzuschließen. Das Ziel ist es, das Abkommen im April zu unterzeichnen.

Die Kommission stellt gegenwärtig ihre Analyse zusammen, ob das Abkommen auch in den Kompetenzbereich der Mitgliedstaaten fällt. In diesem Fall würde das Freihandelsabkommen die Ratifizierung durch alle Mitgliedstaaten erfordern, bevor es formell in Kraft treten kann. Da dieser Prozess einige Zeit dauern kann, kann es möglich sein, dass die Kommission vorschlagen muss, das Abkommen vorläufig anzuwenden, bis es nach der erforderlichen Ratifizierung in Kraft tritt. Die vorläufige Anwendung wird vom Rat auf Vorschlag der Kommission entschieden.

Die Kommission ist dem Verlangen des Parlaments sehr offen eingestellt, seine Ansichten über das Freihandelsabkommen mitzuteilen, bevor es vorläufig angewandt wird. Die Kommission wird damit weitermachen, zusammen mit dem Rat und dem Parlament die besten Mittel zu suchen, um zu gewährleisten, dass dies in einer Weise durchgeführt wird, die keine unnötigen Verzögerungen verursacht. Es ist äußerst wichtig, dass wir das Abkommen so rasch wie möglich anwenden.

Hinsichtlich der Bestimmungen der Sicherheitsklauseln beabsichtigt die Kommission, ihren Vorschlag für eine solche Bestimmung dem Rat und dem Europäischen Parlament in den kommenden Wochen zu präsentieren und hofft, dass es möglich sein wird, diese Gesetzgebung so rasch wie möglich zu verabschieden, um sicherzustellen, dass der Zeitpunkt ihrer Anwendung mit jenem der Freihandelsabkommen so gut wie möglich abgestimmt werden kann.

Die wirtschaftlichen Vorteile des Freihandelsabkommens sind zum Großteil zugunsten der EU. EU-Exporteure industrieller und landwirtschaftlicher Erzeugnisse werden von koreanischen Zöllen befreit, und sie werden jährlich 1,6 Mrd. an Abgaben einsparen, und zwar die Hälfte dieser Abgaben vom Tag des Inkrafttretens dieses Abkommens. Offensichtlich werden die Gewinne aus diesen Abgabenersparnissen sogar noch höher sein, da erwartet wird, dass der Handel zwischen der EU und Korea im Laufe der Zeit weiter zunehmen wird.

Es gibt eine Studie, die besagt, dass das Freihandelsabkommen substantiellen neuen Handel mit Waren und Dienstleistungen in der Höhe von 19,1 Mrd. für die EU im Vergleich zu 12,8 Mrd. für Korea schaffen wird. Vorliegende Studien haben keine Sektoren identifiziert, die negativ vom Freihandelsabkommen beeinflusst würden, aber im Falle einer ersten Vertragsverletzung oder einer Drohung einer solchen Verletzung wird die Kommission nicht zögern, die Sicherheitsverfahren zu aktivieren, die in das Abkommen eingebaut sind. Ich möchte Sie auch daran erinnern, dass wir im Fall einer solchen Notwendigkeit die Möglichkeit haben, Unterstützungsmaßnahmen gemäß des Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung anzuwenden.

Hinsichtlich der Rechte des geistigen Eigentums beinhaltet das Freihandelsabkommen ambitionierte Verpflichtungen, die über die WTO-Regeln hinausreichen. Außerdem ist die Kommission sorgfältig vorgegangen, um sicherzustellen, dass keine Komponente des Freihandelsabkommens die der EU widerspricht *acquis communautaire*.

Im Hinblick auf die Implikationen des Protokolls über kulturelle Zusammenarbeit würde das Freihandelsabkommen einen Rahmen dafür festlegen, eine Politik des Dialogs hinsichtlich Zusammenarbeit und Erleichterung des Austausches kultureller Aktivitäten zu verfolgen. Es dies mehr als alles andere eine Demonstration der Verpflichtung der EU, das 2005 verabschiedete UNESCO-Übereinkommen zum Schutz und zur Förderung der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen zu unterstützen.

Was die Ursprungsregeln anbelangt, haben die Verhandlungen mit Südkorea zu einer Reihe von Änderungen geführt, die der Fortführung des Reformprozesses solcher Regeln entsprechen. Diese Änderungen gehen in

die Richtung der Vereinfachung und damit wird eine spezielle Forderung des Europäischen Parlaments umgesetzt. Zur gleichen Zeit wurden strenge Regeln für alle empfindlichen Sektoren beibehalten.

Die Kommission hat besonders Augenmerk auf die Schaffung eines neuen Marktzugangs in Korea für europäisches Obst und Gemüse gelegt. Um Korea zu ermutigen, seinen Markt zu öffnen, wurden die Einstiegspreislagen eliminiert, außer im Fall der drei empfindlichsten Erzeugnisse: Tomaten, Orangen und koreanische Zitrusfrüchte.

Ganz offensichtlich öffnet das Freihandelsabkommen auch den europäischen Markt für koreanische Erzeugnisse. Um unsere Industrie gegen den Anstieg von Einfuhren zu schützen, die Vertragsverletzungen verursachen oder zur Drohung solcher Verletzungen führen könnten, enthält das Freihandelsabkommen einen effektiven Sicherheitsmechanismus.

Diese Sicherheitsklausel kann vom Inkrafttreten des Freihandelsabkommens an angerufen werden. Die Kommission wird den EU-Markt und koreanische Einfuhren überwachen, um die Notwendigkeit der Inanspruchnahme dieser Klausel abzuwägen und sich weiter dazu verpflichten, sie anzuwenden, sollten die entsprechenden Bedingungen erfüllt werden.

Das Gleiche gilt für die spezielle Klausel über die Zollrückerstattung, die auch in Anspruch genommen werden kann, basierend auf öffentlich zugänglichen Statistiken für Einfuhren in und Ausfuhren aus Korea.

Ich bin mir klar, dass bestimmte Bedenken ausgesprochen wurden, besonders von der Automobilindustrie der EU, in Bezug auf die Zollrückerstattungsbestimmungen im Freihandelsabkommen, aber ich muss betonen, dass die Zollrückerstattung gegenwärtig erlaubt ist und von koreanischen wie von europäischen Exporteuren angewandt wird. Daher führt ihre Beibehaltung im Freihandelsabkommen zu keinen neuen Vorteilen. Die gegenwärtigen wirtschaftlichen Auswirkungen der Zollrückerstattung sind sehr gering, ungefähr ein Achtel des Wertes der koreanischen Zollkonzessionen.

Im Fall der Automobile zeigen vorliegende Studien, dass der ausländische Anteil der koreanischen Autos durchschnittlich zwischen 10 und 15 % beträgt. Sollte die ausländische Beschaffung wesentlich ansteigen, dann würde die Spezialklausel über die Zollrückvergütung einen wirksameren Schutz darstellen.

Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass die Einführung des Freihandelsabkommens zu verschiedenen Ansichten und Interpretationen zwischen den Parteien führen wird. Um sich mit solchen Situationen zu beschäftigen, beinhaltet das Freihandelsabkommen einen effizienten und raschen Streitbeilegungsmechanismus. Die Kommission wird die Umsetzung der koreanischen Verpflichtungen genau überwachen und wird nicht zögern, das Streitbeilegungsverfahren geltend zu machen, wenn dieses gerechtfertigt erscheint.

Das Freihandelsabkommen würde auch neue Wege des Umweltschutzes und der Einhaltung der Arbeitnehmerrechte beschreiten, da es umfassende Verpflichtungen hinsichtlich einer ganzen Reihe von sozialen und umweltpolitischen Normen enthält. Der Umfang dieser Verpflichtungen ist größer als der jedes anderen vergleichbaren Abkommens. Um sicherzustellen, dass diese Verpflichtungen respektiert werden, schafft das Freihandelsabkommen einen wirkungsvollen Rahmen für die Überwachung ihrer Einführung, in welche die Zivilgesellschaft, Unternehmen, Gewerkschaften und Nicht-Regierungs-Organisationen involviert werden.

Schließlich möchte ich Sie darüber informieren, dass Korea und die EU mögliche Änderungen des Zollabbauzeitplans besprochen haben. Diese Änderungen würden bedeuten *inter alia*, dass Erzeugnisse, die als drei- oder fünfjährig klassifiziert sind, zu entsprechenden Vier- oder Sechsjahreszollreduktionen berechtigt wären, so dass die Abgaben ein Jahr später als ursprünglich vorgesehen eliminiert würden.

Während dies im Hinblick auf unsere offensiven Interessen ein bescheidenes Opfer darstellt, dachten wir, dass eine solche Änderung unter Berücksichtigung der Vorbehalte bestimmter Sektoren angemessen sei. Korea hat seine Bereitschaft angedeutet, diesen Änderungen unter der Bedingung zuzustimmen, dass die Vorbehalte beider Seiten gleichermaßen respektiert werden.

VORSITZ: Miguel Angel MARTÍNEZ MARTÍNEZ*Vizepräsident*

Ivo Belet, im Namen der PPE- Fraktion. – (NL) Herr Kommissar, zunächst möchte ich Ihnen viel Glück bei der Ausübung Ihrer neuen Funktion wünschen. In wirtschaftlicher Hinsicht befinden wir uns aktuell in schwierigen Zeiten, aber wir wissen, dass Sie keine Angst davor haben.

Im Hinblick auf das Freihandelsabkommen mit Südkorea gibt es, wie Sie sagen, zweifelsohne viele positive Aspekte für Europa in diesem Abkommen, aber für unsere Automobilindustrie ist und bleibt es ein verheerendes Abkommen. Herr Caspary hat dies auch vorgebracht. Schauen Sie sich die Zahlen an, Herr Kommissar. Für jedes Auto, das wir aus Europa nach Südkorea exportieren, kommen 15 wieder zurück. Wir haben zurzeit ein Verhältnis von 15:1, und das ist vorrangig das Ergebnis von nichttarifären Handelshemmnissen in Südkorea.

Es ist auch kein Zufall, dass ein Hersteller wie General Motors seine Entscheidung, den neuen, kleinen SUV in Europa, um genau zu sein, in der Fabrik in Antwerpen zu bauen, zurücknimmt, und stattdessen das gesamte Projekt nach Südkorea verlagert. Diese Entscheidung ist direkt auf das bevorstehende Freihandelsabkommen mit Südkorea zurückzuführen. Herr Kommissar, ich glaube nicht, dass wir das akzeptieren und es einfach unter den Teppich kehren können, indem wir behaupten, dass dies für viele andere Sektoren in Europa von Nutzen sein wird.

Ich glaube, dass wir noch viel Zeit haben, um unsere Automobilindustrie an diese Situation anzupassen, und Sie haben völlig zu Recht auf die Schutzklausel verwiesen. Ich akzeptiere, dass es diese Schutzmaßnahmen gibt, aber wir fordern in erster Linie, dass die Auswirkungen dieses Abkommens auf unsere Automobilindustrie untersucht werden. Die Zahlen und die Tendenzen sind viel zu alarmierend. Die reale Situation ist jedenfalls – und das wissen Sie besser als ich –, dass die US-Regierung derzeit mit den Südkoreanern verhandelt, um Anpassungen an ein ähnliches Abkommen vorzunehmen, das zwischen ihnen besteht.

Herr De Gucht, Sie dürfen nicht vergessen, dass die Automobilindustrie immer noch Europas wichtigster Industriesektor ist. Wir sprechen über eine Menge Arbeitsplätze, die zurzeit unter einem enormen Druck stehen. Meiner Meinung nach dürfen wir nicht zulassen, dass weitere Arbeitsplätze gefährdet werden, und wir bitten Sie daher dringlichst, zusätzliche Garantien in dieses Abkommen aufzunehmen.

David Martin, im Namen der S&D-Fraktion. – Herr Präsident, ich glaube, dass das koreanische Freihandelsabkommen aus drei Gründen von Bedeutung ist. Zunächst ist es, wie Sie aufgezeigt haben, ein Abkommen mit Vorteilen sowohl für die Wirtschaft Koreas als auch für die der Europäischen Union. Es ist gut für Verbraucher, es ist gut für Arbeitsplätze und, wie Sie zu Recht sagten, es birgt das Potenzial, 19 Milliarden zu unseren Handelsströmen mit Korea hinzuzufügen.

Zweitens statuiert es angesichts der Aussprache, die wir eben hatten, im Rahmen der derzeitigen globalen Finanzkrise ein sehr positives Exempel. Wenn zwei große Wirtschaften wie die Europäische Union und Korea ein Freihandelsabkommen vereinbaren können, dann stellt dies einen Impuls für andere Partner dar. Zum Beispiel zeigt Japan viel mehr Interesse an Wirtschaftsbeziehungen mit der Europäischen Union, als dies noch vor ein paar Jahren der Fall war, und dies ist zum Teil bedingt durch das Abkommen mit Korea.

Und plötzlich sehen sich die Koreaner den USA wieder gegenüber, die an ihre Tür klopfen, weil sie das KORUS-Abkommen wieder in Gang bringen wollen.

Der dritte, zwar beschränktere Grund, den meine Kolleginnen und Kollegen im Parlament aber hoffentlich berücksichtigen werden, ist, dass dies für das Parlament von Bedeutung ist, denn viele in meinem Bericht aufgestellten Forderungen wurden von der Kommission erfüllt. Aus zeitlichen Gründen kann ich sie nicht alle ansprechen, aber ich möchte Ihnen drei oder vier Beispiele geben.

Erstens haben wir in meinem Bericht ausgeführt, dass wir einen wesentlich besseren Zugang zum koreanischen Agrarmarkt brauchen. Nun, in den ersten sieben Jahren dieses Abkommens werden die koreanischen Agrarzölle um 75% sinken; wir forderten, dass unsere geografischen Angaben geschützt werden. Als Folge dieses Abkommens mit Korea werden unser Whisky, unser Champagner, unser Wein, unser Schinken und so weiter geschützt. Und sie sind nicht unbedeutend, wie einer meiner Kollegen sagte. Schottischer Whisky wird bereits jährlich im Wert von 137 Millionen GBP auf dem koreanischen Markt verkauft. Mit diesem Abkommen könnte es daher einen bedeutenden Zuwachs geben.

Wir forderten, nichttarifäre Handelshemmnisse in Angriff zu nehmen, und dies wird für die Automobilindustrie von besonderem Nutzen sein. Wir forderten einen verbesserten Handel mit Umweltgütern. Nun, im Rahmen dieses Abkommens können Umweltgüter und -dienstleistungen nach drei Jahren nahezu zollfrei auf dem koreanischen Markt gehandelt werden, und die Umweltgüter und -dienstleistungen Koreas werden zollfreien Zugang zu unserem Markt haben.

Vom Parlament wurden verbesserte soziale und ökologische Standards gefordert. Nun, seit Beginn der Verhandlungen hat Korea vier IAO-Übereinkommen unterzeichnet. Zudem wird als Ergebnis dieses Abkommens das koreanische Forum für Handel und nachhaltige Entwicklung eingerichtet, wodurch die Vertreter der Zivilgesellschaft in Korea gewährleisten können, dass eine größere Marköffnung von höheren Arbeits- und Umweltstandards begleitet wird.

All dies hat das Parlament gefordert. Es wäre irrsinnig und abwegig, wenn wir nun, wo wir dies erreicht haben, uns davon abwenden würden.

Handelt es sich um ein perfektes Abkommen? Nun, natürlich nicht. Es enthält Punkte, die ich nicht hätte aufnehmen wollen. Natürlich gibt es die, denn Verhandlungen sind ein Geben und Nehmen. Aber ist es insgesamt gesehen ein gutes Abkommen für Europa? Ja. Ist es ein gutes Abkommen für Korea? Ja. Ist es potenziell ein gutes Abkommen für die Weltwirtschaft? Ja. Wir sollten daher nicht wankelmütig sein: Wir sollten weitermachen und es unterzeichnen.

Niccolò Rinaldi, *im Namen der ALDE-Fraktion.* – (IT) Herr Präsident, Herr Kommissar, meine Damen und Herren, dies ist ein klassisches Thema, bei dem die europäischen Institutionen ihr Ansehen bei Industriellen, Arbeitnehmern und bei den europäischen Verbrauchern riskieren.

Ein Freihandelsabkommen ist als Grundstein für Stabilität und als Grundstein für den weltweiten Wohlstand immer begrüßenswert, erst recht, wenn es sich dabei um die erste erfolgreiche bilaterale Handelspolitik für die Europäische Union nach Jahren der Enttäuschung handelt. Vielleicht hat es jedoch eben aus diesem Grund eine gewisse Eile bei dem Abschluss des Abkommens gegeben. Es erscheint beinahe so, als ob die Kommission versucht war, dieses Abkommen um jeden Preis zum Abschluss zu bringen.

Für uns in der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa stellt die Zollrückerstattung, auch wenn sie für die Welthandelsorganisation akzeptabel ist und auch wenn sie bereits umgesetzt wird, in der Tat eine Exportsubvention dar, und eine Lockerung der Ursprungsregel ist ein Rückschritt in Bezug auf die Transparenz. Diese beiden Grundsätze werden bald einen Präzedenzfall für unsere anderen Handelspartner darstellen. Wir wissen, dass die Kommission hart verhandelt hat, aber wie ein koreanisches Sprichwort sagt: „Auch die Besten machen Fehler“.

Wir haben häufig gehört, dass die Kommission ihre Fähigkeit verliert, die rechtmäßigen Interessen der Erzeuger, der Arbeitnehmer und der Verbraucher zu schützen, und irgendetwas ist sicherlich schief gelaufen bei der Kommunikation mit beiden Seiten der Industrie im Zuge einer Verhandlung, die zuweilen aufgrund mangelnder Transparenz in die Kritik geriet.

Jeder europäische Bürger erwartet von uns, der Kommission und dem Parlament, dass wir politisches Feingefühl zeigen. Der europäischen Industrie geht es nicht gut, und es ist sinnlos, dass einige Mitgliedstaaten dem Automobilssektor Subventionen gewähren, was ich übrigens völlig ablehne. Andererseits laufen wir Gefahr, mit diesem Abkommen Subventionen für koreanische Exporte einzuführen.

Wir wissen alle, dass diese Abkommen kompliziert sind und dass es auch viele begrüßenswerte Vorteile gibt: das Ende koreanischer Zollgebühren, die Anerkennung europäischer Zertifizierungen, neue Möglichkeiten für europäische Dienstleistungen, der Schutz geografischer Angaben. Nicht zuletzt aus diesem Grund möchte ich nicht denselben Weg einschlagen wie die Vereinigten Staaten, wo ein Abkommen mit Korea seit Jahren auf die Ratifizierung wartet und wo einige sogar den Automobilssektor erneut zum Thema machen wollen.

Dies ist die Forderung der Kommission: Der Wortlaut des Abkommens muss Teil eines Gesamtpakets sein, das aus drei Dokumenten besteht, nämlich dem Freihandelsabkommen, das zur Ratifizierung vorgelegt werden soll, den Durchführungsmaßnahmen, insbesondere in Bezug auf Zollrückerstattungen, und der Verordnung über die Schutzklausel. Falls möglich, würde ich auch die Option des Zugangs zum Fonds für die Anpassung an die Globalisierung für Gebiete hinzufügen, die von diesem Abkommen betroffen sein könnten.

Herr Kommissar, wir möchten, dass all diese Dokumente enthalten sind und wir sind der Auffassung, dass im Rahmen des ordentlichen Gesetzgebungsverfahrens, das durch den Vertrag von Lissabon eingeführt

wurde, vor allem jede Art von Übergangsabkommen auszuschließen ist, gegen das wir uns aufgrund unseres Wunsches nach Zusammenarbeit stellen würden.

Yannick Jadot, *im Namen der Verts/ALE-Fraktion.* – (FR) Herr Präsident, wie Sie sagten, setzt das Abkommen neue Akzente. Das Abkommen setzt neue Akzente, aber nicht unbedingt in der Art, wie wir uns das vorstellen. In der Tat sieht man am Ergebnis der Verhandlungen vielleicht zum ersten Mal, dass es Verlierer gibt. Dies wird nur im Rahmen von Wirtschaftsverhandlungen mit Dritten akzeptiert. Es wurde nicht im Rahmen der Strategie von Lissabon und nicht im Rahmen einer Industriepolitik entschieden, wer in Europa bei einer offenen Handelsbeziehung ins Hintertreffen geraten würde.

Zweitens setzt dieses Abkommen neue Akzente, weil die Agrarsektoren im Allgemeinen in Wirtschaftsverhandlungen Widerstand leisten und die Industriesektoren zufrieden sind. In diesem Fall ist das Gegenteil der Fall. Zum ersten Mal sind es buchstäblich die großen Industriesektoren, die sich über die von Europa getroffenen Entscheidungen beklagen.

Drittens setzt dieses Abkommen neue Akzente, weil Sie auf eine Reduzierung der Zollgebühren in Höhe von 1,6 Milliarden EUR verweisen, was uns auf dem koreanischen Markt zugute kommen wird. Aber was bedeuten diese Zahlen? Ich bin ein gewählter Vertreter für die Region Westfrankreich, genauer gesagt für die Bretagne. Wenn Sie die Bretagne besucht haben, Herr De Gucht, dann wissen Sie, dass Grünalgen und die Grundwasserverschmutzung bedingt durch die Intensivierung der Schweinezucht ein großes Problem darstellen.

Nun wird uns gesagt, dass wir durch den Handel mit Südkorea an Schweinen eine geringe Summe verdienen können. In der Region, die ich vertrete, besteht die Wirklichkeit darin, dass diese Intensivierung der Schweinezucht zu einem Verlust von Arbeitsplätzen, Wertschöpfung und Tourismus führt, und folglich sind wir in meiner Region die Verlierer bei diesem Abkommen. Vielleicht gewinnen die Menschen in Ihrer Gesamtberechnung, aber in einer Region wie meiner verlieren die Menschen.

Schließlich setzt dieses Abkommen neue Akzente, weil zum ersten Mal eine ökologische Ausnahmeregelung gefordert wird. Es wird uns ständig erzählt, dass Europa fraglos der unangefochtene Anführer im Kampf gegen den globalen Klimawandel ist. Die Wahrheit ist, dass wir Ausnahmen mit Südkorea über CO₂-Emissionen von Fahrzeugen verhandeln müssen, weil die Automobillobby in Europa sehr einflussreich ist, wenn es darum geht, Fristen für die Einführung von Beschränkungen der CO₂-Emissionen zu verschieben, und weil sie jetzt gezwungen ist, Ausnahmeregelungen im Ausland zu erreichen.

Wenn es um eine industrielle Strategie geht, eine Strategie für unsere Unternehmen und für die wirtschaftliche Wahl, sehen wir daher wieder einmal deutlich, dass Europa dieses Abkommen eher erduldet, als es zu gestalten. Sie haben von der Lissabon-Strategie, der grünen Wirtschaft und von Innovation gesprochen. Mir wird nicht deutlich, wie diese Themen in diesem Abkommen gefördert werden.

Abschließend möchte ich sagen, dass Ihr Ansatz zur Diskussion von Themen häufig sehr ausgewogen ist, sobald jedoch über Steuern gesprochen wird, dann plötzlich ... Zur Kohlenstoffsteuer an Grenzen, die während Ihrer Anhörung zur Sprache kam, und jetzt zur Tobin-Steuer wette ich mit Ihnen, Herr De Gucht, dass die Kommission vor Ablauf Ihres Mandats mit Nachdruck ihre Stimme zur Tobin-Steuer erheben werden muss, weil sie jetzt ein wesentliches Instrument für die Regulierung der Finanzmärkte darstellt.

James Nicholson, *im Namen der ECR-Fraktion.* – Herr Präsident, ich möchte zunächst die Gelegenheit nutzen, um Sie, Herrn Kommissar, zu Ihrer neuen Stelle zu beglückwünschen und Ihnen eine sehr erfolgreiche Amtszeit zu wünschen. Zudem möchte ich die Gelegenheit wahrnehmen, um diese Aussprache, die wir hier heute Abend führen und in der einiges offen ausgesprochen wird, zu begrüßen.

Tatsache ist, dass die Verhandlungen langwierig waren, und ich begrüße daher ausdrücklich die Aussage des Kommissars, dass er darauf hofft, diese in Kürze zu Ende zu bringen.

Die Unterzeichnung dieses Abkommens wird sowohl Europa als auch Korea enorme Vorteile bringen. Ich weiß, dass es Bedenken gibt, und ich habe diese Bedenken angehört. Heute Abend wurden die Bedenken zur Automobilindustrie vorgebracht. Aber wissen Sie, wenn wir uns von der Automobilindustrie abhängig machen – und wir werden sie in jeder Beziehung verteidigen –, dann glaube ich, dass wir uns damit dem falschen Bereich zuwenden. Soweit es mich betrifft, wäre General Motors zudem sicherlich nicht der wichtigste Akteur auf meinem Gebiet.

Ich teile diese Bedenken, und ich teile zum Teil die ernsthaften Sorgen, die von vielen geäußert wurden, und kann sie nachvollziehen. Aber ich glaube, dass die Chance diese Sorgen wettmacht, und ich glaube, dass wir mit ständiger Zurückhaltung gar nichts erreichen werden.

Also müssen wir die Chancen sehen und ergreifen, und die negativen Aspekte auslassen. Wir dürfen nicht vergessen, dass dieses Abkommen auch einen politischen Inhalt hat, weil im Norden von Südkorea ein sehr aggressiver Feind sitzt, und ich glaube, dass wir auch eine Botschaft dahingehend aussenden, wen wir unterstützen.

Daher müssen wir alles daran setzen, um die Hindernisse einzureißen, die in dieser speziellen Region bestehen. Das Abkommen wird zeigen, dass wir den Fortschritt befürworten.

Ich hatte die Gelegenheit, in diese Region zu fahren, und ich weiß, dass die Menschen in diesem Gebiet sehr stark fortschrittlich und progressiv ausgerichtet sind. Wenn Sie eine Gegend wie Kaesong besuchen, ist es eindeutig ersichtlich, dass eine gegenseitige Unterstützung zwischen dem Norden und dem Süden besteht. Ich finde, dass dies eine riesige Chance für uns ist, voranzukommen.

Ich möchte der Kommission folgende Fragen stellen: Erstens, wie würde sie sich zur Bestimmung der Streitschlichtungsmaßnahme äußern und wie wird dies in der Praxis funktionieren? Wie schnell werden wir insbesondere in der Lage sein, diese Maßnahme im Falle einer ernsthaften Marktzerüttung zu nutzen?

João Ferreira, im Namen der GUE/NGL-Fraktion. – (PT) Herr Präsident, Herr Kommissar, wir haben die verhängnisvolle Konsequenz der Liberalisierung des Weltmarktes für zahlreiche Sektoren der Wirtschaftstätigkeit angeprangert, insbesondere in einigen Mitgliedstaaten und Regionen, die am stärksten von diesen Sektoren abhängig sind. Wir sprechen hier von der Zerstörung von produktiver Tätigkeit und Arbeitsplätzen, einer gravierenden Auswirkung auf die Schaffung und Verteilung von Wohlstand, einer zunehmenden Abhängigkeit von ausländischen Märkten, chronischen und zunehmenden Unausgewogenheiten beim Handel; kurz gesagt, von einem wirtschaftlichen und sozialen Zusammenbruch.

Wir sprechen auch vom Angriff auf die Rechte der Arbeitnehmer, von Sozial-Dumping, von der Zerstörung von Millionen von kleinen Produzenten und vielen Klein- und Mittelbetrieben. Dies sind Folgen der schrittweisen Liberalisierung des internationalen Handels, die deren Befürworter nicht übersehen können. Ich verweise hier auf die Bekleidungs- und Textilindustrie, die besonders von diesem Abkommen betroffen ist, und eine Studie der Generaldirektion für Beschäftigung und dem Eurofund, in der Szenarien vorgestellt werden, die einen Abbau von 20 bis 25% der Arbeitsplätze in der Gemeinschaft bis 2020 vorsehen, wobei ein Szenario eingeräumt wird, in dem in diesem Sektor 50% der Arbeitsplätze verloren gehen. Ich verweise auch auf Sektoren, wie die Elektronik- und die Komponentenfertigungsindustrie im Automobilsektor, die hier bereits erwähnt wurden. Diese Beschwerden geben Anlass zu Fragen, die weiterhin unbeantwortet bleiben.

Welche Maßnahmen werden ergriffen, um diese Sektoren zu schützen und mehr zu tun, als die Auswirkungen von Arbeitsplatzverlusten zu mildern? Welche Schutzmechanismen und Absicherungen gibt es gegen aggressive Exporte? Wann und wie werden wir eine Möglichkeit haben, effektiv gegen die Verlagerung von Unternehmen vorzugehen? Dem Vorschlag dieser Fraktion entsprechend wird der Haushaltsplan 2010 eine neue Haushaltsrubrik für Maßnahmen in der Textil- und Schuhindustrie vorsehen und ein Gemeinschaftsprogramm für diesen Sektor schaffen. Welche zentralen Elemente enthält dieses Programm?

Herr Kommissar, es müssen dringend faire Wirtschaftsbeziehungen geschaffen werden. Diese müssen eher den Menschen und deren Ländern zu Diensten sein als bestimmten Wirtschaftsgruppen oder denen, die die Europäische Union finanzieren. Das Recht eines jeden Landes zu schützen, in nachhaltiger Weise zu produzieren, war für die Zukunft im Namen einer neuen wirtschaftlichen, sozialen, energieorientierten und ökologischen Vernunft wichtig, welche das neoliberale Modell nicht nur nicht vorsieht, sondern sogar unmöglich macht.

Anna Rosbach, im Namen der EFD-Fraktion. – (DA) Herr Präsident, ich sehe dies nicht so, wie mein Vorredner. Ich begrüße sogar das Freihandelsabkommen mit Südkorea. Soweit ich beurteilen kann, liegt es eindeutig im Interesse der EU, eine so enge Beziehung wie möglich zwischen Europa und den demokratischen Ländern Asiens, einschließlich Südkorea, zu fördern.

Es hat lange Zeit wegen des Protektionismus ein Ungleichgewicht beim Handel zwischen Europa und Südkorea gegeben, zwischen der EU mit ihrem freien Handel und Südkorea mit seinem Protektionismus. Vor einigen Jahrzehnten war Südkorea eine Agrargesellschaft; es hat sich schnell zu einer Industriegesellschaft entwickelt,

in der jetzt 81% der Bevölkerung in Stadtgebieten leben. Das Land ist jetzt die elftgrößte Wirtschaft der Welt und der viertgrößte Handelspartner der EU.

Südkorea ist ein bedeutender Verbündeter in einem strategisch wichtigen Gebiet. Laut Vorhersagen wird das Land in einem Jahrzehnt eine noch dominierendere Stellung im High-Tech-Sektor einnehmen.

Südkorea steht in Konkurrenz zu dem Wirtschafts- und Militärriesen im Norden, China, der gleichzeitig der wichtigste Handelspartner des Landes ist. Was den Wettbewerb betrifft, so verfügt China über eine beinahe unerschöpfliche Quelle in Form von billigen Arbeitskräften. Folglich ist China beim Handel auch der größte Konkurrent des Landes. Durch die Auflage von Qualitätsanforderungen für Südkorea kann die EU erreichen, dass die Güter des Landes besser für den Export in die USA und nach Europa geeignet sind – viel besser als die aus China, und ich gehe davon aus, dass wir alle daran interessiert sind, dies umzusetzen.

Dieses Freihandelsabkommen wird, wie bereits erwähnt, Zölle im Wert von 1,6 Milliarden EUR pro Jahr beseitigen. Das mag im Allgemeinen eine sehr gute Sache sein, aber für mich stellt sich die Frage, ob der Handel und die Industrie in Südkorea ausreichend liberalisiert wurden und ob der Fahrplan für das Freihandelsabkommen eingehalten werden kann, wenn man bedenkt, dass Südkorea bestimmten Industrien wie der Pharmaindustrie und dem Elektroniksektor nach wie vor außerordentliche Subventionen bereitstellt.

Peter Šťastný (PPE). – Herr Präsident, in den letzten Monaten hat die EU mehrere Veränderungen und Übergangsphasen durchlaufen. Wir hatten drei Kommissare für den internationalen Handel, zwei EU-Ratspräsidenten und den Vertrag von Lissabon.

In dieser Zeit habe ich mit allen hohen Beamten über die Notwendigkeit diskutiert, das Freihandelsabkommen zwischen der EU und Südkorea zu überarbeiten, um die unzufriedenen Industrien, insbesondere die Automobilindustrie der EU mit ins Boot zu nehmen.

Die stärksten Argumente waren in erster Linie die Sicherung von Zollrückerstattungen und nichttarifäre Handelshemmnisse. Als der neue Kommissar bei den Anhörungen auf meine Frage antwortete, dass man die Zollrückerstattungen näher betrachten müsse, war ich optimistisch. Sogar die USA haben ihr Freihandelsabkommen mit Südkorea teilweise wegen ähnlicher Einwendungen seitens der Automobilindustrie auf die lange Bank geschoben.

Dies ist das erste große Freihandelsabkommen. Dies ist eine Vorlage. Wir müssen es richtig machen. Es muss für beide Parteien gleiche Ausgangsbedingungen geben. Bitte verstehen Sie mich nicht falsch. Ich bin ein starker Befürworter von Freihandelsabkommen. Ich verstehe deren positive Auswirkung auf das Bruttoinlandsprodukt und auf die Beschäftigung, aber wir sollten auch verstehen, dass die Gewinne sinken, wenn der Wettbewerbsvorteil einseitig ist, und sich im schlimmsten Falle sogar ins Negative verkehren könnten.

Die Beschäftigten in der EU haben etwas Besseres verdient. Vielleicht sollten wir uns an unseren transatlantischen Partner wenden und gemeinsam kleine Anpassungen fordern, die zumindest diese Industriekonzerne zum Teil zufrieden stellen würden, und neue Freihandelsabkommen so schnell wie möglich umsetzen. Es wird immer jemanden geben, der unzufrieden ist, aber insgesamt müssen Freihandelsabkommen einen Nutzen für die Bürgerinnen und Bürger auf beiden Seiten haben. Es liegt in meiner Verantwortung, die Situation zu überwachen und sicherzustellen, dass meine Wähler und die Bürgerinnen und Bürger der EU ein faires Abkommen erhalten.

Kader Arif (S&D). – (FR) Herr Präsident, Herr Kommissar, meine Damen und Herren, im September haben wir bereits im Plenum über das Freihandelsabkommen zwischen der Europäischen Union und Südkorea diskutiert. Da gab es bereits viele unter uns, die ihre Ängste über negative Auswirkungen dieses Abkommens zum Ausdruck brachten, insbesondere im Hinblick auf den Automobilsektor. Wir haben nicht gedacht, dass die Fakten uns so schnell Recht geben würden.

Am 21. Januar verkündete Opel die Schließung des Werks in Antwerpen, deren Produktionsaktivitäten nach Südkorea verlagert werden. Sollen wir glauben, dass diese Entscheidung nichts mit dem Freihandelsabkommen zu tun hat, das gerade verhandelt wurde? Gestatten Sie mir, hier eine Verbindung zu sehen. In dieser Zeit der Wirtschaftskrise, in der die Arbeitnehmer die ersten sind, die für die Fehler der Finanzleute bezahlen müssen, hat die Kommission die Pflicht, jetzt stärker als zuvor, bei der Verhandlung von Abkommen die Auswirkungen auf Arbeitsplätze in Betracht zu ziehen.

Es ist nicht mehr möglich, diesen Arbeitnehmern eine vereinfachende Antwort zu geben, wenn wir ganz genau wissen, dass es für sie sehr schwer sein wird, eine neue Arbeit zu finden. Wir können ihnen nicht

sagen, dass der internationale Handel ein Spiel mit Gewinnern und Verlierern ist und dass sie leider diejenigen sind, die geopfert werden, und dass wir daran nichts ändern können.

Wir erwarten heute Antworten von Ihnen, Herr Kommissar. Zunächst möchten wir wissen, ob Ihre Generaldirektion die Auswirkungen dieses Abkommen auf Arbeitsplätze in Europa evaluiert hat, denn ich muss Ihnen sagen, dass die Zahl, die gierig verkündet wurde, die 19 Milliarden Euro Gewinn, die europäische Exporteure machen sollen, uns nicht überzeugt. Woher stammt diese Zahl? Auf welcher Studie basiert sie? Wurden neben den zu erwartenden positiven Effekte auch die negativen Effekte in Betracht gezogen?

Die Kommission hat einen Entwurf für eine Verordnung über die Methoden zur Umsetzung von Schutzmaßnahmen im Rahmen dieses Abkommens vorgelegt. Diese Methoden beziehen sich insbesondere auf Zollrückerstattungen, ein Vorteil, der nie zuvor gewährt wurde, nicht einmal an unsere aufstrebenden Handelspartner. Die vorgelegten Vorschläge bringen komplizierte Verfahren für die Berufung auf und die Durchsetzung von Schutzklauseln mit sich.

Dennoch bin ich beruhigt, denn zum allerersten Mal wird das Parlament bald in der Lage sein, im Rahmen des ordentlichen Gesetzgebungsverfahrens seine Meinung zu diesem Text zu bekunden. Ich möchte jedoch herausstellen, dass das Beschäftigungsproblem für Europa nicht durch mildernde Maßnahmen gelöst werden wird, die von Fall zu Fall getroffen werden. Aus diesem Grund fordere ich zusammen mit meiner ganzen Fraktion, dass endlich eine echte europäische Industriepolitik, eine Politik, die eine wahrhaftige Strategie für die Zukunft unserer Industrien darstellt, erarbeitet wird.

Im Rahmen der Wirtschaftskrise und des verschärften globalen Wettbewerbs muss diese Industriepolitik effektiv mit der gemeinschaftlichen Handelspolitik koordiniert werden, so dass unsere Freihandelsabkommen nicht zu einem Verlust von Arbeitsplätzen in Europa führen.

Zudem erwarten wir in einer zweiten Angelegenheit eine Klarstellung, nämlich zum Protokoll über kulturelle Zusammenarbeit, das in das Abkommen eingebunden ist. Mehrere Mitgliedstaaten haben sehr schroff auf den Beginn der Verhandlungen mit Korea reagiert, einem Land, welches das UNESCO-Übereinkommen über den Schutz und die Förderung der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen nicht ratifiziert hat.

Ich verurteile den Grundsatz an sich, zu diesem Thema Verhandlungen zu starten, und ich bin der Ansicht, dass kulturelle Themen losgelöst von Wirtschaftsverhandlungen betrachtet und dem Kommissar für Kultur übertragen werden sollten, damit dieses Thema nicht zum Verhandlungsgegenstand derselben Gattung wird wie traditionelle Güter und Dienstleistungen.

Zum Abschluss, Herr Kommissar, Sie wissen, wie wichtig es für Mitglieder des Europaparlaments ist, umfassend über anstehende Verhandlungen informiert und in allen Phasen beteiligt zu sein, einschließlich ab dem Punkt, an dem das Verhandlungsmandat definiert wird. Wenn wir unsere Schwierigkeiten der Annäherung beiseite lassen, möchte ich darauf hinweisen, dass eine bessere Information des Parlaments im Vorfeld es uns erleichtert hätte, die verfolgte Strategie zu verstehen.

Daher vertraue ich darauf, dass ich auf Ihre Unterstützung und auf die Ihrer Kommission zählen kann, uns bei unserer zukünftigen Arbeit zu helfen, wobei jeder Einzelne im Rahmen seiner Verantwortung tätig wird, aber stets zu Gunsten einer Handelspolitik, die offensichtlich stärker europäisch ausgerichtet ist, aber die vor allem gerechter ist.

Der Präsident. – Danke, Herr Arif, aber die Dolmetscher haben immer noch Probleme, Ihnen zu folgen. Sie geben mir ständig Zeichen, um mir zu sagen, dass Sie Ihnen nicht folgen können. Es ist schön und gut, eine lange Rede zu halten, viel länger als es die Redezeit erlaubt, aber Tatsache ist, dass sie nicht gedolmetscht wurde.

Daher verfolgen nur Sie und diejenigen, die in diesem Parlament französisch sprechen, was Sie sagen.

Ramon Tremosa i Balcells (ALDE). – Herr Präsident, der Vorschlag für ein Freihandelsabkommen zwischen der Europäischen Union und Südkorea wurde von der katalanischen und der europäischen Automobilindustrie als unfair und unausgewogen beurteilt.

Diese Industrie und auch der europäische Textilsektor haben ihre Bedenken über spezielle Punkte wie das Zollrückerstattungssystem und die Schutzklausel geäußert. Auch der Europäische Gewerkschaftsverband hat dieses Freihandelsabkommen kritisiert. Südkorea hat keines der wichtigen Übereinkommen der Internationalen Arbeitsorganisation ratifiziert. Südkorea unterdrückt nach wie vor die Rechte von Gewerkschaften.

Ferner sind wir uns bewusst, dass es für dieses Freihandelsabkommen mit Südkorea eine eindeutige Teilung im Kollegium der Europäischen Kommission und auch bei den Diensten der Europäischen Kommission in Bezug auf das Zollrückerstattungssystem gab, insbesondere zwischen der GD Steuern und Zollunion und der GD Handel.

Der GD Steuern und Zollunion zufolge schafft das Zollrückerstattungssystem eine wirtschaftliche Verzerrung, da es sich hierbei in Wirklichkeit um eine Exportsubvention handelt. Dies würde einen eindeutigen Wettbewerbsvorteil zugunsten der koreanischen Industrie gegenüber der europäischen Industrie innerhalb der Europäischen Union schaffen.

Dieselbe koreanische Förderagentur für Handelsinvestitionen hat diesen Vorteil mit mindestens 1 300 Euro pro Auto beziffert. Hält die neue Kommission dieses Freihandelsabkommen somit für eine fairen Handelsabkommen? Wird die neue Kommission dem Parlament eine umfassende, aktuelle Bewertung der Auswirkungen sowie Analysen über das Zollrückerstattungssystem vorlegen?--

Paweł Zalewski (PPE). – (PL) Herr Präsident, wir diskutieren heute ein sehr wichtiges Abkommen, das als Modell für Abkommen mit anderen Ländern im Fernen Osten dienen wird, daher sind sorgfältige Überlegungen und Analysen erforderlich. Wir dürfen uns nicht unter Druck setzen lassen und übereilt handeln. Ich unterstütze den freien Wettbewerb, und ich glaube, dass dessen Einfluss auf die Stabilisierung der politischen Situation und auf wirtschaftliche Entwicklungen außer Frage steht, aber es muss ein ausgewogener Wettbewerb sein, der auf Wettbewerb zwischen Technologien oder Herstellkosten eines Produkts basiert und nicht auf Instrumenten, wie der Zollrückerstattung, die im Abkommen aufgeführt ist und, offen gesagt, nur den Interessen einer Partei dient.

Wir haben eine Wirtschaftskrise und wir müssen heute ein besonders feines Gespür für die Situation in Europa haben – wir müssen besondere Verantwortung für die Zukunft der europäischen Industrie übernehmen. Es geht hier nicht nur um die Automobilindustrie, sondern auch um die Elektronik- und Textilindustrie. Zahlreiche Industriezweige, davon viele in Polen, beklagen sich über dieses Abkommen. Daher bin ich überzeugt, dass wir folgendermaßen vorgehen sollten. Zunächst müssen wir uns der Auswirkungen des Abkommens sicher sein und dazu sollten wir auch mit jenen Industrien zusammenarbeiten, die Bedenken zum Abkommen angemeldet haben, und nicht nur mit jenen, die denken, dass sie bei diesem Abkommen gewinnen werden. Ich erwarte, dass die Kommission eine sehr umfassende Analyse über die Konsequenzen der Umsetzung dieses Abkommens erarbeiten wird. Zweitens müssen wir die Schutzmaßnahmen sehr sorgfältig betrachten und wie wir sie formulieren können, so dass das Abkommen tatsächlich für beide Seiten, nicht nur für Südkorea, vorteilhaft wird. Drittens können wir dieses Abkommen nicht vorläufig einführen, bevor das Parlament sicher ist, dass es für alle Länder der Europäischen Union von Vorteil ist und keinerlei ungerechtfertigten Vorteil für die koreanische Industrie darstellt.

Vital Moreira (S&D). – (PT) Herr Präsident, ich möchte gerne dem Kommissar, der für den Handel verantwortlich ist, zwei Fragen zur Bedeutung der Wirtschaftspolitik der EU stellen. Seit dem Start der Global-Europe-Strategie im Jahre 2006, die zum Ziel hat, die Rolle des internationalen Handels in der Wirtschaftsstrategie der Europäischen Union zu stärken, ist dies das erste und einzige Freihandelsabkommen, das verhandelt wurde, wenn auch noch nicht ratifiziert, in dem die Handelspartnerschaft von Bedeutung war.

Wie sieht die Kommission angesichts der Ziele der Global-Europe-Strategie ihre eigene Rolle und die dürftigen erzielten Ergebnisse? Zieht die Kommission in Erwägung, dass die Glaubwürdigkeit ihrer eigenen Handelspolitik in diesem Vertrag gefährdet ist und dass diese Glaubwürdigkeit auch von der Ratifizierung und Zustimmung durch das Parlament abhängig ist?

Zweitens ist an diesem Vertrag nur ein Land beteiligt, also handelt es sich um ein bilaterales Abkommen. Wir wissen, dass das ehrgeizige multilaterale Abkommen im Rahmen der Welthandelsorganisation quasi auf der Stelle tritt ohne unmittelbare Perspektiven. Die diversen regionalen Abkommen, die von der Europäischen Union vorgeschlagen wurden, sind beinahe überall gescheitert oder haben eindeutig keine echten Chancen. Bedeutet dies alles in allem, dass dieses bilaterale Abkommen das Scheitern der Investitionen der EU in bilaterale und regionale Abkommen bezeugt und dass wir von nun an zu Bilateralismus verurteilt sind?

Pablo Zalba Bidegain (PPE). – (ES) Herr Präsident, Herr Kommissar, die Position der Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten) ist sehr klar, wenn es um die Handelspolitik der Europäischen Union geht. Wir sind entschiedene Vertreter des freien Handels und es ist sicherlich grundlegend, dass Europa weiterhin Handelsabkommen mit anderen Ländern verhandelt, weil diese neue Möglichkeiten für europäische

Firmen bieten, das heißt, neue Arbeitsplätze, die angesichts der derzeitigen ernsten Wirtschaftskrise stark benötigt werden.

Ihre Worte, Herr Kommissar, möchte ich sehr, weil ich auch denke, dass es äußerst wichtig ist, dass diese Abkommen genügend Garantien enthalten, um zu vermeiden, dass Klauseln unterzeichnet werden, die unausgewogen und ungerecht für die europäische Industrie sind.

Das Abkommen mit Südkorea wurde von der Kommission als erstes in einer neuen Generation von ehrgeizigeren Handelsabkommen für Europa vorgelegt, daher die Bedeutung dieses Abkommens. Es stellt sich nicht die Frage, ob es ein kleines Land ist oder nicht; es geht darum, unsere Verhandlungsfähigkeit bei zukünftigen Abkommen mit viel größeren Ländern nicht zu schwächen.

Daher sind wir nicht gegen das Freihandelsabkommen mit Südkorea; wir wollen jedoch, dass einige Absätze strenger untersucht werden, die unserer Ansicht nach unfaire Wettbewerbsnachteile für bestimmte europäische Industriesektoren schaffen und koreanischen Erzeugern einen unfairen Vorteil liefern.

Herr Kommissar, ich möchte, dass Sie mir eindeutig erklären, warum die Schutzklausel für das Zollrückerstattungssystem in fünf Jahren in Kraft tritt. Bei der letzten Gelegenheit, als wir miteinander sprachen, sagten Sie, dass der Grund darin bestand, dass die Zölle auf Fahrzeuge auch nach fünf Jahren abgeschafft würden.

Das Abkommen legt fest, dass Zölle für Fahrzeuge, die mehr als fünf Tonnen wiegen, nach fünf Jahren abgeschafft werden. Aber für Fahrzeuge, die weniger als fünf Tonnen wiegen, also alle Standard-Fahrzeuge, wird der Zollltarif von 10% in drei Jahren abgeschafft. Was ist der Grund für diesen zweijährigen Zeitablauf?

Ich hätte auch gerne mehr Details zu eventuellen Aktualisierungen in Bezug auf diesen Aspekt, den Sie erwähnten. Welchen Sinn macht es, diese Probleme *ex post* zu korrigieren, wenn der einzige Grund für eine Schutzklausel der ist, mögliche negative Konsequenzen vorwegzunehmen?

Evelyn Regner (S&D). - Herr Präsident! EU-Freihandelsabkommen sollten grundsätzlich nur mit jenen Ländern abgeschlossen werden, die die Menschenrechte voll respektieren. Zum kleinen Einmaleins gehört für mich, dass die ILO-Kernarbeitsnormen umgesetzt sind, aber vor allem auch eingehalten werden. Die nun enthaltenen *labour clauses* sind deshalb gut, aber nicht gut genug. Gerade in den letzten Monaten gab es in Korea Fälle, in denen grundlegende Gewerkschaftsrechte verletzt worden sind, etwa das Recht auf Kollektivvertragsverhandlungen bzw. das Koalitionsrecht. Während des gesamten Verhandlungsprozesses haben die europäischen Gewerkschaften, vor allem die Metallgewerkschaften, darauf hingewiesen, insbesondere auch auf die zu erwartenden Probleme im Automobilsektor.

Der Fall Opel Antwerpen ist schon wiederholt erwähnt worden. Noch einmal: Der Betrieb wurde nicht nur – wie von der Geschäftsleitung immer wieder präsentiert wurde – wegen Überkapazitäten verlagert, sondern in erster Linie, um den Betrieb nach Südkorea zu verlagern. Wer, bitteschön, profitiert davon? Könnte das nicht eine vorweggenommene Auswirkung des Freihandelsabkommens sein?

Ein weiterer, bis jetzt noch nicht so beleuchteter Sektor, mit dem es Probleme gibt, ist der Schiffbausektor. Korea hat es sich hier in einem Zehnjahresplan in einem *act of state* zum Ziel gesetzt, dass mehr als 90 % der Zulieferindustrie für den koreanischen Schiffbau aus Korea stammen sollten, was die Lage für europäische Mitbewerber sehr erschwert, insbesondere auch für die Beschäftigten in diesem Sektor.

(Nachfrage gemäß Artikel 149 Absatz 8 der Geschäftsordnung)

Daniel Caspary (PPE). - Herr Präsident! Frau Kollegin, vielen Dank für die Gelegenheit. Sie haben die Situation mit Opel und Antwerpen angesprochen. Ich frage Sie: Stimmen Sie mir zu, dass das Unternehmen Opel schon seit einigen Monaten große wirtschaftliche Schwierigkeiten hat, dass das Unternehmen Opel insgesamt weit mehr Autos produzieren könnte, als es produziert, und dass die schlechte wirtschaftliche Situation der Firma Opel nicht durch ein Freihandelsabkommen, das noch gar nicht in Kraft ist, hervorgerufen sein kann?

Evelyn Regner (S&D). - Herr Präsident! Natürlich stimmt es, dass gravierende wirtschaftliche Probleme vorliegen. Das ist absolut der Fall. Nur gibt es ein Delta-Abkommen, das von der Firmenleitung – von Herrn Reilly – gebrochen wurde. In diesem Abkommen wurde dem Opel-Standort Antwerpen zugesichert, dass dort SUV-Modelle produziert werden sollten, die nun nicht in Antwerpen produziert werden sollen, sondern in Korea. Das ist für mich dann – sehr einfach dargestellt – eine Verlagerung der bisherigen Tätigkeit von Opel Antwerpen nach Südkorea.

Bernd Lange (S&D). - Herr Präsident! Herr Kommissar, ich habe drei Fragen an Sie. Erste Frage: Wir brauchen faire Wettbewerbsbedingungen. Wenn ich mir angucke, dass Arbeitnehmerrechte in Südkorea eingeschränkt sind, dann gibt es dort unlautere Wettbewerbsbedingungen, zum Beispiel die Frage der kollektiven Handlungsmöglichkeiten. Im Strafgesetzbuch in Südkorea, Paragraph 314, gibt es einen Straftatbestand „Betriebsstörung“, und der wird angewandt, um Streiks zu verhindern und Gewerkschafter in ihren Rechten einzuschränken, zum Beispiel im Fall Ssangyong. Ich frage mich sowieso, warum Freihandelsabkommen gerade mit den Ländern geschlossen werden, die am meisten Probleme mit ILO-Standards haben wie Südkorea oder Kolumbien. Also meine erste Frage: Wie wollen Sie durch das Freihandelsabkommen sicherstellen, dass es keine unlauteren Wettbewerbsbedingungen durch Einschränkung der Arbeitnehmerrechte in Südkorea gibt?

Zweite Frage: Die Probleme der Automobilindustrie sind schon von mehreren Kollegen angesprochen worden. Da ist es ganz entscheidend, dass es vernünftige Sicherheitsklauseln gibt. Wenn man sich das jetzt anguckt – da gibt es allgemeine Sicherheitsklauseln, wenn es zu großen Marktstörungen kommt, und da gibt es Sicherheitsklauseln für das *Duty-drawback*-System. Ich bin nicht in der Lage, das korrekt zu verstehen. Herr Kommissar, vielleicht können Sie mir in einfachen Worten die Sicherheitsklauseln erklären. Und vor allen Dingen, wer kann sie wann auslösen?

Meine dritte Frage: Wir haben durch den Lissabon-Vertrag ja eine neue vertragliche Grundlage unserer Zusammenarbeit. Dazu gehört, dass Sicherheitsklauseln und die Implementierung in der Mitentscheidung verabschiedet werden. Können Sie mir garantieren, dass das Freihandelsabkommen nicht in Kraft gesetzt wird, bevor das Parlament dieses Verfahren verabschiedet hat, sondern erst dann, wenn das Parlament in seinen Rechten gewirkt hat und auch die *Safeguard*-Klauseln verabschiedet sind?

Kathleen Van Brempt (S&D). – (NL) Herr Kommissar, ich bin sicher, Sie stimmen mit mir darin überein, dass Freihandelsabkommen nicht aus ideologischen Gründen geschlossen werden, sondern weil wir uns alle bewusst sind, welchen Einfluss sie sowohl in sozialer als auch in wirtschaftlicher Hinsicht auf die Gesellschaft haben. Sie haben selbst auf eine Reihe von Auswirkungsstudien verwiesen, aber ich habe noch nie eine Auswirkungsstudie gelesen, die darlegt, welche Auswirkungen es Sektor für Sektor auf die Beschäftigung gibt.

Viele Menschen haben bereits über den Automobilsektor gesprochen. Nun, wir, also meine Heimatregion und ich, aber auch Ihre Region, Herr Kommissar, haben in gewissem Maße zwischenzeitlich herausgefunden, wie sich diese Auswirkung zeigt. Das Opel Automobilwerk in Antwerpen wird geschlossen, und die Gewerkschaften dort – und dies sind Menschen, die daran jahrelang gearbeitet haben – sind fest davon überzeugt, dass dieses Handelsabkommen ein sehr wichtiger Teil von Opels viel zitiertem Business Plan ist, einem Plan, den wir ganz einfach nie zu sehen bekommen und der der Entscheidung, den SUV nicht in Antwerpen zu bauen, zu Grunde liegt.

Ich habe diesbezüglich zwei Fragen an Sie. Wissen Sie, welche Auswirkungen dieses Abkommen auf die Beschäftigung hat, die Auswirkungen auf die Beschäftigung in jedem Wirtschaftsbereich? Wenn nicht, sind Sie bereit, an diesem Punkt eine Auswirkungsstudie in Auftrag zu geben – und ich möchte Sie dringend dazu auffordern –, damit sichergestellt wird, dass wir im Parlament die Informationen haben, die wir benötigen, wenn wir schließlich unsere Zustimmung geben sollen? Meine zweite Frage ist: Beabsichtigen Sie in Zukunft – hiermit beginnt ja Ihre Amtszeit – auf sozialer Ebene konsequent diese Art von Auswirkungsstudie durchzuführen?

Seán Kelly (PPE). – (GA) Herr Präsident, ich begrüße dieses Handelsabkommen zwischen der Europäischen Union und Südkorea.

Es zu begrüßen, bedeutet zu sagen, dass es bei allen Abkommen dieser Art Gewinner und Verlierer gibt. Leider scheint in diesem Fall der Automobilverband als Verlierer ausgemacht worden zu sein, aber ich würde sagen, dass sich hier, angesichts eines mindestens vierfachen Nachfragerwachstums in den nächsten 20 oder 30 Jahren, eine Chance bietet.

Aber die übergreifende Frage, die der Kommissar aufgeworfen hat und die sich auf den Vorteil in Höhe von 19,1 Milliarden Euro für die Europäische Union und die 12,5 Milliarden Euro für Südkorea bezieht, stellt meiner Ansicht nach eine gute Abmachung dar. Wenn es umgekehrt wäre, hätten wir möglicherweise Grund zur Sorge. Wir dürfen auch die politische Bedeutung von Südkorea psychologisch nicht unterschätzen, wenn wir die Hand über die Ozeane nach Asien ausstrecken – was sehr wichtig für sie ist – und auch wenn wir, was uns Sorge bereitet, unseren Platz in der Welt neu ausrichten, was in Kopenhagen etwas untergraben wurde.

Harlem Désir (S&D). – (FR) Herr Präsident, Herr Kommissar, dieses Abkommen mit Korea wird das erste sein, das die Global-Europe-Strategie wirklich als wichtiges Abkommen umsetzen wird, und deshalb sollte es besonders exemplarisch sein, weil es einen Präzedenzfall schaffen wird.

Ich stelle jedoch fest, dass es zunächst ein Problem bezüglich der Information gibt, die dem Parlament übermittelt wurde, insbesondere im Hinblick auf die Schutzklauseln, dann ein Problem wegen der angewandten Methode, da uns bereits gesagt wurde, dass es möglich sein könnte, befristete Regelungen umzusetzen oder das Abkommen befristet umzusetzen, sogar ohne auf die Zustimmung des Parlaments zu warten, und schließlich ein Problem hinsichtlich der Klarheit und Transparenz des Handelsrahmens – dies wurde von Niccolò Rinaldi aufgeworfen –, da es durch die Zollrückerstattung dazu kommen könnte, dass wir tatsächlich indirekt ein Abkommen mit China schließen. Ich glaube, dass wir bei diesen Freihandelsabkommen besonders deutlich sein müssen.

Außerdem gibt es ein Problem der Beständigkeit im Hinblick auf das Ziel, soziale und ökologische Standards zu entwickeln. Wenn es um die Einhaltung sozialer Standards geht, sind wir zum Beispiel sehr weit entfernt von dem, was die Vereinigten Staaten in ihrem Abkommen mit Korea verhandelt haben.

Und schließlich, um ehrlich zu sein, wenn man sich die wirtschaftliche Situation ansieht, in der wir uns befinden, mit einer Automobilindustrie ...

(Der Präsident entzieht dem Redner das Wort.)

Niccolò Rinaldi (ALDE). – (IT) Herr Präsident, meine Damen und Herren, ich würde dem Kommissar gerne eine zusätzliche Frage stellen. Wir verstehen, dass wir keinen eindeutigen Rahmen haben, wenn es um das Verfahren der Ratifizierung durch nationale Parlamente geht, aber mit welcher Mehrheit muss im Rat über dieses Abkommen abgestimmt werden? Ist es eine qualifizierte Mehrheit oder eine einvernehmliche Mehrheit? Dies ist auch etwas, das ich nicht verstanden habe, und ich glaube, es ist wichtig, diesen Aspekt der Rechtsgrundlage zu verstehen.

Ich möchte auch hinzufügen, dass ich vom Ton dieser Debatte überrascht bin. Ich glaube, dass ich viele besorgte Stimmen gehört habe und daher fordere ich den Kommissar noch einmal auf, mit uns zusammenzuarbeiten. Herr Kommissar, wir sind sicher, dass Sie eine hervorragende Arbeit leisten werden, aber um die Worte eines anderen koreanischen Sprichworts zu nutzen: „Frage nach dem Weg, auch wenn Du ihn schon kennst.“

Czesław Adam Siekierski (PPE). – (PL) Herr Präsident, das Freihandelsabkommen mit Südkorea scheint eine sehr gute Entwicklung zu sein. Ein Abkommen über eine Freihandelszone wird ein beträchtliches Wachstum im wechselseitigen Handel begünstigen. Dank der Abschaffung von koreanischen Einfuhrzöllen in Höhe von 1,6 Milliarden Euro und EU-Einfuhrzöllen in Höhe von 1,1 Milliarde Euro wird es eine bedeutende Liberalisierung des Handels in wichtigen Sektoren von Industrie und Dienstleistungen geben. Dies betrifft im Wesentlichen die Telekommunikation, den Umweltschutz, Verkehr, Finanz- und Rechtsdienstleistungen. Ferner wird das Freihandelsabkommen zu einer größeren Transparenz beim Thema des Schutzes von geistigem Eigentum und öffentlichem Auftragswesen beitragen. Dank des Abkommens wird Korea auch EU-Zertifikate und Qualitätsnormen anerkennen. Das Abkommen ist gerade in der jetzigen Wirtschaftslage von besonderer Bedeutung, weil es eine schnellere Entwicklung in EU-Ländern erlauben wird. Wir sind uns jedoch bewusst (...).

(Der Präsident entzieht dem Redner das Wort.)

Karel De Gucht, Mitglied der Kommission. – Herr Präsident, erstens, im Hinblick auf das Verfahren – weil viele Fragen dazu gestellt wurden – wird dies offensichtlich das erste Mal sein, dass das Parlament seine Zustimmung zu dem Abkommen als solches geben musste und auch das erste Mal, dass die Schutzklauseln durch Mitentscheidung verabschiedet werden müssen. Dies hat meiner Meinung nach Konsequenzen für die Beziehung zwischen dem Rat, der Kommission und dem Parlament.

Die Schutzklauseln sind ein Vorschlag. Die Kommission hat gestern ihren Vorschlag verabschiedet und dieser wird dem Rat und dem Parlament sehr bald vorgestellt werden. Es wird dann offensichtlich ein Mitentscheidungsverfahren sein, daher verstehe ich die vielen Bemerkungen nicht, in denen Fragen nach den Schutzklauseln aufgeworfen und Zweifel daran ausgesprochen werden. Es wird nur Schutzklauseln geben, die Ihre Zustimmung finden, weil es eine Mitentscheidung ist: So einfach ist das. Daher sollten sie nicht so besorgt darum und um die Ratifizierung durch das Parlament sein.

Das impliziert natürlich, dass es in Ihrem Ausschuss eine Debatte geben wird. Ich sagte bereits während der Anhörung, dass ich keinen Vorschlag für eine vorgezogene, vorübergehende Anwendung machen werde, es sei denn das Parlament hat seine Meinung zu dem Abkommen geäußert, entweder als formale Ratifizierung durch das Parlament oder durch ein anderes Verfahren, das wir zwischen dem INTA-Ausschuss und der Kommission festlegen können. Dies bleibt offen und kann diskutiert werden, aber in jedem Fall wird das Parlament die Möglichkeit haben, seine politische Beurteilung zu dem Abkommen abzugeben, bevor irgendwelche Vorschläge über eine frühzeitige Anwendung vorgebracht werden.

Eine andere Frage ist, ob dies ein gemischtes Abkommen oder ein Abkommen ist, bei dem es nur um Zuständigkeiten der Gemeinschaft geht. Der Rechtsdienst bereitet noch eine Stellungnahme hierzu vor, aber wir können nicht die Möglichkeit ausräumen, dass wir dies schließlich als gemischtes Abkommen betrachten müssen, was bedeutet, dass alle nationalen Parlamente es auch ratifizieren müssen, was auch Folgen für das Abstimmungsverfahren im Rat haben könnte, um auf die Frage von Niccolò Rinaldi zu antworten.

So viel zum Verfahren: Sie werden jede Möglichkeit haben, Ihre Meinung zu äußern, und wir werden diese streng befolgen – wenn wir dies nicht täten, glaube ich, bekämen wir Probleme!

Mitglied der Kommission. – (NL) Ich werde jetzt das Thema Opel behandeln. Ich sehe, dass das Thema Opel nicht nur in Belgien aufkommt, sondern auch in anderen Mitgliedstaaten. Was ich aber nicht verstehe, ist, wenn Leute sagen: „Schau mal, da ist eine direkte Verbindung zwischen dem Freihandelsabkommen mit Südkorea und der Tatsache, dass es Pläne für Schließungen von Opel-Werken in Europa gibt.“

Bereits Anfang 2009 hatte Opel angekündigt, dass beabsichtigt würde, die Kapazität in Europa um 20% zurückzuschrauben. Es stimmt, dass dies so getan werden kann, dass letztlich alle Werke offen bleiben, unter der Bedingung natürlich, dass Opel dies auch aus unternehmerischer Sicht als möglich erachtet.

Es ist aber auch der Fall, dass die Entscheidung, die SUV doch in Südkorea zu produzieren, auf jeden Fall getroffen wurde, nachdem das Abkommen mit Magna geschlossen worden war, aber vor Abschluss der Verhandlungen zu einem Freihandelsabkommen zwischen der Europäischen Union und Südkorea. Die Aussage, die sowohl von Herrn Belet als auch von Frau Van Brempt gemacht wurde, passt nicht in die Zeitschiene. Das Abkommen mit Südkorea wurde danach geschlossen.

Es ist in der Tat möglich, den entgegengesetzten Fall zu argumentieren; anders gesagt, ich hätte gedacht, dass einige Mitgliedstaaten dem Freihandelsabkommen mit Südkorea nur unter der Bedingung zugestimmt haben, dass sie wussten, was mit Opel geschehen würde. Ich glaube in der Tat, dass man den entgegengesetzten Fall annehmen muss, wenn man sich die korrekte Zeitschiene anschaut, wie sich das in der Praxis entwickelt hat.

Nebenbei bemerkt möchte ich zu Herrn Belets Gunsten hinzufügen, dass der Vergleich, den er anführte, in dem er sagte, dass Südkorea 15 mal mehr Autos nach Europa exportiere als Europa nach Südkorea, einen kleinen Rechenfehler enthält. Dies mag sich auf Strategien beziehen, an denen ich kürzlich in Belgien beteiligt war. Die aktuellen Zahlen liegen bei 37 000 Autos, die nach Südkorea exportiert werden, und ungefähr 440 000, die von dort eingeführt werden.

Außerdem ist Ihre Argumentation fehlerhaft, denn Sie gehen davon aus, dass die beiden Märkte gleich groß sind. Wenn Sie die beiden Märkte vergleichen, müssen Sie beachten, dass der südkoreanische Markt natürlich viel kleiner ist als der europäische, und dies bedeutet, dass Sie Äpfel mit Birnen vergleichen.

Wenn es um die Marktdurchdringung geht, schicken wir tatsächlich denselben Prozentsatz von Europa nach Südkorea, der auch für den anderen Weg zurück gilt: ungefähr 3 bis 4%. Das ist wirklich wichtig.

Etwas, was ich bei der Einschätzung der Marktsituation für viel wichtiger halte, ist die Tatsache, dass südkoreanische Hersteller kürzlich große Fabriken in Europa eröffnet haben, nämlich in der Tschechischen Republik und in der Slowakei, die in der Lage sein werden, gemeinsam etwa eine halbe Million Autos jährlich herzustellen, so dass die Wirklichkeit vielleicht so aussieht, dass zukünftig koreanische Autos, die in Europa produziert wurden, tatsächlich zum größten Teil die Autos sein werden, die hier auf den Markt kommen. Was Sie hier haben, ist eine eindeutige Verlagerung, und was man hier tatsächlich auf dem Automarkt als Ganzes sieht, ist eine Verschiebung hin zu den großen Märkten, wo schließlich Autos ge- und verkauft werden können.

Als abschließender Gedanke zu dem, was auf jeden Fall eine sehr bedauerliche Situation bei Opel ist – wofür meiner Meinung nach schließlich eine Lösung auf den Weg gebracht wurde –, glaube ich, dass man die Tatsache nicht vernachlässigen darf, dass die Hersteller den Kunden folgen und nicht andersherum, und das ist einer der wichtigsten Gründe für spezielle politische Entscheidungen auf einem abnehmenden europäischen

Automarkt, der mit einer Reihe von Autoherstellern konfrontiert war, die sich selbst in einer schwierigen finanziellen Lage befanden.

Ich werde vielleicht eine letzte Bemerkung zur Spannung zwischen bilateralen und multilateralen Verhandlungen machen, einem Thema, das von Herrn Moreira vorgebracht wurde. Seit 2001 haben Verhandlungen auf der Grundlage der Doha-Runde stattgefunden, also seit neun Jahren, und es gibt immer noch keinen Ausweg aus der Sackgasse. Ich bin ein großer Befürworter des Multilateralismus und ich glaube, dass wir für Doha auch einen positiven Abschluss finden müssen und insbesondere die enthaltenen Entwicklungselemente beibehalten. Ich glaube dies auch, weil der multilaterale Rahmen auch die größte Rechtssicherheit für internationalen Handel bietet. Ich glaube jedoch, dass wir in Bezug auf die bilaterale Front nicht tatenlos herumsitzen können, während wir auf den Abschluss der Doha-Runde warten, der hoffentlich 2010 oder spätestens Anfang 2011 erfolgen wird.

Was ich für sehr wichtig halte, wenn es um bilaterale Abkommen geht, ist, dass wir nur Abkommen schließen, die über Doha hinausgehen, so dass nicht untergraben wird, was in der Doha-Runde beschlossen wurde, wenn wir höhere Kriterien ansetzen. Das erklärt auch die Erstellung des Freihandelsabkommens mit Südkorea. Meiner Ansicht nach ist es nicht von solcher Art, dass der Multilateralismus untergraben wird. Wenn wir die multilaterale Spur untergraben wollten, dann wäre dies in der Tat die Auswirkung, aber dies ist nicht die Absicht und das wird es auch in den zukünftigen Verhandlungen nicht sein.

Der Präsident. – Die Aussprache wird geschlossen.

Die nächste Sitzung findet morgen, Donnerstag, den 11. Februar 2010, von 9.00 Uhr bis 13.00 Uhr und von 15.00 Uhr bis 17.00 Uhr statt.

Die Tagesordnung wird im Sitzungsdokument, das denselben Namen enthält, und auch auf der Website des Europäischen Parlaments veröffentlicht.

20. Tagesordnung der nächsten Sitzung: siehe Protokoll

21. Schluss der Sitzung

(Die Sitzung wird um 23.30 Uhr beendet.)